

Abschlussbericht des Projekts

Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung

Az 30978-4	Referat 34	Fördersumme 103.729 Euro	
Laufzeit 20 Monate	Projektbeginn 10.12.2012	Projektende 31.08.2014 (verlängert; urspr. 10.06.2014)	Berichtszeitraum 10.12.2012 31.08.2014
Bewilligungsempfänger Ecologic Institut gemeinnützige GmbH Pfalzburger Str. 43/44 10717 Berlin Tel 030 86880-0 Fax 030 886880 100		Projektleitung Matthias Duwe Berichterstattung: Susanne Langsdorf, Linda Mederake, Kai Müller	

1 Einleitung

Dieser Abschlussbericht beschreibt den Verlauf des Projektes „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“ (kurz: das Projekt) im gesamten Projektzeitraum (10.12.2012 – 31.08.2014). Gleichzeitig werden die Ergebnisse des Projekts vorgestellt und zusammengefasst. Dazu gehören:

- ◆ die Projektwebseite
- ◆ 19 gefilmte Interviews
- ◆ daraus 19 geschnittene Videoclips
- ◆ ein Telefoninterview
- ◆ 20 Interviewtranskripte
- ◆ sieben Abendveranstaltungen
- ◆ sieben thematische Papiere zur Erstanalyse der Ergebnisse.

Im Folgenden werden zunächst der Gegenstand und die Zielsetzung des Projekts kurz dargelegt. Im Anschluss wird der Projektverlauf im Detail beschrieben. Als drittes folgt eine Gesamtübersicht über die Interviewpartner/innen, die Abendveranstaltungen sowie die sieben erarbeiteten Papiere. Schließlich wird noch auf die Bewilligungsaufgaben sowie Abweichungen von der Projektplanung eingegangen, bevor zuletzt die erreichten Ziele und Ergebnisse dargestellt und bewertet werden.

Inhalt

1	EINLEITUNG	1
2	GEGENSTAND UND ZIELSETZUNG	3
3	PROJEKTUMSETZUNG IM ZEITLICHEN VERLAUF	3
3.1	Erstes Projektdrittel (10.12.2012-11.06.2013).....	3
3.2	Zweites Projektdrittel (11.06.2013-10.12.2013).....	4
3.3	Drittes und letztes Projektdrittel (10.12.2013-31.08.2014)	5
4	GESAMTÜBERSICHT DER VERANSTALTUNGEN UND INTERVIEWPARTNER/INN/EN	5
4.1	Veranstaltungstage des ersten Projektdrittels	5
4.2	Veranstaltungstage des zweiten Projektdrittels	8
4.3	Veranstaltungstage des dritten Projektdrittels	13
5	ÜBERBLICK ÜBER DIE WISSENSCHAFTLICHEN ARTIKEL	16
6	BEWILLIGUNGSAUFLAGEN	18
7	ABWEICHUNGEN VON DER PROJEKTPLANUNG, RAUM FÜR VERBESSERUNGEN	19
8	ERREICHTE ZIELE UND PROJEKTERGEBNISSE	20
ANNEX I	21
	Interview mit Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D.	21
	Interview mit DirProf. Dr. Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen	38
	Interview mit Dr. Ulrich Höpfner, Mitbegründer und ehemaliger Geschäftsführer Institut für Energie- und Umweltforschung	48
	Interview mit Dr. Thomas Jahn, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE).....	60
	Interview mit Prof. Dr. Martin Jänicke, Gründungsdirektor Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU Berlin	69
	Interview mit R. Andreas Kraemer, Direktor des Ecologic Instituts	82
	Interview mit Prof. Dr. Ludwig Krämer, Europäische Kommission (1972–2004), GD Umwelt und GD Gesundheit und Verbraucherschutz.....	97
	Interview mit Prof. Dr. Rolf Kreibich, Gründer des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT)	109
	Interview mit Prof. Dr. Edda Müller, langjährige Ministerialbeamtin im Innen- und Umweltministerium, Rat für Nachhaltige Entwicklung (2001-2007)	124
	Interview mit Dr. Hans-Jürgen Nantke, Umweltbundesamt, Deutsche Emissionshandelsstelle	136
	Interview mit Prof. em. Dr. Eckard Reh binder, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen.....	144
	Interview mit Michael Sailer, Geschäftsführung Öko-Institut.....	159
	Interview mit Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes, Generalsekretär des WBGU (1992-2008).....	170
	Interview mit Prof. Dr. Udo Ernst Simonis, emeritierter Professor für Umweltpolitik am WZB	185
	Interview mit Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Direktor IEUP (1984-1991), Präsident Wuppertal Institut (1991-2000)	198
	Interview mit Dr. Hendrik Vygen, Vorstandsmitglied Germanwatch, Ministerialdirektor a. D.	205
	Interview mit PD Dr. Helmut Weidner, früher WZB, heute Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU).....	214
	Interview mit Prof. Dr. Angelika Zahrt, Ehrenvorsitzende des BUND.....	226
	Interview mit Dr. Hans-Joachim Ziesing, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1969-2006)	235
	Interview mit Dr. Michael Zschiesche, geschäftsführender Vorstand des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU)	247
ANNEX II	263

2 Gegenstand und Zielsetzung

Das Projekt „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ entstand aus der Erkenntnis heraus, dass die Anfänge der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland in Bezug auf die Umweltpolitik bisher wenig erforscht waren. Daraus entstand die Idee bei Zeitzeug/inn/en vorhandenes Wissen über die Geschichte der Umweltpolitikberatung in Deutschland zu sammeln und zu verschriftlichen. Konkretes Ziel des Fördervorhabens war es während eines Zeitraums von 18 Monaten 21 Zeitzeug/inn/en zu interviewen und im Rahmen von sieben Veranstaltungen zu Wort kommen zu lassen. Durch diesen Ansatz sollten verschiedene Perspektiven zu einem Gesamtbild zusammengesetzt werden. Die Berichte der Zeitzeug/inn/en sollten durch ergänzende wissenschaftliche Hintergrundrecherche vervollständigt werden. Eine besondere Herausforderung bei der Erforschung des Themas war sein Querschnittcharakter: Inhaltlich bewegte sich das Projekt im Grenzbereich zwischen Geschichts-, Gesellschafts-, Politik- und Umweltwissenschaften.

3 Projektumsetzung im zeitlichen Verlauf

3.1 Erstes Projektdrittel (10.12.2012-11.06.2013)



Abbildung 1: Stand der Webseite im ersten Projektdrittel

Die Projektarbeit begann wie geplant im Januar 2013 mit der **Verfeinerung des Konzepts**, der Erarbeitung eines Aufbaus für die [Projektwebseite](#) und der **Vorbereitung der ersten Veranstaltungen** der Interview- und Veranstaltungsreihe. Zur Verfeinerung des Konzepts gehörte der thematische Entwurf der Veranstaltungsreihe, einschließlich der Auswahl der Expert/innen für den jeweiligen Interview- und Veranstaltungstag. Es wurde sich für ein chronologisches Vorgehen entschieden, wobei die ersten Planungen an die Verfügbarkeit der Zeitzeug/inn/en

angepasst werden mussten. Des Weiteren wurde ein halbstandardisierter Interviewbogen für die Zeitzeug/inn/eninterviews sowie Vorbereitungsmaterial für die gefilmten Interviews für die Gäste entwickelt. Für die Abendveranstaltung wurde ein Einladungsverteiler angelegt, der im Laufe des Projekts erweitert und ergänzt wurde.

Die Projektwebseite wurde zügig, bereits bis Ende März 2013 entworfen. Das Projektteam beschloss jedoch die Webseite erst nach der Fertigstellung der ersten Videos und dem Zusammentragen erster Materialien freizuschalten. Die Freischaltung wurde vor der zweiten Veranstaltung im Mai 2013 vorgenommen.

Die Webseite wurde wie folgt aufgebaut: Zum jeweiligen Interviewtag werden die Institutionen, denen die Zeitzeug/inn/en angehören, aufgenommen sowie die Lebensläufe der Zeitzeug/inn/en eingestellt. Nach der Veranstaltung werden nach einer gewissen Bearbeitungszeit ca. zehnmündige Clips der Interviews sowie die Abendveranstaltung in voller Länge in der Mediathek der Projekt-Webseite online zur Verfügung gestellt. Die Videos sowie Berichte über die Veranstaltungen wurden des Weiteren über die Webseite des Ecologic Instituts und den [YouTube Kanal des Ecologic Instituts](#) verbreitet. Im ersten Projektdrittel war die Webseite noch in vier primäre Menübereiche eingeteilt: Projektvorstellung, Institutionen, Zeitzeugen und Mediathek.

Schließlich wurden im ersten Projektdrittel die ersten beiden der insgesamt sieben **Veranstaltungstage** konzipiert, organisiert, durchgeführt und nach der oben erläuterten Vorgehensweise nachbereitet.

3.2 Zweites Projektdrittel (11.06.2013-10.12.2013)

Die Projektarbeit wurde im zweiten Projektdrittel wie geplant fortgeführt. Der Schwerpunkt des zweiten Projektdrittels lag auf der Durchführung **dreier Veranstaltungstage** mit je drei Zeitzeug/inn/eninterviews und einer Abendveranstaltung. Durch diese relativ hohe Anzahl an durchgeführten Interviews stellte die **Analyse der Interviews** zur Erstellung der Videoclips einen Kernbereich der Aufgaben zweiten Projektdrittel dar.

Die Webseite des Projekts wurde im zweiten Projektdrittel mit dem Einstellen neuer Institutionen und Lebensläufe wesentlich erweitert. Zur Nachbereitung der Abendveranstaltungen und der Zeitzeug/inn/eninterviews gehörte, wie oben erwähnt, das Erstellen der zehnmütigen Interviewclips und das Einpflegen dieser Clips in die Projektwebseite, die Webseite des Ecologic Instituts und den YouTube-Kanal des Ecologic-Instituts. Im zweiten Projektdrittel wurde die Webseite in fünf primäre Menübereiche eingeteilt: Projektvorstellung, Institutionen, Zeitzeugen, Mediathek und Veranstaltungen. Auf dem neu hinzugefügten fünften Menübereich „Veranstaltungen“ wurden die Veranstaltungen angekündigt, dort befinden sich auch die aufgezeichneten Paneldiskussionen in voller Länge. Die Rubrik Veranstaltungen wurde zur Verbesserung der Navigation und Veranstaltungsankündigung eingerichtet.

Im zweiten Projektdrittel entschied sich das Projektteam dazu, zur Sammlung des Geschichtswissens **Transkriptionen** aller Interviews anzufertigen. Obgleich nicht im ursprünglichen Angebot vorgesehen, konnte diese Zusatzleistung kostenneutral durchgeführt werden: Die Transkriptionen wurden durch studentische Mitarbeiter/inn/en durchgeführt. Die Transkriptionen erleichterten und beschleunigten die Erstellung der Videoclips. Die Zeitersparnis in der folgenden Videoanalyse bzw. die Selektion der



Abbildung 2: Stand der Webseite im zweiten Projektdrittel

Schnittzeiten, die durch eine wissenschaftliche Mitarbeiterin vorgenommen wurde, glich den zusätzlichen Arbeitsaufwand aus. Damit wurde der Ablauf auf zwei Ebenen optimiert: Die Videoclips haben an Qualität gewonnen und das Projekt stellt nun für die Analyse des Materials auch die Transkriptionen zur Verfügung, was eine Auswertung der Projektergebnisse erheblich erleichtert.

Um den zeitlichen Aufwand bei der Transkription möglichst niedrig zu halten, wurde sich für ein einfaches Transkriptionssystem entschieden. Das einfache Transkriptionssystem ist leicht zu erlernen, gewährleistet Einheitlichkeit trotz verschiedener Transkribierender und ist gleichzeitig weniger zeitaufwändig als komplexe Transkriptionssysteme. Der Wert der Transkriptionen liegt ohnehin im Inhalt der Redebeiträge, eine phonetische Analyse der sprecherfahrenen Zeitzeug/inn/en des Projekts hätte kaum einen Mehrwert geliefert. Die Transkriptionen werden unter Zuhilfenahme der f4-Software durchgeführt, was die Bearbeitungszeit gegenüber einfachen Videosoftwarens deutlich verkürzt.

Die Transkriptionen können beim Ecologic Institut als PDF-Dokument angefordert werden. Dafür wurde die Webseite um einen entsprechenden Hinweis ergänzt. Die Weitergabe und die Verwendung der Transkripte für weitere Forschungsvorhaben ist im Rahmen der Einverständniserklärung des jeweiligen Zeitzeugen bzw. der jeweiligen Zeitzeugin möglich. Den Hinweis zur Art der Einverständniserklärung ist den Transkripten zu entnehmen. Alle angefertigten Transkriptionen befinden sich im Annex I der elektronischen Fassung des Abschlussberichts.

3.3 Drittes und letztes Projektdrittel (10.12.2013-31.08.2014)

Auch im letzten Projektdrittel wurde die Projektarbeit wie geplant fortgeführt. In diesem Projektabschnitt lagen noch zwei Veranstaltungstage mit insgesamt sieben Zeitzeug/inn/eninterviews sowie jeweils einer Abendveranstaltung. Die Transkription der Interviews und die Anfertigung der Interview-Clips nahmen wieder einen großen Teil der Nachbereitungszeit in Anspruch. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt des dritten Projektdrittels bestand außerdem in der **schriftlichen Zusammenfassung** der gesamten Forschungsergebnisse des Projektes in der Form von **sieben Aufsätzen mit unterschiedlichen thematischen Ausrichtungen**. Ferner wurden zwei Artikel des Projektteams im Call „*Transformationen der Ökologiebewegung: Von den Grenzen des Wachstums zur Konferenz von Rio*“ der Heinrich-Böll-Stiftung und Aarhus Universität angenommen.

Die Webseite ist auch im letzten Projektdrittel wesentlich erweitert worden. Das Projektteam hielt sich an die Menüeinteilung in die Bereiche „Über dieses Projekt“, „Institutionelle Akteure“, „Zeitzeugen“, „Mediathek“ und „Veranstaltungen“. Die Liste der Zeitzeug/inn/en wurde ergänzt, die bearbeiteten Interview-Clips und Videos der Abendveranstaltungen wurden in den Rubriken Mediathek und Veranstaltungen hochgeladen. Ferner wurde der YouTube-Kanal des Ecologic Instituts aktualisiert und das Projektteam verfasste im Anschluss an Abendveranstaltungen Berichte für die Instituts- sowie die Projektwebseite.



Abbildung 3: Stand der Webseite am 22.7.2014

4 Gesamtübersicht der Veranstaltungen und Interviewpartner/inn/en

4.1 Veranstaltungstage des ersten Projektdrittels

1. Interviewtag, 20. März 2013

- ◆ Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker ([Videoclip](#))
- ◆ Michael Zschiesche ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Dr. h. c. Udo E. Simonis ([Videoclip](#))

[Veranstaltungsbericht](#) Paneldiskussion:

Auf den Spuren ost- und westdeutscher Identitäten in der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung

Moderation: Matthias Duwe, Leiter des Bereichs Klima am Ecologic Institut.

Prof. Dr. Simonis und Michael Zschiesche begaben sich am 20. März 2013 im Ecologic Institut Berlin "Auf die Spuren ost- und westdeutscher Identitäten in der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung". In dem Zeitzeugengespräch wurden vor allem die Unterschiede zwischen Ost und West deutlich, auch wenn die Anfänge der Institutionalisierung von Umweltpolitik ähnlich scheinen. Das Gespräch ist online verfügbar.



Abbildung 4: Prof. Dr. Udo E. Simonis

In Westdeutschland wurde 1971 das erste Umweltaktionsprogramm der Bundesregierung verabschiedet. Im selben Jahr wurde der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und kurz darauf, 1974, das Umweltbundesamt (UBA) gegründet. In der DDR wurden ebenfalls in den siebziger Jahren erste umweltpolitische Institutionen und Programme geschaffen. Bereits 1970 wurde das Landeskultugesetz eingeführt, 1971 wurde das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft geschaffen. Auf dem Papier war die Gesetzeslage zeitweilig fortschrittlicher als in der BRD. Michael Zschiesche betonte jedoch, dass die Gesetze mangelhaft kontrolliert, umgesetzt und in die Zivilgesellschaft eingebettet waren.

In der BRD entstanden in den siebziger Jahren die ersten unabhängigen oder alternativen wissenschaftlichen Institute. Diese Institute lieferten der Umweltbewegung den wissenschaftlichen Unterbau für ihren Protest. Sie setzten sich durch ihre kritische Haltung von der klassischen universitären Wissenschaft ab, die zu diesem Zeitpunkt noch stark technologiefreundlich und industrienah war.

Die Gründung unabhängiger Institute war in der DDR verboten. In Ostdeutschland kam die kritische Umweltwissenschaft daher erst mit dem Fall der Mauer auf. Angesichts gravierender Umweltverschmutzungen entwickelte sich jedoch bereits früh eine Umweltbewegung. Diese Bewegung war gleichzeitig politischer und weniger politisch als die Umweltbewegung in der BRD: Das Protestverhalten der Umweltbewegung war deutlich schwächer als das der westdeutschen Umweltschützer. Gleichzeitig verbarg sich in der ostdeutschen Bewegung oftmals der politische Protest gegen das System als solches, dessen Defizite auch im Umweltbereich zum Tragen kamen: So führte beispielsweise die Geheimhaltung von Umweltinformationen in der DDR zu einer Auseinandersetzung zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

Bezüglich der gegenwärtigen Entwicklungen zogen Prof. Dr. Simonis und Michael Zschiesche eine gemischte Bilanz. Prof. Dr. Simonis sieht in der Existenz des SRU und Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU) als staatlich geförderte, aber freie Räte ein einzigartiges Charakteristikum der deutschen wissenschaftlichen Umweltpolitik, die durch die unabhängigen Institute ergänzt werden. Allerdings müsse der Einfluss der Wissenschaft gestärkt werden. Prof. Dr. Simonis: "Selbst wenn man Wissenschaft etabliert (...), muss das gesellschaftlich noch nicht sonderlich viel bedeuten. Wie stark wird denn Politik überhaupt von Wissenschaft beeinflusst?". Beide Experten sprachen sich daher für eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft in die Umweltpolitik aus, die nicht zuletzt durch eine stärkere Aufmerksamkeit der Medien unterstützt werden müsse.

2. Interviewtag, 29. Mai 2013

- ◆ Dr. Ulrich Höpfner ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Martin Jänicke ([Videoclip](#))

[Veranstaltungsbericht](#) Paneldiskussion:

Von der Forschungs-WG zu Eckpfeilern deutscher Umweltforschung – die ersten Umweltforschungsinstitute Deutschlands.

Moderation: R. Andreas Kraemer, Direktor Ecologic Institut.

Dr. Ulrich Höpfner und Prof. Dr. Martin Jänicke blickten am 29. Mai 2013 im Ecologic Institut in Berlin auf die Anfänge der Umweltpolitikforschung in Deutschland zurück. Das Zeitzeugengespräch thematisierte besonders die Entstehung verschiedener unabhängiger Umweltforschungsinstitute. Moderiert wurde die Veranstaltung von R. Andreas Kraemer. Ein Video ist online verfügbar.

Dr. Ulrich Höpfner hat das Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) 1978 mit gegründet und war von 1978 bis 2009 Vorstand bzw. Geschäftsführer. Prof. Dr. Martin Jänicke ist Gründungsdirektor

des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin, welches er auch viele Jahre leitete.

Der Konflikt um die kritische Umweltwissenschaft wurde von den Experten als Teil des Konflikts um die Freiheit der Wissenschaft als solche gesehen, die sich laut Dr. Höpfner maßgeblich aus der Studentenbewegung speiste. "Kernenergie war so breit akzeptiert, dass man in der Wissenschaft kaum Kernenergie kritische Wissenschaftler hatte", kommentierte Dr. Höpfner. Während der Bürgerproteste gegen das Atomkraftwerk (AKW) Wyhl ab 1973 wurde der Bedarf an kritischer Wissenschaft deutlich. Die Umweltbewegungen fragten die Universitäten Heidelberg und Freiburg an, wo sich Studentengruppen mit diesen Themen befassten. An der Universität Heidelberg war das "Tutorium Umweltschutz" – eine aus etwa 50 Studenten und Doktoranden bestehende Gruppe, aktiv. Das Tutorium erarbeitete Gutachten, die wissenschaftliche Mängel in den Gutachten für Atomenergie offenlegten und traten in gerichtlichen Verfahren als Experten für die Umweltbewegungen auf. Im Fall Wyhl führten diese Verfahren zunächst zu Verzögerungen im Bau und der Erhöhung von Sicherheitsauflagen und damit Kosten. Das AKW Wyhl erhielt schlussendlich keine Betriebsgenehmigung.

Durch diesen öffentlichkeitswirksamen Prozess zogen die jungen Wissenschaftler den Unmut der Universitäten und der etablierten Wissenschaft auf sich. Dr. Höpfner berichtete von Hausverboten an der Universität und Versuchen rechtlich gegen die Studentengruppen vorzugehen, da die Universitäten um ihren Ruf bangten. Bald wurde die Loslösung von den Universitäten vollzogen. 1977 gründete die Freiburger Studentengruppe das Öko-Institut. Das Tutorium Umweltschutz gründete 1978 das Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU). Thematisch beschäftigten sich die beiden Institute mit Reaktorsicherheit, Auswirkung der Radioaktivität auf den Menschen und die Umwelt und die Problematik der Endlagerung.



Abbildung 5: Prof. Dr. Martin Jänicke und Dr. Ulrich Höpfner

Prof. Dr. Jänicke arbeitete zu dieser Zeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, welches trotz des damals starken linken Profils Teil des klassischen universitären Betriebs war. Prof. Jänicke betonte die starren disziplinär bedingten Ideologien: "Wenn man Ökonom war, war man gegen Umweltschutz. Die kritische Wissenschaft entstand nicht an den Universitäten". Die Auseinandersetzung zwischen der etablierten und der kritischen Wissenschaft wurde als Gegensatz

zwischen "'seriöser' und 'umstrittener' Wissenschaft" dargestellt, in der die kritischen Wissenschaftler massiv diskreditiert wurden. "Man

zahlte einen hohen Preis für diesen Einsatz" konstatierte Prof. Jänicke. Dies gelte insbesondere für die Wissenschaftler der unabhängigen Institute, doch war auch innerhalb der Universitäten eine Tatsache. In der Rückschau werteten jedoch beide Experten die so gewonnene Glaubwürdigkeit als besonderen Lohn dieser Arbeit.

Erst in den achtziger Jahren kamen auch die Universitäten in Bewegung. Einige Tage vor Tschernobyl 1986 wurde die Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) an der Freien Universität Berlin gegründet. Prof. Dr. Jänicke erinnert sich an eine Ausschreibung des Wirtschaftsministeriums kurz nach Tschernobyl zu der Fragestellung, ob man aus der Atomenergie aussteigen könnte. Laut Jänicke erwartete das Ministerium ein Gutachten eines atomenergiefreundlichen Institutes, aufgrund der kurzen Fristen und des Zeitpunktes der Ausschreibung kam es jedoch nur zu Gutachten seitens des kohlefreundlichen Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung sowie der FFU, die beide argumentierten, dass ein Austritt aus der Atomenergie möglich sei. Besonders da dies ins Sommerloch im August fiel, kam es zu einer großen Presseresonanz, obgleich Umweltthemen zu diesem Zeitpunkt nur marginal von den Medien behandelt wurden.

Dies zeigt, dass sich zwischen den 70ern und 1986 eine wissenschaftliche Basis für atomkritische Politikberatung gebildet hatte, die dazu fähig war ein Gutachten von solch einer Qualität und Durchschlagkraft zu verfassen.

Ablauf der Interviews und Abendveranstaltungen

Die Interviews des ersten Projektdrittels wurden von Matthias Duwe geführt und sind sehr gut verlaufen. Der entwickelte Fragebogen wurde stets an den jeweiligen Interviewpartner angepasst, damit Themen, bei denen ein Gast über besonderes Wissen verfügte, ausreichend Berücksichtigung fanden. Gleichzeitig war eine gewisse Vergleichbarkeit der Interviews durch den einheitlichen Aufbau des Fragebogens sichergestellt.

Nach dem ersten Interviewtag wurde durch das Projektteam und auf Hinweis der Interviewten die Entscheidung getroffen, die Interviewlänge auf 1,5 Stunden auszurichten bzw. 2 Stunden einschließlich einer Pause. Die am ersten Tag durchgeführten zweistündigen Interviews waren anstrengend für die Interviewpartner. Abgesehen von dieser Änderung hat sich der Ablauf sowie der erarbeitete Fragebogen bewährt. Lediglich organisatorische Hindernisse verhinderten einen Ablauf gänzlich nach vorhergesehenem Plan: So hat ein geladener Gast (Dr. Volker Hauff) für den 29. Mai 2013 kurzfristig abgesagt. Glücklicherweise konnte Prof. Dr. Martin Jänicke als Ersatz gefunden werden, der thematisch gut das Konzept der Abendveranstaltung ergänzen konnte. Krankheitsbedingt musste auch Michael Sailer (Öko-Institut) kurzfristig das Interview und die Panelveranstaltung am 29. Mai 2013 absagen. Daher konnten am zweiten Veranstaltungstag nur zwei, statt der geplanten drei Zeitzeug/inn/en interviewt werden.

Die Abendveranstaltungen verliefen ebenfalls sehr gut. Da die Geschichte der Umweltpolitikforschung und -beratung ein eng gefasstes Thema ist, wurde ein spezifischer Einladungsverteiler zusammengestellt. Bei der ersten Veranstaltung fanden sich einige Gäste ein, die sich speziell für die Geschichte der DDR interessierten. Bei der zweiten Veranstaltung erschienen zahlreiche Gäste, die aus dem Umfeld der Umweltpolitikforschung und -beratung stammen. Insgesamt nahmen jeweils ca. 25 Gäste teil.

4.2 Veranstaltungstage des zweiten Projektdrittels

3. Interviewtag, 19. September 2013

- ◆ Michael Sailer ([Videoclip](#))
- ◆ Dr. Volker Hauff ([Videoclip](#))
- ◆ R. Andreas Kraemer ([Videoclip](#))

[Veranstaltungsbericht](#) Paneldiskussion:

Die Umweltpolitik wird erwachsen: Die 1980er Jahre.

Moderation: R. Andreas Kraemer, Direktor Ecologic Institut.

In der dritten Veranstaltung der Reihe diskutierten Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D. und Michael Sailer (Öko-Institut) über die Konsolidierung der Umweltforschungsinstitute in den 1980er Jahren.

Dr. Volker Hauff war von 1978 bis 1980 Bundesminister für Forschung und Technologie und von 1980 bis 1982 Bundesminister für Verkehr unter Bundeskanzler Helmut Schmidt. In dieser Zeit sowie in den Folgejahren in der Opposition konnte er die frühe Zusammenarbeit des Staates mit der kritischen Umweltforschung nicht nur beobachten, sondern aktiv mitgestalten. Michael Sailer, heute Sprecher der Geschäftsführung am Öko-Institut und seit 1980 am Institut hat diese Entwicklung aus Sicht der Umweltinstitute erlebt.



Abbildung 6: Dr. Volker Hauff und Michael Sailer

Im Gespräch tauschten sich die beiden Experten zunächst über das damals vorherrschende Misstrauen auf beiden Seiten aus. Auf staatlicher Seite gab es zum einen nüchterne Bedenken bezüglich der administrativen Kompetenz der neuen Institute. Als eher ideologisch motiviert dürfte die

Vergabe von „Alibiforschung“ zu werten sein, die teilweise durch staatliche Stellen vorgenommen wurde. Doch auch auf Seiten der Umweltinstitute gab es teilweise großes Misstrauen, einige kritische Stimmen verurteilten bereits den Versuch mit dem Staat zu kooperieren als korrupt.

Im Laufe der achtziger Jahre normalisierte sich das Verhältnis, wenn auch die Jahre unter der Regierung Kohl keine einfache Zeit für die kritischen Umweltforscher waren. Die Staatsvertreter, aber auch die kritischen Umweltforscher lernten, dass sich der Dialog mit der anderen Seite lohnte, wollte man gute Umweltgesetzgebung voranbringen.

Der Kompetenzaufbau innerhalb der kritischen Umweltforschung tat sein übriges. In inhaltlichen Fragen, beispielsweise zur Reaktorsicherheit, kam man bald nicht mehr am Öko-Institut vorbei. Nach der Tschernobyl Katastrophe war das Öko-Institut ein wichtiger Ansprechpartner für die staatliche Seite. Zudem entwickelte sich das Öko-Institut Mitte der achtziger Jahre in eine transdisziplinäre Richtung. Die Stärkung der sozialwissenschaftlichen Kompetenz half dem Institut die Akteure und ihre Spielräume besser zu verstehen und so Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, um technisches Wissen zu transportieren. Das Öko-Institut lernte „wie Staat funktioniert“.

Die Phase des Erwachsenwerdens wurde auch durch das Kreuzen der Lebenswege von Dr. Hauff und Michael Sailer beeinflusst: In einer Anhörung zu Reaktorsicherheit 1979 versicherte der damalige Bundesminister Hauff: „Wir würden auch Anträge von Kritikern befürworten, aber wir bekommen keine“. Dies weckte den Ehrgeiz bei Michael Sailer und seinem Kollegen Lothar Hahn: „Das versuchen wir jetzt“. In der Tat hat das Öko-Institut in der Folge einen BMBF Auftrag erhalten, der eine wichtige Grundlage zur Stabilisierung des Instituts wurde. Die Lesart von Dr. Hauff, dass das BMBF den Aufbau des Öko-Institut mit forciert habe, teilte Michael Sailer jedoch nur eingeschränkt. So beurteilte Michael Sailer den durch das BMBF angestoßenen „Bürgerdialog“ als positiven Schritt in Richtung Zusammenarbeit, doch hat das Institut in der Anfangszeit starken Gegenwind verspürt. Beide Experten sahen eine scharfe Lernkurve auf beiden Seiten und betonten die Bedeutung von Transdisziplinarität sowohl für Politik als auch Wissenschaft um Umweltthemen voranzubringen.

Anschließend an das Expertengespräch wurde eine Fragerunde eröffnet. Diskutiert wurde über folgende Themen:

- (Un)möglichkeit der Förderung der kritischen Institute in der Anfangsphase („politischer Selbstmord“)
- Die Ausnahmestellung der Umweltpolitik im Vergleich zu anderen Politikfeldern in denen weniger Vielfalt bei der Beratung herrscht
- Die Bedeutung von Umweltkrisen für die Entwicklung von Umweltpolitik und welche Folgen dies für „schleichende Krisen“ wie den Klimawandel hat
- Vor- und Nachteile von Grundförderung für unabhängige Institute

4. Interviewtag, 7. November 2013

- ◆ Prof. Dr. Rolf Kreibich ([Videoclip](#))
- ◆ Dr. Henrik Vygen ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Troge (kurzfristige Absage wegen Krankheit)

[Veranstaltungsbericht](#) Paneldiskussion:

Wie füreinander gemacht? Die Umweltpolitikforschung und der Staat.

Moderation: R. Andreas Kraemer, Direktor Ecologic Institut.

Thema der vierten Veranstaltung der Reihe "Geschichte der Umweltpolitikberatung" war das Verhältnis zwischen Staat und Umweltpolitikforschung. Als Gäste durfte das Ecologic Institut Prof. Dr. Rolf Kreibich und Dr. Hendrik Vygen begrüßen. Das Gespräch ist online verfügbar.

Während Prof. Kreibich als ehemaliger und langjähriger wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) die Seite der Umweltpolitikforschung vertrat, konnte Dr. Vygen, Ministerialdirektor a.D., als ehemaliger Referatsleiter von Abteilungen sowohl des Bundesministerium des Innern (BMI) als auch des

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die staatliche Sicht darstellen.

Förderung lokaler Umweltinitiativen als Gegengewicht zu industriellen Lobbygruppen

Laut Dr. Vygen ging es den Umweltbehörden in den 1980er Jahren um die Förderung von lokalen Umweltinitiativen, die langfristig zu einer festen Lobby anwachsen sollten, als Gegengewicht zu industriellen Lobbygruppen. Das BMU sah schon früh Umweltforschungsinstitute als eine Bereicherung für die Wissensbasis zur Lösung umweltpolitischer und –technischer Fragen an. Gleichwohl hob Dr. Vygen heraus, dass Umweltlobbygruppen und Umweltforschungsinstitute bis heute einen geringeren Einfluss auf Entscheidungen des BMU ausüben können als die Industrielobby auf Entscheidungen des Bundeswirtschaftsministeriums.

Eine Kultur des transdisziplinären Forschens und Denkens

Als Prof. Dr. Kreibich nach seiner Amtszeit (1969-1976) als Präsident der Freien Universität Berlin (FU Berlin) die Direktoren- und Geschäftsführerposition des Instituts für Zukunftsforschung in Berlin übernahm, hatte der gelernte Physiker und Mathematiker das Ziel, am Institut eine Kultur des transdisziplinären Forschens und Denkens zu etablieren. Dies stellte einen Bruch mit der herkömmlichen Wissenschaftstradition in Deutschland dar, die wesentlich von den vergangenen Erfolgen der deutschen Naturwissenschaft geprägt war und daher den Blick auf die weniger deterministischen Sozialwissenschaften vernachlässigte. Vorbild war hierbei das 1972 vom US-Kongress einberufene "Office of Technology Assessment" (OTA), ein Beratungsgremium der amerikanischen Legislative in technischen und wissenschaftlichen Fragen.

"Gefälligkeitswissenschaft" und "Maulkorberlass"

Die Frage der Unabhängigkeit der Wissenschaft gegenüber dem Staat bzw. dem Auftraggeber stellte einen Kernpunkt der Diskussion dar. Prof. Dr. Kreibich bedauerte bedenkliche Entwicklungen hin zu "Gefälligkeitswissenschaft" und beschrieb einen praktischen Fall, in denen das IZT das fragliche Gutachten überprüft hatte und zu gänzlich anderen Ergebnissen kam. Dr. Vygen konnte dies anhand seiner Erfahrungen im Dienste des Staates nur bestätigen. Als Lösung für dieses Problem betonten beide Experten die saubere und nachvollziehbare Anwendung wissenschaftlicher Methoden. Des Weiteren sollte auch die Transparenz über den Auftraggeber gewährleistet werden, um Gefälligkeitswissenschaft Vorschub zu leisten.



Abbildung 7: Prof. Dr. Rolf Kreibich

Die Rolle des Umweltbundesamtes (UBA) in der Entwicklung von kritischer Umweltforschung wurde von beiden Experten als positiv und wichtig eingestuft. Dr. Vygen wusste aus seiner Zeit beim BMI zu berichten, dass das UBA unabhängig agierte. Die proaktive Rolle des UBA führte im Laufe der Zeit zu einigen Verstimmungen auf Seiten der Umweltpolitiker des BMI und später BMU – einige forderten gar einen "Maulkorberlass". Doch in der Gesamtschau werteten die Ministerien den Einsatz des UBA für die Umwelt immer positiv. Die Aufträge, die das UBA an unabhängige, kritische Forschungsinstitute vergab, trieben die Entwicklung der Umweltforschung voran. Die klare Positionierung des UBA ließ sich nach beiden Experten immer auch mit den starken Persönlichkeiten der UBA-Präsidenten erklären.

Umweltthemen der Zukunft

Abschließend gaben Prof. Kreibich und Dr. Vygen einen Ausblick auf Umweltthemen, die in Zukunft an Brisanz gewinnen würden. Während Prof. Kreibich neben der Erwähnung von Ressourcenschonung bzw. -rückgewinnung und Wasserpolitik insbesondere die negativen Auswirkungen auf die Umwelt durch rücksichtslose Finanzgeschäfte anprangerte, sah Dr. Vygen die Felder der Biodiversität und Landwirtschaft als entscheidende umweltpolitische Felder an. Beide waren sich einig, dass die Europäische Union (EU) ihre bisherige Vorreiterrolle in Umweltpolitik weiter erhalten und ausbauen müsse und dass insbesondere Deutschland hier nicht bremsen dürfe. Deutschland sollte auf europäischer und globaler Ebene eine größere Verantwortung übernehmen.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden unter anderem folgende Fragen diskutiert:

- Schwache Verbindung der deutschen Umweltpolitik (forschung) zu Europa
- Die erweiterte Unabhängigkeitsfrage: inwieweit beeinflusst die Überzeugung die Wissenschaft?
- Gibt es eine „Sättigung“ der Institute, da dramatische Umweltprobleme meist in anderen Ländern vorkommen?
- Lobbyismus ist nicht gleich Lobbyismus: Lobbyismus vs. gemeinwohlgeleitete Arbeit durch Umweltforschungsinstitute

5. Interviewtag, 4. Dezember 2013

- ◆ Dr. Thomas Jahn ([Videoclip](#))
- ◆ Dr. Hans-Jürgen Nantke ([Videoclip](#))
- ◆ PD Dr. Helmut Weidner ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Dieter Rucht (nur Teilnehmer der Paneldiskussion)

[Veranstaltungsbericht](#) Paneldiskussion:

Raus aus dem Elfenbeinturm. Die Umweltpolitikforschung und die Zivilgesellschaft.

Moderation: R. Andreas Kraemer, Direktor Ecologic Institut.

In der fünften Veranstaltung der Reihe "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende" waren am 4. Dezember 2013 Prof. Dr. Dieter Rucht und Dr. Thomas Jahn in das Ecologic Institut geladen, um über das Verhältnis zwischen Umweltpolitikforschung und der Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Gegenexpertise aus Widerstandsbewegung war notwendig

Dr. Thomas Jahn ist Sprecher der Institutsleitung und Mitbegründer des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und gehört damit seit der Gründung des ISOE 1986 zu den führenden Köpfen der Umweltpolitikforschung. Mit Prof. Rucht, ehemals am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und am Institut für Soziologie an der Freien Universität Berlin, war ein Experte für die Forschung über soziale Bewegungen und politischen Protest anwesend. Prof. Rucht war als Vorstandsmitglied des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. in den späten siebziger Jahren wesentlich an der damaligen Umweltbewegung beteiligt. Er beleuchtete den Zusammenhang zwischen den Umweltbewegungen bzw. der Anti-Atomkraftbewegung und den ersten Forschungs- und Beratungsinstituten für Umweltpolitik. In der staatlichen Bürokratie und in der Wissenschaft gab es zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich Atomkraftbefürworter, woraufhin Elemente der Widerstandsbewegung zu dem Schluss kamen, dass eine "Gegenexpertise" entwickelt werden müsste.

Die Bedeutung lokaler Interessen für den Widerstand gegen das AKW Wyhl

Dr. Jahn erlebte die Proteste gegen das Atomkraftwerk in Wyhl in Freiburg als Student. Er beschrieb, wie sich durch den Konflikt insbesondere das Verhältnis zwischen der lokalen Bevölkerung und den atomkraftkritischen Studenten wandelte. Er erklärte, dass der Widerstand gegen das Kraftwerk Wyhl zu Beginn nicht durch eine grundsätzliche Ablehnung der Atomkraft motiviert war, sondern vielmehr die Eigeninteressen der Umlandbewohner, ob Weinbau oder Viehzucht, entscheidend waren. Als die ländlichen Bewohner realisierten, dass die eher "alternativen" Studenten ihnen bei der Bekämpfung des AKWs in wissenschaftlichen Fragen behilflich sein konnten, schrumpfte die kulturelle Distanz zwischen den beiden Gruppen, sie wurden vereint durch die ihnen gemeinsame Ablehnung des AKWs.

Infolge der Anekdoten aus der Freiburger Region bemerkte Prof. Rucht, dass regionale Netzwerke eine große Rolle bei der Entstehung von Bewegungen im Allgemeinen spielen. Es wurden jedoch auch Unterschiede des Bereichs Umweltbewegung – Umweltforschung im Vergleich zu anderen Politikbereichen diskutiert. So gibt es beispielsweise im Bereich Umweltpolitikforschung und -beratung eine größere Dichte an unabhängigen Forschungsinstituten, als in den meisten anderen Politikfeldern. Über die Ursachen herrschten unter beiden Experten geteilte Meinungen: Prof. Rucht führte die hohe Komplexität von Umweltthemen und die daraus resultierende Notwendigkeit einer fachlichen Fundierung sowie die frühe Präsenz der Grünen Partei als besondere Merkmale der deutschen Umweltpolitik auf. Dr. Jahn hingegen hob eher den damaligen Zeitgeist heraus, der den Widerstand gegen Technisierung und damit eine höhere Wertschätzung von Ökologie beinhaltete. In diesem Zusammenhang wurde auch der Frage nachgegangen, warum sich die Umweltpolitikinstitute in Deutschland meist gut entwickelt haben. Eine der Thesen stellte auf eine sozio-kulturelle Eigenart der Deutschen ab: tendenziell neigten die Deutschen dazu, lose Strukturen durch Vereinsbildung zu verfestigen. Dies wirke in unruhigen Zeiten als Stabilitätsgarant. In der anschließenden Diskussion wurden unter anderem folgende Fragen diskutiert:

- Ist Nachhaltigkeit ein zukunftsfähiges Konzept?
- Was bedeuten die Institute heute noch?
- Ist der Begriff "Zivilgesellschaft" in seinem heutigen Gebrauch angemessen bzw. geeignet?

Ablauf der Interviews und Abendveranstaltungen

Die Interviews des dritten Veranstaltungstages wurden von Susanne Langsdorf, Researcherin, R. Andreas Kraemer, Direktor und Matthias Duwe, Leiter Klimabereich des Ecologic Instituts geführt, während die Interviews des vierten Tages von Camilla Bausch, Senior Fellow, geführt wurden. Die Interviews am fünften Veranstaltungstag übernahmen Benjamin Görlach, Leiter des Bereichs Economics and Policy Assessment, und Susanne Langsdorf. Die Nutzung des qualitativen, halbstandardisierten Fragebogens hat sich bewährt. Obgleich der Fragebogen ohnehin für alle Zeitzeugen angepasst wird, musste eine zweite Grundfassung des Fragebogens entwickelt werden. Der bisherige Fragebogen wurde für die Interviews mit den Zeitzeug/inn/en, die aus der Institutslandschaft stammen, konzipiert. Mit Dr. Volker Hauff (Bundesminister für Forschung und Technologie a.D. und Bundesminister für Verkehr a.D.) wurde jedoch ein Zeitzeuge interviewt, der die Geschichte der wissenschaftsbasierten Politikberatung aus staatlicher Sicht beleuchtete. Um diesem Standpunkt Genüge zu tun, musste eine zweite Grundfassung des Interviewfragebogens entwickelt werden. Dieser neue Fragebogen wurde auch für die Interviews mit Dr. Henrik Vygen und Dr. Hans-Jürgen Nantke als Gerüst verwendet.

Die Interviews verliefen bis auf eine Ausnahme nach Projektplanung. Dr. Volker Hauff und Michael Sailer konnten nach ihren Absagen im Mai beide am dritten Veranstaltungstag (19.9.2013) interviewt werden und nahmen auch an der Paneldiskussion teil. Leider gab es eine weitere kurzfristige Absage: Ursprünglich als Interviewpartner und Teilnehmer der Paneldiskussion des vierten Veranstaltungstages eingeplant, musste der ehemalige Präsident des Umweltbundesamtes, Prof. Dr. Andreas Troge, krankheitsbedingt kurzfristig absagen. Die Paneldiskussion des vierten Veranstaltungstages begrenzte sich daher mit Dr. Hendrik Vygen und Prof. Dr. Rolf Kreibich auf zwei Panelgäste. Prof. Dr. Andreas Troge schlug als seinen Ersatz den Leiter der Deutschen Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt vor, Dr. Hans-Jürgen Nantke. Dieser konnte am fünften Veranstaltungstag mit Dr. Helmut Weidner und Dr. Thomas Jahn interviewt werden. Dr. Helmut Weidner und Dr. Hans-Jürgen Nantke nahmen allerdings nicht an der Paneldiskussion der fünften Veranstaltung teil.

Die Abendveranstaltungen verliefen sehr gut. Bei der vierten Veranstaltung wurde im Anschluss an die Paneldiskussion insbesondere die Wahrung der Unabhängigkeit der Forschungsinstitute kontrovers diskutiert, während bei der fünften vor allem die Frage aufgeworfen wurde, wie sehr sich die Umweltinstitute auf ihre Wurzeln in der Zivilgesellschaft berufen sollten. Bei allen drei Veranstaltungen des zweiten Projektdrittels fanden sich jeweils zwischen 15 und 25 Gäste ein.

4.3 Veranstaltungstage des dritten Projektdrittels

6. Interviewtag, 5. März 2014

- ◆ DirProf. Dr. Christian Hey ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Angelika Zahrt ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Eckard Reh binder ([Videoclip](#))

[Veranstaltungsbericht](#) Paneldiskussion:

Von der nationalen zur supranationalen Ebene: Umweltpolitikforschung und die Europäische Union

Moderation: R. Andreas Kraemer, Direktor Ecologic Institut.

In der vorletzten Abendveranstaltung der Diskussionsreihe "Vom blauen Himmel über der Ruhr bis zur Energiewende" waren Prof. Dr. Eckard Reh binder und Dr. Christian Hey als Diskussionsgäste geladen. Thema der Veranstaltung war der Wandel der Umweltpolitik von einem nationalen Politikfeld zu einem supranational-europäischen Politikfeld. Kontrovers diskutiert wurde dabei die zukünftige Rolle der European Environment and Sustainable Development Advisory Councils (EEAC; dt.: Europäisches Netzwerk von Umwelt- und Nachhaltigkeitsräten) in der europäischen Umweltpolitik.

Sowohl Dr. Hey als aktueller Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) als auch Prof. Reh binder als langjähriger Vorsitzender des SRUs gehören zu den führenden Umweltpolitikexperten in Deutschland. Prof. Reh binder hatte jahrzehntelang an der Goethe-Universität in Frankfurt zu den juristischen Fragen der Europäisierung des Umweltrechts geforscht und beraten. Dr. Hey hingegen trug durch seine Arbeit als Politischer Direktor des Europäischen Umweltbüros in Brüssel und als Gründungsmitglied des Instituts für regionale Studien in Europa (EURES) aus der Perspektive von verschiedenen Akteuren der europäischen Umweltpolitik zur Diskussion bei. Die umfangreiche Erfahrung der beiden Gäste mit europäischer Umweltpolitik zeigte sich besonders in der Diskussion des EEAC.

Bedeutung der EEAC in der europäischen Umweltpolitik

Prof. Reh binder wurde 1998 der erste Vorsitzende des EEAC und wusste dementsprechend um die Umstände der Entstehung. Nach dem "Scheitern" des von der EU-Kommission einberufenen umweltpolitischen Beratungsorgans, dem "European Consultative Forum on the Environment and Sustainable Development", sei es auf die Initiative von verschiedenen Umwelträten zur Formierung des EEAC gekommen. Erfolg hatte der EEAC bei der Schaffung neuer Perspektiven für die verschiedenen Umwelträte, allerdings konnte das Ziel einer durchsetzungsfähigen europäischen Umwellobbygruppe nicht erfüllt werden. Dr. Hey konnte dies aus seiner gegenwärtigen Tätigkeit als Schatzmeister des EEAC bestätigen. Ihm zufolge sei der EEAC als Akteur in Brüssel gescheitert, was unter anderem auf die Heterogenität der verschiedenen Rätestrukturen zurückzuführen sei.

Umweltinstitute und die EU

Weiterhin berichtete Dr. Hey aus seiner Zeit beim Öko-Institut in Freiburg. Hier habe er versucht, eine umweltpolitische Debatte zu Europa anzustoßen, doch wurde diese nicht recht aufgenommen. Politische und ökonomische Herausforderungen wurden nach Dr. Hey am naturwissenschaftlich-technischen Öko-Institut noch nicht beachtet. Neben der wenig sozialwissenschaftlichen Ausrichtung der jungen Umweltinstitute war es zudem die mangelnde europaweite Institutsvernetzung, die im Vergleich zur heutigen Situation das geringe Interesse für europäische Fragen in den 1980er Jahren erklären könne. Ein Auslöser des zunehmenden Interesses an



Abbildung 8: Prof. Dr. Eckard Reh binder und Dr. Christian Hey

europäischen Umweltfragen sei nach Dr. Hey zweifellos die Einheitliche Europäische Akte von 1986 gewesen.

Zivilgesellschaft wirkt auf Außenpolitik ein

Ferner fügte Dr. Hey zum Problem der mangelnden Beteiligung der Öffentlichkeit an EU-Entscheidungsprozessen an, dass die Zivilgesellschaft zwar keinen Einfluss auf die Verhandlungen selbst hätten, dafür aber beispielsweise das heutige Festhalten der Großen Koalition an einer "ambitionierten Umweltaußenpolitik" auf "soziale Bewegungen" der Gegenwart und der Vergangenheit zurückzuführen sei.

Im Anschluss an die Paneldiskussion wurden mit dem Publikum noch folgende Themen und Fragen diskutiert:

- Welchen Stellenwert besitzt Klimaschutz in der Forschung von deutschen Umweltpolitikinstituten?
- Ist die EU ein Hindernis für innovative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle?
- Welchen Einfluss kann die europäische Öffentlichkeit auf das Transatlantische Freihandelsabkommen nehmen?

7. Interviewtag, 12. Mai 2014

- ◆ Prof. Dr. Edda Müller ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes ([Videoclip](#))
- ◆ Dr. Hans-Joachim Ziesing ([Videoclip](#))
- ◆ Prof. Dr. Ludwig Krämer (Telefoninterview)

[Veranstaltungsbericht](#) Paneldiskussion:

FCKW, Tschernobyl, Brundtland, Kyoto, Nagoya: zum Einfluss globaler Themen auf die deutsche Umweltpolitikforschung

Moderation: Matthias Duwe, Leiter des Bereichs Klima am Ecologic Institut.

Zur abschließenden Abendveranstaltung der Diskussionsreihe "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende" am 12. Mai 2014 waren die Gäste Prof. Dr. Edda Müller (ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Rats für Nachhaltige Entwicklung), Dr. Hans-Joachim Ziesing (ehem. Abteilungsleiter Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes (ehem. Generalsekretär des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen(WBGU)) geladen, um die Beziehung zwischen globalen Ereignissen und deutscher Umweltpolitikforschung zu besprechen. Die wesentlichen Erkenntnisse des Abends waren der überraschend frühe internationale Einfluss auf deutsche Umweltpolitik und die starke Unabhängigkeit der umweltpolitischen Beratungsgremien in Deutschland.

Initiative durch Politik und Druck von außen

Prof. Edda Müller betonte, dass konträr zur geläufigen Meinung die Politik den Anstoß zur deutschen Umweltpolitik gab. Im Bundesinnenministerium (BMI) 1969 von Willy Brandt etabliert, verlagerte sich der Schwerpunkt der Umweltpolitik Mitte der 70er hin zum Umweltbundesamt (UBA). Dieses war damals eine nachgeordnete Behörde des BMIs. Prof. Müller arbeitete in dieser Zeit für beide Institutionen. Sie erklärte die relative Entscheidungsfreiheit des UBAs in den 70ern mit der hohen Auslastung des BMIs durch den Terror der Rote-Armee-Fraktion. Ferner hob Sie für die Schaffung von Institutionen wie dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und dem UBA die Bedeutung der Vereinten-Nationen-Umweltkonferenz 1972 von Stockholm hervor. Diese habe im Vorfeld der Konferenz neue nationale und internationale Diskussionen zum Thema Umweltpolitik ausgelöst. So spürte die Bundesregierung den "Druck", mit der Schaffung umweltpolitischer Organe auf diese internationale Entwicklung zu reagieren.

Ozon, CO₂ und Stockholm vs. Rio

Die wahrlich globalen Themen, waren sich die drei Experten einig, kamen verstärkt erst im Laufe der 80er auf die Bühne. Das Ozonloch in der Atmosphäre und die drohende Gefahr eines unkontrollierbaren Klimawandels durch CO₂ waren Probleme, die von der Wissenschaftsgemeinde zur Sprache gebracht wurden und die in der Folge im Fokus internationaler Konferenzen standen. Die wissenschaftlichen Gremien Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und die Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" rückten die globalen Herausforderungen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft. Prof. Schulz-Baldes betonte eine weitere Veränderung im Diskurs zu Umweltpolitik: Bei der VN-Konferenz 1992 in Rio hob man, anders als in Stockholm 1971, zusätzlich zum Umweltaspekt den Entwicklungsaspekt hervor. Nach Schulz-Baldes sei dies ein Zeichen für die zunehmende Beachtung der menschlichen Komponente des Klimawandels gewesen.

Klimawissenschaft: klares Problem, unklare Problemlösung?

Die Problemdiagnose der Klimawissenschaftler war deutlich: Um katastrophale Folgen zu vermeiden, durfte die globale Durchschnittstemperatur nicht weiter als 2 Grad ansteigen. Prof. Schulz-Baldes zufolge stammte die "Leitplanke" der 2 Grad vom WBGU. Diese 2 Grad wurden dann in der Folge von der internationalen Gemeinschaft fälschlicherweise als "Ziel" aufgegriffen. Die Diagnose selbst allerdings verfehlte nicht ihre Wirkung, weltweit diskutierte man über Maßnahmen gegen Klimawandel. Doch die Expertenrunde stellte fest, dass der Entwurf von politisch akzeptierten Gegenmaßnahmen sich für Wissenschaftler als weitaus frustrierender gestaltete als die Diagnose. Dr. Ziesing sprach von "großer Frustration" seitens der Wissenschaftler. Prof. Schulz-Baldes brachte dies mit den Worten "Wissenschaft macht keine Politik" auf den Punkt.

Abschließend diskutierte die Expertenrunde folgende Fragen aus dem Publikum:

- Welchen Einfluss nahmen französische Aktivisten auf die Anti-AKW-Protteste bei Wyhl?
- Haben reiche Länder bei internationalen Verhandlungen einen Wissensvorsprung?
- Wie steht Deutschland mit seinen Umweltberatungsinstitutionen im internationalen Vergleich da?
- Wie kann wissenschaftliche Politikberatung den politischen Entscheidungsträgern effektiver helfen?

Ablauf der Interviews und Abendveranstaltungen

Die Interviews im letzten Projektdrittel erfolgten weitgehend gemäß Projektplanung. Die Interviews am 6. Interviewtag führten Doris Knoblauch, Fellow am Ecologic Institut, und Susanne Langsdorf. Am 7. Interviewtag interviewten wiederum Doris Knoblauch und Susanne Langsdorf sowie Matthias Duwe. Das Projektteam hielt auch im letzten Projektdrittel weiter an den qualitativen, halbstandardisierten Fragebögen fest.

Der Interviews und die Abendveranstaltung des 6. Veranstaltungstages konnten ohne Probleme durchgeführt werden. Am 7. Veranstaltungstag erfolgten die Interviews und die Abendveranstaltung bis auf eine Ausnahme ebenfalls reibungslos. Das Telefoninterview mit Prof. Dr. Ludwig Krämer, der auf einen Vorschlag von Prof. Dr. Eckard Rehbinder als Interviewpartner angefragt wurde und wegen des Madrider Wohnsitzes nicht in Berlin anwesend sein konnte, musste um einige Tage wegen technischer Probleme verschoben werden. Das Interview mit Prof. Dr. Ludwig Krämer ist als einziges Interview als Audiodatei vorhanden.

Bei beiden Abendveranstaltungen waren zwischen 15-20 Gäste anwesend. Bei der Abendveranstaltung am 5. März 2014 diskutierten DirProf. Dr. Christian Hey und Prof. Eckard Rehbinder, die mit ihrem Fokus auf EU und SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) zwar ähnliche Themenpfade in ihren Karrieren einschlugen, jedoch unterschiedlichen Generationen angehören. Am letzten Interviewtag waren insbesondere die Beiträge von Prof. Dr. Edda Müller und Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes für das Projekt wertvoll, weil diese die Perspektiven der anderen beiden wichtigen „Umwelträte“ in Deutschland, dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung

Globale Umweltveränderungen (WBGU) und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), einbringen konnten.

5 Überblick über die wissenschaftlichen Artikel

Im letzten Projektdrittel wurden wie oben erwähnt sieben Aufsätze mit unterschiedlicher thematischer Ausrichtung verfasst. Diese verarbeiten erste Erkenntnisse aus den Interviews und verbinden diese mit Inhalten aus bestehender wissenschaftlicher Literatur. Die Artikel geben damit einen Einblick in die bisher vorhandene wissenschaftliche Literatur und machen deutlich, wo das gesammelte Material Wissenslücken schließen kann. Gleichzeitig zeigt sich, dass das im Projekt gesammelte Wissen neue Forschungsfragen aufwirft.

Die Artikel wurden inhaltlich in folgende sieben Themenfelder gegliedert: „Die 1970er Jahre“, „Die 1980er Jahre“, „Europäische Union“, „Staat“, „Zivilgesellschaft“, „Ost-West“ und „Global“. Die Artikel wurden mit der Unterstützung von studentischen Mitarbeiter/inn/en von Doris Knoblauch, Susanne Langsdorf und Matthias Duwe verfasst. Sie sind in Annex II der elektronischen Fassung des Abschlussberichts angehängt. Nachfolgend sind die Titel, Autor/inn/en und Kurzzusammenfassungen aufgeführt:

- ◆ **Die Umweltbewegung in der DDR und die Umweltpolitikberatung in den neuen Bundesländern (Susanne Langsdorf, Elena Hofmann)**

Kurzzusammenfassung: Die Landschaft der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschungs- und beratungsinstitute unterscheidet sich in Ost- und Westdeutschland. Während in der BRD besonders durch die Anti-Atombewegung Ende der 1970er erste nicht-staatliche Institute entstanden, waren unabhängige Institute im politischen System der DDR verboten. Nicht zuletzt aufgrund der massiven Umweltverschmutzungen und intransparenter Informationspolitik entwickelte sich jedoch, teils staatlich vorangetrieben, eine große Umweltbewegung. Deren politisch eher harmlose Aktionen stellten meist die Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund. Gleichzeitig war die Umweltbewegung jedoch auch ein Diskussionsraum für die fehlende Transparenz und Demokratie des politischen Systems und musste zum Konflikt mit dem Staat führen. Nach der Wende wurden denn auch viele Akteure der Umweltbewegung politisch aktiv oder für staatlich geförderte Umweltforschungsinstituten tätig, sodass eine nicht-staatliche Umweltwissenschaft – bis auf wenige Ausnahmen – kaum wachsen konnte.

- ◆ **Die Anfänge der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschung und -beratung (Doris Knoblauch, Linda Mederake)**

Kurzzusammenfassung: Die Umweltpolitik wurde – so die gängige Meinung – 1969 in Deutschland eingeführt. Die zunehmende Beschäftigung der Politik mit diesem komplexen Themenfeld zog einen Bedarf an wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen über dieses Themenfeld nach sich. Neben der universitären Forschung und der staatlichen finanzierten, außeruniversitären Forschung entstand in diesem Zuge eine dritte Art umweltpolitischer Forschung, nämlich die in nicht-staatlichen Instituten. In diesem Diskussionspapier wird untersucht, wie es zur Gründung der ersten nicht-staatlichen Institute im Bereich der Umweltpolitik kam, welche Rolle Umweltpolitikforschung und -beratung in diesem Gefüge spielen und welche Faktoren welchen Einfluss auf die Gründung und Entwicklung der nicht-staatlichen Institute hatte. Dabei zeigt sich, dass der nicht-staatlichen, wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung erst in der zweiten, defensiven Phase der Umweltpolitik ab Mitte der 1970er Jahre eine entscheidende Rolle zukam. Mit wissenschaftlich-fundierten, kritischen Gutachten wurde die Politik unter Druck gesetzt, das umweltpolitische Engagement nicht abzuschwächen.

- ◆ **Das historische Verhältnis zwischen nicht-staatlicher Umweltpolitikforschung und dem Staat (Doris Knoblauch, Kai Müller)**

Kurzzusammenfassung: Der Staat im Allgemeinen und die Bundesregierung im Besonderen haben in Deutschland eine entscheidende Rolle bei der Einführung der Umweltpolitik gespielt. Inspiriert von Beispielen aus den USA und Japan hat die Bundesregierung unter Willy Brandt die Umweltpolitik in einem Top-down-Prozess in die BRD eingeführt und in einem rasanten Tempo auf den Weg gebracht. Die universitäre Wissenschaft konnte dieser Entwicklung nicht im gleichen Tempo folgen und hat den

Forschungsbedarf, der sich aus diesem „neuen“ Politikfeld ergab, erst nach und nach in den Wissenschaftsbetrieb eingeführt. Demgegenüber stand eine starke zivilgesellschaftliche Umweltbewegung – die Anti-Atom-Bewegung – aus deren Reihen heraus sich eine „alternative“ Forschung gründete. Alternativ einerseits zu Annahmen, es gehe nicht ohne Atomenergie. Alternativ aber auch in der Art und Weise, wie Forschung gemacht wurde: In relativ kleinen Institutionen, außerhalb des universitären Betriebes. Man kann in diesem Kontext vom Geist des „Gegengutachtens“ sprechen. Dieses Diskussionspapier geht der Frage nach, welche Rolle der Staat im Rahmen der Entwicklungen, die in der Forschungslandschaft stattgefunden haben, gespielt hat. Dabei zeigt sich, dass sich dessen Rolle stark verändert hat: Wurden nicht-staatliche Umweltforschungsinstitute zu Beginn eher als Kontrahenten, denn als Verbündete gesehen, herrscht heute eine Atmosphäre der guten Kooperation.

◆ **Einfluss globaler Themen auf die deutsche Umweltpolitikforschung (Linda Mederake, Matthias Duwe)**

Kurzzusammenfassung : Die deutsche Umweltpolitik und Umweltpolitikberatung wurden in ihren Anfängen stark durch internationale Ereignisse wie die Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen 1972 in Stockholm und Diskussionen über die Grenzen des Wachstums geprägt. Insbesondere die USA und Japan beeinflussten die ersten Umweltgesetze in Deutschland. Danach prägten als erste wahrhaft globale Umweltprobleme das Ozonloch und der Klimawandel die Politik. Hier wurden zum Einen deutsche Institutionen und Politikprozesse auf diese Themen und ihre multilateralen Verhandlungen ausgerichtet, zum Anderen beeinflussten deutsche Initiativen und wissenschaftliche Publikationen auch die internationale Ebene. Umweltpolitische Institute konnten dabei an Beachtung gewinnen und spezifische Expertise geltend machen.

◆ **Die Umweltpolitik und -forschung wird erwachsen: Die 1980er Jahre (Doris Knoblauch, Elena Hofmann)**

Kurzzusammenfassung: Die wirtschaftliche Stagnation und die Ölpreiskrise hatten Anfang der 1980er Jahre dazu geführt, dass die Umweltpolitik nicht mehr so hoch auf der politischen Agenda stand. In den 1980er Jahren gab es aber eine Vielzahl von Umweltkatastrophen, die eine starke Auswirkung auf das öffentliche Bewusstsein hatten: der Saure Regen, das Waldsterben, das Ozonloch und die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl. Das wachsende umweltpolitische Bewusstsein in Deutschland, das sich auch mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im Jahr 1983 zeigt, und der daraus resultierende politische Druck führten wieder vermehrt dazu, dass Umweltthemen politische Aufmerksamkeit erlangten.

Die nicht-staatlichen Umweltforschungs- und -beratungsinstitute haben sich in dieser Zeit weiter professionalisiert und profiliert. Die Nachfrage nach Expert/inn/enwissen zur Umweltpolitik wuchs. Mit der Ausdifferenzierung der Umweltpolitik sind deshalb auch immer mehr nicht-staatliche Institutionen auf den Plan getreten. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, wie dem Umweltbundesamt und dem Umweltministerium, blieb hingegen noch wenig kooperativ.

◆ **Von der nationalen zur supranationalen Ebene. Wissenschaftliche Umweltpolitikberatung und die Europäische Union (Robert Ostwald, Susanne Langsdorf)**

Kurzzusammenfassung: Seit dem Ende der 1980er Jahre spielt die Europäische Union (EU) im Bereich der Umweltpolitik eine zunehmend wichtigere Rolle. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde zudem auch die energiepolitische Kompetenz der EU ausgebaut. In diesem Papier wird untersucht, wie sich diese Kompetenzverschiebungen im Bereich der Umweltpolitik und Energiepolitik auf die nicht-staatliche Umweltpolitikforschung und –beratung in Deutschland ausgewirkt hat. Das Papier geht dabei von einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zwischen EU und Umweltinstituten aus. Einerseits ist die EU auf die Fachkompetenz der Forschungsinstitute angewiesen. Andererseits entstehen durch die EU als Auftraggeber für Forschungsprojekte im Umweltbereich neue Rahmenbedingungen für die deutsche Umweltpolitikforschung.

◆ **Raus aus dem Elfenbeinturm. Umweltforschungsinstitute und die Zivilgesellschaft (Susanne Langsdorf, Robert Ostwald)**

Kurzzusammenfassung: Die frühen nicht-staatlichen Umweltinstitute sind stark mit der Umweltbewegung verknüpft, spätere Institute oftmals eher durch thematische Lücken in der Umweltforschung entstanden. Am Beispiel der älteren nicht-staatlichen Umweltinstitute Öko-Institut und Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH mit einer großen Nähe zur zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung, dem Ecologic Institut mit weniger starker Bindung an die Zivilgesellschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) als staatlichem Institut wird die Bandbreite, innerhalb derer Zivilgesellschaft und Umweltforschungsinstitute miteinander agieren, dargestellt.

Dieses Papier befasst sich mit der Geschichte der zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung und wie diese zur Entwicklung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland beitrug. Es geht der Frage nach, in welchem Verhältnis Umweltforschungsinstitute und Umweltbewegung heute zueinander stehen und wie sich dies im Laufe der vergangenen Jahrzehnte geändert hat.

6 Bewilligungsaufgaben

Die Bewilligungsaufgaben wurden erfüllt. Dies waren im Einzelnen:

◆ **Hinweis auf die DBU-Förderung**

Im Internet ist auf allen Haupt- und Unterseiten der Projektwebseite der Verweis auf die DBU Förderung eingefügt. Beispielseiten:



Abbildung 9: Beispielseiten zum Hinweis auf die DBU-Förderung im Internet

In Printmaterialien ist ebenfalls der Hinweis auf die DBU-Förderung vermerkt. Beispielseiten



Abbildung 10: Beispielseiten zum Hinweis auf die DBU-Förderung in Printmaterialien

◆ Zwischenberichte

Es wurden gemäß Vereinbarung zwei Zwischenberichte vorgelegt.

Zwischenbericht 1: Berichtszeitraum 10.12.2012 - 10.06.2013

Zwischenbericht 2: Berichtszeitraum 11.06.2013 - 10.12.2013

◆ Projektabschlussbericht als pdf-Datei

◆ Sonstige Hinweise

Einer kostenneutralen Projektlaufzeitverlängerung bis 31.08.2014 wurde Ihrerseits zugestimmt. Auf eventuelle Kostenverschiebungen wird im Verwendungsnachweis per 31.08.2014 eingegangen. Auf Abweichungen der Projektplanung wird detailliert im folgenden Kapitel eingegangen.

7 Abweichungen von der Projektplanung, Raum für Verbesserungen

Das Projekt verlief weitestgehend gemäß der ursprünglichen Projektplanung. Eine wesentliche Änderung, die an der Projektplanung im letzten Projektdrittel vorgenommen wurde, war die Verlängerung des Projektzeitraums vom 10.06.2014 bis zum 31.08.2014. Dies wurde wegen des Umfangs der sieben zu schreibenden Artikel und den langen Bearbeitungszeiten der Interviewclips notwendig. Weitere Abweichungen ergaben sich durch drei kurzfristige Absagen durch geladene Interviewpartner. Für einen ausgefallenen Zeitzeugen konnte kurzfristig Ersatz gefunden werden, an zwei Interviewtagen wurden jedoch nur jeweils zwei Zeitzeugen interviewt. Als Ersatz konnte noch ein Telefoninterview durchgeführt werden (Interview mit Prof. Dr. Ludwig Krämer). Aufgrund der großen räumlichen Distanz zwischen Interviewpartner und Veranstaltungsort wäre ein Videointerview in diesem Fall ohnehin nicht zu realisieren gewesen. Ferner war es geplant, ein weiteres Interview mit einem Mitglied des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) durchzuführen, allerdings kam dieses wegen Zeitmangels des Interviewpartners nicht zustande. Damit kommt das gesamte Projekt statt auf die geplanten 21 Interviews nur auf 20 Interviews, die alle transkribiert und zusammengefasst wurden.

Neben den Artikeln und den Transkriptionen sammelte das Projekt die Videoaufnahmen zu den Abendveranstaltungen und den Interviews. Wie oben schon erläutert, entschied man sich im Laufe des Projekts die Interviewzeit zu kürzen, um das Interview weniger anstrengend für die Interviewten zu machen. Gleichzeitig wurden die Interviewclips etwas länger als ursprünglich geplant, da die Clips ansonsten den roten Faden des Interviews verloren und zu abgehackt gewirkt hätten. Statt fünf- bis siebenminütigen Clips wurden ca. zehnminütige Clips erstellt. Die Interviewclips sind in Kapitel 4 verlinkt, die Videos der Abendveranstaltungen sind auf der Projektwebsite zu finden.

Die Vorgehensweise im Projekt hat sich im Wesentlichen bewährt. Eine Verbesserungsmöglichkeit gäbe es jedoch im Bereich der frühzeitigen Klärung der Verwendung des Interviewmaterials: Es wäre hilfreich gewesen, bereits vor der Durchführung der Interviews den Zeitzeug/inn/en ein Dokument über das Einverständnis der Nutzung des Videomaterials zukommen, und dieses abzeichnen zu lassen. In diesem Projekt wurde auf die Nutzungspläne in der Einladung zum Interview hingewiesen, was auch durch fast alle Zeitzeug/inn/en akzeptiert wurde. In einem Fall kam es jedoch zu Missverständnissen, was das nachträgliche Einholen einer Einverständniserklärung bei allen Zeitzeug/inn/en nahelegte. Dieser Prozess um nachträgliche Überarbeitungswünsche durch einen Zeitzeugen sowie das nachträgliche Einholen der Einverständniserklärungen war mit erheblichem Aufwand verbunden und hätte durch das Einholen der Einverständniserklärung vor dem Interview mittels eines klar formulierten Dokuments, vermieden werden können.

8 Erreichte Ziele und Projektergebnisse

Dem Ecologic Institut gelang es mit dem Projekt „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ neues Geschichtswissen zur wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland zu sammeln und zu dokumentieren. Die Koordination der Veranstaltungstage blieb dabei im Projektverlauf eine der größten Herausforderungen, da diese stark von der Verfügbarkeit der geladenen Expert/inn/en abhing.

Während eines Zeitraums von 20 Monaten wurden schließlich 20 Zeitzeug/inn/en mit einem qualitativen, halbstandardisierten Fragebogen interviewt, der auch genügend Raum für das sogenannte „Story-Telling“ ließ. Es gelang eine beachtliche und wertvolle Sammlung historischen Materials. Das breite Themenspektrum des Materials, aber auch die tiefergehende Betrachtung einzelner Themenfelder durch die Zeitzeug/inn/en, machen das gesammelte Material zu einer entscheidenden Grundlage für eine zukünftige historische Betrachtung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung.

Neben den Einzelinterviews nahmen fast alle Interviewten im Rahmen von sieben Abendveranstaltungen an Podiumsdiskussionen vor Publikum teil.

Wie geplant wurde für die Dokumentation das gewonnene Videomaterial geschnitten und in Videoclips aufbereitet. Zudem wurden die Interviews transkribiert und gemeinsam mit eigener Literatur- und Dokumentenanalyse zu wissenschaftlichen Artikeln aufbereitet.

Auch bezüglich der Internetseite wurden alle geplanten Ziele (Präsentation der Projektziele, der Projektmethodik, des Projektverlaufs und der Projektpartner; Ankündigung und Dokumentation der Veranstaltungen; Veröffentlichung von Projektergebnissen; Informationssammlung zu den deutschen Umweltpolitikberatungsinstitutionen und Zeitzeug/inn/en). Auch die zusammenfassende, reduzierte englische Sprachversion wurde erstellt.

Alle Projektziele wurden mit der gewählten Methode erreicht. Das Geschichtswissen um die Entstehung der unabhängigen Umweltforschungs- und -beratungsinstitute wurde erheblich erweitert. Erste Anfragen des Interviewmaterials sind bereits an das Ecologic Institut herangetragen worden.

Annex I

Die Transkripte der Interviews sind in folgender Reihenfolge angehängt:

- ◆ Dr. Volker Hauff, BM a.D.
- ◆ DirProf. Dr. Christian Hey
- ◆ Dr. Ulrich Höpfner
- ◆ Dr. Thomas Jahn
- ◆ Prof. Dr. Martin Jänicke
- ◆ R. Andreas Kraemer
- ◆ Prof. Dr. Ludwig Krämer
- ◆ Prof. Dr. Rolf Kreibich
- ◆ Prof. Dr. Edda Müller
- ◆ Dr. Hans-Jürgen Nantke
- ◆ Prof. em. Dr. Eckard Reh binder
- ◆ Michael Sailer
- ◆ Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes
- ◆ Prof. Dr. Dr. h. c. Udo E. Simonis
- ◆ Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
- ◆ Dr. Hendrik Vygen
- ◆ PD Dr. Helmut Weidner
- ◆ Prof. Dr. Angelika Zahrnt
- ◆ Dr. Hans-Joachim Ziesing
- ◆ Dr. Michael Zschiesche

Interview mit Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D.

Interviewt durch: R. Andreas Kraemer, Direktor des Ecologic Instituts

Datum: 19. September 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Hauff, Volker (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19. September 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:22	00:01:40	Kraemer: Herzlich Willkommen, Herr Dr. Hauff, zu diesem Interview über die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland. Es ist Teil eines Projektes, in dem wir uns die Frage stellen: Von dem blauen Himmel über der Ruhr bis zu dem, was wir heute Energiewende bezeichnen. Welche Rolle hat die Umweltpolitik gespielt, in Deutschland, im Vergleich zu anderen Staaten, welche Rolle hat dabei der Staat gespielt, welche Rolle hat die Zivilgesellschaft gespielt und wie ist die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung, die so ein Teil der Umweltpolitik vorangetrieben hat, in Deutschland entstanden, wie sind die Institute entstanden, die das vorantreiben, und dabei interessieren uns besonders die freien Institute, die unabhängigen Institute, einige auch staatliche Institute, die sich um die Dynamik an der

		Schnittstelle zwischen Umwelt und Gesellschaft kümmern. Wir wollen über die Anfänge dieser Entwicklung in den 70er Jahren reden, aber auch ihre neusten Erfahrungen in diesem Bereich, als Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, befragen. Aber als erstes vielleicht, Herr Hauff, Sie waren so lange dabei, mit welchen Themen beschäftigen Sie sich heute? Sie waren als letztes in der Ethikkommission nach Fukushima über die Zukunft der Energiepolitik, sind jetzt noch im Aufsichtsrat des Flughafens Köln-Bonn, welche umweltpolitischen Themen interessieren Sie heute, beschäftigen Sie heute?
00:01:40	00:02:16	Hauff: Also heute treiben mich vor allem zwei Themen wirklich um: Das eine ist die Energiewende, und das ist was, was im Grunde die letzten, ja, über dreißig Jahre in meinem politischen Leben, in ganz unterschiedlichen Funktionen, auch eine wesentliche Rolle gespielt hat. Und das, was da zurzeit in unserem Lande passiert, das bekümmert mich, das spottet nach meiner Meinung jeder Beschreibung, aber es ist eins der wichtigsten Projekte. Es ist mindestens so wichtig wie die Wiedervereinigung, wenn wir das erfolgreich machen wollen, auch ähnlich anspruchsvoll, aber es wird sehr dilettantisch gehandhabt. Das ist das eine.
00:02:16	00:04:17	Hauff: Das andere ist etwas, was in den letzten Jahren sich bei mir sehr verstärkt hat, unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten. Ich glaube, dass wir in ein großes Problem hineinlaufen. Kürzlich hat der <i>Economist</i> eine Untersuchung veröffentlicht, dass im Zuge der Globalisierung, die Unterschiede zwischen den Staaten, die ökonomischen Unterschiede zwischen den Staaten, eher abnehmen, aber in allen Fällen, ob es nun reiche Industriestaaten sind oder eher Länder der Dritten Welt, innerhalb der Staaten nimmt die Schere zu zwischen Arm und Reich. Das deutet auf eine Endsolidarisierung unserer Gesellschaft hin, das deutet darauf hin, dass wir hier ein sehr ernstes Problem kriegen. Denn es kann auf die Dauer nicht gut gehen, wenn der Zusammenhalt in einer Gesellschaft gefährdet ist. Und das ist das zweite große Problem, das mich umtreibt und mit dem ich mich beschäftige. Nicht nur theoretisch, sondern da auch praktische Erfahrungen sammel, weil ich jetzt ein bisschen mehr Zeit habe. Seit zwei Jahren arbeite ich in Köln in einer Einrichtung, die sich mit Wohnsitzlosen beschäftigt. Und da hab ich sehr viel darüber gelernt, was eigentlich die Voraussetzungen dafür sind, dass es zu solchen Fehlentwicklungen kommt. Da muss gar keine individuelle Schuld da sein, sondern das sind Menschen, die in irgendeiner Situation plötzlich nicht mehr damit rechnen können, dass um sie herum ein Netzwerk ist, das sie auffängt und dann fallen sie plötzlich ins Bodenlose und man findet sie dann woanders wieder. Das ist eine Entwicklung, die halte ich für falsch, der möchte ich gerne entgegen wirken. Ich tue das persönlich, aber das erfordert natürlich auch politische Anstrengungen. Das sind die zwei Hauptthemen, der Zusammenhalt in der Gesellschaft, den ich in Gefahr sehe und eine Entwicklung im Energiesektor, die uns auch unter Klimagesichtspunkten überhaupt nicht befriedigen kann.
00:04:17	00:05:23	Kraemer: Vielen Dank. Für mich ist das erkennbar, sind das erkennbar Themen, die Sie schon seit langem interessieren. Ich erinnere an das Studium – Wirtschaftswissenschaften und soziale Fragen. Der Zusammenhalt von Gesellschaft und das Verhältnis der Wirtschaft dazu war ihr Studium, aber daneben haben Sie sich ja auch als Student schon engagiert in der Aktion gegen den Atomtod, obwohl Sie dann viele Jahre auch ein Befürworter der friedlichen Nutzung der Kernenergie waren, waren damit ja Kerne angelegt sich mit der Verwendung, der Nutzung der Kerntechnologie zu beschäftigen, bis dass dann eben heute in der Energiewende gemündet ist. Das dazwischen dann die wichtige Phase, wo in Deutschland Weichen gestellt worden sind, der Übergang von den 60er Jahren in die 70er Jahre, mit der Institutionalisierung der Umweltpolitik, war das etwas was aus ihrer Sicht vom Staat getrieben wurde, also Willy Brandt mit dem "Blauen Himmel über der Ruhr", oder war das etwas, was von der Zivilgesellschaft gefordert wurde und die Zivilgesellschaft den Staat getrieben hat?

00:05:23	00:07:09	<p>Hauff: Also, Sie sind mir sicher nicht böse, wenn ich sage, dass das genau die Fragestellung von der ich meine, die führt in die Irre. Erfolgreiche politische Prozesse, Veränderungen, um nicht das große Wort Reformen in den Mund zu nehmen, die sind nur erfolgreich, wenn es eine Bewegung gibt von unten, und es die Bereitschaft gibt von oben mitzudenken und nach Möglichkeit sogar ein Stück weit voraus zu denken. Und nur wenn das zusammen kommt, dann entsteht daraus eine wirkliche Bewegung. Und ich glaube, das war ein wesentlicher Teil der 70er Jahre, dass das glücklicherweise zusammen kam. Nicht immer ohne Konflikte, wann immer was Neues in der Politik steht, kracht es auch und es gibt Auseinandersetzungen. Aber in den 70er Jahren gab es eine sehr kräftige Bewegung, die sich um Umweltfragen gekümmert hat. Das hat sich dann sehr fokussiert auf das Thema Kernenergie, Atomenergie und auf der anderen Seite gab es in der Politik auch – den Titel haben Sie gewählt: "Der blauen Himmel über der Ruhr", das berühmte Wort von Willy Brandt – die Bereitschaft darüber nachzudenken und sich Gedanken zu machen, was dazu notwendig ist. Und ich glaub, damals sind dann Entscheidungen gefallen, die, die prägend war für unser Land, weil die zwei Dinge zusammen gekommen sind. In der Politik hat man dafür gesorgt, dass der Sachverstand sich verbessert. Das Umweltbundesamt wurde damals gegründet. Die Regierung hat sich verpflichtet einen Umweltbericht zu erstellen, erstmals dann 1972 veröffentlicht. Es wurde die, die Zuständigkeit von Ministerien zusammengefasst, ursprünglich im Innenministerium, später dann in einem eigenen Umweltministerium.</p>
00:07:09	00:08:33	<p>Hauff: Und es wurde der Versuch gemacht, das Gespräch zu organisieren. Ich könnte das jetzt an vielen Beispielen zeigen, aber ich will gerne das schwierigste Beispiel heraus suchen, weil es auch zeigt, das ist das Thema, was für mich in diesen 30, 40 Jahren mit zu den schwierigsten gehört. Ich hab damals auf Anregung von Willy Brandt mir Gedanken darüber gemacht wie die SPD mit dem Thema Energiepolitik umgehen soll. Er hat mir damals geraten, "Guck dich doch ein bisschen um, ich glaub es gibt da interessante Entwicklungen, und auch in anderen Ländern". In der Tat, das war so, insbesondere in Österreich, mit Kreisky, der da einen alten Schulfreund von ihm, einen Nobelpreisträger, engagierte... aber sehr interessant, die Diskussionsgruppen in Schweden. Die damals in den 70er Jahren beginnen, '72, Diskussionsgruppen gebildet haben, in der skandinavischen Tradition der Heimvolkshochschulen, da hat man da auch ganz andere Möglichkeiten gehabt, die sich mit der Energiepolitik beschäftigt haben entlang von vier Fragen. Das war der Versuch der Regierung, so'n öffentlichen Diskussionsprozess zu strukturieren. Und das hab ich sorgfältig studiert, danach eine kleine Veröffentlichung darüber geschrieben.</p>
00:08:33	00:09:19	<p>Hauff: Und das war der Grund dafür, dass wir dann später als Forschungsministerium diesen Bürgerdialog Kernenergie eingerichtet haben, der genau diesen Grundgedanken aufgreift miteinander ins Gespräch zu kommen. Und wir haben da nicht gesagt, also, da werden nur Veranstaltungen unterstützt, die eine bestimmte klare Linie haben, die der Regierung entspricht. Im Gegenteil, es gab auch große Auseinandersetzung, dann innerhalb der Regierung, aber meine Meinung war, und die hat sich auch durchgesetzt, wir fördern in diesem Bürgerdialog Kernenergie Veranstaltungen, in denen Menschen mit unterschiedlicher Grundauffassung zum Thema Kernenergie zu Wort kommen. Das ist die Voraussetzung. Weil wir geglaubt haben, das ist notwendig darüber zu reden, um daraus heraus, dann möglicherweise auch Alternativen zu entwickeln.</p>
00:09:19	00:10:23	<p>Hauff: Und dieser Versuch ins Gespräch zu kommen, der hat sich dann auch auf ganz anderen Gebieten fortgesetzt, im Umgang mit den von Ihnen schon oft zitierten Instituten. Das war, das war eine massive Auseinandersetzung damals, als ich als Forschungsminister gesagt habe, im Rahmen der großen und sehr aufwendigen Studien zur Reaktorsicherheit, die wir damals durchgeführt haben: "Ich möchte doch, dass eines dieser Institute an diesem Prozess beteiligt wird und ein eigenes Gutachten macht." Und so kam es dazu, dass das Öko-Institut ein Gutachtenauftrag bekam vom Forschungsministerium zum Thema Reaktorsicherheit sich Gedanken zu machen, übrigens mit Ergebnissen, die man heute noch lesen kann, weil sie klar zu dem Schluss kamen, das Hauptgefährdungspotential nicht so sehr im eigentlich technischen Bereich, sondern liegt an der Schnittstellen von technischen Systemen und Mensch. Überall dort, wo durch menschliches Fehlverhalten Gefahren entstehen, dort droht wirklich Gefahr. Und alle Unfälle, die wir seither erleben, haben genau mit dieser Schnittstelle zu tun.</p>
00:10:23	00:11:47	<p>Hauff: Aber es gab auch im eigenen Bereich dann die Überlegung, wie, wie können wir das Thema weiter befördern, durch Unterstützung der Wissenschaft. Nicht nur diese Institute, die sich</p>

		neugebildet haben, sondern auch innerhalb der etablierten Wissenschaft. Und ein Versuch war am Wissenschaftszentrum Berlin, dort war ich zehn Jahre lang Vorsitzender des Kuratoriums, wurde ein Institut eingerichtet, das sich mit Fragen von Umwelt und Gesellschaft beschäftigt, auf einem hohen internationalen Niveau. Das war der Anspruch des Wissenschaftszentrum seit eh und je, den es auch heute noch erfüllt, immer zugleich Forschungskapazitäten aus Deutschland mit Forschungskapazitäten aus dem Ausland zusammenzubringen und auf diese Weise befruchtend wirken zu lassen. Also das sind Beispiele, für diese ineinander, für das ich damals schon plädiert habe, weil ich der Meinung war, da kündigt sich was an, von dem wir alle nicht ganz so genau wissen, wo es hin will, und wo wir offen sein müssen für Argumente und für eine neue Sicht der Dinge, getreu dem alten, schönen Satz von Konfuzius, dass jede Sache drei Seiten hat. Die eine ist meine Sicht der Dinge, die zweite ist deine Sicht der Dinge und die dritte Sicht, ist diejenige, die wir beide übersehen haben. Und mit dieser Grundhaltung in so Diskussionen reinzugehen, das war und ist für mich ein Anliegen.
00:11:47	00:12:22	Kraemer: Lassen Sie mich kurz nochmal an den Anfang zurückkehren: Das Wort von Willy Brandt "Der blaue Himmel über der Ruhr". Wir haben versucht herauszufinden, woher der Gedanke kam, woher der politische Druck kam, die politische Energie kam, sich diesem Thema zuzuwenden. Im Wahlkampf spielte das Thema fast keine Rolle und nachher wurde es trotzdem Politik. War das eine Ahnung, ein Gespür von Willy Brandt, dass hier ein wichtiges Thema ist, oder gab es einen expliziten Input aus der Verwaltung oder über die Partei in die Politikformulierung?
00:12:22	00:13:20	Hauff: Nein, ich glaub, das war im Wesentlichen ein Impuls von Willy Brandt und von den Leuten, die er besonders angezogen hat und die ihn mit beraten haben oder die mit ihm zusammen in die Politik gegangen sind. Er hat da eine ganz eigenartige und ganz besonders fruchtbare Faszination ausgeübt, auf Menschen, die sonst gar nichts mit der Politik haben wollten. Aber wenn man zurückdenkt und fragt, was waren da eigentlich die treibenden Kräfte, dann glaube ich, das waren dreierlei: Es war nicht die Politik, es war nicht, schon gar nicht die Wirtschaft, sondern es waren Bürgerinitiativen, die zunächst mit Dingen angefangen haben, die oft gar nicht unmittelbar mit der Umwelt zu tun haben, aber sie haben einfach gesagt: "Wir haben es satt, dass von oben nur immer verkündet wird, was richtig ist.", die protestiert haben gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen Stadt-sanierungsprojekte, das waren so die großen Bürgerinitiativen, die in den 70er Jahren mal eine Rolle gespielt haben.
00:13:20	00:14:57	Hauff: Das zweite war die Wissenschaft, natürlich der <i>Club of Rome</i> , aber nicht nur der <i>Club of Rome</i> , es gab eine ganze Reihe von Wissenschaftlern und wer hell wach genug war, hat auch erkannt, dass in der Kunst sich da etwas tut. Dass es da Arbeiten gibt, die darauf hinweisen: "Ihr könnt da nicht einfach drüber hinweggehen, da kündigt sich irgendwas Ernstes an." Und das hat der wohl geahnt, und hat dann diesen – das war ja eine seiner großen Fähigkeiten, schwierige Sachverhalte auf einen Begriff zu bringen: "Blauer Himmel über der Ruhr", das war geradezu süffig, das Thema, und hat sich dann ja auch durchgesetzt, ja? Und hatte eine große Resonanz... Aber richtig ist, es gab dann eine ganze Menge anderer Probleme, die sich da quer dazu entwickelt haben, insbesondere die Wirtschaftskrise, die Weltwirtschaftskrise, ausgehend von den Erdölpreiserhöhungen, und das hat dann dazu geführt, dass mit den sogenannten Beschlüssen von Gymnich, das war eine Klausursitzung der Bundesregierung zum Thema Umweltschutz, Beschlüsse gefasst wurden, die doch das sehr eingedämmt haben, dieses Engagement und der vorherrschende Slogan, der damals ja auch von vielen gebraucht wurde, in der Wirtschaft, in Gewerkschaften, in vielen anderen Bereichen, "also erstmal müssen die Schornsteine rauchen und dann, wenn die Dinge laufen, dann können wir auch was für die Umwelt tun". Ein Satz von dem wir heute wissen, dass er grundfalsch war.

00:14:57	00:15:57	<p>Kraemer: Und trotzdem wird er heute, auch heute noch immer wieder vorgetragen. Hauff: Er wird vorgetragen, aber er hat kaum noch Anhänger, Gott sei Dank. Kraemer: Sie haben sehr deutlich gesagt wie wichtig es Ihnen war, in das Gespräch mit den Bürgern einzutreten, nun (...) aus Industrie, aus Wissenschaft und aus der staatlichen Verwaltung wird immer gesagt, wenn eine Bürgerbeteiligung stattfindet, dann leidet sie entweder darunter, dass gar kein Sachverstand vorhanden ist, also dort nicht auf Augenhöhe mitdiskutiert werden kann mit den Experten oder aber das längerfristige Projekte durchgeführt werden müssen, längere Dialoge, in denen auch ein <i>capacity building</i> in der Zivilgesellschaft stattfindet. Wie waren damals in den 70er Jahren die Gedanken und kann man die Unterstützung für den Aufbau und die ersten Forschungsprojekte im Öko-Institut sehen als eine bewusste Entscheidung hier zivilgesellschaftliche Kapazitäten aufbauen zu helfen, damit Gesprächspartner auf Augenhöhe vorhanden sind, oder war das eher Zufallsprodukt?</p>
00:15:57	00:16:50	<p>Hauff: Nee, ganz klar, das war die dezidierte Absicht, jedenfalls von den Leuten, die das maßgeblich mit beeinflusst haben, da gab's natürlich andere, die waren auch anderer Meinung und ein bisschen Streit so darüber, aber unsere feste, meine feste Überzeugung war und ist: Wichtige und große Reformen brauchen starke Institutionen auch in der Gesellschaft, brauchen Wissen, brauchen Sachverstand. Und den muss man notfalls organisieren, dass der vorhanden ist. Und ganz langsam spricht sich das ja herum, dass das nicht vertane Zeit ist, blabla zu machen, mit den Bürgern, sondern das man da sehr oft auch entdeckt, dass man manches übersehen hat. Also wenn man nicht ein bisschen Misstrauen gegen die eigene Unfehlbarkeit hat, ja dann braucht man mit den Bürgern überhaupt nicht diskutieren, dann, gut, ist man der Sache sicher. Nur das läuft sehr häufig dann in Sackgassen und verkommt dann.</p>
00:16:50	00:19:38	<p>Hauff: Beispiel eher aus neuerer Zeit, wollen den Frankfurter Flughafen nehmen, da haben wir die beiden Modelle. Wir haben das Modell der Startbahn-West, mit den verheerenden Entwicklungen, wo viele, ich eingeschlossen, eine gewisse Furcht hab, dass es da zu Toten kommt, mit allen Konsequenzen, die sowas gehabt hätte, einer sehr, sehr teuren Entwicklung und einem Prozess, der fast zehn Jahre lang dauerte. Wir hatten dann in den 90er Jahren, oder danach beginnend, richtig öffentlich beginnend, dann die Diskussion über die neue Start-Landebahn am Frankfurter Flughafen. Man hat ein Mediationsverfahren gewählt, man hat mit den Kommunalpolitikern, mit den Nicht-Regierungsorganisationen, mit Sachverständigen, die anderer Meinung waren das Gespräch gesucht, und versucht da herauszufinden, ob es denn möglich ist, dass man voneinander lernt. Und es war möglich, es war möglich, und man hat gesagt, ja, da spricht etwas dafür, dass auch unter kommunalpolitischen Gesichtspunkten eine Kapazitätserweiterung Sinn machen könnte, aber nur unter der Voraussetzung, dass es zu Lärmreduzierungen kommt. Das war erst mal ein vernünftiger, richtiger Wegweiser, der ist dann hinterher wieder ein bisschen in Frage gezogen worden. Der Prozess hat acht Jahre gedauert. Viele, die haben gesagt, ja das war aber sehr teuer, das hat sehr lange gedauert. Der Prozess vorher, bei der Startbahn-West, hat länger gedauert und war teurer und hat unendliches politisches Vertrauen zerstört. Also wir müssen uns schon drauf einrichten, dass bei so schwierigen Projekten, wie zum Beispiel bei Infrastrukturprojekten, nicht nur die technische Reife in der Regel zehn Jahre braucht, von dem Zeitpunkt wo man sagt, wir machen sowas, bis es dann tatsächlich gebaut ist, weil da vielerlei bedacht sein will, ob die Pfeiler richtig stark sind, ob die Statik stimmt, oder ich weiß was, alles Mögliche, technische Fragen, wissenschaftliche Fragen. Man wird sich darauf einstellen müssen, dass wenn man in der Zukunft solche Projekte realisieren will, dass man einen vergleichbar langen Zeitraum intensiver Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern braucht. Das ist für mich eine gesicherte Erkenntnis. Denn solche Projekte, die werden nur akzeptabel sein und durchgeführt werden können, wenn man ein gewisses Grundverständnis in der Bevölkerung tatsächlich schaffen könnte dafür, wenn man das finden kann und wenn man dann eben so mitwirkt, dass da das Vertrauen entsteht, ja das scheint jetzt ein Weg zu sein, der tatsächlich gangbar ist.</p>
00:19:38	00:20:02	<p>Hauff: Und das ist einer meiner Gründe der Kritik an der Art wie die Energiewende betrieben wird. Statt über diese großen Fragen wirklich zu diskutieren, auch wie wir den Energieverbrauch verändern können, und vieles anders, streitet man jetzt über Stromtrassen und Strompreise. Wichtige Fragen, ohne Zweifel, aber sehr enge, kleine Aspekte des Gesamtproblems.</p>
00:20:02	00:20:34	<p>Kraemer: Der Dialog mit der Zivilgesellschaft, der erfordert also einen gewissen Sachverstand und der muss über Zeit aufgebaut werden und auch die Klärungsprozesse in der Gesellschaft brauchen ihre Zeit. Wissenschaftler könnten jetzt sagen, die Expertise, die sie brauchen, den Input den sie</p>

		brauchen, den können sie in den Universitäten brauchen, den können sie auch an den großen, staatlichen Forschungseinrichtungen besorgen. Was ist das besondere an diesen Öko-Institut, IFEU, IZT oder ISOE in Frankfurt, was ist das besondere an diesen Instituten, was macht die besonders nützlich?
00:20:34	00:21:28	Hauff: Ich glaub', dass ihre wichtigste Funktion war genau in der Entstehungsgeschichte des Umweltbewusstseins, dafür zu sorgen, dass die Lernprozesse möglichst rasch durchgeführt wurden für ein Grundverständnis in der Gesellschaft. Was für Risiken drohen tatsächlich, was für Aspekte wurden bisher nicht beachtet in der etablierten Wissenschaft? Vieles von dem, was dann aus diesen Instituten kam, ist mittlerweile Allgemeingut geworden. Und das ist ihre wichtigste Funktion gewesen und das ist auch heute noch ihre wichtigste Funktion, nur früher war das so ein Alleinstellungsmerkmal, dass sie so die mahnende Stimme war, derjenigen die keine Mehrheit fanden. Das ist heute etwas gleicher verteilt. Unserer Forschungseinrichtungen haben sich sehr, sehr stark auch geöffnet für diese Fragen, das lässt sich gar nicht bestreiten.
00:21:28	00:23:24	Hauff: Aber ich glaub, dass wir heute ein ganz anderes Problem noch haben. Also in den 70er, 80ern konnten wir wirklich noch sagen, also da gibt's die Politik, und dann gibt's die Wissenschaft, und dann gibt's die wissenschaftliche Beratung dabei. Ich glaube, dass das heute so nicht mehr stimmt. Wenn wir der Frage nachgehen, wie entstehen eigentlich Entscheidungen? Und wie entstehen Veränderungen, Transformation, denn an sich sind die heute nicht mehr alleine durch politische, staatliche Entscheidungen geprägt, sondern sie sind sehr, sehr stark abhängig davon, dass in der Zivilgesellschaft die richtigen Entscheidungen gefällt werden, auch in der Wirtschaft die richtigen Entscheidungen gefällt werden, das heißt das berühmte Wort von der Governance: "Wie kommen wir zu einer Steuerung von solchen Prozessen?" Da ist es nicht mehr getan mit der Dualität von Wissenschaft und Politik, es kommen andere Spieler mit dazu, und die Wissenschaft selber, die muss plötzlich auch sehr stark in die Rolle reindenken, "Ja, wie sieht denn die Implementierung aus, wenn wir den Vorschlag machen? Geht das so überhaupt, dass man das auf diese Weise gemacht wird?" Also die, manchmal auch sehr blauäugige, zuversichtliche Art, wie man in den 70er, 80er Jahren noch große Reformvorhaben durch wissenschaftliche Begleitung auf den Weg gebracht hat und gedacht hat, wunderbar, jetzt schaffen wir hier also wirklich die schöne neue Welt, etwa in der ganzen Diskussion um die Bildungsreform, die ja sehr stark von der Wissenschaft auch mitgetragen und mitgeprägt wurde und wo man dann nachträglich festgestellt hat, da hat man doch eine ganze Reihe von Aspekten nicht richtig mit beachtet. Also, wir müssen heute sehr viel stärker nachdenken, wie dieses, dieses ineinander von Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammenwirkt, um erfolgreiche Veränderungsprozesse zu gestalten. Das klassische Beispiel ist die Energiewende.
00:23:24	00:24:16	Kraemer: Mhm. Auf die Energiewende kommen wir dann nachher nochmal. Aber ich würde ganz gerne noch einmal zurückgehen. Wir haben jetzt die Dynamik, auch Konfliktodynamik der Genese vom Öko-Institut und diesen Arten von Instituten. Daneben haben Sie ja aus dem BMFT damals auch die Gründung des Wissenschaftszentrums Berlin und des von Udo Ernst Simonis dann geleiteten Institut – Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft – in dem auch ich dann eine Zeit lang gearbeitet habe (Hauff: Ach ja.), mit begleitet. Wie war da die Wahrnehmung, das war ja jetzt nicht ein Konflikt mit der Zivilgesellschaft, sondern es war eher so, dass die Gründung des WZB von der kritischen Öffentlichkeit in Berlin sehr bekämpft wurde mit Demonstrationen dagegen und ähnliches. Das war ja eine ganz andere Dynamik. Sie haben beide Spiele gespielt, die Gründung von staatlich finanzierten Einrichtungen und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher. Wie würden Sie das im Vergleich sehen?
00:24:16	00:26:44	Hauff: Also, die Gründung des WZBs ist eine sehr lange Geschichte, da müssten wir auch nochmal eine Stunde drüber reden, denn ursprünglich war ja mal gedacht, dass zehn Bundestagsabgeordnete, die haben eine GmbH gegründet, und gesagt, jetzt machen wir da eine Einrichtung und dann war alles ein bisschen schwierig, drüber nachzudenken, wie kriegt man das in gutes Fahrwasser. Das ist dann am Ende des Tages auch gelungen, aber die Konflikte waren zahlreich und erheblich, das dort hin zu bringen. Aber im Zuge der ganzen Diskussion war auch klar, dass wir mit dieser Einrichtung eine Reihe von Zielen verfolgen. Das erste Ziel war, die deutsche Sozial- und Politikwissenschaft noch anschlussfähiger zu machen, an die internationale Entwicklung. Deswegen wird vorneherein immer internationale Institute zu gründen, dafür zu sorgen, dass Menschen aus dem Ausland herkommen und mit deutschen Wissenschaftlern zusammen zu arbeiten. Und das zweite war, eine Einrichtung zu schaffen der angewandten Sozialwissenschaft, das heißt der Frage nachzugehen, das Wissen, das dort entsteht, auf welchen

		Handlungs... auf, auf welchen wissenschaftlichen Forschungsfeldern gibt's da besonders interessante Entwicklungen, die für das Handeln in der Politik für Bedeutung sind? Deswegen war es kein Zufall, dass die ersten beiden großen Institute, die gegründet wurden, einmal das Institut für Internationales Management in der Verwaltung war, stark geprägt von der Überlegung: "Wir müssen den ganzen öffentlichen Dienst reformieren, und was geschieht da?", von Fritz Scharpf ursprünglich mal geleitet, und das andere Institut mit dem Thema Umwelt und Gesellschaft, weil wir halt der Meinung waren, das ist ein zweites großes, oder ein erstes großes Thema, rein zeitlich war es so, dass die Verwaltungs... Internationale Managementinstitut für Verwaltung, zeitlich das erste war. Das andere kam dann hinzu, das soll keine Abstufung der Bedeutung sein. Aber das war die klare Absicht, dafür zu sorgen, ja, <i>capacity building</i> zu machen, in der wissenschaftlichen Forschung und zwar in dem Fall dann auch von vorneherein auch unter der Beachtung von, von internationalen Strängen, die man versuchen wollte, und es auch geschafft hat, in das Institut zu integrieren.
00:26:44	00:27:54	Kraemer: Daraus ist dann etwas entstanden, was landläufig mal als die Berliner Schule der Umweltpolitikforschung oder der Umweltpolitikologie bezeichnet wurde. Einerseits mit dem Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft im WZB, aber andererseits auch mit der Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) an der Freien Universität, geleitet von Martin Jänicke, auf der anderen Seite. In beiden Fällen, die internationale Orientierung und, im FFU, heute Forschungszentrum für Umweltpolitik, sehr viel ausgeprägter als im IUUG, die quantitative Forschung, das heißt die datenbasierte, evidenzbasierte, vergleichende Forschung. Woher kam das? Heute in der umweltpolitischen Diskussion ist man in Deutschland der Meinung, das alles Umweltpolitische, Sinnvolle in Deutschland selbst erdacht worden ist und hier entwickelt werden kann, wenn das technisch möglich ist. Damals gab es ja offensichtlich einen Suchprozess, der sehr viel aufmerksamer geschaut hat, was in anderen Staaten passiert und was an Innovation, auch an gesellschaftlichen Innovationen in Deutschland reingebracht werden kann. War das damals bewusst, war das so? Und was hat sich seitdem geändert?
00:27:54	00:29:39	Hauff: War es so? Also, ich kann immer nur von mir reden und von meinem Eindruck von den Menschen, mit denen ich das zusammengemacht/ Die Neugier war insgesamt sehr viel größer als heute – gerade in der Wissenschaft. Also diese Art von Selbstzufriedenheit, wir wissen Alles und alles Wesentliche ist in Deutschland auch erfunden, die war um es milde zu sagen, damals nicht vorherrschend. Wir waren neugieriger und ehrlich gesagt, fand ich es auch gut, das hat also sehr meinem Naturell entsprochen, und ich habe es immer genossen als Forschungsminister in die Forschungseinrichtungen zu gehen, auch unter ganz egoistischen Gesichtspunkten, nämlich selber was dazu zu lernen. Deshalb "versuchen Sie doch mal, mir zu erklären, dass ich es verstehen kann, an welchen Themen Sie da arbeiten". Und insofern war das Schaffen dieser Einrichtungen schon geprägt von dieser Absicht, aber eben nicht in dem Sinne, dass wir dann gesagt haben, bitte ihr beschäftigt euch mehr mit quantitativen Aspekten oder beschäftigt euch mehr mit regulatorischen Aspekten, oder was auch immer. Sondern, mehr zu sagen, das ist das Thema, und jetzt möchten wir gerne aus der Wissenschaft Vorschläge haben, welche Personen das auf besonders hohem, anspruchsvollem Qualitätsniveau auch tatsächlich einlösen kann, was da geschieht. Und in die Fragestellungen, haben wir uns dann versucht, als, als Politiker haben wir's nicht versucht, wir haben uns nicht eingemischt und haben auch versucht, dass unsere Mitarbeiter das nicht tun, in den Ministerien, da den Vorschriften zum machen, was sie zu tun und zu lassen haben. Da war ein Stück Aufbruchstimmung.
00:29:39	00:31:51	Hauff: Das ist heute nicht mehr da. Das hat auch damit zu tun, wenn Sie mich fragen, was ist der wesentliche Unterschied zwischen den 70er Jahren und heute? In den 70er Jahren waren die Wissenschaft und die Bürgerinitiativen die treibenden Kräfte. Die Politik hat im besten Fall interessiert und neugierig zugeschaut und Teile davon aufgenommen. Am Anfang relativ stark, im Zuge der ökonomischen Krisen immer weniger. Die Wirtschaft war am Anfang völlig ablehnend, hat das zum Teil für Spinnerei angesehen, für wirklichkeitsfremdes Denken von irgendwelchen Leuten, die man eher als Spinatapostel bezeichnen kann, denn als ernsthafte Wissenschaftler. Nur das hat sich sehr geändert im Lauf der Zeit. Wenn wir heute drauf schauen lässt sich nicht bestreiten, dass es sehr, sehr ernsthafte Versuche in der Wirtschaft gibt, nicht durchgängig, aber längst nicht mehr nur als Nischeneinrichtungen. Nischeneinrichtungen waren noch so vor 20 Jahre Leute wie Otto oder andere, die sich sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Sondern mittlerweile ist das ein Mainstream geworden, in der Ökonomie, in der Wirtschaft, es ist akzeptiert, in der Gewerkschaft, gar keine Frage mehr, das war ja noch in den 70er Jahren höchst umstritten. Also,

		die ÖTV, die Vorläuferorganisation von Ver.di, die nochmal mitgewirkt an Großdemonstrationen für die Kernenergie, das kann man sich heute ja fast gar nicht mehr vorstellen, wie es eigentlich dazu kam. Aber die Wirtschaft insgesamt ist heute in einem Suchprozess, nicht mit Euphorie, aber doch mit einem (unv.) Maß an Verantwortungsbewusstsein. Manchmal auch nur um den öffentlichen Ruf zu verbessern, das kommt vor, aber ist nicht das, was die Entwicklung tatsächlich prägt.
00:31:51	00:33:59	Hauff: Ich glaube, dass in den letzten Jahren wir auch nicht sagen können, dass die Nichtregierungsorganisationen in Deutschland die wesentlichen Entwickler waren, die die Entwicklung vorangetrieben haben, so wie in den 70er Jahren ganz zweifellos oder auch noch in den 80er Jahren, teilweise in den 90er Jahren. So mittlerweile ist das Thema auch zu einem Konkurrenzthema zwischen den politischen Parteien geworden. In den 70ern war es noch ein Polarisierungsthema innerhalb der Partei, also innerhalb der SPD zum Beispiel, sehr umstritten, klar polarisierend, aber auch zwischen den Parteien, also extrem damals zwischen den Grünen und, und der Union, die gesagt hat, das ist das Ende der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, wenn man denen das Land anvertraut, das darf man nicht machen. Also das ist heute alles auch, hat sich etwas verändert, sondern das ganze Thema Umweltpolitik ist in allen Parteien angekommen und ist eins der großen, neben der Sozialpolitik und der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik und der Bildungspolitik und vielen anderen Bereichen, ist die Umweltpolitik ein gleichrangiges Thema in der Konkurrenz und des Wettbewerbs zwischen den Parteien. Das ist eine völlig andere Situation als noch in den 70er Jahren. Dazu kommt die Tatsache, dass wir mittlerweile gelernt haben, wie kompliziert das alles ist, und das da mit pausbäckiger Reformbereitschaft nicht so viel genutzt ist. Also gut gemeint führt manchmal zu ganz miserablen Ergebnissen in der Politik, es muss auch wirklich gut gemacht sein, gut überlegt sein, wie das dann tatsächlich am Ende des Tages sich auswirkt auf die Lebenssituation der Menschen und da haben wir in den letzten Jahren viel dazugelernt und sind etwas vorsichtiger auch geworden, irgendwelchen Konzepten von vorneherein zu zujubeln, die meinen damit ließen sich alle Probleme lösen.
00:33:59	00:34:36	Kraemer: In den 80er Jahren haben Sie sich international nochmal sehr stark engagiert, mit der Brundtland-Kommission zur nachhaltigen Entwicklung, <i>Our Common Future</i> , das Buch daraus. Sie sind Herausgeber gewesen, der deutschen Fassung dieses Berichtes, dessen Aufnahme in Deutschland ja trotz der Vorbereitung auf eine progressive Umweltpolitik in den 70er und 80er Jahren nicht besonders gut war. Wie waren da Ihre Erfahrungen und haben da diese Institute, die an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik gearbeitet haben, überhaupt eine Rolle gespielt?
00:34:36	00:35:58	Hauff: Also zunächst zu der Frage ob die Institute da eine große Rolle gespielt haben: Nein, haben Sie nicht. Das hat in Deutschland keine besondere Resonanz gefunden, aber das ist im Grunde auch erklärbar. Das hat damit zu tun, dass nach dieser Aufbruchstimmung der gesamten Umweltpolitik und nach den Beschlüssen von Gymnich, dann in dem letzten Teil der 70er Jahre und in den beginnenden 80er Jahren sich zunächst mal immer stärker auf die ökonomischen Fragen der Krisenbewältigung nach vorne geschoben haben. Und dadurch gab es eine gewisse Frontstellung, also auf welcher Seite stehst du? Auf der Seite der ökologischen Reform oder der ökonomischen Prosperität? Das waren damals Alternativen, die in der Debatte so akzeptiert waren, die haben auch die politischen Lager geprägt. Dazu kommt '82 dann ein Regierungswechsel, der vieles von dem nochmal auch extrem zurück gedrängt hat, also zum Beispiel den Bürgerdialog Kernenergie, der wurde sofort abgeschafft von der Regierung Kohl. Der sagte: "Das brauchen wir nicht, das ist doch Quatsch darüber zu diskutieren, mit unterschiedlichen Grundpositionen", sodass die 80er Jahre in unserem Lande sehr stark geprägt war, wirklich auf welcher Seite stehst du – Umwelt oder ökonomische Prosperität?
00:35:58	00:37:39	Hauff: Und jetzt kam der Brundtland-Report mit dem Konzept der Nachhaltigkeit, wo man nicht von vorneherein sagt, einer der Aspekte, sei es Ökologie, sei es Ökonomie oder Soziales, hat von vorneherein schon die allgemeine Gültigkeit, sondern es ist ein schwieriger Such- und Abwägungsprozess, der vor uns liegt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Und der wurde auf der einen Seite von der CDU wahrgenommen, die wollen uns jetzt, auf'm Umweg über das Thema Nachhaltigkeit, die Ökologie unterjubeln – „Das machen ma' nicht!“. Und auf der anderen Seite gab es auch bei den Grünen (unv.) Stimmen, das mit der Nachhaltigkeit, das ist ein ganz, ganz schmutziger Trick um sozusagen von hinten durch die Küche, das Primat der Ökonomie wieder einzuführen. Und für viele Jahre wurde deswegen der Brundtland-Bericht nicht ernsthaft diskutiert, er wurde eher mit Nichtbeachtung bestraft. Und da waren die Institute auch irgendwo Kinder

		dieser Zeit. Das hat sich dann dramatisch geändert gegen Ende der 80er Jahren, als das plötzlich eingesehen hat, was das auch für eine internationale Entwicklung ausgelöst hat. Da spielte dann die Konferenz in Rio eine große Rolle, (unv.), ganz so einfach ist das nicht, dass das nur da dient irgendetwas zu verschleiern, sondern offensichtlich ist das eine schwieriges Problem, sich nämlich der Komplexität zu stellen, der Wirklichkeit wie sie ist, in ihren verschiedenen Aspekten. Und dann setzte eine Entwicklung ein, die heute dazu geführt hat, es gibt ja praktisch niemanden mehr, der nicht für die Nachhaltigkeit ist. Aber das war in den 80ern anders.
00:37:39	00:38:04	Kraemer: ...war in den 80er Jahren anders. Das klingt so als sei die gesamte vorbereitende Arbeit, die ganzen Diskussionsprozesse in der Brundtland-Kommission, wo ja die Themen besprochen wurden und dann auch Wege gefunden wurden, die Brücken zu bauen zwischen den unterschiedlichen Ansätzen, die es auch international gab, dass das in Deutschland gar nicht rezipiert wurde, und im Grunde genommen, dieser Bericht als fertiges Produkt da auf einen unbestellten Boden fiel.
00:38:04	00:38:57	Hauff: Für einige ja. Danach aber umso stärker zur Kenntnis genommen wurde, und zwar ausgelöst nach der Konferenz Rio, 1992, also dann in den 90er Jahren durch die Agendagruppen. Die haben ja dann in einer Vitalität ohnesgleichen einfach geguckt, was schreiben die da eigentlich zur Ernährung, im Brundtland. Wobei Ernährung war kein Thema für Umweltpolitiker. Hat lange gebraucht, bevor die Landwirtschaft wirklich ein Thema der Umweltpolitiker wurde, tatsächlich. Haben sie geguckt, was schreiben sie da in diesem Brundtlandbüro, äh, Brundtland-Report eigentlich? Das sind ja alles interessante Sachen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Und die lokalen Agendagruppen, die sich dann in der Bundesrepublik gebildet haben, die in den 90er Jahren zunächst mal sehr stark waren und tatsächlich was bewegt haben, die haben glaube ich eine wesentliche Rolle gespielt um, um den Prozess voranzubringen.
00:38:57	00:40:09	Hauff: Dazu die internationale Entwicklung, die sich dann gespiegelt hat, auch wieder in der Wissenschaft, dass die Wissenschaft, die das vorher auch kaum mit Interesse begleitet hat, das ganze Thema in den 80er Jahren, also das Thema Nachhaltigkeit. Dass die dann aufgrund der Tatsache was für starke, internationale Resonanz da entstanden ist, auch Kapazitäten entstanden sind, es gibt Länder wie Kanada zum Beispiel oder Norwegen oder die Niederlande, die haben dann Forschungskapazitäten aufgebaut, teilweise eigenständige Institute nur zu Nachhaltigkeit aufgebaut und das hat dann rückgewirkt und mittlerweile haben wir hier in der Bundesrepublik ja die Situation, dass auch die Wissenschaft wirklich sich ganz geöffnet hat für dieses Thema und es gibt einzelne Hochschulen, die sich jetzt schon umbenannt haben in Hochschule für Nachhaltigkeit, also nicht nur Fakultäten oder einzelne Fächer, sondern ganze Hochschulen, die gesagt haben, ja wir wollen uns der nachhaltigen Entwicklung zuwenden, weil wir glauben, die verschiedensten Disziplinen können und müssen einen wesentlichen Beitrag leisten, um eine nachhaltige Entwicklung auch wissenschaftlich vorzubereiten und mit Ratschlägen zu versorgen.
00:40:09	00:40:39	Kraemer: Eine Frage, die stand überhaupt nicht im Skript drin, aber sie entsteht jetzt in meinem Kopf. Es scheint so Wellenbewegungen zu geben, zu bestimmten Phasen ist Deutschland, die Politik, die Wissenschaft, offener für Impulse aus dem Ausland, nimmt stärker wahr und stärker auf, was woanders generiert wurde oder an institutionellen Neuerungen etabliert wurde und dann gibt es wieder Phasen, wo das nicht stattfindet. Erstens, haben Sie eine ähnliche Wahrnehmung, wweitens, wie würden Sie erklären, kommt das zu Stande?
00:40:39	00:42:38	Hauff: Also, erst mal hab ich genau die gleiche Wahrnehmung und ich glaub schon das hängt so mit der politischen Kultur eines Landes zusammen. Die wird wesentlich geprägt durch die handelnden Politiker, aber ist durch vielerlei andere Dinge, wird das noch beeinflusst. Und da waren halt, da waren die 70er Jahre, das war auch ein Stück Folge der '68er Entwicklung. Nicht, da hatten wir vorher eine politische Kultur, da konnte die Familienministerin noch ernsthaft davon träumen, das wichtigste Projekt für sie als Familienministerin war, für eine saubere Leinwand zu sorgen, das keine nackten Frauen oder was da auf der Leinwand entsteht, das war ernsthaft eine bundespolitische Diskussion. Wir lachen heute darüber, also naja vielleicht sind da auch ein paar Entwicklungen zu weit gegangen, darüber kann man auch streiten, aber das so zu einem prioritären Projekt einer Familienministerin zu machen, das ist schon in gewisser Weise absurd. Und dann kam die Phase, da, ja, auch der sehr vollmundigen Reformpolitik, wir schaffen jeden Monat eine neue Reform und viel wurde da angepackt und kam in Bewegung und vieles was erstarrt war in unserer Gesellschaft und das war natürlich die Phase, wo man dann sofort geguckt hat, ja wo gibt's denn sonst noch jemanden auf der Welt, der uns daund wo gibt's denn sonst noch jemand, vielleicht in der Wissenschaft, vielleicht unter den Künstlern. Und die fühlten sich

		dann auch angesprochen, weil die oft ein sehr waches Sensorium haben, für das was in einer Gesellschaft sich abspielt, das sie sich dann ein Stückweit zu Hause fühlten, plötzlich wieder in einer Politik, die auch ein Stück Offenheit und ratsuchend sich an die Öffentlichkeit wendet und nicht verkündet was eigentlich alles richtig ist, dabei.
00:42:38	00:44:45	Hauff: Dann gab es viele Gegenkräfte, die sehr stark in der Ökonomie auf... manchmal hat man da vielleicht auch das, das... es gab Fehlentwicklungen, nicht nur in der ganzen Debatte, die jetzt gerade so eine Rolle spielte über Missbrauch, sexuellen Missbrauch, der da ja auch wirklich verharmlost wurde und zu Entwicklungen geführt hat, die wirklich überhaupt nicht zu akzeptieren sind. So, ich glaub in vielen Fällen hat man auch die Bereitschaft der Menschen ihr Leben zu verändern, in den Familien, auch ihr persönliches Konsumverhalten zu ändern, in der Abfallbeseitigung, in vielem anderen. Das war an der Grenze manchmal, dessen was da noch möglich war. Und da gab es dann eine gewisse Starrheit plötzlich wieder. Man hat die Dinge eher ruhen lassen. Kein Zufall, dass dieses, diese Auf und Abs, ja manchmal sind es extreme Zick-Zack-Bewegungen, die da stattfinden, weil den Leuten auch ein Stückweit der innere Kompass fehlt. Also der CDU fehlt der innere Kompass in der Frage der Kernenergie. Nicht, die haben beschlossen, die Laufzeiten zu verlängern und dann ein paar Monate später war Fukushima und dann (unv.) ist jetzt mal mit allem Schluss, plötzlich. Also, da hätten wir besser ein paar Jahre vorher gründlich nachgedacht, und sich Gedanken gemacht: Was, was halten wir eigentlich für richtig und welche Risiken sind wir denn bereit zu akzeptieren. Also das ist eine Diskussion, die ich in der SPD in den 80er Jahren sehr vorangetrieben habe und dann Mitte der 80er Jahre auch zu dem Beschluss geführt hat, in der SPD „Nein wir wollen in einem geordneten Verfahren aus der Kernenergie rausgehen“. Aber solche Zick-Zack-Bewegungen, wie die, die Frau Merkel da vollführt hat, sowas gibt es und es gibt richtige Wellenbewegungen. Und eine Gesellschaft, die satt und zufrieden ist, und sagt, eigentlich müssen wir gar nichts ändern, im Wesentlichen ist es so richtig, und wenn es ein neues Problem gibt, ihr könnt euch wirklich fest darauf vertrauen, Mutti regelt das, ja das ist keine Gesellschaft, die vor Neugier strotzt.
00:44:45	00:45:17	Kraemer: Interessant, dass das in Deutschland immer einerseits vom Reformstau reden und auf der anderen Seite ständig Wenden haben, Verkehrswende, Energiewende, Ernährungswende. Es gibt eine gewisse Wendefreudigkeit in der deutschen Gesellschaft, wenn die Prozesse gut organisiert sind. Und gleichzeitig reden wir immer vom Reformstau in anderen Bereichen. Offensichtlich ist eine Gesellschaft in der Lage, gleichzeitig großes Beharrungsvermögen und Veränderungsverweigerung zu haben und auf der anderen Seite, bestimmte andere Bereiche dann eben doch ganz erstaunlich schnell zu ändern.
00:45:17	00:46:10	Hauff: Ja, das hängt natürlich auch einfach von dem Problemdruck, wenn irgendwo ein Problem so auf den Nägeln brennt, dass man sagt, jetzt muss da was entschieden werden, dann sind wir gerade hier in Deutschland auch in der Lage zu sagen, wenn das so ist, dann muss man das auch ändern, dann machen wir das auch. Aber ich glaub, dass der entscheidende Punkt ist, ob es uns gelingt, eine politische Kultur in unserem Lande zu entwickeln, die uns dorthin führt, dass wir ernsthafter und sorgfältiger über längere Prozesse nachdenken. Denn nur dadurch, meine feste Überzeugung, wird es gelingen ein Stück mehr Stabilität in die Entwicklung zu holen. Stabilität heißt nicht, festhalten am bestehenden, sondern Stabilität im Veränderungsprozess, das ist das worum es mir geht und wo ich glaube, dass wir noch eine lange Lernstrecke vor uns haben.
00:46:10	00:46:55	Kraemer: Welche Anforderungen würden sich daraus ableiten für die politikberatenden Einrichtungen Deutschlands, mal völlig unabhängig davon, wie sie verfasst sind. Das was sie jetzt skizziert haben, hat etwas mit <i>assessment</i> , vorrausschauende Bewertung von Politiken um Nebenwirkungen, Folgewirkungen rechtzeitig zu erkennen, hat etwas mit <i>monitoring</i> zu tun und hat etwas mit der langfristigen Steuerung von Politik, im Zusammenhang mit Unsicherheiten, Politik ist ja immer Entscheidungen vor Unsicherheit. Was braucht die Politik da an Unterstützung durch Politikberatung oder durch andere Formen von Institutionen um den Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft so zu organisieren, dass das verlässlicher funktionieren kann?
00:46:55	00:48:48	Hauff: Das ist ja eine interessante Frage, dass sie sagen, was braucht die Politik. Ich hoffe sie sind mir nicht böse, wenn ich die Frage einfach mal umdrehe? Wie viel Unterstützung brauchen eigentlich diejenigen lokalen Gruppen, die sich zurzeit in einer großen Vielzahl um eine Energiewende bemühen? In vielen Kommunen, mit nahezu beispielhaften Erfolgen auch dabei, wie viel Unterstützung brauchen die eigentlich durch die Politik, damit ihre Arbeit erfolgreich ist? Also an dem Beispiel sieht man, die Steuerung von solchen Prozessen, da ist nicht einer der Entscheidende – die Politik. Sondern an was der Erfolg hängt, ist die Frage ob die Dinge wirklich

		<p>zueinander passen. Ob man sich verständigen kann auf bestimmte inhaltliche Positionen. Ob man die Institutionen schafft, die notwendig sind um das voranzubringen. Also wir haben zum Beispiel in dieser Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" eine Reihe von institutionellen Veränderungen vorgeschlagen, um den Weg zu begleiten und zu stabilisieren der Energiewende. Einer davon war, ein Forum einzurichten, wo, an dem alle mitarbeiten können und das sehr differenziert aufgebaut sein muss, die sich mit dem Thema Energiewende beschäftigen, insbesondere, vor eineinhalb Jahren, es müsse eine Plattform geschaffen werden, für diejenigen die kommunalpolitisch sich mit dem Thema beschäftigen, ein Erfahrungsaustausch mit anderen gut zu organisieren. Das sind solche Beispiele, wo ich sage, das sind dann institutionelle Veränderungen, die plötzlich anderes möglich machen, als das, wenn nur jeder einen einzelnen Saft brät oder wenn man nur sagt, ja wir wollen die Energiewende, aber wie das wissen wir noch nicht ganz so richtig und irgendwie wird's dann schon noch klappen.</p>
00:48:48	00:49:39	<p>Hauff: Also, das sind, das sind schon ganz andere Formen auch der wissenschaftlichen Begleitung notwendig, die dann auf solche Prozesse wieder wissenschaftlich schauen, und das analysieren. Wir haben gesagt, in unseren Empfehlungen der Ethikkommission, der Prozess muss so organisiert sein, dass Fehlentwicklungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt erkennbar werden. Und es wir Fehlentwicklungen geben, keiner kann das voraussehen, was da alles passiert. Und deswegen ist es so wichtig, einen wissenschaftlichen Monitoringprozess zu organisieren, also dass ist dann wieder eine ganz andere Institution, die da notwendig ist, indem die wirklich ganz genau beobachtet, was passiert da eigentlich, und zu einem sehr frühen Zeitpunkt dann erkennt: "Na, das ist also das Gegenteil von dem, was wir wollen".</p>
00:49:39	00:51:35	<p>Hauff: Beispiel: Sagt er, natürlich müssen wir die energieintensiven Betriebe schützen, das wäre wirklich ein Schnitt ins eigene Fleisch, wenn wir einfach sagen, dann verschwinden die halt alle aus Deutschland. Da war völliger Konsens da, auf dieser allgemeinen, abstrakten Ebene. Und dann wurde das umgesetzt in Regierungshandeln, das Regierungshandeln, die Anweisung an die entsprechende Bundesanstalt lautete: Wenn der Anteil der Energiekosten einen bestimmten Prozentsatz der Lohnkosten übersteigt, dann ist der Betrieb energieintensiv. Jetzt kommt das Kleingedruckte. Die Lohnkosten berechnen sich aber nur aus denjenigen, die ein volles, sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis haben. Und es gibt eine Vielzahl von Betrieben, die aus diesem Grund Leute entlassen und Leiharbeiter einstellen, weil die Leiharbeiter nicht mehr berechnet werden in der Lohnquote und sie dadurch ihren Anteil an den Energiekosten so steigern, dass sie in die Vergünstigten kommen. Ja, solche Prozesse, da braucht man wirklich sorgfältige Beobachtung zum frühestmöglichen / das laut publik machen und nicht irgendwie verheimlicht wird und man sagt, das ist aber ganz komisch, dass es da so viele Betriebe gibt und an was liegt das eigentlich? Einer der Gründe ist, dieser Zusammenhang. Und dieses ineinander, also wissenschaftliches Monitoring, Gespräche darüber, wo wollen wir hin, was ist tatsächlich akzeptabel? Sind die Stromtrassen wirklich notwendig? Welche Formen von Speicherung kann man eigentlich machen? Aber eben in einem Gesamtzusammenhang das zu sehen. Denn der Satz, der von einem anderen Denker als mir stammt, den halte ich schon für grundrichtig. "Wer Veränderungen will, muss Sinn stiften" und nicht technisch argumentieren, muss den Sinn erklären.</p>
00:51:35	00:52:55	<p>Kraemer: Jetzt haben wir sehr stark darüber gesprochen, welche Anforderungen die Gesellschaft braucht um solche Veränderungsprozesse anzustoßen, legitim zu finden und damit breit zu unterstützen und um Fehlstellungen zu erkennen und dann wieder aufzuheben. Worüber wir gar nicht gesprochen haben, ist die Einbettung Deutschlands in den Europäischen Kontext. Am Anfang, ja, wir haben an bestimmten Phasen voneinander gelernt. Und an bestimmten Stellen haben wir auch deutsche Erfahrungen durchaus über europäische Politik den Nachbarn gegeben, zu Gute kommen lassen, bestimmte Lösungen, die entwickelt worden sind, sind wo anders dann übernommen worden. Einspeisevergütung ist ein Beispiel, aber auch Abwasserabgabengesetz war ein anderes Beispiel, der Grüne Punkt ist geradezu berühmt als ein Exportschlager Deutschlands... Hauff: Kreislaufwirtschaftsgesetz, viele andere Dinge, ja... Kraemer: Eben. Wie haben Sie eigentlich wahrgenommen, dieses Wechselspiel zwischen Umweltpolitik auf Landesebene, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, die mit großen Umweltproblemen, die dann aber auch die Lösungskapazitäten hatten; Bundesregierung, mit der Vereinheitlichung des Rechtsrahmens in Deutschlands; aber dann eben auch das Wechselspiel, einige Ideen gehen nach Brüssel, aber dann kommt unter Umständen aus Brüssel auch etwas ganz anderes zurück.</p>
00:52:55	00:54:39	<p>Hauff: Wir müssen in der Umweltpolitik auch das Prinzip beachten, dass jeder das entscheiden soll,</p>

		<p>was in seiner Kompetenz wirklich liegt und auch dort entschieden werden kann. Und nur die Themen, die wirklich auf einer höheren Ebene entschieden werden müssen, auch auf einer höheren Ebene auch tatsächlich zu entscheiden. Das ist immer wieder eine neues Abwegungsprozess, weil auch die Erkenntnisse was notwendig ist auf einer höheren Ebene, also in wieweit ist es wirklich unbedingt notwendig einheitliche Entscheidungen haben, die dann sozusagen übers ganze Land, über die ganze Nation oder über ganz Europa oder gar über, für die ganze Welt gelten soll, jeweils neu zu definieren. Aber ich denke, dass, wenn man der Frage nachgeht, wie ist das Verhältnis eigentlich von Deutschland zu Europa, am Beispiel der Energiewende, und warum sind wir da im Augenblick ein bisschen in der Rolle, wenn man von außen auf uns blickt, dass man sagt, also mutig, mutig, aber unsere Verbündeten in Europa fühlen sich nicht angesprochen, bei der Sache wirklich mitzumachen. Und wenn man der Frage nachgeht an was das wirklich liegt, glaube ich, wird man auf zwei Faktoren stoßen. Es können andere noch hazukommen, aber die zwei auf jeden Fall. Das sind die wichtigen. Das erste ist, wir haben nicht erklärt, warum wir das machen, sondern wir haben es beschlossen, wir haben das gemacht, und hinterher auch keine Zeit und Aufmerksamkeit verwendet, um das zu erklären.</p>
00:54:39	00:55:35	<p>Hauff: Und zeitgleich hatten wir eine massive Finanzkrise, bei der Deutschland die Rolle übernommen hat, die sehr unterschiedlich gesehen wird, ob man die nun intern aus Deutschland sieht, und sagt, wie hat sich unser Land verhalten, da gibt's eher die Stimmen, die sagen, nee, die hätten noch viel härter auftreten müssen. Wenn man aber von außen darauf blickt, von anderer, aus der Sicht anderer Länder, wie die Deutschland sehen, dann gibt es doch da eine große Zahl von Ländern, auch von sehr wohlwollenden Leuten, also nicht nur denjenigen, die das alles für falsch halten, und meinen man könnte zum alten Schlendrian wieder zurückkehren, die sagen, die Art wie Deutschland mit den Themen umgegangen ist, hat es sehr erschwert, in unseren Ländern, die notwendigen Reformprozesse einzuleiten.</p>
00:55:35	00:57:01	<p>Hauff: Das ist jetzt so eine Phase, wenn man wieder von Phasen spricht, da ist die Chance relativ gering, dass wir gehört werdem, aber das wird sich wieder ändern, und darauf muss man vorbereitet sein und auf lange Sicht wird das Projekt nur Erfolg haben, wenn wir das einbetten in eine europäische Politik. Davon sind wir im Augenblick meilenweit entfernt, das ist auch schwierig. Ich hätte nicht sofort die Lösung. Ich weiß nur eins, diese Sprachlosigkeit in der Energiepolitik zwischen den europäischen Regierungen auf den ganzen Gipfeln, die da stattfinden, über alle möglichen Themen wird da diskutiert, aber über Energiepolitik nicht. Voraussetzung, dass sich überhaupt was bewegen lässt, ist, dass man zunächst mal beginnt, darüber miteinander zu reden und zu verstehen, wo man jeweils ist. Leider ist der deutsche EU-Kommissar, der für Energiepolitik zuständig ist, kein besonderer Freund von sehr offenen Diskussionen offensichtlich, sondern er meint, er müsse da seine Meinung sozusagen zum Maßstab aller Dinge zu machen. Das ist das was wir im Augenblick am allerwenigsten brauchen, diese Art von Rechthaberei, sondern wir bräuchten eher einen Prozess, wo man versucht, die unterschiedlichen Positionen zunächst mal zu respektieren und zu verstehen. Dann zu fragen, wenn das für dieses Land das Richtige ist, wie lässt sich das doch in Ansätzen jedenfalls stärker aufeinander zuführen?</p>
00:57:01	00:58:44	<p>Kraemer: Wir haben im, weil wir als Institut ja auch relativ häufig die Energiewende erklären sollen, und das nicht erst seit Fukushima, sondern auch schon davor. Der Ausstiegsbeschluss, die vertraglich vereinbarte Ausstieg aus dem Jahr 2000 war ja schon Anlass genug, das im Ausland zu erklären. Wir haben, erstens, festgestellt, dass viele Staaten sehr genau verstanden haben, was Deutschland da tun will, sich aber nicht vorstellen können, dass das in ihrem Land repliziert werden kann. Das hat etwas mit Machtstrukturen im Markt, im Stromversorgungsmarkt zu tun. Das hat auch etwas mit Machtstrukturen in den politischen Systemen zu tun. Eine entscheidende Rolle war aber auch zu sagen, wir haben in Frankreich kein Institut wie das Öko-Institut, das auf Französisch die Vision mal erklärt hätte, wie es denn eigentlich aussehen könnte, wie es das Buch Energiewende aus dem Jahr 1980 ja für Deutschland getan hat. Also ein Teil der Erklärung scheint auch zu sein, dass wir in Deutschland eine kritische Masse von Instituten haben, die aus der kritischen Wissenschaftstradition herauskommend, sich wissenschaftsbasiert um die, darum kümmern, dass wichtige gesellschaftliche Probleme adressiert werden und Lösungen artikuliert werden. In der Energiewende, genauso wie in der Chemiewende, ein Thema was heute ein bisschen von der Tagesordnung verschwunden ist, oder Ernährungswende oder Verkehrswende oder ähnliches. Dahinter ist dann die Frage, erstens, sehen Sie das so ähnlich? Zweitens, welche Hilfestellung könnte eigentlich Deutschland geben sodass ein ähnlicher Diskurs mit kritischer Masse von Experten aus der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene funktionieren würde, ohne</p>

		dass da immer nur die Deutschen reden?
00:58:44	01:00:56	Hauff: Also ich glaube, dass das richtig ist und dass das was wir zu Beginn diskutiert haben in den 70er Jahren, als wirklich dieses ineinander ganz gut funktioniert hat, auch Voraussetzung ist für die späteren Erfolge, möglicherweise sogar auch für die Tatsache, dass es wenige Länder gibt, in denen die Grüne Partei so erfolgreich ist wie bei uns. Wir haben sehr früh anerkannt, das ist ein seriöses Thema, mit dem muss man sich beschäftigen. Andere Länder haben das viel länger verleugnet, nee, das ist eigentlich nicht so wichtig, und dann schrittweise, ja mit der Luft, da wird man was tun müssen, ein bisschen mehr und Abfallbeseitigung ist auch ein großes Thema, aber in der Energiewende, pff..., gibt's wenig Länder die sich da tatsächlich bewegen. Und solche Wege der Bildung von Kapazitäten, die sind schon ein wichtiger Punkt, um da voranzukommen. Zum Teil wirken unsere Stiftungen da auch ganz hilfreich, die Stiftungen der politischen Parteien, die es da gibt. Die tragen schon einen Teil der Diskussion auch weiter, neben den Instituten, die da sind. Aber ich würde mir wünschen, dass das, dass das ein Feld ist, das die europäische Wissenschaftspolitik auch viel stärker entdeckt. Da Einrichtungen schaffen, die dann europaweit so tätig sind, wie die Institute, die sie genannt haben, die in Deutschland tätig sind. Nur, das wäre ein Stück weitere Europäisierung. Da würde ich neben den Instituten, die sie erwähnt haben, und dem WZB, vergessen Sie mir bitte, bitte nicht, die meines Erachtens überhaupt nicht zu unterschätzende Arbeit des Umweltbundesamtes. Das war in den ganzen Arbeiten in dem Kontext in vielen kritischen Situationen ausgesprochen waren das segensreiche Arbeiten, die die gemacht haben, indem sie widerstanden haben, den jeweils vorherrschenden Meinungen der Politik einfach nur mit Kopfnicken zu begehen, so eine eigenständige, durchdachte und belegbare, nachvollziehbare, transparent gebildete Meinung öffentlich zur Debatte zu stellen.
01:00:56	01:01:48	Kraemer: Wenn Sie das Umweltbundesamt so loben, und ich würde dem Lob zustimmen, gar kein Frage, ist das etwas, was das Umweltbundesamt besser macht als andere, vergleichbare Bundesinstitutionen, die in den Ressourcenbereichen, Zuständigkeitsbereichen anderer Bundesministerien arbeiten. Das Umweltbundesamt hat ja von 1972 bis 1986 im Grunde genommen nur für eine Abteilung im Innenministerium gearbeitet und hatte damit nur wenig wirklich kompetente Ansprechpartner in der Ministerialverwaltung und hat viele ministeriale Funktionen selber ausfüllen müssen, weil sie an anderer Stelle nicht ausgefüllt werden konnten. Ist das eine besondere Institution, auch wie sie sich am Markt verhält und wie sie Wissen einkauft und wie sie trotz der Zugehörigkeit zu einem Ministerium trotzdem die Eigenständigkeit bewahrt hat?
01:01:48	01:02:45	Hauff: Ja ich glaube schon, dass das Umweltbundesamt diese schwierige Geburtsphase, wo es natürlich auch Gegenstand sehr unterschiedlicher Interessen und Meinungsgegensätze war, die es auch innerhalb der Regierung gab, auch innerhalb der Gesellschaft gab. Die hat es hinter sich gebracht und dabei gab es auch Irrungen und Wirrungen, und das ist keine Frage, aber es ist richtig erwachsen geworden, finde ich. Es ist erwachsen geworden und es ist Teil der Meinungsbildung, aber ich würde es gar nicht vergleichen wollen mit anderen Bundesinstitutionen, aber wenn ich das vergleiche, wie wenig zum Beispiel in dem ganz schwierigen, wichtigen Verkehrsbereich die Wissenschaft mithilft herauszufinden, was für unterschiedliche Optionen haben wir denn überhaupt zur Gestaltung unseres Verkehrswesens, dann sehe ich da ein gewisses Gefälle, ja das sehe ich schon auch.
01:02:45	01:04:51	Kraemer: Worin ist das Gefälle begründet und wie kann es behoben werden? Hauff: Ich glaube viel davon hat mit der Entstehungsgeschichte zu tun, das Dinge, die über viele Jahre hinweg einfach selbstverständlich waren, sich dann schwertun, sich für neue Fragestellungen zu öffnen und ein Institut was zu jung ist und ein Thema was im Grunde nur wenige Jahrzehnte im Grunde wirklich alt ist als öffentlicher, großer Diskussionsgegenstand, hat da ganz andere Chancen, das zu tun. So die Verflochtenheiten mit vorhanden Interessen ist bei allen Einrichtungen, die teilweise seit über 100 Jahren die Verkehrspolitik begleiten, oft auch völlig entsprechend und gespiegelt wie die Regierungsorganisation ist, wo es eine Straßenbauabteilung gibt und eine Eisenbahnabteilung und ähnliche Dinge gibt und wo wir lange damit zu tun haben, heute noch damit zu tun haben, diese Versäulung in dem Ministerium aufzu.../ und ähnlich ist die Wissenschaft organisiert auf diesen Feldern, ist gar keine böse Absicht, sondern man denkt und man ist unter sich und die Straßenbauindustrie und die Wissenschaft und die Ministerialadministration, die sind der Meinung und so ist die Welt richtig und so muss man Straßen bauen. Karikiert das jetzt etwas, aber das ist einfach eine Gefahr, wo man dann versuchen muss, das auch schrittweise auch etwas zu ändern und das auf neue Fragestellungen hin zu wenden. Denn klar ist, zum Beispiel unser Verkehrssystem, das werden wir nur dann erfolgreich gestalten, wenn wir nicht sagen, der eine

		Verkehrsträger ist richtig und der andere ist falsch, sondern wenn wir wirklich die unterschiedlichen Vor- und Nachteile abwägen und dann zu einer intelligenten Verknüpfung der Verkehrsträger kommen. Das ist so ein Fall, da fehlt mir ein Stück weit die wirklich aktive Mitarbeit auch der Wissenschaft an solchen großen Projekten. Das ist in der Umweltpolitik sehr viel besser.
01:04:52	01:05:35	Kraemer: Ich nehme das mal so in Auftrag, dass wir versuchen in den anderen Bereichen auch etwas aktiver zu werden und die Integration von Umwelterfordernissen in die anderen Bereiche hineinzutragen, auch vielleicht in dem Bereich in dem Infrastruktursysteme zusammenwachsen, mit Elektromobilität wird das zwischen Energiesystem, Telekommunikationssystem und Verkehrssystem immer mehr Querverbindungen geben, die irgendwo politisch gemacht werden müssen. Aber Umweltbundesamt, das Umweltbundesamt, das war ja eine Standortentscheidung, nicht nur für Berlin, es in Berlin zu errichten, sondern es war auch eine Standortentscheidung gegen Düsseldorf und gegen Langen. War das eigentlich wirklich mit Absicht gemacht, war das Marginalisierungsgedanke oder war das nur einfach, Berlin brauchte eine Bundesinstitution?
01:05:35	01:06:43	Hauff: Letzteres ganz eindeutig. Es war die Zeit, das gab's, ich weiß nicht ob Sie sich dran erinnern, eine eigenständige Arbeitsgruppe der Bundesregierung, die zusammen mit dem Senat rausfinden wollte, wie kann man, wie kann man durch Förderung von Forschung und Technologie, den Wirtschaftsstandort Berlin etwas verbessern? Es war die Zeit, als man sich Sorgen machte, darüber, dass es den wirtschaftlichen, insbesondere den industriellen Abwanderungsprozess in Berlin gab, wie man dem entgegen wirken kann. Und eines der großen Themen, die dabei eine Rolle spielten war Stärkung von Forschung, Wissenschaft und Technologischer Entwicklung in Berlin. Da ging es dann um Fraunhofer Gesellschaft, da ging es auch um das WZB, wie stark das ausgebaut wird, dann ging es da um Sondertöpfe für Berlin, dann ging es ums Umweltbundesamt und viele andere. Und in dem Kontext war das eine klare auch standortpolitische Entscheidung zugunsten von Berlin.
01:06:43	01:07:41	Kraemer: Hat für die Umweltpolitik die Wirkung gehabt, dass das Umweltbundesamt zusammen am gleichen Ort war, getrennt vom Rest Westdeutschlands. Das war eine schwierige Reise über die Transitkorridore oder mit den Flugzeugen, wo auch das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft war und auch, dann später die Forschungsstelle für Umweltpolitik gegründet wurde, ähnlich internationale Ausrichtung. Wo dann aber auch das Institut für Ökologisches Recycling, das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung gegründet wurde, das war ja schon eine besondere Berliner Szene, die auch im Rest der Republik, auch im, in Freiburg, wo das Öko-Institut gegründet wurde, da wurde das wahrgenommen als etwas Exotisches, aber auch etwas Besonderes. Das Umweltbundesamt war mittendrin. War das eine günstige Verquickung zwischen Politikberatung durch das Umweltbundesamt nah am Ministerium dran und den eher akademischen oder etwas entfernteren Bereichen?
01:07:41	01:08:04	Hauff: Ich finde ja, aber ich weiß auch, dass es andere gibt, die das ganz anders sehen? Kraemer: Wer? Hauff: Also in der Anfangszeit hat die deutsche Wirtschaft sich schwer getan, das Umweltbundesamt wirklich zu akzeptieren als den Gesprächspartner. Aber das hing mit der Akzeptanz des Themas oder mit der Nichtvorhandenakzeptanz des Themas dann auch weitgehend zusammen, aber das hat sich sehr verändert.
01:08:04	01:08:14	Kraemer: War das nur die Akzeptanz des Themas oder war das auch die Akzeptanz des Leiters, denn Andreas Troge kam ja vom BDI, vom Bundesverband der Deutschen Industrie, dann an die Spitze des Umweltbundesamtes.
01:08:14	01:09:19	Hauff: Ja, aber er hat sich ziemlich freigeschwommen. (lachen) Es war gut so für die Einrichtung. Die hat dadurch ungeheuer an Autorität gewonnen. Aber er war vielleicht auch einer der wenigen, die das halt dann eingeleitet haben, dass man, dass man, dass doch die Zahl derjenigen gewachsen ist, die erkannt haben, das ist nicht Spinnerei und etwas was sich gegen die Wirtschaft richtet, sondern das ist etwas, mit dem wir uns etwas ernsthafter auseinandersetzen müssen. und der Prozess hat ja dann irgendwann mal, ich weiß gar nicht mehr wann, aber irgendwann so in den, spätestens zur Jahrtausendwende, hat er ja mit Macht eingesetzt. Dann fingen die Unternehmen an, haben dann erst mal Umweltberichte geschrieben, Umweltbeauftragte eingesetzt, mittlerweile schreiben sie alle Nachhaltigkeitsgerichte, installieren Verantwortlichkeiten auf Vorstandsebene für diese Bereiche. Also, das hat sich schon enorm gewandelt und die ganze Entwicklung, die hat auch wasmit der Arbeit von Herrn Troge zu tun.
01:09:20	01:10:48	Kraemer: Zwei Dinge dazu: Erstens die Umwelt-Management Systeme, der Aufbau von Umwelt-Management-Systemen, ist ja eine der Errungenschaften der Umweltpolitik, die nicht in Deutschland geboren wurden, sondern vorauseilend in den USA und dann über Großbritannien in die europäische Politik hineingeführt wurden. Die zweite Reaktion darauf und Einladung auf einen

		<p>Kommentar – wir haben selber beobachtet wie das Umweltbundesamt im Jahre im Jahre 1995 – das war die Gründung des Ecologic Instituts, deswegen weiß ich das so genau – das erste Mal ein Teil des UFOPLANS öffentlich ausgeschrieben hat durch eine halbseitige Anzeige in der ZEIT. Das war das erste Mal, dass nicht mehr die Fachabteilungen, die Fachreferate im Umweltbundesamt sagen konnten welchen Professor an welcher Universität sie mit welchem Gutachten beauftragen wollen, damit wurden die Seilschaften durchbrochen und stattdessen wurden transparente Beschaffungssysteme auch für die Umweltpolitikberatung geschaffen, das war die Chance für uns überhaupt da rein zu kommen mit der Expertise, die eigentlich eher in Europa verhaftet war, dann eben auch in Deutschland Fuß zu fassen. Ich sehe das bis heute als – vielleicht nicht beabsichtigt – aber einen genialen Schachzug auf diese Weise die Wissensbeschaffung über den Markt zu organisieren, Politikberatung in all ihren Facetten über den Markt zu organisieren, aber damit eben gleichzeitig auch den Aufbau von Kompetenz in verschiedenen Einrichtungen, Universitäten, in Anwaltskanzleien, und sonst wo zu stimulieren.</p>
01:10:49	01:12:26	<p>Hauff: Ja, ich denke, das ist eine der wichtigsten Erfordernisse, wenn man wirklich seine Hoffnung auch auf die Wissenschaft setzt, dass sie, auch sie sich wirklich öffnet und dem Wettbewerbsgedanken nicht abhold ist und da eben nicht "eine Hand wäscht die andere" da ist und "ich schreibe ein Gutachten für deinen Forschungsauftrag und du einen für mich" und so. Da gibt es ja eine Entwicklung in der Gesamtwissenschaft, die so, nicht nur für die anwendungsbezogenen Teil zu Gute kommt, sondern auch die großen Wissenschaftsorganisationen haben das Problem erkannt und setzten sich sehr aktiv damit auseinander, weil sie sagen wenn wir das nicht machen, wir verlieren Vitalität, das ist ganz einfach. Und im internationalen Wettbewerb fallen wir dann drastisch zurück. Und wenn man heute auf die Umweltpolitik schauen, natürlich gibt es große Erfolge, die hier von der Wissenschaft in Deutschland erreicht wurden, aber sie haben Beispiele genannt, die halt ganz von außen kommen oder, die ganzen <i>Lifecycle</i>-Kosten, die, die Rohstoffbilanzen die mit unterschiedlichen Produkten über den ganzen Lebenszyklus hinweg verknüpft sind und andere Dinge, die sind ja nicht primär in unserem Lande entstanden, sondern woanders und dem müssen wir uns öffnen und haben uns auch dem geöffnet. Ich wusste das mit dem Umweltbundesamt nicht, dass sie das damals erstmals ausgeschrieben haben. Wenn man mich irgendwann mal drauf aufmerksam hätte ich gesagt, aber hallo! Natürlich muss das ausgeschrieben werden, das, das, sonst ist die Gefahr viel zu groß, man kennt sich und man hilft sich wie die Kölner sagen, das ist kein guter Weg, in dem Fall.</p>
01:12:26	01:13:34	<p>Kraemer: Also es war damals im Umweltbundesamt durchaus umstritten und der damalige Leiter der Zentralabteilung, die die Beschaffung organisiert hat, Herr Ohmeis, der hat sich durchgesetzt und hat offensichtlich auch irgendwie das Geld gefunden, um für solch eine Anzeige in der ZEIT bezahlen zu können. Und er wurde anschließend auch beschimpft für das, was er da getan hat. Hauff: Von wem? Kraemer: Von den Fachkollegen, die sagten/ Hauff: Also innerhalb des/ Kraemer: Innerhalb des Bundesumweltamtes, die gesagt haben, man könne doch Politikberatung, man könne diese Art von spezialisierter Wissenschaft nicht über den Markt einkaufen, da es keine sinnvollen Kriterien gibt, man kenne die Leute ja sowieso, und das sei nur zusätzlicher Aufwand. Hauff: Wie immer wenn Korruption im Spiel ist, fallen genau die Argumente. Kraemer: Ich würde sagen, wenn dann war es hier nur eine intellektuelle Korruption. Nämlich die Pfadabhängigkeit im Denken. Hauff: Ja, klar! Ja. Kraemer: Ich glaube nicht das dort/ Hauff: Ja aber die, die, ob das ökonomisch oder/ so eine intellektuelle, die kann viel verheerender wirken. Wenn man sich abschneidet von Wissen, das woanders vorhanden ist und dadurch für die Politik überhaupt nicht dann nutzbar gemacht werden kann.</p>
01:13:34	01:14:18	<p>Kraemer: Herr Hauff, was Sie jetzt gesagt haben, diese intellektuelle Korruption ist etwas Gefährliches. Wenden wir das einmal kurz an auf die anderen Ressorts, nur als Gedankenspiel, die Abhängigkeit des Wirtschaftsministeriums von dem von ihm selbst finanzierten Einrichtungen Wirtschaftsforschung, das Gleiche beim Landwirtschaftsministerium mit den 6 oder 7 großen Forschungseinrichtungen, die Landwirtschaftspolitik unterstützen, das Gleiche beim Verkehrsministerium. Ist hier nicht eigentlich systematisch etwas verkehrt, wenn Politik sich immer nur durch einen sehr kleinen Kreis von Beratern beraten lässt und gleichzeitig nicht über ein Forschungsministerium kritische Wissenschaft stimuliert wird, die von außen neue Impulse hineintragen kann.</p>
01:14:18	01:15:06	<p>Hauff: Das ist ohne Zweifel richtig, aber es gibt im Forschungsministerium schon auch Entwicklungen, wenn sie diese großen Forschungsprogramme, die jetzt zurzeit angelaufen sind, zum Thema Nachhaltigkeitsforschung, die alle ausgeschrieben werden. Und ich hab vorher das</p>

		Beispiel Verkehrspolitik deswegen gewählt, weil ich mal 2 Jahre lang das Vergnügen hatte, in dem Ministerium zu arbeiten. Die anderen Ministerien kann man nennen, es gibt noch weitere Beispiele dafür, aber das sind alles Relikte eher aus einer alten Zeit, die wird man überwinden müssen, im Laufe der Zeit. Ich hoffe es gelingt bald, aber dazu braucht man eine reformbereite und entscheidungsfreudige Regierung.
01:15:06	01:15:38	Kraemer: Herr Hauff, jetzt haben Sie sehr lieb geantwortet auf alle Fragen, die wir vorbereitet hatten oder die mir zwischendurch eingefallen sind. Gibt es andere Themen die Sie in dem Kontext für wichtig halten, sie sich vielleicht schon Notizen gemacht haben, dass sie das ansprechen wollen? Welche Frage hätten Sie jetzt noch gerne von mir? Hauff: Nein, ich glaube immer das Thema ist so, dass man da auch 5 Stunden drüber reden kann, aber ich glaube so die wichtigsten Themen sind angesprochen und ich möchte aus meiner Sicht da nicht jetzt da noch etwas besonders herausgreifen. Kraemer: Dann frage ich noch einmal...
01:15:38	01:17:05	Hauff: Das einzige was ich nochmal zum Schluss sagen würde, um einen Punkt zu unterstreichen, den an mehreren Stellen eine Rolle gespielt. Ich habe mit Fritz Scharpf zusammen ein Buch geschrieben über die Modernisierung der Volkswirtschaft. Und da gibt es einen Schlussteil der ist überschrieben "Die nächsten Schritte". Wo wir sagen, das wichtigste an den nächsten Schritten ist, den öffentlichen Dialog über solche Reformschritte, die da notwendig sind, den zu intensivieren. Das war 1985. Mittlerweile ist eine Menge geschehen, aber es ist immer noch nicht ausreichend. Wir werden uns drauf vorbereiten müssen, ganz eigenständige Fähigkeiten auch zu entwickeln in unserem politischen System, öffentlichen Diskurse und öffentliche Debatten, Formen der Teilnahme, der Partizipation, nicht zur Abschaffung der repräsentativen Demokratie, sondern meiner Überzeugung, zu ihrer Stärkung einzuführen, weil das Voraussetzung dafür ist, dass wir wieder ein Stück mehr Vitalität in unsere Meinungsbildung innerhalb der repräsentativen Demokratie bringen.
01:17:05	01:17:50	Kraemer: Das finde ich – ich möchte es nicht als Schlusswort betrachten. Hauff: Aber für mich ist es eins. Kraemer: Aber es ist trotzdem sehr gut, sehr gut angekommen und in der Kamera ja auch gefangen. Aber als ich das gehört habe, fühlte ich mich erinnert, an das was ich bewundere an der Arbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung in den letzten Jahren. Unabhängig von dem wer da gearbeitet hat, es war immer der Versuch mit neuen Formen des Dialoges mit Bürgern, mit unterschiedlichen Formaten, in denen das organisiert wird, mit unterschiedlich Altersgruppen und sonst wie zu arbeiten. Das haben Sie ja mit angestoßen als Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Jetzt wo Sie es nicht mehr sind, was würden Sie sagen sind die nächsten Schritte mit der konkrete Formate, Themen aufgegriffen werden sollen. Wie soll das weiter getrieben werden?
01:17:50	01:18:11	Hauff: Das Thema schlechthin, dass da zu nennen ist das Thema Energiepolitik. Überhaupt keine Frage. Das ist es. Das läuft sowas von schief. Wenn das so weitergeht, wie das bis jetzt, bis September 2013 gelaufen ist, dann fährt das Projekt gegen die Wand, mit allen Folgen.
01:18:11	01:18:44	Kraemer: Das Projekt wird unterstützt von Millionen von Deutschen, die aktiv sich eine Solarzelle aufs Dach geschraubt haben, sich an einer Kooperative beteiligen, die als KundInnen, als Stromkunden ihren Vertrag umgestellt haben auf einen Versorger, der nur Ökostrom liefert. Also es gibt kaum etwas, wo so viele Menschen auf unterschiedlicher Art und Weise beteiligt sind, wie bei der Energiewende. Und trotzdem gelingt es nicht, das so zu organisieren, dass die Schnittstelle zwischen Bürgern, Kommunen und Bundespolitik richtig funktioniert.
01:18:44	01:20:36	Hauff: Das ist schlicht und ergreifend im Augenblick die Unfähigkeit der Politik dafür die richtigen Strukturen und Institutionen zu schaffen. Müssen sie nicht alle selber machen, aber sie müssen wissen wen sie brauchen, sie müssen sich viel, viel stärker verstehen als Prozessarchitekten. Ich glaube, dass das eine der großen neuen Aufgaben der Politik ist. Nicht mehr zu sagen was richtig oder falsch ist, und dafür dann noch ein Amt zu gründen oder so irgendwas, sondern Prozesse zu entwerfen und die dann tatsächlich auch aufzubauen, wie ein Architekt das tut, in denen dann erfolgreich sich Politik vollziehen kann, mit all denen, die dabei eine wichtige Rolle einnehmen. Also in der Energiepolitik, ohne die Verbraucher werden wir nicht dazu kommen, dass der Energieverbrauch tatsächlich gesenkt wird, also dass wir die ganzen Fragen der Energieeffizienz und der -suffizienz, also... Ist das tragfähig, was wir zur Zeit an Energie verbrauchen und wo sind die

		Ansatzpunkte, um das zu ändern? Das geht überhaupt nur, wenn wir darüber einen breiten, öffentlichen Diskussionsprozess führen, der zu einer gewissen Verständigung führt. Da muss nicht jeder mitmachen, ich rede nicht von Gesetzen, sondern ich rede davon, dass ein Bewusstsein sich verändert und dann schrittweise, im Laufe der Zeit auch ein Verhalten. Wir werden die ganzen Fragen, wie wir eigentlich in unserer Wirtschaft dazu kommen, dass dort die ganzen Produktionsprozesse auf eine neue Grundlage gestellt werden, dass man da..., dass auch viel passiert, die braucht man auch weiterhin, die darf man nicht irgendwie an den Rand schieben und sagen, das interessiert uns alles überhaupt nicht, wir machen das unter uns aus, das Bundesamt für Wirtschaft, zusammen mit dem Wirtschafts- und dem Umweltminister und so, das ist abenteuerlich.
01:20:36	01:22:37	Hauff: Und diese Art von Prozessarchitektur, das ist dass, was wir tatsächlich brauchen, und wo es denn eigentlichen Mangel gibt. Wir haben keinen Mangel an Zielsetzung, wir haben keinen Mangel an ehrgeizigen Vorstellungen und Konzepten, die da sind. Wir haben noch nicht mal einen Mangel an Fachwissen, zu den einzelnen Punkten, aber wir haben den katastrophalen Mangel darüber, wie macht man eigentlich aus all dem, was so großartig in diesem Land schon vorhanden ist, einen erfolgreichen Reformprozess. Und stattdessen gibt es eine wirklich, dem kann man mit Abscheu begegnen, eine Diskussion über die Strompreise, die noch nicht mal das Niveau von Stammtischen hat. Wo noch nicht mal ernsthaft gefragt wird, was eigentlich die Ursachen sind, sondern es wird nur gesagt, das ist so entsetzlich und das hängt alles an den Erneuerbaren Energien. Dass es im Wesentlichen damit zusammen hängt, dass wir es uns leisten, in diesem Land riesige, alte Braunkohlekraftwerke durchlaufen zu lassen, die dann an der Strombörse negative Strompreise machen und die Differenz zwischen dem was gefördert werden muss und dem was an der Börse ist, der muss ausgeglichen werden. Wenn man nun diskutiert darüber, was ist eigentlich der Preis den die bekommen. Dass, was ausgeglichen wird, was die Verbraucher dann bezahlen müssen, ist die Differenz dazwischen. Wir machen die CO ₂ -Bilanz kaputt, steigende CO ₂ -Preise, Klimakasse überhaupt keine Rede kann davon sein, das Gegenteil passiert in dem Land. Also das ist hinten und vorne so was von Stümperei und ja /. Herr Vasialis hat gesagt, es sei multipler Schwachsinn, der da passieren wird, das ist richtig. Das ist es. Und eigentlich können wir uns das nicht leisten, aber die Leute sind nach wie vor davon begeistert, von der Energiewende, finden das auch gut, ja trotz all dieser komischen Kampagnen, die da fahren, aber das geht nicht so weiter, dass sie sagen, wenn wir das wirklich wollen, dann müssen wir auch ein bisschen was in der Regierung ändern.
01:22:37	01:23:18	Kraemer: Sie sagten jetzt es sind komische Kampagnen, das ist auch unsere Wahrnehmung, dass es dort tatsächlich auch einen gesteuerten Diskurs gibt, in dem bestimmte Themen wie zum Beispiel Energiewende, EEG-Umlage, wie zum Beispiel die, der Trassenausbau, wie zum Beispiel Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit, obwohl die Strompreise an der Börse überhaupt nicht thematisiert werden. Es ist eine, ein <i>framing</i> der öffentlichen Diskussion in Deutschland gelungen, das dafür sorgt, dass die eigentlichen wahren Ursachen überhaupt nicht mehr diskutiert werden, sondern nur noch an den falschen Symbolen. Ist es überhaupt gewollt, dass es einen Diskurs gibt, in dem die Gesellschaft den Knoten durchschlägt?
01:23:18	01:24:57	Hauff: Da bin ich ehrlich gesagt sehr im Zweifel, ob die derzeitig Regierenden das wirklich wollen. Ich weiß es nicht. Also zum Teil wollen sie das mit Sicherheit, aber da gibt es auch so viele unterschiedliche Auffassungen. Und ich weiß wie das ist, wenn man in der Regierung ist und in einer Partei arbeitet, wo es sehr unterschiedliche Auffassungen gibt und man schon erkannt hat, was richtig ist, in welche Richtung es gehen soll, aber es ist, es geht halt nicht, manchmal. Und da spielen wirtschaftliche Interessen eine riesige Rolle, aber da spielt natürlich auch intellektuelles Beharrungsvermögen eine große Rolle, das Thema ist kompliziert. Das gebe ich gerne zu. Also bevor sie das erklärt haben, wie die Tatsache, dass wir die großen Braunkohlkraftwerke durchlaufen lassen und dass das zu negativen Strompreisen führt und dass das dazu führt, dass wir in so hohem, unter der Überschrift Energiewende, zwar die erneuerbaren Energien zwar sehr gut abschneiden, wenn man sagt, wie hoch die Prozentzahl ist, was die an Strom liefern, zugleich aber noch nie so viel Kohlekraftwerke im Netz waren, wie zurzeit und das Deutschland eine stromexportierende Nation geworden ist unter der Überschrift Energiewende, von Energieeinsparung, von Verbraucherveränderungsverhalten, von Kooperationen, von Aufbruchstimmung, von Bereitschaft, das eigene Verhalten auch mal jedenfalls öffentlich zu diskutieren – keine Spur. Und das ist das Gegenteil von dem, was wir brauchen.
01:24:57	01:26:05	Kraemer: Vielen Dank Herr Hauff. Wir haben heute ein ganz besonderes Interview geführt in dieser Serie, denn alle anderen die wir interviewen, haben selber in der Vergangenheit

		<p>Geschäftsführungsverantwortung in einem der Institute innegehabt, oder tun das heute. Sie waren der erste, der das nicht hat, sondern eine Perspektive von außen, Perspektive aus der staatlichen Verwaltung, Ministerialverwaltung, als Minister, als Parlamentarier, als Politiker. Also eine externe Perspektive darauf gerichtet. Ich hoffe dass die Fragen, die wir gestellt haben, bei Ihnen auch noch etwas ausgelöst haben, an Erinnerungen, an schöne und an schwierige Zeiten und das ein oder andere, dass uns erklären hilft, was eigentlich Deutschland besonders macht in der Umweltpolitik, in ihren Erfolgen, in ihren Misserfolgen, in der Dynamik, dass wir dieses versuchen können, besser zu erklären, bleiben wir im Gespräch. Ich bedanke mich für Ihre Bereitschaft, hier mitzuwirken</p> <p>Hauff: Danke Ihnen schön. Es war schwierig und schön und deswegen gut. Kraemer: Danke.</p>
--	--	---

Interview mit DirProf. Dr. Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen

Interviewt durch: Susanne Langsdorf, Researcher, Ecologic Institut

Datum: 05. März 2014

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Hey, Christian (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05. März 2014.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:02:44	<p>Langsdorf: Das heutige Interview ist Teil des Projekts "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", das durch das Ecologic Institut durchgeführt wird und im Rahmen dieses Projektes möchten wir Geschichtswissen schaffen über die Umweltforschung und -beratung in Deutschland. Zu diesem Zweck interviewen wir über 20 Zeitzeugen und machen dieses Material der Öffentlichkeit zugänglich. Wir freuen uns ganz besonders, dass wir heute die Gelegenheit haben mit Ihnen Dr. Hey über die Geschichte der Umweltpolitikforschung und -beratung zu sprechen. Dr. Hey, Sie sind zurzeit Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen und im Vorstand des Netzwerkes der Europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte. Das ist sozusagen die aktuelle Station nach einer langen Karriere in diesem Umweltschutzbereich. Mit welchen Themen beschäftigen Sie sich aktuell ganz besonders?</p> <p>Hey: Aktuell? Aktuell ist ein Thema nach wie vor ein stark europäisches, nämlich mit der Klima- und Energieagenda für 2030. Wir haben im November letzten Jahres ein Sondergutachten veröffentlicht zum Thema Strommarkt der Zukunft oder den Strommarkt der Zukunft gestalten und wir haben in diesem Gutachten wie auch in früheren darauf geachtet, dass wir das, was wir für die deutsche Ebene vorschlagen auch in einen europäischen Kontext einbetten und wir haben versucht hier die Zusammenhänge darzustellen zwischen den europäischen Entwicklungen und den nationalen. Und eine der wesentlichen Aussagen ist entgegen dem, was viele Leute immer wieder behaupten, dass die Energiewende so etwas sei wie ein nationaler Irrläufer, ein nationaler Alleingang, haben wir eigentlich sehr stark die These verfolgt, es ist doch Teil eines europäischen Projektes. Und die Energiewende setzt im Wesentlichen die Agenda 20-20-20 um, also die drei Ziele für Effizienz, Erneuerbare und Klimaschutz und jetzt kommt es aber darauf an, dass das fortgesetzt wird in Richtung des Jahres 2030 und da ist das große Probleme, dass das nicht mehr so einfach geht wie noch vor 6 Jahren.</p>
00:02:44	00:04:59	<p>Langsdorf: Da freuen wir uns sehr drauf, dass wir mit Ihnen auch mehr über die europäische Ebene sprechen können. Das haben wir nämlich bisher noch nicht mit so vielen Zeitzeugen machen können. Die meisten hatten ihren Fokus auf die deutsche Geschichte. Deshalb machen wir jetzt sozusagen den großen Sprung nach hinten. Die meisten unserer Zeitzeugen datieren die Anfänge der Umweltpolitikberatung und -forschung, also der unabhängigen Umweltpolitikforschung und -beratung auf die 70er Jahre. Das bedeutet auch, Sie gehören zu den Jüngeren unserer Zeitzeugen</p>

		<p>und haben aber sehr früh sozusagen Ihren Weg in den Umweltschutz im weiteren Sinne eingeschlagen. Sie haben schon Ihren Zivildienst für das Öko-Institut gemacht, waren Mitbegründer und über mehrere Jahre Projektleiter im Institut für regionale Studien in Europa in Freiburg. Da werden wir später auch noch drüber sprechen. Dann einige Jahre umweltpolitischer Direktor im Europäischen Umweltbüro und dann eben bis heute Generalsekretär des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Auch wenn Sie vielleicht die Anfänge nicht in allen Details mitbekommen haben, weil Sie da einfach noch sehr jung waren, wo verorten Sie die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung?</p> <p>Hey: Also ich gehöre ja persönlich zur zweiten Generation. Das heißt, ich habe vieles mir angelesen und vieles war für mich sozusagen mein Mythos. Als ich angefangen habe mich mit dem Thema Umweltpolitik zu befassen, da war zum Beispiel das Öko-Institut einer der großen Vordenker. Das war schon eine Institution, die ich auch bewundert habe. Wie sie die Themen angelegt hat, wie sie gesellschaftliche Resonanz erzeugt haben, das war für mich schon gesetzt, als ich so richtig angefangen habe. Was ich aus der Literatur weiß ist, dass die Anfänge der Umweltpolitik doch sehr stark auch von staatlicher Seite angestoßen worden sind, aber natürlich auch als Reaktion auf die erste Welle der großen Debatte um die Grenzen des Wachstums. Und Debatte der Grenzen des Wachstums ist ja auch sehr schnell kapitalismuskritisch aufgegriffen worden. So in etwa die Ausbeutung des Menschen und die Ausbeutung der Natur ist ja Symptom eines und desselben Systems, das verkehrt ist, zumindest damals. Und sicherlich war der Versuch mit Umweltpolitik auch auf diese gesellschaftskritischen Strömungen irgendwo in einer Weise zu reagieren, dass man das doch innerhalb des Systems bearbeitet. Und daraus ist letztendlich auch die Umweltpolitik entstanden. Der Beginn der 70er Jahre. Die großen Institute sind, so viel ich das weiß, ja erst seit Mitte der 70er Jahre entstanden. Also zumindest die Institute, die aus dem nichtstaatlichen Bereich gekommen sind. Das heißt, sie sind Institutionalisierung einer Bewegung, die Ende der 60er Jahre angefangen hat, aber die staatliche Umweltpolitik mit Gründung des Sachverständigenrates für Umweltfragen, mit Gründung des Umweltbundesamts, mit Aufbau einer Umwelta Abteilung im Innenministerium, das hat alles etwas früher begonnen.</p>
00:04:59	00:07:26	<p>Langsdorf: Was glauben Sie, woran lag das, dass das auf einmal sozusagen aus dem Nichts entstanden ist im Staat? Also auch diese Kampagne eben "Vom blauen Himmel über der Ruhr", was auch Titel unserer Reihe ist, da hatten wir hier nämlich schon auch mit anderen spekuliert, woher das kam. Professor Jänicke hat auch überlegt, hat gemeint das kann er / im Nachhinein wundert ihn das eigentlich selbst, wie das entstanden ist. Hey: Ja so ganz aus dem Nichts war das ja nicht. Ende der 60er Jahre begann die große Debatte um die Grenzen des Wachstums. Das heißt, es war eine ganz große Debatte "führt unser Zivilisationsmodell nicht in eine Sackgasse, führt unser Wirtschaftsmodell nicht in eine Sackgasse". Und auf diese Frage, die wie ich schon gesagt habe, sozusagen von der damaligen, sehr gesellschaftskritischen und kapitalismuskritischen Bewegung auch sofort aufgegriffen worden ist, musste der Staat eine Antwort finden. Und die Antwort war aber dann nicht das System abzuschaffen, sondern innerhalb des Systems Schritte zu entwickeln und daraus ist dann letztendlich die Erfolgsgeschichte von drei Jahrzehnten technischer Umweltpolitik geworden, die vieles erreicht hat, aber letztendlich wesentliche Fragen noch längst offen gelassen hat.</p>
00:07:26	00:09:06	<p>Langsdorf: Wenn die Grenzen des Wachstums sozusagen die überliegende Diskussion waren auf der höchsten Ebene, das alles umfasst, was waren die wichtigsten Unterthemen, die diese Entwicklungen befeuert haben? Hey: Also infolge der Ölkrise entstand eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit zwei Linien. Das eine war, dass, sagen wir mal, die Ölkrise schon als erstes Symptom der Grenzen des Wachstums wahrgenommen worden ist, also Anfang 1973 folgend. Auf der anderen Seite haben verschiedene Staaten versucht sich energieunabhängig zu machen nach der Ölpreiskrise und das ist eigentlich der Beginn der Atomenergie. Und sofort hat sich gegen die Atomenergie noch eine gesellschaftliche Bewegung entwickelt, interessanterweise in Frankreich mit wesentlich größerer Radikalität als in Deutschland, aber mit wesentlich geringeren politischen Durchsetzungschancen gegen den zentralistischen Staat. Insofern war die Fragmentierung des Staates in Deutschland mit relativ eigenständigen Willensbildungsprozessen auf der kommunalen, auf der Länder- und auf der Bundesebene vielleicht eine der ganz großen Chancen, weswegen die Umweltbewegung dann infolge mehr Chancen hatte sich durchzusetzen als in Frankreich, wo sie letztendlich auch blutig niedergeschlagen worden ist und dann auch ein Stück weit über Jahrzehnte auch mundtot gemacht worden ist, zumindest was die Atomfrage angeht.</p>

00:09:06	00:10:32	<p>Langsdorf: Das ist ein sehr interessanter Aspekt. Den hatten wir bisher jetzt noch gar nicht in dieser Form. Also das war auch im Projekt selbst noch nicht sehr präsent, warum es in Frankreich quasi nicht so entstanden ist. Also die Rolle der Öffentlichkeit konnte in Deutschland stärker werden aufgrund des föderalistischen Systems? Hey: Ja. Die Fragmentierung des politischen Systems in Deutschland in Bund, Länder und relativ eigenständigen Meinungs- und Willensbildungsprozessen / Auch die Kommunen, die ja per Verfassung eine Selbstverwaltung haben, eine Eigenständigkeit haben. All das ermöglicht Zutrittspunkte für die Umweltbewegung, auch wenn auf Bundesebene man sich ganz klar für Atomenergie entschieden hat. War das dann in Wyhl nicht so ganz klar und dann musste auch ein Land Baden-Württemberg darauf dann auch wieder reagieren, dass das in Kaiserstuhl eine Sache war, die halt dort nicht durchsetzbar war. Und so hatte die deutsche Anti-Atombewegung schon sehr früh sehr große Erfolgsergebnisse, die sie wiederum befeuert haben. Und das war in anderen Ländern nicht so. Und das liegt im Wesentlichen daran, dass das politische System der Ökologiebewegung eigentlich keine Zutrittspunkte angeboten hat.</p>
00:10:32	00:13:07	<p>Langsdorf: Wie wichtig schätzen Sie die Rolle der Öffentlichkeit im Laufe dieser Entwicklung ein? Also die Anfänge der Umweltpolitikforschung, da hat die Öffentlichkeit sicherlich eine sehr große Rolle gespielt. Wie hat sich die Bedeutung der Öffentlichkeit für diese Entwicklung im Laufe der Zeit verändert? Hat sie sich verändert? Hey: Was ist die Öffentlichkeit? Also was interessant ist, ist das in den 70er Jahren es noch Bücher gab mit Auflagen von mehreren Zehntausend im Bereich Umwelt. Chemikalien in Lebensmitteln, im Haushalt. Also das Chemikalien Thema war ein Renner. Das Atom Thema war ein Renner. Das Wachstumsthema war ein Renner. Also wenn man heute in ein Antiquariat reinschaut, dann stellt man plötzlich fest, dass man dort ganz viel Berichte an den Präsidenten dort sieht. Den Bericht – wie heißt er denn? Global 2000. Das heißt, das gehörte zum guten Stil in jedem gut sortierten Bücherregal stand dieser Bericht über die Zukunft der Umwelt im Jahr 2000. Ich glaube, da hat sich was verändert. Solche Auflagen an Büchern kann man heutzutage nicht mehr erreichen. Und das heißt, es gab so richtig einen gesellschaftlichen Bildungshunger nach Literatur, die die Umweltfrage aufgegriffen hat und thematisiert hat, sowohl das Problem, als auch dann die Lösungsperspektiven. Einerseits technische Lösungsperspektiven, dass es auch ohne Atom geht. Die berühmte Energiewende, die von Autoren aus dem Öko-Institut schon Ende der 70er Jahre veröffentlicht worden ist, aber auch grundlegende Literatur zur ökologischen Ökonomie. Das alles ist in den 70er Jahren richtig in hohen Auflagen verkauft worden.</p>
00:13:07	00:16:19	<p>Langsdorf: Diese Entpolitisierung, wenn man das so nennen möchte, woher kam die? Wurden die sehr drängenden Probleme einfach gelöst dann schon oder war das eine Ermüdung? Hey: Ich glaube, die Geschichte der Umweltpolitik ist eine Geschichte eines großen Missverständnisses. Die Bewegung hat eigentlich eine große Systemfrage gestellt. Kann es weitergehen mit dem Materialismus, mit dem Konsumismus, den wir hier haben? Gibt es nicht andere Formen der Bedürfnisbefriedigung? "Haben oder Sein?" von Erich Fromm war ein Bestseller während der Zeit. Die Frage um die Grenzen des Wachstums. Und die Umweltpolitik hat darauf technokratisch reagiert. Sie hat Filteranlagen vorgeschrieben, Katalysatoren für Autos, Kläranlagen wurden überall aufgebaut. Das war aber eigentlich gar nicht so das primäre Anliegen der Ökologiebewegung. Diese technische Antwort auf eine systemkritische Frage. Gleichzeitig war es aber so, dass in diesen technischen Antworten Dynamik entstand, während die systemkritischen Fragen eigentlich blockiert waren. Das war immer nur ein Thema für eine kleine gesellschaftliche Minderheit und ich glaube, dass das durchaus auch zu etwas wie einer Ermüdung in Teilen der Bewegung geführt hat. Schlicht und einfach weil man festgestellt hat, man stößt mit den grundsätzlichen Fragen, die zum Teil richtige Fragen waren, einfach an bestimmte Grenzen und an Schallmauern. Und das Interessante ist jetzt zu sehen, nach 40 Jahren Umweltpolitik, das Repertoire der technischen Antworten ist weitgehend erschöpft. Und an der Stelle kommen wir nicht mehr richtig weiter. Und genau in diesem Augenblick kommen die grundsätzlichen Fragen wieder ganz nach oben. Und das hat was zu tun damit, dass man merkt "aha die Umweltpolitik hat an vielen Punkten etwas bewirkt", aber es gibt viele Bereiche, wo der Zugriff der Umweltpolitik überhaupt nicht ausreicht. Verlust der biologischen Vielfalt, Klimawandel, Überfrachtung mit Nährstoffen, Chemikalien, die Landnutzungsfrage, die wir weltweit haben, also das Verdrängen von Natur und, sagen wir mal, die Landnahme des Menschen für Ernährung, Energiepflanzen und so weiter und so fort. All das sind ja große, dauerhaft ungelöste Probleme, die sozusagen Umweltpolitik als technische Politik nicht hat bewältigen können.</p>
00:16:19	00:19:21	<p>Langsdorf: Sehr spannende Analyse. Ich bin froh, dass wir heute Abend da noch mal ein bisschen drüber sprechen können, denn jetzt möchte ich etwas stärker auch in Ihren persönlichen</p>

		<p>Lebensweg sozusagen einsteigen. 1990 haben Sie das mittlerweile geschlossene Institut für regionale Studien in Europa EURES mitgegründet und dann dort auch einige Zeit als Projektleiter gearbeitet in verschiedenen Bereichen. Das war auch ein unabhängiges Unternehmen, kein Institut / also schon Institut, aber als Unternehmen eingetragen nehme ich an, für Forschung und Beratung. Das Online-Archiv sagt es hatte den Fokus auf nachhaltige Entwicklung, Partizipation und europäische Zusammenarbeit. Können Sie uns etwas über die Gründung und die Entwicklung des Instituts erzählen? Hey: Also das Institut ist von Leuten gegründet worden, die alle im näheren Umfeld des Öko-Instituts standen und im näheren Umfeld des Vereins für ökologische Wirtschaftsforschung standen, aber mit ihren Themen in diesen beiden Instituten jeweils nicht den richtigen Platz für sich gefunden haben. Das Öko-Institut zumindest Ende der 80er Jahre hatte noch einen sehr starken, ich würde mal sagen, technikorientierten Fokus, naturwissenschaftlich-technikorientierten Fokus. Es gab auch eine starke Rechtsabteilung. Aber die weiteren Gesellschaftswissenschaften, insbesondere auch Politikwissenschaften und das Thema Europa, europäische Integration in einem horizontalen Sinne, das war im Öko-Institut nicht so fest verwurzelt und da gab es auch keine Projekte dazu, die aus dem Öko-Institut heraus entwickelt waren. Insofern hatte ich dann persönlich eigentlich keine wirkliche Zukunft nach dem Zivildienst im Öko-Institut mit meinem schon damals sehr stark europäischen Profil. Ich weiß auf der Projektebene gab es europäische Vernetzungen. Also im Energiebereich gab es schon seit den frühen 80er Jahren europaweite Allianzen allerer, die gegen Atomenergie waren und es gab erste Szenarien, auch europaweite Szenarien wie eine Energiewende europaweit gelingen kann, aber das war sozusagen mal sehr fachspezifisch. Aber so die institutionelle Frage, wie entwickelt sich europäische Umweltpolitik, unter welchen Rahmenbedingungen entwickelte sich, wie ist das Verhältnis vom freien Binnenmarkt zu Umweltpolitik zu klären? Das waren alles Fragen, die im Prinzip innerhalb des Öko-Instituts damals nicht zentral waren und das führte letztendlich dann ein Stück weit zur Ausgründung.</p>
00:19:21	00:21:36	<p>Hey: Der andere Strang war dann sozusagen, dass im Rahmen des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung in den 80er Jahren sehr viel zu ökologischer Regionalentwicklung gemacht worden ist. Aber, wenn man so will, ein Standort Freiburg damals nicht realisierbar war. Also es waren auch persönliche Motive, die dann dazu führten, dass wir versucht haben aus dem einen Strang ökologischer Regionalentwicklung oder nachhaltige Regionalentwicklung und auch den anderen Strang europäische Umweltpolitik etwas Gemeinsames aufzubauen. Das lief am Anfang recht gut. Wir haben einige Untersuchungen gemacht, die richtig spannend waren. Europäischer Vergleich der Strategien der Umweltverbände auf europäischer Ebene. Das war eines meiner ersten Projekte, ein internationaler Vergleich oder aber ein internationaler Vergleich sozusagen wie Umwelterfordernisse in die nationalen Verkehrspolitiken integriert werden. Das waren außerordentlich spannende Projekte. Aber insgesamt war das Institut wahrscheinlich doch schlecht aufgestellt. Einerseits weil dieser europäische Bereich und der regionale Bereich nicht so ganz gut integrierbar waren zu einem klaren Profil und andererseits weil vielleicht auch das Institut zu spät eine strategische Entscheidung getroffen hat, ob es jetzt eher sozusagen akademische Forschung betreiben will oder in die unmittelbare Politikberatung gehen will. Und das sind so Weichenstellungen, die man irgendwo frühzeitig treffen muss, also im Hinblick auf die Profilbildung des Instituts und das ist letztendlich nicht so gut gelungen und deshalb ist das auch Ende der 90er Jahre geschlossen worden.</p>
00:21:36	00:22:57	<p>Langsdorf: Ach, Ende der 90er Jahre erst? Hey: Ja. Also ich bin '97 raus. Es liefen noch einige Projekte weiter, aber so Ende der 90er Jahre war dann Schluss. Langsdorf: Ach so. Ich dachte, es hätte noch bis 2004 bestanden. Hey: Ja, offiziell. Als Institution. Aber das lief dann so langsam aus. Also wurde dann praktisch als Dach für einzelne Projekte noch genutzt. Langsdorf: Woher kamen die Aufträge für das Institut? Hey: Eine Strategie war sehr stark im europäischen Forschungsrahmenprogramm zu partizipieren, was immer extrem aufwendig und anspruchsvoll ist, einfach weil das ja immer nur eine Teilfinanzierung ist, muss also immer eine Ko-Finanzierung finden. Das gelang teilweise, gelang aber oftmals auch nicht. Und auf der anderen Seite waren es lokale oder regionale Projektträger, die sich für Tourismuskonzepte und Ähnliches interessiert haben, also auch von der Seite her sehr unterschiedliche Auftraggeber. Aber würde mal sagen Europäische Kommission, Forschungsrahmenprogramm und verschiedene national und regional öffentliche Finanziierer haben die Projekte im Wesentlichen finanziert.</p>
00:22:57	00:24:35	<p>Langsdorf: Diese Klammer der supranationalen, europäischen Ebene und dem Lokalen, das ist ja eigentlich auch heutzutage ein wichtiges Thema und man sollte meinen, dass es so ein Institut</p>

		weiterhin geben müsste oder dass es leichter gewesen wäre vielleicht. Hat das Institut eine Lücke hinterlassen, die / wurde die geschlossen? Von wem wurde die geschlossen? Oder wurde Sie nicht geschlossen? Hey: Also wir waren vielleicht etwas früh mit der Vision eines Europas der Regionen, das wir damals auch aktiv entwickelt haben, waren uns aber intern strategisch nicht so ganz einig, welche Rolle dann eigentlich noch der Nationalstaat spielen soll. Ob er überflüssig ist oder ob er, sagen wir mal, doch eine ganz wichtige vermittelnde Rolle spielt. Also ich würde einfach sagen, der europäische Teil ist natürlich von Ecologic weiter getragen und übernommen worden. Der Regionalteil habe ich, ehrlich gesagt, nicht so den Überblick über die Marktlage, aber ich glaube, da gibt es sehr viele spezialisierte Beratungsunternehmen, die da auch in die Lücke rein gesprungen sind. Also dann auch nachhaltige Tourismuskonzepte entwickelt haben oder Konzepte für eine nachhaltige regionale Entwicklung entwickelt haben. Aber wahrscheinlich ist die Lücke dort größer als auf der europäischen Ebene.
00:24:35	00:25:54	Langsdorf: Verstehe. Diese Situation, dass Institute, die schon ein bisschen zu weit waren sozusagen, dass es denen zum Verhängnis wurde, hatten wir auch schon zuvor erzählt bekommen. Professor Kreibich sagte auch, dass die thematisch teilweise in der Zukunftsforschung zu weit waren und dann Riesenprobleme hatte, auch große Projekte in den Sand gesetzt haben letztlich und viel Geld verloren haben. Also sie haben das zwar überlebt, aber er sagte auch, naja wenn man zu vornedran ist, kann es auch Probleme geben. 1997 bis 2001 waren Sie umweltpolitischer Direktor im Europäischen Umweltbüro. Das ist ein Dachverband, wenn ich das richtig verstehe. Hey: Das Europäische Umweltbüro ist der Dachverband aller Umweltverbände in Europa, also der Dachverband von 140 Umweltorganisationen. Einzige große Umweltorganisation, die nicht dabei ist, ist Greenpeace. Greenpeace ist irgendwann mal ausgetreten. Die haben immer mal wieder strategische Reorientierungen gehabt, wie sie es eigentlich mit der Europäischen Union haben und wie intensiv sie Europaarbeit machen oder nicht. Mit einer dieser strategischen Neuausrichtungen sind sie dann aus dem europäischen Umweltbüro ausgetreten, aber ansonsten sind eigentlich alle wesentlichen Umweltverbände dort Mitglied.
00:25:54	00:27:06	Langsdorf: Was waren Ihre Hauptaufgaben dort? Wie hat man sich den Alltag vorzustellen? Hey: Es war etwas der Einstieg in die umweltpolitische Realität, also den technischen Umweltschutz, die Umweltverfahren, wir haben uns um die Grenzwerte bei PKW gekümmert, um die Richtlinien um Abfallverwertung, um die technischen Auflagen für Industrieanlagen, um die Weiterentwicklung des Umwelt-Audits. Also sehr spezielle europäische Umweltrichtlinien letztendlich. Und das war eigentlich letztendlich mein Verantwortungsbereich. Also weniger die großen strategischen Linien als, würde mal sagen, der stark technik- und verfahrensorientierte Umweltschutz, der von der Europäischen Kommission oder von der Europäischen Union seit Mitte der 90er Jahre vorangetrieben worden ist.
00:27:06	00:29:30	Langsdorf: Arbeitet das Europäische Umweltbüro auch mit Umweltforschungsinstituten zusammen? Hey: Ja, es war ein bisschen Rollenwechsel. Vorher war ich immer auf der Suche nach Auftraggebern, habe die auch bei Umweltverbänden gefunden. Also wir haben einiges gemacht noch Mitte der 90er Jahre für eine Allianz von Umweltverbänden, die eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung für die transeuropäischen Verkehrsnetze gefordert haben. Und das war so ein Punkt, wo man ein Stück weit Regionalentwicklung und Umweltpolitik mal zusammenführen konnte. Wir haben dann auch Untersuchungen gemacht "Bringen Autobahnen eigentlich etwas für Regionalentwicklung oder nicht?". Das war die Zeit bei EURES. Jetzt war ich in der anderen Rolle und zuständig für eine ganze Reihe von Expertengruppen und Expertenausschüssen, die die europäische Kommission eingerichtet hat. Zum Beispiel Expertenausschuss zu bestverfügbarer Technik bei Industrieanlagen, Expertenausschuss zu Umweltkennzeichen, also was sind anspruchsvolle, umweltgerechte Produkte und Ähnliches? Und das Europäische Umweltbüro hat, soweit es in seinen finanziellen Möglichkeit stand, immer versucht Experten und dann sehr stark natürlich aus dem sehr starken deutschen Umweltforschungssektor hereinzuziehen in diese Expertengremien, weil dort sozusagen mal das bestverfügbare technische Wissen auch vorhanden war und damit versucht sozusagen mal die Innovationsprozesse auch voranzutreiben. Insofern wurde ich dann quasi zum Auftraggeber und

		Arbeitgeber von etlichen Experten, die dann wiederum jetzt dann später zu Umweltsenatoren geworden sind oder Abteilungsleiter im Umweltministerium waren und Ähnliches. Also wir sind uns dann wieder begegnet später in wieder ganz anderen Rollen. Aber damals waren sozusagen noch mal noch die technischen Experten – was weiß ich – für bestimmte Industrieanlagentypen, haben diese Expertise dann in die europäischen Prozesse mit hereingetragen.
00:29:30	00:33:10	Langsdorf: Das sind sozusagen die Vorteile eines solchen Dachverbands. Sehen Sie auch Gefahren bei dieser Art der Vertretung der Umweltinteressen auf europäischer Ebene? Was gibt es da Schattenseiten, Probleme? Hey: Also ich würde eher von Schwierigkeiten sprechen als von Problemen. Die Schwierigkeit liegt einerseits daran, dass wenn man auf europäischer Ebene als Umweltverband aktiv sein will, muss man sich sehr stark auf die Rahmenbedingungen einlassen, die die europäische Kommission setzt. Um ein Beispiel zu nennen, wo wir durchaus so in Dilemmarolle waren, war die Frage der Normung. Die europäische Normung ist ja ein hochgradig technischer Prozess. Es werden Standards entwickelt, aber auch Standards mit erheblicher Umweltauswirkungen oder Bedeutungen zum Beispiel Messmethoden werden dort standardisiert. Oder aber auch bestimmte Iso-Normen für Umweltaudits oder für Lebenszyklusanalysen werden auch auf der europäischen Ebene in den Normungsbehörden oder in Normungsgremien diskutiert. Oder die Ausführung der Verpackungsrichtlinien, um ein Beispiel zu nennen. Was ist Mehrweg, was sind Standards für Mehrweggeräte und Ähnliches. Das hat immer ein gewisse politische Dimension, aber die Spielregel der Standardisierung ist, das wird im Wesentlichen delegiert an die privaten Akteure, die sich verständigen sollen auf diese Norm. Und das ist klar, dass dann private Interessen auch dominieren und die öffentlichen Interessen ein Stück weit auch was sagen können, aber nicht wirkungsmächtig sind. Nicht so wirkungsmächtig wie im politischen Prozess. Deshalb muss man eigentlich als Umwelt-NGO immer darauf achten, dass dort wo diese Normungsprozesse wirklich politisch werden auch die politische Ebene interveniert und dann auch die politische Kontrolle wieder übernimmt. Gleichzeitig wenn man sich aber auf die Logik dieser Standardisierungsprozesse einlässt, dann lässt man sich auch sozusagen mal auf die Vertrauensbeziehung in diesen Netzwerken ein. Es gibt also da irgendwo ein Dilemma zwischen dem Vertrauensbruch, den man eingehen muss gelegentlich, wenn man auf die politische Ebene heben will und der erfolgsorientierten, vertrauensvollen Beziehung in diesen Netzwerken. Und auf solche Probleme und Dilemmata muss man sich aber als europäischer Dachverband ein Stück weit einlassen, wenn man mit der Europäischen Kommission auch zusammenarbeiten will. Und wenn man / die Europäische Kommission hat ja schon eine gewissen Monopolsituation in Brüssel. Das heißt, wenn man da die Zusammenarbeit verweigert, kann man eigentlich gar nichts durchsetzen. Schlicht und einfach der politischen Durchsetzung, die öffentliche Kampagne, das wirkt ja in Europa gar nicht, weil in Europa kann man keine Kampagnen durchführen, weil es keine europäische Öffentlichkeit gibt. Also kann man sich nur etwas bewirkt, indem man sich auf diese Spielregeln einlässt, die aber manchmal nicht besonders erfreulich sind. So würde ich es mal sagen.
00:33:10	00:36:40	Langsdorf: Verstehe. Hat sich die Arbeit des Europäischen Umweltbüros im Laufe der Zeit geändert? Also wurde das leichter mit der Zeit oder liegt das immer an bestimmten Zyklen, politischen Zyklen, die es gibt? Hey: Also das Europäische Umweltbüro hatte in seiner nun, naja, auch über vierzigjährigen Geschichte sicherlich eine Phase der ersten 20 Jahre, die ich als Phase der Vertrauensbildung überhaupt bezeichnen würde. Es war nicht ganz einfach, dass man politische Arbeit an einen europäischen Dachverband delegiert und damit für einen nationalen Verband ein Stück weit auch Kontrolle abgibt und verliert. Das benötigte ungefähr 20 Jahre bis so ein institutionelles Vertrauen auch entstanden ist und das Europäische Umweltbüro auch sozusagen mal Verfahrensweisen der Einbindung der nationalen Mitglieder etabliert hat, die gesichert haben, dass solche Vertrauensbeziehungen auch tatsächlich stark waren und dass das Umweltbüro auch tatsächlich als selbstständiger Akteur in Brüssel sich bewegen konnte. Und der kritische Umbruch war genau während der Zeit, wo ich angefangen habe dort zu arbeiten. Das lag nicht an mir, das ist schon vorher etabliert worden, aber ich konnte auf dem Boden dann aufbauen. Das Wesentliche ist eigentlich die Arbeitsgruppen, die im Europäischen Umweltbüro entstanden sind, wo letztendlich – wir haben mal eine Schätzung gemacht – aber insgesamt mehrere Hundert Experten in den verschiedenen Arbeitsgruppen, die wir etabliert haben, regelmäßig zusammengekommen sind und sich damit natürlich unter den Fachleuten der nationalen Umweltverbände so ein gemeinsames Verständnis, so eine Vertrauensbeziehung auch hergestellt hat, auf deren Basis man dann auch durchaus ein politisches Mandat hatte, an das europäische Parlament ranzugehen, an die Kommission ranzugehen, an die jeweilige Präsidentschaft ranzugehen mit klaren Forderungen. Das

		<p>ist sozusagen mal Ende der 90er Jahre erst entstanden und hat sich seitdem stabilisiert. Ich glaube, seitdem – ich bin jetzt ein bisschen weiter weg, das muss man natürlich sagen – aber ist das im Grunde erhalten geblieben. Und ist sozusagen mal der Arbeitsmodus des Europäischen Umweltbüros. Dass es etwas Besonderes ist, sehe ich an dem anderen Beispiel des Netzwerkes der europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte, wo meine Vision lange Zeit war, so ein Entwicklungsmodell ähnlich wie das des Europäischen Umweltbüros auch für das Netzwerk der Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte zu entwickeln. Also dass im Prinzip es irgendwann eine europäische Geschäftsstelle gibt, die auch die Vertrauensbasis und das Mandat hat der einzelnen nationalen Räte dann auch politisch aktiv zu werden auf der europäischen Ebene. Bei EEAC ist das nicht gelungen. Nach 20 Jahren würde ich sagen das Projekt ist gescheitert.</p>
00:36:40	00:38:30	<p>Langsdorf: Aber da wird noch dran gearbeitet. Es gibt / Hey: Nein, dieses Projekt, EEAC als politischer Akteur, ist gescheitert. EEAC bleibt ein Netzwerk. Als Netzwerk ist es auch nach wie vor interessant, also als Netzwerk, das ein Wissens- und Erfahrungsaustausch organisiert unter den Mitgliedsverbänden, aber es hat den qualitativen Schritt vom Netzwerk zum Akteur nicht hinbekommen und wird es auch absehbar nicht hinbekommen. Langsdorf: Eigentlich interessant, weil man sollte ja meinen, es gibt ja weniger Nachhaltigkeitsräte als es, also als es europäische Mitglieder unter dem Dachverband gibt. Also man sollte meinen, dass man sozusagen mit weniger Mitgliedern leichter auf eine Position kommt. Oder man sollte kaum glauben, dass man mit 140 Mitgliedern eine schlagkräftige Position sozusagen einnehmen kann. Hey: Na gut, da gibt es verschiedene Faktoren. Das eine ist, das Europäische Umweltbüro lebt ja nicht von den Mitgliedsbeiträgen alleine, sondern lebt auch von der Finanzierung der Europäischen Kommission, aber auch von der Finanzierung einzelner Mitgliedsstaaten. Durch diese projektbezogene Finanzierung entsteht aber so etwas wie ein größerer institutioneller Kern, während bei EEAC das Sekretariat ausschließlich durch die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder finanziert worden ist und deshalb strukturell immer klein geblieben ist, eine weitere Finanzierungsquelle, die dann auch die Geschäftsstelle in Brüssel gestärkt hätte, nicht gelungen ist. Unter anderem wahrscheinlich auch deshalb, weil die Europäische Kommission so ein europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsrat in dieser Weise nicht wollte.</p>
00:38:30	00:41:29	<p>Langsdorf: Das ist sehr spannende Diskussion. Allerdings hoffe ich, dass wir die heute Abend noch mal weiterführen können, denn ich fürchte, dass wir sonst zu einer anderen sehr wichtigen / Hey: Frage nicht kommen? Langsdorf: Ja, zu einem anderen sehr wichtigen Bereich gar nicht kommen. Wir haben uns nämlich sozusagen chronologisch zu Ihrer aktuellen Stelle vorgearbeitet. Sie sind seit 2001 Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen. Wir haben heute glücklicherweise auch die Gelegenheit mit Professor Reh binder über die Gründungsgeschichte des SRU zu sprechen. Nichtsdestotrotz, können Sie uns etwas über die Gründungsgeschichte und die ersten Jahre erzählen, was Sie sozusagen im Nachhinein gelernt haben über den SRU? Hey: Über die Gründungsgeschichte. Was ich weiß, dass Ende der 60er Jahre es eine große Untersuchung gab mit der Frage, wie kann die wissenschaftliche Beratung der Umweltpolitik organisiert werden? Was damals die Kommission entwickelt hat, das war so eine Mischung aus Akademie der Wissenschaften und Umweltbundesamt als Konzept. Das heißt im Prinzip ein Netzwerk aller im Umweltbereich arbeitenden Wissenschaftler, unterstützt durch ein sehr starkes Sekretariat und damit eine organisierte Stimme der Wissenschaft als solches. Das war aber offensichtlich ein zu großes Rad und deshalb hat man sich auf eine kleine Lösung dann verständigt und diese kleine Lösung wurde dann der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Der Sachverständigenrat kann nicht glaubwürdig beanspruchen, die Stimme der Wissenschaft zu sein, sondern er ist eine Stimme aus der Wissenschaft. Es werden zwar 7 herausragende Vertreter verschiedener fachlicher Disziplinen in den Rat hereingerufen, die führend sind in dem Umwelteil ihres Faches, ob es jetzt Umweltschutz oder Umweltingenieurwesen oder Ökotoxikologie oder Biologie ist ja sowieso klar, aber die in ihrer Funktion als Experten in den Rat berufen werden, nicht in ihrer Funktion als repräsentative Vertreter ihres Faches.</p>
00:41:29	00:43:18	<p>Hey: Das heißt, hier gibt es durchaus andere Fachmeinungen, die dann im SRU nicht vertreten sind. So muss man es sagen. Die Rolle der Vertretung der Wissenschaft übernehmen eigentlich eher die Wissenschaftsakademien. Auf der anderen Seite hat das dem SRU ermöglicht doch sehr profilierte und sehr klare Äußerungen auch zu entwickeln. Und das Modell des SRU ist ja eigentlich ein außerordentlich fortgeschrittenes. Es ist nicht das Modell einer Politikberatung, das man sich so vorstellt, dass wie in früheren Zeiten der sachverständige Politikberater dem König zur Seite steht bei Findung seiner Entscheidungen, sondern der SRU ist eigentlich relativ modern vor 40 Jahren als</p>

		<p>eine Institution der Gesellschaftsberatung entwickelt worden. Im Mandat steht, er soll zur umweltpolitischen Entscheidungsfindung der Öffentlichkeit und aller Instanzen, die an Umweltpolitik irgendwo mitwirken, beitragen. Das heißt im Wesentlichen soll er nicht nur den Umweltminister und das Umweltministerium beraten, sondern alle Akteure, die irgendwo im Umweltbereich aktiv sind und natürlich auch die breitere Öffentlichkeit. Das heißt der Beratungsweg, der dort gefunden worden ist, ist nicht nur direkte zwischen Umweltweisung und Minister, sondern auch der indirekte über die Gesellschaft und die öffentliche Meinungsbildung.</p>
00:43:18	00:45:08	<p>Langsdorf: Sehr umfassender Anspruch. Hey: Ja. Langsdorf: Wenn sozusagen nicht alle wissenschaftlichen Meinungen vertreten sein können, arbeitet der Sachverständigenrat Umweltfragen auch mit Umweltforschungsinstituten zusammen, um auch andere Meinungen mit einfließen zu lassen in die Berichte? Hey: Also wir haben im Wesentlichen zwei Instrumente externen Sachverstand noch einzubeziehen. Das eine Instrument ist, dass wir ein kleines Forschungsbudget haben und immer wieder auch kleine Gutachten in Auftrag geben. Das sind dann meistens Themen, für die wir selber nicht die Expertise haben und wo wir aber die Expertise benötigen, um unsere Gutachten schreiben zu können. Und da sind auch hin und wieder Forschungsinstitute aus dem Ecornet gefragt worden in den letzten zwanzig Jahren, aber nicht als gezielte Politik, sondern nur wenn die dort verfügbare Expertise die war, die wir benötigt haben. Der andere Weg ist, dass wir im Rahmen unserer Ratssitzungen regelmäßig Anhörungen machen und dort auch immer wieder Experten einladen, die uns dann sozusagen mal aus ihrem Fachwissen etwas erzählen. Da nutzen wir also im Prinzip die Expertise und der dritte Weg, nicht zu vergessen, ist, dass wir die Literatur auswerten und dann natürlich auch alles was aus dem Netzwerk heraus entstanden ist, werten wir systematisch auch aus für unsere Arbeiten. Wir machen ja keine eigene Primärforschung, sondern wir nutzen vorhandenes Wissen, um es dann in unsere Beratungsprodukte umzusetzen.</p>
00:45:08	00:47:38	<p>Langsdorf: Halten Sie diese Art des Institutionengeflechts, wie es momentan existiert, für sinnvoll oder / also gerade, inwieweit Forschung und dann letztlich staatliches Handeln zusammenkommen, wie das organisiert ist in Deutschland, ist das sinnvoll so oder ist das verbesserungswürdig? Hey: Ich habe mal an einer Diskussion mitgemacht, wo es Bestrebungen gab in irgendeiner Weise eine ideale Konstruktion des Ganzen zu entwickeln. Ich habe nur das Gefühl, das ist ein bisschen realitätsfremd. Wir haben hier einen breiten Marktplatz im Prinzip von Instituten und Beratern, die jeweils einen Teil einer Marktnische besetzen, teilweise auch überlappende Aktivitäten haben. Ich habe aber inzwischen so den Eindruck, so ein bisschen Redundanz in dem System macht das ganze System resilienter. Man könnte natürlich das Ganze aus Effizienzgesichtspunkten optimieren, indem man einfach sagt "OK, Institut A ist spezialisiert auf Nische A, Institut B auf Nische B" und so weiter und so fort, und dann haben wir im Prinzip den gesamten Beratungsraum optimal mit minimalen Überschneidungen, minimalen Redundanzen organisiert, ich glaube aber so ein planwirtschaftlicher Ansatz wird überhaupt nicht funktionieren. Also insofern denke ich, sollte man diese Vielfalt und auch die Überschneidungen als Ressource auch nutzen. Das Spannende ist natürlich dann, wenn unterschiedliche Netzwerke, Institutionen dann letztendlich auf unterschiedlichen Wegen doch zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Dann wird das Ganze ja auch robust. Und mir scheint in einer Demokratie kommt es nicht immer nur darauf an, die Wahrheit zu finden, sondern es kommt immer darauf an, Mehrheiten zu finden und das heißt, dass die selbe Wahrheit von ganz vielen Leuten verbreitet wird und jede hat irgendwie ihre Community, die dann diese Wahrheit für sich übernimmt. Insofern ist Redundanz in der Demokratie eher was Gutes, was Notwendiges, als etwas Störendes.</p>
00:47:38	00:50:02	<p>Langsdorf: Also ich höre insgesamt eher Zufriedenheit mit der Art, wie das in Deutschland organisiert ist. Hey: Es ist ja nicht richtig organisiert. Insofern würde ich dann auch nicht sagen / Ich würde sagen dieses bunte Bild ist möglicherweise ein Innovations- und Veränderungsfaktor. Und ich kann mir vorstellen, wenn man das Ganze <i>streamlined</i>, zentralisiert, versucht zu steuern, dass dann dadurch auch ein Stück weit Innovationskraft des gesamten Beratungssektors verloren geht. Langsdorf: Verstehe. Hat sich die Arbeit des Sachverständigenrats für Umweltfragen in der Zeit, in der Sie jetzt selbst dabei sind, geändert? Gibt es Phasen, in denen der Rat mehr oder weniger Einfluss hat? Hey: Ich würde mal sagen, es gibt nicht Phasen, wo der Rat mehr oder minder Einfluss hat, sondern es gibt Konstellationen, in denen der Rat mehr oder weniger Einfluss hat. Eine Konstellation, wo er wenig Einfluss hat, ist, wenn umweltferne Akteure umweltrelevante Entscheidungen treffen von großer Tragweite und der Sachverständigenrat den Finger hebt und sagt "passt doch mal bitte auf, was ihr da umweltmäßig anrichtet". Also je weiter die</p>

		entscheidenden Akteure weg sind aus dem Kernbereich der Umweltpolitik, desto schwieriger ist es für den SRU sie zu erreichen. Um ein Beispiel zu nennen, ein großes Beispiel ist die Föderalismusreform. Die Föderalismusreform war ein Politikpaket zwischen Akteuren, die eigentlich für die Umwelt nebensächlich waren. Aber die Föderalismusreform als solche hatte enorme Auswirkungen auf die Institutionen der Umweltpolitik, indem letztendlich / nein, ich gehe jetzt nicht in die fachlichen Details rein. Da war es für den SRU schwierig Einfluss zu nehmen.
00:50:02	00:51:59	Hey: Auf der anderen Seite in einer Konstellation, in der vielleicht Interessen vielleicht noch nicht so ganz festgeklopft ist, wo es eine Offenheit in der Meinungsbildung gibt und wo eine Reihe von glücklichen Zufällen, würde ich mal sagen, zusammenkommen, da kann der Rat der SRU sehr, sehr viel bewirken. Wahrscheinlich das schönste Beispiel ist, dass wir 6 Wochen vor Fukushima ein Gutachten veröffentlicht haben mit dem Titel "100 Prozent erneuerbare Stromversorgung". Und wenige Monate nach Fukushima hat dann die Bundesregierung ja den Atomausstieg erneut bestätigt, würde ich sagen, der schon vorher beschlossen worden ist und hat auch dort sich bekannt im Prinzip zu dem Zielsystem der Energiewende. Ich glaube, die Verfügbarkeit von Studien wie die des SRU, die gezeigt haben, ein Übergang zu einer vollständig erneuerbaren Stromversorgung ist in einem Industrieland wie Deutschland möglich, vereinbar mit anderen energiepolitischen Zielen, das hat sicherlich dazu ermutigt, dass die Bundesregierung so eine weitreichende Weichenstellung auch getroffen hat. Wir waren natürlich nicht die einzigen Akteure, wir waren auch nicht die ausschlaggebenden Akteure, aber wir waren Teil einer Gesamtkonstellation, die für so eine Entscheidung günstig war. Und in solchen günstigen Konstellationen kann der Sachverständigenrat für Umweltfragen wirksam sein. Aber ich würde nicht sagen, dass das früher mal besser war als heute oder umgekehrt. Das ist sehr konstellationsabhängig.
00:51:59	00:52:47	Langsdorf: Also es kommt immer auf den genauen Moment in der Geschichte an sozusagen, was da zusammengreift, verstehe. Hey: Also wir haben auch Erfahrungen gemacht, dass wir zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas gesagt haben, niemand hat darauf gehört und 5 Jahre später haben wir es noch mal gesagt und da war die Zeit reif dafür und es ist was passiert. Also das bestätigt eigentlich so die These, es kommt auf die richtige Konstellation drauf an. Langsdorf: Ja und weil man natürlich auch nie alle Elemente des Diskurses erkennen kann, wenn man sozusagen in dieser Situation steckt. Hey: Ja. Langsdorf: Ja, das müsste mal ein Historiker sich irgendwann mal genau angucken. Wenn man Ihre Karriere mit 2 Worten beschreiben müsste, wäre das Europa und Umwelt? Hey: Könnte man so sagen, ja.
00:52:47	00:56:38	Langsdorf: Wie bewerten Sie die Rolle der EU für die deutsche Umweltpolitik zum einen, und dann für die deutsche Umweltforschung und -beratung? Hey: Also die EU hat in der letzten Dekade zunehmend eine Motorenrolle für die deutsche Umweltpolitik übernommen. Die Zeit, wo Deutschland der Motor der europäischen Umweltpolitik war, ist wohl vorbei. Zumindest zunächst. Und es gibt sehr, sehr viele Beispiele, wo Deutschland sich sehr anstrengen muss, um die europäischen Forderungen einlösen zu können. Die Deutschen haben sehr viele Schwierigkeiten, das verfahrensorientierte, europäische Umweltrecht zu implementieren, das auch, sagen wir mal, sehr stark auf Bürgerrechte setzt, auf die Rechte von Nichtregierungsorganisationen, auf Rechte wie Akteneinsichtsrecht und Verbandsklage. Deutschland hat – wohl wissend, dass das nicht mit dem EU-Vertrag vereinbar war – EU-Richtlinien zu Verbandsklagen umgesetzt, die dann wenige Jahre später wieder verworfen worden sind vom Europäischen Gerichtshof als nicht vereinbar mit dem europäischen Recht. Das passiert immer wieder. Deutschland ist sicherlich auch nicht vorbildlich in Teilen des Gewässerschutzes. Würde mal sagen, dort wo in Deutschland Landwirtschaftsinteressen betroffen sind, stellt man fest, dass Deutschland gleichzeitig enorme Schwierigkeiten hat Umweltauforderungen aus der EU umzusetzen. Stichwort Nitratrichtlinie, Düngerverordnung und so weiter und so fort. Das heißt, hier ist das deutsche Umweltrecht europäisch überformt und der Motor ist sehr stark ein europäischer geworden. Es gibt noch, ich würde mal so sagen, Nischen eines sehr eigenständigen deutschen Umweltpolitikansatzes, wo aber bisher die Europäisierung nicht so richtig gewollt und vorangetrieben worden ist. Das ist zum Beispiel im deutschen Naturschutz. Das Bundesnaturschutzgesetz enthält Instrumente einer flächendeckenden Naturschutzpolitik jenseits bestimmter Naturschutzgebiete, die eigentlich vorbildlich sein könnten für auch europäische Entwicklungen. Die Landschaftsplanung, die Eingriffsregelung, um zwei Beispiele zu nennen. Das ist aber eine deutsche Besonderheit geblieben. Wo Deutschland ein Vorreiter aktuell noch ist, ist das Thema Energiewende, vorantreiben der erneuerbaren Energien. Würde auch sagen mit Einschränkungen der Klimaschutz, aber mit starken

		Einschränkungen. Wenn man sich anschaut, wie sich die deutschen Hersteller von Premium-Fahrzeugen gegen strenge Klimaschutzvorgaben für Automobile wehren, dann ist ja eher eine Bremserrolle auch beobachtbar. Also im Gesamtbild ist die Vorstellung der deutschen Vorreiterrolle in Brüssel brüchig geworden zumindest.
00:56:38	01:00:31	Langsdorf: Also es gibt momentan viele Themen, die eher durch die EU vorangetrieben werden, nicht zwangsläufig nur auf Deutschland begrenzt. Gibt es durch die Dominanz der EU auch Themen, die eigentlich für einzelne Mitgliedsländer interessant wären, aber ein bisschen zurückstecken müssen? Hey: Ich habe die Frage nicht verstanden. Langsdorf: Also es gibt bestimmte Themen, die eher durch die EU vorangetrieben werden und ich könnte mir vorstellen, dass es vielleicht in manchen Ländern eigentlich Themen gibt, die für einzelne Mitgliedsländer sehr wichtig sind. Küstenschutz in Spanien, keine Ahnung, als Beispiel. Gibt es auch diesen Effekt, dass sozusagen Themen ein bisschen zurückgenommen werden von den Mitgliedsländern, weil sie damit beschäftigt sind, europäische Themen voranzutreiben, weil sie müssen? Also gibt es sozusagen auch einen negativen Effekt dieser europäischen Dominanz in dem Feld? Hey: Natürlich ist das Kernprojekt der Europäischen Union der freie Binnenmarkt. Und das heißt, dass nationale Maßnahmen, die den Binnenmarkt gefährden könnten, faktisch verboten sind, auch wenn rechtlich es da hier Spielräume gibt und Offenheiten gibt. Aber faktisch sind sie verboten. Das hat für die skandinavischen Länder ein Problem mit sich gebracht, die eine wesentliche schärfere Anwendung des Vorsorgeprinzips in die Chemikalienpolitik sich vorgestellt haben. Auch in Deutschland hat man viele Bereiche, gerade im Bereich der produktbezogenen Umweltpolitik, wo man mangels europäischer Vorgaben und wegen des Binnenmarkts eher mal eine Weile auf Selbstverpflichtungen aufgesprungen ist – Recyclingvorschriften für Autos, für Elektronikschrott, für Batterien und Ähnliches – bis ein wirksames europäisches Recht entstanden ist. Also insofern ist der Binnenmarkt so etwas wie ein Filter für die nationale Umweltpolitik und wir haben ja jetzt eine ganz brisante Situation, wo die Prinzipien des freien Binnenmarktes auch auf die Förderung der erneuerbaren Energien angewandt werden sollen. Und wenn die Pläne des Wettbewerbskommissars Wirklichkeit werden, dann bedeutet dass das Ende der Förderung der erneuerbaren Energien, wie er eine Erfolgsgeschichte in den letzten 15 Jahren in Deutschland war. Das ist ein ganz massiver Eingriff in die nationale Souveränität bei der Energieträgerwahl. Es wäre sicherlich auch eins der größten Brüche, wo europäische Politikprinzipien eine national-ökologisch motivierte Politik ausbremsen und blockieren würden, wenn es so kommen würde wie geplant. Was ich gerade heute wahrgenommen habe ist, Deutschland entwickelt gerade mit anderen Ländern eine Allianz der Länder, die das gleichermaßen als ein Eingriff in ihre nationalen Souveränitätsrechte wahrnehmen und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Europäische Kommission nicht auf den geballten Widerstand von Deutschland, Frankreich und Großbritannien reagiert.
01:00:31	01:02:33	Langsdorf: Und die Rolle der EU für die Umweltforschung und -beratung, wie würden Sie die einschätzen? Hey: Es gibt ja zwei Kanäle. Das eine ist das Forschungsrahmenprogramm, das andere ist die Forschungsaktivitäten, die im Kontext der Umweltrechtsentwicklung immer in Gang gesetzt werden. Ich glaube, dass die europäische Umweltpolitik außerordentlich wissensintensiv ist, dass die Kultur der <i>Impact Assessments</i> , der Wirkungsprüfungen sehr ausgeprägt ist und sehr sorgfältig vorangetrieben wird und dass dafür auch ein ganz erheblicher Forschungsaufwand notwendig ist, an dem im Prinzip auch Forschungsinstitute immer profitieren können. Die Forschung im Rahmen der Forschungsrahmenprogramme scheint mir insofern schwierig zu sein, weil die letztendlich auf Großforschungseinrichtungen ausgerichtet ist, auf universitäre Einrichtungen und auf nationale Ko-Finanzierungen. Läuft also, wenn man an solchen Programmen partizipieren will als ein privates Institut auf die Schwierigkeit hinaus, entweder betreibt man Selbstausschüttung, indem man nur die eine Hälfte der Finanzierung, aber wie gesagt ganze Arbeit macht oder aber dass man tatsächlich einen nationalen Ko-Finanzierer findet und das ist für Nichtuniversitätsinstitute und für nichtstaatliche Großforschungseinrichtungen außerordentlich schwierig. Trotzdem gelingt es immer wieder.
01:02:33	01:04:00	Langsdorf: Würden Sie sich auf der europäischen Ebene oder in der Zusammenarbeit sozusagen der nationalen und der europäischen Ebene in diesem Bereich Veränderungen wünschen und wenn ja, welche? Hey: Ich finde es ist wichtig anzuerkennen, dass solche private Umweltforschung eine wichtige Rolle spielt, ein wichtiger Innovationsfaktor ist und dass deshalb die Forschungsprogrammierung der Europäischen Kommission doch auf die Besonderheiten dieser Institute wesentlich stärker Rücksicht nimmt als bisher der Fall ist, sodass sie eine größere Chance

		haben an den Forschungsprogrammen zu partizipieren, als sie es bisher getan haben. Langsdorf: Natürlich ein Wunsch ganz in unserem Sinne. Wir müssen leider zum Abschluss unseres Gesprächs kommen. Gibt es noch etwas, das ich nicht gefragt habe? Wir haben relativ viel Boden bereitet, aber gibt es einen bestimmten Bereich, irgendwas was ich nicht gefragt habe in diesem Feld, was Sie eigentlich als besonders wichtig erachten würden? Hey: Es gibt es bestimmt, aber mir fällt es jetzt nicht ein. Langsdorf: Umso besser. Dann müssen wir das heute Abend durchsprechen. Sehr verehrter Doktor Hey, herzlichen Dank für Ihre Einsichten, Ihre Gedanken und dass Sie sich heute die Zeit für unser Interview genommen haben. Es hat richtig Spaß gemacht. Hey: Ich fand es auch sehr spannend.
--	--	---

Interview mit Dr. Ulrich Höpfner, Mitbegründer und ehemaliger Geschäftsführer Institut für Energie- und Umweltforschung

Interviewt durch: Matthias Duwe; Head, Climate; Ecologic Institut

Datum: 29. Mai 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Höpfner, Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29. Mai 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:15	00:01:22	Duwe: Herzlich Willkommen Dr. Ulrich Höpfner. Höpfner: Vielen Dank für die Einladung! Duwe: Es freut mich sehr, dass Sie da sind heute für einen Interviewbeitrag zum Projekt "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", in dem das Ecologic Institut untersuchen möchte, wie die Geschichte der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland von Statten gegangen ist. Wir haben gemerkt, dass dazu wenig an historischem Material und geschriebene Geschichte bisher existiert. Sie sind Mitbegründer des Instituts für Energie- und Umweltforschung IFEU in Heidelberg, Sie waren Vorstandssprecher, Sie waren auch Geschäftsführer in Ihrer Zeit. In über 30 Jahren am IFEU sind Sie in den verschiedensten Positionen dort gestalterisch tätig gewesen. Wir hoffen heute von Ihnen einen guten Teil Ihrer Erfahrungen, Ihrer Erkenntnisse mitnehmen zu können für die Oral History zur wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung.
00:01:22	00:04:09	Duwe: Bevor wir den Blick nach hinten werfen, würde ich gerne kurz in der Gegenwart verweilen. Sie sind über die letzten Jahrzehnte zu einem von Deutschlands anerkannten Experten im Bereich Verkehrspolitik geworden und mich würde interessieren, was Sie im Moment an Themen in diesem Bereich besonders umtreibt von diesen Themen. Höpfner: Die Themen, die jetzt momentan pressegängig sind, sind ja einmal alte Themen wie Tempo 120 – vorher hieß es 100 – und sind ganz neue Themen wie Elektromobilität. Mit beiden verbindet mich persönlich eine extrem heftige und intensive Geschichte. Tempo 120, damals Tempo 100 war praktisch der Start des von mir dann begründeten Fachbereichs in das Thema Verkehr und Umwelt. 1983 war meine erste Anhörung im Deutschen Bundestag und das war für mich als junger Wissenschaftler natürlich wirklich der Sprung ins kalte Wasser. Ich dachte, da sind die ganzen Koryphäen der Nation, ich als junger Wissenschaftler – gut, natürlich, wir hatten die Universität und viele andere Sachen schon hinter uns, so ganz jung waren wir nicht – aber ich als auf diesem Gebiet relativ junger Wissenschaftler musste gegen die Koryphäen der deutschen Forschung antreten zum Thema Tempolimit in einer Anhörung und es war eine erstaunliche Erfahrung die Herren, die da damals da waren, waren schon so hoch in ihrem Niveau, in ihrer Position in ihren Institution, dass sie schon wiederum von dem Basiswissen abgekoppelt waren, sprich, ich, der ich mehrere Monate intensiv darauf gearbeitet hatte, war weiter im Basiswissen als die und das war eine erstaunlich Erkenntnis. Wir jungen Wissenschaftler konnten den Alten diesbezüglich mindestens das Wasser reichen. Elektromobilität, das ist heute oder gerade gestern hier in Berlin in aller Munde gewesen, war ein

		<p>Thema, das wir so ab den 90er Jahren gemacht haben, wo wir damals für das Forschungsministerium eine große Studie gemacht haben – der Rügengroßversuch – auch wieder ein Großversuch wie beim Tempolimit und der Rügenversuch führte dazu, dass wir die Begleitung der Elektromobilität aus Umweltsicht machen konnten und große Erfahrungen hatten, was das IFEU heute tatsächlich noch macht oder wieder macht nach dem es zwischen 2000 und 2008 eine gewisse Sendepause gab zugunsten der Wasserstoffelektromobilität, die wir aus unserer Sicht immer recht skeptisch sahen und da, wie mit manchen anderen Dingen, hatten wir Recht behalten, die Wasserstoffmobilität ist nicht tot, aber sie ist weiterhin sehr gering während die Elektromobilität noch nicht so blüht wie es sein könnte, aber sie wird blühen, weil es genug gute Gründe aus ökologischer Sicht gibt es zu tun. Duwe: Vielen Dank.</p>
00:04:09	00:06:34	<p>Duwe: Ich würde gerne den Blick dann noch weiter in die Vergangenheit werfen als Sie das gerade in ihren ersten Rückblicken getan haben und Sie fragen, wo sehen Sie aus Ihrer Perspektive die Anfänge der Umweltpolitik und des Umweltbewusstseins in Deutschland? Höpfner: Umweltbewusstsein ist das eine, Umweltpolitik das zweite. Umweltbewusstsein hat sich in der Studentenbewegung, aus meiner Sicht, der ich in der Studentenbewegung intensiv teilgenommen habe, ich war in den Universitäten mehrfach Vertreter der Studenten und hab auch später in der Position als Pressereferent der neuen Universität Oldenburg auch sehr stark das Thema beobachtet, also das Thema der 68er. In den 68ern war aus meiner persönlichen Heidelberger Erfahrung das Thema Umwelt kein Thema, ganz klar. Wir machten sogar Aktionen gegen den öffentlichen Nahverkehr mit Rote-Punkt-Aktionen und sowas, weil die erhöht haben, haben wir sie gezwungen, in dem wir mit den Autos gefahren sind, sofern man sie hatte, und dann Pendeldienste eingerichtet haben. Also das war nicht so ökologisch motiviert, sondern es war damals einfach preislich motiviert und Umwelt spielte damals keine Rolle. Umweltbewegung theoretisch wurde sicherlich international vor Deutschland geprägt durch das berühmte Meadows "Grenzen des Wachstums". Auch die Umweltbewegung im Umweltbundesamt, was es damals auch noch nicht gab, oder im Innenministerium, wo dann glaub ich erst 1971/72 die erste Abteilung eingerichtet wurde die sich mit dem Thema Umwelt beschäftigte, das kam alles ganz langsam erst. Für mich persönlich war 1975 eigentlich das Jahr, 1975, wo dann im Rahmen der Kernkraftdiskussion die Skepsis begann, die Skepsis gegenüber der Kernenergie, die uns in der Schule noch als das <i>non plus ultra</i> verkauft wurde und alle Parteien es damals glaubten – also Mitte der 60er Jahre – und da kam eine gewisse Skepsis, kann denn diese Kernenergie das halten, was sie verspricht und das war für mich persönlich und dann auch später für das IFEU eigentlich die Wurzel der Umweltbewegung.</p>
00:06:36	00:09:21	<p>Duwe: In diesem Feld, in dem sich sowohl in den Regierungsinstitutionen etwas bewegt und das Thema institutionalisiert wird durch die Gründung von Umweltbundesamt oder auch dem Sachverständigenrat für Umweltfragen zu dem Zeitpunkt, da gibt es schon im Grunde dann Politikberatung von staatlicher Seite. Wo sehen Sie und wo verorten Sie die Anfänge der wissenschaftsbasierten Politikberatung für Umwelt, die außerhalb der staatlichen Institutionen liegt. Höpfner: Die Skepsis der Bürger und die Angst der Bürger. Man kann das im Falle IFEU eindeutig verorten. Im Falle IFEU gab es vorher eine Arbeitsgemeinschaft an der Universität, später dann auch in diesem gleichen Kontext das Tutorium Umweltschutz. Das waren Studenten oder Doktoranden, Diplomanden und Doktoranden, die sich mit dem Thema Umwelt zunehmend beschäftigten, getriggert damals durch Dieter Teufel, der wirklich am Anfang der junge Biologe war, der sehr stark sich für das Thema Umwelt interessierte und Dieter Teufel hat uns in den anderen Wissenschaften irgendwann kennengelernt. Das gab dann das Netzwerk so nach dem Motto du hast doch in der Umweltbewegung damals dich schon politisch engagiert, in der Studentenbewegung politisch engagiert, willst du dich nicht auch mal umweltpolitisch engagieren, das ist doch eine interessante Fragestellung. Und so hat man das Netzwerk von früher was man noch hatte aus der Studentenzeit ein bisschen geknüpft während der Promotion, die bei einigen damals stattfanden. Und die Fragen der Bürger, ist so ein Kernkraftwerk das in Wyhl gebaut worden wäre, ist das wirklich risikolos, ist das für uns gut oder schlecht und weshalb, weshalb ist es schlecht oder weshalb ist es gut, die Skepsis der Bürger, die führte dazu, dass an uns junge Wissenschaftler, die wir mit diesem Thema Kernenergie ansonsten wissenschaftlich bisher nichts zu tun hatten, dass an uns Wissenschaftler die Frage gestellt wurde, ihr müsst doch wenn ihr das schon studiert habt wissen, wie es richtig ist. Wussten wir natürlich nicht, aber wir hatten natürlich das Instrumentarium gelernt, klar, meistens Chemiker, Biologen, Physiker, hatten das</p>

		Instrumentarium gelernt und mit diesem Instrumentarium waren wir natürlich prinzipiell in der Lage zu schauen was im Thema Kernenergie von den Behauptungen stimmte oder was wir kritisch anders sahen. Und das lässt sich eindeutig an den Personen, an den Themen und auch an der Anfangsgeschichte des IFEU verorten. Das war der Kern eines wissenschaftlichen Instituts, damals wie gesagt zuerst noch als universitäre Gruppe.
00:09:22	00:10:36	Duwe: Diese Informationslücke, die konnte also nicht durch die bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen oder staatliche Institutionen gefüllt werden zu dem Zeitpunkt? Höpfner: Die staatlichen Institutionen waren sämtlich starke Befürworter der Kernenergie und hatten entweder in ihren Köpfen oder verordnet, weiß man ja nicht, hatten die Kritik an der Kernenergie, auch die konstruktive Kritik an der Kernenergie, sie hätten ja nicht eine grundsätzliche machen können, aber die Kernenergie besser machen können, diese Gutachten besser machen können, die hatten sie nicht drauf, die hatten sie nicht verinnerlicht. Das heißt diese Feld lag brach. Und diejenigen, die im Rahmen der Kernenergiegremien oder -behörden oder -institutionen ein bisschen kritischer waren, konnten sich und durften sich nicht äußern. Das führte später ja dazu, dass wir teilweise von den Menschen Informationen, teilweise anonym, teilweise wussten wir wer es ist, gesteckt bekamen, die uns praktisch auch halfen auf eine bestimmte, kritische Fährte zu gehen. Also es war nicht nur so, dass es ein Monolith war, aber zumindest war die damalige Wissenschaft monolithisch so stark für Kernenergie, dass sie auch Kritik in ihren Reihen nicht duldeten.
00:10:37	00:13:13	Duwe: Wo findet denn jetzt der Bruch mit der Institution Universität Heidelberg statt oder gibt es überhaupt einen Bruch – anders gefragt, wann wird aus dem Tutorium Umweltschutz das Institut für Energie- und Umweltforschung und weshalb findet das nicht weiter innerhalb der Universität statt, sondern muss eigenständig gegründet werden? Höpfner: Das Tutorium Umweltschutz an der Universität Heidelberg war eine lockere Gruppe von jungen Wissenschaftlern, nur mit ganz wenig Geld, den Tutorengeldern eben, interessanterweise von der VW-Stiftung und durch auch Professoren der Biologie an der Universität Heidelberg unterstützt. Also das Tutorium Umweltschutz war eine Gruppe die sich freiwillig gelegentlich traf. Das Tutorium Umweltschutz konnte aber natürlich auf viele Unterstützer zurückgreifen und deswegen war es möglich, dass wir dort als Tutorium Umweltschutz Gutachten veröffentlichten. Das erste Gutachten war tatsächlich zum Kernkraftwerk Wyhl und das Gutachten beschäftigte sich mit der Radioökologie. Die Radioökologie ist letztlich der Übergang von den Emissionen aus den Kernkraftwerken, von den radioaktiven Emissionen aus den Kernkraftwerken, in die Nahrungskette des Menschen, wie es also auf den Menschen auswirkt. Das ist Radioökologie. Das heißt mit anderen Worten, wir versuchten damals nachzuvollziehen, wie denn die offiziellen Gutachten, die für die Genehmigung gemacht wurden, wie die zustande kamen und fanden, das ist nicht ungewöhnlich, und fanden relativ bald viele Fehler. Die Einfachheit dieser Fehler, manchmal muss man sagen die wissenschaftliche Dummheit, ließ uns natürlich hellhörig werden und die Summation dieser Fehler führte dazu das letztlich, das ist jetzt ein bisschen nach vorne gegriffen, bei Wyhl der Grenzwert der Emissionen, nicht der Grenzwert, sondern die Emissionen 10-mal höher angesetzt werden mussten als sie ursprünglich berechnet wurden. Hatte natürlich eine irre Konsequenz, Wyhl musste damals in den Unterlagen nachgerüstet werden, also die Kernkraft wurde durch uns – muss ich klar so sagen – ganz brutal teurer. Also im Fall Wyhl wurde ja gar nicht gebaut, da war der Protest der Anwohner, der potenziellen Anwohner, dieser Anlage dann ja so groß, dass das ganze Kernkraftwerk nicht zustande kam.
00:13:13	00:15:55	Sie fragten wie aus, aus dem Tutorium Umweltschutz das IFEU wurde. Dieses Gutachten, was wir zu Wyhl machten, war so erfolgreich, national und später sogar international – <i>the Heidelberg Report</i> hieß es damals – also dieses Gutachten war so erfolgreich, dass es überall hieß die Universität Heidelberg hat gesagt, dass... Wissenschaftler der Universität Heidelberg haben gesagt, dass... Die Kernenergie ist in Wirklichkeit nicht so umweltverträglich wie sie behauptet wurde, hat die Universität Heidelberg gesagt. Das heißt die Universität Heidelberg, damals mit einem sehr konservativen Rektorat ausgestattet, hatte natürlich permanent damit zu tun, sich zu distanzieren von einem studentisch, diplomantischen, doktorantischen Tutorium zu distanzieren von jungen Leuten, die natürlich irgendwo im Job mit der Universität Heidelberg standen, aber nicht die Universität Heidelberg waren, ist ja klar. Die Presse hat das damals verkürzt und uns war das natürlich sehr recht, weil damals das Mittel um in die Öffentlichkeit zu kommen, die Presse war. Wir hatten ja keine andere Möglichkeit. Die Presse ging bei uns in der Tat, vergleichsweise zu später, ein und aus. Wir hatten überall Journalisten, die interessiert waren an solchen Neuigkeiten, weil das Thema brach lag. Noch einmal: Die Öffentlichkeit war bisher mit kernenergiekritischen

		<p>Argumenten nicht konfrontiert worden, das war der Grund – nicht weil wir gut waren, sondern weil die Kritik an der Kernenergie bisher gesellschaftlich nicht stattgefunden hatte. Das hatte zur Folge, dass also die Presse ein und ausging, wir überall zitiert wurden und immer wieder die Universität Heidelberg in Misskredit – aus ihrer Sicht – geriet. Umgekehrt wollte sie das nicht auf sich beruhen lassen und wollte dieses Tutorium einstampfen. Sie hat uns die üblichen Ordnungsgelder angedroht, falls wir noch weiterhin als Tutorium im Namen der Universität und ähnliche Dinge mehr, es gab dann Prozesse und dieses übliche Zeug. Letztlich gesehen, fanden wir auch dieses Tutorium als nicht belastbar genug, um wissenschaftliche Arbeit machen zu können. Haben uns also entschlossen, außerhalb der Universität eine Institution zu gründen und zu schauen wie kommen wir damit weiter, denn innerhalb der Universität konnten wir nichts machen. Wir hätten nicht ein Gutachten machen können, was ja auch teilweise mit Geldflüssen verbunden ist. Wir hätten diese ganzen Sachen nicht machen können. So hatte die Universitätsspitze uns auf dem juristischen Index. Deswegen war das IFEU zu gründen quasi eine erzwungene Reaktion der Universität Heidelberg. Ob wir es ohne diese Reaktion gemacht hätten, weiß ich nicht. Das wir es gemacht haben war gut.</p>
00:15:56	00:18:56	<p>Duwe: Sie haben also gleichzeitig im Grunde ein interessiertes Medienecho gefunden, mit diesen alternativen Informationen zum Thema Kernenergie, aber gleichzeitig auch Widerstand aus konservativen Kreisen. Woher gab's denn noch Widerstand oder wie hat sich das in der Bilanz dargestellt, war es eher Interesse und hat es wirklich was angestoßen oder wurde stark versucht auch diese Informationen wieder aus der Debatte rauszunehmen oder sie zu diskreditieren?</p> <p>Höpfner: Die gesellschaftliche Diskussion Ende der 70er Jahre, also ab '75bis '80, die Gründungsphase eben des IFEU, die gesellschaftliche Diskussion war ja geprägt "Kernenergiewerke sollen gebaut werden" und "Kernenergie ist skeptisch zu beobachten". Das heißt wir hatten zwei Lager, die für die Kernenergie und das aufkommende, sich stärkende Lager gegen die Kernenergie. Dieses Lager war gleichzeitig auch das Gründungslager der grünen Bewegung. War ja alles zeitgleich. Alle Institutionen, über die wir heute diskutieren, wie das Öko-Institut und das IFEU, das waren damals die beiden größten, wurden '77/'78 gegründet, der Parteitag der Grünen wurde damals gegründet. Das heißt, es gab damals eine große beginnende ökologische Bewegung an dem Nukleus Kernenergie. Andere Themen kamen hinzu, das war später, das ist ganz klar. Aber Kernenergie war der gesellschaftliche Auslöser, das nicht so einfach stehen zu lassen, was von der offiziellen Seite, von Seiten der Industrie oder von Seiten der Forschungszentren – Kernforschungszentrum Karlsruhe war der Name, der damals natürlich auch Programm war, auch Jülich. Also diese ganzen großen Forschungszentren heute, Helmholtz-Zentren, hatten damals das Thema Kernenergie – Schneller Brüter oder ähnliche Dinge – in ihrem Namen und auch in ihrem Programm. Das heißt, wir waren wissenschaftlich gesehen Außenseiter, wissenschaftlich gesehen, gesellschaftlich gesehen aber in dieser Bewegung, die sich kritisch darum kümmerte, deswegen machte uns dieses Außenseiterdasein in der Wissenschaft zwar schon was aus, wir wurden ja auch persönlich verunglimpft, wir wurden nicht eingeladen, wir bekamen keine Aufträge, wir wurden ausgeladen, und ähnliche Dinge mehr, das ist ganz klar. Aber letztlich gesehen war die gesellschaftliche Diskussion, die sich damals auftat, wir Grüne, wir Ökologiebewegung, Gruhl, Anfänge der Ökologiebewegung, war so stark, dass wir das nicht so empfunden haben bzw. sogar mitgetragen wurden. Also auf der einen Seite großer Widerstand in der etablierten Wissenschaft, auf der anderen Seite großes Getragen werden von der neuen ökologischen Bewegung bzw. auch von der Presse, die gesehen haben da ist was nicht in Ordnung und das wirklich begierig aufgegriffen hat.</p>
00:18:57	00:21:41	<p>Duwe: Da habe ich noch zwei Anschlusspunkte: Zum einen haben sie eben schon die Gründung des Öko-Instituts erwähnt, das faktisch parallel zum IFEU gegründet wird. Hatten Sie schon Kontakte gehabt, damals als Gruppe der Heidelberger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die aus dem Tutorium Umweltschutz kamen, zu denen, die dann zur Gründungsgeneration beim Öko-Instituts gehörten haben? Höpfner: Die Wissenschaftler, die sich damals mit dem Thema Kernenergie kritisch beschäftigt haben, waren sehr rar, also wenige. Man kannte sich sofort. Man kannte Helmut Hirsch in Hannover, der die Gruppe Ökologie später gründete, man kannte De Witt und die anderen Rechtsanwälte, die eben in Freiburg arbeiteten. Das heißt es waren wenige Menschen. Und so wie wir hörten, Mitte '76/'77, Öko-Institut, da wollen diese Menschen sich gründen, haben wir Kontakt aufgenommen. Wir haben sogar diskutiert Mitte '77, ob wir IFEU, wir Heidelberger, die noch keinen Namen hatten damals, ob wir uns gründen als Unterstelle oder Nebenstelle von Öko Freiburg. Öko Freiburg hatte schon den Namen, hatte schon die Satzung und</p>

		wir haben das miteinander diskutiert, wollten aber unabhängig sein. Und deswegen haben wir auch ein anderes Konzept gewählt. Wir hatten die Satzung vom Öko-Institut und haben diese Satzung – natürlich positiv, im gegenseitigen Austausch – haben diese Satzung als Basis des IFEU genommen. Aber, das war der Unterschied, wir wollten ja uns einander keine Konkurrenz machen. Wir hatten thematisch so und so leichte Unterschiede, Öko-Institut war mehr auf Reaktorsicherheit und diesen Themen, wir waren mehr auf dieser Radioökologie. Das heißt Öko-Institut macht den Verein auf Mitgliederbasis. Wenn die Mitglieder sich entscheiden sollen, sollen sie Öko-Institut oder IFEU oder sonst wen nehmen, wäre das aus unserer Sicht nicht gut gewesen. Das heißt, wir haben gesagt: Macht ihr euren Verein auf Mitgliederbasis, damit habt ihr natürlich eine andere Infrastrukturnotwendigkeit, aber auch die Möglichkeit des anderen Sponsoring, wir machen unseren Verein auf wenig Mitgliederbasis, sozusagen die Wissenschaftler sind, sind die Mitglieder. Und das haben wir auch praktisch durchgezogen, diese Trennung. Öko-Institut hat deswegen im Laufe der Jahre viele 1000 Mitglieder gehabt, IFEU hat praktisch wenige formale Mitglieder gehabt, meistens waren es nur die Mitarbeiter. Das ging juristisch, war auch korrekt, beide waren gemeinnützig. Und das Öko-Institut hatte die Juristen, die die gute Satzung ausgearbeitet haben. Das passte also alles. Deswegen sind IFEU und Öko-Institut anders konstruiert, beide aber als gemeinnützige e.V.s.
00:21:42	00:24:22	Duwe: Auf diese Parallelitäten und diese Zusammenhänge würde ich gerne nochmal zurückkommen. Ein Punkt etwas später, aber vielleicht sofern sie das noch ins Gedächtnis rufen können oder daran beteiligt war, noch detaillierter. Denn in dem Wenigen was an geschriebener Geschichte dafür besteht, wird für's IFEU explizit festgehalten, dass im Grunde das Institut gegründet wurde schon im Herbst '77, dass aber dann die formelle Eintragung zum e.V. erst 1978 erfolgt ist. Soweit ich weiß, ist auch das radioökologische Gutachten zu Wyhl erst 1978 erschienen, aber die Öko-Institutsgründung, die fällt auch ins Ende 1977. Da ist es nicht eindeutig geklärt letztendlich, wer denn nun hier zuerst oder als Zweiter da gewesen wäre, es geht auch nicht darum, dass das in irgendeiner Form ein Wettbewerb gewesen wäre, aber nur die Frage können sie die Sequenz der Ereignisse für mich noch detaillierter machen? Höpfner: Das Tutorium Umweltschutz stand Mitte '77 natürlich unter besonderer Beobachtung der Universität. Auch wenn das Gutachten zu Wyhl erst Anfang '78 veröffentlicht wurde, waren ja vorher schon zahlreiche Presseerklärungen, zahlreiche Stellungnahmen, kleinere wissenschaftlich Stellungnahmen waren natürlich schon publiziert. Das heißt das Wort "die Universität Heidelberg hat was gegen das Kernkraftwerk Wyhl gesagt", das war schon in aller publizistischer Munde. Demzufolge merkten wir, der Druck der Universität wird immer größer. Die Kollegen in Freiburg, die wir kannten, hatten Mitte '77 ihre Satzung schon ausgearbeitet und waren in dem Vereinsgründungsprozess schon sehr weit. Wir in Heidelberg fanden so eine Vereins- und damit Institutsgründung als sehr vernünftig, hatten aber unter uns unsere Probleme. Einige wollten in dem Tutorium Umweltschutz bleiben, andere, da zähle ich dazu, hatten von vornerein gesagt, entweder fahren wir zweigleisig und wenn uns die Universität das Tutorium wegnimmt und uns zu sehr stranguliert, haben wir auf jeden Fall die andere Institution IFEU und wir haben zudem eine Möglichkeit das vielleicht auszubauen. Wir wussten ja alle damals nicht was passiert, aus dieser zarten Pflanze. Wir waren alle halbtags bei der Universität angestellt, zu Promotionszwecken die meisten. Wir wussten natürlich überhaupt nicht, was wird mit uns später, was arbeiten wir später, wollen wir in diesem Bereich arbeiten, geht das überhaupt. Das war alles einfach mal der Versuch eine Organisation zu gründen.
00:24:23	00:26:16	Deshalb hat sich das Öko-Institut Ende '77 gegründet und ist deswegen das erste ökologische Forschungsinstitut als e. V. IFEU hat sich intern auch Ende '77, paar Wochen später, gegründet, aber die Uni Heidelberg hat das geblockt. Die Universität Heidelberg hat gesagt, es geht nicht, dass ein Institut für Umweltforschung in dieser Stadt sich etabliert. Dann fingen diese großen Diskussionen an, ich habe auch gesagt "Es gibt ein Institut für Graphologie, und es gibt ein Institut für Kosmetik auch in einer Universitätsstadt", waren also nette Geschichten, die wir mit der Universität aushandelten oder auch etwas schärfer auskämpften. Letztlich war es so, dass die Universität uns gezwungen hat vor den Namen "Institut für Energie- und Umweltforschung" das Akronym IFEU zusetzten. Seit der Zeit haben wir diese Abkürzung I F E U – IFEU, davor war der Druck der Universität, sonst wäre das gesetzlich im Finanzamt Heidelberg, das muss ja einem gemeinnützigen Verein zustimmen, nicht durchgegangen. Deshalb hat sich der ganze Prozess verzögert bis April '78, und dann gab's nochmal 'nen Nachschlag seitens der Universität, sodass es letztlich glaub ich die Eintragung im Juli 1978 erst war. Deswegen ist diese Gründungsphase IFEU etwas länger als die des Öko-Institut, wie gesagt, weil wir das Akronym davor machen mussten und

		die Universität das gemacht hatte. Und es war gut so, dass wir das IFEU gegründet haben, denn das Wyhl-Gutachten hat dann endgültig die Universität zu einer ganz scharfen Form der Reaktion – eben wie gesagt einer Unterlassungsklage – veranlasst. Wir hatten die Möglichkeit Gutachten fortan außerhalb des Tutoriums Umweltschutz zu machen, in diesem IFEU-Institut, und haben davon rege Gebrauch gemacht.
00:26:17	00:28:24	Duwe: Sie haben vorhin kurz gesagt, dass beim Öko-Institut auch noch die Juristen waren, die sich mit dem Thema beschäftigt habe, nun ist es schon öfter gefallen, dass Sie sich ja auch mit der Universität haben gerichtlich auseinandersetzen müssen und vielleicht auch noch gegenüber anderen Parteien. Wie wurde das finanziert oder sind das auch Kommilitoninnen und Kommilitonen gewesen, die sich da engagiert haben? Höpfner: Wenn eine gesellschaftliche Bewegung, wie sie damals begann, sich formiert, gibt es das Prinzip der Solidarität. Das heißt mit anderen Worten, wenn wir einen juristischen Angriff der Universität auszuhalten hatten, dann gab es einige etablierte Juristen, die sagten, ja, ihr macht 'ne gute Sache, wir machen das für euch kostenlos. So hatten wir dann in Heidelberg einige Juristen, die gut dabei waren, die alle diese Unterlassungsklagen erfolgreich dann durchgekriegt haben, also teilweise wurde gegen uns geklagt, oder dass die Schweizerin, Professorin, Fritz-Niggli dann gesagt hat "das sind wissenschaftlich Kriminelle um den ehemaligen Studenten Dieter Teufel" – der Name Teufel war allen noch als irgendwas teuflisches, aus der Kommunardendiskussion im Hintergrund, dabei hieß der Herr – wie auch Erwin Teufel später, der hieß einfach mit Nachnamen Teufel, der ja in Baden-Württemberg sehr häufig ist. Also alle solche Anfeindungen uns gegenüber wurden dann durch diese sehr hilfreichen Juristen letztlich gesehen eingedämmt. Man hat sie zurück genommen, man hat sich entschuldigt und ähnliche Dinge mehr. War für uns am Anfang immer problematisch, denn wenn man einen Unterlassungsbescheid bekommt, wo dann 500.000 DM drin steht und man weiß nicht ganz genau, dass das die berühmte Höchstgrenze ist, sondern das heißt immer Unterlassungsklage 500.000 DM, dann weiß man natürlich nicht, soll man in den Boden versinken, soll man zukünftig kein Wort mehr sagen, was darf man sagen. Da waren die Juristen sehr hilfreich uns gegenüber, wie gesagt, das Solidaritätsprinzip, wir hatten ja auch kein Einkommen durch unsere Arbeit, da haben die Juristen auf ihr Einkommen verzichtet. Das war damals sehr gut.
00:28:25	00:30:16	Duwe: Ich fand's sehr interessant, was Sie gesagt haben über auch Ihre persönliche Erfahrung der Verbindung zwischen den Themen und vielleicht den Ideen und den Interessen derer, die sich in der Studentenbewegung engagiert haben, und die dann zum Teil auch in die Umweltbewegung gegangen sind. Sie haben das eben an dem Beispiel gebracht von Dieter Teufel, der sie ansprach, und das ist ja doch ein interessantes Thema, und diese Verbindung gemacht hat. Können sie das nochmal versuchen deutlicher zu machen, nochmal deutlicher zu machen, wo Sie diese Verbindung sehen und worin die besteht. Höpfner: Die Verbindung zwischen der Studentenbewegung und der Ökologiebewegung bestand, was das Tutorium und das IFEU betraf, praktisch nur in meiner Person. Die anderen waren jünger. Die waren also dann ins Studium gekommen, wo praktisch die Heidelberger Studentenbewegung schon ausgelaufen war und das war eigentlich der Hauptgrund. Zwei andere, die eine ganz große Rolle gespielt hatten, waren damals politisch interessiert, aber nicht so wie ich, der ich auch wirklich in Chemie auf der Fachschafts-Fakultätsebene, im Studentenparlament, im großen und kleinen Senat und in ähnlichen Gremien, damals sehr starke, leitende Funktionen hatte. Das hatte mich interessiert, ich hab mich da engagiert, das kam vielleicht aus meiner Schullaufbahn oder sonstigen Dingen. Auf jeden Fall hat es mich nicht kalt gelassen, dort für die Studentenschaft tätig zu sein und das hat mir natürlich später geholfen. Das ist ganz klar, die Art und Weise wie man zusammenfasst, wie man eine Sitzungen leitet, wie man einen Text zusammen macht, über das Wissen als Chemiker hinaus. Als Naturwissenschaftler hätte ich das natürlich nicht gelernt. Aber dieses Wissen, wie man Gruppen organisiert oder so was, das war sicherlich hilfreich.
00:30:17	00:31:57	Duwe: Und auf 'ner gesellschaftlichen Ebene, meinen Sie, dass es sowas wie einen kritischen Geist oder auch überhaupt die Akzeptanz innerhalb der Studentenschaft für auch eine Form von zivilen Ungehorsams, wie sie vielleicht auch diese kritische Forschung sie damals dargestellt hatte, ist das vielleicht auch etwas was seine Basis hatte in dem, was im Rahmen der Studentenbewegung damals gesellschaftlich erstritten worden war? Höpfner: Selbstverständlich, die Studentenbewegung war sicherlich die Basis, die Wurzel oder der Nährboden für die spätere Ökologiebewegung. Denn sie hat natürlich gezeigt, dass Kritik in Deutschland möglich ist. Bei allem, was man an der Studentenbewegung selber kritisieren kann, auch wenn man wie ich sehr intensiv dabei war und selber an sich oder an anderen kritisiert, bei alledem war natürlich damals ein Aufbruchgeist in

		<p>Deutschland spürbar. Und ohne diesen Aufbruchgeist Ende der 68er, nach den 68ern, Anfang der 1970er Jahre, ohne diesen Aufbruchgeist wäre nicht ab '75 solch eine Ökologiebewegung möglich gewesen. Die kam letztlich gesehen daher. Da war natürlich im politischen Raum die RAF und solche Auswüchse, die dann auch leicht die Nähe hätten konstruieren können. Aber aus meiner Erinnerung war diese Nähe doch so wenig und so gering, dass sie schwer konstruierbar war und zumindest in meinem Erleben auch, auch nicht konstruiert wurde. Man hat also uns IFEU nie mit der RAF oder ähnlichen Dingen verglichen, das war wirklich eine andere gesellschaftliche Baustelle und wurde nach meiner Erinnerung damals anders gehandhabt.</p>
00:31:58	00:35:33	<p>Duwe: Sie haben eben schon gesprochen über das Verhältnis zu staatlichen Instanzen und der tradierten, traditionellen Wissenschaft, mich würde interessieren inwiefern sich durch die neuen Impulse, die aus der Arbeit von IFEU und Öko-Institut und anderen Instituten und Wissenschaftlern gekommen sind, die neue und andere Informationen zu diesen Themen gebracht haben, inwiefern sich da auch im Verhältnis zu den staatlichen Institutionen etwas geändert hat? Höpfner: Das Verhältnis von uns zu den staatlichen Institutionen und umgekehrt oder, oder, da war die Frage nicht, die Zielrichtung der Frage... Duwe: Inwiefern hat die Tatsache, dass durch diese neugegründeten, alternativen und kritischen Institute neue Informationen in die Debatte kamen, auch die Reaktionen des Staates auf diese Themen sich geändert? Höpfner: Jetzt retrospektiv, 35 Jahre später, kann man das glaube ich sehr klar beurteilen, was diese wissenschaftliche Ökologiebewegung, die damals durch Öko, durch uns IFEU und durch andere Institutionen – Gruppe Ökologie Hannover, nahm ich zu den ersten dazu, was sie bewirkt hat. Sie hat bewirkt, dass die kritische Wissenschaft, die am Anfang sich an dem Thema Kernenergie festmachte, dann sehr schnell auf andere Bereiche übergang, bei Öko, bei uns, dass diese kritische Wissenschaft erstens akzeptiert werden musste, zweitens dann akzeptiert wurde seitens des Staates, das haben dann am Anfang der Übergang von Alibigutachten, wie wir sie genannt haben, zu wirklich gewünschten Gutachten, der war lange, der ging bis in die 90er Jahre, aber er war da, also seitens des Staates kam plötzlich Akzeptanz und auch Verständnis, da gab's dann später politische Dellen, aber die machten an dem Mainstream der ganzen Sachen, machte die nichts aus, das war das erste, Gutachten wurden vom Alibicharakter zu einem gewünschten Charakter, das war das eine bei der staatlichen Seite. Zum Zweiten wurde die Ökologiebewegung, so pauschal, wie ich sie jetzt bezeichne, Teil dieser Gesellschaft, die Grünen wurden als Partei etabliert, etabliert in die Gremien, etabliert in den Bundestag, bei den anderen Parteien wurde das Parteiprogramm nicht nur formal sondern realiter dann später, akzeptiert oder grüner oder ökologischer. Das heißt sie haben also, dass was wir angefangen haben, in der Ausnahme und in der Außenseitersituation, wurde irgendwann mal gesellschaftlich akzeptiert und Teil dieser Gesellschaft. Und zum Dritten wurden die etablierten Forschungszentren, wurden ebenfalls, weil die Kernenergie als ihr Hauptauftraggeber zunehmend weg brach, auch umformiert, sprich aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe wurde das Forschungszentrum Karlsruhe und jetzt KIT – <i>Karlsruhe Institute of Technology</i> zusammen mit der Universität und da findet Kernenergie entweder nur noch marginal oder gar nicht mehr statt. Alles ein langer Prozess, aber letztlich gesehen waren alle Teile im Laufe der Zeit in eine Richtung oder alle Teile haben sich im Laufe der Zeit in eine Richtung geändert, die heißt mehr Ökologie ist in dieser Gesellschaft vorhanden, in den staatlichen Institutionen, in den Institutionen der Parteien und natürlich in den Institutionen der Forschung.</p>
00:35:34	00:38:52	<p>Duwe: Und diese Reaktion der staatlichen Institutionen auf diese neuen kritischen Stimmen, hat dann doch auch ziemlich schnell stattgefunden, ist das richtig? Also ich sehe zum Beispiel, also ein Beispiel dafür wäre Ihre Berufung in die Enquetekommission im Jahr 1979. Ist das schon Teil der Anerkennung? Höpfner: Der Prozess der Integration der, ich nenn es mal, ökologisch-kritischen und unabhängigen Wissenschaft, ich weiß das sind große Worte, die wir da mal für uns benutzt habe, aber sie hatten damals in der Zeit ihren Sinn, die andere Wissenschaft war wie gesagt industrieabhängig oder in der Universität entweder in Punkten, die gesellschaftlich nicht relevant waren, deswegen konnten wir uns sehr schnell unabhängig und ökologisch orientiert nennen, ohne dass uns jemand diesen Namen streitig gemacht hat oder diese Position. Der Weg dieser Wissenschaft in die etablierte Wissenschaft, in die Anerkennung, war nicht gradlinig und war nicht schnell. Wenn ich 1979 in die Enquetekommission gerufen wurde, dann drehte sich das darum, dass in der Enquetekommission auch Wissenschaftler waren, die kernenergiekritisch waren. Es war sozusagen gute Gepflogenheit, dass die sich dann praktisch auch einen kernenergiekritischen Wissenschaftler aussuchen durften. Es war nicht so, dass die deutsche Regierung oder gar der Staat</p>

		sagt "Hurra, Hurra, jetzt berufen wir den Höpfner mal nach Bonn in diese Kommission!" sondern es war abgetrotzt quasi. Wobei es damals die sozial-liberale Koalition gab, die dann 1982 abgelöst wurde durch die CDU/FDP, die damals das Ruder ziemlich zurück, versuchte wenigstens eine Zeit lang zurückzudrehen. '79/'80 war es immer noch so, dass wir von einer Alibiforschung ausgingen. Wenn wir ein Gutachten als IFEU bekommen haben, dann war es für uns intern immer klar, dass wir es nur bekommen haben, weil diese Regierung, z. B die Landesregierung in Hessen, zeigen will, dass sie auch mit den Kernenergiekritikern reden, dass sie das berücksichtigt, was sie de facto nicht gemacht haben. Aber sie hat nach außen hin gesagt, ja, wir haben ja diese Wissenschaftler beauftragt, damit sie dieses Gutachten für uns machen, damit wir ihre Meinung hören. In den Verhandlungen mit Hessen war eindeutig klar, "es interessiert uns eigentlich nicht so sehr, was Sie da machen, aber wir wollen Ihnen mal die Möglichkeit geben und auch finanziell die Möglichkeit geben, das zusammenzutragen, was kernenergiekritische Forschung heutzutage in der Lage ist zusammenzuführen, zusammenzustellen". War für uns natürlich eine wunderbare Möglichkeit, weil wir die 100.000 DM, die dieses Gutachten damals für uns brachte, nicht an die Wissenschaftler ausgezahlt haben, sondern praktisch genommen haben, um uns die Institutsräume, die Reisekosten und ähnliche Dinge praktisch zu leisten. Wir hatten ja damals nichts und hatten nur unsere eigenen kleinen Verdienstmöglichkeiten und haben damit natürlich die Infrastruktur gestärkt. Das war der Schlüssel, der finanzielle Schlüssel und auch der Grundstein, diese 100.000 haben wir letztendlich nie abgeschmolzen. Allein wegen der Unabhängigkeit.
00:38:53	00:40:24	Sprich, wenn wir nochmal zurück gehen wollen, wenn wir zurück gehen, dann war die Alibiforschung noch in den 1980er Jahren die überwiegende Forschung, die wir betrieben haben. Wir hatten ein Verdikt z. B. vom Umweltbundesamt uns Aufträge zu geben, das wurde 1991 gelöst. Wir hatten wenige Möglichkeiten Aufträge zu bekommen, was ja dann auch die starke Repression des IFEU, und auch Öko-Instituts war damals recht schwach, wir hatten überwiegend noch in den 1980er Jahren Alibiforschung – wenig Aufträge, aber wenn sie uns gegeben wurden, dann wurden sie gegeben um zu demonstrieren, auch an anderen Themen zu demonstrieren, dass wir diesen Ökologen mal eine Chance geben, aber wenig Ernsthaftigkeit war dabei. Diese Ernsthaftigkeit stellte sich erst Anfang der 1990er Jahre ein. Erst ab 1992 war das BMU in der Lage, es hieß inoffiziell sie durften vorher nicht, in der Lage uns einen Auftrag zu geben. Vorher, so sagte man, würde das Umweltministerium in Bonn, würde das torpedieren, Aufträge an das IFEU. Und das waren lange, langsame Prozesse, mit denen natürlich die wissenschaftliche Akzeptanz des IFEU einherging, und damit die politische Akzeptanz, und damit auch Studien, Gutachten, Aufträge.
00:40:25	00:43:39	Duwe: In welcher Verbindung oder Beziehung standen Sie denn als IFEU, als kritisches, unabhängiges, nicht-staatliches Institut zum Umweltbundesamt oder zum SRU? Höpfner: Der SRU, der Sachverständigenrat für Umweltfragen, war ja nie ein Geldgeber, das waren Sachverständige, meistens professorale. Mit denen hatten wir relativ wenig zu tun und umgekehrt auch nicht. Umweltbundesamt war für uns natürlich wesentlich wichtiger. Umweltbundesamt war die Fachbehörde, zuerst des Innenministeriums und dann später des gegründeten Umweltministeriums, war die Fachbehörde, die wissenschaftlich für die Umweltfragen in Deutschland verantwortlich war. Es gab formelle Kontakte, die waren praktisch nicht möglich, und es gab informelle Kontakte, die waren eng. Bestes Beispiel ist dieses Thema Tempolimit. Das Umweltbundesamt konnte 1982/83 nicht die kritische Position, die einige Wissenschaftler im Bundesumweltamt hatte zum Thema Tempolimit, nicht nach außen tragen. Diesen Wissenschaftlern war praktisch verboten, ihre Ergebnisse, ihre Erkenntnisse zu publizieren. Aber diese Wissenschaftler hatten mit uns schon von jeher guten Kontakt und deswegen haben wir dann gesagt, gut, wir lassen uns von euch am Anfang helfen und bilden dann einen kleinen Schwerpunkt, was wir dann gemacht haben ohne Hilfe des Umweltbundesamts und haben dann dieses Thema Tempolimit im Rahmen Waldsterben, Autodiskussion und so weiter, haben dieses Thema ausgebaut. Das heißt, der Nukleus geht auf Hilfe des Umweltbundesamts und zwar nicht offiziell, sondern von Mitarbeitern, zurück. Und so war es sicherlich auch in anderen Gebieten, was ich jetzt nicht ausführen werde, das heißt, auf der persönlichen, privaten Ebene war ein guter Kontakt da, aber offiziell durfte uns das Umweltbundesamt keine Auftrag geben. Das wurde erst durchbrochen Anfang der 1990er Jahre, als die Schmidbauer Enquetekommission zum Schutz der Erdatmosphäre, Bernd Schmidbauer, damals Staatssekretär im Umweltministerium, als diese Enquetekommission tatsächlich fragte nach den Verkehrsemissionen und tatsächlich uns als IFEU beauftragte zu den Verkehrsemissionen, zusammen mit dem TÜV Rheinland, unserem langjährigen Gegner, ein Gutachten zu machen. Was klappte und da war praktisch, und da sind wir nach wie vor

		dem Herrn Schmidbauer sehr dankbar, dass er gesagt hat, wenn ihr Argumente habt, dann kommen die auf den Tisch, egal, wir wissen, dass ihr nicht die CDU wählt. Ich kann mich noch gut erinnern, es führte dazu, es war insofern ganz positiv, dass Herr Schmidbauer "Heidelberg Land" war, also Wahlkreis, nicht "Heidelberg Stadt" wie wir, aber immerhin, wir uns ab und zu begegneten und er die Notwendigkeit auch ab und zu hatte, in Institutionen mit zu entscheiden, ob IFEU z. B. ABM-Gelder bekam für eine gewisse Zeit. Insofern war das eine gewisse, distanzierte, aber doch auf menschlicher Ebene offene Beziehung.
00:43:40	00:47:06	Duwe: Vielen Dank. Ich wollte noch einmal kurz zurückkommen zur Frage, wie sich das Verhältnis zur traditionellen, institutionalisierten Wissenschaft im Laufe der Jahre geändert hat. Sie haben vorhin beschrieben, wie das IFEU sich aus der Universität Heidelberg ausgliedern musste, um die Arbeit machen zu können, die es machen wollte. Nun stellen ich mir aber vor, dass für viele der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die damals diesen Schritt gemacht haben raus aus dem normalen Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb, das auch eine gewisse Gefahr darstellte und einen Karrierebruch, weil es wahrscheinlich schwierig war sich vorzustellen, dass man da in den Betrieb wieder rein kommt. Können Sie da zu diesem historischen Punkt noch sagen inwiefern sich das geändert hat? Wie ist heute das Verhältnis vom IFEU zur Universität? Höpfner: Wenn wir damals als Wissenschaftler, die wir an der Universität unsere kleinen Stellen hatten, das waren keine großen Stellen, wir waren nicht große Assistenten, sondern wir hatten vielleicht eine Viertel-Hiwi-Stelle oder eine halbe, neben der Promotion, das waren wenige Gelder, die uns aber das Überleben ermöglichten. Wenn wir nebenbei Umweltwissenschaft betrieben haben, dann war das erstmal ein Hobby. Dieses Hobby haben wir gerne gemacht und haben gesehen, dass wir mit diesem wissenschaftlichen Hobby gesellschaftlich etwas bewirken. Das in eine Institution wie dieses IFEU zu gießen war weiterhin Hobby. Wir waren alle unsicher, was daraus resultiert, wir waren sicher, dass es uns in unserer Karriere in etablierten Institutionen schadet, das war eindeutig klar. Die Sicherheit im Negativen war vorhanden, die Sicherheit im Positiven war nicht vorhanden. Das heißt, es war ein großes, unbekanntes Ereignis, ob man so etwas in eine Institution überführen kann und diese Institution ob lebensfähig ist. Das führte auch dazu, dass von der Gründergeneration sehr schnell nur noch ganz Wenige im IFEU waren. Einige sind dann in die Industrie gegangen, andere haben ein anderes Studium gemacht, andere haben promoviert von dieser Gründergeneration. Letztlich gesehen waren 6 Jahre nach der Gründung nur noch Dieter Teufel und ich von der Gründergeneration am IFEU, die anderen hatten sich anders orientiert, allerdings auch teilweise im Umweltbereich, also nicht völlig anders thematisch gesehen. Was nachvollziehbar und verständlich ist, denn wir waren mit dem Wechsel der Bundesregierung 1982, waren wir plötzlich wirklich wie ohne Wasser. Weil zufällig zwei Forschungsprojekte größerer Art ausgelaufen waren, die waren noch von der sozial-liberalen Regierung, und die neue Regierung alles daran tat, um uns kein Gutachten zu geben. Das heißt wir haben nirgends mehr Aufträge bekommen, mal eine kurze Beratung einer Bürgerinitiative, hier mal 500 Mark, dort für die Grünen, hier mal 2000 Mark. Also das waren Beträge mit denen man einen Institutionsbetrieb nicht aufrecht halten konnte.
00:47:07	00:49:42	Das heißt auch umgekehrt, dass wir damals alle arbeitslos waren und hatten allerdings die Möglichkeit – hier kommt der Abgeordnete Schmidbauer von der CDU nochmal ins Gespräch – hatten die Möglichkeit beim Arbeitsamt ABM-Stellen zu beantragen und die wurden uns auch bewilligt. Die haben wir geteilt, wir haben 3 ABM-Stellen gehabt, die haben wir unter einander geteilt, sodass 6 oder 8 oder 9 Wissenschaftler praktisch ein bisschen beschäftigt werden konnten. Und das war eine der erfolgreichsten ABM-Gelder, die das Arbeitsamt je vergeben hat, alle von den Leuten bekamen dann später ihre Jobs, wir waren dann niemals wieder zumindest in Gruppe, arbeitslos und haben das wirklich dem Staat mehrfach wieder zurückgezahlt. Aber diese Zeit 1982 bis 1986 war die Zeit, wo wir uns thematisch neuorientieren mussten und auch wo eben die vorher gewährte Alibiforschung total eingestellt wurde. Es kam persönlich dazu, dass wir alle oder überwiegend keine Lust mehr an dem Thema Kernenergie mehr hatten. Manchmal wird so dargestellt, als wenn die Kernenergiethemen ausgegangen waren, die waren nicht ausgegangen, aber uns war einfach die Lust vergangen. Wenn man 6 oder 8 Jahre so intensiv in einem Thema dabei ist, dann weiß man eigentlich die wichtigsten Dinge und gesellschaftlich war das gelaufen. Die Kritik einer Kernenergie hatte so viel zutage gefördert, dass wir aus unserer Sicht nicht noch mehr beitragen mussten. Das war was anderes beim Öko-Institut, wo Reaktorsicherheit noch im Vordergrund stand, da konnte man noch eine ganz Menge machen, sodass das auch heute noch Thema ist. Bei uns, bei der Radioökologie war das Thema eigentlich klar, es stand dann nur die

		gesellschaftliche Entscheidung aus. Die ja dann im Verzuge der Jahrzehnte mit den verschiedenen Ereignissen, bis hin zu Fukushima sich drehend, gefällt wurde. Also war das Thema Kernenergie bei uns kein Thema mehr und wir orientierten uns während dieser Arbeitslosigkeit neu, die Themen Verkehr und Umwelt kamen hinzu, durch das Waldsterben ausgelöst, und die Diskussion des Waldsterbens ausgelöst, und das Thema Müll, Abfallwirtschaft, Recycling. Das waren zwei Themen, die dann in der Übergangsphase für das IFEU sehr wichtig waren, immer größer waren und auch honoriert wurden durch Aufträge und später kamen dann die anderen Themen hinzu.
00:49:43	00:52:58	Duwe: Wie stellt sich denn heute für Sie das Verhältnis zur Universität Heidelberg dar und zum etablierten Wissenschaftssystem? Hat es da wieder eine Annäherung gegeben? Höpfner: Die Universität Heidelberg hat offiziell nie eine Annäherung zum IFEU versucht, allerdings war das auch nie Thema. Wir sind ein Institut in der Stadt Heidelberg, wie es zahlreiche wissenschaftliche oder andere Institute gibt, haben in dem Thema Umweltforschung und angewandte Umweltforschung einen, aus meiner Sicht, großen Namen in Deutschland, zumindest in der Geschichte. Und die Universität Heidelberg mit ihren vielen zehntausenden von Mitarbeitern und ihrer 600-700 Jahren alten Geschichte, ist ein anderes Kaliber und auch eine andere Liga, nicht vergleichbar mit uns, logisch und hat auch andere Funktionen. Deswegen findet Umweltwissenschaft in der Universität Heidelberg statt, aber nicht im Sinne einer angewandten Umweltforschung, einer Politikberatung. Das ist ja der große Unterschied. Wir machen Umweltforschung, mit dem Ziel Themen aufzudecken, dass Sie politisch handhabbar sind. Wir machen nicht Umweltforschung, dass wir über das Aussterben der Amöbe im 23. Gen forschen. Das ist nicht möglich mit unseren Mitteln, es ist auch nicht unser Ansatz. Unser Ansatz ist zu schauen wo Umweltwissenschaft gesellschaftlich relevant wird – Entschuldigung, wo Umweltprobleme gesellschaftlich relevant werden, wo sie aus unserer Sicht nicht genügend gesellschaftlichen Widerhall finden. Wir schauen in wie weit diese Probleme lösbar sein könnten und geben, wenn denn gewollt, Möglichkeiten dieser Lösung. Bestes Beispiel: Wir machen seit 1991, damals für Umweltbundesamt, später für die gesamte Bundesregierung, ein Inventar über die Emissionen des gesamten Verkehrs, vom Kraftstoff- und Energieverbrauch bis über CO ₂ -Emissionen und natürlich die ganzen Emissionen, Stickoxide und so weiter und sofort, für alle Verkehrsträger. Dieses Instrumentarium ist mittlerweile Standard und auch akzeptierter Standard, wird auch in den internationalen Abkommen, denen die Bundesregierung nachkommen muss, als Berechnungstool verwandt. Daraus ranken sich natürlich viele Erkenntnisse, was man vor Ort machen kann, wann die Schadstoffe steigen, aus welchem Grund sie steigen und ähnliche Dinge mehr. Auch die NO ₂ -Diskussion in den Städten, die jetzt stattfand wegen anderer EU Grenzwerte oder die Smog Diskussion in den Umweltzonen oder ähnliche Dinge sind dadurch beeinflusst. Das sind nicht IFEU wir alleine, aber wir sind in dem Bereich federführend gewesen und auch weiterhin. Und das ist so ein Punkt wo wir lange Traditionen haben und letztlich gesehen wie eine Universität oder andere Wissenschaftler auch gediegen und seriös daran arbeiten.
00:53:00	00:55:46	Duwe: Erzählen Sie uns bitte noch ein wenig über die Gründergeneration des IFEU und ihre Rolle in der weiteren Entwicklung des Instituts. Höpfner: Am Anfang waren wir Wissenschaftler der Universität Heidelberg, die sich mit dem neuen Thema Kernenergie kritisch auseinandersetzen und unsere eigene Rolle finden mussten und sie natürlich gesucht haben um sie zu finden und auch Irrwege gegangen sind. Die Politisierung von uns war eindeutig, wenn die Presse permanent anruft und eine neue Sau am nächsten Tag durch Dorf treiben will mit unserer wissenschaftlichen Hilfe, dann heißt es natürlich das ist kein wissenschaftliches Institut, sondern eher die Politikinitiative, Bürgerinitiative oder sonst irgendwas, die nebenher Wissenschaft macht. Das ist das eine Extrem, jeden Tag sozusagen eine wissenschaftlich andere Sau durchs Dorf jagen. Das andere Extrem ist zurück in den universitären Elfenbeinturm, der es auch nicht sein konnte. Also suchten wir zwischen diesen beiden Extremen, suchten wir einen Weg. Und der Weg war der, ein Institut zu gründen, ein Institut zu führen, dessen Basis nicht nur der Inhalt, nämlich die ökologische, unabhängige Forschung war, sondern dessen Basis auch Glaubwürdigkeit war, Langfristigkeit. Wir haben oft diskutiert, wie können wir uns in dieser Gesellschaft nicht als Eintagsfliege sondern grundsätzlich verankern, dass wir langfristig gehört werden und auch diese Glaubwürdigkeit erhalten innerhalb dieses Systems. Und da war klar, das konnte nur geschehen, auch die Leitung und die Führung eines solchen Instituts konnte nur geschehen, wenn wir hohen Wert auf wissenschaftliche Glaubwürdigkeit, wissenschaftliche Reputation, wissenschaftliche Korrektheit legen, was uns ja gerade am Anfang von der Gegenseite abgesprochen wurde aus anderen Gründen, aus politischen Gründen. So haben wir das geschafft und ich denke, so erklären sich

		teilweise auch Weggänge von dem Institut, die nicht nur damit begründet waren, dass wir eben wenig verdient haben, besonders in den ersten 10, 15 Jahren, da war das Gehalt praktisch nicht mal existenzsichernd, sondern auch, dass wir unsere internen Auseinandersetzungen über den inhaltlichen Weg dieses Instituts hatten. Von der Gründergeneration bin ich derjenige, der mit diesem Ziel die meiste Zustimmung bekommen hatte, bzw. auch die vielen Kollegen, die ja direkt danach gekommen sind und die für das Institut mehr prägend sind als ich, ich war eine Person und das andere sind die dann 30, 50, heute 70 Personen, die das Institut prägen. Das war die Ursache, dass wir das so gemacht haben und das ich von den Gründern der einzige geblieben bin.
00:55:47	00:58:53	Duwe: Dankeschön. Wir haben vorhin im Rahmen der Geschichte der Gründung des IFEU schon angesprochen, dass es diese Parallelität und den Austausch mit dem Öko-Institut gab, das mehr oder weniger zeitgleich gegründet wurde. Wie würde Sie die Verbindung zu anderen, ähnlichen Instituten beschreiben, gab es mehr Kooperation, gab es Konflikte? Höpfner: Die Grünungsphase der Institute war geprägt von einer großen Kooperation. Wir haben Anfang der 1980er Jahre auch die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute mitgegründet. Da haben sich dann Öko-Institut, IFEU und andere dann zusammengefunden und ihre Probleme ausgetauscht, auch versucht sozusagen als Arbeitsgemeinschaft dann an BMBF – damals Forschungsministerium – Mittel zu kommen und ähnliche Dinge mehr. Die Konkurrenz damals war praktisch nicht vorhanden, denn das Feld der wissenschaftlichen Probleme war ein derart großes, dass man eher die Lücken sah, die behandelt wurden, als dass man die Konkurrenz sah. Und wenn, war es gut die Konkurrenz dadurch auszuschalten, dass man im positiven Sinne kooperierte. Es gab später mal einige Reibungspunkte in bestimmten Themen, wo Öko oder wir dann uns zu nahe kamen, aber auch das konnte ausgeräumt werden. Letztlich gesehen war die Gründergeneration dieser Institute eine Generation, die sich menschlich gut verstand, die ähnliche Ziele hatte, die ähnliche Organisationsformen hatte und demzufolge keine Probleme miteinander hatte. Gewisse Probleme gab es dann mit den Institutionen, die mit halbstaatlicher Finanzierung gegründet wurde – z. B. Wuppertal Institut. Wuppertal Institut gab es nie persönlich Probleme, im Gegenteil, wir waren mit vielen dieser Wissenschaftler gut bekannt oder gar befreundet, das war nicht der Punkt. Der Punkt war, dass da plötzlich eine Institution auf der Bildfläche erschien oder gegründet wurde, die durch die staatliche Grundfinanzierung, selbst wenn sie nur hälftig war, natürlich ökonomische Vorteil uns gegenüber hatte, die wir so nicht haben konnten, weil wir ja jedes Geld, was wir ausgegeben haben 1:1 durch Gutachten, durch Forschungsförderung verdienen mussten und bis heute null Grundlagenfinanzierung haben und auch das Spendenaufkommen bei IFEU war immer sehr gering, das war eben Domäne des Öko-Institut, deswegen konnten die und sollten die auch andere Kampagnen fahren. Sprich staatlich halb unterstützte Institutionen wie das Wuppertal Institut, später ZEW Mannheim war größer, aber auch so ähnlich, aber solche Institutionen machten uns ein bisschen zu schaffen, allerdings war das Wuppertal Institut so spät gegründet, dass IFEU sozusagen als Marke, so ähnlich wie Öko, schon so etabliert waren, dass es uns dann letztlich gesehen nicht ökonomisch berührt hat, betroffen hat.
00:58:54	01:00:08	Duwe: Wie haben Sie denn damals Institute gesehen wie zum Beispiel das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft an der WZB, dem Prof. Dr. Simonis lange vorgestanden hat, das ja auch aus einer staatlichen Gründung hervorging? Höpfner: Für IFEU waren diese Institute eher Institute, die man kennenlernte und dann mit ihnen kooperierte als Konkurrenzen, denn IFEU ist streng naturwissenschaftlich, wir haben also fast ohne Ausnahme, nur Naturwissenschaftler bei uns gehabt im Laufe der Geschichte, keine Ökonomen, wie gesagt kaum Ausnahmen, keine Soziologen. Das heißt Gebiete, die von anderen Institutionen wie das von Udo Ernst Simonis oder auch ISOE in Frankfurt oder andere Institutionen, diese Institutionen waren für uns eine hilfreiche Ergänzung, aber nie Konkurrenz, weil wir, ich betone es nochmal, nun das Institut waren, mit der stärksten Ausrichtung auf Physik, Chemie, bisschen Biologie, bisschen Ökonomie.
01:00:09	01:04:01	Duwe: Und das Institut für Europäische Umweltpolitik, das noch kurz vor IFEU und Öko-Institut von Konrad von Moltke gegründet wurde in Bonn, haben Sie da in den ersten Jahren irgendwo mal Überschneidungen, Begegnungen gehabt? Höpfner: Mit dieser Institution haben wir weder damals noch in der Zwischenzeit größere Berührungen gehabt, das war für uns kein Thema. Ich kenn's vom Namen her, aber das war's. Duwe: Das IEUP ist ja Mitte der 90er geschlossen worden und Ecologic Institut ist dann effektiv die Nachfolgeinstitution und wir sind ja nun gemeinsam, das Ecologic Institut mit dem IFEU und auch dem Öko-Institut und anderen zusammengeschlossen heutzutage in dem so genannten Ecornet. Sehen Sie darin eine neue Qualität der Kooperation oder woraus begründet sich das, dass das was in der AGÖF mal versucht wurde, heute wieder getan wird?


		<p>Höpfner: Ich finde es grundsätzlich gut, das Institute miteinander kooperieren. Wenn wir Aufträge von vor 20 Jahren anschauen, dann waren wir praktisch die einzigen Bearbeiter und wenn wir Aufträge heute anschauen, dann sind wir meistens in Konsortien. Es gibt ja fast keinen Auftrag, den IFEU alleine macht. Liegt an der Problematik, an der Differenzierung, die heutzutage notwendig ist, an der Spezialisierung. Und demzufolge finde ich es gut, wenn den ökologisch orientierten Institutionen praktisch ein Name, ein Forum, eine Plattform gegeben wird, sich auszutauschen, einander zu helfen, denn viele dieser Probleme, auch im menschlichen Bereich oder im organisatorischen Bereichs, die damals bestanden, werden heute noch bestehen, auch die wir hier nicht angegangen haben in diesem Gespräches, denn die Facetten sind ja fast unmöglich. IFEU betraf ja damals nicht nur eine wissenschaftliche Ausrichtung, war ja fast schon Lebensstil. Wir hatten quasi am Anfang den Versuch gemacht aus unseren kleinen, universitären Bereichen hinauszukommen, gemeinsam was zu gründen. Da gab's natürlich viel <i>Trial and Error</i>. Zahlt man jedem das gleiche Gehalt, wie geht man miteinander um, wie flach ist die Hierarchie, die bis heute extrem flach geworden ist, auch die Gehaltsspreizung ist extrem flach, wenn ich das in allen etablierten, ich weiß nicht wie es in Ihrer Institution ist, aber in anderen Institutionen, offiziell bekannten Institutionen sehe. Das heißt wir haben uns bemüht, in dem Institut von Anfang an, fast ein gleiches Gehalt zu zahlen, das konnte nicht durchhaltbar sein, sonst wären uns die älteren Wissenschaftler angesichts des Gefälles irgendwann mal davon gesprungen, abgesehen davon, dass sie natürlich über die Maßen viel geleistet haben in der Zeit, wo sie kein Gehalt oder ganz wenig Gehalt bekamen, das war auch auszugleichen, ist nicht ausgeglichen worden, aber ein bisschen ist es dann doch letztlich gesehen immer zum Zuge gekommen. Das heißt auch unsere IFEU Hierarchie ist nicht mehr so flach, unserer Bürokratie ist nicht mehr so gering wie immer, auch das war immer ein Anspruch, wir kamen aus der Universität, wir fühlten uns erschlagen von diesen Bürokratismen dort, von den Reisekosten, dass man eine Dienstreise immer vorher beantragen musste, wir sagen weiterhin, wenn sie nötig ist, setz dich in den Zug und fahre, abgerechnet wird hinterher, das ist doch kein Thema, wenn's denn inhaltlich notwendig ist. Das heißt wir haben uns schon damals immer wieder Wege gesucht, die, die mal endeten in Sätzen, die ich nicht vollende... (lacht) Wir müssen noch mal gucken... Wir haben im Laufe der IFEU-Zeit immer Wege gesucht und nicht gefunden oder als unnütze Wege verworfen, auch das gibt es.</p>
01:04:02	01:06:24	<p>Höpfner: Ein Beispiel noch, was ich bisher nirgends fand, war die Rolle, die wir IFEU spielten in unserem Umfeld, in unserem gesellschaftlich-politischen Umfeld. Wir waren bisher, bis wir eine Institution gegründet haben wie dieses IFEU, waren wir ja normale Universitäts- oder sonstige politisch agierende Menschen auf einem Gebiet. Wenn aber solche Menschen auf die Idee kommen, eine Institution zu gründen und vielleicht sogar von dieser Institution zu ernähren, von dieser Arbeit zu ernähren, dann gibt es natürlich Widerspruch. Ihr seid ja diejenigen, deren Wissenschaft jetzt gekauft wird. Also wir mussten uns in dem IFEU nicht nur auseinandersetzen mit der etablierten Wissenschaft, die uns für wissenschaftlich Kriminelle im Zweifelfall hielt, sondern wir mussten uns auch auseinandersetzen mit der Politszene in Heidelberg. Die Politszene in Heidelberg, die sagte, ihr werden sofort korrumpiert, ihr esst Brot von dem Auftraggeber XY, also singt ihr auch sein Lied, um diesen Sprichwort umzudrehen, ihr werdet in wenigen Jahren die gleiche schlechte, etablierte, industrienah und auftraggebernahe Wissenschaft machen. Gutachten wurde ja damals buchstabiert als <u>G</u>utachten und nicht Schlechtachten, da gibt es Karikaturen aus dieser Zeit "Wir haben ein Gutachten bestellt, und nicht Schlechtachten". Und in dem Grunde wurden wir auch überprüft. Wir hatten zum Beispiel die ersten Jahre bei unserem Mittwochs..., mittwochs war unser Treffen, mit anderen, die nicht im Institut organisiert waren, die außerhalb waren, das waren dann unsere Wachhunde, gesellschaftliche Wachhunde, die ja darauf achteten, das wir nichts gesellschaftlich Falsches machten. Die haben wir dann irgendwann mal auflaufen lassen, in dem wir die Beschlüsse untereinander dann einfach gefällt haben und mittwochs dann nur noch Small Talk gemacht mit denen haben. Denen hat es dann auch irgendwann gestunken, Wachhunde zu spielen. Dummerweise, waren das Menschen, die in einer etablierten Situation waren, auch finanziell etabliert, aber natürlich das richtige gesellschaftliche Bewusstsein hatten. Also um das nochmal klarzustellen, IFEU war nicht so akzeptiert, innerhalb der Szene, der kritischen Szene, sondern hatte auch da, auf der anderen Seite des Spektrums, einige Menschen, die uns sehr kritisch beäugten.</p>
01:06:25	01:09:24	<p>Duwe: Das ist eine super Überleitung zu dem, was ich Sie abschließend noch als Betrachtung fragen wollte, und zwar haben Sie vorhin mal den Anspruch oder die eigene Identität des IFEUs in seiner Gründungszeit beschrieben als "kritisch, unabhängig, ökologische Forschung betreiben".</p>

		<p>Sehen Sie das eine ähnliche Nische oder Funktion im heutigen System heute noch seine Berechtigung hat? Höpfner: Kritische, unabhängige, ökologische Forschung ist heute auch nach wie vor gefragt. Es gibt immer wieder Bereiche in dieser Gesellschaft, wo sich der Mainstream der Wissenschaft, auch der Mainstream der Beratungsinstitutionen, wo die sich natürlich aus Fragen heraushalten, und man die Wunde eher..., wo man den Finger eher in die Wunde legen muss. Deshalb ist aus meiner Sicht, hat sich diese Form der Institution kein bisschen überlebt. Es ist sicherlich anstrengend, auch Sie werden bei Ecologic werden Sie sicherlich Tage haben, wo Sie gesagt hätten, hätt ich lieber um 17 Uhr meinen Feierabend. Das Thema Selbstausschöpfung ist sicherlich ein Thema, das Thema in den Gehaltsstrukturen vielleicht etwas unterbemittelt zu sein gegenüber etablierten Institutionen ist ein Thema, das Thema der nicht-kontinuierlichen Beschäftigung ist sicherlich bei diesen Institution auch gegeben, aber das haben wir in den letzten 15 Jahren zunehmend in den Griff bekommen, wir haben mehr verschiedene Auftraggeber, wir haben verschieden Themen, also wir haben ganz stark diversifiziert, sodass uns ein thematischer oder Akzeptanz- oder sonstiger Einbruch, auch ein Regierungswechsel, egal ob Länder, Bund oder sonst irgendwo, dass der uns letztlich gesehen nichts ausmacht. Wir sind mittlerweile in eine Position, wo wir sagen können, wir sind als Institution, die in dieser Nische, im Vergleich zu den staatlichen Institutionen oder sonstigen Instituten, in dieser Nische erfolgreich arbeitet und ich denke, dass das auch noch ein weiteres Zukunftsmodell ist, denn ich wiederhole mich gerne, zahlreiche Themen können von uns in einer kleinen Institution wesentlich entschiedener, schneller, flexibler angepackt werden, und das ist gut so. Duwe: Wunderbar, vielen, vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Höpfner für Ihre Erinnerungen, für diesen Blick zurück in die Geschichte des IFEUs und der Institute in Deutschland im Allgemeinen. Es hat mir viel Spaß gemacht und ich denke, es hat uns für das Projekt auch viel gebracht. Höpfner: Ebenfalls vielen Dank, auch mir sind zwischendurch wieder Erinnerungen gekommen, das ist das Schöne an solchen Gesprächen, Erinnerungen gekommen, die ich so länger nicht hatte, und demzufolge auch nicht formuliert hab.</p>
--	--	---

Interview mit Dr. Thomas Jahn, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

Interviewt durch: Benjamin Görlach; Head, Economics and Policy Assessment; Ecologic Institut

Datum: 04. Dezember 2013

Verwendung des Interviews:  Einzelfallabhängige Nutzung und Weitergabe des Videomaterials und der Transkription. Zustimmung des Interviewten muss eingeholt werden.

Vorgeschlagene Zitierweise: Jahn, Thomas (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:04:02	<p>Görlach: Ja, herzlich willkommen zu unserem Interview, das stattfindet als Teil des Projektes "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende" durchgeführt vom Ecologic Institut mit starker Beteiligung der Ecomet-Forschungsinstitute. Das Ziel dieses Projektes ist es Zeitzeugen zusammenzubringen und ihre Erfahrungen, Erinnerungen, ihr Wissen festzuhalten über die Frage, wie sich denn die Umweltpolitik und insbesondere die umweltpolitische Forschung und Beratung in Deutschland entwickelt hat. Umweltpolitik ist über die letzten dreißig, vierzig Jahre zu einem der wichtigen Politikfelder in Deutschland geworden. Wie sich das entwickelt hat, darüber ist dies und das geforscht und geschrieben worden. Über die Rolle speziell, die die unabhängigen, umweltpolitischen Forschungsinstitute und die wissenschaftsbasierte Politikberatung in diesem Prozess gehabt hat ist weniger bekannt und deswegen wollen wir diese Fragen versuchen zu dokumentieren, indem wir wichtige Akteure zusammenbringen, die in dem Prozess eine Rolle</p>

		<p>gespielt haben. Und in diesem Zusammenhang freuen wir uns, dass wir als einen weiteren Zeitzeugen heute Thomas Jahn bei uns haben, der Mitbegründer des Instituts für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt ist und Sprecher der Institutsleitung, wenn ich das richtig wiedergebe. Zum Einstieg vielleicht gefragt, bevor wir uns jetzt weiter zunächst in die Vergangenheit des ISOE begeben und wie es zu allem kam eine Frage zu Ihrem aktuellen Tun: Sie sind seit der Gründung beim ISOE beschäftigt, was sind denn aktuell Ihre Schwerpunkte, Ihre Fragen, die Sie besonders umtreiben in Ihrer Arbeit am ISOE? Jahn: Also wenn ich mich zunächst auf den Forschungsteil, der in Ihrer Frage steckt irgendwie beziehe, dann beschäftigen mich im Moment sehr stark zwei Fragestellungen. Die eine bezieht sich darauf, wie es gehen kann Qualitätskriterien zu entwickeln für das, was wir transdisziplinäre Forschung nennen, genannt haben, mitgeprägt haben. Da kommen wir vielleicht später noch mal drauf zurück und das Zweite, ich bin ja auch Sprecher eines der sechs Forschungsbereiche des Biodiversität- und Klimaforschungszentrums in Frankfurt. Das ist eine / auch da können wir später drüber sprechen. Sehr interessante Kooperation zwischen einem Leibniz-Institut, nämlich Senckenberg, der Goethe-Universität und dem ISOE. Und in dem Zusammenhang interessiert mich, wie empirische Forschungen darüber, wie Biodiversität sich unter Klimawandelbedingungen ändern wird, zusammengebracht werden können mit Nachhaltigkeitsfragen, zum Beispiel Fragen der Ernährungssicherheit, Fragen der Wasserqualität, Fragen der Biosphärenreservatsentwicklung, nachhaltige Landnutzung und so weiter. Da sind die beiden Themen, die mich beschäftigen.</p>
00:04:02	00:06:45	<p>Görlach: Vielen Dank. Und in der Tat sowohl zu den transdisziplinären Ansätzen als auch zu dem Forschungszentrum für Biodiversität und Klima werden wir dann in der Folge noch genauer kommen. Jetzt wollen wir aber zunächst erst mal noch weiter zurückgehen in die Vergangenheit. Das ISOE selber ist 1989 gegründet worden. Wir wollen aber noch etwas weiter zurückschauen in die Zeit vor der Gründung des ISOE, zurückgehen zu den Anfängen der Umweltpolitik in Deutschland, die Sie sozusagen als Wissenschaftler damals schon miterlebt haben, auch wenn es das ISOE in dieser Form noch nicht gab. Wo würden Sie die Anfänge der umweltpolitischen Forschung und Beratung in Deutschland verorten? Jahn: Also die Anfänge der Umweltforschung? Görlach: Ja. Jahn: Ich würde sie dort verorten, wo in Bezug auf ein gesellschaftliches Problem, das, sagen wir mal, das Etikett, den Namen Umweltproblem hatte wie beispielsweise Atomenergie, Atomkraft, wo bei einem solchen Problem Bürgerinitiativen und im Grunde – salopp gesagt – Ausläufer aus der Studentenbewegung aufeinander getroffen sind in dieser Konstellation, da entsteht für mich die Umweltforschung. Und da gibt es den sehr konkreten Namen dafür, das ist das Öko-Institut in Freiburg, später IFEU, aber das Öko-Institut da kann man das exemplarisch festmachen, wo aus meiner Perspektive Umweltforschung in einem bestimmten Sinn entsteht. Es gibt natürlich, und das ist, was Sie im zweiten Begriff ansetzen, ja dieses für mich schwierige Wort der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung, ja? Das ist für mich entweder im präzisen Sinne dann eigentlich das UBA oder die Ressortforschung, einzelne Lehrstühle, und in einem weniger präzisen Sinne ist es für mich zu diffus. Aber zweifellos ist es so, dass in dem genaueren Sinne es eine Geschichte der Umweltberatung gibt, die auf Forschungen basiert, die älter ist als das Öko-Institut, wie ich das eben schon nannte, zum Beispiel das Umweltbundesamt. Görlach: Wobei die gar nicht so weit auseinander liegen zeitlich, nicht? '77 Öko-Institut und '74 Umweltbundesamt. Jahn: Eben drei Jahre, in der Zeit waren Jahre sehr wichtig.</p>
00:06:45	00:09:06	<p>Görlach: Vielleicht können Sie da noch ein bisschen genauer eingehen auf diese Unterscheidung zwischen umweltpolitischer Forschung einerseits und Beratung andererseits, wo Sie sagen, wo hört das eine auf, wo fängt das andere an, denn es sind häufig natürlich Institutionen, die sich um beides verdient machen. Jahn: Also ich will es mal ein bisschen scharf stellen und nicht deshalb, weil ich nicht sehe, dass es Überschneidungen gibt und ich auch ein großer Freund davon bin eher Verbindungen, Verknüpfungen zu betrachten und nicht Unterschiede, aber manchmal sind Unterschiede einfach zur Klärung hilfreich. In dem Sinne beziehe ich mich eher auf den Strang der institutionell politischen Umweltpolitik, die ein Beratungsbedarf ausgelöst hat und dieser Beratungsbedarf, der hat sich sehr stark im Grunde auch dieser Umweltpolitik angeglichen. Er war staatstragend, er war fokussiert auf bestimmte Instrumente, Verfahren und so weiter und so fort. Und es gibt eben eine Geschichte der "Umweltpolitik" in Führungszeichen, die gebunden ist daran, wie Umweltprobleme überhaupt wahrgenommen werden, wer sie wahrnimmt und sie auf das Engste mit einer Kritik entweder daran, dass etwas nicht getan wird seitens des Staates, oder dass etwas getan wird, was nicht gewollt wird, entzündet. Und dieser zweite Blick auf das, was man Umweltpolitik jetzt erst mal nennen könnte, den habe ich sozusagen vor Augen, wenn ich sage,</p>

		dass aus dieser Konstellation eine von Anfang an anderer Typus von Umweltforschung entstanden ist, der sich nicht im Grunde oder sogar sich am Anfang in strikter Opposition zur Staatsnähe konstituiert hat. Da war ja der Begriff "wir machen Gegenwissenschaft". Das war eine Wissenschaft im Sinne des Advokatenrechts eingebunden in politische Kämpfe und Auseinandersetzungen und diese Art von Forschung, das halte ich doch für sinnvoll, dass man die zunächst erst mal doch deutlich unterscheidet von dieser erstgenannten.
00:09:06	00:13:05	Görlach: Gut. Um auch noch mal tatsächlich den Punkt aufzugreifen, welche Defizite gab es denn im bestehenden System von Wissenschaft und Forschung, dem universitären System, wenn man so möchte, die die Gründung dieser neuen Institute und dieser neuen Forschungsansätze notwendig machten? Oder kurz noch mal zusammengefasst: Wieso konnten das die bestehenden Wissenschaftsinstitutionen nicht leisten, dieser Nachfrage nachzukommen? Jahn: Wenn ich es etwas ironisch ausdrücke, weil die Abteilungen, die sich sozusagen im Sinne dieses eher traditionellen Verständnisses, was Umweltprobleme sind, dafür zuständig waren, das waren klassische Naturwissenschaften, klassische Ingenieursbereiche und die waren am weitesten entfernt und am schlechtesten darauf vorbereitet, sich kritisch auseinanderzusetzen mit sozusagen den Sachverhalten, die ihnen gegeben wurden. Die waren konventionell und haben in einem ganz explizit naturwissenschaftlich-technischen Überhang die Dinge betrachtet. Sozialwissenschaftlich völlig unterbelichtet und eben auch wenig bereit, einzelne Fragestellungen in einen größeren Ursachen- und Folgen-Kontext zu setzen. Und insofern hat sich da nach und nach eine naturwissenschaftlich-technisch dominierte Umweltforschung aufgebaut, die auch Material liefern konnte für Gesetzgebungsverfahren, ohne Zweifel. Je eher es zu der Umweltpolitik in dem Beschriebenen, also in dem Sinne eher instrumentell-technischer Vorgehensweisen übereinkamen, desto besser haben auch die Dinge zusammengepasst und waren okay. Interessant ist für mich, wie diese beiden Stränge, die ich versuche zu beschreiben, in Berührung miteinander geraten im Laufe der Zeit. Und ich würde dafür gerne zwei Beispiele nehmen. Das eine die Einführung des Blauen Engels, das eigentlich eine ganz tolle Idee gewesen ist, das zu machen und nach meiner Erinnerung – und ich habe ein bisschen nachgelesen, weil ich da ja noch jetzt noch nicht so in dem Bereich aktiv war – glaube ich, dass ich da eher sagen kann: Das ist eher belächelt worden. Das heißt die Gesellschaft, um mal dieses Abstraktum zu nehmen, hat es nicht ernst genommen, was dieser Blaue Engel soll. Und dann greife ich auf etwa ein Ereignis wie dem Chemieunfall in Seveso – nachher werden wir sicherlich noch mal über Tschernobyl sprechen – zurück und da passiert was ganz anderes, dass nämlich im Grunde die Gesellschaft gegenüber der Umweltpolitik und gegenüber auch der, die sie beraten hat festgestellt, dass da überhaupt gar kein Wissen über solche Gefährdungspotenziale und Risiken war und dass gar keine politischen Maßnahmen präsent gewesen sind, um sowas zu verhindern, oder es auch gut aufzunehmen. Das heißt, es gibt dann bestimmte Ereignisse, an denen diese beiden Stränge aufeinandertreffen und interessant ist glaube ich für die Dynamik der Umweltpolitik in Deutschland, die ja im Vergleich zu Europa als vorreitend und wunderbar gilt, dass sie anhand solcher Ereignisse durch eine hier in Deutschland sehr starke Ökologiebewegung und die sozialen Bewegungen überhaupt immer wieder unter Druck gesetzt wurde auch die Problemstellungen zu hinterfragen, und nicht nur am Ende eines Prozesses eine bestimmte Maßnahmen vorzubereiten.
00:13:05	00:15:53	Görlach: Um da auch den Punkt wieder etwas aufzunehmen, die Frage wäre an welchen Themen sich die Entwicklung der Umweltpolitik und der umweltpolitischen Forschung in den frühen Jahren, also in den späten Siebzigern, in den Achtzigern festgemacht hat. Es wurden schon, wie Sie erwähnten, den offensichtlichen Fall, die Kernenergie, den Streit um deutsche Kernenergie Wyl und später Tschernobyl. Darüber hinaus, welche Themen waren denn die Kristallisationspunkte für die frühe Zeit der Umweltforschung? Jahn: Naja, wenn Sie mich im Grunde da als Zeitzeugen befragen, dann zögere ich mit der Antwort, weil ich weiß natürlich, wenn wir so weit zurückgehen, was die Themen gewesen sind von, wenn Sie nach der Umweltpolitik fragen, der Frage was Haushaltsgesetz und das 1953, auf die Tagesordnung gebracht. Und dann wäre ich dort aber jemand, der einfach nur berichtet. Was ich interessant finde, deshalb will ich ein bisschen später einsetzen, die Kernenergie, das ist irgendwie klar, die Chemiepolitik, das ist auch im Grunde inzwischen bekannt. Die Frage der Abfalltrennung, hochvertraut. Waldsterben hat sich in den internationalen Sprachgebrauch eingeschrieben. Also so könnte man auch Einzelthemen / aber was ich interessant finde, das ist, dass im Grunde diese Themen immer stärker andere Politikbereiche berührt haben, also meinerwegen die Verkehrspolitik. Insgesamt als Zweites die große fortschrittlich gedachte Modernisierungsbewegung erfasst hat, also die ganzen Großanlagen, diese

		Vorstellungen, wofür eben auch Wackersdorf steht oder dann natürlich, da werden wir sicherlich nachher darüber noch mal sprechen, die Startbahn West. Und auf der anderen Seite, dass sie immer stärker auch die Frage berührt des individuellen Verhaltens und damit im Grund in den Alltag und in das private Leben reingegangen sind. Und aus meiner Sicht ist das eigentlich interessant, weniger sozusagen die Abfolge einzelner Themen.
00:15:53	00:20:11	Görlach: Ja, aber das finde ich auch eine vollkommen adäquate Antwort, jetzt, wo wir hin wollten. Wir wollen uns dann ein bisschen mehr Richtung aufs ISOE zubewegen und ich wollte Sie bitten, ob Sie uns kurz zusammenfassen könnten, wie es zur Gründung des ISOE kam und vielleicht auch wie sich das ISOE unterscheidet, unterschieden hat von der, wenn man so möchte, ersten Generation der Umweltforschungsinstitute wie Öko-Institut und IFEU, die Ende der siebziger Jahre gegründet wurden. Jahn: Also auf den Punkt gebracht für die Gründungsgeschichte ist am besten in das Jahr 1986 zu schauen. Dort nämlich hat sich die Forschungsgruppe "Soziale Ökologie" gegründet, aus der dann – aus Gründen, die ich gleich beschreiben werde – sich dann 1989 das ISOE als eine gemeinnützige GmbH sozusagen entwickelt hat. Drei Stichworte: 1986 ist erschienen das Buch von Ulrich Beck "Die Risikogesellschaft". Das würde ich bezeichnen als gewissermaßen sozialwissenschaftliche, soziologische und dann weiter auch intellektuelle Innovation, die einen Blick darauf geworfen hat, sich genauer anzugucken, wie das, was wir Gesellschaft und das, was wir Natur nennen miteinander verknüpft ist. Er hat eben diesen kanonischen Satz da drin stehen "Gesellschaft lässt sich nicht ohne Natur und Natur nicht ohne Gesellschaft begreifen". 1986 war außerdem Tschernobyl und das finde ich für die Gründungsgeschichte des ISOEs unter zwei Aspekten wichtig. Erstens haben wir daran erste Untersuchungen gemacht für einen Forschungsstrang bei uns, der wichtig wurde. Unter dem englischen Titel hat der sich eingebürgert "Gender and Environment". Nämlich wir haben untersucht die Reaktionen in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf die Informationspolitik, die nach und nach ja dann doch kam zu Tschernobyl. Und hochinteressant war zu sehen, wie die Geschlechter sehr, sehr unterschiedliche Rollen eingenommen haben, Verantwortlichkeiten eingenommen haben und wie wiederum das dann im Diskurs bewertet wurde. Wer spricht wann, welche Bedeutung hat es und so weiter. Tschernobyl aber für uns auch insofern interessant, weil das, da ein Umschlag greifbar schien für uns, nämlich in dem, was man ökologisches Krisenbewusstsein oder eben das Denken der Ökologiebewegung bezeichnen könnte. Da ist nämlich die erwartete Katastrophe eingetreten und das hat in der Folge große Auswirkungen. Und dieser Moment, das war wie ein Stillstand, wie ein Schock, der in einen normalen Ablauf hineinschlägt, wo plötzlich eine Konstellation innegehalten hat, die man betrachten konnte. Und das Dritte ist, es war die Bildung der ersten rot-grünen Koalition, und zwar in Hessen mit Wurzeln aus der Sponti-Bewegung und in Frankfurt, aus die auch einer der Wurzeln zurückführen des Instituts, also eine gewisse Ähnlichkeit des politischen Kontextes zwischen den Grünen und Teilen derer, die das ISOE dann mitgegründet haben. Und die Situation, dass politisch sich ein – wie das neudeutsch sozusagen – <i>window of opportunity</i> eröffnet hat, etwas Bestimmtes in ein politischen Kontext als Vorschlag einzubringen. Und alle drei Phänomene, alle drei Dinge gehören zur / das ist die Gründungskonstellation. Die ist damit am besten beschrieben.
00:20:11	00:25:16	Görlach: Wie kamen denn die Gründungsmitglieder zusammen und zum Beispiel wo hat diese Genderforschung der Auswirkung von Tschernobyl, in welchem Rahmen hat das stattgefunden? Wo waren die Forscher damals beheimatet? Jahn: Also um die letzte Frage vorneweg zu nehmen: Diese Untersuchung, die war im Anschluss an Tschernobyl und innerhalb der Forschungsgruppe. Die Forschungsgruppe hat sich im März 1986 konstituiert und Anfang Mai, am ersten glaube ich oder so, dreißigster April, war dann Tschernobyl. Und danach haben wir sofort mit der Untersuchung begonnen. Aber der andere Teil Ihrer Frage. Ich denke dieser Teil berührt eher Überlegungen oder das ich dazu etwas sagen kann, was ist die Vorgeschichte der Gründung? Und da fiel vorhin das Stichwort, es gehört zu dieser Vorgeschichte denke ich das politisch-intellektuelle, soziale Milieu in Frankfurt ganz zentral. Dort ist einmal das Stichwort, und da komme ich sozusagen noch mal darauf zu sprechen, dass ich vorhin Ulrich Beck ins Spiel gebracht habe. Da gibt es die Tradition der Kritischen Theorie, die in den zwanziger Jahren bereits – wenn auch ganz anders – trotzdem versucht hat, diese Frage zwischen Gesellschaft, Natur, Individuum in den Mittelpunkt der eigenen Überlegungen zu stellen und man könnte da noch anderes dazusagen. In Frankfurt gab es eine ganz starke, aus..., städtische Bewegung eher würde ich heute sagen nach '68, wo sehr viel Elemente eher in einem praktischen Sinne eine Rolle gespielt haben, die später

		<p>von Bedeutsamkeit sind. Die Frage von Körperlichkeit, die Frage von elementaren Lebensformen, des sich Entfernens aus zu engen politischen Vorstellungen hin auf Fragen Veränderungen des Alltags etc. pp. und daneben sozusagen die Verarbeitung der Erfahrung über die Startbahn West, die anders als in Wyhl damals eine im Grunde sehr von der städtischen Bevölkerung mitgetragene Widerstandsbewegung gewesen ist und gleichzeitig auch viel pointierter zum Ausdruck gebracht hat, was das Aufbrechen der ökologischen Fragen insgesamt prägt, nämlich die Politisierung von Natur. Dass plötzlich diese Infrastrukturmaßnahme – anders als die Atomenergie – weniger als das Risiko, sondern umfassender als ein Eingriff in elementare Lebensformen auf der einen Seite begriffen wurde und auf der anderen Seite, dass ein Waldstück und ein darin vorkommendes Tierchen die Bedeutung haben kann zu sagen, da ist eine Grenze und mit einer sehr, sehr großen Bereitschaft in Konflikt zu gehen. Dieses Milieu, das ich jetzt nur so kurz skizzieren kann, das bildet den Hintergrund und es bildet gleichzeitig die Gelegenheiten, also die Gruppe der GründerInnen, die hat sich im Grunde an der Universität im Wesentlichen auf der einen Seite getroffen, kennengelernt, zusammengearbeitet und diskutiert und so könnte man das ISOE auch als eine wilde Ausgründung aus der Frankfurter Universität bezeichnen in dieser Perspektive. Und gleichzeitig haben sie zum Teil an einem geteilten sozialen Experiment teilgenommen, wenn ich das so zusammenfassen kann, was ich meine mit der städtischen Subkultur, Sponti-Bewegung, Alternativbewegung und was die Stichworte sind. Und es war eine gemeinsame Erfahrung bezogen auf Formen des Widerstandes, die sich an Naturproblemen entzündet haben, sei es, wie genannt, Startbahn West, aber beispielsweise auch die Auseinandersetzung im Vogelsberg, ein Gebirge nahe bei Mittelgebirge bei Frankfurt, wo die Folgen der Wasserentnahme für die Stadt Frankfurt so weit eskaliert sind, dass dort tatsächlich Brunnen in die Luft gesprengt wurden etc. pp.</p>
00:25:16	00:28:16	<p>Görlach: Das heißt, wenn ich das zusammenfassen darf – und bitte korrigieren Sie mich – es hört sich für mich schon so an, dass das ISOE als Gründung auch verwurzelt war in der seinerzeitigen Umweltbewegung, Startbahn West-Bewegung, wenn man das sozusagen jetzt als Umweltbewegung subsumieren möchte und dass es da schon eine gewisse Parallelität gab, Unterschiede, aber auch Parallelen zu der Geschichte des Öko-Instituts und der Verankerung in der Anti-Kernkraftbewegung. Kann man die Parallele ziehen zwischen den beiden? Jahn: Also ich kenne die Anfänge des Öko-Instituts dafür zu wenig, um zu dem ersten Punkt die Parallele genau zu ziehen, aber ich vermute schon, denn was mit wichtig ist, ich habe versucht Ihnen 'n Milieu zu beschreiben. Und das ISOE selber ist dann eine Gründung, die die Erfahrungen aufnimmt und verarbeitet, also das ISOE ist nicht sozusagen eine Bewegungsgründung, sondern zur Vorgeschichte gehört dieses Milieu und es ist eine Gruppe, die dort im Grunde teilgenommen haben und gleichzeitig beobachtet haben, was da geschieht, versucht haben, das zu verstehen und daraus Konsequenzen zu ziehen für eine eigene Vorstellung, was Aufgabe von Wissenschaft, von Theorie sein sollte. Also das ist mir sehr wichtig, dass da nicht ein Missverständnis ist. Es ist der Kontext, aus dem heraus dann diese Gründung möglich war und da gibt es sicherlich auf alle Fälle eine hohe Ähnlichkeit oder man kann Ähnlichkeiten erkennen, glaube ich, zwischen der Gründung Öko-Institut und ISOE und Unterschiede, die man am ehesten, glaube ich, entlang dieses Fadens verstehen kann, dass die Auseinandersetzung an der Hochschule, und da sprechen wir über eine zweite Studentenbewegung, dem die vorausgegangen ist, die sich von der ersten sehr stark unterschieden hat, das wäre sicherlich ein eigenes Thema. Wir sprechen von der Hochschule als ein Ort, an dem noch mal der Versuch stattfand, bestimmte radikalere Reformen durchzusetzen, der dann auch gescheitert ist, dass dieser Ort eine Bedeutung hat für das Treffen der Personen, eins, und das andere, dass unter dem Stichwort der Kritischen Theorie die Frage Wissenschaftskritik und den Zusammenhang zwischen theoretischer Arbeit und praktischen, konkreten Untersuchungen das ISOE von Anfang an irgendwie fasziniert hat oder uns fasziniert hat, ob das irgendwie möglich ist hinzukriegen in einem solchen Projekt. Und das war zunächst ein Projekt.</p>
00:28:16	00:31:22	<p>Görlach: Sie können gerne auch gleich noch ein bisschen mehr dazu sagen wie die kritische Theorie und die intellektuelle Tradition die Arbeit des ISOE befruchtet hat oder wie da die Wurzeln genau aussehen. Was mich aber interessieren würde, vielleicht ein bisschen provokant nachgefragt, sie haben das beschrieben, dass eigentlich in Frankfurt es ein intellektuelles Milieu gab, was sehr offen gewesen sein sollte für diese Art von – also nicht nur ein intellektuelles Milieu, sondern auch ein universitäres Milieu – für diese Art von Fragestellungen. Gleichzeitig haben Sie sich aber dafür entschieden das ISOE, wie Sie sagten gerade, als wilde Ausgründung, aber bewusst nicht als Uniinstitut anzusiedeln. Wieso war das nötig oder was hat zu dieser Entscheidung geführt, lieber als gemeinnützige GmbH auf den Markt zu gehen, denn die Sicherheit der Uni zu suchen? Jahn:</p>

		<p>Also für die Entscheidung, den Versuch gar nicht erst zu unternehmen, so etwas wie ein Institut für sozial-ökologische Forschung an der Universität Frankfurt in diesem Jahr '85/'86 zu gründen, da sind, glaube ich, zwei Dinge wichtig. Das eine ist noch mal sich des zeitlichen Rahmens zu vergewissern, über den ich spreche. Diese zweite Studentenbewegung, die ging von '76 bis etwa '81/'82 und danach gab es eine Art von eher schließen dessen, was da noch an Öffnung da war. Die Universität hat sich ein Stück weit als Projekt eher abgeschlossen, hat sich ein Stück weit normalisiert und ist ganz stark sozusagen dann in das Fahrwasser, in der Vorstellung "Universität als Betrieb geraten", ja? Und das Zweite ist, dass die kognitiven Strukturen, also die Frage, wie Wissenschaft gemacht werden kann, nicht unbedingt wie studiert werden kann oder wie ich im universitären Gelände mich bewege, sondern vor allem die Forschung durch und durch disziplinar festgelegt war. Und war schon die Vorstellung, so etwas wie gesellschaftliche Naturverhältnisse als Forschungsgegenstand vorzuschlagen völliges Kopfschütteln, Unverständnis, keine Möglichkeit, das irgendwie anzudocken oder sowas, weil es durch die klassische Disziplinstruktur und durch die darin organisierte, auch gegenseitigen Lager, vor allem in den Sozialwissenschaften überhaupt nicht reingepasst hat und komplett zwischen allen Stühlen gestanden hätte. Insofern war das in gewisser Weise alternativlos.</p>
00:31:22	00:35:15	<p>Görlach: Wenn Sie möchten, können Sie gerne noch ein paar Worte sagen zu der Verankerung in der Kritischen Theorie, wie das sozusagen die Arbeit des ISOE beeinflusst hat oder wie das sich in transdisziplinären Forschungseinsätzen in der sozial-ökologischen Forschung niederschlägt, wie da die Bezüge sind. Ich muss gestehen, dass ich da selber etwas unterbeleuchtet bin. Jahn: Also ich würde aus Ihrer Frage, die ich eher tatsächlich auch so forschungspraktisch aufnehmen will, also aus Ihrer Frage, was es bedeutet, wenn ich sage, dass wir in dieser Tradition sind, vielleicht ein Punkt deutlich machen und vorwegschicken. Also der Versuch ist im Verhältnis der Aktualisierung, sich mit der älteren Kritischen Theorie auseinanderzusetzen, also mit diesen Autoren, die dann inzwischen zumindest zum Bildungskanon gehören wie vor allem Marcuse, Benjamin, Adorno, Horkheimer. Und es gibt einen sehr bekannten Aufsatz von Horkheimer, der heißt "Die traditionelle und die kritische Theorie" und dort wird daran, dass die Gruppe ihn beobachtet hat, dass in den zwanziger Jahren die Sozialwissenschaften angefangen sich den Methodennormen der Naturwissenschaften zu unterwerfen, ist der Impuls, sich damit kritisch auseinanderzusetzen, wie Wissenschaft überhaupt eine Geltung beanspruchen kann und wir haben im Grunde nicht gefunden, dass diese Konstellation trifft, dass also diese Gegenüberstellung, die instrumentelle Naturwissenschaft und die kritische Sozialwissenschaft, um das mal sehr platt zu sagen, dass die noch trifft. Aber in dem Zusammenhang wird herausgearbeitet, dass der Geltungsanspruch in der Sprache, heute würde man sagen die "Relevanz" oder noch schlimmer würde man sagen der "Exzellenz" von Forschung, dass sie davon abhängt, unter welchen Bedingungen sie zu ihren Aussagen kommt, wie die überprüft werden und wie sie verwendet werden, ja? Und das sind Elemente, die heute zum Grundverständnis einer vernünftigen und sinnvollen und klugen Form transdisziplinären Arbeitens gehört. Also das nur in aller Kürze. Das ist eher sozusagen eine ganz unaufgeregte Bezugnahme, die stärker sozusagen jetzt inhaltliche / die läuft darüber, dass der Versuch, den wir unternommen haben, zu verstehen, was eigentlich in der ökologischen Krise aufbricht zu dem Schluss gekommen sind, was da aufbricht, das ist eigentlich die Art und Weise, wie in der Gesellschaft höchst praktisch – über Essen, Trinken und dann geht es ganz hoch aggregiert – ganz praktisch zu ihrem Erhalt sich in Beziehung, in Verhältnis setzt zur Natur, das haben wir dann gesellschaftliche Naturverhältnisse genannt, dass wir diesen Blick haben so nehmen können, weil er vorbereitet war durch ganz grundlegende Arbeiten aus der Kritischen Theorie.</p>
00:35:15	00:39:50	<p>Görlach: Sie hatten die Gründung des ISOE vorhin beschreiben als praktisch alternativlos, weil es in dem Sinne, dass es in der akademisch-universitären Welt keine Heimat für das ISOE sich hätte finden lassen mit dem transdisziplinären Ansatz, der verfolgt werden sollte, der jetzt verfolgt wird dort. Das legt nah, aber das können Sie auch gerne jetzt korrigieren, dass es schon einen starken wissenschaftlichen Impuls gab, um das ISOE zu gründen. Meine Frage wäre, die Funktion solcher Institutionen kann man ja in verschiedenen Dimensionen begreifen. Es kann darum gehen, dass man den öffentlichen Diskurs voranbringt, dass man gesellschaftliche Prozesse voranbringt, in die breite Öffentlichkeit hineinwirkt, man kann die Funktion von Instituten, Umweltforschungsinstituten, Beratungsinstituten darin sehen, die öffentliche Politik zu verbessern, zu beeinflussen, Ideen zu geben, Argumente zu liefern und man kann aber auch die Funktion darin sehen, in erster Linie Wissenschaft zu betreiben und für wissenschaftlichen Fortschritt oder neue</p>

		<p>Formen der Wissenschaft zu etablieren. Wenn Sie sozusagen erst mal das Universum akzeptieren, vielleicht haben Sie auch andere Vorstellungen, wie die Ziele sich aufziehen lassen, wo würden Sie das ISOE verorten zwischen diesen drei Polen? Jahn: Ich würde gerne einen kurzen Schritt zurückgehen und sagen, wie sieht es ganz praktisch aus? Wenn Sie heute versuchen, sich ein Bild vom ISOE zu machen und der Frage nachgehen, was sind denn die Anwendungsfelder, die Anwendungsbereiche, wo soll die Forschung wirksam werden? Dann werden Sie feststellen, da gibt es einmal den Wasserbereich. Das hat auch stark biographische Gründe, weil zwei aus der Gründergeneration im Grunde quasi das Wasserthema im Gepäck mitgebracht haben und dann finden Sie einen Bereich, wo es eher um nachhaltiges Handeln im Alltag geht. Also das ist vor allem dort, wo wir Mobilitätsforschung, Konsumforschung, Energie, Klimaschutz im Alltag bearbeiten. Und dann finden Sie einen dritten Bereich und dort geht es dort um Wissenschaft, Wissenschaftspolitik und Forschungspolitik. Das heißt, wir haben bestimmte, mit aller Bescheidenheit, Interventionsfelder für uns definiert, um das mal so ein bisschen auch zu sagen, wo wir hoffen, dass das, was wir arbeiten, aufgenommen wird, Resonanz findet. Der erste Punkt. Der zweite Punkt darin sind es Akteurskonstellationen, die dadurch entstehen, wer fragt unser Wissen nach und wer muss eigentlich mit angesprochen werden, jetzt von Lösungsperspektiven aus, damit etwas, was als problematisch empfunden wird, weniger problematisch ist, wenn nicht gar gelöst wird. Und dann gibt es Projekte, in denen sind es im Wesentlichen zwei, drei Ministerien oder ein Ministerium und das ist dann wunderbar und das ist großartig und es gibt andere Projekte, da sind es <i>local communities</i>, <i>health club</i>, <i>women's club</i> bis hin zu nationalen Regierungsvertretern oder so. Also ich will darauf raus, auf Ihre Klassifizierung. Ich würde die eben für das ISOE in zwei Richtungen verschieben. Ich würde sagen, es gibt eine Art Bescheidenheit in dem, was wir glauben, wo wir wirksam werden können und deshalb glauben wir nicht unbedingt, wir können die Politik, das alles machen, sondern das ist eher themenproblembezogen und gleichzeitig verbinden wir ganz stark, wie auch in der Forschung die Idee, wie wissensabhängig konkrete Einzelentscheidungen von einer Straßenbahn, die neu gebaut werden muss bis zu der Implementierung großer Forschung semizentraler Wasserversorgungsanlagen, wie wichtig da Wissen, inzwischen Wissenschaft ist und deshalb haben wir das als ein zusätzliches Interventionsfeld, ein Politikfeld, wenn Sie so wollen, für uns im Portfolio.</p>
00:39:50	00:42:42	<p>Görlach: Sind wir schon sehr weit zum wissenschaftlichen Kern des ISOE vorangeschritten. Ich wollte aber noch mal auf einen Punkt zurückkommen, der so ein bisschen mehr wieder Richtung Geschichte des ISOE geht und zwar, das ISOE wurde gegründet 1989, kurz vor der Wende. Das heißt, es gab dann, als das ISOE noch sehr jung war auf einmal dann die Wiedervereinigung, den Regierungsumzug nach Berlin und wenn man so möchte, ketzerisch gesagt, ist Frankfurt dann vom Zentrum der alten Bundesrepublik mehr etwas an den Rand der neuen Bundesrepublik gerückt. Wie hat sich die Wiedervereinigung und die Wende auf das ISOE in seiner Arbeit ausgewirkt, hat sich das bemerkbar gemacht? Jahn: Das hat sich ausgewirkt, ohne dass es die zentralen Achsen verschoben hätte. Wir haben sehr früh Kontakt aufgenommen nach Leipzig hin. Da gab es Initiativen zur Gründung eines Öko-Instituts. Es wurde auch später ein Umweltinstitut in Leipzig gegründet. Da gab es aus der Zeit der Bürgerbewegung '89 ganz exponierte Personen, die da bereits im Grunde massiv im Bereich Umwelt- und Ökologieschutz unterwegs waren, eine Bibliothek aufgebaut hatten. Görlach: Wer waren da die Personen? Jahn: Leo Kasek ist der, der mir als Person ganz nachdrücklich in Erinnerung ist und außerdem gab es auch Umbrüche dort an der Universität. Also da sind wir mehrfach hin und haben Kontakt aufgenommen, haben Sachen mitgenommen, haben diskutiert, haben was gelernt und das hat sich dann im Laufe der Zeit eher aufgelöst oder das war jetzt keine stabile Struktur. Und wir haben über die Probleme natürlich zunehmend / wir haben also eine ganze Reihe von Untersuchungen, die ausdrücklich sich mit entweder Vergleich mit Ost- oder Westdeutschland oder mit spezifischen Problemen aus Ost-Deutschland irgendwie beschäftigt haben, auseinandergesetzt und haben natürlich auch gelernt in den Kooperationen mit KollegInnen aus anderen Einrichtungen, auch was es an Unterschieden gibt und wie man damit umgehen kann. Das war bereichernd.</p>
00:42:42	00:47:17	<p>Görlach: Gut. Wir wollen uns dann so herantasten an die sozial-ökologische Forschung und welchen Einfluss sie gehabt hat in die Politik, auch in die akademische Welt und sie hatten schon vorher darauf hingewiesen, dass sozial-ökologische Forschung ein Ansatz war, der sich in der universitären Forschungslandschaft zunächst nicht gut unterbringen ließ. Wie weit hat die sozial-ökologische Forschung und die Institute, die dahinterstehen, das ist ja vor allen Dingen ISOE, aber auch IÖW und andere Institute, die sich darum verdient gemacht haben / Wie weit hat das den</p>

		<p>Wissenschaftsbetrieb in Deutschland verändert? Jahn: Ich glaube, es hat ihn ganz deutlich verändert, wenn auch nicht – sagen wir jetzt – so umfassend, wie ich mir das gerne wünschen würde. Am Anfang – jetzt auch holzschnittartig, ja? – würde ich sagen Gegnerschaft, ja? Schon (unv.) Begriff Gegenwissenschaft. Es gab dann eine Phase sozusagen des sich gegenseitig eher in Ruhe Lassens, des nicht zur Kenntnis Nehmens, und das war für die etablierte Wissenschaft natürlich viel einfacher als jetzt für diese kleinen Institute, weil das war viel zu marginal, was da passiert ist. Und dann, und da würde ich sagen, das fing etwa an, nachdem sozusagen diese erste Überwältigung aller Diskurse durch die Wiedervereinigung und die Folgen dessen etwas abgeebbt war, also ab '92, '93, '94, wo einfach der Problemdruck wieder stärker auch in dem Bereich sich bemerkbar gemacht hat, da sozusagen haben diese Institute irgendwie etwas gemacht, was ich mutig fand, also damals im Ökoforum zusammengeschlossene Institute, nämlich sie haben beschlossen "wir attackieren". Und waren ironischer Weise ein Stück weit im Bündnis mit dem Wissenschaftsrat, der 1994 seine Untersuchung über die Umweltforschung in Westdeutschland bekanntgegeben hat und zum Schluss kommt "so geht es nicht weiter". Und in dieser Konstellation ist etwas vorbereitet worden, was '98 nach dem Regierungswechsel dann dazu geführt hat, dass erstmals, also immerhin, das muss man hoch anerkennen und da muss man den Namen Edelgard Bulmahn einfach aussprechen, dass erstmals ein Versuch unternommen wurde, diesen Forschungstyp spezifisch im Blick zu nehmen, dass es im Grunde letztlich auf ein Projektförderprogramm hinauslief, das sei mal dahingestellt. Da ist einfach noch was offen, was bis heute nicht geheilt ist. Gleichzeitig aber stand die damalige Wissenschaftsministerin unter dem Druck, dass das, was sie dort tut, ihr nicht als Lobbypolitik aus der Hand geschlagen wird, denn sie war beispielsweise, ehe sie Ministerin wurde, Mitglied im Kuratorium des Öko-Instituts. Und das wiederum hat dazu geführt und das finde ich interessant, darüber könnte man lange sprechen, dass ein gewisser Zwang da war, mit dem Förderkonzept, das im Wesentlichen ja dann am ISOE ausgearbeitet wurde, sowohl ein Verfahren als auch eine inhaltliche Qualität erreicht werden muss, die Bestand hat gegenüber dem, was im Mainstream als Kriterien an Förderkonzepte angelegt wird. Und das hatte große Partizipationskonsequenzen – viele mitnehmen, offen, transparent – und es hat es überhaupt ermöglicht in diese Projektforschung interessante, theoretische, methodische Fragestellungen einzubauen. Und das war ein ganz großer Gewinn. Und das muss man sagen: So klein es anfang, hat das inzwischen doch also eine starke Rückwirkung, nicht nur auf die Universitäten in der Forschung, nicht nur auf die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die über die Bund-Länder-Finanzierung grundfinanziert sind, sondern nach und nach auch in die Lehre. Und das finde ich großartig.</p>
00:47:17	00:50:21	<p>Görlach: Da nachzuhaken, was waren die Faktoren, die das dann möglich gemacht haben, dass es 1999 zur Einrichtung dieses Förderschwerpunktes kam? Sie haben erwähnt die Person Edelgard Bulmahn, den Regierungswechsel, sind das die treibenden Faktoren, oder weswegen war die Zeit reif für die sozial-ökologische Forschung? Jahn: Also im Grunde war da gewissermaßen das Essen angerichtet, aber die Glocke nicht geläutet zu Tisch zu gehen. Und das Anrichten, das war der Prozess eben nicht parteipolitisch, sondern alle Parteien im Bundestag, die in dem Bereich Wissenschaft und Technologiepolitik in den Ausschüssen saßen, anzusprechen und zu sagen "das geht nicht". Dazu hat eben auch gehört, dass die offizielle Wissenschaft, vertreten durch den Wissenschaftsrat, festgestellt hat "so geht's nicht". Das sind alles Voraussetzungen, aber der Regierungswechsel und ich denke ein Stück weit auch die Person, da wir vorher über mehrere Jahre sowohl mit Edelgard Bulmahn als auch mit ihrem Gegenüber bei den Grünen auch genauer gesprochen hatten, weil sie sich genauer als die anderen Fraktionen dafür interessiert haben, wo uns der Schuh drückt sozusagen und welche Perspektiven wir versprechen. Das war dann die Initialzündung, das muss man ganz klar sehen. Ohne den Regierungswechsel hätte das nicht gegeben. Plus, und das ist auch interessant, glaube ich, für die Fragestellung, die sie mit dem Projekt überhaupt verfolgen, dass aus so einer Idee etwas Dauerhaftes wird, das geht nur, wenn in dem Bereich, der häufig so etwas abschätzig als Administration bezeichnet wird oder den andere dann als "Haus" bezeichnen, also wenn die Kollegen und Kolleginnen, die in den Ministerien, bei den Projektregeln und so weiter, nicht selber im Grunde ein Stück weit das ernst genommen hätten und sich auch angezogen hätten diese Aufgabe, dann wäre das über die ersten Hürden dieses Programm nicht hinausgekommen und auch da finde ich es interessant jetzt für die Frage im engeren Sinn Forschungs- und Wissenschaftspolitik hat dann 2005 wieder etwas stattgefunden, nämlich ein Evaluationsprozess. Dieses Programm wurde evaluiert. Und das hat selber zu einer Verbesserung geführt. Das sage ich deshalb, weil ja häufig solche Bewertungsverfahren negativ</p>

		konnotiert sind. Und da war durch ein sehr kluges und kompetentes, professionelles Handling dieses Förderschwerpunktes innerhalb des BMBFs und der darum sozusagen auch liegenden anderen Personen wäre das nicht gelungen, das so stabil auf den Weg zu bringen, dass es auch den Regierungswechsel hat überstehen können.
00:50:21	00:51:53	Görlach: Sie sprachen jetzt gerade auch die Unterstützer an, die sich innerhalb des BMBF stark gemacht haben auf verschiedenen Ebenen für die sozial-ökologische Forschung. Wie kamen denn diese Netzwerke zustande? Wie kam es dazu, dass es da Unterstützer gab im Ministerium oder wie haben Sie die gefunden? Jahn: Also ich kann schlecht sozusagen jetzt spekulieren, wie das aus deren Sicht aussehen würde. Ich würde sie in dem Sinne auch nicht als Unterstützer bezeichnen, sondern dass es zu dem kam, was Sie fragen, das hat etwas damit zu tun, glaube ich, dass professionell und nicht ideologisch gearbeitet wurde und gleichzeitig dass im Grunde Engagement, dass in jedem Beruf, den Sie ausüben, egal wo sie sind, haben Sie immer funktionale Aufgaben und gleichzeitig sind sie lebensweltlich da eingebunden und dass es gelungen ist, im Grunde sich an Engagement da zusammenzulegen und dass es gelungen ist, Vertrauen aufzubauen. Also ich denke die Professionalität ein Zusammentreffen von engagierten Leuten und "trust" als wichtigste Währung in solchen Zusammenhängen / Das waren die Gründe, warum das gelungen ist.
00:51:53	00:55:33	Görlach: Sie hatten eingangs auch diesen Begriff der Gegenwissenschaft benutzt in dem Zusammenhang, dass das – das reicht noch weiter zurück als es sozial-ökologische Forschung immer im Prinzip der Begriff – dass das, was diese Institute gemacht haben im Prinzip eigentlich gar keine richtige Wissenschaft ist oder nicht als solche akzeptiert wurde. 14 Jahre später gibt es diese inzwischen etablierte Förderung des BMBF, es gibt unter Mitwirkung des ISOE ein Lehrgebiet sozial-ökologische Forschung an der Uni Frankfurt und TU Darmstadt, wenn ich es richtig sehe, es gibt dieses Kompetenzzentrum für Biodiversität und Klima. Ist es so, dass die sozial-ökologische Forschung inzwischen im Mainstream, im Establishment angekommen ist? Jahn: Nein, sie ist nicht angekommen, aber sie ist in Bewegung. Also sie bewegt sich aus der Nische heraus und ist eigentlich eher, wenn ich jetzt drauf schaue, dann sehe ich im Grunde einen Korridor zwischen nach wie vor Marginalisierung auf der einen Seite, da könnten wir viel dazu sagen, weil einfach weder sind sozusagen die Wettbewerbsbedingungen vergleichbar noch gibt in den Status, Riten und Verteilungen, etwas Vergleichbares in dieser Forschung zu nennen traditionell disziplinären Forschung und so weiter, von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ganz zu schweigen. Das gibt es also immer noch, ist immer noch da, diese marginalisierte Seite, das auch Nischenhafte, das Projekthafte, das ganz Prekäre-Unsichere, und auf der anderen Seite gibt es eine Art von Mainstreaming, das ich auf der einen Seite ganz toll finde, weil da Pluralität entsteht und genau das auch eintritt, was wir uns gewünscht haben. Das ist diffundiert, das ist aufgenommen worden, aber es ist auch die Frage, was darüber eigentlich auch an Kontur und Schärfe verloren geht. Und da sehe ich zwei Gefahren, nämlich das eine, dass die Normativität, die Sie immer drin haben, wenn Sie sich mit Nachhaltigkeitsproblemen beschäftigen – ob Sie das wollen oder nicht, das steckt da drin – dass die Normativität im Grunde zu starke und unreflektierte Bedeutung in der Auswahl von Forschungsthemen, im Forschungsfortgang und auch bei den Ergebnissen bekommt, das ist das eine, was ich fürchte. Und das andere sind dann letztlich Etiketten, also Umetikettierungen, die nicht stimmen oder die Etikettenschwindel sozusagen, die man als solche bezeichnen muss, das heißt, dass etwas, was als transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung oder sozial-ökologische Forschung bezeichnet wird, dass eigentlich dann bestimmte kognitive Grundbestimmungen, die man doch einhalten müsste und methodische Voraussetzungen, die da sein müssten, nicht wirklich sich zum Anspruch nehmen.
00:55:33	01:00:22	Görlach: Dann zum Abschluss noch eine vorausblickende Frage. Wir haben uns jetzt vor allen Dingen darüber unterhalten, wie sich die umweltpolitische Forschung und daran angelehnt auch die umweltpolitische Beratung in den letzten zwanzig, dreißig Jahren in Deutschland entwickelt hat. Vorausschauend, wo sehen Sie denn die großen Aufgaben, die großen Herausforderungen, die für die nächsten Jahre anstehen und vielleicht auch, was könnte der Mehrwert sein, was ist der Mehrwert von unabhängigen Forschungsinstituten wie dem ISOE in einer sozusagen sich schnell ändernden Welt der Umweltpolitik? Jahn: [...] Also was ich für wesentlich halte bezogen auf den ersten Punkt, den Sie fragen, ist dass diese Institute eine nachhaltige Entwicklungsperspektive bekommen, um überhaupt ihr Kooperationspotenzial und auch ihr spezifisches wissenschaftliche Potenzial entfalten zu können. Es ist nicht rational, indem diese Institute nur sozusagen fokussiert sind auf etwas, was ich den Zwang zur Innovation nennen würde durch die Art und Weise, wie sie verfasst sind und wie sie eingebunden sind in die Wissenschaftslandschaft insgesamt, gibt es

		<p>diesen Zwang zur Innovation, davon profitiert die ganze Landschaft, sondern es wäre auch gut, daneben ein zweites Bein zu stellen, wo Eigenentwicklungen möglich sind und wo Kontinuitäten, Forschungslinien langfristig aufgebaut werden können, wo Nachwuchs gezielt und ruhig entwickelt werden kann in längerer Planungssicherheit. Also ist das eine, was ich irgendwie nach vorne für wesentlich halte. Und das zweite von der Funktion; die Institute haben ein Potenzial, das sie im Grunde Knoten, größere, kleinere Knoten in Netzwerken sind, als Institutionalisierungsform. Und das werden wir in Zukunft immer stärker haben, dass wir neben den großen, starken, institutionellen Strukturen, die <i>big players</i> und so weiter, um inter- und transdisziplinär zusammen zu arbeiten, was zunehmen wird, stabile, institutionalisierte Netze bekommen werden und diese Institute haben eine Organisationserfahrung, wie man so was macht und können da ganz wichtig sein und sie spielen sozusagen / meinem Verständnis nach sind sie so was wie ein <i>missing link</i> zwischen dem, was auch weiterhin an angewandter Forschung, an Grundlagenforschung laufen wird, an disziplinärer Forschung, <i>missing link</i> zwischen den großen Bereichen der Universitäten, Hochschulen auf der einen Seite und Ressortforschungseinrichtungen und / Ja? Also dazwischen Verbindung herstellen zu können, das ist die Fähigkeit dieser Institute und das wird benötigt. Und diese Fähigkeit, die hängt an dem letztlich Typus einer problemorientierten Forschung. Wenn man das ganz klar sagt, eine Forschung, die sich über Probleme organisiert und deshalb auch dann dem Problem entsprechend transdisziplinär ist und die selber flexible Organisationseinheiten darstellen.</p> <p>Görlach: Das war ein sehr schönes Schlusswort und ich möchte es damit bewenden lassen und Ihnen sehr herzlich danken, dass Sie sich heute Abend die Zeit genommen haben, um Ihr Wissen und Ihre Erfahrung mit uns zu teilen. Herzlichen Dank. Jahn: Ich danke Ihnen und gutes Fortschreiten für das Projekt.</p>
--	--	---

Interview mit Prof. Dr. Martin Jänicke, Gründungsdirektor Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU Berlin

Interviewt durch: Matthias Duwe; Head, Climate; Ecologic Institut

Datum: 29. Mai 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Jänicke, Martin (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29. Mai 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:20	00:01:18	<p>Duwe: Erst einmal: Sehr herzlich willkommen, Herr Prof. Dr. Martin Jänicke. Wir sind hier heute zu einem Gespräch über die Geschichte der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland. Wir führen das Gespräch als eins von zwanzig, die wir mit Zeitzeugen führen wollen. Nach einer Methode die sich Oral History nennt, versuchen wir, geschichtliches Wissen einzufangen, das ansonsten wenig in geschriebener Form vorhanden ist. Das Projekt, das wir dazu haben, heißt "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende" um anzuzeigen, dass wir versuchen, dieses breite Spektrum von den Sechzigern bis in das 21. Jahrhundert mitzunehmen. Ich freue mich sehr, dass Sie nochmal die Zeit gefunden haben, mit uns zu sprechen, da Sie aus so vielen verschiedenen Perspektiven das Thema und die Institutionen begleitet haben, wird das bei uns, für uns besonders hilfreich sein.</p>
00:01:18	00:03:53	<p>Duwe: Bevor wir nochmal den Blick nach hinten rechnen, richten, würde ich gerne noch eine Frage zur Gegenwart stellen und zwar weiß ich, dass einer Ihrer Aufträge und Arbeiten aus den letzten Jahren darin bestand, die chinesische Regierung zu beraten. Jänicke: Ja. Duwe: Und da gibt es ja gerade diese und letzte Woche Nachrichten darüber, dass die chinesische Regierung sogar darüber nachdenkt, tatsächlich ihre Treibhausgasemissionen absolut zu kappen und Emissionshandelssysteme einführt. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung? Jänicke: Also, da kann</p>

		<p>man sehen, wie, wie dramatisch schnell der Lernprozess in der chinesischen Führung abgelaufen ist. Ich erinnere mich, dass wir Ende November, im November 2011, eine Diskussion hatten über die Kohle, die nicht unser offizielles Thema war, also das offizielle Thema war die Entwicklung von Umweltzielen bis 2020, aber indirekt – weil CO₂ dazugehörte – war natürlich die Klimafrage immer dabei. Und da gab es eine Diskussion und ich hab mich da also auch deutlich geäußert und dann wurde ich beiseite genommen von einem der wichtigsten, von einem der Politikberater, also wenn der redet, dann haben die anderen den Kopf gesenkt so vor lauter Ehrfurcht. Der nahm mich beiseite und sagte, November 2011, "das Thema lassen wir, das ist da, das ist sakrosankt, da ist nichts zu ändern, 70% Kohle-Anteil ist fest geschrieben, also auch perspektivisch..." und so weiter. Also das war völlig klar und sehr autoritativ auch im Grunde genommen. Und schon im nächsten halben Jahr hatten wir eine Diskussion. Ich hatte zufällig rausgefunden, dass in Indien die Kohlenreichweite nicht 200 Jahre ist, sondern, sondern es gab eine Berechnung der Regierung selber mit nur noch 35 Jahren und ich fragte, offiziell, wie das denn in China wäre. Und da sagte eine der Redenschreiberinnen da des, des Ministerpräsidenten, das hätte sie ihren Boss auch gefragt und sie wäre geschockt gewesen über das Ergebnis. Und mittlerweile wissen wir das Ergebnis, sie hatte die Zahl nicht genannt, aber das muss also deutlich unter 100 jedenfalls gewesen sein. Inzwischen hat die <i>Asian Development Bank</i> eine Zahl veröffentlicht – nämlich 41 Jahre – und bisher galt immer 200 oder jedenfalls, eigentlich unbegrenzt.</p>
00:03:53	00:07:38	<p>Jänicke: Und China ist ja der größte Importeur von Kohle geworden, ne, obwohl, die sind der größte Produzent mit der Hälfte der Welt, ne, Weltproduktion, und nochmal mit 190 Millionen Tonnen im Jahre 2011. Und diese Importabhängigkeit, die ist offenbar im Laufe des Jahres 2011, wo unter anderem eine Studie war, die das einen "<i>alarming devil</i>" nannte, diesen Import, in diesem Jahre scheint das, also, sich geändert zu haben und mein Eindruck ist, das diese Energiesicherheitsfrage noch wichtiger als die Klimapolitik war. In jedem Fall ist im Laufe des Jahres 2012, sind eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, die alle, die, also gegen Kohlekraftwerke, aber alles Umweltschutz, also die Klima.../ Man hat das immer so gemacht, dass das Thema Klimapolitik und die Zuständigkeiten der Klimapolitik umgangen wurden dabei. Also umweltpolitisch konnten sie das machen mit dem Umweltministerium auch und dann wurden also sehr, sehr strenge Regelungen, die strenger sind als unsere Großförderungsanlagenverordnung, bei SO₂ jedenfalls, halb so strenge Werte, also halb so niedrige Werte wie bei uns in der Großförderungsanlagenverordnung. Und dann merkte man, wie sich das im Laufe des Jahres..., also wir haben das Thema dann nochmal offiziell im Sommer auch angesprochen und da war der gleiche Mann, der mich noch vorher beiseite genommen hatte: "Ja, das ist jetzt... also, wir haben die Importfrage und die Umweltfrage bei der Kohle und... es wird diskutiert und..." Plötzlich war der sehr offen. Und im Dezember letzten Jahres hatte ich eine Anhörung bei dem berühmten NDRC, also der großen Reformkommission zu <i>Green Revolution</i>, aber eben auch Energie und..., also, weltweite Perspektiven, deutsche Erfahrungen und solche Sachen. Zwei Tage immerhin war Anhörung, und da sagte der, der Diskussionsleiter, "100% erneuerbare Energien", ich hatte unsere Bewegung dazu angeführt mit einer Abbildung im Jahre 2050, "ja, warum nicht?" Und im gleichen Saal war einer von unseren Konservativen, in unserer Kommission, in unserer <i>Task Force</i>, der also immer diese Kohleseite betont hatte. Der sagte, und das war immerhin noch möglich, "Das mit den Erneuerbaren könnte sich auch wieder geben" und er machte so eine Bewegung [<i>halbkreisförmige Bewegung, von rechts unten, nach links oben, nach links unten</i>], <i>issue exten...</i>, <i>attention cycle</i>, sozuagen. Aber es war klar, er saß hinten an der Wand und war nicht, nicht mehr tonangebend. Insoweit war offensichtlich eine Veränderung eingetreten. Und diese Sache jetzt ist... Also in der Zeit, als man, als man das ein bisschen flexibler diskutiert hat, im Sommer des vorigen Jahres, 2012, ja, da wurde immerhin auch gesagt, der Peak könnte ja schon im Jahre 30 erreicht werden oder 25, oder, verschiedene Studien hatten das immer so... Aber 15, was jetzt diskutiert wird, offensichtlich, und das kommt vom NDRC, dieses, dieses Ziel und wie alle diese Sachen, das wird, das machen die dann auch. Das wird dann da, der Cap für, für die, die Klima..., den Emissionshandel, den sie ja sicher einführen werden, das finde ich eine sehr dramatische .../ Wie Sie das auch empfinden, das ist schon sehr bemerkenswert.</p>
00:07:38	00:08:17	<p>Duwe: Ja, absolut. Jänicke: Man hat parallel im letzten Jahr also die Strompreise progressiv erhöht und solche Sachen, es sind eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, die in der Summe auch auffällig sind, aber nicht in der Lage waren diese enorme Dynamik zu brechen. Und jetzt, wo zum ersten Mal... Es sieht so aus, als wenn der, möglicherweise, der Klima... die Klimapolitik und der Emissionshandel benutzt wird, um diese, auch vielleicht diese, diese Energiesicherheitsfrage</p>

		wirklich zu klären. Also umgekehrt: Man kommt nicht mehr mit der Energiesicherheit und sagt, das ist auch gut für den Klimaschutz, sondern der Klimaschutz wird dazu benutzt.
00:08:18	00:12:50	<p>Duwe: Über Lerngeschwindigkeiten oder auch Entwicklungen im umweltpolitischen Bewusstsein, in der Umsetzung, geht es ja auch bei unserem Hauptthema, wenn vielleicht auch in einer etwas langsameren Geschwindigkeit. Insofern wäre meine erste Kernfrage die folgende: Können Sie aus Ihrer Perspektive skizzieren für uns, wie die Umweltpolitik in Deutschland begonnen hat? Jänicke: Also die Politik hat sehr eindeutig begonnen 1969 mit dem Wahlsieg von Willy Brandt, der das auch im Wahlkampf ja auch verkündet hatte, auch schon in den schiefgegangenen Wahlen davor war das ja ein Thema, "blauer Himmel". Ich hab, war ja in dieser Wahlkampftruppe, die da immer rumreiste mit Willy Brandt, 14 Tage durchs Land, und habe nachträglich immer versucht mich zu erinnern, was hat er denn, was hat er denn zum Thema Umweltschutz gesagt, so Luftver...? Ich hatte nichts in Erinnerung. Also es war irgendwie... Allenfalls, dachte ich mir, in Dortmund oder so, irgendwo in einer dieser Ruhrgebietsstädte, dass da es vielleicht erwähnt worden ist. In jedem Fall war ich, auch nachträglich, historisch gesehen, genauso überrascht wie die ganze Öffentlichkeit, die plötzlich das sah, es ist das zentrale Thema eigentlich dieser Regierung, oder, ja, eines von wenigen zentralen Themen. Und das ist ja auch blitzschnell in Gang gesetzt worden, mit dem Umweltsofortprogramm 2070 (1970), dann wurde schon '71 der Sachverständigenrat für Umweltfragen gegründet, all solche Dinge. '71 gab es schon diesen, dieses Umweltprogramm, quasi ein Plan, der detailliert gerechnet war, hohes Niveau hatte... Ja und im Vergleich dazu kann man sagen, also wenn wir jetzt nach der Wissensbasis fragen, dass da zunächst mal die Politik klar die Initiative hatte. Die Beamte haben sich selber sachkundig gemacht und im Zweifelsfall haben die Juristen eine große Rolle gespielt; also, nachgucken was in der USA an, an Gesetzen besteht und so weiter. Wenn ich mir das Konzert der Umweltwissenschaften angucke, dann ist in dieser Zeit, meiner Ansicht nach – außer vielleicht mal hier und da mal 'n Naturwissenschaftlern, bezogen auf Wasser und solche Dinge oder auch Luftreinhaltung, die technische Seite (das war, das war wissenschaftlich natürlich vorgedacht und da gab es die Leute, die der Regierung zugearbeitet haben) – eben ansonsten nur die, nur die Juristerei als Disziplin, die relativ frühzeitig wirklich Wissensproduktion für diese Politik betrieben hat, wenn auch sicherlich sehr stark, die, die haben die Fragen nicht entwickelt, aber dann Antworten der Regierung, für die Regierung gegeben. Die Fragen, die hatte die Regierung. Und für Innovationen sind ja eigentlich die Fragen immer das Wichtige, ne, also der neue Impuls. Nein, das war meiner Ansicht nach sehr eindeutig, und die oppositionelle Umweltbewegung, aber auch die kritische Umweltwissenschaft folgte dann erst als, ja insbesondere, nachdem Willy Brandt ausgeschieden war und unter Schmidt das dann doch auch wieder teilweise zurückgenommen wurde, beziehungsweise auch im Zeichen der Krise wurde ja, wurde ja einiges zurückgenommen, einfach aus Krisengründen auch, weil die – wie immer in Krisen – die Präferenzen halt sich verschoben. Aber nachträglich gesehen ist das schon eine ganz erstaunliche Sache, dass eine Regierung mit so einem Thema, das überhaupt eine, es war ja noch nicht mal in Stockholm etabliert, Stockholm war ja später, ne, 1972... Also im Vorfeld von Stockholm so eine Initiative ergreift, im Grunde genommen ausschließlich nach dem Modell USA, ne. Die hatten das halt 2070, äh, 1970 in Gang gesetzt, aber es ist zeitverschoben um wenige Monate eigentlich nur, dass das sofort nachgeahmt wurde, das alles ist aus heutiger Sicht sehr, sehr ungewöhnlich, ne.</p>
00:12:51	00:16:27	<p>Duwe: Lässt sich denn in irgendeiner Form nachvollziehen, noch, wer da innerhalb der Regierung treibende Kräfte waren? Jänicke: Also, unter den, man weiß heute, dass unter den Staatssekretären also, dass im Innenministerium einige FDP-Leute dann in der Folge sehr markant tätig waren, also, der Staatssekretär Hartkopf und dann der Ministerialdirigent... Doppelnamen, auch FDP jedenfalls, ja... Im Kanzleramt, wo ich ja die Planungsabteilung kennen gelernt habe, wo es unter anderem Herrn Rürup gab oder Herrn, den späteren Bundesbankpräsidenten, die waren da alle Abteilungsmenschen im, im Kanzleramt, Planungsamt. Da war im Grunde genommen auch niemand besonders... Ich wurde da 1974 dazu geholt mit dem Auftrag, also mit Vertrag, im Vertrag stand drinnen, also, Umweltpolitik anderer Länder zu beobachten und also, eine Outlook-Funktion wahrzunehmen, Umweltpolitik und Reformpolitik, diese beiden Dinge. Und das hat dann unter anderem dazu geführt, dass mir '74, als man ein Programm für die, ein Investitionsprogramm gegen die Rezession nach der Ölkrise machte, da wurde richtig rum gefragt, Abfrage der Experten, welche Form von Investition man vorschlagen würde. Also wo kann der Staat Geld ausgeben, damit es Wachstum gibt? Und da hatte ich gesagt, in Schweden haben sie in so einer Situation den Kläranlagenbau gefördert und wie auch immer..., jedenfalls der Kläranlagenbau war dann eines der</p>

		Felder, wo dann investiert wurde, wo man, wo ich – nachträglich gesehen – auch zum ersten Mal mitgekriegt habe, wenn man umweltpolitische Ziele in die Kategorien der Wirtschaftslogik, der von Marktprozessen übersetzt oder in, wenn man Umweltpolitik industriepolitisch konzipiert, klappt das in der Regel bei der Politik, bei der Regierung immer sehr viel besser. Man hat immer sofort ein paar Adressaten mehr, die hinhören und alles in allem ist ja der Kläranlagenbau, denk ich auch, da kann man nachträglich gesehen nichts gegen sagen, außer dass die, die Investitionen natürlich nicht dem Konjunkturzyklus entsprachen, wie man es haben wollte, sondern genau als es wieder rauf ging, da kamen die Investitionen. Ein Jahr, ein Jahr später als es sein sollte und dann war es prozyklisch und im Jahre 1976 ist ein Riesenwachstum erzeugt worden auf diese Weise. Ja, also, im Kanzleramt, eigentlich auch niemand, wo man so sagen kann, der ist so, das ist so die, der lebende Umweltschutz, wie das im Innenministerium zweifellos dann war, später Müller und solche Leute, die wirklich Überzeugungstäter waren, die hab ich im....Und Willy Brandt selber? Sicher nicht. Der hat, das war nich, eigentlich nicht seine, seine Linie – und trotzdem hat er es gemacht. Ja, also dieser Punkt ist eigentlich schwer zu erklären...
00:16:28	00:18:26	Duwe: Ja, interessant. Also, das wäre vielleicht was, wo wir auch nochmal versuchen mit Recherche nachzubohren und wenn Ihnen da in dem Bereich nochmal wieder ein Name explizit einfällt oder so, dann, oder eine Institution... Dann wäre das interessant. Also das, das Umweltbundesamt ist ja dem Bundesinnenministerium unterstellt gewesen. Jänicke: Ja, ja. Duwe: Nicht war, genau. Der Sachverständigenrat aus der ähnlichen Zeit gegründet berichtete an die Bundesregierung als Ganzes? Jänicke: Ja! ja. Duwe: Gut: Jänicke: 1974 der erste Bericht und 1978 der erste richtig interessante Bericht. Also, interessant ist ja, dass im Sachverständigenrat von Anfang an immer ein Politikwissenschaftler dabei war: Karl Kaiser, der auch nie sich mit, also der war nicht berühmt für seine Umweltbeiträge, aber ein renommierter Außenpolitikexperte, dann war es Fritz Scharpf und dann Windhof-Héritier, also jedenfalls immer... Meine Nachfolgerin ist auch wieder im SRU. Also, das hat eine gewisse Tradition, dass die Politologie genauso wie die Juristerei da immer ununterbrochen eigentlich vertreten war, was eigentlich auch ungewöhnlich ist. Also, in den meisten Ländern haben die Ökonomen mehr eine dominante Rolle, die Ökonomen und die Juristen, ne, in diesem Zusammenspiel. Ja. Duwe: Mit diesen beiden angesprochenen Institutionen hat sich ja eigentlich dann zu Beginn der 70er Jahre der Staat erstmal seine eigenen beratenden Institutionen gegründet. Aber Sie haben jetzt eben schon darauf hingewiesen, dass dann außerhalb der staatlichen Institutionen sich ähnliche Institutionen geschaffen haben, in, in den Folgejahren. Wo würden Sie diese wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung und Ihre Anfänge verorten? Jänicke: Also generell, unabhängig von den alternativen Instituten?
00:18:26	00:22:45	Duwe: Gerne in der Reihenfolge. Also wenn die, wenn die sequentiell zuerst kommen, dann zuerst bei den allgemeinen und dann mit dem Blick auf die, die sich außerstaatlich gegründet haben. Jänicke: Also meiner Ansicht nach gab es eine gewisse Infrastruktur der, der Umweltpolitikberatung, die sich auf das bezog, was bis dahin Ländersache war, ne. Länder, die Länder waren zuständig für Luftreinhaltung, für Wasserschutz ja auch später, für Regelungen zur, zu Kraftwerken und so weiter musste man Experten haben und da gab es eine gewisse Infrastruktur für. Ingenieurswissenschaftliche Leute, Juristen, manchmal war der Gesundheitsaspekt schon irgendwie auch noch so ein bisschen mit einbezogen... aber also das ist das, was auch sich dann immer weiter entwickelt hat, also, die sehr, sehr regierungnahe Beratung von Leuten, die eigentlich aber auch nicht, keine "mission" hatten, also nicht irgendetwas vertreten haben. Die Alternativszene, einschließlich WZB-Umweltinstitut, IIUG, also insbesondere das Öko-Institut, das kriegte seine Bedeutung dadurch, dass ganz offensichtlich Marktlücken für die Wissensproduktion waren. Also bestimmte Dinge, für die man in der Zeit schon wusste, dass es auch Antworten gibt... So lange keine Antworten bekannt waren, hat man Umweltthemen irgendwie auch zur Kenntnis genommen, dass Fische sterben oder so, aber man hat es nicht politis.., politisch wahrgenommen. Da man aber über die USA doch eine Menge wusste, was man machen kann, dass man sehr strenge Abgasvorschriften zum Beispiel einführen kann, das wusste man über, wussten Wissenschaftler und unabhängige Journalisten wie auch immer eben über die USA im Wesentlichen. Und auf die Weise stellte sich heraus, dass da sozusagen was zu klären ist, dass da, also man, dass sehr viel mehr passieren müsste, also insbesondere nach 1974, wo das nicht mehr so richtig weiterging... Und in der Zeit eigentlich gibt es eine Art von Forschung, die "Advocacy Coalition" auch ist. Also, die wirklich auch Ziele verfolgt hat, beziehungsweise eben nahe liegende Maßnahmen gefordert hat. Und da wiederum ist interessant, dass das so weit weg von den Universitäten passiert ist. Also im Öko-Institut war Rehlinger, der gehörte zu einer Disziplin,

		<p>wie gesagt, die ein bisschen, hier und da auch schon eine gewisse Nähe zu dem Thema hatte, aber ansonsten war im Universitätsbereich wirklich überhaupt nichts an kritischen Dingen vorhanden. Später dann, so im Laufe der 70er Jahre, hier und da mal ein botanisches Institut oder irgendwas, wo dann die, von der Naturschutzseite her dann ein bisschen was passierte. Die Universitätslandschaft ist wirklich, kann man wirklich sagen: Still ruht der See. Da war überhaupt nichts. Und eigentlich ist diese Universitätslandschaft auch erst ins Spiel gekommen als Gelder flossen. Und zwei Faktoren kann man für die Unis eigentlich erklären: Die Studenten haben gefordert, dass da mehr passiert, auch in der Lehre und so weiter und in der Forschung und dann flossen Gelder. Und das, die beiden Mechanismen zusammen führten dazu, dass an manchen Universitätsfakultäten dann doch auch das Thema dann ein bisschen bedient wurde. Aber sehr, sehr spät, und lange nachdem eben Institutionen wie das WZB und das Öko-Institut mit ihren Sachen in die Medien kamen.</p>
00:22:45	00:26:10	<p>Jänicke: Die Medien sind ja eine sehr wichtige Rolle; also die Minderheit derjenigen Medien, die so was transportiert haben oder für die das Thema nicht nur eben unter "Vermischtes" lief, das war so ganz auffällig. "Umwelt" und später "Klima", immer unter "Vermischtes". In der Frankfurter Rundschau und so war das eben manchmal auch im Hauptteil, Wirtschaftsteil nicht, nie und nimmer, aber im Hauptteil, in der Politik, da tauchten solche Themen dann auch auf. Und die Medien sind ein wichtiger Faktor gewesen. Also wenn die Medien nicht auch die ersten Studien, die das Öko-Institut gemacht hat, transportiert hätten, wär das nicht so wirksam gewesen. Aber eigentlich kann man sagen, mindestens zehn Jahre lang, also bis weit in die 80er Jahre hinein, vielleicht sogar Ende der, bis Ende der 80er Jahre, da gab es so ein Dualismus zwischen Alternativwissenschaft, meistens außerhalb der Unis, oder Professoren, die aber außerhalb der Uni tätig waren, hier und da, und der etablierten Wissenschaft. Wobei ein Begriff immer, ein Wort, immer ganz besonders schnell die Grenzen deutlich machte. Man war "seriös", wenn man sein Geld auch bei BASF verdiente oder bei der, bei der Stromwirtschaft oder so, als... Wenn man als Institut, wie RWI oder wie auch immer, eben auch die anderen Auftraggeber hatte, eben in der Auseinandersetzung mit Leuten wie unsereinem, war das immer... das fiel das Wort "seriös". Man, das ist, man ist der seriöse Teil. Und das ist natürlich etwas, was einem als Wissenschaftler, der ja auch ehrgeizig ist, durchaus wehtut. Wenn man, wenn man bloß wegen der Überzeugung, die man vertritt, nicht als seriös eingestuft wird, ist das schon... schluckt man das nicht, akzeptiert man nicht so schnell. Ich habe dann aber gemerkt, dass dieses Pejorativ, das eine große Rolle spielte, ausgesprochen oder nicht-ausgesprochen, es war immer im Raum, immer, wenn die anderen mit dabei waren, wenn man zufällig auch mal eingeladen wurde, ne oder so, war das immer klar, dass das eine große Rolle spielte. Was ich, so emotional gesehen, dann irgendwie als, wie soll man sagen, "<i>countervailing motivation</i>" sozusagen empfunden hab also dass man.../ Ich habe zunehmend den Eindruck gehabt, "okay, ihr könnt das mit eurer Seriosität darauf herumreiten oder wie – ich habe dafür Glaubwürdigkeit". Dieses Gefühl, man ist glaubwürdig. Nicht bei denen, das ist ja kein Kriterium so bei diesen kommerziellen Instituten gewesen, aber in der Öffentlichkeit, bei Versammlungen und so weiter, dass man jemand ist, wo die Leute es einem abnehmen, einerseits, wenn man Professor ist, dann doch, ne, das hat dann doch eine Rolle gespielt, aber eben auch, wenn man bestimmte Dinge vertreten hat, die einem nicht gut was eingebracht haben können, also wo ganz klar war, dass, Vorteile hat der nicht davon.</p>
00:26:14	00:29:28	<p>Jänicke: Ich habe ja noch '82 eine sehr attraktive Professur an der TU nicht gekriegt, weil.../ Die wurde am Ende dann wieder kassiert, weil ich auf dem ersten Platz war. Und die Uni, die Uni dazu stand, wurde Stelle gestrichen, bis... und dann wieder ausgeschrieben mit der Auflage: Andere Übersetzung, also das... Leute, die da tätig waren, in diesem Bereich, die waren wirklich als auch umstrittene, umstrittene Wissenschaftler, das ist noch ein andere, ein anderes Etikett, was man dann auch leicht kriegte. Da gab es also die "seriösen" und die "umstrittenen". Und wir waren die "Umstrittenen". Und das konnte sehr häufig dazu führen, dass man bei einer Konferenz wieder ausgeladen wurde, weil irgendwie irgendeine Randfigur hatte einen auf die Liste gesetzt und ein Etablierter hatte den Namen entdeckt und dann wurde man wieder, mit irgendeiner Begründung, wieder ausgeladen. Es gab schon viele Formen der, der... es war eine klare Trennungslinie, die ganz, ganz lange galt. Und eigentlich, für manche Institute, so Institute wie Kiel oder, oder Ifo Institut, RWI wäre, wäre auch zu nennen, die sind eigentlich erst jetzt mit der Energiewende, weil nun, weil beim Klima parteiübergreifend ein Konsens ist, "das machen wir so", ne, sind die, jedenfalls in der Energie- und Klimafrage eingestiegen auf das Thema, machen das auch und versuchen auch zu beweisen, dass sie Fachleute sind. In der Enquete-Kommission für Wachstum</p>

		<p>konnte man das sehr gut merken, dass sie also durchaus nicht diejenigen sein wollten, die keine Ahnung haben, ne. Aber eigentlich bis jetzt, bis jetzt hat das gedauert, dass die etablierte Forschungslandschaft, die natürlich überwiegend von Aufträgen der Industrie lebt oder auch von, von Staatsseite, dass die halt ihre klare Position hatte, ihre klare Abgrenzung, ihre klaren Nicht-Zitier-Regeln – selbstverständlich kann man, kann man so etwas wie Öko-Institut nicht zitieren und solche Leute wie Jänicke, aber alles abschreiben, ne. Das war wirklich auffällig, diese, diese... Das ist der dritte Punkt, der einem wehtut, ne. Man wird abgeschrieben und wenn man nachher diese Schrift zitiert, sieht man auch noch fast so aus, als wenn man es von da hätte. Es wurde geklaut und auf die Weise haben die dann das Thema besetzt. Es zeigt auf der anderen Seite aber auch, dass sie, dass immer dann, sie begriffen hatten, jetzt müssen wir da eben einsteigen. Und wo steigt man ein? Bei denen, die es schon gemacht haben. Insoweit haben wir in vielen, bei vielen Themen wirklich das Bett bereitet oder die Basis geschaffen, dass die Etablierten da weiter machen konnten, was heute dazu führt, das der Unterschied nicht mehr so, nicht mehr groß ist.</p>
00:29:30	00:31:56	<p>Duwe: Das finde ich sehr interessant. Vielleicht können Sie nochmal etwas genauer dann da Ihren eigenen Werdegang da skizzieren, und zwar? Denn wir haben da jetzt ja zum einen diese Institute, die sie explizit dann auch außerhalb des etablierten Wissenschaftssystems konstituieren, einige werden direkt... brechen mit der Uni, wie das IFEU, und gründen sich dann aus, mehr oder weniger, auch wenn das Leute waren, die noch in der, an der Uni schon versucht haben, diese Arbeit zu machen. Und dann gleichzeitig: Sie, der Sie diesen Kontakt mit den anderen Wissenschaftlern schon gehabt haben, aber ja im Grunde auch an der Universität tätig waren, wenn ich das richtig in Erinnerung hab und damit im Wissenschaftsbetrieb, aber als kritischer Wissenschaftler, waren. Inwiefern, wie war das überhaupt möglich? Sie haben eben schon die Probleme geschildert, vielleicht können Sie nochmal kurz skizzieren, was Ihre Stationen da sind? Jänicke: Also ich bin '71 Hochschullehrer geworden und mein Gebiet war der internationale Vergleich, vergleichende Politikwissenschaft und habe erstmal Krisenforschung gemacht und im Jahre, Ende '72, da kam eine Hilfskraft aus so einem Krisenforschungsprojekt zu mir und sagte "na, wenn du mal eine richtige Krise sehen willst, lies mal hier Meadows". Und seitdem habe ich das Umweltthema gemacht. Das war an diesem Fachbereich nicht besonders schwierig gegen die etablierte Seite zu sein, weil das der Fachbereich, das OSI galt ja und war ja eine linke Institution, die in vielen anderen Fragen, gesellschaftlichen Fragen ja auch, sich in Opposition sah. Es gab ja auch fast eine Spaltung des Instituts, weil die konservativere Seite da natürlich dann nicht in dem Maße mitgemacht hat... Es war also unter den Bedingungen, den Bedingungen einer sehr kritischen Studentenschaft zum Beispiel auch, nicht schwierig innerhalb dieser Institution Dinge zu machen, wo die Industrie zum Beispiel ja auch nicht gerade gut wegkommt oder also eine kritische Position jedenfalls einzunehmen, in diesem Fall in der Umweltfrage; das war unproblematisch.</p>
00:31:56	00:35:34	<p>Jänicke: Eine andere Frage ist, wie das in der Disziplin war. Ich war, gleich nachdem ich Hochschullehrer geworden war, war relativ jung noch, mit 32 war das, bin relativ schnell gewählt worden in die Leitungsgremien der Politikwissenschaftler zum Beispiel und in den Vorstand der Vereinigung, die eine Menge Mitglieder hatte und so weiter. Und das war aber bevor ich Umweltthemen gemacht hab. Und mit der Umweltthematik hätte man eigentlich meinen, da habe ich mir meinen Namen mit gemacht. Mit dem anderen ein bisschen auch, aber eigentlich hätte man denken können, das ist so jetzt, wo die Politikwissenschaft sich sagt, das ist ein repräsentativer Zweig von uns. Es ist nie richtig ein Teil, nicht richtig integriert gewesen. Später war auch, in diesen Gremien und so weiter, das hat mich selber auch nicht mehr interessiert. Das heißt, die Disziplin, in der Disziplin war das randständig. So randständig, wie es überall in allen Disziplinen war. Wir haben ja das Phänomen, dass in der Umweltfrage alle Disziplinen zuständig sind, die Ethik... jede, jede Disziplin. Naja, vielleicht die Sprachen nicht unbedingt, aber... Und trotzdem gibt es keine Disziplin, jedenfalls in Deutschland, wo ich sagen würde, dass das Thema Umwelt... Es muss nicht zentral sein, weil Disziplinen ja wirklich auch andere Aufgaben haben. Aber ich kenne keine Disziplin, wo man sagen könnte, in der ist das wenigstens nicht randständig gewesen. Vielleicht Jura, ich weiß es nicht, aber... Weil Umweltjuristen hat man schon sehr schnell in jeder Uni gehabt. Also das, sei es, dass sie auf der Industrieseite waren, manchmal auf der anderen Seite, aber jedenfalls diese Fachkompetenz hatten sie. Während in der Politikwissenschaft und wie in den meisten Disziplinen – am stärksten in der Ökonomie, nach wie vor, finde ich – dass es doch randständig war und eigentlich immer noch irgendwie ist. Also bei uns, die Ökonomen... Wir hatten einen wirklich guten Umweltökonom, Strümpel, der hatte auch einen Nachfolger, der noch Ähnliches gemacht hat, mit mir das Lehrbuch gemacht hat, Stitzel, Lehrbuch Umweltpolitik. Die</p>

		<p>Stelle wurde nicht wieder mit einem, ist besetzt worden mit irgendeinem Neoklassiker, ne, also, und der ganze Fachbereich hat keinen Experten mehr, heute. Und insoweit zeigt sich, dass, dass dieses Problem der Randständigkeit innerhalb der jeweiligen Disziplin schon doch auffällig ist. Und bei einer Disziplin wie der Politikwissenschaft, die ja eigentlich einen ein bisschen kritischen Ansatz hat, so vom, als Disziplin, hätte man eigentlich erwartet, dass das doch eine große Bedeutung kriegt. Das hat es in den USA zum Beispiel gehabt. Also in den USA bei den Politikwissenschaftlern, viele von den renommierten Leuten haben immer irgendwas über Umweltfragen geschrieben. Sabatier, zum Beispiel, hat bemerkenswerte Studien gemacht. Das ist bei uns weniger. Also eine Zeit lang hatte ich immer das Gefühl, ich bin da eigentlich der Einzige.</p>
00:35:34	00:40:44	<p>Jänicke: Ja, und institutionell war es also so, dass ich da Hochschullehrer war, dann habe ich 1974 diese, die Tätigkeit beim Planungsstab des Bundeskanzleramtes gemacht bis 1976. Ich bin da, habe das aufgegeben nach einer Sitzung, wo der Planungsstab mit dem Planungsstab des SPD-Parteivorstandes den Wahlkampf '76 geplant hat. Und das war so, in der Eifel, 14 Tage lang, tagte man da an einem U-förmigen Tisch. Und an der Ecke saß ein Psychologe, der alle Spannungen, die da waren, also immer per Gespräch ausbalancieren musste. Und vorne saßen an jedem, an jeder Seite, rechts und links, zwei Vertreter bekannter Meinungsforschungsinstitute, Infratest war das eine, das andere weiß ich jetzt nicht genau, ob es EMNID war, weiß ich nicht. Und die Aufgabe der anwesenden Experten bestand darin, Stichworte zu nennen, die dann an die Flipcharts geheftet wurden und ich weiß nur, dass das Thema Zukunft, das Stichwort Zukunft irgendwo unten platziert war, das ist eine rein optische Wahr..., Erinnerung, dass das irgendwo rechts unten war. Und also Erlebnisse dieser Art haben bei mir, aber auch bei vielen hochfrustrierten Leuten aus dem Parteivorstand dazu geführt, also sozusagen, also dass ist doch wirklich ein... Was soll man da? Das ist einfach nicht sinnvoll. Der Wahlkampf wurde gewonnen, immerhin, nich, '76, von Helmut Schmidt, mit dem Thema "Wir schaffen das moderne Deutschland". Alles in allem, so ein bisschen eine Diskussion, die dann doch auch beeinflusst war vom Planungsstab, aber ich hab mir gesagt, also speziell auch wegen der Rolle von Helmut Schmidt in Umweltfragen, das war so auffällig... Also noch ein Beispiel: Der Planungsstab, der wurde von Helmut Schmidt abgelehnt. Das waren die, die, die düsteren Visionäre und so weiter, er hatte eine Menge negative Schlag-Stichworte gehabt für sie. Und irgendwann musste der Planungsstab eine Stellungnahme schreiben für Schmidt, warum in München die SPD die Bürgermeisterwahl oder die Mehrheit verloren hatte. Und die These, der Grund, wurde gleich mitgeliefert: Dass es die Jusos waren. Dass die Jusos daran schuld sind. Und da hab ich, diese beiden Erfahrungen dieser Art, da habe ich mir gesagt: Das musste wirklich nicht machen. Man kam da immer nach Hause und war frustriert. Und es gibt einem eine Menge Selbstwertgefühl, wenn man sagt – das war auch gut bezahlt, also – muss aber nicht sein, und da hab ich es nicht mehr gemacht, '76 also... Ich bin, war dann also auch im Kuratorium des Öko-Instituts und hab da viele, viel gelernt auch von den Leuten, die da, vor allem aus den USA Forschung transportiert haben. Es war eigentlich genau das, was, was die Brandt-Regierung gemacht hat: Der Wissenstransfer von den USA nach Deutschland wurde vom Öko-Institut, bei, mit Krause, vor allem von Florentin Krause, der viel in den USA war, auch betrieben. Nur, dass es da eben die oppositionelle Seite war, die, die hier transportiert wurde und vom Öko-Institut dann eben aufgearbeitet wurde, mit dem Vorteil, es waren hochkarätige Studien, die dann refere..., die dann benutzt wurden und ich weiß nur, irgendwann, das muss '77 gewesen sein, dass der Florentin Krause im Kuratorium des Öko-Instituts so eine, so eine Präsentation machte, ich glaube, schon mit diesen Folien, und ich, man, ich weiß noch, dass mir da fast die Kinnlade herunter fiel, weil da ausgezeichnet wurde, dass die Energie, der Energieverbrauch sich auch so entwickeln könnte... und in den USA ganz viele Maßnahmen bekannt werden, wie man das macht, <i>Least Cost Planning</i> und diese ganzen Geschichten... Die Energiedienstleistung wurde damals schon entdeckt als das, was man in der Energiepolitik vorrangig als Kriterium nehmen soll. Das wurde da vorgetragen und man hatte wirklich den Eindruck, das ist wirklich ein revolutionäres neues Wissen. Und hat ja dann auch in der Enquete-Kommission 1980, Atomenergiekommission, diese Wirkung gehabt.</p>
00:40:51	00:45:06	<p>Duwe: Ansonsten, wie... Sie haben vorhin beschrieben, welche Akzeptanzprobleme es gegeben hat für diese Art von, von Wissenschaft im etablierten Wissenschaftssystem. Wie war denn ansonsten das, das Echo, wie wurden diese Neugründungen wahrgenommen? Waren das jetzt wirklich auch in den Medien und in der Wahrnehmung, waren das die "ökologischen Spinner" oder ist die Tatsache, dass es eben Berufungen in die Enquete-Kommission gab, im Grunde nur zwei, drei Jahre nachdem diese größeren neuen alternativen Studien publiziert worden waren, ein Zeichen, dafür,</p>

		<p>dass das relativ schnell sich wandelte, das Bild? Jänicke: Also, ich denke das Öko-Institut ist durch diese Enquete-Kommission, hat eine gewisse Etablierung erfahren. Also in jedem Fall konnten sie künftig mit der Keule aufwarten, dass es sie auch gibt. Bisher gab es eben nur die anderen und die einen– und die anderen waren eben die Nicht-seriösen, die man auch ignorieren kann. Das ignorieren funktionierte jetzt nicht mehr, weil über das Parteiensystem da auch Einfluss genommen wurde. Die Parteien haben überhaupt, denke ich, eine gewisse Rolle gespielt. Also, die SPD, auf Landesebene zum Beispiel, mit dem Auftauchen der Grünen natürlich dann erst recht, dass das eben sich auch institutionell etablierte. Aber wir haben, wir haben als, also mein Institut ist ja einen Tag vor Tschernobyl gegründet worden, und nach diesem, dieser Katastrophe sind wir ja beim Wirtschaftsministerium, vom Wirtschaftsministerium beauftragt worden, auch ein Gutachten darüber zu machen, ob man aus der Atomenergie aussteigen kann. Und das war ein Konsortium Öko-Institut, IÖW und wir von der FU, und da war die Idee, dass man ja beide Seiten hören muss. Wir kriegten sehr viel weniger Geld als das andere Institut, das war das RWI, aber diese beiden Institute waren zum Zuge gekommen. Es war auch eine Zeit, wo viele Institute sich am Wettbewerb nicht beteiligt haben. Es sollte relativ kurzfristig sein und das wollten einige nicht, man hatte auch ein bisschen Glück gehabt... Aber, es war aber auch so, dass im Wirtschaftsministerium ein Staatssekretär, mit dem schönen Namen Grüner dafür plädiert hatte, dass das Öko-Institut da also mit berücksichtigt wird. Und der Herr Grüner musste später dann, er wurde dann, nachdem das Furore gemacht hat, dieses Gutachten, ist er ja dann geschasst worden. Und wenn ich es recht sehe, ist er dann im Umweltministerium wieder aufgetaucht. Aber jedenfalls da, im Jahre 1986, da war es sozusagen auch schon eine ungewöhnliche Sache zu sagen, es gibt "die Anderen" aber auch. Und bei, und bei der Atomfrage waren sie so unsicher, da konnten sie das sich gar nicht leisten nur ihre Leute sprechen zu lassen. Und trotzdem war auch im Jahre '86 noch es ein gewagtes Unternehmen von denen, die das, also von Regierungsseite betrieben haben... Kohl war dann sehr empört, wie das gelaufen ist... Es war ja so, dass im August dann also Schlagzeilen aufkamen: Beide, beide Institute sagten "ja, man kann aussteigen aus der Atomenergie", wir haben gesagt kurzfristig, RWI hat gesagt mittelfristig, also zehn Jahre. Und RWI ist ja halt der Kohle herzlich verbunden, und das war für die gut, der Kernenergie etwas "überzubraten", sodass also beide Institute, mit Varianten, den Ausstieg für möglich hielten – und das schlug ein wie eine Bombe.</p>
00:45:07	00:48:46	<p>Jänicke: Es war Saure-Gurken-Zeit, das kommt noch hinzu, lauter Leute in den Redaktionen, die gerade offiziell dafür nicht zuständig waren. Und dann gab es wirklich große Schlagzeilen mit diesem, mit dieser, mit diesem Thema, mit diesem Tenor auch, "Es ist möglich..." oder "Zwei Institute halten es für möglich"... und dann eben die heftige Reaktion von Kohl darauf, deswegen wurde der... Also man könnte nachträglich sagen, wenn die das gewusst hätten, wäre auch im Jahre '86 noch das Öko-Institut ausgeblendet worden. Also, es ist schon sehr, ein sehr, sehr langsamer Prozess gewesen. Ich denke, einen gewissen Durchbruch hat gebracht, Töpfer mit seinem, seiner größeren Offenheit. Also, seit Töpfer Minister war, ab 87, ja da wurde man zum Beispiel mal zu einer Podiumsdiskussion mit ihm eingeladen oder so... Das war schon etwas Neues, dass die beiden Seiten sich jeweils, ja, also sich die etablierte Seite sich relativierte, indem eben die Kritik auch einbezogen wurde. Ja, und ich denke dann, unter Töpfer ist eigentlich die Wende zu dem, der Art von Umweltpolitik, die wir auch heute haben, vollzogen worden, also mehr innovationsorientiert, mehr Mobilisierung von Wirtschaftsinteressen auch für Umweltschutz und so weiter. Das ist dann mit Rot-Grün, '98, unter der Formel "Ökologische Modernisierung" gelaufen. Das ist die Formel, die ich '82 mal aufgebracht habe und die im Vorfeld in mehreren Instituten, also vor allem am WZB, viel verwendet worden ist und dann in den beiden Parteien auch verwendet worden ist. Und '98 ist es die Überschrift über das Umweltkapitel der Koalitionsvereinbarung, 2002 nochmal das Gleiche. Also da ist sozusagen, Rot-Grün hat markant sich für einen modernistischen Politikstil sozusagen sich dazu bekannt, was insoweit auch im Vergleich zu anderen Ländern, denk ich, wichtig ist, weil die grüne Seite hat in den meisten Ländern sehr viel länger gebraucht, um, um zu akzeptieren, dass es auch wirtschaftliche Interessen gibt, die man wirklich glaubwürdig auch einsetzen kann für Umweltziele. Gerade auf der Naturschutzseite ist das immer sehr, sehr skeptisch gesehen worden, also wenn jemand Geld verdient an solchen Dingen ist das irgendwie, entehrt das sozusagen den Naturschutz und ähnliche Vorstellungen. Das ist, angefangen mit Töpfer und dann also etabliert seit '98, hat sich das durchgesetzt. Es hat sich auch in der Großen Koalition weiter durchgesetzt... also da ist schon, kann man wirklich sehen, wie sich das also deutlich stabilisiert hat, ein bestimmter Ansatz, mit dem</p>

		Deutschland zweifellos auch weltweit eine erfolgreiche Politik gemacht hat, auch eine ökonomisch erfolgreiche Politik gemacht hat.
00:48:49	00:53:41	<p>Duwe: Sie haben, haben eben berichtet, dass im Grunde auch nach der Gründung der Forschungsstelle Umwelt, der Sie von Anfang an vorgestanden haben, 1986, immer noch, selbst obwohl das nun im Rahmen einer Universität ja gegründet wurde, die Akzeptanz problematisch war, auch im politischen Spektrum. Erzählen Sie uns doch ein bisschen mehr über die Gründung selber, die Entstehungsgeschichte Ihrer Forschungsstelle. Jänicke: Ja, also wir haben an der FU schon Umweltforschung gemacht seit '74, ein großes VW-Projekt. Die VW-Stiftung hat eine Zeit lang das irgendwie ganz interessant gefunden, dass man eben als Auto, mit der Imagebelastung "Autoindustrie" dann eben gerade auch in ökologischer Hinsicht ein bisschen sich profiliert. Das war ein großes Projekt, internationaler Vergleich von Umweltpolitik: "Politik und Ökologie der Industrieländer" hieß das. Das ist eigentlich der Kern dessen, was später dann die Forschungsstelle für Umweltpolitik wurde. Die Leute, die da eingestiegen sind in die Forschung, die sind zum Teil auch weiterhin dabei gewesen dann, und dann sind es halt auch immer mehr geworden, dann wurde das IIUG geschlossen und wir haben mehrere Leute von denen übernommen und mit diesem Prozess beginnt eigentlich die Forschungsstelle, also die Gründung. Also Lutz Mez zum Beispiel kam vom, von Simonis vom IIUG, Roland Zieschank, eigentlich auch Andreas Kraemer, der dann nach einiger Zeit auch bei uns war. Jobst Conrad, das ist der, ein Weiterer, der von da kam... Und mit dem Rest des WZB haben wir auch weiterhin kooperiert, also mit Helmut Weidner zum Beispiel, Simonis war ja auch eine Weile noch dabei. Aber die Forschungsstelle ist zu einem Teil auch, ja, aufgewertet worden durch die, das Rüberwandern von Leuten aus dem WZB. Ich selber war im WZB die ganze Zeit immer aktiv, habe auch aktiv betrieben, dass Simonis Vorsitzender wurde und diese Stelle kriegte. Ich war im Beirat des WZB und Vorsitzender des Beirates und, ja, also, die Gründung war eigentlich nicht problematisch. Wir haben eine institutionelle Form gewählt, die, die nicht auf große Widerstände stoßen konnte. Also, "Forschungsstelle" ist schon so ein harmloser Name, wenn wir ein Institut gegründet hätten, wäre das, hätte das im Fachbereich sehr viel mehr Schwierigkeiten gebracht. So hatte man die Möglichkeit, eine gewisse Infrastruktur zu beanspruchen, also die Räume, die wir hatten, zu behalten und so weiter. Wir haben dann eben auch einen Geschäftsführer bezahlt bekommen und dann gab es jemanden, der die Dokumentation machte, auch von der Uni bezahlt, im Wesentlichen aber immer über das Präsidium, Präsidium der FU, die haben immer sehr viel mehr gewürdigt, dass wir auch außerhalb der FU was darstellen und im Fachbereich war das immer irgendwie dann doch so ein bisschen umstritten. Bis heute. Bis heute hat die, das Institut einen schweren Stand im Fachbereich. Meine Nachfolge sollte wieder kassiert werden und wieder nicht, als die Stelle wieder doch dann verfügbar gemacht wurde, sollte es nicht Umweltschutz sein. Dann sollte, dann wurde es doch so ausgeschrieben, weil das Präsidium das so wollte, und, also 2007. Und dann wurde vom Fachbereich immer noch versucht zu verhindern, dass da jemand berufen wird. Also, die haben meine Nachfolge richtig abgeschreckt, richtig, also in Form, die man sich kaum vorstellen kann. Die hat zum Teil, kam nach Amerika hierher um Verhandlungen zu führen, Berufungsverhandlungen, und dann wurde sie eine halbe Stunde auf dem Flur sitzen gelassen und solche Geschichten. Also, wenn sie nicht schon vorher integriert gewesen wäre, sie hat ja bei uns Praktikum auch gemacht, dann hätte sie das nicht gemacht.</p>
00:53:45	00:57:24	<p>Duwe: Nun, es gibt den Begriff der "Berliner Schule für Umweltpolitik" oder Umweltforschung. In diesem Zusammenhang: Können Sie uns ein bisschen erläutern, was Sie darunter verstehen? Jänicke: Ja, also eigentlich hat ja das alte Westberlin so manche Communitys gefördert: Enge Vernetzung, die sich vielleicht auch dadurch ergeben, dass man nach außen halt gar keine Möglichkeiten hatte. Diese Vernetzung von, von Umweltpolitikforschern in Berlin, von denen man mindestens dreißig nennen kann, die alle mit Büchern und... durchaus sich einen Namen gemacht haben, also, das ist eine ganz schöne Zahl, die entweder im WZB tätig waren oder aber an der FU oder aber zum Beispiel bei uns promoviert haben, wie Kristine Kern oder Wolfgang Rüdiger und so, also der ja auch mit großen Studien über Atombewegung aufgetreten ist, heute in England ist, ja... Das war, also ich denk, die räumliche Vernetzung hat schon eine gewisse Rolle gespielt, dass man sich eben in Berlin immer irgendwo auch traf, bei irgendwelchen Veranstaltungen oder, ja, oder eben an diesen beiden Institutionen, zunächst einmal lange Zeit am WZB, und da ist eine bestimmte Tradition, denke ich, entstanden oder eine bestimmte Richtung von Umweltpolitikforschung entstanden, die zunächst mal erst einmal Umweltpolitik wirklich erforschte und nicht die Umweltbewegung oder ne, nicht Unternehmen untersuchte, sondern,</p>

		auch nicht Umweltrecht sondern eben Umweltpolitik untersuchte, mit klar ökonomischen Kategorien auch. Die ökonomische Bedeutung der Umweltpolitik wurde immer mit behandelt von den Betreffenden. Die Betreffenden haben eigentlich auch durchgängig internationalen Vergleich gemacht, sich auf "Best Practice" bezogen, was ja auch eine bestimmte methodische Entscheidung ist. Man könnte sich ja auch immer auf die kritischen Fälle konzentrieren, hier wurde innovationsorientiert geforscht: Wo sind die besseren Lösungen und wie breiten sie sich aus? Das war eine frühe Frage eigentlich. Wer sind Pioniere? Unternehmen? Welche Länder? Welche Rolle spielen Pionierländer in der internationalen Politik? Und auch der reine Transport von Wissen aus Pionierländern, was, was ein Land wie Japan wie gemacht hat, das hat man aus den englischsprachigen Versionen der japanischen Umweltberichte oder so berichtet, war auch häufig da in diesen Ländern, das heißt auch der Wissenstransfer hat eine große Rolle gespielt in diesem Netzwerk, denk ich mal. Wissenstransfer bezogen auf "Best Practice". Ich denke das gibt in der Summe schon eine bestimmte Orientierung, die eine ganz andere ist als wenn ich etwa, ja, also, nur Umweltrecht immanent diskutiere oder ob, wenn ich die Rolle des Verbrauchers speziell mir angucke oder die Rolle der Gewerkschaften oder so, die gesellschaftliche Bedeutung des Umweltschutzes, das sind immer andere, oder die Meinungsforschung, oder die Psychologie, die ja auch ihre Traditionen hatte in der Umweltforschung... das alles spielte keine Rolle.
00:57:24	01:00:09	Jänicke: Es war immer der Staatsapparat, die Betreffenden haben sich nie dafür gerechtfertigt, dass sie die Rolle der Politik wichtig finden, bei Ökonomen ist das ja immer umstritten. Insoweit war also doch ein gewisser Minimalkonsens, ich denk auch, dass man sich, ja, miteinander zu tun, dass man sich im Zweifelsfall auch gegenseitig zitierte, dass man jeweils auch in den beiden oppositionellen Parteien, bis 2000, äh bis '98 oppositionellen Parteien Fuß gefasst hatte, bei den Grünen oder bei der SPD. Simonis hat bei der SPD eine wichtige Rolle gespielt als, ja, Meinungsführer, ich habe das bei den Grünen auch sicherlich in gewisser Weise. Wir haben zum Beispiel, also der Begriff der ökologischen Modernisierung ist zum Beispiel eingeführt worden in der so genannten "Alternativen Regierungserklärung", die '83 in der Zeitschrift "Natur" abgedruckt wurde, da ging es, also, um ökologische Modernisierung schon. Und diese Zeitschrift, "Natur", ist auch so ein Beispiel, wo man sagen kann, die Klientel dieser Zeitschrift, das waren nicht nur Naturschützer, wie das früher war, sondern eben auch Sozialdemokraten und Grüne und entsprechend, entsprechende Organisationen, die dazugehören. Also dass sich das Thema der Umweltpolitik, in einer bestimmten Weise, nämlich eine, eine, eine machbare Umweltpolitik und nicht eine an Visionen leidende Umweltpolitik, dass sich das bei der SPD durchgesetzt hat, ist sicherlich sehr stark auch hier... Lafontaine hat das dann zitiert, oder, oder, ich habe vor der Wahl '98 ein Podiumsgespräch gehabt mit, mit Schröder, was wörtlich über mehrere Seiten im "Vorwärts" abgedruckt wurde. Wo es eben auch darum ging, wo er dann eben beim Rundfunkinterview hinterher sagte er, er hätte gerade etwas sehr Interessantes dazugelernt, nämlich dass Umweltpolitik gar nicht so nachteilig für die Wirtschaft sein muss. Das war ihm völlig neu gewesen. Also dass solche Argumente in den beiden Oppositionsparteien sich ausbreiten konnten, da hat, da denke ich, hat dieses Berliner Netzwerk eine ziemlich wichtige Rolle gespielt, weil die alle irgendwo organisiert waren, politisch.
01:00:11	01:04:11	Duwe: Obwohl Sie im Grunde begonnen haben zu arbeiten in einer Bonner Republik, war trotzdem der... Oder wurde der Bezug zur Politik stärker durch den Umzug? Jänicke: Ja, denke ich schon, denk ich schon. Also, die Nähe zur Politik seit dem Umzug hat zum Beispiel für den Fachbereich "Politische Wissenschaften" in Berlin eine enorme Bedeutung gehabt. Und ganz viele Absolventen von mir waren dann Assistenten von Abgeordneten und so weiter. Und dieses, dass da eine Menge Leute waren, die sich mit einer konkreten, praktischen Politik schon beschäftigt hatten, in der Uni schon, das war, denke ich auch, hat deren Berufschancen deutlich verbessert im Vergleich zu diesen, den vielen schwierigen Fällen, die wir ja haben, als Absolventen, die irgendwas Abstraktes gemacht haben und hinterher interessiert es keinen mehr. In der Uni ist es wahnsinnig wichtig gefunden worden – und außerhalb nicht. Also, die, dass praxisrelevant studiert wurde, an unserem Fachbereich zum Beispiel, da haben wir, denke ich, auch erheblich zu beigetragen. In jedem Fall ist das so, dass... Also beispielsweise: ich war, ich war 2002 Mitglied der deutschen Delegation in Johannesburg. Und da waren, hab ich gezählt, elf Politologen in dieser deutschen Delegation. Im Wesentlichen Leute, die bei mir Examen gemacht hatten, die dann zum Beispiel sehr wichtige Rollen spielten, die dann in Geheimtreffen mit anderen, informellen Treffen, da die Texte gemacht haben und aufgepasst haben und sonst was und wo man dann gefragt hat: "Kannst du mich da nicht mal mitnehmen?" Und dann bin ich da also auch in solche internen Sachen hereingekommen,

		<p>wo man dann beispielsweise sehen konnte, dass so ein Staat wie Tuvalu repräsentiert wurde vom, vom, von Greenpeace. Greenpeace war praktisch der Staat Tuvalu in diesen informellen, da war gar kein anderer. Da hat der das Schild von Tuvalu vor sich gehabt, und war aber ein Greenpeace-Mann. Solche Feinheiten konnte man dann doch mitkriegen. Ich habe übrigens auch durch teilnehmende Beobachtung in diesem konkreten Fall mitgekriegt, für meine, für meine fachliche Entwicklung hat das eine große Bedeutung, weil ich gesehen habe: Wenn es wirklich darauf ankommt, sind es die Leute der Staatsseite. Die Zivilgesellschaft und die ganzen Verbände, die wollen natürlich gerne, dass sie die entscheidenden Leute sind, aber, und in Johannesburg gab es die massenhaft, aber die waren viele Kilometer weit entfernt schon mal, und immer wenn es wirklich, wirklich heiß her ging und wirklich wesentliche Fragen strittig waren, dann wurde der Kreis immer enger, und das waren immer – also von Deutschland hier so Leute wie Karsten Sach oder so, führende Ministerialbeamte, auch aus Japan oder anderen Ländern und das am Ende der Staat bei solchen internationalen Sachen dann doch, der Staatsapparat und der kompetent, die kompetenten Netzwerke von Leuten im Staatsapparat auch zusätzlich noch, die kannten sich nämlich untereinander auch, dass das eine große Rolle spielt bei der internationalen Politikentwicklung, das habe ich da ganz gut konkret sehen können. Ich hätte bis dahin auch gesagt, "Naja, da gibt es die Staatsseite und dann gibt es die vielen Verbände, die ja irgendwie auch Druck machen..." Die haben überhaupt keine Rolle gespielt, das hat keinen interessiert, was die meinen. Sondern nur ob man den amerikanischen Delegierten zu einer bestimmten Formulierung bringen kann, die schon ein japanischer Beamter vorformuliert hat, und so weiter... Diese Art von Mechanismen. Mein Respekt vor dem Staatsapparat ist dadurch gewachsen.</p>
01:04:15	01:11:05	<p>Duwe: Im Vergleich zu der Art und Weise, wie die Arbeit, die an der Forschungsstelle gemacht wurde, Wert geschätzt wurde zum Zeitpunkt der Gründung – wie Sie das vorhin beschrieben haben, als Sie noch zu den "Anderen", zu den weniger seriösen, gezählt wurden in der öffentlichen Wahrnehmung – scheint es ja dann 15 Jahre später ein anderes Bild zu geben. Was ist in dem Zeitraum passiert und inwiefern hat die Arbeit auch der Forschungsstelle und ähnlicher Institute dazu beigetragen, dass da ein Wandel stattgefunden hat? Jänicke: Na, ich denke, dass die Politikformulierungen in der Umweltfrage, teilweise auch in anderen Politikfeldern, aber vor allem in der Umweltfrage, in den beteiligten Parteien doch sehr stark beeinflusst worden ist von, ja, ich denke auch von unserem Institut. Was man an bestimmten Formeln erkennen kann, an bestimmten Formulierungen. Ich hatte zum Beispiel ein Gutachten, vor der zweiten Koalition (<i>NICHT GESAGT: der zweiten rot-grünen Koalition, also 2002</i>) in Auftrag gegeben von der Ebert-Stiftung und der Böll-Stiftung, das war ein gemeinsamer Auftrag der beiden Stiftungen sozusagen ein ökologisches Regierungsprogramm zu machen. Und das hat auch durchaus einige Bedeutung gehabt. Und bei der ersten Regierung 1998, da hatte ich von der Grünen-Fraktion einen Auftrag, zur ökologischen Modernisierung was zu machen. Das haben dann bestimmte Abgeordnete, wie zum Beispiel Michael Hustedt zum Beispiel, auch innerhalb der Fraktion transportiert. Da kann man also durchaus den direkten Weg aus den Büchern sozusagen in die parlamentarischen Vorschläge nachzeichnen.</p>
	01:11:05	<p>Duwe: Wie hat sich denn die Forschungsstelle selber entwickelt in Struktur und Größe? Oder auch, was waren die wichtigsten Forschungsschwerpunkte in den 20 Jahren, in denen Sie sie geleitet haben? Jänicke: Naja, sie ist kontinuierlich gewachsen. Sie hat immer mehr auch so ganz normale Aufträge übernommen, hat immer mehr auch unter Konkurrenz Aufträge eingeworben. Das ist doch schon interessant, wie die Forschungslandschaft rein quantitativ – es gab immer mehr Institute, und die sind alle gewachsen – eigentlich hätte es einen enormen Verdrängungswettbewerb geben müssen. Tatsache ist, dass es eigentlich eher dazu beigetragen hat, dass es sozusagen einen wissenschaftlichen Konsens in eine bestimmte Richtung gab. Also eine kontinuierliche Entwicklung. Ich habe nur einen Einbruch erlebt, das war, als ich Abgeordneter war, 1981 bis 1983, bis zur Rotation, als parteiloses Mitglied der AL-Fraktion hier, aufgestellt von den Bürgerinitiativen, damals zur Wahl. Nach dieser Parlamentstätigkeit habe ich mit Forschungs-, mit Drittmitteln, kein Bein auf die Erde bekommen, da lief nichts mehr. Und wir haben dann angefangen, europäische Anträge zu schreiben und nachträglich gesehen war es eigentlich ganz heilsam. Man musste einfach unglaublich gut sein, um sich in dieser Situation halten zu können, aber für Drittmittelinstanzen, die einen Abgeordneten dieser Fraktion – nun war die AL auch noch besonders berüchtigt, mit viel Gewalt im Umfeld, dieser Gewalttätigkeit, auch wenn ich da immer innerhalb dieser Fraktion immer derjenige war, der für Gewaltlosigkeit eingetreten ist – aber das war extrem schwierig und ich habe nicht nur die Professur an der TU nicht bekommen, wir haben</p>

		<p>viele Anträge zurückbekommen, da lief einfach nichts. Das hat beinahe fünf Jahre gedauert. Aber wir haben dann über europäische Projekte sehr viel erreicht und dann gab es auch immer noch Landesregierungen, wo man das dann doch noch gekriegt hat. Das hat uns alles in allem gezwungen, in wissenschaftliche Fachzeitschriften auch zu artikulieren und so weiter. Ab 1987 haben wir auch alle möglichen renommierten Blätter bedient mit Aufsätzen, was aus heutiger Sicht durchaus sehr sinnvoll war. Dieses mit dem "seriös" war nie richtig, aber natürlich ist die etablierte Seite in Methodenfragen oft einfach routinierter, sagen wir mal... Und das dann stärker gelernt zu haben, das war kein Unglück. Also natürlich, in diesem neuen Feld, mit sehr viel mehr Konkurrenten, musste man eben auch besser sein. Wir haben sehr viele europäische Partner gehabt, sehr viele Projekte mit europäischen Partnern, wo man... eine Zeit lang lief das einfach so, das Geld kam von ganz alleine, weil, man musste nur bei dem Antrag eines europäischen Partners sagen "Ja okay, wir machen mit" und dann saß man da mit drauf und reichte seine Unterlagen ein. Die Projektideen kamen dann oft aus Skandinavien oder anderswo her. Und wir wurden genommen, weil wir für eine bestimmte Forschungsrichtung bekannt waren. Das war zeitweilig wirklich vollkommen unkompliziert. Ein unkompliziertes Wachsen, ohne dass die Leute sich da kaputt gemacht haben und wir konnten auch eine Kontinuität der Stellen wahren. Also, alle Leute, die vom WZB zum Beispiel gekommen sind, sind langfristig dann noch da gewesen. Und bis heute ist das immer noch weiter... Die Projektvolumina sind erheblich noch gestiegen unter Miranda, im Zeichen der Energiewende zum Beispiel.</p>
01:11:07	01:15:03	<p>Duwe: Nun ist ja die Forschungsstelle Umwelt oder heute Forschungszentrum? Ist das richtig? Jänicke: Ja, genau. Duwe: Heute Forschungszentrum Umwelt, an der FU, durch den Anschluss an eine Universität im Grunde genommen Teil des institutionellen Wissenschaftsapparates, von dem sich gerade einige der Institute, die Ende der 1970er und auch Mitte der 1980er gegründet wurden, losgesagt haben. Zum Teil wie am Beispiel des IFEU-Instituts, auch einen klaren Bruch mit der Universitätsleitung, weil sie als zu kritisch empfunden wurden. Inwiefern hat die Tatsache, dass etwa das WZB staatlich finanziert war oder auch die Forschungsstelle Umwelt innerhalb der Universität gelagert war, eine andere Qualität mit sich gebracht im Vergleich zur Arbeit der anderen Institute? Jänicke: Also das WZB ist zweifellos erheblich stärker parteiabhängig geworden, deswegen ist es auch zugemacht worden. Es ist ja mit dem Argument zugemacht worden, dass da zu viel sozialdemokratische Reformpolitik betrieben worden sei. Das hätte einem an der Uni nicht passieren können, dass der ganze Laden einfach zugemacht wird. Das ist vielleicht der wichtigste Unterschied. Auf der anderen Seite, solange Simonis da seine Rolle hatte, waren sie sehr unabhängig und sehr kritisch und anerkannt, international, sichtbar, auch international. Ich denke, in der Uni ist das Problem, das man vom Apparat abhängig ist. Das hängt ja von bestimmten Personen ab, das ist ein Hochschullehrer, der hat eine bestimmte Richtung und dann baut der sich seinen Laden auf. Das ist in der Uni immer möglich, und es natürlich genauso möglich, dass der Nachfolger dann eben... Dass das dann nicht neu besetzt wird oder so, aber in den laufenden Betrieb mischt sich eigentlich eine Uni nicht ein. Wenn das funktioniert und eher zum Renommee der Uni beiträgt, kann man ja auch damit rechnen, dass..., also die Universitätszentrale hat immer auf unserer Seite gestanden. Wir haben in Zeiten, wo enorm gekürzt worden ist, unsere Stellen behalten, wir haben vier..., fünf feste Stellen von der Uni, das ist... das geht ja immer über einen Hochschullehrer, und wenn ein Hochschullehrer nun plötzlich fünf Mitarbeiter hat, dann ist das für den anderen, der allenfalls einen Assistenten hat, natürlich schon mal ein Konkurrenzgrund. Und es ist sehr schwer, so eine Struktur beizubehalten. Es gab immer wieder Versuche, die Stellen wegzunehmen und... also nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern schlicht wegen der Rivalität von Personen. Das finde ich viel schlimmer, viel gefährlicher auch, in Universitäten, dass vollkommen irrationale Konkurrenzmechanismen gelte, dass in den Gremien die Leute sitzen, die im Zweifelsfall außerhalb der Uni nicht so auffällig sind und so weiter. Es gibt strukturell eine Menge Probleme, die ein Universitätsinstitut hat, aber das hat nichts mit politischer Intervention zu tun oder mit der Unabhängigkeit in der Sache. Die ist eigentlich gegeben.</p>
01:15:06	01:20:28	<p>Duwe: Wie würden Sie denn das Verhältnis mit anderen Instituten beschreiben. Sie haben selber persönlich Beziehungen zu vielen, Sie waren im Kuratorium des Öko-Instituts, Mitgründer des Instituts für ökologische Wirtschaft, IÖW, und auch im internationalen Beirat des Mitte der 1990er Jahre gegründeten Wuppertal Instituts. Ist das alles Kooperation oder inwiefern spielt auch Konkurrenz eine Rolle? Jänicke: Also mit den Berliner Instituten hat es eigentlich überhaupt keine Konkurrenzprobleme gegeben. Und ich finde das eigentlich ein bemerkenswertes Phänomen, dass Institute, die konkurrieren, deren Existenz auch von der erfolgreichen Konkurrenz abhängt, dass</p>

		<p>die doch häufig freundschaftliche Beziehungen zueinander haben und bei Jubiläen von Einzelpersonen oder der Institute oder so dann sind die anderen auch dabei und finden es gut, dass es die anderen gibt. Und es ist also keine... Es ist ein relativ produktiver Wettbewerb, würde ich mal so sagen. Beim Wuppertal Institut: Das ist eben nicht Berliner Schule, irgendwie. Da gibt es schon Unterschiede. Da spielt die moralische Frage eine große Rolle, die wir immer nicht wichtig fanden im Vergleich zu ökonomischen Mechanismen, die man aktivieren sollte, oder ... also ethische, Wuppertal hat eine Nähe zu den Kirchen und so, das hatten wir nicht und haben wir auch nicht angestrebt... Dann gibt es die Bereiche, wo es immer eine unkomplizierte Kooperation gab, das ist der Energiebereich, das ist der Bereich Ressourcen, aber es gibt eben auch Bereiche... und es gibt das Phänomen, dass man ..., dass vieles übernommen wird und nicht zitiert wird, das gibt es eben manchmal auch bei näher stehenden Instituten. Aber es hat nicht diese unangenehme Form, so wie das früher mit "den Etablierten" war, die einfach... Die kamen manchmal, besuchten einen sogar. Man war ganz überrascht und freute sich dann, da kommt einer von so einem bekannten Institut und guckt sich um und nimmt alle Broschüren mit und man denkt dann schon "Na... ?" – und dann wird da nichts zitiert! Aber alles übernommen. Das konnte man machen, da gab es keine Sanktionsmechanismen! Was soll man machen? Welche Medien stehen da zur Verfügung um zu sagen "Hier, die beklauen uns von hinten bis vorne"? Geht nicht. Das sieht auch irgendwie immer ein bisschen blöd aus. Und wir haben uns dann eigentlich immer damit zufrieden gegeben: "Kann ja nicht falsch gewesen sein, wenn sie es übernehmen. Und uns fällt schon noch was Neues ein." Und mit der ökologischen Modernisierung zum Beispiel auch, das war dann irgendwann auch bei der CDU. Röttgen hat das sehr stark... er hat mir auch einen Brief geschrieben, wo er das dann auch ausdrücklich sagt, dass das übernommen wird. Also: Es gibt auch die noble Form der Übernahme. Duwe: Aber haben Sie die anderen Institute, auch die Nicht-Berliner Institute, als Gleiche empfunden oder die Wissenschaftler dort als welche, die stärker eine Verbindung zu Ihnen und Ihrer Arbeit hatten als andere? Jänicke: Es kann schon sein, dass man... dieser Berliner Stallgeruch sozusagen... mit den Berlinern hat man einfach irgendwo –weil man sie immer wieder getroffen hat... weiß der Kuckuck – es gab, jetzt wo Sie das fragen, fällt mir das richtig auf, dieses etwas misstrauische, das unter Konkurrenten eigentlich sein muss, mit den anderen Instituten eher war. Sogar beim Öko-Institut... also ich bin zum Beispiel von Stephan Kohler, dem Geschäftsführer, irgendwann rauskomplimentiert worden, ich bin ja nicht mehr im Mitglied im Kuratorium, war nicht besonders häufig auf Sitzungen, insoweit gab es auch einen Grund – da immer nach Freiburg zu fahren, das war ja immer sehr weit – aber, dieses rauskomplimentieren war schon irgendwie ein sichtbarer Ausdruck, dass es eben auch durchaus Probleme geben wird, atmosphärische Probleme. Das würde ich mir bei den Berliner Instituten allesamt nicht... Einfach weil man sie persönlich kennt. Nun hat es ja hier auch Brüche gegeben in Berlin... Ich denke, die Berliner Institute untereinander haben es atmosphärisch ein bisschen leichter miteinander, das ist, glaube ich, auffällig.</p>
01:20:28	01:26:41	<p>Duwe: Und auf einer inhaltlichen Ebene, haben Sie zum Beispiel mit dem Institut für Europäische Umweltpolitik, dessen deutscher Teil in Bonn ansässig war, Überschneidungen gehabt, gemeinsame Projekte? Jänicke: Die haben sehr viel Ähnliches gemacht und man fand das auch gut, aber es hat ja nicht lange gedauert, also zwei Jahre, drei? Duwe: 20 Jahre haben die existiert. 1976 bis Mitte der 1990er. Jänicke: Das europäische Institut? Duwe: Ja, das europäische Institut. Jänicke: Aber das Bonner Institut war doch relativ kurz. Duwe: Naja, es wurde in Bonn ursprünglich gegründet und hat dann aber so, nicht Satelliten-, aber Schwesterinstitute gehabt in London, da existiert es auch noch als Institute for European Environmental Policy, und dann in Brüssel, in Paris und in Spanien gab es das glaube ich auch. Aber im Moment gibt es nur noch das IEEP in London mit einem Brüsseler Büro, soweit ich das weiß. Jänicke: Sind die eigentlich noch mit Ecologic noch...? Läge ja nahe, engere Verknüpfung... Duwe: Also es gibt noch Verknüpfungen, wir haben als Ecologic Institut jetzt klare, starke Verbindungen mit dem IEEP. Dann vielleicht noch abschließend die Frage: Sehen Sie, dass es, in der heutigen Situation, in der Art und Weise, wie Umweltpolitik im politischen Alltag angekommen ist, und politische Ziele und Formulierungen in den Parteien angekommen sind, gibt es weiter den Bedarf an unabhängiger, kritischer Forschung zu umweltpolitischen Themen, der einmal Antrieb gewesen ist für die Gründung von Forschungsstellen und Instituten? Jänicke: Also ich denke grundsätzlich ist es immer ein Vorteil unabhängig zu sein. Und wir haben ja eine Menge Institute, die massiv von bestehenden Geldquellen abhängen auch, von der anderen Seite... Das ist immer noch wichtig, denke ich mal, und die unabhängigen Institute würden sich nie in publizistische Kampagnen einbauen lassen, wo</p>

		<p>dann der Weltuntergang errechnet wird, wie das bei REACH gemacht wurde, wo ein Institut ausgerechnet hat, dass das Wirtschaftswachstum um sechseinhalb Prozent runter geht, also minus, also ein Minus-Wachstum von 6,5 %, wenn man REACH einführt. Aus heutiger Sicht können wir ganz gut beurteilen, wie realistisch das war. Aber dafür ist sehr viel Geld geflossen und das würden die Unabhängigen nicht machen. Das ist natürlich eine enorme Glaubwürdigkeitschance auch, die da gegeben ist. Ansonsten ist aber, denke ich, ein großer Angleichungsprozess schon vorhanden. Das also Leute wie unsereiner zum Beispiel auch aufpassen, dass sie, wenn da eine Leakage-Problematik tatsächlich ist, dass man guckt, was man dagegen machen kann. Früher hätte man das eher mit...: "Die sagen Leakage – und unsereiner sagt, dass man die Kosten erhöhen muss." Wie auch immer. Jetzt würde man doch sehen, dass man das auch differenziert darstellt, weil Parteilichkeit und Objektivität sich ja nicht ausschließen und sich insbesondere dann nicht ausschließen, wenn man Kontroversen bestehen kann. Man muss eben so gut auch die Gegenargumente kennen, dass man auch die Gegenargumentation verfügbar hat. Das gilt, was mich betrifft, auch für die fundamentalistische Seite. Also wenn immer gesagt wird, wir sind immer an allem Schuld in der Welt, insbesondere daran, was in der Dritten Welt passiert, all unser Dreck geht in die Dritte Welt und so weiter, und wir beziehen die Produkte die immer anderswo dreckig gemacht worden sind, das ist alles richtig – aber dazu gehört eine Gegenrechnung. Dass nämlich das, was wir hier machen Ausstrahlungseffekte hat, das wir Technologieexport machen, der natürlich sich auch positiv auswirkt anderswo, dass die Europäische Union anspruchsvolle Normen setzt, denen sich andere anpassen müssen und so weiter. Es gibt eine Menge interessante Punkte einer Gegenrechnung, wo man am Ende dann nicht mehr so ganz sicher ist, was eigentlich das größere Problem ist. Sagen wir mal so, unsereiner könnte es sich einfach nicht leisten, so wie Nico Peach oder so irgendwo immer in eine Richtung, immer in eine Kerbe zu hauen und dieses eine Argument stark machen und alles andere ist eben mit Verrat oder sonst... also normativ zu beurteilen, aber nicht sich analytisch als konfliktfähig erweisen. Ja, aber das ist auch dann wiederum der positive Ertrag und... die Gefühlslage ist irgendwie sehr wichtig für die Leistung. Und die Gefühlslage ist wirklich gut, wenn man das Gefühl hat, man ist glaubwürdig. Das geht mir immer noch so. In einer Diskussion, wo es auch heiß her geht, einem irgendwie alles Mögliche vielleicht nicht abgenommen wird an Argumenten, aber einem abgenommen wird, dass man das gründlich geprüft hat und dass man das ehrlich meint und nicht nur sagt, weil man Geld bezogen hat oder weil sachfremde Motive im Spiel sind.</p>
01:26:41	01:28:48	<p>Duwe: Vielen herzlichen Dank. Gibt es noch irgendeinen Punkt, der Ihnen jetzt aufgefallen ist oder eine Frage, die Sie eigentlich noch gerne beantwortet hätten, die ich nicht gestellt habe? Jänicke: Ja, ich habe im Laufe meines Berufslebens eigentlich erst und vor allem nach meiner Universitätstätigkeit erst richtig gelernt zu verstehen, wie unglaublich wichtig es ist für Innovationsprozesse, für politische Neuerungen, für politische Reformen und so weiter, die Wissensbasis dafür zu haben. Das ist zwar nicht alles, das Wissen muss umgesetzt werden, muss transportiert werden und so weiter, muss ankommen, muss umgesetzt werden, aber dass Deutschland eine Wissensbasis hatte, schon im Jahre 1980, dafür, dass man aus der Atomenergie aussteigen kann und 1986 nochmal, das hat kein anderes Land gehabt – mit Gutachten, die man heranziehen konnte. Und mit einem gewissen Diskurs dazu, von dem einiges dann auch hängen geblieben ist. Das ist enorm wichtig, und insoweit ist die Wissensbasis, die in den 1970er Jahren vom Öko-Institut, von Höppner (gemeint wohl: Höpfner) und seinem Institut und (unv.) Quatsch IIUG geschaffen worden ist, das denke ich ist wirklich, wirklich wichtig, auch im Verständnis Deutschlands im Vergleich zu anderen Ländern. Der eine Punkt, den ich schon betont habe, dass bei uns die Umweltfrage ein bisschen wirtschaftsnäher formuliert worden ist und innovationsfreudiger dargestellt worden ist, als in manchen Ländern, wo es eine reine Oppositionshaltung eben nur war, die sich umgesetzt hat, das denke ich zum Beispiel, ist auch sehr wichtig. Dass in dem Sinne eine Wissensbasis da war, auf die die Politik zurückgreifen konnte.</p> <p>Duwe: Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Jänicke, dann beenden wir das Interview.</p>

Interview mit R. Andreas Kraemer, Direktor des Ecologic Instituts

Interviewt durch: Susanne Langsdorf, Researcher am Ecologic Institut

Datum: 19. September 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Kraemer, R. Andreas (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19. September 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:02:33	<p>Langsdorf: Das heutige Interview ist Teil des Projekts: "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", das du, Andreas, angestoßen hast und mit diesem Projekt möchte das Ecologic Institut, die Anfänge und die Entwicklung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung nachverfolgen. Ich freue mich ganz besonders auf dieses Gespräch, weil es uns zum ersten Mal die Möglichkeit gibt die Geschichte unseres eigenen Instituts aufzuzeichnen, in dieser Reihe. Und deshalb ganz offiziell herzlich willkommen. Du bist seit der Gründung des Ecologic Instituts 1995 dessen Direktor und hast vor dieser Zeit für verschiedene andere Institutionen gearbeitet, auf die wir später noch kommen werden. Was hat dich sozusagen als Kenner dieser Szene dazu bewogen, dieses Projekt anzustoßen. Kraemer: Es war eigentlich die Frage, warum es in Deutschland eine relativ hohe Zahl an Instituten gibt, die aus der Zivilgesellschaft heraus gegründet worden sind, die gemeinnützig sind, die interdisziplinär, transdisziplinär arbeiten und die in ihrer Summe eine beträchtliche Forschungskapazität, aber auch Politikberatungskapazität aufgebaut haben. Aus meiner Ansicht heraus entstand die Hypothese, dass die Existenz dieser Institute und das Wissen, dass sie geschafft haben ein ganz wichtiger Bestandteil der umweltpolitischen Diskussion, energiepolitischen Diskussion in Deutschland ist. Ich vermute, dass die Energiewende, so wie wir sie heute vollziehen, gar nicht möglich gewesen wäre, wenn es nicht nur den Anstoß gegeben hätte, durch die Gründung des Öko-Institutes in den 70er Jahren und das Buch "Die Energiewende", sondern es hat darüber hinaus auch der kontinuierlichen Weiterarbeit, einer Konkretisierung von Ideen an der Entwicklung von politischen Konzepten gegeben und das ist durch eine ganze Reihe von Instituten geschaffen worden, die es in dieser Art in anderen europäischen Staaten einfach nicht gibt. Und um zu verstehen, was hat dazu geführt, dass es diesen Institutionentyp hier gibt, welche Rolle spielt dieser Institutionentyp in der deutschen Wissenschaftslandschaft, wie hat dieser Institutionentyp die Wissenschaftslandschaft bereichert und welche zusätzlichen Gestaltungsoptionen hat Deutschland als Konsequenz dieser Entwicklung. Das sind die Fragen, die ich mir stelle und dahinter hört man auch schon eine gewisse Vermutung, die meinem Gedanken zugrunde liegt.</p>
00:02:34	00:04:20	<p>Langsdorf: Das ist sehr interessant und das bringt uns auch zu dem, wie wir hier üblicherweise ja auch mit allen anderen Gästen bisher vorgegangen sind. Und es ist auch ein Punkt, den auch Herr Jänicke schon sehr stark betont hat. Er war auch der Überzeugung, dass man die Energiewende, wie wir sie hier haben, dass sie nur hier möglich ist, weil wir auch den wissenschaftlichen Hintergrund haben, dass es einfach diese Bewegung ganz anders gestärkt hat. Das wäre sozusagen auch was, dem du folgst? Kraemer: Einerseits folge ich dem, es ist auch eine meiner Hypothesen, die ich habe, auf der anderen Seite müssen wir aber auch anerkennen, dass auch andere Staaten die Entscheidung getroffen haben überhaupt nicht in die Atomenergie zu investieren oder auszusteigen, auch andere Staaten sehr aggressive Politiken haben um in die Erneuerbaren Energien auszusteigen. Also ich zweifle, dass Deutschland tatsächlich so eine Alleinstellung hat in dieser Energiewende und ich sehe uns eher als ein Teil eines breiten, weltweiten Trends. Und dennoch, hat Deutschland besondere Aufgaben, denn es ist ein großer Industriestaat, der einzige Industriestaat, der im Prozess einer Reindustrialisierung ist. Andere Staaten industrialisieren noch, dritte Staaten deindustrialisieren. Wir sind der einzige Staat der einen Prozess der Deindustrialisierung aufgehoben hat und wieder stärker reindustrialisiert. Und wenn ein solcher Staat, mit so großen industriellen Abnehmern, mit einen solchen Anforderungen an die Versorgungssicherheit, anfängt sein Energiesystem umzubauen, dann ist es eine ganz andere Herausforderung, als wenn das ein sehr viel weniger industrialisierter Staat tut, also wir haben da schon eine Sonderrolle, die eigentlich nur mit den Anstrengungen Japans vergleichbar sind, ebenfalls von 30% Atomenergie auf Null zurück zu kommen. Sie haben das sehr viel schneller gemacht, als wir das gemacht haben, sie sind seit einigen Tagen wieder ohne Atomkraftwerke.</p>

00:04:20	00:06:15	<p>Langsdorf: Genau, dieser Sonderrolle, der wollen wir jetzt hier auch genau nachgehen. Und jetzt machen wir sozusagen, den großen Schritt nach hinten, um erstmal herauszufinden, ist es eine Sonderrolle und wenn ja, warum? Du hast im Laufe deiner Karriere für sehr viele verschiedene Institute gearbeitet u.a. das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, das Forschungszentrum für Umweltpolitik an der FU Berlin und schließlich das Bonner Büro des Instituts für Europäische Umweltpolitik, bevor du Direktor des Ecologic Instituts wurdest. Wo verortest du persönlich die Anfänge der Umweltpolitikberatung?</p> <p>Kraemer: Also, Umweltpolitikberatung gibt es logisch gesehen seitdem es Umweltpolitik gibt, aber so wie wir das heute verstehen und wie das institutionell heute gefasst ist, gibt es eine organisierte Umweltpolitikberatung mindestens seit Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er. Die Institutionalisierung, so wie wir sie heute kennen, hat aus meiner Sicht in Anfang der 70er Jahre begonnen. In den 70er Jahren gab es die ersten Institutsgründungen, einige haben überlebt, andere haben nicht überlebt und ein größerer Schwung ist dann gekommen in den 80er Jahren, als die Politik nach den beiden Energiekrisen, auch mit Regierungswechsel und der Kontinuität der Sachthemen einfach stärker verfasst wurde. Das was wir heute haben, als eine Vielfalt von Institutionen hat seine Wurzeln in einer Bewegung aus der Zivilgesellschaft heraus, aber auch in einer Nachfrage, ist begründet in einer Nachfrage von Seiten der Politik, der Ministerialbürokratie, nach kompetenter Beratung, nach dem Durchdringen von Themen und dem Formulieren von Lösungen in einem Bereich, der sehr kompliziert ist, wo viele verschiedene Disziplinen zusammen kommen müssen und wo es deshalb sehr schwierig ist kohärente, strategisch-lösungsorientierte Konzepte zu entwickeln.</p>
00:06:16	00:09:55	<p>Langsdorf: Wir hatten zu diesem Bereich jetzt hier schon verschiedene Meinungen im Laufe des Projekts. Das ist hier das sechste Interview in unserer Reihe. Und dort konnte man bisher sehr gut erkennen, dass die Gäste üblicherweise den Bereich in dem sie sich mehr zu Hause fühlen auch als das entscheidende Rad angesehen haben. Das trifft vielleicht auch nicht auf alle zu, aber ein bisschen gab es da eine Richtung. Prof. Martin Jänicke hatte auf die Frage hin geantwortet, dass es ganz klar ist, dass die Umweltpolitik als solche mit dem Staat angefangen hat und dass er sich das eigentlich im Nachhinein gar nicht richtig erklären kann, wie Willy Brandt auf diese Idee gekommen ist, das so stark zu forcieren, dass er das so nicht hat kommen sehen. Andere Akteure, die wir hier interviewt haben, die eher aus der Szene selbst kommen, die wissenschaftliche Umweltpolitikberatung schon gemacht haben, schon sehr früh, die zu den ersten Instituten gehören, wie Dr. Höpfner vom IFEU-Institut, er hat das eher ganz stark gesehen aus dem Widerstand gegen die Atomkraft, die sozusagen dieser wissenschaftlichen Recherche bedurfte. Wo würdest du das eher sehen, diese Anfänge? Also es ist ja zeitlich schon so, dass Umweltpolitik etwas vorgelagert war, aber diese wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung dann doch einen Schritt dahinter. Aber ist das dann sozusagen als Antwort auf den Staat oder ist es von außen gekommen, wie das jetzt zum Beispiel Dr. Höpfner vertritt? Kraemer: Beides ist richtig. Ich erinnere mich an meine eigene Kindheit im Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet ist eine Region, in der eine unglaubliche Intensität an Umweltnutzung ist, wo sehr viel Schaden an der Umwelt angerichtet wird, durch den Bergbau, durch die Bergsenken, die stattfinden. Eine völlige Veränderung der Landschaft, des Wasserhaushaltes, sehr starke Luftverschmutzung. Ich erinnere mich daran, dass wir in einigen Episoden über Wochen nicht aus dem Haus konnten, um draußen zu spielen, weil die Umwelt-, die Luftbelastung so groß war. Hier hat der Staat reagiert. Auf Druck der Industrie, der Bevölkerung wurden dann Maßnahmen ergriffen, um die sehr hohe Umweltverschmutzung, die wir jetzt nur aus Berichten aus China kennen, zu bekämpfen. Da hat der Staat gehandelt, der demokratische Staat handelt, wenn die Bürger etwas wollen, aber der demokratische Staat hat gleichzeitig in den 60er, 70er Jahren auch neue Risiken in Kauf genommen, insbesondere im Bereich der Atomenergie und natürlich hat sich gegen diese Risiken, die entschieden wurden über die Köpfe der Bürger hinweg, dagegen hat sich eine nicht-staatliche, zivilgesellschaftliche, gegenüber dem Staat, gegenüber der Industrie, gegenüber zum Teil auch dem Kapitalismus kritische Bürgerbewegung etabliert, die dann ihrerseits auch noch zu einer Institutionengründung geführt hat. Wir haben ja in der Politikberatung in Deutschland heute staatliche Kreaturen, wie den Rat für Sachverständige für Umweltfragen, wie den wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen, selbst das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz, das Bundesamt für Strahlenschutz, das sind ja alles auch Politikberater in dem weiten Bereich der Umweltpolitik. Das haben andere Staaten auch, dass was Deutschland als besonderes noch zusätzlich hat ist eine kritische Masse an unabhängigen, privaten, aus der Zivilgesellschaft heraus</p>

		gegründeten Instituten, die heute natürlich auch teilweise staatlich finanziert sind über die Aufträge, die Zuwendungen, die sie erhalten, die aber in ihrer Gründungsgeschichte und in ihrem Wesen immer noch Teil der Bürgergesellschaft sind.
00:09:56	00:11:57	Langsdorf: Also es ist eher sozusagen anzusiedeln auf Seiten der Umweltbewegung, der entscheidende Impuls und nicht so sehr auf staatlicher Seite, denn hier wurde sogar schon die Meinung vertreten, dass sozusagen innerhalb des Umweltbundesamtes erkannt wurde, damals noch von Freiherr von Lersner, dass bestimmte Dinge außerhalb des staatlichen Systems passieren müssen. Also dass das sozusagen bewusst angeschoben wurde auch. Kraemer: Es wurde nicht die Gründung angeschoben, sondern, aus meiner Sicht, wurden dort Aufträge angeschoben. Man hat sich dieser kritischen Geister dann auch sehr schnell bedient. Entweder in dem Doppelforschung gemacht wurde oder um Argumente zu hören, um die Kritiker dann später auch wieder entkräften zu können, oder aber um politische Optionen, Alternativen zu entwickeln, denn in einer komplizierten, mit Risiken behafteten Gesellschaft, ist es auch Teil der Aufgaben einer vorsorgenden Politik immer Alternative zu haben, um auf unerwartete Entwicklungen reagieren zu können. Nur wo sollen die Ener.., die Alternativen herkommen, wenn man es mit einer geistigen Monokultur zu tun hat. Zum Beispiel in der universitären Atomforschung, wie das in den 60er und 70er Jahren der Fall war. Es hat hier einen Grund, dass die kritischen Geister in diesem Bereich, die die Forschung über die Auswirkungen von Radioaktivität auf die menschliche Gesundheit, die die Forschung über die technische Sicherheit der ganzen Abläufe in Atomkraftwerken, nicht in Universitäten ausreichender Maße erforschen konnten. Sie mussten ja aus dem Apparat raus, um ihre kritische Wissenschaft außerhalb organisieren zu können. Und ein vernünftiger Staat wird so etwas fördern, um auf diese Weise die Überprüfung von Hypothesen in der Wissenschaft, die Überprüfung von Theorien in der Wissenschaft, zu ermöglichen und um auf der Grundlage von unterschiedlichen Wissensbeständen, unterschiedlichen Einschätzungen dann auch alternative Politikoptionen entwickeln zu können. Ein Staat muss immer in der Lage sein auch nochmal die Richtung zu wechseln.
00:11:57	00:14:51	Langsdorf: Geistige Monokulturen gefällt mir sehr gut, das hatten wir jetzt noch nicht, so hatten wir das noch nicht gehört. Warum war das so? Warum hatten die Universitäten nicht mehr Fähigkeiten sich zu wandeln? Warum war das so einseitig? Kraemer: Ich war nicht dabei, deswegen kann ich hier nur aus den Erzählungen anderer berichten, wie das damals gewesen ist. Es war eine, hat etwas zu tun mit der Organisation des Wissenschaftssystems im Ganzen, wie Forschung koordiniert wird. Zwischen dem, es gibt in jedem hochspezialisierten wissenschaftlichen Bereich immer nur eine kleine Anzahl von Menschen, und eine noch kleinere Anzahl von Instituten, die überhaupt in der Lage sind, sinnvolle Beiträge zu einem bestimmten Wissenschaftsbereich zu erbringen. Die Koordination zwischen diesen kann dazu führen, dass einfach nicht genügend Alternativen auf dem Tisch bleiben. Die Finanzierung der verschiedenen Forschungsansätze kann dazu führen, dass es eben eine solche Verengung auf bestimmte Fragestellung, auf bestimmte Modelle, auf bestimmte Methoden gibt. Es ist die Koordination in den wissenschaftlichen Gesellschaften, zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Instituten in Verbindung mit der Finanzierung der Forschung durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie damals und die wissenschaftlichen Gesellschaften, die ihren Teil in der Koordination, der Forschung und der Finanzierung der Forschung haben. Das System vermeidet Doppelarbeit, das System verhindert Brüche in der Finanzierung von wichtigen, infrastrukturbasierten Forschungsprojekten, das sind alles wichtige Funktionen, die es erfüllt, aber es bringt mit sich das Risiko, das nicht genügend <i>contestation</i> , wie es auf Englisch genannt wird, also die, das Hinterfragen der dominanten Denkmuster stattfindet. Und das hat in den 60er Jahren, in den 70er Jahren, was auch Teil der Studentenrevolte zu hinter..., einfach zu kritisieren, dass die Professorenschaft an den deutschen Universitäten damals nicht mehr genügend kritische Geister hatte und zu viel verstockten Konservatismus, Themen- und Strukturkonservatismus zeitigte und daraus entstand ja eine Bewegung Alternativen zu formulieren, Alternativen zu fordern und auch politisch Alternativen dann zu entwickeln und umzusetzen. Teil dieses Prozesses, der in den 60er Jahren angefangen hat, schwappt rüber in die 70er Jahre, trifft auf die Gründung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen 1972, trifft auf die Energiekrisen '73,'74 und dann wieder Ende der 70er Jahre und damit kriegt der kritische Geist, die Bereitschaft sich als kritische Wissenschaftler frisch zu engagieren, auch in neuen institutionellen Formen zu engagieren, findet das Umweltthema. Das ist das Zusammenlaufen dieser Prozesse allgemeine kritische Bewegung aus der Studentenschaft, aus der Wissenschaft heraus, die dann in den 70er Jahren ihr Thema findet im Umwelt..., im

		Umweltbereich.
00:14:51	00:16:34	<p>Langsdorf: Du hast dann zu einem späteren Zeitpunkt sowohl in dem universitären Bereich über das FFU, als auch im nicht-universitären Bereich in verschiedenen Institutionen, Instituten gearbeitet. Wann hat das sich geändert? Denn heute würden die Universitäten sich ja schon zugutehalten, dass sie auch in der Lage sind kritische Forschung zu betreiben. Kraemer: Das hätten sie damals auch getan, also jeder Wissenschaftler nimmt für sich in Anspruch, dass er ein kritischer Wissenschaftler ist und dass er die Arbeit seiner Kollegen immer wieder kritisch hinterfragt. Also Kritik ist Teil, die Meinung ist Teil des Wissenschaftssystems. Die Entwicklung hin zu dem was wir heute haben, in den freien unabhängigen Instituten, mit einer Forschungskapazität, wenn man sie mal zusammenzählt, von doch einigen 100 Wissenschaftlern in dem Bereich, ist nicht an einem einzelnen Jahr oder einem einzelnen Ereignis festzumachen. Es gab Episoden. Es gab die Episoden in den 70er Jahren, über die ich jetzt schon gesprochen habe. Es gab die Episoden Mitte der 80er Jahre nach Tschernobyl, es gab den Prozess der Vereinigung, als noch das Unabhängige Institut für Umweltfragen aus der Bürgerbewegung, Umweltbewegung der DDR sich etabliert hat und heute Teil dieser Institutionenlandschaft geworden ist, der Umzug der Bundesregierung, des größten Teils der Bundesregierung von Bonn nach Berlin und damit neue Notwendigkeiten und neue Gelegenheiten zu schaffen, Politikberatung zu machen auf der Grundlage von kritischer Wissenschaft, diese sind alles Episoden, die in der Summe dazu geführt haben, dass wir heute eine wesentlich höhere außeruniversitäre Forschungskapazität haben, als wir eben Ende der 60er Jahren hatten.</p>
00:16:34	00:20:22	<p>Langsdorf: Sehr interessant. Ich möchte gerne jetzt einmal so, in einen ganz spezifischen Bereich kommen. Und zwar haben zwei Institute deinen Lebensweg in ganz besonderem Maße mitbestimmt, zumindest habe ich das jetzt auch mal vermutet, nachdem ich das mir alles nochmal genau durchgelesen hab. Und das ist zum einen natürlich das Ecologic Institut, ganz klar und dann aber zunächst auch das IEUP, das Institut für Europäische Umweltpolitik. Möchtest du uns etwas über die Gründungsgeschichte erzählen, kannst du uns etwas über die Gründungsgeschichte erzählen, auch wenn du jetzt persönlich nicht dabei gewesen bist? Kraemer: Gut, das Institut für Europäische Umweltpolitik – IEUP – geht zurück auf die 70er Jahre, es ist eine Gründung des Jahres 1976, es wurde dann 1978 nochmal ein Institut in Paris gegründet, 1980 dann ein Institut in London und hatte dann zum Schluss fünf Institute. Es ist eine erstaunliche Gründung, weil sie nicht aus Deutschland kam, sondern angestoßen wurde aus der Schweiz, aus den Niederlanden und aus Belgien, wenn man die Nationalitäten derjenigen betrachtet, die das angeschoben haben, das Gedankengut. Verbunden ist es mit der Person Konrad von Moltke, ein Historiker, ein Mathematiker, der transatlantisch gelebt hat, sehr viel sich engagiert hat, in der Studentenbildung, also er hat darüber nachgedacht, wie Kurse in Universitäten aufgebaut werden können, um Menschen mit dem auszustatten, was sie brauchen, um in demokratischen Gesellschaften, die komplizierten Systeme, politische Fragen bearbeiten müssen, wie man sie ausbilden kann. Das Institut hat am Anfang rein auf Französisch gearbeitet, obwohl es in Bonn ansässig war, von niederländischem Geld finanziert wurde, hat es im Wesentlichen auf Französisch gearbeitet. Das Personal war sehr international, zum Schluss wurden dort, es herrschte die Regel vor, dass jeder in seiner Sprache, in seiner Muttersprache sprechen kann, es wurde von allen anderen erwartet, dass sie so viel von den anderen Sprachen lernen, dass sie das verstehen. Sodass also dort reihum Deutsch, Niederländisch, Französisch, Italienisch und Englisch gesprochen werden konnte. Ein solches internationales Institut war einmalig. Die Gründungsgeschichte war sowohl wissenschaftliche Arbeit als auch <i>Policy Studies</i>, also Politikanalysen, anzufertigen, für die Gestaltung von Politik. Es wurde beides miteinander verbunden und in der Zeit in den 70er Jahren fand in dem Institut, das kann man aus Quellen sehen, eine Auseinandersetzung darüber statt, was eigentlich genau der Unterschied ist, zwischen der universitären, akademischen Forschung, die auch betrieben wurde, und dem was man dann als anwendungsbezogene, handlungsorientierte <i>Policy Studies</i> bezeichnet hat. Als Pionier galt das Institut sicher, bei nicht nur der Betrachtung der europäischen Umweltpolitik, sondern vor allem bei der vergleichenden Politikforschung, sich anzuschauen wie unterschiedliche europäische Rechtsakte in verschiedenen Mitgliedsstaaten umgesetzt worden sind, welche Stärken und Schwächen das offenbarte und was die Staaten voneinander lernen konnten und was die Europäische Kommission als Ganzes aus den Erfahrungen in den Mitgliedsstaaten lernen konnte, um den europäischen Rechtsraum weiter zu entwickeln. Alles das was dahinter steckt, dann nämlich an Evaluation von Politik, um damit die in Iterationen in dem Politikzyklus, die Politik auf Dauer immer weiter zu verbessern, diese ganze Arbeit wurde in</p>

		diesem Institut, international vergleichend, mehrsprachig, multidisziplinär entwickelt. Sie wird heute auch in vielen anderen Instituten praktiziert, aber das Institut hat dort eine große Pionierleistung erbracht.
00:20:22	00:21:18	Langsdorf: Und diese Pionierleistung und die Internationalität, das wären auch für dich die wichtigsten Merkmale des Instituts, die es vielleicht auch unterschieden haben von anderen Instituten? Kraemer: Das war sicher ganz deutlich eine Alleinstellung dieses Instituts, was ja dann mit seinen verschiedenen Standorten, auch in Brüssel, auch in Arnheim, auch in Madrid, mit Partnerschaften auch nach Italien, war es ein multizentrisches Institut, in dem die Menschen, damals gab es noch kein Internet, man musste telefonieren, sich Briefe schicken per Post, es gab aber mindestens einmal im Jahr Treffen, wo alle leitenden Wissenschaftler dieser Institute zusammenkamen; dieses Institut war auch ein Pionier in dem Aufbau von paneuropäischer Forschungsinfrastruktur. Dadurch, dass es multizentrisch aufgebaut war und die Realitäten, die umweltpolitischen Probleme, die Lösungskapazitäten, und die Bedingungen der Umweltverwaltung in den verschiedenen Staaten in den Blick genommen hat.
00:21:18	00:22:18	Langsdorf: Und die Forschung wurde hauptsächlich für wen gemacht? Kraemer: Sie wurde mit Unterstützung durch Stiftungen gemacht, das war die Europäische Kulturstiftung, finanziert aus der Lotteriestiftung der Niederlande. Wir müssen als Deutsche bis heute dankbar sein, dass die niederländischen Lotteriespieler den Aufbau dieses Instituts finanziert haben. Es kamen dann Aufträge von der Europäischen Kommission, von der Bundesregierung hinzu. Das Institut hat außerdem glaube ich eine ganz besondere Rolle gespielt, weil es sehr früh aktiv in den Dialog mit dem Europäischen Parlament eingetreten ist, war eines der ersten Institute was auf Wissenschaftsbasis Politikstudien gemacht hat, und nicht gezielt nur auf die Europäische Kommission in der Beeinflussung von Politik gearbeitet hat, sondern von vorneherein den Dialog mit den Parlamentariern gesucht hat und damit in seiner Interaktion in Brüssel und in Strasbourg anders war als andere Institute.
00:22:18	00:23:04	Langsdorf: Und diese Fähigkeit hatte sonst zu dem Zeitpunkt kein anderes Institut in Europa? Kraemer: Sicher nicht multizentrisch, grenzüberschreitend arbeiten zu können, sicher nicht mit dem Fokus auf die europäische Umweltpolitik und sicher nicht mit Fokus auf den Adressaten europäisches Parlament. Das waren drei Alleinstellungsmerkmale, die glaube ich auch bis heute in dieser Kombination von keinem anderen Institut erreicht worden sind. Es ist das <i>Institute for European Environmental Policy</i> in London mit einem Büro in Brüssel, was diese Tradition fortsetzt. Das Institut in Bonn wurde ja 1995 geschlossen. Aber damit ist diese, diese, dieser Prozess, diese Expertise, die da aufgebaut ist, nicht gestorben sondern diese Arbeit wird heute von London koordiniert fortgesetzt.
00:23:04	00:25:27	Langsdorf: Dieses Konzept, dass man verschiedene Büros in verschiedenen Ländern hat, die aber grundsätzlich zum selben Themenfeld arbeiten, das leuchtet ja sehr ein, gerade dass es sehr notwendig ist für die EU. Warum hat es sich trotzdem nicht gehalten? War das nur eine Geldfrage, war damals das ..., sozusagen das Fördersystem noch nicht so etabliert, wo ist sozusagen das Institut in seinem Wachsen an die Grenzen gestoßen? Kraemer: Also das Institut wie gesagt bestand aus verschiedenen Büros, die dann alle auch irgendwann rechtlich selbstständig geworden sind. Von diesen Instituten, in der Hochphase waren es sechs oder sieben, je nachdem, wie man das zählt, und heute sind davon das Institut in London, das Büro des Londoner Institutes in Brüssel sowie noch ein kleines Büro in Madrid übrig. Die einzelnen Institute, die geschlossen wurden, hatten jeweils ihre eigene Geschichte. Das Institut in Frankreich wurde geschlossen, weil es über einen längeren Zeitraum überhaupt keine staatlichen Aufträge für den Bereich Umweltpolitik an gemeinnützige Organisationen mehr gab. Es war eine klare Bevorzugung der Universitäten, beziehungsweise eine Unterbrechung der Forschungsförderung und der Förderung von Politikarbeit. In den Niederlanden war es die Konkurrenz zu den Universitäten, die in den Niederlanden eine sehr starke Orientierung zu Anwendung hin haben, die einfach unmöglich gemacht hat ein freies Institut aufrecht zu halten. Das Institut in Bonn ist 1995 geschlossen worden, einige Jahre nachdem Ernst Ulrich von Weizsäcker, der es bis dahin geleitet hatte, Gründungsdirektor des Wuppertal Instituts geworden ist, womit ein in Wuppertal, in räumlicher Nähe zu dem Standort Bonn, ein großes leistungsfähiges Institut entstand, was einfach Schatten geworfen hat, viel Geld, viel Unterstützung abgezogen hat. Und damit war es einfach die Frage, wie lange das Institut in Bonn so noch aufrechterhalten werden konnte. Das Institut in Bonn war in seiner Schlussphase zu groß für das, was es tatsächlich noch leisten konnte. Das heißt es hatte eine zu hohe Kostenbasis und war auf Grund auch der Verschiebung des politischen Gewichts von Bonn

		nach Berlin zum Schluss nicht mehr in der Lage seinen Umzug zu organisieren, sodass eigentlich nur die Schließung übrig blieb
00:25:27	00:27:49	<p>Langsdorf: Prof. von Weizsäcker hatte uns gesagt, dass das Institut in Deutschland weder besonders bekannt noch besonders populär gewesen wäre, woran lag das? Kraemer: Das lag zum einen daran, dass es von vorneherein ein europäisches Institut war und damit nicht wirklich in Deutschland verankert war. Es war in, diejenigen, die im Bundesumweltministerium in Bonn Verantwortung getragen haben, für die Umsetzung Europäischer Richtlinien, für die großen Orientierungen der europäischen Umweltpolitik, die kannten das Institut alle. Sie waren regelmäßig bei irgendwelchen Besprechungen dabei, sie haben den Zugang zu Informationen aus den anderen Büros genauso genutzt wie man das erwartet. Es war eine Ressource. Aber es war eben nur wenigen Menschen bekannt und es war jetzt nicht in der Presse bekannt. Das hat etwas damit zu tun, dass es sich mit einem für die Öffentlichkeit komplizierten, etwas entfernten Thema europäische Umweltpolitik beschäftigt hat. Die Umweltpolitik in Deutschland ist immer artikuliert worden als eine Errungenschaft deutscher Politik, wir haben es mit unseren eigenen Problemen zu tun, ob das die Luft über der Ruhr ist oder ob das die Abwasserproblematik ist, ob das die Müllberge sind und der Aufbau des Dualen Systems mit dem grünen Punkt. Das sind immer, das ist immer artikuliert worden, als etwas, wo Deutschland seine Probleme selber lösen kann und in diesem Kontext sind Stimmen, die sagen, hier kommen europäische Impulse, hier gibt es europäische Leitplanken, hier gibt es Restriktionen an das, was Deutschland machen kann, unbequem. Es passte nicht in den öffentlichen Diskurs und auch nicht in den Expertendiskurs zwischen den Parteien wirklich hinein. Und das ist dem Institut aus meiner Sicht nicht gelungen aus dieser technokratischen Nische, in der es sich in Deutschland befunden hat, herauszutreten. Während es in Deutschland unbekannt geblieben ist, da stimme ich Ernst Ulrich von Weizsäcker zu, war das Institut in Brüssel und in Straßburg sehr bekannt. Und das ist auch etwas, was wir heute beim Ecologic Institut immer wieder beobachten, in Deutschland, obwohl wir 150 Personen im Institut sind, auch in Berlin Umwelt..., Teile der umweltpolitischen Szene in Berlin kennen uns nicht, weil sie keine Aufmerksamkeit richten auf die internationalen und europäischen Politikfragen, auf die wir spezialisiert sind.</p>
00:27:49	00:29:13	<p>Langsdorf: Also war es im Grund ein bisschen zu viel Europa für die Zeit? Kann man das sagen? Kraemer: Auch heute ist Europa immer noch ein Randthema, zumindest was die Umweltpolitik angeht, wenn wir uns heute anschauen, wie in Deutschland die Energiewende diskutiert wird, dann spielt Europa da faktische keine Rolle. Langsdorf: Was müsste passieren, dass sich das ändert? Kraemer: Die Deutschen müssten sehr viel stärker begreifen, dass sie Teil eines Rechtsetzungssystems, eines politischen Systems ist, das paneuropäisch ist, das Umweltpolitik immer die Schranken beachten muss, die durch den Binnenmarkt errichtet werden. Das große Teile des deutschen Umweltrechts tatsächlich auf europäischen Richtlinien beruhen, etwas was in Deutschland kaum gesagt wird, welche Gesetze in Deutschland tatsächlich nationale Umsetzungen von europäischen Richtlinien sind, nicht nur im Umweltbereich, auch in anderen Bereichen wir das nicht getan. Wir sind in Deutschland, wie jeder Staat, der erfolgreich ist, instinktiv der Auffassung, dass wir uns selber steuern und dass uns niemand von außen wirklich etwas sagen kann. Und diese Arroganz, die aus dem Erfolg heraus kommt, macht uns blind dafür, die Ideen ernst zu nehmen und die Einflüsse ernst zu nehmen, die von unseren Nachbarstaaten kommen oder die eben aus der Europäischen Union heraus kommen.</p>
00:29:13	00:30:40	<p>Langsdorf: Das kann ich mir auch vorstellen, dass es natürlich schwierig ist, da eine Identität zu schaffen, wenn jeder weiterhin seine Sprache spricht, sehr viel von den Leuten auch abverlangt. Ist es auch ein bisschen an dieser Kultur innerhalb dieses Instituts gescheitert, wenn man so will? Kraemer: Nein, also das Institut hatte eine sehr starke, internationale Orientierung, hatte sehr viele verschiedene Nationalitäten und Sprachkompetenzen in sich. Die Leute, die in Bonn gearbeitet haben, konnten aber auch alle sehr gut Deutsch und waren integriert in die Bonner Szene und waren regelmäßige Teilnehmer an allen möglichen Gesprächen, also an der Einbettung in die Expertenkreise hat es nicht gemangelt. Es hat an der öffentlichen Wahrnehmung gemangelt und damit auch an der Rechtfertigung für politische Unterstützung für das Institut. Wäre das Institut bekannt gewesen, aus einer Bewegung heraus gegründet worden wie das Öko-Institut, dann wäre es wahrscheinlich nicht geschlossen worden, sondern dann hätte es wahrscheinlich einen gewissen Druck gegeben, das Institut sowohl in Bonn weiter zu finanzieren, als auch den Aufbau eines zweiten Standortes in Berlin zu ermöglichen. Letztendlich war klar, dass die Arbeit, die politikt nahe Arbeit, mit dem Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin, auch nach Berlin verlagert</p>

		werden musste. Nur diesen Umzug selber zu organisieren und zu finanzieren, dazu war das Institut letztlich nicht mehr in der Lage.
00:30:40	00:32:46	Langsdorf: Vielleicht nochmal sozusagen im Block, du hast jetzt schon einige Gründe genannt, aber zusammengenommen, was führte zur Schließung des Instituts? Kraemer: Es war eine finanzielle Schwächung, die dadurch zustande kam, dass das Wuppertal Institut gegründet wurde, Ernst Ulrich von Weizsäcker, als jemand der viele Unterstützer in der Industrie, in der Politik hatte, dann das Institut verlassen hat, nach Wuppertal gegangen ist, damit war die Möglichkeit des Institutes Geld aufzutreiben deutlich reduziert. Es hatte eine sehr große Bibliothek, es hat damals ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung, die durch Ernst Ulrich von Weizsäcker mobilisiert wurde, zahlreiche Personen, die damit beschäftigt waren, Anfragen aus der ganzen Bundesrepublik, aus ganz Deutschland zu beantworten. Es war für jeden Oberstufenschüler in Deutschland, der oder die ein Referat halten musste zu Umweltthemen, möglich, eine Postkarte nach Bonn zu schicken und ein Paket von fotokopierten Quellen an Artikeln zurück zu bekommen. Eine solche Leistung kann ein grundfinanziertes Institut erbringen für die Gesellschaft oder ein Institut, das so groß und erfolgreich ist und so gut finanziert wird, aber nachdem Ernst Ulrich von Weizsäcker das Institut verlassen hatte, war es einfach nicht mehr möglich diese Dienstleistung aufrechtzuerhalten. Das Institut ist dann nicht schnell genug geschrumpft, auf das was noch finanzierbar war, hat zu lange auf einer großen Kostenbasis gegessen und war dann nicht mehr in der Lage selber die Wandlungsprozesse zu vollziehen, die notwendig gewesen wären, die Schrumpfung, die Orientierung auf weniger Themen in denen die politische Nachfrage nach wissenschaftsbasierter Beratung besonders hoch gewesen ist, und die Verlagerung des Standortes von Bonn nach Berlin.
00:32:46	00:34:20	Langsdorf: Du hast dann nach Schließung dieses Instituts das Ecologic Institut mitgegründet. Was hat dich dazu bewogen sozusagen dieses Wagnis auch nochmal einzugehen, weil man jetzt gerade miterlebt hat, wie es auch schief gehen kann. Wie ist das genau abgelaufen? Kraemer: Also es ist erstens richtig, ich war der letzte Angestellte des Instituts für Europäische Umweltpolitik, mein Anstellungsvertrag wurde auch nie aufgehoben. Es war aber klar, dass es dort nicht weitergehen würde. Zu dem Zeitpunkt der Schließung des Institutes für Europäische Umweltpolitik lagen bei der Europäischen Kommission drei Anträge für größere, länger laufende Forschungsprojekte vor, die alle sehr hoch eingestuft worden sind in der Bewertung und die alle anstanden zur Finanzierung. Mit dem Wegbrechen des deutschen Instituts, in Deutschland ansässigen Instituts für Europäische Umweltpolitik, fehlte der deutsche Partner in diesen Forschungskonsortien, sodass im Grunde genommen klar war, ich würde diese Forschung, die bereits..., der Antrag war ja schon vorgebilligt worden, die Bewilligung war noch nicht erfolgt, aber im Grunde genommen war klar, dass diese Projekte finanziert da sein würden. Dieses war die Chance, dann ohne die Kostenbasis des IEUP in Berlin ein neues Institut zu errichten und mit diesen Forschungsprojekten, die ersten größeren, auch längerfristig angelegten Finanzierungsquellen zu haben.
00:34:20	00:35:03	Kraemer: Dieses plus, die Marktkenntnis, zu wissen, was braucht ein Ministerium, was braucht ein Landesministerium, was braucht ein Umweltbundesamt, an welchen Stellen im europäischen Politikzyklus an Beratung, an Erfahrung aus den anderen europäischen Mitgliedsstaaten, für die eigene Positionsfindung, für die Verhandlung, für die Abstimmung in den anderen europäischen Staaten, dieses Wissen, was wann gebraucht wird, das hatte ich in den anderen Instituten vorher gelernt und das hat mir die Zuversicht gegeben zu meinen, hat sich dann auch bewahrheitet, dass zusätzlich zu den europäischen Projekten, dann auch noch aus nationalen Quellen, von Landesministerium, Bundesministerium, Umweltbundesamt, weitere Aufträge hinzukommen würden und so ist es dann auch gekommen.
00:35:03	00:36:06	Langsdorf: Welche Gemeinsamkeiten hat das Ecologic Institut mit dem IEUP und welche Unterschiede? Also, wo trennt sich das? Kraemer: Die Gemeinsamkeiten sind ganz klar Multidisziplinarität, die Internationalität, interkulturellen Kompetenzen und der Fokus auf die europäische Umweltpolitik. Das IEUP war sehr stark orientiert auf die europäische Umweltpolitik und hat den größeren Kontext Einbettung der Europäischen Union auch in internationale Umweltübereinkommen; die Dynamik über den transatlantischen Handel und den Einfluss der amerikanischen Politik auch auf die Brüsseler Politik, das sind Themen, die in dem IEUP keine Rolle spielten, die aber mit Blick auf die Realitäten Mitte der 90er Jahre einfach mit, des Gründungsauftrages des Ecologic Instituts geworden sind. Also unsere transatlantische Orientierung und das Internationale in unserem ursprünglichen Namen Ecologic Institut für internationale und europäische Umweltforschung, dieses Internationale, das ist das zusätzliche.
00:36:06	00:36:30	Langsdorf: Die Gründung des Ecologic Institut ging mit dem Umzug nach Berlin einher. Was kannst

		du uns über die Gründungsgeschichte als solche noch sagen, welche Personen waren involviert, wie hat man sich das vorzustellen, wie wurden die Räumlichkeiten gefunden? Jetzt hat man sozusagen am Horizont diese drei Forschungsaufträge stehen, aber dann fehlen ja noch sehr viele Schritte bis man ein Institut gegründet hat?
00:36:30	00:39:00	Kraemer: Gut, die Gründungsgeschichte ist schon, da sich die Schließung des Institut für Europäische Umweltpolitik in Bonn abgezeichnet hatte, war in der Berliner Szene bekannt, dass ich nach einer Möglichkeit suchte, meine Arbeit in Berlin fortzusetzen. Erst mit der offiziellen Schließung des Institutes in Bonn war klar, dass es auch mit einer Neugründung passieren könnte, bis dahin war eigentlich auch die Option in einem anderen Institut in Berlin weiterzuarbeiten. Nach der Schließung des Institutes in Bonn entstand aber die Möglichkeit tatsächlich eine Neugründung vorzunehmen und es fanden sich dann aus dem Bekanntenkreis einschlägige Personen, sechs Personen, die das Institut dann gegründet haben. Es ist eine gemeinnützige GmbH, das ist eine besondere Form, nach der Erfahrung mit dem Institut für Europäische Umweltpolitik, das ein e.V. war. Ein e.V., der es zulässt, dass die eigenen Angestellten Mitglieder des Vereines werden, schafft eine zirkuläre Hierarchie, denn die Mitgliederversammlung, die dann über das Schicksal des Chefs, des Institutsleiters entscheidet, entscheidet damit gleichzeitig über den Arbeitgeber und damit hat man eine zirkuläre Hierarchie und zirkuläre Hierarchien sind nicht in der Lage Krisen zu bewältigen. Diese Erfahrung, an der Beobachtung des Instituts für Europäische Umweltpolitik gemacht, hat mich dazu gebracht sehr stark zu argumentieren, dass wir einen anderen Rechtsrahmen brauchen und die klare Trennung zwischen den Gründern, die eine Aufsichtsfunktion haben, dem Direktor, die die Geschicke leitet, Geschäftsführer, und den Angestellten. Diese klare Funktionstrennung, die hat damals nicht nur die Mitgründer überzeugt als den richtigen Weg, sondern es hat sich auch seitdem im Institut als der gangbare, jedenfalls bessere und betriebssicherere Weg bewiesen. Es ist also eine Gründung einer gemeinnützigen GmbH. Ich sowie zwei weitere Gründer, das sind Sebastian Büttner, und Christine Jasch kam später dazu, Sebastian Büttner kannte die Rechtsform der gemeinnützigen GmbH schon vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung IÖW hier in Berlin, das in den 80er Jahren von Reinhard Pfriem in dieser Rechtsform gegründet wurde, der damit tatsächlich Pionierarbeit in der Gestaltung von Rechtspersonen für diese Art von wissenschaftlicher Forschung geleistet hat.
00:39:00	00:41:24	Kraemer: Die Personen, die da waren, Sebastian Büttner, mit dem ich schon zusammen studiert habe, mit dem ich eine gemeinsame Vergangenheit auch im Wissenschaftszentrum Berlin hatte. Das war Sandra Lustig, eine Amerikanerin, die sich lange schon für Umweltpolitik interessiert hatte, beruflich zwischen Bonn, Berlin und dann Hannover gependelt hatte und die zu dem Zeitpunkt eine Promotionsstelle hatte, gar nicht nach einem Arbeitsplatz suchte, aber die Idee einer Gründung eines Think Tanks nach amerikanischem Vorbild sehr spannend fand. Es war dabei Detlef Sprinz, der am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung arbeitete, auch sah, dass es außerhalb des staatlich finanzierten Bereiches auch Neugründungen privater, zivilgesellschaftlicher Art geben musste und der von Anfang an sehr stark dafür argumentiert hat, eine solide wissenschaftliche Basis in der Institutsarbeit zu haben mit entsprechenden, wissenschaftlichen Qualitätssicherungsmaßstäben. Mit diesem Einfluss haben wir lange gut gearbeitet und unsere Qualität verbessert, obwohl unsere Auftraggeber, unsere Financiers in der Regel genau diese Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung im wissenschaftlichen Bereich gar nicht so im Augenmerk hatten und uns auch nicht entsprechend finanziell ausgestattet haben. Es war Alexander Carius dabei, mit dem ich zuvor sowohl im Wissenschaftszentrum Berlin als auch an der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin zusammen zu tun hatte. Es war Sascha Müller-Kraenner dabei, der lange Jahre die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings geleitet hatte und deswegen einen klaren Blick hatte auf die Bedeutung der europäischen Umweltpolitik und der das Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung aufgebaut hatte, also auch die transatlantische Dimension mit in die Gründungsgeschichte hinein gebracht hat. Diese Personen haben zusammen das Gründungskapital aufgetrieben, den eine GmbH kann man nur gründen, wenn man auch Geld hinlegt, wobei das eben trotzdem eine ideelle Gründung ist, denn die Gründer erhalten nie eine Dividende, erhalten nie irgendeinen Zins, sie tragen ein Risiko, ohne einen finanziellen Nutzen, wirtschaftlichen Nutzen zu haben. Das sind also schon besondere Menschen, die sich da gefunden haben, um eine solche Gründung zu ermöglichen.
00:41:24	00:42:35	Lagsdorf: Welche, heute ist ja die Landschaft wesentlich ausdifferenzierter als noch vor 20 Jahren, welchen besonderen Wert, welche Signifikanz haben diese Institute, die außerhalb der universitären Wissenschaft stehen, heute? Kraemer: Also sie haben sicher die Bedeutung, dass sie außerhalb der

		Universitäten kritische Wissenschaft betrieben haben. Sie haben sicher die Funktion, über Interdisziplinarität und Multidisziplinarität, die strenggenommen auch in Universitäten organisiert werden kann, eine Orientierung hin zu den Problemen, Problemlösungen zu haben und gleichzeitig sehr viel stärker mit den Nutzern von wissenschaftlicher Forschung zusammen zu arbeiten. Also dieser Übergang von der Multidisziplinarität in die Transdisziplinarität ist etwas, was in diesen Instituten, glaube ich, deutlich besser gelingt, als in Universitäten und ich glaube, dass die Institute mit dieser Orientierung, mit der Forschungserfahrung, die sie in diesem Bereich aufgebaut haben auch tatsächlich einen Methodenwissensbestand haben, der kein Äquivalent in der universitären Landschaft hat.
00:42:36	00:45:02	Langsdorf: Die Institute sind ja heute teilweise in Netzwerken organisiert, unter anderem das Ecornet. Gab es das früher auch schon? War das IEUP in einem Netzwerk organisiert? Oder wie war die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen früher und heute? Kraemer: Das IEUP war ja selber ein Netzwerk und hatte eine klare Orientierung auf das Europäische. Hat mit anderen Instituten, die jetzt nicht den Namen IEUP getragen haben, regelmäßig kooperiert. Hat auch die Gründung von Instituten in anderen europäischen Staaten, Mitgliedsstaaten und Kandidatenstaaten, initiiert, losgetreten um auf diese Weise Partner für paneuropäische Zusammenarbeit zu haben. Es war insofern ein Netzwerk in sich und selber wieder Anstoßgeber für weitere Netzwerkbildungen. Die Institute in Deutschland, die freien, unabhängigen, gemeinnützigen Institute, die haben schon Ende der 90er Jahre das ÖkoForum gegründet, das war nicht auf Deutschland beschränkt, sondern es waren glaube ich auch ein schweizerisches Institut, ein österreichisches, ein italienisches Institut mit dabei. Es gab ein Netzwerk über das andere Personen aus dem Ecornet besser Auskunft geben können, weil das Ecologic Institut da nie Mitglied war. Und seit einigen Jahren gibt es jetzt das Ecornet, das <i>ecological research network</i> , in dem die größten, die leistungsfähigsten, die betriebssichersten, also krisenerfahrenen Institute, in denen kritische Wissenschaft verknüpft wird mit einer Problemlösungsorientierung, mit einem Willen zu Politikgestaltung. Die haben sich eben in diesem Netzwerk zusammengetan, um gemeinsam Grundlagen zu schaffen, zu verbessern, um gemeinsam Stimme zu erheben, für den Wert der Arbeit, der in diesen Instituten geleistet wird und um gemeinsam natürlich auch dafür zu sorgen, dass unsere Umfeldbedingungen, unsere Finanzierung, unsere Anerkennung der wissenschaftlichen Arbeit, Veröffentlichungsmöglichkeiten, Fortbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das alles dies strukturell verbessert wird, sodass aus der Summe der Institute mehr wird als nur die Summe, sondern dass darüber hinaus auch etwas heranwächst, was dann einen noch größeren Beitrag zur Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems sein kann, als die Institute für sich jeweils schon erbringen können.
00:45:02	00:46:29	Langsdorf: Dann agieren die Institute dort sowohl als Konkurrenten teilweise als auch in Kooperation miteinander. Kraemer: Das ist eigentlich überall in der Welt so. Jeder Konkurrent ist im nächsten Projekt der potentielle Projektpartner und jeder Projektpartner ist im nächsten Projekt der potentielle Konkurrent. Also dieses Spannungsverhältnis Kooperations- und Wettbewerbspartner zu sein, damit können alle diese Institute, glaube ich, sehr gut umgehen. Die Konkurrenz findet um Themen statt, um Ansätze, wissenschaftliche Ansätze, politische Problemlösungsansätze und aus diesem Wettbewerb heraus werden alle auch wieder besser, das ist wie in der Bundesliga, man braucht starke Gegner, um selbst zur Höchstform auflaufen zu können. Und das ist etwas, was diese Institute füreinander sein können. Sie können Rivalen sein, die uns jeweils zu Höchstleistungen anstacheln. Und trotzdem haben wir gemeinsam ein Interesse daran, die wissenschaftlichen Grundlagen besser zu fassen, sie so zu formalisieren, dass sie auch unterrichtet werden können, über Fortbildungen im eigenen Personalbestand, aber dann auch möglicherweise mit der Hilfe von Universitäten auch so, dass mehr Menschen ausgebildet werden für transdisziplinäre Arbeit, sodass Wissenschaft auch tatsächlich gesellschaftlich, politisch gestaltungsrelevanter wird, als das in weiten Bereichen der universitären und außeruniversitären Forschung und in großen Forschungseinrichtungen derzeit ist.
00:46:29	00:46:46	Langsdorf: Das ist ein ganz guter Stichpunkt. Welche Rückwirkung.../ Mittlerweile haben die Institute ja eine gewisse kritische Maße erreicht in Deutschland, kann man sagen. Welche Rückwirkungen auf die Forschungslandschaft hatten die Umweltforschungsinstitute, die unabhängigen?
00:46:46	00:49:55	Kraemer: Also erst bei der Gründung der Forschungsinstitute, das lässt sich glaube ich am schönsten an der Gründung des Öko-Instituts in Freiburg und des Instituts für Energie und Umwelt in Heidelberg zeigen. Es waren Gründungen von Akademikern, die die Universitäten verlassen

		<p>haben, um ihre Arbeit anders wo anders und anders finanziert organisieren zu können. Es waren im Grunde genommen, war das so das Wissenschaftssystem, in diesem Falle die Universitäten, haben die Menschen und haben die Themen abgestoßen, haben sie raus gelassen. Gleichzeitig war aber auch ein Gestaltungswille, ein Organisationsreflex da, der dafür gesorgt hat, dass das eben nicht einzelne Menschen gewesen sind, die dann ihre individuellen Schicksale ausgelebt haben, sondern dass sie sich gefunden haben, neue Formen gegründet haben, Institute gegründet haben, neue Formen der Zusammenarbeit über disziplinäre Grenzen hinweg gefunden haben, Dialoge etabliert haben mit der Zivilgesellschaft, mit der Politik, um auf diese Weise Wissenschaft fruchtbar zu machen, in einer Art und Weise, wie das eben in der universitären Umgebung bis dahin nicht möglich war. Heute, das ist völlig richtig, gibt es sehr viele einzelne Lehrstühle, Wissenschaftler, zum Teil auch ganze Institute oder Schwerpunkte innerhalb von Universitäten, die ebenfalls in der Lage sind, Menschen mit unterschiedlichen Ausbildungsgängen, unterschiedlichen Disziplinen zusammenzubringen, sodass sie zu Projekten, zu Fragestellungen zusammenarbeiten können und auch in der Lage sind, das zusammen mit Praxispartnern zu tun, ob das Unternehmen sind, ob das staatliche Verwaltungen sind, im Umweltbereich sehr wichtig, ob das zivilgesellschaftliche Organisationen wie Umweltverbände sind oder ob das die zentrale Politik ist, die Ministerien und die Parlamentarier. Inzwischen haben Universitätsinstitute das im Prinzip gelernt, sie haben aber trotzdem immer noch den Reflex zurückzufallen, in ihre disziplinäre Orientierung. Die Wissenschaftler, die an einer Universität Karriere machen wollen, die müssen veröffentlichen, sie müssen wissenschaftlich veröffentlichen, sie müssen dafür in der Regel disziplinenrein veröffentlichen, alles was interdisziplinär ist, was multidisziplinär ist, hat im Grunde genommen Schwierigkeiten veröffentlicht zu werden und hat auch Schwierigkeiten Anerkennung zu finden. Selbst in Qualifizierungsarbeiten tut man sich leichter, wenn man seine Doktorarbeit orientiert nicht nur innerhalb einer Disziplin, sondern innerhalb einer Schule innerhalb einer Disziplin, sodass durch die Erfolgsbedingungen, die Karrierebedingungen im universitären System im Grunde genommen dieser Reflex für die Gesellschaft relevante, hochwertige Forschung zu machen und das Wissen von nicht-wissenschaftlichen Akteuren aus der Zivilgesellschaft, aus den Unternehmen zu integrieren in die Arbeit und die Ergebnisse so zu formulieren, sodass sie gestaltungsrelevant ist für Unternehmenspolitik oder für staatliche Politik, diese Reflexe, die werden in der Universität immer wieder unterdrückt. Dafür braucht es die externen Institute, in denen genau dieses institutionell ermöglicht wird.</p>
00:49:55	00:52:15	<p>Langdorf: Also politikrelevante Forschung kann wesentlich leichter außerhalb der Universitäten gemacht werden? Kraemer: Ja. Langdorf: Wie wichtig ist die Öffentlichkeit für diese Institute? Kraemer: Sehr unterschiedlich. Also das Öko-Institut ist eine Gründung aus einer Bewegung heraus mit einer sehr hohen Mitgliederzahl, Kommunen wie auch Privatpersonen sind dort Mitglieder und bis heute ist es so, dass die Mitgliedsbeiträge tatsächlich einen beträchtlichen Anteil an der Finanzierung des Institutes darstellen, aber auch Wesensmerkmal sind. Es ist ein Verein, das immer noch von einer Bewegung getragen wird. Ein solches Institut ist aus der Öffentlichkeit heraus gegründet und arbeitet für diese Öffentlichkeit, hat damit sehr viele Multiplikatoren. Solche Gründungen von Instituten aus einer Bewegung heraus oder von einer Bewegung flankiert sind nur zu bestimmten Zeitpunkten historisch möglich. Es muss eine hohe Mobilisierung geben, es muss eine offensichtliche Lücke im Wissenschaftssystem geben, die geschlossen werden muss und es muss dann nicht nur eine gewisse kritische Masse geben, sondern auch einen gewissen Schwung geben an, sowohl an guter Wissenschaft, als auch an aus dieser Wissenschaft formulierten Problemlösung. Das Buch "Energiewende" des Öko-Institutes ist dafür ein perfektes Beispiel. Und in dem Moment wo aus diesen Instituten dann in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit, in der Wahrnehmung der Politik und der Wahrnehmung der Fachkreise herum diese Institute als ein notwendiger Bestandteil gesehen werden, als eine Institution, die man sich nicht mehr wegdenken kann, dann werden sie selbststabilisierend. Die Gründungsgeschichte des Ecologic Institutes ist völlig anders. 1995 in der Wirtschaftskrise nach Vereinigung, als in Deutschland nur alle über Deutschland Ost und West, wie wir zusammenkommen geredet haben und keiner wahrhaben wollte, dass der eigentliche europäische Rahmen der viel interessanter war. In dieser Phase war es schlichtweg nicht möglich, Menschen in größerer Anzahl zu begeistern, um aus einer Bewegung heraus ein solches Institut zu gründen. Das ist der Grund dafür, warum es ein kleiner Kreis von Leuten war, die stellvertretend für die Gesellschaft hier ein öffentliches Interesse wahrgenommen haben.</p>
00:52:15	00:54:55	<p>Langdorf: Kann man sagen, dass in den Anfängen der kritischen Umweltforschung die</p>

		<p>Öffentlichkeit wichtiger war als heute und heute die staatliche Seite wichtiger ist, als die Öffentlichkeit? Kraemer: Diese Argumentation kann man nicht aufbauen ohne die Medien zu betrachten. Ja, es gab in den 70er Jahren sowohl staatlich induzierte Wirkungen, das Institut für Umwelt und Gesellschaft, Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, das WZB, ist eine staatliche Gründung, staatlich aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie heraus gegründet und über Jahre finanziert gewesen. Es war eine parallele Entwicklung in Berlin zu der zivilgesellschaftlichen Entstehungsgeschichte des Öko-Instituts und des IFEU in Heidelberg. Es hat beides gegeben. Die staatliche Politik, die wir heute im Bereich der Umweltpolitik haben, ist nicht denkbar, ihre Fortsetzung ist nicht denkbar ohne eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Wir haben das gesehen als im Jahre 2010 die Bundesregierung die Laufzeitverlängerung bei den Atomkraftwerken beschlossen hat, als plötzlich ein für befriedet und gelöst geglaubter großgesellschaftlicher Konflikt wieder aufbrach und plötzlich die einzige Partei, die glaubwürdig immer gesagt hatte, wir wollen aus der Atomenergie aussteigen, wo es auch überhaupt gar keinen Zweifel gab, dass das Wesenselement, Identitätskern dieser Partei ist – die Grüne Partei – lief in den Meinungsumfragen auf 30 Prozent und drohte die größte Partei in Deutschland zu werden. Das ist dann wieder zusammengefallen, nachdem der Ausstiegsbeschluss oder per Gesetz der Ausstieg, der ja eigentlich schon vereinbart war im Jahr 2000, wieder bestätigt wurde. Die Grünen sind heute in den Meinungsumfragen wieder um 10 Prozent zurückgefallen, aber das hat gezeigt, wie hoch die latente Mobilisierung in der Bevölkerung ist und wie schnell die Mobilisierung in solchen Bereichen ist, die Politik reagiert darauf. Die Bundesregierung CDU/FDP haben an der Episode 2010/2011 gelernt, dass politische Lager in Deutschland Selbstmord durch Atomkraft begehen können. Und sie werden das nicht tun. Hier sieht man auch wenn wir heute in weiten Bereichen, bei der Energiewende ist es sehr viel staatliche Politik, aber sie wird definiert in ihrer Richtung, in ihrer Wahrnehmung und sie wird vorangetrieben deswegen, weil staatliche Akteure, Politiker, wissen, dass das das ist, was die Gesellschaft haben will.</p>
00:54:55	00:56:53	<p>Langdorf: Wie stark haben verschiedene Umweltereignisse die Umweltbewegungen und damit dann auch die kritische Wissenschaft vorangetrieben, also bei Tschernobyl angefangen über Chemiekatastrophen, die folgten. Wie wichtig sind solche Einzelereignisse? Kraemer: Einzelereignisse, ob das Tschernobyl ist, ob das Seveso gewesen ist, die die Giftfässer, ob das der Brand der Schweizerhalle mit der Vergiftung des Rheins, solche Einzelereignisse sind für den Aufbau von wissenschaftlichen Kenntnissen, von Methodenwissen nicht wichtig. Das ist ein kontinuierlicher Prozess der stattfindet. Aber es sind Punkte in denen die Öffentlichkeit genauer hinschaut und in dem Menschen wieder mobilisiert werden für bestimmte Themen, sodass diejenigen, die, während Tschernobyl passierte 1986, an der Schwelle waren sich politisch zu interessieren, ihre Themen suchten, möglicherweise eine politische Heimat suchten oder eben nur ein Thema suchten, eine gewisse Generation, eine Kohorte, die damals genau an der Schwelle war, wo sie sich entscheiden musste, hat, in dieser Phase den Weg gefunden, nicht so sehr in die Anti-Atomkraft-Bewegung, das war nichts Neues, aber dann in die ganze Bewegung, die Alternative zur Atomenergie zu entwickeln, zu formulieren, aber auch die Technologien zu entwickeln, die Geschäftsmodelle zu entwickeln, die Industrie aufzubauen, die wir heute in Deutschland haben. Solche Ereignisse sind wichtig, um solche Prozesse anzustoßen. Sie zwingen die gesamte Öffentlichkeit sich einmal kurzfristig und konzentriert um ein Thema zu kümmern und das führt dann immer zu Lösungen, zu Entscheidungen in bestimmte Richtungen, die dann, während es keine Krise gibt, länger Bestand haben.</p>
00:56:53	00:57:20	<p>Langdorf: Neben der Zusammenarbeit oder zumindest der Verbindung zwischen den Instituten und der Öffentlichkeit ist natürlich der andere Bereich sehr interessant, die Verbindung zwischen dem Staat und den kritischen Umweltforschungsinstituten. Wie hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Politikberatungsinstituten und staatlichen Stellen, wie dem Bundesumweltamt oder dann später eben seit der Gründung dann auch mit dem Bundesministerium für Umwelt gestaltet? Wie hat das sich verändert im Laufe der Zeit?</p>
00:57:20	00:59:23	<p>Kraemer: Also ganz allgemein ist es so, dass diese Institute, von denen es ja jetzt nicht nur die im Vordergrund stehenden unabhängigen, freien, gemeinnützigen, privaten gibt, sondern es gibt auch noch sehr viel mehr Institute, auch gewerbliche Institute. Diese sind alle Anbieter von Wissen, dass für die Ressortforschung des Umweltministeriums, die aber auch als Forschungseinrichtungen für die Forschungsprogramme die im BMFT früher, heute Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF, aufgelegt werden, als Antragsteller in Frage kommen. Das Verhältnis zwischen den Ministerien und diesen Instituten ist kein besonders enges. Es ist im Grunde genommen ein</p>

		Dienstleistungsverhältnis auf der einen Seite und auf der anderen Seite, in der Forschungsförderung, ein Verhältnis von Antragstellern und Zuwendungsgebern. Die Ministerien haben in jedem Falle die Option, den einen, das eine Institut, das andere Institut oder ein drittes Institut zu beauftragen und auch bei den, bei der Forschungsförderung werden Institute in verschiedenen Verbänden an verschiedenen Stellen auftauchen, sodass es im Grunde genommen kein strategisches Benehmen, keine Vereinbarung gibt, in denen der Staat, vertreten durch Ministerien, in irgendeiner Form gezielt Infrastruktur in diesen Instituten aufbauen würde oder erhalten würde. Das stimmt nicht ganz, denn das Wuppertal Institut hat eine Grundfinanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen und auch andere Institute haben sehr kleine Beträge, die sie aus Landeshaushalten zugewiesen bekommen, um auf diese Weise, haben auf diese Weise eine gewisse Finanzierung für einen ganz kleinen Teil ihrer Infrastruktur. Aber nach meiner Kenntnis führt das in keinem der Institute, bis auf das Wuppertal Institut, zu einem Einfluss der staatlichen Stellen auf die strategische Orientierung oder auf die Arbeit in den einzelnen Projekten.
00:59:23	01:01:12	Langdorf: Also es gibt keine Abhängigkeit? Kraemer: Bei diesen Instituten gibt es keine Abhängigkeit, das ist etwas ganz anderes in den staatlich grundfinanzierten Forschungsinstituten, ob die nun der Fraunhofer Gesellschaft, Helmholtz Gesellschaft, Leibnitz Gemeinschaft angehören oder ob sie so ein bisschen außerhalb dieses System stehen, wie das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, spezialisierte grundfinanzierte Institute, da hat der Staat natürlich immer Möglichkeiten sehr viel stärker in die Programmentwicklung, in die Forschungsagenda einzuwirken, als das bei uns der Fall ist. Das Ecologic Institut hat sich einen Namen gemacht vor allem durch die Arbeiten, Forschungsarbeiten mit Unterstützung durch die Europäische Kommission GD Forschung, bzw. die politikrelevante Arbeit für das Europäische Parlament, Europäische Umweltagentur und verschiedene Abteilungen der Europäischen Kommission. Es ist diese Kombination von Wissenschaft in großen Forschungsprojekten, jeweils auch exzellent – im Wettbewerb sind ja die Zuwendungen eingeworben worden, sind die Projekte aufgebaut worden – die Kombination von dieser wissenschaftsbasierten Arbeit mit der Orientierung hin auf die Gestaltungsnotwendigkeiten im politischen Bereich. Als Spitze natürlich die Diskussions- und Entscheidungsgrundlagen für die Mitglieder des Europäischen Parlamentes. Diese Kombination ist etwas was für uns als Institut etwas Besonderes ist und was es in gewisser Weise auch unmöglich macht einen strategischen Einfluss auf die Programmentwicklung dieses Institutes auszuüben. Es gibt keinen dominanten Auftraggeber oder Zuwendungsgeber und den haben auch, mit der Ausnahme des Wuppertal Instituts, die anderen Institute nicht.
01:01:12	01:02:59	Langdorf: In den vergangenen Wochen und Monaten stand ja sozusagen die Abhängigkeit von Instituten sehr stark in der Kritik, da war von gekaufter Forschung die Rede. Da ist der Umweltbereich, dadurch, dass er eine starke Diversifizierung hat sozusagen nicht so anfällig. Kann man das sagen? Kraemer: Das Umweltministerium, das Bundesministerium für Umwelt, hat in Deutschland nach meiner Kenntnis die größte Zahl von unabhängigen Beratungsinstitutionen, von Wissenschaft über Agenturen hin zu Ingenieurbüros, gewerblichen Beratern. Über 100 Organisationen, die regelmäßig, also nicht nur einmalig, sondern regelmäßig wiederholt in der Ressortforschung und in der Politikberatung sowie in der gutachterlichen Unterstützung der Arbeit des Umweltministeriums aktiv werden. Kein anderes Bundesministerium hat eine solche Vielfalt von Anbietern, von denen es sich punktuell die Leistungen reinholen kann, die es braucht. Auf der einen Seite stärkt das die Position des Umweltministeriums, weil es auf diese Weise einfach einen viel größeren Ideenreichtum hat, als es zum Beispiel beim Wirtschaftsministerium oder beim Verkehrsministerium oder beim Landwirtschaftsministerium der Fall wäre. Andererseits ist es so, dass alle diese Institute auch ein ganz starkes Interesse haben, nicht vom Umweltministerium abhängig zu sein, weil man nie weiß, welches Thema Konjunktur hat und wo welche Aufträge oder Gutachten vergeben werden oder wo welche Forschung notwendig sein wird. Also im Interesse des Fortbestandes der Institute müssen sie alle diversifizieren und zwar nicht nur thematisch, sondern auch im Bezug auf ihre Zuwendungsgeber und Auftragsgeber.
01:02:59	01:03:33	Langdorf: Das ist jetzt sozusagen die Situation, wie wir sie heute haben. Wir haben in den Interviews zuvor oft gerade von der Anfangszeit sehr viel erzählt bekommen, weil das auch eine emotionale Zeit oft war für die Gründer in den 70er Jahren, weil sie wahnsinnigen Gegenwind erfahren haben, gerade auch von staatlicher Seite und eben von den Universitäten. Wenn man einen Bogen schaffen würde von den 70ern bis heute, was hat sich geändert im Laufe der Zeit und wie wurde die Zusammenarbeit schrittweise professioneller, wenn man es so nennen möchte?
01:03:33	01:06:54	Kraemer: Also die große Institutionenlandschaft der Umweltpolitik, überhaupt der Politik hat sich

		<p>verändert. Als 1972 die Vereinten Nationen zu der großen ersten Umweltkonferenz in Stockholm eingeladen haben, gab es in Deutschland kein Umweltministerium. Man musste entscheiden, wer da hingeschickt wird. Voraussetzung für die Teilnahme war, dass man irgendwo ein Amt hat, ein zentrales Amt hat, das sich um Umweltfragen kümmert. Das war mit der Anstoß für die Gründung des Umweltbundesamtes. Das Umweltbundesamt hat bis 1986 funktioniert ohne wirklich einen kompetenten Ansprechpartner in der Ministerialverwaltung zu haben. Sie wurden vom Innenministerium gesteuert, wo es eine Abteilung gab, die sich auch um Umweltfragen gekümmert hat, aber ansonsten war bis in diese Zeit ein großer Teil der Umweltpolitik Sache der Länder, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung auch das waren Dinge, die eher bei den Ländern lagen als bei der Bundesrepublik. Heute haben wir ein Umweltministerium. Wir haben ein Umweltministerium, das durchsetzungsstark geworden ist gegenüber anderen Ministerien. Zum Beispiel hat es den Bereich der erneuerbaren Energien aus dem Wirtschaftsministerium erhalten, nachdem das Wirtschaftsministerium hier keine Politikdynamik entfalten konnte und den von der Gesellschaft gewünschten Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zu Wege gebracht hat, hat sich das Umweltministerium mit seinen Ideen durchgesetzt und hat dieses ja dann auch sehr stark angestoßen und befördert. Die Tatsache, dass wir heute ein Umweltministerium haben, dass es beraten wird durch das Umweltbundesamt, durch das Bundesamt für Naturschutz, das Bundesamt für Strahlenschutz, dass es darüber hinaus, weil es wenig Beratungskapazität im staatlich finanzierten Bereich hatte, von Anfang an sich Wissen immer auch aus der Zivilgesellschaft, aus der Universität aus den freien Instituten, aber auch von Unternehmen, von Beratungsunternehmen geholt hat, von Anwaltskanzleien hat eine Durchsetzungsmacht, eine solche Gestaltungsmacht, es hat einen solchen Ideenreichtum, dass es tatsächlich durchsetzungsstark geworden ist. Und heute kann man von einer Symbiose sprechen, natürlich profitiert die Umweltpolitik in Deutschland auf Bundesebene davon, dass es diese Institutionenlandschaft gibt, dass es einen kritischen Diskurs gibt, dass viele neue Ideen geliefert werden, dass auch die dummen Ideen, die auch in anderen <i>Policy Communities</i>, in anderen Bereichen geboren werden, dass die dann auch irgendwann mal als dumme Ideen entlarvt werden. Auf der anderen Seite leben diese vielen freien Institute, Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen auch davon, dass das Umweltministerium eine gewisse Nachfrage erzeugt nach Beratungsleistungen. Ich sehe darin eine Symbiose, die insgesamt die Umweltpolitik im Vergleich zum Beispiel zur Wirtschaftspolitik gestärkt hat. Wenn wir uns anschauen, wie die Politikberatung im wirtschaftspolitischen Bereich aussieht, kommt die ganz überwiegend aus einer sehr kleinen Anzahl von staatlicherseits grundfinanzierten Wirtschaftsforschungseinrichtungen, die ihr Personal aus etwas mehr als einer Hand voll von Universitäten von Lehrstühlen rekrutieren, sodass im Grunde genommen, der Ideenpool reduziert ist auf ganz, ganz wenige und nicht mehr genügend Vielfalt an Ideen vorhanden ist, um tatsächlich eine innovative Politik zu ermöglichen.</p>
01:06:54	01:08:52	<p>Langdorf: Gut, das sind die Probleme in diesem Bereich. Welchen Bereich gibt es, welche Probleme gibt es im Umweltbereich? Gibt es da Lücken, die momentan bestehen oder wie könnte man die Zusammenarbeit noch besser gestalten oder ist das System wie es jetzt ist eigentlich gut? Kraemer: Also die Lücken in der deutschen Umweltpolitik zu beschreiben, ist nicht ganz einfach dadurch, dass wir eine sehr breit ausgefächerte Umweltpolitik haben, die im Vergleich zu anderen Staaten auch eigentlich ganz gut funktioniert. Die Schwächen, die man da beschreiben kann sind alle relativ. Aber wir haben deutlich erkennbare Schwächen im Schutz der Biodiversität in Deutschland und der Rolle Deutschlands international. Wir haben deutliche Schwächen im Bodenschutz, Flächenverbrauch, Bodenversiegelung. Die Zerschneidung der Landschaft durch neue Verkehrswege weit über das hinaus, was von Experten für verträglich gehalten wird, allein was die Flächen angeht, aber dazu kommt ja noch die Zerschneidung von natürlichen Lebensräumen, was die Fähigkeit der Natur, sich an den Klimawandel anzupassen, was zu Wanderung von Arten führen muss, die Fähigkeit der Selbstanpassung der Natur ist deutlich reduziert, indem die Landschaft so zerschnitten wird und Wanderungskorridore einfach nicht mehr da sind. Die Umweltpolitik in Deutschland ist durchsetzungsschwach gegenüber der Automobilindustrie, gegenüber der chemischen Industrie und auch der großen Energieversorgungsunternehmen, RWE, eon, ENBW und Vattenfall. Wobei hier heute RWE und eon eher ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Dadurch dass ENBW ja jetzt überwiegend im Besitz Baden-Württembergs ist und Vattenfall ein vom schwedischen Staat kontrollierter Konzern ist, sodass als Akteure eigentlich nur eon und RWE übrig geblieben sind.</p>
01:08:52	01:10:27	<p>Langdorf: Wie könnten diese Lücken geschlossen werden? Bedarf es anderer Institute oder bedarf</p>

		es einer anderen Struktur? Kraemer: Ich glaube, dass es eine politische Aufmerksamkeit braucht für bestimmte Themen. Da könnte man auch noch weitere Themen hinzu tun. Die Herausforderung an die internationale Koordination zum Beispiel bei Geo-Engineering. Strategische Fragen der allgemeinen Orientierung der europäischen Umweltpolitik, neue Formen der Zusammenarbeit international zur Lösung von Umweltfragen, hier gibt es sehr viele internationale Themen von denen Deutschland, zu denen Deutschland eigentlich ein konzeptionellen, strategischen Beitrag leisten könnte. Neue Ideen zu entwickeln, neue <i>narratives</i> zu entwickeln, mit denen Begründungsargumentationsketten und Begründungszusammenhänge zu formulieren, hier gibt es glaube ich vieles, was Deutschland noch besser machen könnte. Ich glaube aber, dass es durch die Institute, die es gibt, einschließlich der Kapazitäten im wissenschaftlichen Bereich auch organisiert über die Beratungsinstitutionen, wie den Sachverständigenrat für Umweltfragen, den schon erwähnten wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen, Rat für Nachhaltige Entwicklung und andere, die sich eher sektoralen oder vereinzelt Themen zuwenden, also die Infrastruktur ist da. Es fehlt an Nachfrage und an Finanzierung für langfristorientierte, strategische Querschnittsfragen. Dies ist etwas was in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat, nicht nur in Deutschland, sondern auch auf der europäischen Ebene.
01:10:27	01:11:10	Langdorf: Vielleicht auch nochmal einmal sozusagen für einen Block: Was ist der besondere Wert der unabhängigen Institute für die heutige Landschaft? Kraemer: Das habe ich eben schon mal gesagt, deswegen fällt mir das jetzt schwer das... Langdorf: Aber dass man das sozusagen in einem / Wenn man drei Punkte herausstellt, was wäre das? Kraemer: Jetzt müsste ich den Sprechzettel von Ecornet noch einmal kurz mir aufrufen. Das würde ich gerne bei Gelegenheit tun, denn wenn ich die Gelegenheit habe, das im Zusammenhang darzustellen, würde ich das auch ganz gerne in der Reihenfolge und in der Diktion machen, die wir da ausdiskutiert haben, dann muss ich das jetzt nicht aus dem Kopf abrufen. Langdorf: Ok. Kraemer: Das wird dann später rausgeschnitten.
01:11:10	01:11:23	Langdorf: Dann zum Abschluss noch eine Frage zur Rolle der EU. Wie hast Du die Rolle der EU in der Entwicklung der Umweltpolitik erlebt? ...sehr weit gefasst...
01:11:23	01:14:47	Kraemer: Ich glaube aus deutscher Sicht muss man da zwei Dinge sagen. Erstens, Deutschland hatte eine hohe Dichte an industrieller Aktivität, an Menschen, die in Räumen gelebt haben und damit Umweltprobleme produziert haben und sich gegenseitig mit diesen Umweltproblemen auch Lasten auferlegt haben; also besonders hohe Problemdichte. Zweitens, in Deutschland auch sehr große Kompetenz im Lösen von Problemen und zwar nicht nur die Technologien, die in der Wahrnehmung häufig im Vordergrund stehen, sondern auch der Finanzierungsmechanismen, der Regelungszusammenhänge, der Politikevaluation also der Monitoringsysteme, um dann zu sehen, ob eine Maßnahme auch Erfolge zeigt oder ob noch nachgesteuert werden muss. Das hat alles in Deutschland sehr gut funktioniert und das hat zu der Wahrnehmung geführt, dass Deutschland europäische Politik prägen kann. Als ob die erfolgreichen Politiken, die in Deutschland sehr häufig übrigens in Nordrhein-Westfalen entwickelt worden sind, dann eben nachdem sie in Deutschland erfolgreich waren und ihre Funktionstüchtigkeit bewiesen war, zu europäischen Politiken heraufgehoben werden konnten, um damit den anderen Staaten in Europa zu helfen, die gleichen Probleme, die gab es vergleichbar in anderen Staaten auch, vielleicht nicht in der Dichte und Intensität. Aber auf diese Weise zu helfe, den anderen europäischen Staaten ihre Probleme zu lösen. Das war die sehr, zum Teil sogar selbstverherrlichende Wahrnehmung der Rolle der europäischen Politik, Umweltpolitik, eher als ein Verstärker als ein Multiplikator der Erfolge der deutschen Umweltpolitik durch Anstoßen von nachziehenden Politikentwicklungen in anderen europäischen Staaten. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass Deutschland auch an vielen Stellen aus der europäischen Umweltpolitik gelernt hat. Von den Erfahrungen in anderen europäischen Staaten. Wo immer in der Europäischen Union erfolgreiche Politikkonzepte ausprobiert worden sind, zur Lösung von Umweltproblemen, sind sie früher oder später in Brüssel artikuliert worden und immer zum Gegenstand europäischer Politikentwicklung geworden: Ob das die Aufmerksamkeit der nordischen Staaten zu besonders problematischen Chemikalien gewesen ist, ob das die Niederländer waren, die mit ihrem Gedanken der Integration von Umweltbelangen in andere Politikbereiche, der Herstellung von Kohärenz zwischen politischen Systemen, zwischen Teilsystemen der staatlichen Verwaltung, ob es die Orientierung der Briten auf einen ganzheitlichen Ansatz, medienübergreifenden Ansatz in der Bekämpfung von Umweltbelastungen aus der Industrie waren, ob es die Finanzierungssysteme, die in Frankreich im Bereich der Wasserpolitik, der Wasserreinhaltung entwickelt worden sind, sind alles Problemlösungsmuster,

		die in anderen Staaten entwickelt worden sind oder Probleme, die in anderen Staaten artikuliert worden sind, die über europäische Politik, europäische Richtlinien dazu geführt haben, dass wir auch in Deutschland in den Genuss der Erfahrung gekommen sind und die Gelegenheit hatten, die Rechtsanpassung in Deutschland vorzunehmen und damit diese neuen Lösungen auch in unser Recht zu integrieren. Das war manchmal ein bisschen schmerzhaft, weil es dann nicht so richtig in unser Rechtssystem reinpasste, nicht so richtig in unsere Verwaltungswirklichkeit reinpasste, nicht in unser förderales System hineinpasste. Es war manchmal schmerzhaft, aber es war immer nützlich, weil wir gezwungen waren unsere altherkommenden Lösungen und Strukturen auch mal zu überdenken und zu schauen, ob man es nicht noch besser machen kann.
01:14:47	01:15:00	Langdorf: Also Europa ist gut für die Umwelt? Kraemer: Europa ist auf jeden Fall gut für die Umwelt. Langdorf: Sehr gut. So zum Abschluss, gibt es noch etwas, was wir nicht besprochen haben, was aber deiner Meinung nach in diese Diskussion gehören würde?
01:15:00	01:17:28	Kraemer: Das ist glaube ich die Ausstrahlungskraft dieser Art der wissenschaftsbasierten Politikberatung, die besteht aus politikrelevanter, exzellenter Wissenschaft und dann wissenschaftsbasierter, politikrelevanter und gesellschaftlich relevanter Aufbereitung der Ergebnisse. Was wir in Deutschland eben sehr schön entwickelt haben. Was inzwischen auch von den europäischen Institutionen als eine nützliche Ressource betrachtet wird. Es gibt entsprechende Entwicklungen von solchen Instituten inzwischen auch in anderen europäischen Staaten. Aber das, was hier an Ideen entwickelt worden ist, ob das die Energiewende ist, ob das die Chemiewende ist, ob das die Ernährungswende ist, ob das Fragen sind, wie man mit Bedürfnisfeldern umgeht und wie man strategisch Verbrauchsmuster/Konsummuster verbessern kann, wie man ein Land von Wertschöpfungsketten, Innovationen organisieren kann. Nicht alles ist in Deutschland entwickelt worden, nicht alles ist von den freien Instituten entwickelt worden, aber hier hat es eine kritische Masse gegeben an Beschäftigungen mit diesen, diese ganzen Lösungen und die Wege, wie die Lösungen gefunden worden sind werden inzwischen von anderen Teilen der Welt wahrgenommen. In Amerika erlebe ich das jedes Mal, dass wir beneidet werden, um diese intellektuelle Infrastruktur, die hier geschaffen worden ist. Obwohl wir in Deutschland ja immer auf Amerika schauen und die ganzen Ideen betrachten, ob das die Windenergie ist, ob das die Solarenergie ist, ob das <i>Smart Grid</i> -Lösungen sind. Jetzt aktuell sind aber auch in der Vergangenheit der ökologische Stadtbau, was dort, viel Gedankengut ist da aus Amerika gekommen. Die Chinesen schauen auf das, was wir haben. Sie können sich in ihrem chinesischen Modell nicht vorstellen, wie freie, unabhängige, private Institute, die zivilgesellschaftlich gegründet und zum Teil auch getragen werden, wie die in der chinesischen Realität existieren können und nützlich sein können für die Politik. Das passt nicht in ihr politisches und staatliches System hinein. Und trotzdem sehen sie, was für Ideen aus diesen Instituten herauskommen und welche, wie diese Ideen auch für die chinesischen Fragestellungen hilfreich sind, nützlich sind. Und sowohl im Städtebau als auch im Umbau der Energieversorgung Lösungen bereitstellen, die es den Chinesen ermöglichen schneller ihre Probleme in den Griff zu kriegen als sie es andernfalls könnten.
01:17:28	01:17:37	Langdorf: Wunderbar. Das wäre natürlich jetzt auch noch ein ganz interessanter Komplex, über den man sich länger unterhalten könnte, aber dann bleibt mir nur, mich sehr für das Gespräch zu bedanken Kraemer: Meinerseits vielen Dank.

Interview mit Prof. Dr. Ludwig Krämer, Europäische Kommission (1972–2004), GD Umwelt und GD Gesundheit und Verbraucherschutz

Interviewt durch: Susanne Langsdorf, Researcher, Ecologic Institut

Datum: 23. Mai 2014

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Krämer, Ludwig (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 23. Mai 2014.

Zeit von	bis	Text
00:00:55	00:02:28	<p>Langsdorf: Das Interview ist Teil des Projekts "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", das durch das Ecologic Institut durchgeführt wird und es geht im Grunde darum, dass Umweltpolitik heute eben eins der wichtigsten Politikfelder in Deutschland ist, aber wie sich das, wie sich Umweltpolitik entwickelt hat, darüber weiß man relativ viel, aber wie sich die Umweltpolitikforschung und -beratung entwickelt haben, darüber weiß man relativ wenig. Und unser Ziel, unser Projekt zielt jetzt darauf ab diese Fragen zu beleuchten und neues Geschichtswissen zu schaffen. Für diesen Zweck wurden jetzt bisher neunzehn, also Sie sind der zwanzigste Zeitzeuge, den wir befragen dürfen, es wurden bisher neunzehn Zeitzeuginnen und Zeitzeugen befragt und wir machen dann das Material eben der Öffentlichkeit zugänglich. Das so grob zu den Zusammenhängen in die dieses Ganze hier jetzt reingehört. So, vielen Dank noch mal, dass Sie sich Zeit für dieses Interview nehmen und vielleicht zu Beginn erst mal eine Frage zu Ihrem aktuellen Tun. Nach 'ner langen Karriere im Dienste der Umwelt sind Sie aktuell für <i>Derecho y Medio Ambiente</i> in Madrid tätig, haben wir gelesen, und für <i>ClientEarth</i> eben. Mit welchen Themen beschäftigen Sie sich aktuell? Krämer: Ganz aktuell, ich schreib also einen Artikel gerade über, wie nennt man das auf Deutsch, <i>Impact assessment</i>, Umweltverträglichkeitsprüfung oder Verträglichkeitsprüfungen von europäischen Gesetzgebungen und etwas über, ja zukünftige, die Rechte und die Interessen zukünftiger Generationen im Umweltschutz.</p>
00:02:28	00:05:30	<p>Langsdorf: Das ist ja spannend. Habe ich auch gerade einen Artikel zu gelesen, aber nicht geschrieben. Dann springen wir zurück in die Vergangenheit. Sie sind der erste unserer Zeitzeugen, der den Großteil seiner umweltpolitischen Karriere bei der EU verbracht hat. Sie waren mehr als dreißig Jahre bei der Europäischen Kommission und davon lange bei der Generaldirektion Umwelt. Sie waren jedoch auch von '69 bis 2004 Richter am Landgericht Kiel und haben sozusagen die umweltpolitische Entwicklung in Deutschland von innen und von außen betrachten können. Wo verorten Sie die Anfänge der Umweltpolitik in Deutschland? Krämer: In Deutschland? Langsdorf: Mhm. Krämer: Joa, das ist wohl eine Bewegung, ich würde sie sehen, das ging los mit den Schwabinger Krawallen 1962 das die Leute anfragen Obrigkeit nicht mehr als Obrigkeit und gottgewollte Obrigkeit anzunehmen und dann anfragen in Frage zu stellen, was man mit der Umwelt macht, das viel in großenteils in die Atomdiskussion hinein, aber ging auch auf Straßenbau, auf Infrastrukturmaßnahmen und ähnliches. Also Anfang der 60er Jahre. Langsdorf: Können Sie noch etwas zu den Schwabinger Krawallen sagen, weil das hatte jetzt bisher von den Zeitzeugen keiner dazu geordnet. Krämer: Nein, aber das war die erste größere Bürgerbewegung, wenn Sie so wollen in Deutschland, die einfach davon ausging, dass sie die Münchener Polizei hier Demonstrationen gewaltsam aufgelöst hat und ziemlich auf, durchgeprügelt hatte. Langsdorf: Ah, okay. Krämer: Und was eben dazu führte, dass sich die Bevölkerung in Schwabing, das waren überwiegend junge Leute, sich eigentlich nur mehr solidarisierte und auf diese Weise versuchte die Regelungen, die getroffen werden sollten zur Begradigung der Straßen in Schwabing, zur stromlinienförmigeren Viertelgestaltung in Frage zu stellen. Letztlich ist das dann, hat sich das aufgelöst durch starke Regenfälle, aber das war schon 'ne erste, für mich der erste große Solidarisierungsprozess unter jungen Menschen, dass das was von oben kommt nicht unbedingt und widerspruchlos hingenommen werden muss. Langsdorf: Also so ein bisschen als Ausfluss sozusagen der Studentenbewegung eher? Krämer: Ja. Ja, aber es hatte schon auch einen, einen kleinen Punkt mit Kernenergie, mit urbaner Gestaltung, Stadtentwicklung und von daher war der Umweltschutz nicht weit.</p>
00:05:30	00:07:30	<p>Langsdorf: Ja. Sehr interessant. Sie selbst begannen Ihre Laufbahn 1972 bei der EU-Kommission und zunächst in der Generaldirektion Wettbewerb und ein Jahr später dann gleich zu Beginn bei der Generaldirektion Umwelt. In Deutschland entwickelte sich in dieser Zeit die Umweltbewegung und die ersten Umweltforschungsinstitute, die daraus hervorgegangen sind, gründeten sich allerdings erst Ende der 70er Jahre. 1977 wurde das Öko-Institut gegründet, eben auch als Folge der Anti-AKW-Proteste in Wylh und das gilt bis heute eigentlich als das älteste unabhängige Umweltforschungsinstitut. Wo verorten Sie die wissenschaftsbasierten Umweltpolitikforschung?</p>

		Würden Sie das auch davor legen? Krämer: Ja, ich habe eigentlich keine Institutsbildung auf europäischer Ebene zu melden. Langsdorf: Ja, ja. Krämer: Das ist in erheblichem Umfang auch über den Atlantik rüber geschwappt, aus Amerika und von daher meine ich hat unsere erste Aufgabe bestanden, in Brüssel, eigentlich das, was sich in den Mitgliedsstaaten tat zusammenzufassen und auf europäischer Ebene, auf europäische Ebene hochzuziehen, weil beispielsweise in Italien die Organisation von Umweltfragen überhaupt nicht stattfand. Ähnlich war es wohl in Belgien und in Luxemburg auch, also drei von den sechs Staaten waren da relativ unterentwickelt. Gleiches gilt wohl für Großbritannien und Irland die '73 beigetreten waren. Dass es dort irgendwelche wissenschaftlichen oder administrativen Strukturen gegeben hat zu dieser Zeit, das war nicht der Fall.
00:07:30	00:08:58	Langsdorf: Okay. Welche Bedürfnisse gab es quasi im bestehenden System, die die Gründung neuer Institute notwendig machte? Krämer: Sie sprechen jetzt von privaten Instituten? Langsdorf: Ja. Krämer: oder halböffentlichen? Langsdorf: Genau, also... Krämer: Ja. Langsdorf: ...also hauptsächlich die unabhängigen Forschungsinstitute jetzt. Krämer: Staatliche Stellen haben dem Umweltschutz keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie kennen die Situation aus Deutschland, wo es ja ein Umweltministerium erst gab auf Bundesebene nachdem Tschernobylunfall. Langsdorf: Ja. Krämer: Vorher wurde das eigentlich Verkehrsministerium war eben Verkehrsinfrastrukturen zuständig und das Landwirtschaftministerium für Naturschutz und die Verwaltung der Gewässerbewirtschaftung der Länder, eben für Gewässerschutz. Das war alles relativ unorganisiert und in anderen Mitgliedsstaaten war es im Grunde genauso, sodass hier eigentlich die Erkenntnis gewachsen ist, dass etwas untersucht, näher erforscht werden müsste, aber das hat der Staat nicht in die Hand genommen, vielleicht zu Recht nicht, das will ich nicht beurteilen, aber von daher kam die Notwendigkeit private Institutionen ins Leben zu rufen.
00:08:58	00:11:19	Langsdorf: Was waren zu dieser Zeit... (Krämer: unv.) Ja. Was waren die Haupt-, welche Themen waren die Hauptmotoren für die Entwicklung der Umweltpolitik und der Umweltpolitikforschung Ihrer Meinung nach? Krämer: Auf europäischer Ebene ging es los mit 'm Gewässerschutz. Gewässer sind grenzüberschreitend, und von daher, der Schutz des Rheins und dann, in der Folge der Pau, der Donau und ähnliches stand anfangs durchaus im Vordergrund. Das schlug dann schnell weiter, auf die Nordsee insbesondere, und den Atlantik, und dann kam langsam, langsam auch die Ostsee ins Spiel, aber das war schwierig, weil die Norseeanrainerstaaten im Grunde genommen bereit waren sich zusammensetzen und Maßnahmen zu treffen, aber die Ostseeanrainerstaaten hatten die Sowjetunion mit dabei und das scheiterte, weil Sowjetunion nicht bereit war in irgendeiner Weise da die europäischen Institutionen mit zuzulassen. Langsdorf: Mmh, okay. Welche Rolle spielte die Öffentlichkeit in dieser Entwicklung? Krämer: Äh, fast keine. Auf europäischer Ebene fast keine, weil es eine europäische Öffentlichkeit nicht gibt, (unv.) Wie soll ich das erklären? Es gibt auch heute noch kein europäisches Fernsehen, kein europäische Presse und der Journalist, der deutsche Journalist, der aus Brüssel berichtet das was deutsche Leser oder Hörer interessiert, aber nicht das was von, aus europäischer Perspektive wichtig oder interessant ist. Und das gilt mit für den britischen, den französischen, italienischen Journalisten ganz genau so, dass wir diese gesplante Öffentlichkeit in Europa haben, die sich jetzt bei den Wahlen ja auch noch wieder sehr deutlich bemerkbar macht. Langsdorf: Sehen Sie... Krämer: ...also auf europäischer Ebene hat also die Öffentlichkeit praktisch keine Rolle gespielt, das waren Verwaltungen, die die Sachen in die Hand genommen hatten und Wirtschaftsverbände.
00:11:19	00:14:07	Langsdorf: Ja. Sehen Sie diesbezüglich 'ne Verbesserung, die im Laufe der Zeit stattgefunden hat oder würde Sie im Grunde sagen, das ist heute genauso wie in den 70er Jahren? Krämer: Nein, natürlich gibt es Verbesserungen. Die Öffentlichkeit ist viel wacher geworden, die Kommunikationslinien sind natürlich auch verstärkt worden mit Fernsehen, mit Handys, mit Mobiltelefonen, mit allen Computerkommunikationsmöglichkeiten usw. usw., das, die Vernetzung ist verstärkt, Sprachkenntnisse haben zugenommen, Austausch von Menschen in anderen Ländern, wo sie Erfahrungen sammeln, wo sie eben sehen, dass das eigene System nicht unbedingt das ideale System ist, hat zugenommen, das ist sehr viel stärker geworden. Aber auf der anderen Seite ist natürlich auch die Macht der anbietenden Wirtschaft und die Macht der Verwaltungsstellen gewachsen, sodass entscheidende Verbesserungen nicht stattgefunden haben. Wir haben immer eine Wahlbeteiligung, jetzt wieder, bei 40 Prozent, das heißt alle vier Jahre wird die europäische Öffentlichkeit mal gebeten zu den Urnen zu gehen, aber was sich dann in Brüssel im Einzelnen abspielt, das ist weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Langsdorf: Ja. Glauben Sie, dass das mit den Themen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit eher noch ein größeres Problem wird,

		dadurch, dass die sozusagen von Natur aus eher abstrakt sind, also wenn man sozusagen den, den irgendwelche grenzübergreifenden Flüsse sauber halten möchte, dann ist das so ein bisschen greifbarer die Problematik, aber das es sozusagen keine Öffentlichkeit für diese Themen gibt, ist das, wird das zukünftig eher noch problematischer, was denken Sie, das ist eher dadurch das es jetzt schon mehr Verbindungen gibt, eher ein kleineres Problem aktuell? Krämer: Beim Klimaschutz habe ich noch einige Hoffnungen, obwohl ich eigentlich im Augenblick eine Tendenz sehe, Klimaschutz auf Energiepolitik zu reduzieren, was wahrscheinlich zu eng ist. Bei Nachhaltigkeit, das ist inzwischen verkommen zu einer politischen Parole, die inhaltsleer ist (Langsdorf: Ja.), das wird sich nicht ändern. Alles ist nachhaltig. Sie machen nachhaltigen Verkehr, sie haben nachhaltige Zahnärzte, ja, ich bekam in die Hand gerade eine nachhaltige Biographie über einen Menschen, das ist, das ist 'ne Leerformel.
00:14:07	00:16:35	Langsdorf: Ja. Das erste Forschungsinstitut, das europäisch ausgerichtet war, war das Institut für europäische Umweltpolitik, das 1976 in Bonn gegründet wurde und später verschiedene Schwesterinstitute bekam von denen ja auch einige heute noch sehr aktiv sind. Kannten Sie das Institut? Krämer: Ja. Langsdorf: Haben Sie mit dem zusammen gearbeitet? Krämer: Ja. Langsdorf: Inwiefern? Krämer: Wir haben dem Institut 'ne ganze Reihe von Studienaufträgen erteilt über die Implementationsforschung, über die Durchführung von europäischen Umweltrichtlinien in den Mitgliedsstaaten und das war eigentlich sehr fruchtbar, weil das im sehr frühen Zeitpunkt der Implementationsforschung stattfand, das Implementation, ist im Grunde immer noch kein Thema, obwohl es vom Umweltschutz her das, für Juristen jedenfalls, das allerwichtigste ist. Wissen Sie, Sie können ein Gesetz machen zum Schutz der Umwelt, aber das ist zunächst mal nur ein Stück Papier und erst wenn Sie es implementieren, das heißt in der Praxis anwenden, dann kann es die Umwelt verbessern, aber, und das ist auf europäischer Ebene noch sehr viel mehr der Fall. Wir haben also Regelungen, die in vielen Mitgliedsstaaten nicht, die auf 'm Papier stehen, aber in der Praxis nicht angewandt werden. Ich gebe Ihnen das klassische Beispiel. Wir haben seit 30 Jahren europäische Gesetzgebung über die Qualität von Trinkwasser. Das heißt im Grunde, das Wasser, das aus Ihrem Wasserhahn kommt zu Hause, das muss trinkbar sein, aber wenn Sie heute in Südeuropa Urlaub machen, dann kriegen Sie immer noch den Hinweis, trinken Sie kein Leitungswasser, weil 30 Jahre nach Annahme dieser Gesetzgebung das immer noch auf 'm, größtenteils auf 'm Papier steht. Und diese Sachen hat das Institut für Europäische Umweltpolitik seinerzeit im Auftrag der Kommission untersucht und die Sachen auch veröffentlicht, sehr interessant, damals wurden die, das war so Anfang der 80er Jahre, wurden die Studien veröffentlicht, heute weigert sich die Kommission die Studien überhaupt öffentlich zugänglich zu machen, die immer noch durchgeführt werden, aber sie sind jetzt vertraulich.
00:16:35	00:18:45	Langsdorf: Also eher ein Rückschritt. Krämer: Eher ein Rückschritt. Ich würde aber gerne noch eins zur europäischen Umweltpolitik zu der Stiftung sagen. Langsdorf: Ja. Krämer: ...oder zum Institut. Die Zusammenarbeit schief ein, weil der dann zuständige Direktor des Instituts eigentlich mehr eine deutsch-nationale Haltung eingenommen hat und europäische Zusammenarbeit nicht mehr für richtig befand oder prioritär befand, sodass das Institut sich selbst mehr nationalisiert hat, das war der Grund warum es dann unabhängige Institute in anderen Mitgliedsstaaten gegeben hat, die vorher ja unter einem Dach waren. Langsdorf: Ja. Krämer: Das wird in Deutschland gerne totgeschwiegen, deswegen erwähne ich das. Langsdorf: Sie sprechen von Herrn von Weizsäcker? Krämer: So ist es. Langsdorf: Okay. Ihn hatten wir auch hier interviewt und das ist schon auch ein Zusammenhang wo es, glaube ich, unterschiedliche Meinungen zu gibt, wie sich das Institut entwickelt hat. Mmh, etwas allgemeiner... Krämer: naja, jedenfalls, Langsdorf: Ja. Krämer: ...jedemfalls ist es so, dass das Institut auf europäischer Ebene nicht mehr tätig wurde. Langsdorf: Ja. Krämer: Es war also keine für europäische Umweltpolitik mehr, sondern es wurde ein Institut für Umweltpolitik in Deutschland, in Großbritannien, in Frankreich usw. Langsdorf: Ja, er berichtete auch dann diese etwas deutschere Ausrichtung, dass er wahrgenommen, das eben das Institut in Deutschland weder besonders bekannt noch besonders populär gewesen sei und daher so ein bisschen die Umstellung. Also er nannte so ein bisschen als Anekdote, aber die vielleicht auch schon einiges aussagt, das zu Beginn der Briefkopf auf Französisch war und nicht mal, dass es nicht mal 'nen deutschen Briefkopf gab und das er, er war der Meinung, das könne man nicht in Deutschland machen. So, um das Institut stärker zu etablieren (Krämer: Ja) aber, das ist jetzt natürlich schwierig, das zu diskutieren, wenn, wenn er nicht genau da ist um das, seine Seite sozusagen nicht sprechen kann. Krämer: Klar.
00:18:45	00:21:42	Langsdorf: Aber etwas allgemeiner gesprochen, welche Rolle spielte Ihrer Meinung nach die EU für

		<p>die Entwicklung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung? Krämer: Keine sehr große, weil der Prozess auf europäischer Ebene in erster Linie ein politischer Prozess ist, nicht zu sehr ein, ein wissenschaftlich ausgerichtet. Verstehen Sie? Wenn es zum Beispiel in Deutschland eine Gesetzgebung gibt, sagen wir mal über den, den Lärm von Kraftfahrzeugen und in Frankreich gibt es eine andere Regelung darüber, dann ist es Ziel der europäischen Gesetzgebung hier 'ne Übereinstimmung zu erreichen, die für jedermann gültig ist, das ist nicht zuerst eine wissenschaftliche Geschichte, sondern eine politische, rechtspolitische Frage. Das, der Bedarf Umweltregelungen zu erlassen war jedenfalls in den ersten 20, 30 Jahren so groß, dass sich diese Frage der Wissenschaftlichkeit eigentlich weniger gestellt hat und der ist auch heute noch auf europäischer Ebene weniger wichtig. Wenn Sie sich zum Beispiel ein Thema nehmen wie Fracking (Langsdorf: Ja.), also die Gewinnung von Gas oder Öl aus, durch das Verpressen von Wasser und Chemikalien und Sand in den Untergrund, das ist eine Frage die sich relativ leicht mit politischen Erwägungen lösen lässt, dass man den Gewässerschutz untersucht, dass man den, den Lärm und die Benutzung des Bodens und die Beanspruchung des Bodens untersucht, langfristige Wirkungen usw. usw. Auf europäischer Ebene wird eigentlich untersucht oder geprüft, was haben eigentlich die Amerikaner gemacht, die auf dem Gebiet weiter sind, was für Regelungen gibt es da und welche Regelungen kann oder soll man treffen auf europäischer Ebene. Die Wissenschaft lässt uns im Grunde bei solchen Fragen ziemlich weit im Stich muss ich wirklich sagen, weil sie einfach an deutschen Themen interessiert ist, das sind auch die meisten Geldgeber, die aus den Mitgliedsstaaten kommen und weniger an gesamteuropäischen Themen. Es gibt ja, wir hatten vorhin über öffentliche Meinung gesprochen, aber in eine europäische Wissenschaftspolitik gibt es ja eigentlich nicht, sodass, auch im Umweltbereich nicht, sodass man sich da sehr schwer tut hier optimale europäische Lösungen von wissenschaftlicher Seite her anzubieten.</p>
00:21:42	00:24:05	<p>Langsdorf: Aber es gibt ja die großen Forschungsrahmenprogramme. Sind Sie der Meinung das ist nicht ausreichend oder das ist nicht zielführend gestaltet? Krämer: Sie meinen die europäischen Rahmenprogramme? Langsdorf: Ja. Also die Forschungsrahmenprogramme, (Krämer: Ja.) ...also ob das jetzt heute dadurch gut gedeckt wird oder ob das jetzt weiterhin eine sehr große Lücke ist? Krämer: Das ist meines Erachtens weiterhin eine sehr große Lücke, weil die Forschungsprogramme nicht mit den politischen Programmen, also dem Umweltprogramm der Generaldirektion Umwelt der Kommission abgestimmt sind und auch nicht angepasst werden. Wenn also ich hier in Zukunft mal eine, ein Bedarf entsteht, sagen wir mal Nanotechnologie zu regeln, dann müsste heute oder müsste gestern schon das Forschungsprogramm der Kommission die notwendigen Basisuntersuchungen und -forschungen anstellen, wie sich so etwas, wie sich Nanotechnologie verhält, menschliche Gesundheit, Schutz von Tieren, Schutz von Pflanzen usw. usw. Aber daran fehlt es. Daran fehlt es und man hat im Forschungsprogramm sehr viel über zum Beispiel über Erdbeben gearbeitet, das ist für Umweltschutz, für die Umweltschutzpolitik der Kommission völlig irrelevant und so sind diese, so ist das Forschungsprogramm mit dem politischen Aktionsprogramm nicht harmonisiert, sodass die Forscher weitgehend für sich arbeiten, für ihren Elfenbeinturm und die Politiker sind angewiesen auf das, was ihnen zufällig, sagen wir mal, vor die Flinte kommt. Langsdorf: Wissen Sie zufällig wann die ersten Forschungsaufträge an Umweltforschungsinstitute vergeben wurden? Krämer: Nein. Meines Wissen und solange ich in der Generaldirektion Umwelt gearbeitet habe sind diese Sachen völlig getrennt voneinander gelaufen. Die Generaldirektion Umwelt wurde nie konsultiert und es wurden Aufträge nie abgestimmt, was nun mit welchem Vorrang usw. untersucht werden sollte. Das machte die Forschungsabteilung der Kommission selbstständig und so war das. Deshalb kann ich Ihnen dazu nichts sagen.</p>
00:24:05	00:26:29	<p>Langsdorf: Okay. Sie selbst waren ja lange Leiter der Abteilung Recht und Anwendung von EU-Umweltrecht, wenn wir das hier jetzt korrekt übersetzt haben und von dem, was Sie sagen, kann ich mir nur vorstellen, dass es sehr wahrscheinlich im Rechtsbereich im besonderen Maße gilt, dass es nicht durch Forschung unterfüttert wurde oder hat sich das im Laufe der Zeit geändert? Krämer: Nein, es hat sich im Laufe der Zeit nicht, jedenfalls nicht signifikant geändert. Es, in beiden Bereichen, sowohl für die Ausarbeitung neuer Vorschläge, als auch für die Untersuchung der Effektivität bestehender Regelungen fehlt es an Forschungen. Das sind einzelne Fälle, die aufgegriffen werden können von den politischen Instanzen oder den Verwaltungsinstanzen, aber systematische Übersicht beispielsweise wie sieht es denn aus mit dem Gewässerschutz in Griechenland oder der Luftreinhaltung in den europäischen Hauptstädten oder der Abfallentsorgung im kommunalen Bereich in Portugal oder in Italien, gibt's einfach nicht. (Langsdorf: Mhm.) Gibt's einfach nicht, dafür ist kein Geld da und, und auch deutsche</p>

		<p>Forschungsinstitute interessieren sich, und müssen sich auch von ihrem Geldgeber her interessieren, für die Regelungen in Deutschland, aber nicht für die Regelungen, die europaweit von relevant sind. Langsdorf: Also hielt Ihrer Meinung nach die deutsche Umweltforschung nicht mit dem Tempo der expandieren EU-Umweltpolitik mit? Krämer: Es sind zwei Ebenen. Deutschland macht im Umweltbereich viel und auch im Forschungsbereich und hat auch in der Vergangenheit viel gemacht, aber es ist nicht das, was europaweite Dimensionen hat und was für die anderen Mitgliedsstaaten unter Umständen relevant oder prioritär wäre. Ich glaube nicht, dass es eine Frage des Schritthaltens ist. Ich glaube in Deutschland haben die Geldgeber auch in erster Linie eben das deutsche Interesse im Auge und nicht das europäische Interesse. Und das sind zwei verschiedene Ebenen.</p>
00:26:29	00:28:56	<p>Langsdorf: Ja. Welche, welche Risiken oder welche Chancen sehen Sie denn in der Weiterentwicklung des europäischen Umweltrechts? Sehen Sie nur Chancen oder sehen Sie auch Risiken? Krämer: Mehr Risiken als Chancen. Langsdorf: Oh. Krämer: Mehr Risiken als Chancen, weil es (Räuspern) Sie im Augenblick in Europa, Sie haben die skandinavischen Staaten, Sie haben Deutschland und Sie haben mit Einschränkungen, na vielleicht Österreich auch noch ohne Einschränkungen, und mit Einschränkungen die Niederlande als Staaten wo Umweltpolitik überhaupt eine politische Rolle spielt. In anderen Staaten ist das nicht der Fall und deswegen ist es sehr, sehr mühselig auf europäischer Ebene überhaupt voranzukommen. Ob das Klimaschutz ist oder ob das Energie und Umwelt ist, ob das die Integrierung umweltpolitischer Erfordernisse in andere Politikbereiche, Landwirtschaft, Fischerei, Wettbewerb ist, das ist eigentlich überall so. Das heißt unter 28 Mitgliedsstaaten haben Sie noch nicht einmal ein Viertel des, für eine aktive Umweltpolitik zu Hause eintritt und dann auf europäischer Ebene eher noch weniger. Ich gebe Ihnen auch noch ein anderes Beispiel, auch Deutschland sieht immer seine Interessen. Wir hatten eine Vorschlag gemacht über Bodenschutz, nun gab, gibt es in Deutschland ein Bodenschutzgesetz und Frankreich und Großbritannien haben auch Bodenschutzgesetze, aber die ganzen Südländer haben das nicht und brauchen das dringend für ihren Boden. Und im Rat gab es 22 Mitgliedsstaaten die dafür waren eine europäische Regelung zu machen, aber Deutschland, insbesondere gesteuert von Bayern, war dagegen, weil sie sagten, wir haben das ja schon, wir brauchen das nicht, da ist kein europäischer Mehrwert für uns dabei und diese fünf Staaten hatten juristisch eine Blockademinderheit und so ist diese Richtlinie gescheitert. Sie ist bis heute nicht zustande gekommen, obwohl sie, ich glaube neun Jahre alt ist. Das, man, man schaut auf seine eigenen, nationalen Interessen, aber man hat nicht den Raum, den geografischen Raum Europäische Union im Auge. Ganz, ganz normal... ..aber das ist keine Überraschung eigentlich.</p>
00:28:56	00:31:57	<p>Langsdorf: Was müsste denn passieren, das sich das ändert? Krämer: Na, in erste Linie müssten wahrscheinlich sich auch Forschungsinstitute und ähnliches europäisch vernetzen. Das ist schon eine gewaltige Aufgabe, weil Sprachprobleme dazukommen, Finanzprobleme und ähnliches. Wir brauchen eine europäische, öffentliche Meinung. Was macht es für einen Sinn europäische Wahlen zu haben, wenn wir keine europäische, öffentliche Meinung haben. Denken Sie mal an die Demokratie in Deutschland, was wäre sie wenn es nicht eine öffentliche Meinung gäbe in Deutschland? Langsdorf: Ja. Krämer: Dann würden die Parteien noch viel mehr in Versuchung geraten ihre eigenen Pfründe sicherzustellen und nicht an das Gemeinwohl zu denken und das ist auf europäischer Ebene eher potenziert. Langsdorf: Ja. Krämer: Wir brauchen also ganz sicherlich öffentliche Meinung, Vernetzung und ähnliches. Wir brauchen, ich gebe Ihnen ein anderes Beispiel: Wenn ein Mitglied der Kommission zuständig wird für Umweltschutz, wie zum Beispiel im Augenblick Herr Potočnik, der aus Slowenien kommt (Langsdorf: Ja.) und der jetzt fünf Jahre lang Umweltkommissar war, der ist, hat in seinem ganzen Leben beruflich mit Umweltfragen und Umweltschutz nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun gehabt. Und nun plötzlich soll er für 500 Millionen Menschen balancieren, gewichten zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltinteressen und entsprechende Vorschläge machen. Natürlich bräuchte der einen Beraterstab, aber es gibt so etwas nicht. Wir haben in Großbritannien z.B. einen, eine <i>Royal Commission</i> für Umweltfragen, wir haben in Deutschland das Umweltbundesamt, wir haben verschiedene andere wissenschaftliche Institute die beratende Tätigkeit für die Bundesregierung machen. Auf europäischer Ebene gibt es so etwas überhaupt nicht. Es hat mal einen Versuch gegeben so etwas einzurichten, aber das hat dann Herr Barroso nach einigen Jahren wieder abgeschafft, weil, es war ein Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, weil ihm das nicht erfolgversprechend erschien. Natürlich brauchen wir da auch eine Infrastruktur, aber das geht dann, geht Ihre Frage doch auch ein Stück weiter, wie soll Europa in 20, 30 oder in 50 Jahren eigentlich aussehen, diese Europäische Union oder Deutschland</p>

		in Europa oder wie immer Sie das formulieren mögen. Darüber wird man nachdenken müssen und wie soll die europäische Umwelt in 50 Jahren aussehen nicht, aber darüber gibt es eigentlich wenig Leute, die von Berufswegen darüber nachdenken.
00:31:57	00:35:15	Langsdorf: Ja. Also es ist ja jetzt momentan, wird ja die europäische Forschung hauptsächlich über die, über das Forschungsrahmenprogramm oder es ist ja jetzt umbenannt ab 2014, dieses <i>Horizon 2020</i> -Programm, durchgeführt. Und das ist jetzt für Institute wie wir es sind schon einer der größten Geldgeber (Krämer: Ja.) Und dort ist es ja meistens in den großen Projekten auch schon so angelegt, dass man eine Mindestanzahl, üblicherweise wenigstens drei, an internationalen Partnern zusammen bringen muss, also wozusagen ein Mindestmaß an Vernetzung und meistens ist es dann ja mehr, wo sich Institute europaweit vernetzen und dann an einer bestimmten Aufgabenstellung drei oder vier Jahre zusammen arbeiten. Und halten Sie das für den richtigen Ansatz oder halten Sie das für zu wenig oder werden dort die falschen Themen bearbeitet? Also was ist da Ihre Hauptkritik? Krämer: Nein. Dieser Grundsatz, dass es grenzüberschreitende Zusammenarbeit geben soll ist richtig. Das finde ich gut. Ich finde es auch gut, dass man die Sachen nicht auf 12 Monate beschränkt, sondern es schon länger macht. Was ich nicht richtig finde ist diese völlige Abkopplung der wissenschaftlichen Tätigkeit von Politikfragen. Ich meine was steht uns in den nächsten Jahren an? Ich glaube es gibt Bedarf im Bereich, ich hatte es erwähnt, Nanotechnologie, es gibt Bedarf im Bereich der <i>endocrine disruptors</i> , ich weiß nicht wie, hormon, diese Hormongeschichten. Es gibt Bedarf über z.B. über Gentechnik, mal zu untersuchen wie ist das mit den Resistenzen bei Pflanzen, die gentechnisch verändert sind in den USA, in Kanada, in Brasilien, in Mexiko usw. Das man das untersucht, um das für den europäischen Bereich einmal fruchtbar zu machen, aber all solche Themen greift, wenn ich das richtig sehe, dieses Forschungsprogramm nicht auf, sondern setzt seine eigenen Prioritäten. Ich bin Jurist und für den Umweltbereich als Jurist würde ich sagen die Implementationsforschung ist in den Kinderschuhen. Man untersucht nicht, wie wirkt sich Lärm z.B., wie haben sich die Lärmregelungen ausgewirkt, was könnte man machen, wenn man z.B. sagt Kraftfahrzeuge müssen jedes Jahr oder alle zwei Jahre ein TÜV untergehen, der auch Lärmregelungen mit einbezieht, sodass der Stand eines Neuwagens auch noch nach acht Jahren noch gesichert ist. Aber solche Untersuchungen macht niemand und das geht an Forschungsinstitute auch nicht ran. Ich weiß nicht, was Sie am europäischen, aus dem europäischen Programm an Umweltforschung betrieben haben, aber ich würde mal sagen, es hat für die Umweltpolitik bis 2020 keine Relevanz. Es hat keine Relevanz.
00:35:15	00:36:15	Langsdorf: Das hoffe ich natürlich nicht, dass unsere Forschungsprogramme gar keine Relevanz haben, aber ich sehe natürlich schon, ich sehe was Sie, was Sie meinen. Sie hatten vorhin kurz von Ihrer Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Umweltpolitik gesprochen und dass das dann sozusagen aufgelöst wurde, weil sich das Institut dann eher national orientiert hat und weniger europäisch. Wurde diese Lücke geschlossen oder mit wem haben Sie später zusammengearbeitet. Krämer: Nein, die Lücke wurde nicht geschlossen. Die Lücke wurde nicht geschlossen, die Kommission hat die Studien im Grunde für einige Jahre völlig ausgesetzt. Sie sind jetzt in den letzten 10 Jahren wieder aufgenommen worden und da gibt's einige europäische Organisationen, mir fällt eine ein hier aus Brüssel, eine aus Frankreich, die solche Studien für die Kommission jetzt machen.
00:36:15	00:41:07	Langsdorf: Mhm, okay. Im Jahr 1973 wurde das erste Umweltaktionsprogramm von der EU verabschiedet. Was können Sie uns über die ersten Schritte der europäischen Umweltpolitik als solche erzählen, losgelöst von der Forschung? Wie war die Anfangszeit für Sie, wie haben Sie die wahrgenommen? Krämer: Ja, die Sache ging eigentlich los mit, schon 1972. Damals löste sich die Kommission auf, weil das Mandat abgelaufen war und ab 1. Januar '73 kamen Großbritannien,

		<p>Dänemark und Irland hinzu. Da suchte die scheidende Kommission nun irgendwelche Vorgaben zu machen an die neue Kommission, um ihr den Start zu erleichtern und eine wesentliche Sache war, dass der Gedanke den Verbraucherschutz aus der Generaldirektion Wettbewerb herauszulösen und den Umweltschutz aus der Generaldirektion Binnenmarkt und die beiden zu einer neuen Verwaltungseinheit "Umwelt und Verbraucherschutz" zusammenzuschließen, diese, der einem Vizepräsidenten der Kommission zu unterstellen und wie der juristische Dienst einen Dienst für Umwelt und Verbraucherschutz einzurichten, der für alle horizontalen Fragen und für alle Generaldirektionen der Kommission dann eben den, die Belange von Verbraucher- und Umweltschutz wahrnehmen sollte. Dies Konzept wurde administrativ verwirklicht, das heißt man richtete tatsächlich diese Dienststelle "Umwelt und Verbraucherschutz" ein und unterstellte sie einem Vizepräsidenten, aber die weitere Durchführung scheiterte an den bestehenden Generaldirektionen, Industrie, Landwirtschaft und ähnliches, die sagten, wir lassen uns vielleicht vom juristischen Dienst noch erklären, was juristisch unter dem Vertrag geht oder was nicht, aber wir lassen uns nicht vom, von der Dienststelle "Umwelt und Verbraucherschutz" erzählen, was das umweltpolitisch oder verbraucherpolitisch richtig ist, sodass die ganze Konzeption scheiterte. Aus diesem Grund ging die Ge... Umweltpolitik der Kommission dann in die sogenannten Lückenaufarbeitung. Sie machte Regelungen oder schlug Regelungen vor, in Bereichen, die von anderen Generaldirektionen der Kommission nicht wahrgenommen wurden, deswegen sind die ersten Schritte gewesen: Gewässerschutz und Abfall. Beide Sachen waren von Industrie und Landwirtschaft nicht, das war nicht interessant für die, sodass Regelungen auf diese Weise ergehen konnten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: 1974 hatte Frankreich der Kommission mitgeteilt, dass es beabsichtigte für seine Binnengewässer, also für Seen und Flüsse, die sanitären Forderungen an Schwimmbäder zu verbessern. Und die Kommission schlug dann vor, ihr macht das nicht auf französischer Ebene, sondern lasst uns das auf europäischer Ebene machen, lasst uns das nicht nur für Binnengewässer, sondern lasst uns das auch für Küstengewässer machen und so machte die Kommission Anfang '75 einen Vorschlag über die Qualität von Badegewässern, der nach 10 Monaten angenommen wurde, das heißt blitzschnell, was sich niemand für diese Fragen interessierte und diese Badegewässerrichtlinie hatte 30 Jahre Bestand und ist dann, es gibt sie immer noch, aber in einer etwas modifizierten Form. So sind damals die ersten Regelungen zu Stande gekommen. Frankreich hat auch notifiziert, einmal, dass es eine Genehmigungspflicht für neue Chemikalien einführen wollte. Die Kommission sagte, macht das nicht auf französische Ebene, lass uns das auch europäischer Ebene machen. Und dann kam es '79 zu einer europäischen Regelung, nicht für eine Genehmigungspflicht, aber für eine Mitteilungspflicht mit anschließender Prüfung, das also nicht weit entfernt war, von einer Genehmigungspflicht. So hat (unv.) damals die Regelung gemacht im Umweltbereich, aber auch unabhängig, weitestgehend unabhängig von wissenschaftlichem Begleitmaterial. Das, das gab's einfach nicht. Niemand hat Badegewässerqualität untersucht; Küstengewässerqualität.</p>
00:41:07	00:42:51	<p>Langsdorf: Also das war sozusagen aber im Rahmen dieser Dienststelle "Umwelt und Verbraucherschutz"? Und in... Krämer: Ja. Langsdorf: Und in welcher, und die waren dann in der Generaldirektion Industrie oder? Krämer: Nein, das war 'ne eigene, achso, die Abteilung, Verwaltungsabteilung "Verbraucherschutz" war bis Ende '72 in der Generaldirektion Wettbewerb. Langsdorf: Achso. Krämer: Und da habe ich angefangen. Langsdorf: Ja. Krämer: Und die Verwaltungseinheit Umweltschutz war in der Generaldirektion "Industrie/Binnenmarkt" und diese beiden Verwaltungseinheiten wurden rausgelöst und zu einer selbstständigen Generaldirektion "Umwelt und Verbraucherschutz" zusammengefasst, aber ich sag Generaldirektion, formell hieß das Dienststelle, weil eine Generaldirektion von einem Generaldirektor geleitet werden muss und die Kommission wollte einen solchen Posten nicht schaffen oder konnte einen solchen Posten nicht schaffen. Das ging dann erst 1979, äh 1980, als Griechenland beiträt. Also, es war eine Dienststelle wie der juristische Dienst... (Langsdorf: Ja.) ...im Rang einer Generaldirektion, aber hieß eben Dienststelle. Langsdorf: Achso. Also das was wir gemeinhin Generaldirektion "Umwelt", die '73 gegründet wurde war, nennen, war eigentlich 'ne Dienststelle. Krämer: Ja. Langsdorf: Achso. Krämer: Es wurde erst mit dem griechischen Beitritt, wurde es zu einer richtigen Generaldirektion. Ja. Langsdorf: Ah, okay. Das ist interessant. Und, aber warum gab es überhaupt ein, es war ja trotzdem, Dienststelle oder Generaldirektion jetzt mal unbelassen, aber es war ja schon eine gewisse Aufwertung des Umweltbereichs. Krämer: Ja.</p>
00:42:51	00:45:46	<p>Langsdorf: Woher kam der, welche Entwicklungen oder Themen führten dazu? Krämer: Ja... Das, das hat, geht auf, auf deutscher Ebene los mit den Schwabinger Krawallen und mit der</p>

		<p>Studentenrevolte '67. Auf internationaler Ebene ist es insbesondere Rachel Carsons Buch über de... "Silent Spring", das '62 erschien und das doch eine gewaltiges Echo hatte. Die Vereinten Nationen hatten '72 eine Konferenz gemacht in Stockholm über Umwelt und Entwicklung und innerhalb der Kommission gab es zwei Kommissare, Spinelli aus Italien und Mansholt aus den Niederlanden, die beide interne Dokumente dann ausgearbeitet hatten und sagten die europäische Wirtschaftsunion ist nicht nur für wirtschaftliches Wachstum da, sie muss sich auch um die Umwelt kümmern, die Qualität, Lebensqualität und auf diese Weise den Anstoß gaben, dass man überhaupt anfang innerhalb der Kommission sich über Fragen des Umweltschutzes Gedanken zu machen, aber wie die Diskussion damals lief mag Ihnen ein Beispiel verdeutlichen. Man hatte überlegt etwas zu tun, für den Schutz, für den Vogelschutz, Naturschutz, weil Vögel eben Grenzen überschreiten usw. usw., aber die offizielle Begründung, die ist, ja auch im ersten Programm steht, war ja Vögel können der Landwirtschaft Schäden zufügen. Also sie sind also dann ein, eine mögliche Gefahr für die Landwirtschaft und deswegen ist eine europäische Regelung zum Schutz der Vögel notwendig. So musste man damals argumentieren, auch für die Badegewässerrichtlinie, die ich vorher erwähnte hieß es unterschiedliche Bestimmungen über die Qualität der Badegewässer können den Binnenmarkt behindern und deswegen ist eine europäische Regelung notwendig. Was natürlich etwas hart ist, aber es war die politische Überlegung, dass man, dass man doch die Umwelt nicht völlig vernachlässigen kann, befördert durch amerikanische, internationale Entwicklungen, aber eben auch durch Jugendrevolte, durch größeres Bewusstsein der Gefahr. Brandt hatte 1965 vom blauen Himmel über der Ruhr gesprochen, im Wahlkampf, das fing damals an ein Thema zu werden, insbesondere unter den Jungen.</p>
00:45:46	00:48:40	<p>Langsdorf: Ja. Wie kann man sich das heute vorstellen, wie spielten damals die Themen in den einzelnen Mitgliedsstaaten, jetzt sei es Deutschland oder sei es andere Mitgliedsstaaten, und die europäische Entwicklung zusammen? Krämer: Wenig. Es gab einen Strang, der kam von den sogenannten technischen Handelshemmnissen. Also Frankreich hatte 1969 glaube ich eine Richt..., eine Regelung getroffen über die Luftemissionen von Kraftfahrzeugen, Schadstoffausstoß, und Deutschland hatte zu jener Zeit auch ungefähr eine Regelung getroffen und die waren unterschiedlich, auch bezüglich der Testmethoden usw. usw. und damit der freie Warenverkehr für Kraftfahrzeuge nicht behindert wurde, hat man eine europäische Regelung gemacht. Das war also Angleichung oder Ausmerzung der technischen Handelshemmnisse innerhalb der Mitgliedsstaaten, das war für Produktregelungen sehr, sehr wesentlich. Aber das war nicht der einzige, das zweite Gesichtspunkt war eben, dass man versuchte Regelungen nur zum Schutz der Umwelt, Schutz der Singvögel, Qualität der Badegewässer und ähnliches zu machen, weil man sagte, die Mitgliedsstaaten machen es nicht und wenn sie es machen, dann machen sie es in unterschiedlicher Intensität, sodass wir da nicht entscheidend weiter kommen, dann lasst uns das lieber auf europäischer Ebene machen. Und das wurde zum Teil auch gefördert durch internationale Entwicklungen, das die Europäische Union dann eben einfach internationale Regelungen, sagen wir mal zum Beispiel Barcelona-Übereinkommen über den Schutz des Mittelmeeres, dass sie da bestimmte Sachen übernahmen und gemeinschaftsweit förderte, was den Vorteil hatte, dass die europäischen Regelungen ja auch der Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof unterlagen. Und die Mitgliedsstaaten in derselben Zeit der Kontrolle durch die Europäische Kommission, Anwendungskontrolle. Während internationale Übereinkommen ja nicht durchsetzbar sind. Da gibt's keinen internationalen Gerichtshof, der da tätig wird und einzelne können international nicht klagen. (Langsdorf: Ja.) Das ist auf europäischer Ebene doch anders gewesen. Aber im wesentlichen ist das der politische Wille der jeweiligen Mitglieder der Kommission und der Beamten gewesen, die innerhalb der Kommission gearbeitet haben, die dafür gesorgt haben, dass es eben nicht nur um Beseitigung technischer Handelshemmnisse, sondern auch um originäre Umweltschutzfragen ging.</p>
00:48:40	00:51:14	<p>Langsdorf: Ja. Dieses schöne Beispiel mit den Singvögeln zeigt, Umwelt war in der Anfangszeit der europäischen Integration eher ein Orchideenthema. Krämer: Ja. Langsdorf: Spiegelte sich das auch in der Kultur des Generaldirektorats oder besser gesagt der Dienststelle Umwelt wieder? Krämer: In dem Umfang, dass wir uns bewusst waren, dass wir Vorläufer waren, ja. Und, dass man aus diesem Orchideenstatus rauskommen musste, deswegen auch das erste Umweltaktionsprogramm. Es gab seinerzeit '69/'70/'71 eine Vielzahl von Programmen zum Lebensmittelrecht, zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse, zur Angleichung der Vorschrift für Kraftfahrzeuge usw. usw. und die Umwelt wollte eben auch ein Aktionsprogramm haben, wo festgelegt wurde, die Ziele, die Prioritäten und die Instrumente und auf diese Weise... Wir haben immer gesprochen bis '86 davon,</p>

		<p>dass die Dienststelle wie ein uneheliches Kind war. Sie war da und sie, sie gedieh, aber sie war nicht richtig anerkannt, sie hatte immer diesen, bisschen diesen Orchideenstatus, juristisch sprach man oder politisch sprach man hier in Brüssel von einer sogenannten Grauzone. Dazu gehörte Verbraucherschutz, zum Beispiel Tabakregelungen, dazu gehörte Umweltschutz und dazu gehörten auch Datenschutzgeschichten, die nicht im Vertrag festgelegt waren, aber die trotzdem bei Angleichung der, der wirtschaftlichen Fragen, die im Vordergrund standen am Anfang, doch nicht völlig beiseitegelassen werden konnten. Langsdorf: Warum bis 1986? Krämer: '86 wurde ein Kapitel über Umweltschutz in den Vertrag aufgenommen, sodass die, die uneheliche Tochter dann durch nachfolgende Heirat dann legitimiert wurde. Langsdorf: Also das, was sozusagen dann im Vertrag stand, das hat sich dann aber auch tatsächlich mit einer, mit 'ner neuen Akzeptanz sichtbar gemacht? Krämer: Joa. Langsdorf: ...weil Sie vorhin sagten, dass es teilweise natürlich der Gesetzestext nicht unbedingt zusammenpasste mit dem was, also mit Implementation und so hätte es ja auch sein können, dass es, dass es in der einheitlichen europäischen Akte, dass das keinen Unterschied macht.</p>
00:51:14	00:54:21	<p>Krämer: Ja, wissen Sie, das ist schon richtig, aber die Widerstände kamen, sind dann am Anfang sicherlich mehr formell gewesen. Man war froh, dass man den Umweltschutz nicht im Vertrag hatte, dann konnte man sagen, ihr seid ja gar nicht wirklich zuständig dafür irgendwelche Regelungen zu machen, deshalb schmettern wir euch ab. Wissen Sie, ich habe in Brüssel noch gearbeitet als man Kopfstützen für Kraftfahrzeuge einführen wollte und Sicherheitsgurte und die Industrie sagte, das bringt die europäische Autoindustrie völlig in Wettbewerbsnachteile mit andern großen Märkten und das können wir nie zulassen usw., freiwillig ist der einzige Weg auf dem wir vorangehen können. Solche Argumente, das ist nun mehr ein Verbraucherschutzbeispiel, aber solche Argumente waren auch hinterher dann immer noch sehr gang und gäbe und wurden durch diese förmliche Aufnahme von Umweltschutz und Verbraucherschutz in den Vertrag nur auf eine andere Ebene geschoben. Vorher war es in erster Linie das formelle Argument, ihr habt keine Zuständigkeit, weil es nicht im Vertrag steht und hinterher blieb dann das wirtschaftliche Argument, das ist alles viel zu teuer, das kostet uns, dass macht Wettbewerbsnachteile, dass erhöht die Inflation und schafft Arbeitslosigkeit. Langsdorf: Ja, okay, ja. Diese Beispiele, gerade auch der Autoindustrie, die hatten wir hier wirklich auch von einigen Zeitzeugen, also die scheinen da besondere Finesse entwickelt zu haben... Krämer: Die Kraftfahrzeugindustrie war sehr, sehr stark in Brüssel. Sie hat zum Teil auch, ich habe mit Kollegen zusammen gearbeitet, die aus der Autoindustrie kamen und dann beamt..., verbeamtet wurden und dann die Gesetzestexte für die Autoindustrie schrieben, nicht, die war sehr, sehr stark vertreten in Brüssel, ja. Und ist es auch heute noch. Langsdorf: Ja. Krämer: Ist es auch heute noch. Langsdorf: Das ist ja auch durchaus ein deutsches Problem. Krämer: Ganz gewiss, wenn wir... Langsdorf: Das... Da das Selbstverständnis und das, was dann tatsächlich eben durch die Autoindustrie letzten Endes forciert wird, wirklich weit auseinander gehen. Krämer: Wissen Sie, ich gebe Ihnen ein ganz kleines Beispiel. Natürlich könnte man zum Schutz des Klimas oder zu, zu, aus anderen Gründen einführen, dass ein Auto nicht schneller fahren können soll als 100 km/h. (Langsdorf: Ja.) 90 oder 95 Prozent aller Verkehrsbewegungen sind in diesem Bereich, aber das würde der Autoindustrie natürlich weh tun und deswegen wird so etwas natürlich noch nicht einmal diskutiert oder das ein Auto nicht verbrauchen darf als drei Liter pro 100 km, dass lässt sich technisch machen ohne Schwierigkeiten, aber das geht natürlich gegen die Gewinnerwartung der Autoindustrie, nicht? Langsdorf: Ja. Krämer: Macht man nicht und diskutiert man auch nicht einmal. Freie Bürger fordern frei Fahrt und damit hat sich das.</p>
00:54:21	00:57:21	<p>Langsdorf: Ja, wirklich 'ne sehr alte Politik in gewisser Weise. Sie sagten das mit der Einheitlichen Europäischen Akte sich die Situation etwas, zumindest verfestigt und verstetigt hat und vereinfacht hat vielleicht. 1987 war dann auch das Europäische Jahr für den Umweltschutz, war das ein Ergebnis dessen oder war das, ist das unabhängig davon sozusagen ausgerufen worden? Krämer: Nein, das war unabhängig. Das war einfach eine Erfindung der Generaldirektion, das wir sagten, wir wollen das nun mal propagieren, dass das Umwelt wichtig ist und das Jahr war so erfolgreich, dass dann, ich glaube fünfzehn Jahre oder vielleicht bis heute noch, jedes Jahr die Kommission ein Jahr für einen bestimmten Sektor proklamierte. Langsdorf: Ja. Krämer: Wir hatten damals relativ viel Erfolg mit dem Jahr der Umwelt, ja. Langsdorf: Ja. Würden Sie sagen, dass sich heute die Arbeitsweise der Generaldirektion Umwelt und anderer Generaldirektionen eher angenähert hat oder ist die Generaldirektion immer noch ein bisschen ein Exot, wenn auch weniger als früher? Krämer: Sie ist immer noch ein Exot, weil die meisten Generaldirektionen der Kommission</p>

		<p>ausgerichtet sind auf wirtschaftliche Effizienz und das was für die Wirtschaft gut ist, Sie kennen den Slogan "Was gut ist für General Motors, ist gut für die Vereinigten Staaten" und was für die Wirtschaft gut ist, ist gut für Europa. Das ist im Grunde immer noch der Tenor innerhalb der Kommission und von daher werden die Leute von der Generaldirektion Umwelt sehr oft als, als Gutmenschen oder ideologische Spinner oder Anarchisten oder, oder destruktiv angesehen usw. Ja, institutionell oder formell, von der Verwaltungsarbeit her macht es keinen Unterschied, aber atmosphärisch ist das natürlich schon ein gewaltiger Unterschied. Langsdorf: Ja, ah interessant. Das hätte ich jetzt gar nicht erwartet, dass das heute noch so ist. Sie selbst waren ja sozusagen von Anfang... Krämer: Wissen Sie... Langsdorf: Ja? Bitte? Krämer: Nein, entschuldigen Sie, ich wollte es nur klar stellen, das ist in Deutschland etwas anders inzwischen. Da wird Umweltschutz sehr ernst genommen, aber wenn Sie ein Land nehmen wie Portugal oder Italien oder Griechenland oder Malta oder Tschechien oder Ungarn usw., da ist Umweltschutz kein Thema eigentlich. Langsdorf: Ja. Ja. Krämer: Und von daher ist die Perspektive aus Deutschland und im Bezug auf Europa eine etwas unterschiedliche. Langsdorf: Ja. Ja, ich denke das ist man dann auch in Deutschland manchmal auf diesem Auge etwas blind, wenn man hier arbeitet und denkt, das wäre so das wichtigste Thema für alle.</p>
00:57:21	01:00:14	<p>Langsdorf: Sie waren ja nun von Anfang an dabei. Woher kamen denn Ihre persönliche Leidenschaft für das Umweltthema so früh? Krämer: Ja. ich bin Richter von Beruf und meine beiden Eltern waren Richter und ich habe eigentlich von Anfang an immer gedacht, Jurist ist dazu da um den Schwächeren gegen den Stärkeren zu schützen. Der Stärkere hat ja die Macht, der braucht das Recht nicht und von daher ist ein Jurist zum Ausgleichen da und in unserer Gesellschaft ist Umwelt mit Sicherheit eine Schwachstelle, sodass die Umwelt zu schützen in diese Kategorie reinfällt, schützen des Schwächeren gegen den Stärkeren, gegen die wirtschaftliche Macht. Langsdorf: Ja. Ich möchte jetzt einen Schritt weiter in Ihrer Laufbahn sozusagen machen. 1995 wechselten Sie die Position vom Leiter der Abteilung Recht des Generaldezernats Umwelt zum Leiter der Abteilung Abfallmanagement. In unserer Recherche fanden wir, dass dieser Wechsel sehr umstritten war, können Sie uns etwas über diese Episode erzählen? Krämer: Ja. Wenn Sie so wollen, in einem Wort: Ich war zu erfolgreich. Als ich anfang in dieser Abteilung über Durchsetzung des europäischen Umweltrechts in den Mitgliedsstaaten hatten wir sieben Beschwerden über, aus den Mitgliedsstaaten pro Jahr und als ich weg ging hatten wir 700 und das führte zu einer Vielzahl auch von Verfahren gegen die Mitgliedsstaaten vor 'm Europäischen Gerichtshof, das können Sie allein an Zahlen festmachen, auch gegen Deutschland, weil ich sehr viel Wert darauf gelegt habe, wenn ich Frankreich verfolge, dass ich, dass man mir nicht sagt, ja das machst du nur, weil du Deutscher bist und, und die Deutschen schonen willst. Also... (Langsdorf: Ja.) wo immer wir irgendwelche Probleme mit Deutschland gesehen haben, sind wir auch dann eingeschritten. Aber das habe ich eigentlich Jahre lang erlebt, ich bin mal nach Rom gegangen und habe über Trinkwasser diskutiert und dann sagte man mir "ja, was wollen Sie eigentlich hier, gehen Sie doch erst mal nach Deutschland in die Agrargebiete, wo der Nitratgehalt im Trinkwasser zu hoch ist und, und regeln Sie das und wenn Sie dann fertig sind, dann können Sie mal wieder kommen". Diese Haltung gab es eigentlich überall, aber die Mitgliedsstaaten wollten, mochten das nicht, dass sie also vor den Gerichtshof gebracht werden, dass sie mit Verfahren überzogen werden und von daher gab es eine, eine gute Tendenz zu sehen, dass man das durch Personalwechsel ändert und dann bin ich dann gegangen worden, ja.</p>
01:00:14	01:04:57	<p>Langsdorf: Hat sich das in der Zwischenzeit geändert, die Art und Weise Erfolg zu bestrafen oder wie hat sich die, wie hat sich die Generaldirektion Umwelt seitdem entwickelt oder wäre das heute anders? Krämer: Nein, die Aufmerksamkeit der Kommission auf die Durchführung von Vertragsverletzungsverfahren ist viel größer geworden. Wir hatten damals einen italienischen Kommissar, der sogar uns gefragt hatte, Listen zu liefern, wer am meisten Vertragsverletzungsverfahren hatte, welcher Mitgliedsstaat und diese Listen hat er veröffentlicht. Und das gab einen Sturm der Entrüstung der Mitgliedsstaaten, die sagten, wir wollen nicht an den Pranger gestellt werden und das ist unfair so ein Vergleich usw. usw. Und das würde heute wohl nicht mehr gemacht werden, weil der jeweilige Kommissar politisch zu vorsichtig geworden ist. Auch oft schreiten da die, die ständigen Vertretungen, also die Botschaften der Mitgliedsstaaten bei der Europäischen Union sehr viel früher ein. Sie beobachten die Generaldirektion Umwelt halt sehr genau und wir haben ständig auch Besuche von, bis zum Ministerpräsidenten is' oder 'nem Kanzler von Mitgliedsstaaten, die dann zum Kommissionspräsident gehen und sagen "bitte macht hier kein Verfahren gegen mein Land aus diesen und jenen Gründen". Das hat's auch in Deutschland</p>

		<p>gegeben, wenn Sie denn's Beispiel des Airbus-Flughafens in Hamburg sich erinnern. Da hatte die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und dann schrieb Bundeskanzler Schröder an den Kommissionspräsident und daraufhin kriegte die Generaldirektion Umwelt die Anweisung das Verfahren fallen zu lassen. Also solche Interventionen hat es immer gegeben und gibt es immer noch und außerdem hat die Kommission seit dem sehr, hm, Verwaltungsmittelungen erlassen, indem sie die Verfahrensmöglichkeiten zurückgestutzt hat. Sie hat bis 1999 ein, veröffentlichen eine Regelung, ein Formular, war es '99, oder ich glaube '91, ein Formular, wo sie sagte wir gehen jeder Beschwerde nach, die zu uns kommt (Langsdorf: Ja.) und dann wurde 2002 ein Mitteilung erlassen: Es gibt jetzt die und die Prioritäten im Umweltbereich und die andere Umweltbeschwerden gehen wir nicht mehr, gehen wir nur noch nach, wenn Zeit ist und die Zeit ist dann natürlich immer knapp. Es gab ein, das Beschwerdeverfahren ist, hatte sich die Kommission geweigert es zu regeln, es gibt 'n Beschwerdeverfahren geregelt im Wettbewerbsbereich, aber nicht im Umweltbereich und die Kommission hat dann ein, 2007, eine Regelung, eine Verwaltungsmittelung erlassen, wenn eine Beschwerde eingeht, dann setzen Sie sich zusammen mit dem betroffenen Mitgliedsstaat außerhalb jeder Öffentlichkeit und versuchen die Sache mit dem Mitgliedsstaat gütlich zu regeln und das hat praktisch zur Folge, weil ich würde mal schätzen 80 Prozent aller Umweltbeschwerden richten sich dagegen, dass eine Verwaltung nicht eingreift oder 'ne falsche Genehmigung erteilt oder dass irgendwo jedenfalls öffentliche Stellen nicht ihren Pflichten nachkommen, sodass man hier also den, mit den betroffenen Verwaltungen diskutiert, was nun weiter geschehen soll, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit, der Beschwerdeführer hat keine Möglichkeit da zu sagen, diese Sachdarstellung ist falsch oder dieses oder jenes Element, diese Studie der Forschungs-, des Forschungsinstitut sagt das und das, das ist also ein internes Verfahren, (unv.), das die Kommission inzwischen eingerichtet hat, das im Umweltbereich sich besonders schädlich auswirkt. Die meisten Umweltverbände in Europa resignieren inzwischen und schicken keine Umweltbeschwerden mehr nach Brüssel, weil sie sehen, dass da nichts mehr raus kommt.</p>
01:04:57	01:08:33	<p>Langsdorf: Vorhin, als Sie, als Sie davon sprachen, dass sozusagen die Leute, die irgend... oder die Länder, die ein Verfahren eigentlich an den Hals bekommen haben, weil sie irgendwas nicht eingehalten haben, dass die 'n bisschen an den Pranger gestellt wurden, da sprachen Sie von Ripa di Meana oder? Krämer: Ja, ja. Langsdorf: Ah, okay. Gut. 2004 schieden Sie aus der Kommission aus, um in der Folge als Dozent an verschiedenen europäischen Unis tätig zu werden und sind eben daneben noch heute auch als Rechtsberater für verschiedene, für verschiedene Institute tätig, also haben sozusagen eine aktivistische Form der Umweltpolitikberatung, die sie momentan durchführen. Wie sehen Sie das heutige Zusammenspiel zwischen Umweltpolitikberatung, Umweltpolitikforschung und den Institutionen? Krämer: Also grundsätzlich wissen die Institutionen am besten was gut ist für die Umwelt und was nicht gut ist und sind auf Forschungsinstitute usw. wenig angewiesen, subjektiv. Objektiv würde ich da sagen, ist das nicht richtig, aber es ist im Interesse der Institutionen, insbesondere der Kommission zu sagen, ob wir eine Regelung machen über Nanotechnologie oder nicht, das entscheiden wir selber unter den Kriterien, die wir setzen, aber nicht auf Grund von Beratung von wissenschaftlichen Instituten. Und insofern ist die Zusammenarbeit, die Beratung eigentlich sehr unbefriedigend. Es gibt keine europäischen, längerfristigen Gremien, das hatte ich schon gesagt, Beratungsgremien, es gibt auch eigentlich wenig Versuche systematisch den Sachverstand von Umweltforschung für die Kommissionsarbeit nutzbar zu machen und dass, die Studienergebnisse im Rahmen der Forschungsprogramme, sie gehen nur in begrenztem Umfang ein in die politische Arbeit. Aber ich muss Ihnen sagen, ich habe immer gearbeitet im mehr politisch-administrativen Bereich, die Forschungsleute mögen das ganz anders sehen, sie mögen sehen, dass in, nach 10, 15 oder 25 Jahren die Forschungsergebnisse dann doch Früchte tragen. Das kann ich nicht gut beurteilen, weil ich dazu zu wenig weiß über den Inhalt der Forschungsprogramme. Ich weiß nur, dass es eben in der täglichen Arbeit bei der Generaldirektion auf Beratung und Forschung wenig ankommt. Das liegt sicherlich auch an Sprachgeschichten, denn ganz wenig Leute sprechen deutsch, die nicht Deutsche oder Österreicher sind innerhalb der Kommission und lesen ist da auch nicht viel besser. Und das gilt natürlich, wenn Sie Forschungsinstitute aus 28 Ländern nehmen für die große Mehrzahl der Forschungsinstitute. Englisch ist lingua franca und französisch noch hier und da, aber alles andere ist, ist praktisch nicht vorhanden.</p>
01:08:33	01:10:17	<p>Langsdorf: Welche Entwicklungen würden Sie diesbezüglich gerne in den kommenden Jahren sehen? Krämer: Automatische Übersetzungen, die zuverlässig sind, sodass alle Dokumente in allen Sprachen vorhanden sind. Wenn wir mal überlegen, wie das Individuum in den nächsten, oder der</p>

		<p>Einzelne, in den nächsten 50 Jahren sich organisieren soll, dann braucht er einerseits Wurzeln, das heißt in seiner eigenen Kultur, in seinem eigenen Verständnis, in seinem eigenen Sprachbereich, braucht aber andererseits die Möglichkeit zuzugreifen auf den Stand von Forschung oder Wissenschaft, sodass ihm hier diese Zugriffsmöglichkeiten gegeben werden müssen. Das ist eine der großen Probleme, wie wird sich der Einzelne in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln, um nicht mal anzupacken, weil Fragen der Menschenrechte, des Personendatenschutzes, der individuellen Gestaltungsfreiheit und ähnliches, die persönliche Sicherheit des Einzelnen ist sowohl von öffentlicher als auch von privater Seite alles andere als sicher gestellt für die nächsten Jahrzehnte und wenn Sie im globalen Maßstab denken, China, Südamerika, Süd-Asien, Russland usw. Afrika ist der Zustand des Einzelnen in der Umwelt in 50 Jahren alles andere als, als sehr positiv zu sehen (Langsdorf: Ja.) oder optimistisch zu sehen.</p>
01:10:17	01:13:31	<p>Langsdorf: Jetzt zum Abschluss noch eine Frage. Wir sind jetzt sozusagen mit unserem Fragebogen, haben wir die Felder bearbeitet, die wir gerne bearbeiteten, bearbeiten wollten. Gibt es noch etwas, was ich heute nicht gefragt habe, was Sie uns auf den Weg geben möchten? Krämer: Das ist schwierig zu sagen, Frau Langsdorf, weil ich den genauen Bereich Ihres Studienprogramms nicht kenne. Persönlich glaube ich, wenn man sich betrachtet die Entwicklung, die dieser Kontinent genommen hat seit 200 Jahren, dann, dann bleibt er immer noch Wurzel von unglaublichen neuen Ideen, viel mehr neuen Ideen als etwa in Lateinamerika oder Afrika oder auch in Südostasien, aber dass wir dieses Potential durch Fragen einer offenen Gesellschaft, größeren Transparenz, mehr Vernetzung, mehr Schutz des Einzelnen, mehr Teilhabe an Diskussionen, sicherstellen, auch fördern und sogar exportieren müssen, scheint mir unausweichlich. Nationalstaaten sind eine Erscheinung, die jüngeren Datums sind, wenn wir an zukünftige Generationen denken, weiß ich nicht wie Nationalstaaten aussehen werden. Es ist aber sicherlich so, dass das Deutsche Reich bis 1806 sehr gut mit anderen Nationalitäten leben konnte, als eben deutsch-deutsche, sodass man hier eigentlich vielleicht auch in Deutschland mal eine Brille aufsetzen muss, die etwas über den Nationalstaat gegenwärtiger Prägung hinaus geht. Langsdorf: Wunderbar. Dann bleibt mir nur, mich sehr herzlich für das Gespräch zu bedanken, dass Sie sich die Zeit genommen haben und bei unserem Projekt beigetragen haben. Wir haben wirklich viele neue Erkenntnisse jetzt sicherlich auch sammeln können. Krämer: Keine Ursache, Frau Langsdorf, wenn irgendwas ist, was Sie noch wissen möchten oder vertiefen möchten oder nochmal nachfragen möchten, Sie haben meine E-Mail und ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung. Langsdorf: Super. Vielen Dank. Da drauf würden wir sehr wahrscheinlich wirklich zurückkommen, weil wir jetzt momentan auch noch einige Papiere schreiben und es gibt auch ein Papier, was sich mit dem Thema Europa und Umweltforschung auseinandersetzt und dass würden wir Ihnen dann gerne mal zuschicken. Also, wenn Sie dann keine Zeit haben, dann ist das eben so, dann kann man's nicht ändern, aber... Krämer: Die nehme ich mir, die nehme ich mir. Langsdorf: Ja? Also wenn Sie mal drauf schauen könnten, wäre das sicherlich sehr hilfreich für uns. Krämer: Gerne. Langsdorf: Super. Vielen Dank. Dann... Krämer: Ich habe zu danken. Langsdorf: Sie gehen jetzt Mittagessen, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß mit Ihrer Gruppe, das hat ja wirklich ganz gut gepasst. Krämer: Danke. Langsdorf: ...aber ich habe mich jetzt auch nicht weiter gehetzt, deshalb hat das einfach nur sehr gut... Krämer: Na, umso besser, ja. Langsdorf: Dankeschön. Krämer: Prima. Ich danke Ihnen, Frau Langsdorf. Langsdorf: Danke, Tschüss. Krämer: Tschüss. Tschüss.</p>

Interview mit Prof. Dr. Rolf Kreibich, Gründer des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT)

Interviewt durch: Camilla Bausch, Senior Fellow, Ecologic Institut

Datum: 07. November 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Kreibich, Rolf (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 07. November 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:03:04	<p>Bausch: Herr Professor Kreibich, es ist mir eine große Freude Sie heute hier im Ecologic Institute begrüßen zu dürfen. Ich freue mich sehr, dass Sie sich bereit erklärt haben als Interviewpartner in dem Projekt "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende" bereitzustehen. Es gibt viel Bedeutung und Geschichte der Umweltpolitik, die noch wenig erforscht ist. Das gilt umso mehr für die Umweltpolitikforschung und dem wollen wir uns im Rahmen dieses Projektes jetzt etwas mehr widmen. Dabei sind für uns Fragen leitend wie die Entwicklung der Umweltpolitik. Woher kam sie? Wurde sie von oben initiiert oder von unten initiiert? Es ist die Frage, welche Faktoren sind für die Entstehung und Entwicklung der Umweltforschungsinstitute entscheidend und welche Rolle hat eigentlich die Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang gespielt? Sie haben jetzt viele Jahrzehnte Erfahrung genau in diesem Bereich. Sie waren mitprägend, Sie waren dreißig Jahre Direktor des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, IZT, und sind bis 2013 auch Ehrenpräsident gewesen. Und das IZT, in diesem Zusammenhang muss man sagen, hat Umweltpolitikforschung gemacht, hat aber einen etwas breiteren Themenradius beackert. Es gab viele Nachhaltigkeitsthemen, mit denen Sie sich beschäftigt haben und die an Ihrem Institut bearbeitet wurden. Und bevor wir so zur Umweltforschungslandschaft kommen und zur Geschichte, welche Themen treiben Sie heute um? Kreibich: Zunächst vielleicht hat das Institut von Anfang an ein etwas breiteres Spektrum gehabt. Und zwar viel stärker aufbauend auf den Forschungen der Nachhaltigkeitsentwicklung. Das heißt also die verschiedenen Dimensionen, die wirtschaftlichen Dimension, die Sozialdimension, die ökologische Dimension natürlich auch ganz vorn, aber auch kulturelle Fragen. Das heißt also, wir haben eine Grundphilosophie immer vertreten, und die kann ich dann auch historisch kurz belegen, dass mir wichtig war zu sagen "es geht nicht nur um Umweltpolitik". Die ist eine der allerwichtigsten, vielleicht sogar die Basis aller Politik, wegen der Ressourcen und vieler anderer Fragen, aber eben auch im Zusammenhang mit ökonomischen, mit sozialen und kulturellen Fragen. Deshalb war die Grundphilosophie, Nachhaltigkeitsstrategie von Anfang an und Qualität des Lebens.</p>
00:03:04	00:05:14	<p>Bausch: Und das ist, wenn ich das richtig verstehe, immer noch eines der Kernthemen, die heute im IZT bearbeitet werden. Kreibich: Ja, richtig, auch von mir persönlich. Ich werde das auch weiterbetreiben, auch über das zweite Institut, was ich ja noch seit 1990 geleitet habe, noch heute leite, nämlich das Sekretariat für Zukunftsforschung, was zunächst in Gelsenkirchen, also im Zentrum des Ruhrpotts angesiedelt war, dann nach Dortmund verlegt wurde, wieder im Zentrum des Ruhrpotts und jetzt aber nach Berlin an die Freie Universität verlegt wurde. Bausch: Da schließt gleich eine kleine Frage an, bevor wir dann in die Siebziger springen. Warum braucht es ein zweites Institut für Sie? Kreibich: Das war für mich eine sehr schöne Sache. Erstens Mal hatte ich sehr enge Kontakte nach Nordrhein-Westfalen und ich kannte die dramatische Situation der Umweltentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Es war ja wirklich so, wenn Sie nach Bottrop fahren oder nach Herne oder nach Wanne-Eickel oder Castrop-Rauxel und Sie haben früher ein sauberes Hemd angezogen, abends war es wirklich schwarz. Das ist kein Witz, sondern das ist ganz ernsthaft so gewesen. Es dampfte aus allen Schornsteinen und zwar schwarz, gelb, grün und alles Mögliche und die Menschen konnten kaum noch atmen. Es gibt ja diesen berühmten Film von Menge als er versucht hat, die ganze Sache zu simulieren und darzustellen und die Menschen alle auf die Straße gerannt sind, weil sie glaubten, jetzt ist wirklich die Katastrophe da. Es wurde ja Alarm geschlagen und man hat sozusagen das, was dort virtuell als Film gezeigt worden ist als voll real aufgenommen, weil das die Realität im Prinzip voll abbildete, nämlich diese dramatische Luftverschmutzung, die dramatische Bodenverschmutzung, die dramatische Wasserverschmutzung. Ich will nur einen Fluss nennen, das ist die Emscher. Die Emscher ist eine absolute Kloake gewesen. Die Ruhr war total verseucht und die Lippe und die Emscher auch, also von daher musste man sagen, dort war es wirklich dramatischst.</p>
00:05:14	00:07:59	<p>Bausch: Jetzt springen wir zurück in die Zeit. IZT wurde 1981 gegründet. Die ersten unabhängigen Umweltforschungsinstitute haben ihren Ursprung noch etwas früher am Ende der Siebziger. Was waren aus Ihrer Sicht die entscheidenden Umstände, aus denen der Bedarf und die Möglichkeit solcher Forschungsinstitute entstanden ist? Kreibich: Das kann ich Ihnen sehr genau sagen. Also ich hab mich ja schon in den sechziger Jahren mit Umweltpolitik beschäftigt. Ich hab damals zum Beispiel sehr intensiv die Bücher von Robert Jungk gelesen, also „Heller als tausend Sonnen“ und viele andere Dinge, der ja wirklich ein Visionär war und der wirklich sehr frühzeitig erkannt hat,</p>

		<p>dass man die Erde kaputtmacht, dass man die Menschheit nicht mehr leben lassen kann, wenn das so weitergeht mit der technologischen und industriellen Entwicklung, ohne entsprechende Weichen in Richtung Ökologie zu stellen und Sozialverträglichkeit, und das hat mich sehr geprägt und ich war damals auch Mitglied, und bin es heute noch, der Sozialdemokratischen Partei und mich hat wirklich dieser Ausspruch von Willy Brandt „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden“ elektrisiert, weil ich schon merkte, das war 1961, dass das eine ganz wichtige Grundsatzfrage der Menschheitsentwicklung werden wird und schon ist, und dann kamen eben sehr intensive, sozusagen, Erfahrungen dazu. Ich bin häufiger in Westdeutschland gewesen, sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Saarland und sah eben, wie die Umwelt systematisch zerstört wird. Es gab damals schon Berichte darüber, dass der ganze Dreck, der in Nordrhein-Westfalen in die Luft geblasen wird von den Stahlwerken, von der Kohle und so weiter, die Wälder in Schweden und im Norden Europas kaputtmacht. Nicht, da waren ja schon dramatische Bilder von lauter braunen Bäumen und, und, und. Also das war bekannt, und dann kam für mich die Hauptzäsur. Das sind die Jahre 1971/72. Ich hatte das Glück etwas früh zum Beispiel den Bericht "Grenzen des Wachstums" zu bekommen, früher bevor er sogar veröffentlicht wurde, also '71. Und das war für mich ein klarer Einschnitt, wo man ganz klar sehen konnte, das was man fühlte, kann man auch in Zahlen ausdrücken. Ob jede Zahl nun ganz exakt war ist nicht die Frage, aber die Tendenz war völlig eindeutig und ich finde heute noch, dass die "Grenzen des Wachstums" 1972 eines der allerwichtigsten Zukunftsstudien war, die es je gegeben hat.</p>
00:07:59	00:10:27	<p>Bausch: Da beschreiben Sie, wenn ich Sie richtig verstehe, die transformative Kraft eines Buches, auch. Kreibich: Auch des Buches, aber natürlich des Inhalts des Buches, wobei eben die Sachen, die dargestellten worden sind/ Ich konnte das ja sehr gut nachvollziehen. Ich bin Physiker, Mathematiker von Haus aus, konnte die Simulationsmodelle mir genau ansehen, wusste, dass das sehr präzise gemacht ist vom MIT und von den Meadows und ihren Kolleginnen und Kollegen und von daher war klar, das war nicht irgendwas, das war wirklich ein Einschnitt. Und zum Glück hatten wir damals schon den <i>Club of Rome</i>. Der <i>Club of Rome</i> hat eine ganz großartige Entwicklung insofern eingeleitet, als er die Dinge veröffentlicht hat, publiziert hat, in die Öffentlichkeit getragen hat. Das ist seine große Leistung. Und dass die Dinge nicht irgendwo im wissenschaftlichen Alltag untergegangen sind, wie das ja von tausenden anderen Büchern der Fall ist. Es gab noch eine zweite Sache, die auch 1972 stattfand und das möchte ich hier mal kurz zeigen. Das kennt heute kaum noch jemand. Es gab 1972 eine große Veranstaltung "Qualität des Lebens" und zwar vom Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert, zusammen mit der IG Metall und den Einzelgewerkschaften und an dieser großen Veranstaltung 1972 in Oberhausen haben wirklich also ganz wichtige Leute da teilgenommen. Otto Brenner ist ja damals eine große Figur der Gewerkschaftsbewegung gewesen, Eugen Loderer, dann Willy Brandt, Erhard Eppler und viele andere, die ich noch nennen könnte. Und dort ist, und das wissen heute ja auch viele Gewerkschaften überhaupt nicht mehr, ja alles vorbuchstabiert worden. Zehn Bände sind aus dieser Veranstaltung herausgekommen, aus diesem Riesenkongress, ich war selbst auch dabei, und zwar zu Themen wie Umwelt, Mobilität, Verkehr, Gesundheit, und, und, und. Das Qualität des Lebens, das war das / Und hier hat damals die Gewerkschaftsbewegung zusammen mit der Sozialdemokratie und vielen anderen – ich will nicht die einzelnen nur aufzählen – tatsächlich also Geschichte geschrieben und Gesellschaft gestaltet. Das ist leider später nie mehr so gewesen (bedauerndes Lächeln).</p>
00:10:27	00:14:57	<p>Bausch: Das war ja auch der Band vier "Umwelt", den Sie gerade gezeigt haben. 1972 benannten Sie als wichtiges Datum. Das ist auch ein wichtiges Datum, weil damals unter Willy Brandt der SRU, der Sachverständigenrat für Umweltfragen, berufen wurde als Beratungsgremium für die Bundesregierung aus umweltpolitischer Perspektive. Das Öko-Institut zum Beispiel wurde ein paar Jahre später erst gegründet. Meine Frage an Sie: Ist also die Entwicklung hin zur Umweltpolitik, Umweltpolitikforschung eher von – wie einige vertreten – oben getrieben worden, sprich aus der Politik heraus oder gab es aufgrund Wyhl und anderen Umständen der Anti-Atomkraftbewegung Druck von unten hinauf, aus der heraus diese Forschungslandschaft sich entwickeln konnte.</p> <p>Kreibich: Ich bin überzeugt davon, Willy Brandt hat eine ungeheure Spürnase für Entwicklungen immer gehabt, ob das die Ostpolitik war, die Bildungspolitik und eben auch die Umweltpolitik. Und er hat aufgegriffen, was teilweise an der Basis sich entwickelt hat und ich bin natürlich heute überzeugt davon, dass die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung, die Emanzipationsbewegung insgesamt sehr entscheidend waren, um die Parteien auch zu schieben, also zu drängen. Ich denke, dass es eher von unten gekommen ist, viel eher von unten. Und dann gab es noch eine zweite</p>

		<p>Schiene, nämlich die Wissenschaft. Ich bin ja 1969 Präsident der Freien Universität geworden und habe feststellen müssen, dass alles das, was man schon erfuh und wusste über Umweltentwicklung in der Universität überhaupt nicht stattfindet. Das findet teilweise heute ja noch nicht statt. Eine schlimme Entwicklung. Wir haben damals zum Beispiel auf meine Initiative hin das erste interdisziplinäre Institut für Biochemie/Biophysik gegründet, um zusammen zwischen Biologie, und Chemie und Physik eine interdisziplinäre Arbeit zu bekommen, wo man Analysen auch im Hinblick auf Umweltbelastung machen kann. Das war ungeheuer schwierig. Das war eine ganz dramatische Sache. Das wollten die konservativen Leute nicht. Und wir haben es dann doch durchgesetzt und ich stellte fest im Fachbereich Biologie gab es nicht einen einzigen Ökologen. Das waren alles konservative Botaniker oder Zoologen und so weiter. Und nur ganz wenige junge Leute hatten verstanden, dass man also eine vernetzte Struktur der gesamten Erde und natürlich der Pflanzenwelt und der Tierwelt wahrnehmen muss und ökologisch. Und dann kamen ja die wunderbaren Bücher von Frederic Vester, "Unsere Welt – ein vernetztes System". Und ich habe noch während meiner Tätigkeit als Unipräsident diese Ausstellung "Unsere Welt – ein vernetztes System" sehr stark gefördert und dann auch im Rahmen meiner ersten Tätigkeit außerhalb der Universität – das war das Institut für Zukunftsforschung in Berlin – 1977 diese Ausstellung auch weiterhin weltweit portiert. Und das war ein Einschnitt also wie man ihn wirklich kaum anders machen konnte und viele Menschen haben da überhaupt das erste Mal verstanden über die Zusammenhänge zwischen ökonomischem Handeln, ökologischem Handeln, sozialem Handeln, kulturellen Implikationen und so weiter. Übrigens, das muss ich vielleicht auch noch dazusagen, weil Sie sagten das Öko-Institut ist gegründet worden. Das war natürlich eine fantastische Sache, aber das ist ja ganz klar aus der Ökologiebewegung heraus gegründet worden. Wir hatten bereits 1968 das Zentrum Berlin für Zukunftsforschung gegründet. Da waren dabei Robert Jungk, dann war Herr Koelle dabei, der kam von der NASA. Dann kamen Leute aus dem MIT, die mitgewirkt haben. Dann waren andere dabei, Soziologen, Psychologen und so weiter, aber eben immer – und das war eben mein Petitum auch – eher vernetzt und in Richtung einer bereits andeutungsweise Nachhaltigkeitsperspektive.</p>
00:14:57	00:18:57	<p>Bausch: Das passt gut zu meiner nächsten Frage. Sie sprachen gerade an Ihre Rolle als Präsident der FU. 1969 wurden Sie mit 31 Jahren quasi revolutionär zum Präsidenten berufen, so zumindest die Geschichtsschreibung heute. Kreibich: Die ist richtig, ja. Dreißig Jahre war ich damals. (Lächeln) Aber ist egal. (Bausch und Kreibich lachen) Bausch: Und das war noch vor der Zeit der Gründung der heute existierenden, langlebigen Umweltforschungsinstitute. Inwieweit trugen die Strukturen der Unis zu der Gründung der Institute bei? Kreibich: Also ich würde nicht sagen der Unis schlechthin. Es gab eben die Freie Universität, die eine besondere Hochschule war. Einmal gegründet aus dem Freiheitsdrang gegenüber der Gängelung in der Humboldt Universität. Das ist ja bekannt, 1948. Und die Freie Universität hatte ein besonderes Organisationsmodell, das sogenannte "Berliner Modell". Das war die einzige Universität, in der in den Fakultäten wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten saßen, sonst in keiner anderen Universität in ganz Deutschland, also Bundesrepublik Deutschland. Und das hat dazu geführt, im Zusammenhang natürlich mit der Studentenbewegung, dass die Studenten auch in den Fakultäten bereits, also vor der Hochschulreform, die ja erst dann '69 richtig einsetzte, bereits sehr stark gedrängt haben neue Entwicklungen vorzunehmen, interdisziplinäre Studiengänge. Und da kam natürlich auch die Umweltbewegung mit rein und die Ökologiebewegung und insofern glaube ich schon, dass die Freie Universität ein ganz entscheidender Bereich war und auch Berlin die Umweltbewegung mit voranzubringen, aber nicht nur, sondern eben auch beispielsweise die Frauenemanzipation, überhaupt da eine gewisse Form der Emanzipation, und die Demokratisierung der Hochschule sowieso. Wir waren ja die erste Hochschule, die dann auch Studenten, andere Dienstkräfte und wissenschaftliche Mitarbeiter in die Mitbestimmung mit einbezogen haben, und das hat sicher dazu geführt, dass auch neue Perspektiven gerade im Umweltbereich mit einbezogen wurden. Bausch: Das bedeutet von ganz entscheidender Bedeutung, wenn ich Sie richtig verstehe, die Interdisziplinarität im Angesicht der großen Umweltherausforderungen, die sich tatsächlich spürbar, riechbar, sichtbar in der Umwelt auch manifestierten. Kreibich: Ja. Es ist für mich faszinierend, ich habe damals ja noch Soziologie, Wirtschaftswissenschaften studiert und kannte mich auch ganz gut in amerikanischer Wissenschaftsgeschichte aus – da habe ich auch ein großes Buch dazu geschrieben – und ich wusste, dass bereits in dem Ende der vierziger Jahre und sogar Mitte der vierziger Jahre im MIT, im <i>Stanford Research Institute</i> und in der <i>Chicago University</i>, in <i>Berkeley</i> und so weiter, bereits interdisziplinär gearbeitet wurde, insbesondere im Bereich der</p>

		<p>Kybernetik, und das war für die deutschen Hochschulen überhaupt keine Frage. Das ging hier überhaupt nicht. Wir hatten starre Fakultätsgrenzen, wir hatten starre Institutsgrenzen und es wurde alles im Wesentlichen in traditionellen Bahnen abgewickelt. Erst dann, nachdem die Hochschulreform dann in den siebziger Jahren griff, gab es dann interdisziplinäre Institute und übergreifende Zusammenarbeit, aber vorher war Interdisziplinarität, Multidisziplinarität und gar nicht Transdisziplinarität, das heißt also (...) das Betreiben von Erkenntnissen nach außen in Wirtschaft, in die Sozialbereiche, in die Bildungspolitik und so weiter, das gab es praktisch nicht. Wir haben die erste Erwachsenenbildung an der Universität gebracht, um überhaupt die Erkenntnisse von Wissenschaft auch in die Bevölkerung zu tragen.</p>
00:18:57	00:21:14	<p>Bausch: Und, wenn ich das richtig sehe, in den Siebzigern und Achtzigern wurde das interdisziplinäre, umweltpolitische Forschungsfeld prominenter auf beiden Ebenen, sowohl in den unabhängigen Forschungsinstituten als auch in den Universitäten. Ich denke da an die Gründung der FFU und ähnliches. Welche Signifikanz haben die außeruniversitären Forschungsinstitute innerhalb der Wissenschaft neben den universitären Wissenschaften aus Ihrer Sicht? Kreibich: Also zunächst war es ja von verschiedener Seite die Absicht, innerhalb der Universität auch solche interdisziplinären Institute zu gründen. Das ging zum Beispiel an der Freien Universität gerade noch mit Häng und Würgen und viel Auseinandersetzung, zum Beispiel für ein Institut Soziale Medizin. Sie glauben gar nicht, wie die konservative Medizin dagegen sich gesträubt hat. Die haben zum Beispiel behauptet, Soziale Medizin sei Unsinn. Heute ist das nicht mehr zu fassen, ja? Ich sagte schon, Biochemie und Biophysik zusammenzubringen war schon ganz schwierig. Und das war an vielen Stellen ähnlich, noch viel rigider als eben in Berlin. Und das war meiner Ansicht nach der entscheidende Punkt, dass sich dann außerhalb der Universitäten diese Forschungsinstitute gründeten, weil man in der Universität das einfach nicht voranbrachte. Man ist gescheitert an allen möglichen Barrieren. Das ging los von wirklich kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen alteingesessenen, konservativen Professoren insbesondere, aber auch an der Bürokratie, die so was überhaupt nicht handeln konnte und managen konnte und deshalb war es wichtig solche Institute zu gründen und ich habe immer, die ganze Zeit gesagt, es ist ein Glücksumstand, dass so was wie das Öko-Institut gegründet worden ist, auch andere wie hier dann später Ecologic und IZT und so weiter. Ich behaupte heute, dass sie für die Entwicklung der Gesellschaft und insbesondere die Umweltpolitik mehr geleistet haben als manche Universitäten, vielleicht sogar als alle Universitäten zusammen.</p>
00:21:14	00:24:53	<p>Bausch: Das ist ja mal ein Kompliment. Wenn Sie das noch mal konkretisieren könnten mit Blick auf die Umweltthemen. Was war den Leuten, die interessiert waren an Umweltforschung oder auch an Energieforschung, an atomkraftkritischer Begleitung der Technik, was war thematisch für diese Personen besonders schwierig und besonders interessant, was sie rausgetrieben hat aus dem universitären Bereich? Kreibich: Ja also es ging mit Sicherheit los mit der Atompolitik. Es war eben klar – und ich hab ja selbst mal Kernphysik betrieben in meinen jungen Jahren an der Max-Planck-Gesellschaft hier in Berlin, an den ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Instituten, später Fritz-Haber-Institut – und wir haben eben erkannt, dass da enorme Probleme bestehen. Und zwar Lücken, die nicht einfach zu schließen sind. Das Erste ist die Sicherheitsphilosophie, auch der Kernkraftwerke, war wirklich nicht gewährleistet. Dann kam natürlich vor allen Dingen im Hintergrund die ganze Frage der Atombewaffnung und natürlich Hiroshima, Nagasaki. Das war eben ein ganz entscheidender Umschlagspunkt. Da könnte ich also wirklich weite Ausführungen machen, weshalb das viele Physiker auch endlich dazu gebracht haben genauer nachzudenken, was sie eigentlich machen. Und dazu kam dann die Frage, was ist eigentlich mit den radioaktiven Abfällen? Und wer nicht ganz blind war, der musste wissen, dass es keinen Entsorgungskreislauf geschlossener Art gibt und dass die ganzen radioaktiven Abfälle einfach zur Seite gebracht werden und auf die nächsten Generationen abgewälzt werden. Ich kann heute noch nicht verstehen, wie manche Physiker heute noch oder Kerntechniker an dieser Sache vorbeigehen und ich habe mich auch wahnsinnig über Frau Merkel geärgert, das sage ich ganz offen, als Fukushima war und sagte sie "jetzt habe ich verstanden, dass das ein Riesenproblem ist" und dann sozusagen die Energiewende entschieden hat. Sie als Physikerin müsste spätestens nach Tschernobyl wissen, dass das ein Riesenproblem für die Menschheit ist und man hätte viel früher die Energiewende einleiten müssen. Ich meine wir haben immerhin vierzig Jahre über Energieeffizienz gearbeitet. Regenerative Energien, Energiestrategien, energiesparendes Verhalten und so weiter und ich könnte Ihnen aus den siebziger Jahren bereits berichten, wir hatten hier in Charlottenburg in Berlin bereits einen Energiesparkclub von Hausfrauen. 1976/77, als meine Kollegen vor wenigen Jahren noch mal die</p>

		ganze Frage des Energiesparverhaltens aufnahmen, die waren völlig Baff. Die haben gesagt "das kann ja nicht wahr sein". Die dachten, die machen was Neues. Nein, das war schon 1976/77, haben wir diesen Energiesparklub gegründet. Später haben wir dann an der Technischen Universität diese sehr interessante Einheit gegründet, nämlich für angepasste Technologien. Da wurden die ersten Windräder aufgebaut, die ersten kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zusammen mit Professor Axt und anderen. Also IPAT nannte sich dieses Institut, das war ein An-Institut der TU, aber wurde auch von Leuten und mir von der FU mit portiert und das waren, sagen wir mal, schon Einschnitte, wo es dann auch richtig ins Praktische ging und wo dann die Dinge auch tatsächlich umgesetzt wurden.
00:24:53	00:27:23	Bausch: Warum konnten aber die Forschungsfragen, die sich auftaten, wo Sie jetzt auch verschiedene Gründe benannt haben, dass sie sich auftaten, warum konnten die nicht in den Universitäten ausreichend behandelt werden? Warum wurden bestimmte Wissenschaftler raus gedrängt oder sind rausgegangen? Kreibich: Ja, das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Die Alteingesessenen, die im Wesentlichen natürlich dann auch das Sagen hatten und die Macht an den Universitäten, die wollten das nicht wahrhaben. Eine ganz enorme Entwicklung war ja der Versuch, eine Organisation für Technologiefolgenabschätzung und Technologiebewertung am Deutschen Bundestag zu etablieren. Und das ist eine Geschichte, die ist einfach fantastisch, weil die politologisch also so spannend ist, nämlich dass immer die Opposition gesagt hat "wir fordern das", weil man langsam verstand, dass die Technologieentwicklung die wichtigste Basis und der wichtigste Motor der Gesellschaftsentwicklung wurde – natürlich auch mit den entsprechenden Folgen im Umweltbereich, im Ressourcenbereich und so weiter – aber die Regierung hat das immer abgeblockt, weil sozusagen das so eine heiße Kartoffel war, dass man da nicht ran wollte. Und immer wenn die Regierung wechselte, war die Opposition dafür oder die Regierung dagegen und das ist ein ganz typisches Beispiel und ähnlich ist das dann natürlich an den Hochschulen gelaufen. Das heißt die Leute, die sozusagen in diesen alten Bahnen verhaftet waren und nicht glauben wollten, dass Technologieentwicklung auch enorme Umweltschäden verursacht, die haben natürlich abgeblockt. Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Als ich das Institut gegründet haben, also das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, da hat der VDI, der Verein Deutscher Ingenieure, gesagt, das sei doch ein Unsinn und zwar deshalb: Technologie kann man nicht bewerten, Technologie ist per se gut. Also, so weit ging das und ich habe mich dann wahnsinnig gefreut, als – also das war 1981/82 – als 1992 der VDI, der hatte dann die Spitze gewechselt, das waren neue Leute, die waren fortschrittlicher, selber eine Arbeit vorgelegt hat, eine sehr gute Arbeit, über / und erst war es ein Entwurf, dann wurde es verabschiedet als Richtlinie für Technikbewertung.
00:27:23	00:32:24	Bausch: Sie sprechen genau einen wichtigen Aspekt an – den Gegenwind in den frühen Phasen, der aus der heutigen Sicht sich zum Teil schwer vorstellen lässt, weil mittlerweile ja doch die Institute sehr etabliert und anerkannt sind und Umweltpolitik und Umweltpolitikforschung ein Teil des allgemeinen Diskurses ist. Am Anfang, in den frühen Phasen, ich denke jetzt in den Siebzigern und frühen Achtzigern: Wer waren die Player, die Teilnehmer im Markt, die sich kritisch gegen die Institute geäußert haben? Mit welchem Gegenwind mussten sie rechnen und welchen Gegenwind mussten sie überwinden, und wer waren die, die ihnen den Rücken gestärkt haben? Kreibich: Das kann man auch sehr genau bezeichnen. Es waren natürlich die großen Energieversorger insbesondere. Die haben ja mit unglaublichen Mitteln teilweise Bedrohungen von Einzelnen, also ich weiß das zum Beispiel von Hermann Scheer (?), ein enger Freund von mir, der ja vor einiger Zeit gestorben ist und wahrscheinlich einer der wichtigsten Pioniere überhaupt der neuen Energieentwicklung war, dass sie ihn also persönlich nicht nur psychisch, sondern auch physisch bedroht haben. Das ging mit anderen auch so. Wir wurden psychisch bedroht. Es wurden Projekte zu Fall gebracht, die tatsächlich wichtig waren. Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Wir haben sehr früh, nämlich 1983/84 ein Projekt gemacht, das nannte sich "Ökologische Produktentwicklung". Da wollten wir damals schon zeigen, wie man mit entsprechenden Verfahren Kreislaufwirtschaft betreiben kann. Das bedeutete aber, dass man die Produkte / wir haben's zum Beispiel dann mit Haushaltsgeräte gemacht, also zum Beispiel Waschmaschine, Spülmaschine, später dann mit entsprechenden anderen Geräten, wie zum Beispiel Fernseher, Drucker, Rasenmäher, was auch immer, den Versuch zu machen zu überlegen wie kann man Produkte konstruieren, dass die Wertstoffe, die fantastischen Wertstoffe, wieder in den gleichen Produktionskreislauf zurückgeführt wird. Damals hat man ja fast nur von <i>downcycling</i> gesprochen, aber wir haben gesagt "das kann ja nicht sein, dass man wunderbare Stoffe wie zum Beispiel seltene Metalle,

		<p>seltene Erden, Aluminium, Kupfer und so weiter, einfach mehr oder weniger in Parkbänke oder Gartenzäune verwandelt, nicht?“ Nein, es ging darum, diese wichtigen Wertstoffe wieder in den gleichen Produktionskreislauf zurückzuführen und da haben uns die großen Unternehmen, aber auch die Branchenverbände, zum Beispiel der ZVI, der jetzt ja fortschrittlich geworden ist, oder auch der VDMA, also der Verband der Anlagen- und Maschinenbauer – also ZVI ist der Zentralverband der Elektrotechnikerindustrie und der Elektroindustrie – wesentlich fortschrittlicher war als zum Beispiel der Branchenverband BITKOM, also der sich mit Informations- und Kommunikationstechnik beschäftigte. Da waren schon ganz neue Leute drin. Aber damals wurden uns die Projekte regelrecht weggehauen. Man ging zum Forschungsministerium und hat denen gesagt "das soll nicht sein, das ist Unsinn, was da gemacht wird, das stört unsere Kreise" und noch schlimmer war es natürlich mit den großen Energieversorgern, die ja alles darangesetzt haben, um immer wieder den Versuch zu machen, die Energiewende kann gar nicht funktionieren in 'nem Industrieland wie Deutschland, denn die regenerativen Energien sind ja nur marginale Größen – was sie damals auch waren – und insofern konnte das nicht funktionieren. Und erst das Erneuerbare-Energien-Gesetz, was ja wirklich mit großer Intensität durchgesetzt wurde gegen den damaligen Wirtschaftsminister Clement – von der SPD, muss man dazu sagen – durch Leute wie Hermann Scheer, wie Michael Müller, wie Reinhard Loske von den Grünen und so weiter, dieses Energiegesetz hat eben den Durchbruch gebracht. Und es hat selbst uns alle überrascht, dass innerhalb von fünf, sechs Jahren der Anteil der regenerativen Stromerzeugung an der Gesamtstromerzeugung von 4,3 Prozent jetzt auf über 24 Prozent gestiegen ist. Das hätten wir nicht erwartet. Und insofern ist die heutige Diskussion zum Beispiel um die Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, die hätte etwas früher kommen müssen schon. Aber wir konnten ja gar nicht ahnen, dass der Sprung so schnell geht und deshalb sind natürlich auch etwas die Kosten mit gestiegen. Aber es wurde ja auch furchtbar wieder gelogen, die Kosten sind ja gar nicht in erster Linie durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, sondern durch die Spekulation an der Strombörse zu verzeichnen.</p>
00:32:24	00:35:13	<p>Bausch: Nochmal zurück, sozusagen, jetzt haben wir den breiten Bogen gespannt, wer hat denn der Energiepolitikforschung den Rücken gestärkt, dass sie sich tatsächlich über die Zeit so hat etablieren können? Kreibich: Das war natürlich in erster Linie waren das die Basisbewegung, also insbesondere natürlich die Umweltverbände: BUND, Greenpeace, Naturschutzbund, die Verbraucherverbände und viele andere. Das war die eine Seite, die war wirklich ganz wichtig und ist heute natürlich noch ganz wichtig und zum anderen dann eben eine ganze Reihe von wissenschaftlich durchaus vorgebildeten Menschen aus den Hochschulen, die aber dann nicht in den Hochschulen teilweise sich wiederfanden, sondern eben in den außeruniversitären Forschungsinstituten, weil sie in den Hochschulen keine Chancen hatten und weil sie vielleicht auch nicht diese Karrieresucht hatten wie andere. Wenn man unbedingt eine Hochschullehrerkarriere machen wollte, war es eben fast unmöglich, außerhalb der Hochschule eine Professur zu erlangen, nicht? Und dann gab es auch eine ganze Reihe – das muss ich auch dazusagen – durchaus progressiver Leute in der Wirtschaft, die dann unterhalb sozusagen des Managements oder sogar im Management, wie Goeudevert bei Volkswagen, der dann aber rausgeflogen ist, oder der Steger, der rausgeflogen ist als Vorstandsmitglied, die damals schon versucht haben ökologische Dimension mit reinzubringen. Das ist ja ganz schwer dann wieder zurückgedreht worden. Also die Hochzeit sozusagen war Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger, wo tatsächlich in den Unternehmen auch bis in die Vorstände Leute kamen, die ökologisch dachten oder zumindest Nachhaltigkeit dachten, das heißt also zusammen Ökonomie und Ökologie, und das ist dann zurückgefahren worden. Heute haben wir allerdings eine durchaus bessere Situation. Wir haben eine ganze Reihe von Unternehmen, Pionierunternehmen, die Nachhaltigkeitsstrategien fahren, und zwar vom allerfeinsten bis hin zu hundert Prozent Einsatz von regenerativen Energien, Totalrecycling. Wir haben ja schon 1996 einen Innovationspreis für den Fernseher bekommen, den wir mit Loewe Opta zusammen entwickelt hatten, weil der 98 Prozent recyclefähig war und die Wertstoffe wieder in den gleichen Kreislauf zurückgeführt werden konnten. Das war ja das entscheidende. Hat ja kein Sinn, dass die irgendwo dann auf dem Müll landen oder woanders. Also entscheidend ist, glaube ich, dass auch aus der Wissenschaft heraus eine ganze Menge Unterstützung gab, aber die eindeutig wichtigste Basis waren natürlich die Umweltverbände, die Verbraucherverbände.</p>

00:35:13	00:39:16	<p>Bausch: Lassen Sie mich eine Frage noch zu den Unternehmen stellen, bevor wir gleich noch zur Zivilgesellschaft kommen. Wenn ich das richtig verstehe, gab es ein Spannungsverhältnis, in dem sich diese Forschungsinstitute bewegten von Industrien, die aggressiv gegen die Institute arbeiteten (Kreibich: Richtig.) und solche, die Hand in Hand mit den Instituten arbeiteten. Ist das korrekt? Kreibich: Ja, also das Hand in Hand hat sich glücklicherweise langsam entwickelt. Erst waren vor allen Dingen auch die Branchenverbände sehr rigide gegen jede Umwelteinflüsse, also umweltpolitischen Einflüsse, und das hat sich geändert als man sah, man kann doch auch mit Umwelttechnologien viel Geld verdienen. Ein ganz gravierendes Beispiel waren ja zuallererst die ganzen Reinigungsanlagen, bei den Großförderungsanlagen, insbesondere bei den Kraftwerken, nicht? Wir haben schon Anfang der siebziger Jahre propagiert, wir müssen dringend in Deutschland Reinigungsanlagen, also Entschwefelungsanlagen, Entstickungsanlagen, Entstaubungsanlagen entwickeln. Es wurde blockiert noch und nöcher. Erst als die Japaner kamen, die haben nämlich damals eine höhere CO₂-Abgabe verlangt und die Unternehmen plötzlich merkten, wenn sie weiter so machen müssen sie enorm bluten und dann eine Industrie entstand für Entstickungs-, Entstaubungs- und Entschwefelungsanlagen und die Riesenerfolge weltweit hatten, erst dann hat die deutsche Industrie richtig funktioniert. Dann haben wir nachgezogen, zum Glück haben wir dann noch ein Jahr verkauft. Aber es hätte viel, viel besser laufen können. Ich will Ihnen ein anderes Beispiel geben. Ich war zusammen mit dem damaligen Umweltminister Herrn Töpfer und dem Präsidenten des Umweltbundesamtes Herrn von Lersner 1988 beim TÜV Rheinland. Da wollten wir die ganze Automobilindustrie dazu bringen, Filter für Dieselfahrzeuge einzuführen. 1988! Und Herr Töpfer war ganz entschlossen, hat gesagt "wenn die nicht mitmachen, wird eine Norm gesetzt", ja? Und das ging hin und her und ein Gezerre und Gezeter und dann haben wir Unterbrechungen gehabt der Sitzung und so weiter. Aber waren alle Spitzenfiguren da! Und dann haben wir gesagt, also Töpfer sagte dann "wir setzen eine Norm". Und dann kriegten die einen fürchterlichen Schreck und dann haben sie gesagt "ach nee, dann machen wir das anders, wir machen eine Selbstverpflichtung". In fünf bis sechs Jahren werden alle Dieselfahrzeuge serienreif mit Dieselfiltern ausgerüstet. Es wurde ja schon kräftig geforscht darüber, auch an Universitäten, in Kassel, in München und so weiter in Aachen. Da haben wir uns dann belatschern lassen – alle miteinander, ich habe auch zugestimmt, weil wir sagten "naja wenn die das selber machen, ist das besser, dann geht das schneller". Wissen Sie, was passiert ist? 2004 war noch nicht ein Fahrzeug umgerüstet mit Dieselfiltern! Erst als das Peugeot mit diesem fantastischen Dieselfilter rauskam, wo nichts mehr hinten rauskam, da kriegten die einen fürchterlichen Schreck und haben wirklich 16 Jahre verdonnert, ne? Die Automobilindustrie wär also grandios nach oben geschneilt mit Dieselfahrzeugen. Jetzt passierte Folgendes, 2004. Jetzt dachte man "also jetzt krepeln die mal die Ärmel hoch, die deutsche Automobilindustrie". Nein! Wissen Sie, was sie gemacht haben? Sie haben den damaligen Sprecher der Automobilindustrie Herrn Pischetsrieder, der war Vorstand von VW, beauftragt, an den damaligen Bundeskanzler Herrn Schröder einen Brief zu schreiben, er soll sich in Europa dafür einsetzen, dass die Dieselnorm wieder runter gesetzt wird. Das ist deutsche Automobilindustrie. Könnt ich noch viele solcher Geschichten erzählen.</p>
00:39:16	00:41:02	<p>Bausch: Ich find ganz schön dieses Beispiel von Herrn von Lersner, Herrn Töpfer und Ihnen, wie Sie zusammen in bestimmte konfrontative Situationen gegangen sind, hätten ja auch kooperative Situationen sein können. Kreibich: Ja, es sollte ja auch kooperativ sein! Bausch: Wie haben diese Institute, Umweltbundesamt, die Ministerien, die Forschungsinstitute zur Umwelt zusammengearbeitet? Kreibich: Also das muss ich sagen, die gerade zu der Zeit, als Herr Töpfer Umweltminister war – und ich weiß nicht mehr ganz genau, wer Forschungsminister zu der Zeit war, ich glaube Volker Hauff oder Matthöfer – da hatten wir Riesenchancen, da wurden uns auch wirklich Türen geöffnet. Ja ich entsinne mich, es war Volker Hauff, der damals Forschungsminister war, also das war eine gute Zeit für die kleinen Forschungsinstitute. Deshalb dachten wir ja, dass wir irgendwann in den nächsten Jahren auch so was wie eine blaue Liste bekommen. Da war ja die grüne Liste im Gespräch und ich war also ziemlich optimistisch, dass das endlich mal klappt, denn man musste sehen, die gelben für die Fusionsenergie, die großer Unsinn war, das wusste jeder, der ein bisschen Ahnung hat davon, Millionen und Milliarden aus, die geben also für die Raumforschung Milliarden aus und so weiter, da hätten ja vielleicht dreißig Millionen für die kleinen Institute also abfallen können und selbst das ist dann nicht gelaufen, weil vonseiten der Industrie damals so gepreschert worden ist, dass selbst die Minister oder Ministerinnen und die Staatssekretäre die Hose voll hatten und die Geschichte nicht vorangetrieben haben. Also, das ist ein schlimmes Kapitel.</p>

00:41:02	00:42:38	<p>Bausch: Erläutern sie noch mal kurz die Listenlogik. Kreibich: Ja, die Listenlogik war so. Sie kennen ja vielleicht die Sache mit der blauen Liste, also dass da viele Institute in die blaue Liste eingetragen wurden, dass sie dann eine entsprechende Grundfinanzierung bekamen, seitens des Staates. Und wir hatten ja nichts, wir haben ja heute noch nichts, an Grundfinanzierung. Und ich habe immer gesagt – wir alle von den Instituten her, da waren wir uns ja völlig einig, es gab ja überhaupt keine Frage – dass wir gesagt haben "wir brauchen dringend eine Grundfinanzierung, die muss gar nicht sehr hoch sein". Wenn die, sagen wir mal, dreißig, vierzig Prozent des Umsatzes ist, dann ist das eine gute Sache, dann können wir sehr gut leben. Die restlichen sechzig Prozent, siebzig Prozent, die holen wir uns schon durch entsprechende Projekte. Aber wir hatten ja nie die Möglichkeit, Eigenprojekte praktisch zu machen, die uns auch auf den Nägeln brannten, gerade im umweltpolitischen Bereich, aber auch in anderen Bereichen, im sozialpolitischen Bereich, wo auch immer. Und das war eigentlich das, was ich heute noch sehr beklage, dass es nicht gelungen ist, in der Politik offene Türen zu finden und da haben natürlich die Großunternehmen und auch mächtige Lobbyisten schwer dagegen geschossen, nicht? Auch teilweise die Wissenschaftler aus den Universitäten. Die dachten nämlich, dass ihnen dann irgendwo das Geld fehlt. Lächerlich bei diesen Summen, nicht? Die Universitäten haben ja Milliarden und Abermilliarden, die Leibniz-Gesellschaft hat 1,4 Milliarden, die Helmholtz-Gesellschaft hat 1,3 Milliarden, das war überhaupt keine Frage.</p>
00:42:38	00:43:13	<p>Bausch: Das bedeutet die Angst vor Konkurrenz aus der Wissenschaftsseite. Kreibich: Ja, da gab es enorme Konkurrenz. Und die sind dann gelaufen zum Forschungsminister und zum Umweltminister und haben dort also Gegenwind gemacht. Das ist bekannt. Da könnte ich Ihnen auch ganz konkrete Beispiele dazu nennen, was da gelaufen ist. Bausch: Lebende Beispiele sind immer spannend, sofern Sie sie preisgeben dürfen und können. Kreibich: Ja, in diesem Fall ist es ein bisschen schwierig, weil da nun Namen dranhängen, die heute noch alle vorhanden sind, aber ich muss da mal überlegen, ob ich das mal in einem Buch schreibe.</p>
00:43:13	00:45:43	<p>Bausch: Jetzt haben Sie den Punkt angesprochen, nämlich der Finanzierung. Ich komm nachher noch zur Zivilgesellschaft, aber da wir jetzt gerade beim Punkt der Finanzierung waren, dass nämlich die Grundfinanzierung für die wenigsten Institute gestattet wurde, wie haben sich in den frühen Phasen diese jungen Umweltpolitikforschungsinstitute überhaupt über Wasser halten können? Kreibich: Ja, also die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ja weit über das hinaus gearbeitet, was sie sozusagen vertraglich vereinbart hatten. Bei uns wurde, und das weiß ich auch vom Öko-Institut, bei Ihnen wahrscheinlich im Ecologic Institut ähnlich, von IFEU, wen auch immer... Sonnabend, Sonntag gearbeitet, nachts gearbeitet, nicht, weil sie am Tag nichts gemacht haben, sondern weil es einfach nicht bis dahin fertig geworden ist, Projektanträge. Man muss sich ja vorstellen und wissen, dass man, um ein richtig guten Projektantrag zu machen, möglicherweise zehn bis dreißig Prozent der Kosten, die später das Projekt einfährt, erstmal in diese Vorleistung bringt. Wenn es nun passiert, und das passiert ja häufiger, dass man nicht erster Sieger ist, sondern zweiter, dritter oder fünfter bei sechzig Bewerbungen oder wie viel es auch sind, oder dreißig oder zehn, dann hat man natürlich noch zusätzliches Pech, nicht? Also wir haben zum Beispiel mal versucht uns sehr stark in die neuen Entwicklungen Osteuropas einzuklinken nach der Wende, also 1991/92, und zwar insbesondere mit Energiestrategien, Energiesysteme, vor allen Dingen auch die ganze Frage der Gebäudeausstattung, also mit Wärmedämmung, mit entsprechenden Energiespeichertechniken, mit neuen Heizungsanlagen und, und, und. Also vor allen Dingen systemar die Sache anzugehen und das war auch vonseiten beispielsweise Russlands oder auch Polens und so weiter unbedingt gewollt, aber wir sind an der Bürokratie gescheitert. Wir sind an der Bürokratie in Osteuropa gescheitert und wir sind gescheitert an der Bürokratie in der Europäischen Union. Das hat so viel Aufwand gekostet, dass ich nach einem Verlust von – ich sag es jetzt mal ganz offen - 145.000 Euro abrechnen musste die ganze Geschichte, oder D-Mark damals, Entschuldigung.</p>
00:45:43	00:47:31	<p>Bausch: Das bedeutet aber im Grunde genommen, wenn ich das richtig verstehe, dass man versucht hat, sich ähnlich wie Forschungsinstitute an Universitäten über Forschungsanträge an die staatlichen Stellen zu finanzieren, dass dies aber gerade aufgrund der Größe, die man hatte und der fehlenden Grundfinanzierung große Durststrecken bedeutete. Kreibich: Genau. Die Durststrecken sind ja das Entscheidende und wenn Sie sich jetzt nicht ganz verbiegen wollen und für mich gab es überhaupt keine Frage, ich hab keine Kompromisse gemacht im Hinblick auf Gefälligkeitsprojekte oder Gefälligkeitsgutachten, nicht ein einziges, da wurde es dann schon schwierig, nicht? Also es gibt ja ein Institut, ich will sie hier nicht benennen, die nicht in diesem</p>

		<p>Bereich der Öko-Institute tätig waren oder der kleineren Zukunftsforschungsinstitute, sondern mit einem etwas größeren Namen behaftet sind. Die haben tatsächlich reine Gefälligkeitsgutachten gemacht. Dann sind sie natürlich von der Industrie mit gesponsert worden. Und die hatten natürlich auch viel weniger Probleme zum Beispiel ein Konsortium mit bestimmten Unternehmen zusammenzubringen, weil die sagten "ach die machen ja sowieso das, was wir wollen". Und wissen Sie, ich kenne so viele Abgeordnete, die wirklich gesagt haben "wenn wir wollten, könnten wir uns in der Wissenschaft jedes Gutachten holen mit jedem Ergebnis". Und das ist eine solche Schande, ja? Das ist heute noch für mich eine der schlimmsten Entwicklungen überhaupt, weil ich vor dreißig, vierzig Jahren nicht das Gefühl hatte, dass Wissenschaftler bereit sind, einfach für Geld irgendwelche Gefälligkeitsgutachten zu machen. Heute sage ich, das ist fast gang und gäbe und das eine ganz schlimme Entwicklung.</p>
00:47:31	00:50:51	<p>Bausch: Wie hat sich denn diese Abhängigkeit der Umweltforschungsinstitute von der öffentlichen Finanzierung über Forschungsprojekte und ähnliches dann in der Praxis geäußert? Kreibich: Naja, die Sache, weshalb wir überhaupt existieren konnten, war ja, dass wir Probleme aufgegriffen haben, die so auf den Nägeln brannten, dass man einfach nicht mehr dran vorbei konnte. Also, ob das jetzt beispielsweise Probleme des Waldsterbens waren, ob das die Belastung der Luft war, nicht? Natürlich haben wir von Anfang an gesagt "es kann doch nicht sein, dass wir nur eine Umweltpolitik der hohen Schornsteine machen. Dann kommt der ganze Dreck in Schweden und in Dänemark oder wo auch immer wieder runter, nicht? Und so war es ja auch. Und das gleiche konnte man ja beim Wasser, also <i>end-of-pipe</i> war ja sozusagen keine Lösung des Problems, deshalb haben wir gesagt wir brauchen mindestens eine integrierte Umweltpolitik, was von vornherein in die Verfahren, in die Produktionsverfahren, in die Produktverfahren, Produktentwicklung mit einbezogen. Deshalb sage ich ja "ökologische Produktentwicklung". Das heißt, man musste die Produkte völlig von neuem denken. Ich hatte ja große Schwierigkeiten gegen eigene Kollegen an der Hochschule da vorzugehen, weil die gesagt haben, "so was kann man nicht machen, wir müssen Funktionsfähigkeit gewährleisten für die Produkte, wir müssen Bedienungsfreundlichkeit gewährleisten". Ist ja alles okay. Da habe ich gesagt "nein, wir brauchen eine neue, einen richtig neuen innovativen Schritt, in dem wir sagen die Produkte, das größte Problem der Zukunft sind die Ressourcen und deshalb müssen wir die Ressourcen wieder zurückholen". Und das auch den Studenten klarzumachen war nicht einfach. Die haben immer gesagt "ja wenn wir jetzt die Maschine oder das Kraftwerk oder was auch immer von 43,5 auf 46 Prozent erhöhen in ihrer Effizienz, also den Wirkungsgrad erhöhen, dann ist das eine Riesenleistung". Ist es ja auch. Aber ich hab gesagt "nee, wir müssen ganz neu denken, wir brauchen die Kraftwerke gar nicht mehr, sondern wir müssen jetzt Kraft-Wärme-Kopplung machen oder wir müssen Wärmepumpen einsetzen und systemare Projekte anleiern und so weiter. Und das Gleiche bei der Ressourcenverschwendung. Ich habe gesagt "Leute, es ist so viel Intelligenz notwendig, um ein Produkt so zu gestalten, dass man hinterher sämtliche Wertstoffe zurückkriegt". Wir haben die verschiedensten Kunststofffraktionen drin, wir haben die verschiedensten Metallfraktionen drin, wir haben seltene Erden drin, wir haben seltene Metalle drin, also wie Iridium, Indium und so weiter. Und diese Stoffe wieder rauszuholen ist so was von wertvoll. Oder Aluminium. Aluminium recycelt bedeutet ein Zehntel des Energieaufwandes zu der Neuentwicklung von Aluminium. Das heißt also, wenn wir das Aluminium zurückholen, dann haben wir eine fantastische, auch industrielle Basis und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie wird enorm gefördert. Aber das den Leuten klarzumachen, das geht so weit, dass man manchen Unternehmen und Unternehmensverbänden wirklich die Probleme auf dem Teller präsentieren konnte und sie haben's nicht gemacht. Jetzt geht es besser.</p>
00:50:51	00:57:08	<p>Bausch: Jetzt geht es besser, ein Glück. Noch mal zu den Themen, Sie sprachen ja verschiedene Themen an. Das eine war die Art der Energieversorgung, Sie haben das Waldsterben angesprochen, Sie sprachen von Luft und haben dann diese bildhaften Beispiele gebracht der dreckigen Kleider und Haare und Sie sprachen von Wasser. Bei den Themen, die wirklich geholfen haben, diese frühen Umweltforschungsinstitute zu füttern, die auch Impetus waren, dass sie gegründet waren, können Sie das noch ein bisschen konkretisieren? Kreibich: Ja. Also, ich habe ja 1990 dieses Sekretariat für Zukunftsforschung in Gelsenkirchen gegründet. Ich war damals einer der fünf Direktoren der Internationalen Bauausstellung Emscher Park. Die Internationale Bauausstellung Emscher Park war der Versuch, ein großes Gebiet, nämlich entlang der Emscher und Lippe, also praktisch der Kern des nördlichen Ruhrgebiets, die gebeutelteste Region der Bundesrepublik Deutschland, zu revitalisieren, und zwar ökonomisch, ökologisch, sozial und</p>

		<p>kulturell. Und zwar von Duisburg bis Bergkamen, das sind ungefähr achtzig Kilometer und in der Nord-Süd-Ausrichtung ungefähr zwanzig Kilometer. Also ein Riesengebiet und wir haben dann 135 Projekte gemacht, also solche Großprojekte wie zum Beispiel Zeche-Zollverein, die jeder kennt heute, zwölf, oder dann das Duisburger Hüttenwerk, Meiderich und den Gasometer und viele andere Dinge, auch neue Arbeitersiedlungen renoviert und restauriert. Und in diesem Zusammenhang hatte ich Glück, dass in Nordrhein-Westfalen der Städtebauminister und Verkehrsminister Herr Zöpel ein Visionär war. Und ich war mit ihm befreundet, wie es manchmal so ist aus der Studentenzeit heraus, wir haben zusammen Studentenpolitik gemacht, und er hat gesagt "ich möchte unbedingt, dass wir ein Zukunftsforschungsinstitut aufbauen und ich werde sehen, dass ich dafür die entsprechenden Mittel bekomme". Das hat er dann mit dem Ministerpräsidenten Johannes Rau besprochen und mit den Ministern, und ich will es jetzt kurz machen, das ist dann einstimmig im Landtag verabschiedet worden mit einer Zusage von sieben Millionen D-Mark, damals. Und das war für uns sehr viel. Das heißt, wir hatten jedes Jahr praktisch eine Millionen D-Mark zur Verfügung, konnten dann darüber hinaus auch weitere Projekte machen und das hat Chancen geboten, Eigenprojekte zu machen. Und jetzt will ich Ihnen ein Projekt benennen. Wir haben in Gelsenkirchen, auch über diese Internationale Bauausstellung – also in Kooperation – eine Tagung gemacht zur Neuentwicklung von Energieeffizienz im Gebäudebestand. Also Wohnungen, Gewerbegebäude, Bürogebäude und so weiter. Und haben das ziemlich groß aufgezogen mit vielen guten Fachleuten, die es damals schon gab, also man musste sie nur zusammensuchen. Das war 1992. Und jetzt passierte Folgendes: Wir wollten den größten Saal in der Stadt Gelsenkirchen benutzen, den sogenannten Sachs-Saal und das hat uns die Kommune verwehrt. Die haben gesagt in unserer Kommune Gelsenkirchen, die auf Kohle und Stahl aufgebaut ist, gibt es so was nicht. Wir waren geschockt, ne? Also weil wir dachten "das kann ja wohl nicht wahr sein, dass selbst die Kommune dagegen ist". Dann passierte Folgendes: Haben wir gesagt "also wir machen es trotzdem" und zwar in der – das war natürlich eine Zusatzprovokation – Zeche Rheinelbe im großen Maschinensaal. Das war das <i>Headquarter</i> der Internationalen Bauausstellung. Wir haben den Kongress versucht zu machen, alles vorbereitet, Riesenbahnhof, vierhundert, fünfhundert Leute. Wir haben fast physische Prügel von den Gewerkschaften bekommen, von der IG Bau und Energie, und wir haben eine enorme Gegenkampagne seitens der Industrie gehabt mit der Maßgabe "diese Leute wollen uns hier die Kohle und die Stahl vermiesen und wollen die deutsche Industrie in den Orkus fahren. Das muss man sich mal vorstellen. 1992. Wir haben es trotzdem gemacht. War ein Riesenerfolg. Also mit den Fachleuten und so weiter, wurde auch in der Zeitung beschrieben. Ich mach es jetzt kurz: Damals war das Logo von Gelsenkirchen "Gelsenkirchen, die Stadt der Tausend Feuer". Wir haben dann einen Wissenschaftspark dort gebaut über die Internationale Bauausstellung, in den auch das Institut dann eingezogen ist, dann haben wir die ersten Solarinstitute dahin geholt. Wir hatten Glück, dass es dort die Flachglas Solar gab, die einen Solarableger etablierte, eine Tochter, und die dann auch Solarzellen bauten. Wir haben dann die Forscher weltweit versucht an dieses Institut mit ranzuholen und so weiter und haben die ersten Kleinunternehmen Handwerker und Ausbaugewerbe dazu gebracht, auch tatsächlich Photovoltaikanlagen und so weiter zu bauen. Das ging dann so weiter und das hat die Stadt – die war ja sehr, sehr betroffen vom Strukturwandel der Montanindustrie, total runtergekommen – und dann hatten diese auf einmal entsprechende Resonanz. Wir haben dann über die Internationale Bauausstellung eine Reihe von Projekten vergeben mit Solarenergie und regenerativen Energien und Energieeffizienz, Auflagen und so weiter, die dann auch die Firmen von Gelsenkirchen mit bearbeiten konnten, und jetzt mache ich es kurz: Der Clou an der ganzen Geschichte ist nämlich der, dass im Millenniumsjahr 2000 hat sich Gelsenkirchen ein neues Logo gegeben und das hieß dann "Gelsenkirchen, die Stadt der tausend Sonnen". Also so was ist auch mal schön.</p>
00:57:08	00:58:19	<p>Bausch: Das bedeutet, es gab nicht nur die Spannung innerhalb der Industrie, sondern auch die Spannung innerhalb der Politik je nachdem, wo man platziert war. Kreibich: Natürlich, was glauben Sie, was die Politik da alles versucht hat zu unternehmen, um vieles zu verhindern. Aber wir hatten Riesenchancen dadurch, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und eben ein paar sehr gute Leute, die auch den Ministerpräsidenten überzeugt hatten, der ja dann später, als die Internationale Bauausstellung zu Ende war 1999, geradezu Lobeshymnen auf die Internationale Bauausstellung ausgesprochen. Er war ja auch Vorsitzender des Kuratoriums der Bauausstellung, das schon sehr, sehr ergreifend war. Und das hat natürlich auch das Ruhrgebiet enorm verbessert. Also es hieß ja Werkstatt für die Erneuerung einer alten Industriestruktur und das hat sich auch</p>

		wirklich hoch bewährt. Das ist das nach wie vor, meiner Ansicht nach, größte Nachhaltigkeitsprojekt, was je weltweit gemacht worden ist.
00:58:19	01:02:44	<p>Bausch: Wenn wir jetzt nochmal zwanzig Jahre davor springen, wir sind wieder in den Siebzigern und ich hatte Ihnen versprochen, ich komme zurück zur Zivilgesellschaft. Wer waren in der Zivilgesellschaft die Gruppen, von denen Sie sprachen, die den Umweltforschungsinstituten den Rücken gestärkt haben und mit welchen Themen? Kreibich: Ja, also ich kann sagen praktisch alle. Wichtig war natürlich der BUND, immer. Die haben uns immer zur Seite gestanden. Die haben ja auch einzelnen Instituten, wir sind da nicht dabei gewesen, aber zum Beispiel das Öko-Institut hat ja auch mehrere Aufträge von denen bekommen, auch zusammen mit anderen in Kooperation. Dann natürlich Greenpeace, was immer wichtig war, weil die auch deutlich machten, welche dramatischen Entwicklungen zu erwarten sind, wenn nicht dort oder dort eingegriffen wird. Das konnten wir dann ja immer wissenschaftlich untermauern. Aber auch die Verbraucherverbände waren sehr wichtig. Muss mal eine Zahl nennen, weshalb auch die Verbraucherverbände so wichtig sind. Wir haben heute in der Bundesrepublik eine Situation, die ist einfach grotesk. Es werden 46 Milliarden Euro pro Jahr für Werbung ausgegeben seitens der Industrie. Und wenn Sie die genauer ansehen, bis vor wenigen Jahren war das ja reine Produktwerbung "mehr, höher, schneller und so weiter", was ja heute teilweise immer noch in der Automobilindustrie gang und gäbe ist. Wie kann man einen Bugatti entwickeln mit 1015 PS und 460 Stundenkilometer. Also alles so ein Unsinn, ja? Der aber Milliarden gekostet hat, um überhaupt zu entwickeln. Das hätte man alles natürlich in die Energiewende stecken können. Was ich sagen wollte ist, dass die Entwicklung auf der einen Seite eben wichtig war zu zeigen, wie dramatisch sich sowohl die Luft auf unsere Gesundheit auswirkt, wie dramatisch sich die Bodenzerstörung auf die Nahrungsmittel auswirkt, wie dramatisch sich das Wasser verändert und wenn man es heute weltweit sieht, man muss ja folgende Situation / deshalb sind wir überhaupt nicht aus irgendwelchem Schneider raus. Wir haben heute immer noch 1,8 Milliarden Menschen, die kein sauberes Trinkwasser haben. Das ist ja nicht nur ein Problem in Asien, in Bangladesch, in Indien oder wo auch immer oder in Südamerika oder in Afrika, das ist ja auch unser Problem, denn ich meine wenn es entsprechende Epidemien gibt, dann schwappen die ganz schnell auch nach Europa und Nordamerika über, um nur ein Beispiel zu nennen. Aber auch die ganzen natürlich Ökoflüchtlinge sind ja nicht nur ökonomische Flüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, sind ja auch Ökoflüchtlinge, die heute abhauen, weil sie eben sauberes Trinkwasser oder keine sauberen Nahrungsmittel mehr haben oder eben überhaupt keine Nahrungsmittel haben. Also, das sind dann doch Einschnitte immer gewesen, wenn das sozusagen durch die Umwelt- und Verbraucherverbände hier deutlich gemacht. Und nun noch mal zurück zu der Quote 46 Millionen Euro gibt die Industrie heute für Werbung aus. Bausch: Milliarden, oder Millionen? Kreibich: Millionen. Ne! Entschuldigung, Milliarden natürlich. Bausch: Wollt ich denken. Kreibich: Milliarden, natürlich, Milliarden. Das ist schon ein ganz schöner Batzen, ne? Also vom ganzen Bruttosozialprodukt. Und wir haben ungefähr, wenn man sehr großzügig ist, für die Verbraucherverbände 220 Millionen zur Verfügung. Da sind natürlich Welten dazwischen (breitet Arme aus) und trotzdem, muss ich sagen, haben die Verbraucherverbände selbst mit diesen relativ geringen Mitteln, ob das Stiftung Warentest ist oder die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher oder wer auch immer, riesen geleistet und die haben auch uns kleineren Institute, die Öko-Institute, oder eben die zukunftsforschenden Institute durchaus unterstützt. Wir haben zum Beispiel für die häufiger Kriterien entwickelt für ökologische Produktbeurteilung und ähnliche Sachen. Und das war, glaube ich, auch sehr wichtig. Die hatten ja vorher auch immer nur die Funktionsfähigkeitskriterien drin und die Bedienungsfreundlichkeit und die Sicherheit und so weiter, und haben dann aber – jetzt schätze ich ungefähr vor zwanzig Jahren – auch die Umweltkriterien mit einbezogen.</p>
01:02:44	01:06:29	<p>Bausch: Ich gehe noch mal auf die frühe Phase der Umweltpolitikforschung, also Siebziger, Anfang Achtziger. Das IZT war Anfang der Achtziger, Öko-Institut, IFEU waren Ende der Siebziger, welche Unterschiede gab es in der Gründungsphase dieser Institute? Kreibich: Ja also zwischen den reinen – sagen wir jetzt – ökologisch orientierten Instituten und uns schon ein deutlicher Unterschied. Wir haben ja eben zum Beispiel auch sehr stark die Verbindung zum Technologiebereich betrieben, was ja dann das Öko-Institut teilweise auch gemacht hat, auch Ecologic, IFEU und so weiter, aber am Anfang war es doch eher so, dass sie sich sehr stark auf Umweltthemen im Engeren konzentrierten und wir haben von Anfang an die Technologieentwicklung mit einbezogen. Deshalb heißt ja das Institut auch Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung. Und wir haben eben von Anfang an eher diese Nachhaltigkeitsstrategie mit den verschiedenen Teilkomponenten Wirtschaft,</p>

		<p>Umwelt, Soziales, Kultur betrieben. Das war kein Gegensatz in dem Sinne, das hatte Vorteile und Nachteile. Der Nachteil war der, dass wir nicht so stark profiliert waren auf Umweltpolitik, obwohl wir viel Umweltpolitik und Umweltprojekte gemacht haben. Der Vorteil war der, dass man natürlich vielleicht eher auch dann in die Unternehmen kam, mit denen über technologische Fragen sprechen konnte. Wir haben ja eine ganze Reihe von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber das hat das Öko-Institut auch. Das Öko-Institut hat ja zum Beispiel auch erreicht, dass sie sehr stark beratend in Sachen Atomenergie waren. Das haben wir gar nicht erst versucht, weil die da besser waren. Und wir haben eben andere Bereiche gehabt. Und wir haben vor allen Dingen den wichtigen Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sehr frühzeitig mit einbezogen. Also wir haben schon sehr früh zum Beispiel über Smart Grids, also intelligente Netze, intelligente Verbindung, weil wir immer systemar gedacht haben. Wir haben gesagt "man muss alles im System betrachten". Es hat ja kein Sinn, wenn Sie heute zum Beispiel – sagen wir mal – irgendeine Region/ wir haben jetzt, um mal ein konkretes Beispiel zu nennen, Motzener Straße. Da sind eine ganze Reihe von Unternehmen, ich glaube es sind insgesamt 240 Unternehmen auf dem Gelände, das ist ein Gewerbegebiet, mit ganz unterschiedlichen Ausrichtungen. Die einen machen das, die anderen jenes. Aber alle brauchen Energie, alle brauchen Wasser, alle brauchen natürlich Strom und Wärme und so weiter. Und hier geht es uns darum, dass wir versuchen für das Gesamtgebiet eine optimale Lösung zu finden. Das heißt, wie kann man zum Beispiel die Abwärme des Einen für die Anderen nutzen? Wie kann man eine gemeinsame Kraft-Wärme-Kopplung machen, dass möglichst viel Strom, der produziert wird, in Bereich der Region selbst genutzt wird. Wie kann man optimal zum Beispiel Solarthermie mit einführen? Oder eben auch Photovoltaik oder muss man eher mit Wärmepumpen arbeiten? Und wie kann man vor allen Dingen viel besser auch die Gebäude ausstatten mit Wärmedämmung und dergleichen. Also das war vielleicht ein bisschen der Unterschied zu anderen, die dann sich vielleicht ein bisschen stark auf ein Gebiet gelegt haben. Wir haben immer versucht systemar vernetzt die Sache zu sehen.</p>
01:06:29	01:08:42	<p>Bausch: Und welche Rolle spielte die Öffentlichkeit für die Gründung der einen und des anderen? Kreibich: Bei uns war das so. Ich hatte Ihnen ja oder hatte schon gesagt, es hat ja eine Gründung schon 1968 gegeben des Zentrums Berlin für Zukunftsforschung. Und das war damals doch eine ziemlich sensationelle Angelegenheit, dass außerhalb der Universität sich ein solches Institut gründete mit Leuten, die teilweise an der Universität waren und teilweise nicht. Also zum Beispiel der Professor Koelle, der von der TU und früher bei der NASA war, die rechte Hand von Werner von Braun, war ein Systementwickler und Systemtechniker. Von Haus aus Luftfahrtingenieur und der hatte praktisch die gesamte Mondfahrtentwicklung mitentwickelt, also die ganze Systementwicklung und war natürlich ein großer Star, und auf der anderen Seite so jemand wie Robert Jungk, der praktisch allein, visionär gearbeitet hat, durch die sozusagen Welt gereist ist und geguckt hat, was ist eigentlich an Problemen vorhanden. Der war ja in Nagasaki, der war in Hiroshima, hat die Leute dort befragt und so weiter. Hat sich in Washington bis hin zum Kongress begeben und alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Und dazwischen waren dann eben einige Professoren wie zum Beispiel Professor Klages, der Soziologe an der TU war, dann war Professor Mackensen, der Stadtplaner an der TU war, und, und, und. Und wir hatten uns dann zusammengetan – ich war damals noch Chef des soziologischen Instituts der Freien Universität – und haben dann dieses Zentrum Berlin für Zukunftsforschung gegründet. Dass das dann später natürlich nicht ganz einfach lief, weil da ganz unterschiedliche Interessen auch waren, musste man sehen, und dann kam das Institut für Zukunftsforschung 1976 und dann habe ich, nachdem das zu eng war oder beziehungsweise auch vielleicht zu unspezifisch, '81 das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gegründet, aber mit einem sehr starken Akzent eben auf Umweltprojekte, aber nicht nur, und Energieprojekte.</p>
01:08:42	01:10:24	<p>Bausch: Deswegen gibt es ja immer wieder auch Kooperationen zwischen den Instituten. Kreibich: Na klar. Wir haben zum Beispiel ja sehr stark / Ich will Ihnen ein anderes Beispiel geben, was völlig verrückt war. Szenariotechnik, ja? Wir haben ja die ganzen Zukunftstechniken versucht einzuführen. Also Delphi-Technik, Szenariotechnik, Cross-Impact-Analysen und so weiter, auch dann Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen. Das hatten andere Institute ja nicht, weil die nicht aus dieser Zukunftsforschungslinie kamen. Und, um Ihnen mal ein Beispiel zu geben, wie kritisch das auch in der deutschen Wissenschaft war, wir wurden ja lange Zeit nicht anerkannt, zum Beispiel von der DFG so ohne weiteres. Wir haben 1988 ein Projekt eingereicht, wir wollten gerne mal die Szenariotechnik genau untersuchen, welche verschiedenen Ansätze gibt es, welche</p>

		<p>verschiedenen Möglichkeiten kann man mit Szenariotechnik bearbeiten, wo liegen die Stärken, wo liegen die Schwächen und so weiter. Das ist abgelehnt worden mit der Maßgabe, das sei keine wissenschaftliche Technik. Heute gibt es nicht ein einziges Fach, was nicht Szenariotechnik anwendet. Also man muss eben sehen, zu bestimmten Zeiten, wenn man zu früh ist, gibt es auch Probleme. Und das weiß ja jeder, der ein bisschen vornedran ist, nicht? Und später dann sind wir natürlich von der DFG und vom Wissenschaftsrat und anderen anerkannt worden. Wir haben dann auch die Regeln für gutes wissenschaftliches Arbeiten, sowie die Universitäten und die Leibniz-Institute, die Helmholtz-Institute verabschiedet, 2001. Und von da ab war dann Ruhe.</p>
01:10:24	01:13:58	<p>Bausch: Sie haben sozusagen ein bisschen beschrieben, wie sich Themen und Arbeit entwickelt hat über die Jahrzehnte. Wenn Sie in die Zukunft schauen, wo sehen Sie geht die Umweltpolitikforschung hin, thematisch und strukturell? Kreibich: Also da gibt es erstmal einen ganz wichtigen Punkt. Ich hab mich in den letzten Jahren, ungefähr in den letzten zehn, fünfzehn Jahren mit Finanzstrukturen beschäftigt. Und wir haben eine Methode in der Zukunftsforschung, die nennt sich Wild-Card-Methode. Die Wild-Card-Methode ist so, dass man Störereignisse, grundlegende Störereignisse mit einbauen kann in bestimmte – sagen wir beispielsweise – Megatrends. Also beispielsweise in einem Megatrend der Energieentwicklung, oder in einem Megatrend der Ressourcenverschwendung oder in einem Megatrend der Bevölkerungsentwicklung, und, und, und. Und ich habe ein Chart aus dem Jahre 1999, da sind acht Wild-Cards drauf, zwei ökonomische, zwei ökologische, zwei soziale, zwei kulturelle. Ich will Ihnen nur zwei benennen. Bei den ökonomischen steht – von 1999 – "Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems". Bei den ökologischen steht "Entwicklung von langfristig billigen Energiespeichertechniken". Das heißt, wenn diese Wild Card eintreffen würde, würde sich sozusagen der gesamte Trend und vieles, was an Folgen damit verbunden ist, völlig verändern. Wenn wir zum Beispiel in der Lage wären, Wärme und Strom aus dem Sommer in den Winter mitzunehmen, billig, dann wären wir ja aus jedem Energieproblem raus. Das hat auch niemand verstanden. Wir haben ja gepredigt, jahrelang, Energiespeichertechnik muss gefördert werden. Nichts ist passiert. Erst jetzt in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Elektromobilität. So, jetzt zurück zu Ihrer Frage. Warum habe ich das jetzt erwähnt? Weil ich glaube, dieses internationale Finanzsystem ist nicht zukunftsfähig. Und wir werden wieder in eine nächste Krise taumeln. Man muss sich einfach mal vorstellen: Im Frühjahr 2007, wir hatten eine Kurve, eine Exponentialkurve der Spekulationsmenge weltweit. Die stieg exponentiell an. Und zwar in den letzten 15 Jahren bis heute. 2007 wurde an einem einzigen Tag 4300 Milliarden Dollar virtuell durch die Welt geschoben. Von Leuten, die am Bildschirm sitzen in Tokio an der Börse, in New York, in Frankfurt und wo auch immer. Diese Leute haben mit Margen spekuliert von 0,1, 0,2 Prozent Gewinn. Aber wenn sie mit Milliarden spekulieren, haben sie immer noch hundert Millionen Gewinn. Das heißt, die haben unglaublich viel Geld gemacht, Gewinne gemacht, mit rein virtuellem Geld, das waren ja alles nur virtuelle Kredite, Luftnummern, und haben nicht einen einzigen Dollar Wert geschaffen. Da fragt man sich doch: Wie soll ein solches Finanzsystem auf Dauer existieren? Das geht gar nicht!</p>
01:13:58	01:17:00	<p>Bausch: Wie funktioniert das dann mit der Umweltpolitikforschung? Kreibich: Genau, jetzt kommt der Clou zur Umweltpolitik. Jetzt wollte ich erst noch mal kurz sagen. Diese Leute haben eben nicht virtuelles Geld verdient, sondern reales Geld. Die haben dann Immobilien gekauft, Kunstwerke, Inseln, Land und so weiter. Weil sie wussten, das sind ja alles nur Luftnummern, wenn wir aber das Geld verdient haben, dann lieber in feste Immobilien oder in feste Werte. So, meine große Befürchtung ist die, dass wir uns in der Umweltpolitik die Hacken ablaufen können und viel Verbesserung / Und ich bin ja der Meinung, wir sind über dem Break-Even-Point hinaus zur der Energiewende in Deutschland, aber wenn das Finanzsystem nicht funktioniert, dann machen die uns die gesamte Welt kaputt und zwar einschließlich der Umwelt. Und das muss jetzt im Auge behalten werden. Das ist die eine Sache. Die zweite Sache ist für mich die Ressourcenfrage. Wir haben innerhalb von hundert Jahren im zwanzigsten Jahrhundert eine Produktivitätssteigerung im Arbeitsbereich erreicht von 4500 Prozent. Das heißt, was früher 45 Menschen machten, macht heute einer. So effizient arbeiten wir heute. Wir haben aber eine Ressourcenproduktivität erreicht von gerade mal sechzig bis achtzig Prozent. Und deshalb sage ich, wenn wir auch die nachfolgenden Generationen existieren wollen, dann muss die Ressourcenproduktivität enorm gesteigert werden. Das 21. Jahrhundert muss das Jahrhundert der Ressourcenproduktivität werden. Das ist die zweite Frage. Die dritte Frage ist das Wasser. Gerade Klaus Töpfer, als ehemaliger oberster Umweltschützer der Welt, der hat immer wieder gesagt "Leute, guckt nicht</p>

		nur auf die Energie. Das Wasser ist mindestens ein gleich großes Problem wie die Energie." Und wir haben heute schon riesige Probleme mit Trinkwasser, mit Wasser, um die Böden zu bewässern, und so weiter. Und durch die Abholzung der tropischen Regenwälder und vieler anderen grünen Bereiche, das ist ja gigantisch, was da passiert. Man muss sich mal vorstellen, an einem einzigen Tag werden 55.000 Hektar tropischer Regenwald gefällt. Und der Regenwald ist nicht nur zuständig für regionale Bereiche, sondern für die gesamte Welt, und zwar nicht nur für den Haushalt der Grünpflanzen, sondern auch für den Wasserhaushalt, für die Biodiversität und so weiter. Also das sind für mich die vier ganz großen Fragen: Finanzentwicklung, die alles kaputt machen kann, Ressourcenfrage, Wasser und Wald.
01:17:00	01:21:41	Bausch: Gut. Dann denke ich mit solch großen Themen wird es uns nicht langweilig werden in der Umweltpolitikforschung. Wir haben einen großen Bogen geschlagen von den Sechzigern, muss man ja schon sagen, bis heute und in die Zukunft, wir haben thematisch große Bögen geschlagen. Wir haben geschaut, wie es Friktionen in Industrie gab, wie es Friktionen in der Politik gab und wie sich das ausgewirkt hat auf Umweltforschung. Wir haben auf die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft geschaut, Konkretes und Großes betrachtet. Ich glaube, wir haben relativ viel Boden gestaltet innerhalb dieser anderthalb Stunden, aber vielleicht brennt Ihnen trotzdem noch was auf dem Herzen, was Sie jetzt, bevor wir zum Abschluss kommen, in diesem Interview noch darstellen und preisgeben möchten. Kreibich: Ja. Ich habe vor vier Jahren Szenarien für China geschrieben. Wie könnte die Entwicklung in China weitergehen und zwar im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen, das war der Anlass dafür, für den Focus damals, also für die Zeitschrift Focus. Und da ist mir richtig erst klargeworden, welche Dimension die Wirtschaftsentwicklung und der Ressourcenverbrauch in diesen Ländern hat. Also China, Indien, Pakistan, dann natürlich auch Mexiko, Südafrika, Brasilien, also die Schwellenländer. Und ich will nur mal ein paar Zahlen nennen. In China ist neunzig Prozent des Graslandes bereits vernichtet. In China sind siebzig Prozent der Flüsse so stark kontaminiert und zwar nicht mit normalen Biostoffen, sondern eben mit galvanischen Abfällen, mit Abfällen aus der Stahlindustrie, wo auch immer her, dass entlang dieser Flüsse lauter Krebsdörfer entstanden sind. Die Menschen haben so weit überdimensional Krebserkrankungen, wie man sich das überhaupt nicht vorstellen / Es wird leider immer noch unter dem Teppich gehalten. In China fällt jedes Jahr die Fläche des Saarlandes an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche weg und geht in Steppe und Wüste über. Und das Gleiche haben wir ja teilweise in Afrika mit der Sahara. Deshalb kauft China ja überall Minen auf, deshalb kauft China ja überall Ländereien auf und so weiter. Ich will jetzt die chinesische Führung nicht madig machen, weil die im Augenblick dabei sind, enorm umzusteuern. Wir hatten eine Reihe von chinesischen Delegationen im Institut in den letzten drei, vier Jahren und die sind schon sehr Ohr (fasst mit beiden Händen an die Ohren) und wissen, dass in Deutschland eine ganze Menge Gutes passiert in Sachen Umweltpolitik und insbesondere was regenerative Energien anbelangt, Energieeffizienz, aber eben auch Wasserhaushalt, weil wir hier sehr stark Wasserkreislaufführung haben und so weiter. Und nur eins ist klar: Wenn China weiterhin Wachstumsraten von elf bis dreizehn Prozent hat, dann können die machen, was sie wollen. Sie werden die Schäden nicht bezahlen können. Das heißt also, sie müssen umsteuern, runter mit diesen hohen Wachstumsraten und eine integrierte Umweltpolitik betreiben. Das Gleiche gilt für Indien, für Brasilien, für Mexiko und so weiter und natürlich USA sowieso. Aber da bin ich langsam hoffnungslos, dass da noch was Vernünftiges passiert, das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich bin da sehr enttäuscht über die amerikanische Entwicklung. Das heißt also zusammengefasst: Wir müssen heute als Umweltinstitute unbedingt den weltweiten Blick haben und wir können uns nicht nur auf unsere kleine Welt hier sozusagen konzentrieren, wenn wir die richtigen Weichen stellen wollen. Was natürlich nicht heißt, dass wir immer nur internationale Projekte machen wollen. Aber wir müssen das im Auge behalten, wo sind die wichtigsten Fragen, wo sind die wichtigsten Probleme, wo sind die wichtigsten Katastrophensignale. Und dafür sollten wir uns möglichst einsetzen. Und dann kann ich noch eines sagen: Und dann hoffe ich, dass endlich mal die offizielle Politik, aber auch die Wirtschaft versteht, dass das allen nützt, dass das eine insgesamt wirklich Win-Win-Win-Win-Situation ist.
01:21:41	01:22:09	Bausch: Herr Professor Kreibich, mit diesem Aufruf an jene, die das dann vielleicht auch sehen werden im Netz, bedanke ich mich sehr, sehr herzlich für Ihr Interview, für Ihre Zeit und für Ihre Bereitschaft, diese Gedanken, Erfahrungen und Vision mit uns zu teilen. Herzlichen Dank. Kreibich: Ja, ich hoffe ja, dass aus dem Projekt ein bisschen was an die Öffentlichkeit kommt, dass da auch was signalisiert werden kann. Finde ich jedenfalls gut, dass Sie das Projekt machen. Bausch: Dankeschön.

Interview mit Prof. Dr. Edda Müller, langjährige Ministerialbeamtin im Innen- und Umweltministerium, Rat für Nachhaltige Entwicklung (2001-2007)

Interviewt durch: Doris Knoblauch, Fellow, Ecologic Institut

Datum: 12. Mai 2014

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Müller, Edda (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 12. Mai 2014.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:01:19	Knoblauch: Das heutige Interview ist Teil des Projektes "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende". Umweltpolitik ist eines der wichtigsten Politikfelder in Deutschland. Wie sich jedoch die Umweltpolitikforschung und -beratung entwickelt haben, darüber ist bisher wenig bekannt. Welche Rolle hat die Umweltpolitik gespielt in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten? Welche Rolle hat dabei der Staat selbst gespielt? Welche Rolle hat die Zivilgesellschaft gespielt und welche Rolle hat die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung gespielt? Diese Fragen wollen wir heute in dem Interview behandeln und dazu heiÙe ich herzlich willkommen Professorin Müller. Für unser Projekt haben Sie einen sehr interessanten Lebenslauf. Bevor wir uns gemeinsam in Ihre umweltpolitische Vergangenheit begeben, eine Frage zu Ihrem aktuellen Tun: Was sind die Themen, die Sie aktuell beschäftigen?
00:01:19	00:02:08	Müller: Ich bin Vorsitzende von <i>Transparency International Deutschland</i> und da geht es um Korruptionsvermeidung. Damit sind wir automatisch an allen Politikfeldern interessiert, wo wir den Eindruck haben, dass es unredlich zugehen könnte. Konkret, was die Umweltpolitik angeht, haben wir ein großes Projekt, das die Integrität der internationalen Klimafinanzierung angeht. Immer wenn sehr viel Geld im Geschäft ist, ist die Korruption auch nicht weit. Das nur als ein Beispiel, oder auch die ganzen Fragen des Lobbyismus, welche Rolle spielt der Lobbyismus und auch damit die Vorteilsnahme in Politikfeldern, natürlich auch in der Energiepolitik, in der Klimapolitik, in der Umweltpolitik. Das sind die Themen, mit denen ich mich jetzt beschäftige.
00:02:08	00:02:51	Knoblauch: Sie sind promovierte Verwaltungswissenschaftlerin und Diplom-Politologin und haben eine lange und vom Papier her abwechslungsreiche Karriere in der Ministerialbürokratie hinter sich. Nach Ihrem Einstieg 1970 beim Bundesinnenministerium haben Sie bei verschiedenen Behörden gearbeitet, die sich alle verantwortlich mit dem Thema Umwelt beschäftigt haben. Wie haben Sie, mit diesem vielfältigen Hintergrund, die Anfänge der Umweltpolitik in Deutschland erlebt? Wann, würden Sie sagen, hat das angefangen, dass das Thema Umwelt ein eigenständiges Politikfeld wurde und was waren die treibenden Faktoren dahinter?
00:02:51	00:04:21	Müller: Naja, die Umweltberatung jedenfalls kam erst nach der Politik. Knoblauch: Genau. Müller: Und wenn man fragt, wie ist eigentlich Umweltpolitik auf die politische Agenda gekommen, so muss man sagen, es wurde sehr stark angestoÙen von populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen. Es ist importiert worden aus den USA, was Deutschland angeht. Und es ist getrieben worden von internationalen Konferenzen, die Ende der 60er Jahre stattgefunden haben. IOCN, das ist also die internationale Naturschutzorganisation gewesen. Dann die Vorbereitung der ersten großen weltweiten Umweltkonferenz 1972 in Stockholm. Hat sehr stark dazu beigetragen, dass die verschiedenen Institutionen von den Wirtschaftsunternehmen und -verbänden, vom BDI bis zu den Gewerkschaften, sich anfangen mit Umweltpolitik zu beschäftigen. Die Ausformulierung der Umweltpolitik, die programmatische Ausgestaltung, die ist weitgehend aus dem politischen Raum und aus der Ministerialverwaltung her geschehen. Das, was heute sehr häufig angenommen wird, dass Zivilgesellschaft eine Rolle gespielt hatte, zum Beispiel Umweltverbände, das ist ein Irrtum. Die

		kamen erst später. Zunächst kam mal die Durchdeklarierung und institutionelle Ausformung der Umweltpolitik in den staatlichen Institutionen.
00:04:21	00:07:24	Knoblauch: Sie sind ja jetzt eine ausgemachte Kennerin des Themas. Auch aus der damaligen Zeit heraus, waren da sehr aktuell dran am Geschehen. Wenn ich richtig informiert bin, dann war sozusagen Willy Brandt einer der ersten, die in die programmatische Ausformulierung eingestiegen sind, dass es also tatsächlich von staatlicher Seite kam, die Anfänge der Umweltpolitik. Was würden Sie sagen, warum ausgerechnet dann? Sie hatten gerade schon verschiedene treibende Faktoren genannt, können Sie das ein bisschen spezifischer sagen, weil ich glaube, im Wahlkampf – von dem, was wir jetzt von den anderen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gehört haben – war es im Wahlkampf selber nur ein Randthema. In der Legislaturperiode unter Willy Brandt dann kam es aber / eigentlich wurde es einfach formuliert und implementiert die Politik, ohne viel Aufhebens zu machen und die Frage ist ja / tatsächlich waren die USA die aktuellen Treiber, die Konferenzen, die Sie genannt haben? War es eine Mischung? Gab es noch andere strategische Denker oder Denkerinnen dahinter? Müller: Also wenn Sie den Namen Willy Brandt erwähnen, dann ist Willy Brandt mit der Umweltpolitik vor allen Dingen in Erinnerung durch den Slogan "Blauer Himmel über der Ruhr", offensichtlich auch Thema oder Slogans Ihrer Geschichte oder Ihrer Beschäftigung mit der Geschichte der Umweltpolitik. Das war '61. In der Zwischenzeit ist die Umweltpolitik politisch nicht weiter in Erscheinung getreten bis '69, als dann die sozialliberale Koalition gegründet wurde mit Willy Brandt als Bundeskanzler, der damals von der Seite des Bundeskanzleramtes dem Thema eine positive und sympathisierende / sich sozusagen dem positiv gegenüber verhalten hat. Es hat aber / die entscheidende Ausformulierung kam dann mit der Entscheidung, den Umweltschutz in einem Ressort zu verankern. Das war dann im Innenministerium mit dem FDP-Minister Genscher und es ist zu dieser Zeit bereits erkennbar gewesen, dass die Umweltpolitik als geschlossener Politikbereich nicht so einfach zu implementieren war. Der Naturschutz blieb weiterhin im Landwirtschaftsministerium und die verschiedenen Ressorts, die ja natürlich mit ihren jeweiligen Politikfeldern Mitverursacher von Umweltproblemen waren, ob das die Verkehrspolitik, die Energiepolitik, Wirtschaftspolitik war, die organisierten sich dann in Koordinierungsgremien innerhalb der Bundesregierung, die anfangs durchaus eher eine Aufpasserfunktion hatten, als dass sie programmatisch die Umweltpolitik voranbringen wollten.
00:07:24	00:08:36	Die entscheidende Stärke der Umweltpolitik in Deutschland – viele spätere Politikfelder wie die Verbraucherpolitik haben den Fehler gemacht, Vergleichbares nicht zu leisten – war, dass sehr schnell Programme entwickelt wurden und sehr schnell sozusagen die Bataillone aufgebaut wurden, die Institutionen geschaffen wurden. Dazu gehörte vor allen Dingen die Schaffung des Umweltbundesamtes in der Gestalt, wie es dann geschaffen wurde. Dazu können wir gleich noch was dazu sagen. Es gehörte dazu die Einrichtung des Sachverständigenrats für Umweltfragen, die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft existierte bereits in den sechziger Jahren. Aus dem Parlament heraus gab es immer eine Gruppe von Abgeordneten, die sich mit Umweltthemen beschäftigten und die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, heute redet man von runden Tischen und glaubt, das sei was ganz Neues. In der Realität ist der erste große runde Tisch gleich 1970/71 gegründet worden, Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, wo die sogenannten Stakeholder, damals nannten wir das Interessengruppen, alle an einem Tisch saßen und sich mit der Umweltpolitik und der Programmatik beschäftigten.
00:08:36	00:11:59	Knoblauch: Das ist ja spannend, dass es schon von Anfang an der Fall war. Wir kommen gleich noch zu den Themen, die Sie angesprochen haben. Vorher würde ich Sie gerne / Sie hatten gerade schon angerissen, dass die Umweltpolitik gegründet wurde oder sich entwickelt hat, bevor es die Umweltpolitikberatung gab. Aus Ihrer Perspektive, wo verorten Sie die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland? Müller: Die ist ganz eindeutig festzumachen an dem Umweltforschungsprogramm des Umweltbundesamtes und der Zurverfügungstellung der entsprechenden Forschungsmittel. Solange es keine Finanzierung von einschlägiger Wissenschaft und keine Finanzierung von Beratung gibt, gibt es auch keine Beratungsinstitution. Das heißt, am Anfang steht dann immer das Geld. Am Anfang steht die Programmatik und dann kommt sofort das Geld. Und das Geld kam eben peu à peu, wurde dann vom Umweltbundesamt im Rahmen der Umweltforschungsplanung programmatisch und auch inhaltlich betreut und das war dann der Anfang des Aufbaus von Kapazitäten in der Wissenschaft zu Fragen der Umweltpolitik und wenn man sich die einzelnen Disziplinen anschaut, dann haben die sich entwickelt parallel zu der Abarbeitung von bestimmten Umweltproblemen. Das war anfangs sehr stark die Technik, das war die Analytik, die Naturwissenschaft und Fragen, die etwas zu tun

		<p>hatten mit der Implementation von Politik, wie zum Beispiel ökonomische Instrumente, welche Art von Rechtsinstrumenten oder überhaupt politischen Instrumenten will man entwickeln, das kam dann eigentlich erst später, als man merkte, dass die anfänglichen Politikziele, die durchaus legitim waren und richtig waren, dass man erstmal versuchte die groben und sichtbaren Umweltprobleme in den Griff zu kriegen, die Filter- und Kläranlagentechnologie, <i>end-of-the-pipe</i>, wie es so schön heißt. Als so die ersten großen Dinge da bewältigt waren, da fing man an auch über Instrumente zu reden, da kam die Finanzwissenschaft ins Spiel mit der Debatte über Abgabenlösungen und so wurde das allmählich auch in den wissenschaftlichen Disziplinen ausdifferenziert. Eine der ganz entscheidenden Fragen, die wir heute aus der Rücksicht haben, nämlich die Überzeugung, dass wir Umweltpolitik ganzheitlich sehen müssen und dass wir immer wieder dazu beitragen müssen, dass interdisziplinär man an die Themen herangeht, das hat sich erst später entwickelt als Erkenntnis. Als Beispiel, ich betonte vorhin schon die große Bedeutung der Naturwissenschaften. Die Naturwissenschaften sind von ihrer Methodik her darauf eingestellt Wahrheiten zu entdecken und diese entsprechenden Befunde auch experimentell wiederholen zu können. Das heißt, das Problem, was nicht schon da ist, ist von der Naturwissenschaft im Prinzip sehr schwer in den Griff zu kriegen oder zu analysieren. Mir hat das damals der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen, ein Ökologe Bick erklärt.</p>
00:11:59	00:12:43	<p>Die Ökologie hatte in den siebziger Jahren innerhalb der Naturwissenschaften, wo sie sich verortet fühlte, einen unheimlich schweren Stand, weil sie diese Problematik des Zusammenhangs von gesamten Beziehungen des Ökosystems und der Wechselwirkungen natürlich nicht mit unmittelbar reproduzierbaren Experimenten wiederholen konnte, aber das war die Methodik, mit der man damals ranging und so hat sich in der Wissenschaft erst allmählich die Notwendigkeit, auch aufgrund des Bedarfs der Umweltpolitik ergeben, dass man verstärkt auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen und neue Formen der Betrachtung von Natur und Umwelt in den Blick nehmen muss.</p>
00:12:43	00:15:48	<p>Knoblauch: Mhm. Das finde ich jetzt sehr interessant, dass Sie ganz klar gesagt haben, das ist die UFO-Planforschung des UBA, was sozusagen die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung sind. Es gab schon eine Reihe von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die wir vorher interviewt haben. Viele von denen haben gesagt, es waren vor allem auch die außeruniversitären Forschungsbewegungen, die aus der Zivilgesellschaft kamen, die sich vor allem im Bereich Anti-Atom-Bewegung manifestiert haben. Stichwort das Öko-Institut wurde immer genannt als eines der ersten Institute, die sich sozusagen unabhängig vom Staat versucht haben zu finanzieren. Wie ist Ihre Meinung dazu? Müller: Also zunächst noch mal zu den Anfängen. Der UFO-Plan war immer relevant für die Umweltforschung im engeren Sinne, wenn man das trennt von der Naturschutzseite. Zu dem Zeitpunkt, als die Umweltpolitik entstanden ist, gab es bereits wissenschaftliche Kapazitäten und eine starke wissenschaftliche Unterstützung im Bereich des Naturschutzes. Der Naturschutz war sozusagen immer vorneweg. Und da gab es so, wie die Grüne Charta von der Mainau in den 60er Jahren immer wieder zusammen mit Wissenschaftlern aus dem Bereich des Naturschutzes: Ornithologen, Biologen, die haben eine große Rolle gespielt. Was die durch Zivilgesellschaft mitbeförderte Umweltberatung angeht, die kam sehr viel später. Die kam erst in den 70er Jahren. Wir reden im Moment ja über die Anfänge, so hatte ich das verstanden und zum Beispiel der BUND ist erst in den 70er Jahren entstanden. Der BBU 1972 wurde mithilfe der Verbändeförderungsmittel des Bundesinnenministeriums sozusagen mitgegründet. Und die Anti-Atomkraft-Bewegung, die war in der Tat in den siebziger Jahren dann eine sehr starke bürgerschaftliche Bewegung. Die hat aber damals die Umweltpolitik in dem Sinne gar nicht im Blick gehabt, sondern sie hatte die Anti-Atomkraft in den Blick genommen und nicht unbedingt dieses verbunden mit Fragen der unmittelbaren Beziehung zu Natur und Umwelt. Von daher glaube ich – und ich habe das auch in meinem Buch über die Entstehung der Umweltpolitik und die Auswirkungen von Organisationsstrukturen auf Umweltpolitik im Einzelnen dargelegt – hat diese Bewegung auch dazu beigetragen, dass es anfangs eine schwierige Beziehung auch gesellschaftlich dann gab zwischen Umweltbewegung und dieser Anti-Atomkraft-Bewegung.</p>
00:15:48	00:16:45	<p>Man reduzierte das dann / aber das war erst seit Mitte der 70er Jahre. Das war nichts mit Anfängen, da spielte das noch überhaupt keine Rolle. Da spielte eine Rolle die ersten Bürgerinitiativen, ganz konkret der Flughafenbau Mörfelden-Walldorf in der Nähe von Frankfurt. Da war damals die große Debatte über den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Immer mal wieder kam das auf. Es waren die Anfänge. Und einige Großprojekte, die damals zu Bürgerinitiativen geführt haben. Das waren dann häufig Verkehrsprojekte. Und der Lärmschutz spielte damals eine</p>

		Riesenrolle. Der Lärmschutz war praktisch die erste große Bürgerinitiativbewegung und die war natürlich sehr stark geprägt davon, dass die Leute sagten "also bitte nicht bei mir", denn / es ging also nicht um grundsätzliche Fragen. Es ging darum, dass man den Lärm in der Nachbarschaft nicht haben wollte.
00:16:45	00:19:27	Knoblauch: Jetzt haben Sie vorhin schon angesprochen, das Umweltbundesamt wurde gegründet, das Umweltministerium wurde gegründet. Könnten Sie vielleicht etwas über die Gründungsgeschichte des Umweltbundesamtes sagen? Müller: Als damals 1969 die Umweltkompetenz in das Bundesinnenministerium kam, hat man sehr schnell gesagt, wir brauchen da eine unterstützende, nachgeordnete Behörde, die uns hilft auch dann innerhalb der Bundesregierung. Das Amt wurde gegründet als eine Beratungseinrichtung für alle Ressorts, nicht allein nur für das Bundesinnenministerium. Und es gab verschiedene Modelle, wie ein solches Amt aussehen könnte. Und da gab es die klassische Vorstellung, wir schaffen ein Bundesamt für Emissionsschutz. Also Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung. Wir schaffen ein zweites Amt oder eine Bundesanstalt für Abfallproblematik, die auch damals natürlich hoch auf der Agenda war und zwar als Einrichtung, die vor allen Dingen fachlich Politik mit unterstützen, also die einschlägig gesetzlichen Regelungen, die die Bundesregierung zu entwickeln hatte, unterstützen sollten. Dann gab es einen anderen Vorschlag, der sagte wir brauchen ein Amt, das im Wesentlichen eine Wissenschaftsmanagementeinrichtung wird. Der also nicht eigene Forschung betreibt, keine eigenen Labors aufbaut, sondern die unmittelbar die Politik im Hinblick auf Langzeit-, Langfristplanung, Früherkennung von Problemen und die wird ausgestattet mit einer bestimmten Anzahl von Mitarbeitern. Das war damals auf 850 Personen begrenzt, etwa so die Idee. Und die sollten natürlich eine Ahnung von dem Bereich haben. Das war also dann spiegelbildlich sozusagen zu den Problemen wurde das Personal auch ausgesucht aus allen Disziplinen und die kriegen Geld. Und sie kriegen die Funktion einen Umweltforschungsplan jedes Jahr durchzuziehen und so weiter. Das war die Idee und das war eine der, glaube ich, wirksamsten und wichtigsten Weichenstellungen in der Umweltpolitik, dass man diese Wissenschaftsmanagementkapazität geschaffen hat und viele Forschungseinrichtungen, ich nenne mal die Ökotoxikologie, die sind einfach erst eigentlich entstanden aufgrund von Aufträgen des Umweltbundesamtes, die dann systematisch in bestimmten Bereichen Aufträge vergeben haben.
00:19:27	00:21:00	Ich erinnere an die großen sogenannten Kriterienbände, wo in die verschiedenen Schwermetallschadstoffgeschichten von Blei über Cadmium und so weiter langfristig sozusagen durchdekliniert wurden. Und die kamen / es waren manchmal Studien, die dauerten zwei, drei Jahre und plötzlich kam eine Studie und dann hatte das einen unglaublichen Niederschlag in der Politik. Politik wurde auf die Weise zum Handeln gezwungen, weil plötzlich Probleme dargelegt wurden und der zweite große Effekt des Umweltbundesamtes war neben den Forschungsmitteln die F und E, also Forschung und Entwicklung, die Mittel für Demonstrationsvorhaben. Dass man in bestimmten Bereichen beispielhaft zusammen mit einschlägigen Unternehmen auch in der Wirtschaft, oder wo halt die Probleme auf den Nägeln brannten, technologische Entwicklungen vorangetrieben hat, die dazu beitrugen, dass man a) den Beweis antreten konnte, dass es technisch machbar ist, denn Politik ist immer nur dann handlungsfähig oder durchsetzungsfähig nicht wenn sie Probleme im Einzelnen messen und analysieren kann, sondern wenn sie auch zeigen kann, dass es machbar ist und dass entsprechende Lösungen da sind. Diese Funktion des Umweltbundesamtes war von Anfang an sehr, sehr wichtig in der Umweltpolitik.
00:21:00	00:23:26	Knoblauch: Wenn ich das jetzt richtig interpretiere, dann würden Sie sagen, dass die Gründung des Umweltbundesamtes, beziehungsweise die Aktivität des Umweltbundesamtes muss man genauer sagen, dann auch sehr zur Agenda-Setting beigetragen hat der Umweltforschung. Wenn Sie jetzt noch etwas zur Gründungsgeschichte des Umweltministeriums sagen könnten. Müller: Also noch einmal, ich habe, die kennen sie wahrscheinlich, die Veröffentlichung, eine größere Abhandlung geschrieben über die Spuren, die das Umweltbundesamt in der Umweltpolitik hinterlassen hat. Das ist, wenn Sie sich mit der Geschichte und Entwicklung der Umweltpolitik befassen, hochinteressant. Man kann sozusagen, an den, man kann, wenn man die Gelder und die jeweiligen Forschungspläne analysiert, fragen, wo sind eigentlich wann welche Gelder hingegangen, in welcher Art von Themenstellung. Wie hat sich das verändert? Wie hat sich die disziplinäre Zusammensetzung des Umweltbundesamtes geändert? Nachdem man die wesentlichen technischen oder <i>end-of-the-pipe</i> -Lösungen realisiert hat, nahm die Zahl der Ingenieure und Technikern im Umweltbundesamt deutlich ab. Es wurden plötzlich sehr viel mehr Ökonomen eingestellt und mehr Politikwissenschaftler eingestellt. Also das sind sehr interessante Geschichten. Das

		<p>Bundesumweltministerium ist gegründet worden aus der Krise heraus, Tschernobyl. Es gab damals von Anfang an, gleich '69, die große Debatte, wie viel müssen wir eigentlich zusammenfügen? Ich habe das in meinem Buch Innenwelt der Umweltpolitik geschrieben. Konzentration oder Integration war das große Thema. Wollen wir möglichst viele Themen in einem Ressort verbinden oder wollen wir wichtige Bereiche des Umweltschutzes in den Ressorts lassen? Das war die große Thematik. Und man hat es damals nicht geschafft, die Naturschutzzuständigkeiten mit zusammenzuführen und das ist dann gelungen, weil der damalige Innenminister Zimmermann geschwächt wurde durch das Management oder Nichtmanagement der Tschernobyl-Problematik, der möglichen Schadstoff und radioaktiven <i>fallouts</i> in Deutschland und dann hat man "ok, jetzt gründen wir ein Umweltministerium". Das hat natürlich auch die Rolle später des Umweltbundesamtes verändert.</p>
00:23:26	00:25:03	<p>Knoblauch: Genau, das wäre jetzt meine nächste Frage gewesen. Wie hat das funktioniert im Zusammenspiel? Man könnte vielleicht vermuten, dass das einerseits vom Umweltbundesamt begrüßt wurde, dass ein Umweltministerium gegründet wurde, um die eigene Position zu stärken. Andererseits bedeutet das ja vielleicht auch immer, ein bisschen Konkurrenz oder Bevormundung. Müller: Nein, also ich glaube das ist zu platt gedacht. Die Rolle des Umweltbundesamtes bis zum Zeitpunkt der Schaffung eines eigenen Ressorts, war in der Öffentlichkeit, auch gegenüber den Medien, war das Umweltbundesamt häufig der Sprecher für Umweltpolitik. Zumal in den 70er Jahren im Innenministerium man sehr viel andere Probleme hatte. Man hatte damals die RAF, man hatte die großen Terrorszenen, man hatte damals die Entführung von Schleyer und so weiter. Das heißt, der damalige Innenminister, der musste sich mit anderen Themen beschäftigen. Und dadurch war natürlich das Umweltbundesamt in der Öffentlichkeit sehr viel präsenter. Dass ein Umweltbundesamt daran Interesse hatte, eine gestärkte Umweltpolitik, auch eine gestärkte politische Kraft im Kabinett aufzubringen, ein Umweltbundesamt, eine nachgeordnete Behörde, hat keinerlei Einfluss auf Kabinettentscheidungen. Von daher waren die natürlich interessiert, dass es eine starke politische Kraft gibt in der Bundesregierung. Und da gab es keine Debatten über "wer ist der Schönste im Land". Ich habe davon jedenfalls nichts gemerkt.</p>
00:25:03	00:26:58	<p>Knoblauch: Okay. Sie wurden dann 1991 Leiterin der Unterabteilung im BMU "Grundfragen der Industrie- und Freizeitgesellschaft Klimapolitik". Das heißt, Sie waren von Beginn an mit den Klimaverhandlungen betraut. Müller: Ich war vorher / ich hatte Zuständigkeit für Umwelt und Energie für eine ganze Reihe von Querschnittsaufgaben und habe 1990 vor den Klimaverhandlungen die Kabinettentscheidung für die deutschen CO₂-Minderungsziele initiiert und dann auch durchgesetzt. Das war 1990 25 Prozent CO₂-Minderung in Deutschland bis 2005 auf der Basis von 1987. Diese Entscheidung innerhalb der Bundesregierung war eine ganz entscheidende Weichenstellung für die internationale Situation. Innerhalb der EU hat man plötzlich angefangen sich dem Thema zu öffnen, weil man gesagt hat "wenn die Deutschen sich schon freiwillig erklärt haben, 25 Prozent zu reduzieren, nachdem die Deutschen damals 30 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen der Europäischen Union hatten, dann können wir anderen auch". Und dann kamen die Debatten über <i>burden-share</i> zustande und man war in der Lage innerhalb Europas, innerhalb der EU für die internationalen Verhandlungen, die damals liefen / und die fingen eigentlich erst an, Vorbereitung von Rio, wurden ja parallel zu den Vorberatungen zu Rio geführt und dadurch kriegte dann Deutschland und auch dann der damalige Umweltminister international eine doch sehr starke <i>Pusher</i>-Funktion, weil er zuhause bereits seine Schularbeiten gemacht hatte. Andernweits wäre das dann schwierig geworden.</p>
00:26:58	00:29:30	<p>Knoblauch: In diesen Prozessen, die Sie jetzt schon angerissen haben, können Sie noch etwas dazu sagen, welche Rolle da die Umweltpolitikberatung wieder gespielt hat, wenn wir den Fokus wieder darauf legen. Es ist heute ja sehr üblich, dass die deutsche Delegation bei den Klimaverhandlungen unterstützt wird von verschiedenen Forschungsinstituten. Können Sie was dazu sagen, wie sich das entwickelt hat und wie da die Rollenverteilung ist? Müller: Naja, dazu muss man sagen, dass man zunächst mal darüber sprechen muss, welche Rolle die Wissenschaft überhaupt für Umweltpolitik spielt. In der Klimapolitik als Beispiel hatte wir natürlich häufig eher mit denjenigen zu tun, die die Berater waren für diejenigen, die meinten allzu ehrgeizige Klimapolitik schädigt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das heißt, es gibt ja keine einseitige Beratung. Es gibt diejenigen, die beraten. Die werden ja auch entsprechend beauftragt, unterstützend tätig zu sein. Es gibt die anderen, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums oder des BDI ihren wissenschaftlichen Rat anbieten. Das heißt, wir haben eine Pluralität von wissenschaftlichen Meinungen und</p>

		wissenschaftlichen Konzepten, mit denen muss man sich in der Politik auseinandersetzen. Und das wird dann schwierig. Einem Umweltminister, der im Kabinett einen schweren Stand hat, muss sich überlegen, ob er ein bestimmtes Gutachten dem Öko-Institut gibt, weil man ihm dann sagt "das ist kein Wunder, die sagen natürlich das, was du hören willst". Für ihn wäre es besser, ein entsprechendes Gutachten, das seine Ziele unterstützt, dem Deutschen Institut für Wirtschaft zum Beispiel zu geben, wenn man dann "oh, die haben auch doch die Interessen der Wirtschaft im Blick". Das heißt, Umweltberatungsinstitutionen sind immer zu sehen im Kontext derer, die ihnen auch einen bestimmten Auftrag geben und deren Glaubwürdigkeit und deren Hilfestellung hängt ganz stark ab von der allgemeinen politischen Konjunktur, ob ein Politikthema generell leichter hat sich durchzusetzen und wie weit es gelingt, auch unabhängig von der konkreten bezahlten Politikberatung, bestimmte Themen in der Gesellschaft konsensfähig zu machen.
00:29:30	00:31:56	Knoblauch: Das heißt, Sie würden sagen aus Ihrer Perspektive sind es tatsächlich auch solche Überlegungen, die bei der Beauftragung von Forschungsinstituten eine Rolle spielt? Weil es ist ja oftmals so, dass es vor allem um die wissenschaftliche Qualität geht und um die Frage des Preises beim Angebot, aber vordergründig nicht um die Reputation des Institutes, was anbietet. Würden Sie sagen, dass das bei der Vergabe eine Rolle spielt? Müller: Ja, natürlich spielen alle diese Dinge eine Rolle. Also wissenschaftlich muss schon ein bisschen eine Reputation da sein. Also die Qualität ist natürlich immer wichtig. Aber gleichzeitig ist natürlich auch die Nähe / Es gibt Institute, die haben es geschafft, doch ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit weitgehend zu verteidigen. Andere Institute werden automatisch im Kontext ganz bestimmter politischer Richtungen gesehen und wenn man die mit bestimmten Aufgaben betraut, da muss man wissen, ob man damit Unterstützung bekommt oder nicht. Ich geb Ihnen mal ein Beispiel, Ich war Umweltministerin in Schleswig-Holstein. Als damals die Problematik in der Nähe von Krümmel, als signifikant höhere Leukämieraten bei Kindern auftauchte und wir hatten eine Kommission eingesetzt und wir hatten natürlich eine ganz, ganz schwierige wissenschaftliche Untersuchung durchzuführen: Woran liegt das? Hat das was zu tun mit unbemerktem Austreten von Radioaktivität im Umkreis dieses Kernkraftwerkes? Und um hier möglichst die Sorge zu zerstreuen, dass man hier den Bock zum Gärtner macht, also die Kernenergieforschung zu stark dort hineinbringt, haben wir dem Öko-Institut den Auftrag gegeben. Das Öko-Institut kam dann zum Ergebnis, dass man keine besonderen Strahlungen vom Kernkraftwerk feststellen konnte, die in diesem Zeitraum, den man da untersucht hat, ausgetreten sein konnten. Das war für uns natürlich sehr wichtig. Das heißt, man hat natürlich immer auch eine ganz klare Orientierung an der Fragestellung und an der Ausrichtung des Instituts.
00:31:56	00:35:02	Knoblauch: Jetzt würde ich gerne noch mal zurückkommen zu den Klimaverhandlungen. Sie meinten vorhin, Deutschland war Vorreiter und innerhalb der EU gerade bei auch der Setzung bestimmter Ziele und die andere EU-Staaten haben gesagt, wenn Deutschland vorangeht, dann ziehen wir mit. Jetzt ist ja die Frage, welche sind die Prozesse und die Akteure, die hinter diesem Vorgang stehen sozusagen, wenn Deutschland vorangeht, dann ziehen wir mit. Weil auf internationaler Ebene ist es ja im Moment so, dass selbst wenn sich Einzelne finden, die vorangehen, dass das Mitziehen dann schwierig ist. Das heißt, nur weil jemand vorangeht, ziehen die anderen nicht automatisch mit. Und die Frage wäre, was hat bei den Anfängen der Klimaverhandlungen dazu geführt, dass die anderen tatsächlich mitgezogen haben mit Deutschland? Müller: Ja, das war nicht daran, dass sie sagten, jetzt machen wir auch alle ganz ehrgeizige Klimaziele, sondern man hat für die Gemeinschaft hat man sich auf ein einheitliches Ziel verständigt. Und dieses Ziel wurde dann nach dem Lastenverteilungsprinzip differenziert für die einzelnen Länder. Beispielsweise Spanien durfte 40 Prozent CO ₂ noch zulegen. Frankreich mit einem hohen Anteil an Kernkraft hat sozusagen ein Stabilisierungsziel lediglich zu realisieren gehabt. Das war nicht so, dass nun jedes Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft damals 25 Prozent CO ₂ reduzieren musste. Wäre auch Blödsinn gewesen, weil die einzelnen Länder natürlich völlig unterschiedlichen Energieträgermix haben und auch wirtschaftlich unterschiedlich dastanden. Das heißt, das was man damit erreichen konnte, war, dass die Europäische Gemeinschaft international als ein Akteur dastand, der eine internationale Klimapolitik unterstützt hat. Dass man intern und dass man auch heute noch intern innerhalb der Europäischen Union die Instrumente dann umzusetzen, das steht auf einem völlig anderen Blatt. Wir hatten damals Anfang der 90er Jahre ging es um die Frage Energie-CO ₂ -Steuer auf EU-Ebene. Das ist nie gelungen, weil viele Länder da überhaupt nicht mitgemacht hätten. Entscheidend war der Anstoß, der für die internationale Politik daraus sich ergab, dass man international einheitlich dastand und, was ja auch von vielen Ländern dann kritisch beäugt wurde, dass die Europäische Union sich sozusagen als <i>Bubble</i> dargestellt hat.

		Als eine Glocke, die ein gemeinsames Ziel hat. Wie sie das erbringt und wo sie das erbringt, das wurde sozusagen nicht im Einzelnen international in den Verträgen in Kyoto festgelegt, sondern es gab ein 8 Prozent Minderungsziel der Europäischen Gemeinschaft, nicht der einzelnen Mitgliedsstaaten.
00:35:02	00:37:49	Knoblauch: Und wenn Sie jetzt auf diesen Prozess zurückgucken, wie das alles verhandelt wurde, <i>bubbling</i> , Reduktionsziele unterschiedlich, würden Sie sagen diese Prozesse hätten genauso stattgefunden mit und ohne Beratungsinstitutionen oder haben die einen Unterschied gemacht und die Prozesse irgendwie unterstützt, vielleicht sogar behindert? Müller: Die wissenschaftlichen Institute? Knoblauch: Genau. Müller: Naja, wir hatten, wenn man den Begleitprozess, der im IPCC abgelaufen ist, das war eine der entscheidenden Weichenstellungen, dass man auch schon vor – also praktisch ab '87 – dieses internationale Gremium geschaffen hat mit der ersten Arbeitsgruppe Wissenschaft. Es war von enormer Bedeutung, dass / und es ist ja auch sehr schnell gegangen im Vergleich zu anderen Politikfeldern, dass man überhaupt in der Klimarahmenkonventionen eine Einigung erzielt hat. Die Wissenschaft im Bereich der Klimaforschung hat sehr rasch damals einen Konsens innerhalb ihrer eigenen Disziplin festgestellt und das war natürlich für die politische Durchsetzung, Thematisierung enorm wichtig. Die Schwierigkeiten treten immer dann auf, wenn es um die Umsetzung geht und die einzelnen Instrumente. Und in der <i>Working Group 2</i> des IPCC, wo es um die Auswirkungen ging, da gab es immer einen Riesenunterschied zwischen den berühmten Bottom-up- oder Top-Down-Modellierern. Die einen, die gesagt haben, makroökonomisch wurden sozusagen die Kosten der CO ₂ -Minderung den Schäden gegengerechnet und die kamen zum Ergebnis, dass das volkswirtschaftlich äußerst problematisch sein würde. Die Amerikaner hatten über Jahrzehnte diese Position. In Europa, auch gerade in Deutschland, gab es denen gegenüber doch relativ bald eine Gruppe von Wissenschaftlern, auch gerade im Bereich der Energieeffizienzpolitik, die gesagt haben "Nein, bis zu einem bestimmten Grad ist eine solche Strategie auch volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich sinnvoll, weil mit der Energieeffizienz wir Innovationen anstoßen, insgesamt ressourceneffizienter werden und so weiter". Insofern hat Europa eher diese " <i>no regret</i> ", also Klimaschutzmaßnahmen sind bis zu einem gewissen Grade ohne wirtschaftliche Nachteile, unterstützt.
00:37:49	00:38:38	Das kam auch aus der Ökonomie, vor allen Dingen aus der Betriebswirtschaftslehre und von den Energiewirtschaftlern. Das hatten wir in vielen anderen Ländern nicht. Ansonsten muss man glaube ich immer unterscheiden bei Umweltpolitikberatung, ist hier wirklich wissenschaftliche, eigenständige Arbeit geleistet oder wird hier im Wesentlichen verlängert die Werkbank betrieben? Und sehr häufig in vielen dieser Bereichen sind die Aufträge und die Nutzung von Kapazitäten der Umweltberatungsinstitute ist die verlängerte Werkbank. Dass die einschlägigen Leute in den Ministerien oder auch im Umweltbundesamt nicht die eigene Möglichkeit oder eigenen Kapazitäten haben, das tiefgehender zu untersuchen, also gibt man Aufträge nach außen.
00:38:38	00:41:20	Knoblauch: Okay. Und würden Sie sagen, dass sich da / Wir haben ja sozusagen die historische Perspektive und betrachten Entwicklung. Würden Sie sagen, da hat sich im Laufe der Zeit was verändert durch die Gründung von Institutionen, durch bestimmte Konferenzen, durch Ereignisse von außen, oder ist es eigentlich gleich geblieben das Verhältnis sozusagen, das Verhältnis von staatlichen Institutionen und Forschungseinrichtungen sowohl in der Perspektive verlängerte Werkbank als auch in der Perspektive eigene Forschung? Müller: Also wenn ich die gegenwärtige Situation sehe, so stelle ich zum einen fest, dass die sehr starke koordinierende und initiiierende Funktion des Umweltbundesamtes eine andere geworden ist. Das Umweltbundesamt hat die einmal intendierte Funktion, sich auch selber freizuhalten von eigener Forschung, die ja dann auch sozusagen einen festlegt auf ein bestimmtes, auch meistens längerfristig angelegtes Forschungsprogramm, aufgegeben. Und der Umweltforschungsplan existiert zwar noch, aber ein großer Teil der Umweltforschungsgelder gehen nicht mehr an das Umweltbundesamt, sondern sie werden vom Ministerium über eigene Projektträgerschaft direkt verwaltet. Das heißt von daher, ich glaube, dass diese wichtige Rolle auch von der Tagespolitik etwas abgetrennte Management von Wissenschaftsgenerierung und Wissensgenerierung, das hat sich geändert. Dagegen hat sich auch geändert, auch meines Erachtens problematisch, sehe ich das zumindest, die Nutzung von Umweltberatungsinstitutionen, externen Institutionen für sowas, was ich vorhin nannte, die verlängerte Werkbank. Man hat den Eindruck, dass die Leute im Ministerium überhaupt nichts mehr selber machen. Die machen eine Veranstaltung nach der anderen, die wird organisatorisch und inhaltlich von irgendwelchen Dienstleistern, die in Forschungsinstitutionen oder auch Beratungsinstitutionen, wie weit dann da Forschung eine Rolle spielt, weiß man nicht, dort, ist dort

		angesehen, wird eingekauft. Man kauft sich Kapazitäten und Arbeitskräfte ein, was auch natürlich ein Teil wahrscheinlich damit zu tun hat, dass die eigenen Personalkapazitäten nicht mehr die sind, die sie vielleicht der Aufgabe angemessen wären. Und von daher hat sich da sicherlich was geändert.
00:41:20	00:43:13	Knoblauch: Das heißt, Sie würden sagen, früher wurde tatsächlich noch mehr selber gemacht in den Ministerien oder im Ministerium oder es war auch gar nicht so nötig, so Dienstleister einzukaufen? Müller: Joa, das ist richtig. Nein, man hat gezielter Aufträge vergeben. Man hat gezielt einzelnen Sachverstand für ganz konkrete Themenstellungen eingekauft und nicht sozusagen ganze Aufgaben ausgelagert. Knoblauch: Okay und Sie würden sagen, heute aus Ihrer Perspektive werden ganze Aufgaben aus dem Ministerium ausgelagert. Müller: Ja. Knoblauch: Aja, Okay. Können Sie da ein Beispiel machen für welche Aufgaben? Müller: Naja, wenn man zum Beispiel bestimmte Themenfelder, die man politisch diskutieren, dass man Veranstaltungen, Themenstellungen von Veranstaltungen herausgibt und nicht Moderation von Podiumsdiskussionen herausgibt, dass es immer schlecht war, damit das Ergebnis im Grunde, was in der Regel die Leute, die in den Apparaten sind, am besten wissen wo die Probleme sind. Also gezielter nachzufragen für den Bedarf von Politik, gibt man da so ein bisschen aus der Hand. Knoblauch: Das ist natürlich eine interessante Perspektive, gerade für mich, wenn Sie sagen Moderation und so, weil ich kenn das natürlich nur noch so. Glaube ich habe noch nie jemand aus dem Ministerium moderieren erlebt bei einer Veranstaltung. Das ist natürlich sehr spannend, dass sich das tatsächlich geändert hat. Wieder zurück zu Ihrer Person und zum Lebenslauf. Nachdem Sie also in der Politik und Verwaltung tätig waren, sind Sie ins Wuppertal Institut gewechselt. Wie war das für Sie persönlich der Wechsel in die Wissenschaft? Und was würden Sie sagen, welche Position hielt das Wuppertal Institut damals in der Landschaft der Umweltinstitute inne?
00:43:13	00:45:16	Müller: Ja, das Wuppertal Institut war sicherlich eines der typischen Institute, die eine politische Mission vorangetrieben hat, auch in Gestalt des Präsidenten Ernst Ulrich von Weizsäcker. Da ging es in erster Linie darum, auch selber mit seiner wissenschaftlichen Arbeit politische Konzepte durchsetzen zu können. Ich denke zum Beispiel auch an Hennicke, der damals die Energieabteilung leitete, der dieses Wegsparen von Megawatt und nicht von Energiedienstleistungen, also ganze Konzepte, die man entwickelt hat. Man war sehr stark eigentlich politisch und hat dann natürlich im Sinne von Auftragsforschung, die man dann für die einschlägigen Einrichtungen in Bund und Ländern gemacht hat, ab und zu daneben auch für Unternehmen. Die gesamten <i>Life-Cycle-Analysen</i> , die man gemacht hat in der Stoffwirtschaft und so weiter. Joa, ein sehr politisch ausgerichtetes Beratungsinstitut. Das war natürlich etwas, was mich reizte als jemand, der aus der Praxis kam. Ich hatte selber dann auch die Hoffnung und die Vorstellung, dass man dort wissenschaftlich wieder etwas auftanken kann. Wenn man selber im laufenden Geschäft ist, hat man dazu nicht immer so viel Gelegenheit. Und insofern war das so für mich eine ganz spannende Zeit. Ich bin ja dann in die Umweltbehörde in Kopenhagen als Vizechefin der Europäischen Umweltbehörde und das ist ja nun dann erst sozusagen das europäische Umweltbundesamt. Von daher bin ich dann wieder auf die öffentliche Seite gerückt, aber natürlich in engem Kontakt zu allen möglichen wissenschaftlichen Einrichtungen.
00:45:16	00:48:19	Knoblauch: Ja, das ist total spannend, weil Sie alle Stationen, die man so machen kann, durchlaufen haben. Das gibt es sehr selten, dass wir solche Persönlichkeiten haben, die tatsächlich so alle Perspektiven kennen. Deswegen ist es sehr spannend für uns. Und Europäische Umweltagentur in Kopenhagen war jetzt genau das Stichwort, was hier auch bei mir ansteht. Was würden Sie sagen, welche Rolle nimmt die Europäische Umweltagentur in der europäischen Umweltpolitik ein? Welche Rolle spielt die da? Müller: Die EEA ist gegründet worden auch in den 90er Jahren als eine Einrichtung, die vor allen Dingen unter den damaligen Mitgliedsstaaten die <i>State-of-the-art-Analysen</i> machen sollten. Die mussten also regelmäßige Berichte über den Stand der Umweltprobleme, der Umweltsituation in Europa als Basis für politische Lösungen, politische Maßnahmen, die man dann in dem bekannten europäischen Konzert verabschieden sollte. Man hat in den Anfängen vor allen Dingen und das war eine ganz wichtige Funktion auch für die Länder, die vielleicht auch administrativ und umweltpolitisch schwächer aufgestellt waren, man hat ein Riesennetzwerk von Analyse- und Forschungskapazitäten aufgebaut. Die einzelnen Länder / Jeder war also meinetwegen <i>Lead country</i> für Luftreinhaltung, der Nächste für Wasserwirtschaft, der Dritte für Bodengeschichten und so weiter und man hat eine – in Kopenhagen vor allen Dingen – die Methodik entwickelt, damit die verschiedenen Daten, die man sammelte, auch vergleichbar waren. Das heißt, die <i>state of the art</i> , der Umweltbericht, der regelmäßig rausgegeben war, war

		eine der Grundlagen, warum man das geschaffen hatte. Und das Zweite waren dann unmittelbare Zuarbeit zum Beispiel zu politischen Gremien und zunehmend dann eben auch im Bereich von Querschnittsaufgaben. Also Umweltprobleme in der Debatte über Verkehrspolitik zu beleuchten oder Umweltaspekte im Agrarbereich zu analysieren und dort / Das waren natürlich dann sehr viel noch mal wieder politischere Aufgaben. Und da fingen damals in der Zeit, als ich da war, wurde das verstärkt gemacht, dass man gemeinsame Räte hat tagen lassen. Also der Agrarrat zusammen mit dem Umweltrat auf der Basis eines Berichtes der EEA über Umwelt- und Landwirtschaft. Oder im Verkehr dann genauso oder bei Energiefragen oder bei Fragen von Tourismus. Nutzung der Küstenregionen, wie sieht das da aus, und so weiter.
00:48:19	00:49:29	Und zu meiner Zeit, als ich da war, war der damalige <i>Executive Director</i> , der hatte immer so ein bisschen / er wollte sich ein bisschen abgrenzen von der Kommission und sagte "wir sind eine (unv.)". Ich sah das damals ein bisschen anders. Ich sage immer, dass die EEA sollte sich selber verstehen als Berater und Helfer für die Generaldirektion Umwelt und unmittelbar hilfreich sein für die Entwicklung von umweltpolitischen Konzepten. Aber auf der anderen Seite ist natürlich immer wichtig, dass solche Institutionen, die auf der Wissenschaftsseite stehen, genau wie beim Umweltbundesamt, nicht nur im Tagesgeschäft sich sozusagen verlieren, sondern diese Unabhängigkeit haben, auch immer eine Ecke weiter zu denken und Probleme, die noch nicht sozusagen ganz oben auf der Agenda sein, bereits sozusagen zu antizipieren und vorzubereiten, Daten aufzubereiten und das dann zu / irgendwann einmal zu einer Problemlösung damit beizutragen.
00:49:29	00:51:44	Knoblauch: Als Sie zur EEA gewechselt sind, da gab es die schon, da war die schon gegründet, sonst hätten Sie auch nicht hinwechseln können. Aber Sie sind sozusagen nach dem Gründungsprozess gekommen. Wissen Sie, ob es da ein Vorbild gab, ein institutionelles Vorbild für die EEA? Oder warum sie ausgerechnet dann gegründet wurde und nicht früher und nicht später? Müller: Och, ich nehme mal an, also erstens Mal war das innerhalb der europäischen Institutionen nicht die erste, ich nenne das mal nachgeordnete Behörde, die die Kommission geschaffen hat. Zum Beispiel Arzneimittelbehörde in London, die von der Kommission / es sind ja viele unterstützende Einrichtungen, die die Kommission sozusagen geschaffen hat. Und Anfang der 90er Jahre war dann eben politisch, das kostet ja Geld und Institutionen zu schaffen, das ist immer schwierig, hat man in der Zeit, das war die Vorbereitung von Rio, da war insgesamt eine positive Umweltkonjunktur. Die Kommission konnte verständlich machen, dass man sehr viel systematischer rangehen müsste und dass man eigene wissenschaftliche Datenaufbereitungskapazitäten brauche und das ist geschaffen worden. Dass man das jetzt an irgendeinem anderen Modell abgekupfert hat, wenn, dann am Umweltbundesamt. Oder auch bei der EPA in Amerika. Generell ist die Konstruktion sozusagen außerhalb des politischen, unmittelbaren Ministerialbereichs, wenn man mal die Kommission als solche versteht sich etwas unabhängig davon. Einrichtungen, die sich eben eher dem wissenschaftlichen Management verpflichtet sehen, die eher programmatisch denken, ist nichts Ungewöhnliches, findet man in anderen Politikfeldern auch.
00:51:44	00:55:26	Knoblauch: Jetzt geht es noch weiter in Ihrem Leben. Eine nächste Station war der Nachhaltigkeitsrat. Wie schätzen Sie die Rolle des Nachhaltigkeitsrates ein, insbesondere was die Entwicklung der Umweltpolitik angeht in Deutschland? Müller: Ich war im Rat für Nachhaltige Entwicklung als Vertreterin der Verbraucherseite. Ich war zu dem Zeitpunkt Alleinvorstand der Dachorganisation der deutschen Verbraucherverbände und dass in der Verbraucherpolitik Umweltfragen eine große Rolle spielen, dass wir verstärkt eben dahin kommen müssen gerade auch angesichts des globalen Handels und der globalen Stoffströme, dass man, wenn man nach Lösungen fragt, nicht alles par ordre du mufti erreichen kann, sondern dass man damit in den verschiedenen Politikfeldern sich Gedanken machen soll, wie schaffen wir das eigentlich, die Menschen dazu zu bewegen, Umweltrücksichten zu nehmen, das war so mein Thema im Rat für Nachhaltige Entwicklung. Ich habe den nachhaltigen Warenkorb da auf die Schiene gesetzt, die ganze Debatte über CSR in Unternehmen. Die große Rolle des Nachhaltigkeitsrates ist sozusagen das Pendant oder der Hintergrund zu einer politischen Situation, in der man sehr stark auf freiwillige Vereinbarung setzt. Man / Echte politisch verbindliche Zielsetzungen sind in vielen Feldern, wenn es um die Ursachen geht für Umweltprobleme, kaum noch realisierbar. Entweder weil sie international vereinbart werden müssen oder eben supranational auf europäischer Ebene. Man tut dieses auch. Aber daneben versucht man auf den verschiedenen Ebenen sozusagen Prozesse anzustoßen, die von den Unternehmen ausgehen, mit <i>Best-Practice</i> -Beispielen, mit Modellhaftigkeit und so weiter. Einer der großen Fragen, wenn man an die Ursachen – und das ist

		<p>heute die wesentliche Aufgabe von Umweltpolitik – von Umweltbelastungen ran will, ist die der Koordination der verschiedenen Politikfelder und der verschiedenen Akteure, die zu erreichen und zu beeinflussen. Und der Rat hat einmal, indem er selber sich zusammensetzt aus den verschiedensten Vertretern der Bereiche, selber diese Perspektive von den verschiedenen Sektoren her und er kann eben ohne, dass es zu irgendwelchen politischen Verwerfungen führt, die Bundesländer an einen Tisch holen, die Kommunen an einen Tisch holen. Er kann sagen, jetzt reden wir mal mit den Touristikunternehmen, wie man denn an dem und dem Problem weitermachen kann. Das ist eine ganz wichtige Funktion, die der Rat hat. Und ob er damit / Ja er kann damit ein bisschen Dinge anschieben und beschleunigen, vielleicht auch. Aber mehr kann er auch nicht.</p>
00:55:26	00:57:10	<p>Knoblauch: Und wir hatten vorhin, ich glaube bei einer der ersten beiden Fragen, hatten Sie schon den Sachverständigenrat für Umweltfragen erwähnt. Was würden Sie sagen, wie ist dessen Rolle im Vergleich zum Rat für Nachhaltige Entwicklung? Müller: Ist überhaupt nicht vergleichbar. Erst mal ist der Sachverständigenrat für Umweltfragen / da wird natürlich auch von den Ressorts und vom Umweltministerium, dem er direkt zugeordnet ist, wenn man so will, eingesetzt. Die Leute, die da drin sind, das sind Wissenschaftler. Im Nachhaltigkeitsrat sind es keine Wissenschaftler. Das sind Leute aus verschiedenen Sektoren, ich hatte gerade gesagt Verbraucher, Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen, Umweltverbände und so weiter. Und der Rat hat sehr viel grundsätzlicher große Gutachten zu bestimmten Entwicklungen und auch zum Teil zu Streitfragen, wie zum Beispiel wie soll es mit dem Emissionshandel weitergehen und so weiter. Das kann der Rat nicht. Der Rat könnte seinerseits, bei bestimmten Themen tut er auch, kleinere Aufträge vergeben, aber der Rat ist nicht dafür da, große Gutachten in die Welt zu setzen und der Rat untersteht ja oder ist direkt zugeordnet dem Kanzleramt. Das Kanzleramt kann auch dem Rat Aufträge geben und kann sagen, wir würden gerne mal den Rat bitten, sich mit diesem und jenem Thema etwas intensiver zu beschäftigen. Es ist ein nicht vergleichbares Gremium.</p>
00:57:10	00:59:20	<p>Knoblauch: Und wenn man jetzt noch den Wissenschaftlichen Beirat für Globale Umweltveränderungen, den WBGU, würden Sie sagen, auch der ist mit den anderen beiden nicht vergleichbar? Müller: Also die beiden / der WBGU und der Sachverständigenrat für Umweltfragen, die sind miteinander vergleichbar. Die sind ja damals, wenn man die Entstehungsgeschichte anschaut, war ja auch ganz lustig / Der Sachverständigenrat für Umweltfragen war immer eine Einrichtung des Umweltministeriums beziehungsweise anfangs des Innenministeriums, als der Umweltschutz noch da war. Und irgendwann mal hat der BMFT, heute BMBF, gesagt, wir brauchen auch so ein Gremium, das sich mehr mit den globalen Themen befasst und hat den WBGU ins Leben gerufen. Relativ spät kriegte das BMU mit, dass da der BMFT sich ein solches Gremium schafft und dann hat man in letzter Minute vereinbart, dass man das gemeinsam tut und so ist bis auf den heutigen Tag, wird jährlich wechselt die Federführung zwischen den Ressorts. Es ist damals eher entstanden aus der wissenschaftlichen Perspektive, also dass der BMFT oder BMBF hat ja eher im Vergleich zu der ressortakzessorischen Forschung, der der SRU eher zugeordnet ist, eher eine Forschungsperspektive, die in der Grundlagenforschung, so in grundsätzlichen Fragen ist. Ist die Abgrenzung zwischen der für Wissenschaft zuständigen Ressorts und dem für Umweltpolitik. Und aus diesen beiden / aus dieser Abgrenzung ergibt sich heute nach wie vor die unterschiedliche Themenstellung der beiden. Aber wie gesagt, man hat sich da verständigt, dass man das gemeinsam macht und insofern sind das zwei Institutionen / beide sind nicht mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung vergleichbar und, aber miteinander natürlich schon von der Wissenschaftlichkeit und das sind alles Wissenschaftler, die da drin sind und so.</p>
00:59:20	01:02:17	<p>Knoblauch: Jetzt hätte ich noch eine Frage, wir haben sehr viel über Beratung gesprochen, beziehungsweise hab ich versucht immer wieder Sie darauf zu stoßen, welche Rolle hat die Beratung? Die wissenschaftliche Rolle kann sie haben, welche Rolle soll sie haben? Und ich würde Sie einmal noch ganz generell fragen, es gibt ja bekanntermaßen die verschiedenen Ressorts, Ministerium, das UBA, es gibt auf europäischer Ebene die Umweltagentur. Sie haben sehr viele aus einer Innenperspektive kennengelernt. Es gibt den SRU, den WBGU, es gibt im Querschnitt dazu noch einen Rat für Nachhaltige Entwicklung. Es gibt Universitäten, über die haben wir noch gar nicht gesprochen. Brauchen wir überhaupt außeruniversitäre Forschungsinstitute? Müller: Also es gibt ein sehr erfolgreiches Umweltberatungsinstitut, das eng an einer Universität ist, zum Beispiel das Institut hier an der Freien Universität für Umweltpolitik. Von daher würde ich da kein großen / Man muss sich die einzelnen Institute anschauen. Da gibt es gute, die auch wirklich grundlegendere Beiträge liefern. Da gibt es welche, die sind vor allen Dingen im Bereich der verlängerten Werkbank aktiv. Da gibt es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, was zum Beispiel mit seinen</p>

		Langfriststudien im Hinblick auf sozioökonomische Daten nützlich ist. Das heißt, das alles jetzt zu bewerten, was ist wichtiger als das andere, das halte ich nicht für seriös. Ich kann das jedenfalls nicht. Die Universitäten haben in erster Linie eine Rolle im Bereich der Ausbildung und der Forschung und der Entwicklungsschwerpunktssetzung für wissenschaftliche Bereiche. Wir müssen sagen, dass in der Vergangenheit und heute weiß ich nicht so genau, die Initiativfunktion der Universitäten, Bereiche besonders wissenschaftlich auszuformulieren in Form von Lehrstühlen, in Form von Forschungskapazitäten, die möglicherweise heute noch nicht so en vogue sind, sondern die Probleme abdecken, die vielleicht im Moment unterbelichtet sind, sehr schwierig ist, anscheinend ist, weil es gibt immer dieses Problem von Henne und Ei. Auch wissenschaftliche Karrieren werden danach entschieden, ob es für eine bestimmte Richtung dann auch entsprechende Karrieremöglichkeiten gibt und Aufträge. Von daher ist das sehr schwierig.
01:02:17	01:04:23	Auf der anderen Seite haben wir die großen Stiftungen oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft, wo ja auch etwas unabhängig vom Tagesgeschäft Gelder hineingehen, alles das ist wichtig. Die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Institutionen ergibt sich meines Erachtens aus der / oder auch die Differenzierung nach den einzelnen Institutionen aus der Fähigkeit, interdisziplinär, intersektoral Forschung anzubieten. Und ich glaube, dass wir in der Umweltpolitik zunehmend Probleme haben oder zunehmend es mit Problemen zu tun haben, die gesamte konzeptionelle und gesellschaftliche Veränderungen voraussetzen. Da reicht es nicht aus, sich zu überlegen wie kriege ich den Schadstoff XY substituiert oder aus dem Produktzyklus heraus, wie kann ich bestimmte Schadstoffe vermindern, auch wenn das immer noch eine Rolle spielt, sondern es geht in der Tat darum, wie soll unser Wirtschaftssystem in der Zukunft aussehen? Sind wir nicht total auf dem Holzwege, wenn wir ständig von Wachstum, Wachstum, Wachstum reden? Und ich glaube, dass einer der größten Herausforderungen hier und die größte Notwendigkeit zu neuem Denken in der Wissenschaft im Bereich der Wirtschaftswissenschaft beginnen müsste, die in der Vergangenheit für alles oder für vieles, was wir an Problemen haben, eine große Mitverantwortung tragen, weil sie diese Nebenaspekte zu wenig im Blick hatten. Was sie da an Dynamik durch das auch weltweite Wirtschaftssystem angekurbelt haben. Von daher sind neue Themen komplizierter. In der Wissenschaft ist es immer kompliziert, wenn man zwischen verschiedenen Disziplinen übergreifend Konzepte entwickeln muss. Aber das ist heute gefordert.
01:04:23	01:07:34	Knoblauch: Würden Sie denn auch sagen, dass die Forschung, in welche Form auch immer sie jetzt stattfindet, ich würde mal sagen Forschung in Abgrenzung zu Politik, auch das leisten kann, die einzelnen Rivalitäten zwischen den Ressorts – sollten ja eigentlich keine Rivalitäten sein, aber in der Praxis ist es ja schon oft so, dass es auch Konkurrenz gibt um bestimmte Themen, die besetzt werden und gerade die Umweltpolitik als ein Querschnittsthema, die in vielen Ressorts verankert ist, jetzt ist das Thema Energie gerade noch ins Wirtschaftsministerium gewandert, sodass die, wenn man die Umwelt als solche betrachtet, die Ressortabstimmung ja sehr schwierig ist und dass es teilweise eben auch sein kann, dass das die Implementierung und ein Fortschritt der Politik und auch große Würfe, große Ideen in der Politik behindert. Würden Sie sagen, dass also die Forschung, sei es nun ob sie in den Universitäten stattfindet, in außeruniversitären Instituten, im SRU oder WBGU, dass das gerade eine Möglichkeit ist, von diesen Institutionen da entgegenzuwirken, weil sie nicht diese Ressortproblematiken haben, sondern das Querschnittsthema auch tatsächlich als Querschnittsthema begreifen können? Müller: Die Wissenschaft ist genauso sektoralisiert wie die Politik. Knoblauch: Zerstören meinen Idealismus. Müller: Wenn Sie sagen, es gibt Rivalitäten zwischen den verschiedenen Politikfeldern. Man kann auch sagen, es gibt immer Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern und das ist völlig legitim und notwendig, dass Umweltmaßnahmen darauf abgeklopft werden, welche Auswirkungen sie auf soziale, auf wirtschaftliche Belange, auf regionale Situationen. Man kann nicht von heute, wenn man zum Beispiel sagt, das ist immer dieses schöne Schlagwort "Ökologie ist Langzeitökonomie". Und davon bin ich fest überzeugt, gerade auch in der Klimapolitik, dass eine aktive Klimapolitik, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, wirtschaftlich vorteilhaft ist, langfristig für alle. Das ändert aber nichts, dass die Politik das Problem hat, wie komme ich von A nach B? Und ich kann nicht einfach die Augen schließen, wenn zum Beispiel in bestimmten Regionen Arbeitsplätze wegbrechen. Die Alternativen entstehen ja nicht sozusagen unisono. Also das haben wir im Moment ja auch in der Energiewende, das ist ja die große Frage, wie gestalte ich diesen Übergang? Und da ist es notwendig, dass ich auch – wir als im föderativen System, was ja noch mehr in Konkurrenz ist – schaue, was bedeutet das für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder sonst was. Weil dort leben die Menschen und dort werden die Arbeitsplätze

		gebraucht und so weiter.
01:07:34	01:10:42	<p>Von daher ist es völlig legitim, dass man aus den jeweiligen Perspektiven her bestimmte politische Zielsetzungen sich anschaut. Problematisch wird es immer dann, wenn man das mit einem zu geringen politisch-programmatischen Zielsetzungen tut. Wenn man nicht sagt "im Zweifel wollen wir jetzt der Umweltzielsetzung der Priorität einräumen und wir werden uns Mühe machen und Gedanken machen, wie können wir den abfedern, den notwendigen Übergang, die Härten, die damit verbunden sein könnten für einzelne Gruppen" und so weiter. Die Wissenschaft kann dabei nicht helfen. Auch dieses Problem von Kurzfrist- und Langfristauswirkungen von Politik, was überhaupt in der Nachhaltigkeitsdebatte die entscheidende Problematik ist. Wenn wir alle sagen Nachhaltigkeit ist ein herrliches Konzept, wir nehmen uns jetzt vor, dass wir nur das tun, was sozial, ökologisch und wirtschaftlich für alle Welt positiv ist, dann sagen alle "wunderbar, jetzt machen wir das". Das Problem ist nur, dass es auf der Zeitachse häufig nicht so ohne weiteres hinkommt und wie gesagt diese Probleme kann Wissenschaft grundsätzlich nicht lösen. Es gibt, ich zitiere immer gerne Rommel, den damaligen Oberbürgermeister von Stuttgart, zur Zeit des Waldsterbens, hat das Umweltbundesamt und die Wissenschaft haben also Riesengutachten dazu gegeben, was eigentlich die Ursachen des Waldsterbens sind und da gab es keine Einigung innerhalb der Wissenschaft. Die Bodenforscher, die hatten eine andere Hypothese als die Luftreinhalteleute und so weiter. Und dann hat der Rommel damals den legendären Satz geprägt, "die Wissenschaft kann sich nicht einigen, ob SO₂ die Ursache für das Waldsterben ist, daraufhin hat die Politik das jetzt mehrheitlich so entschlossen". So ist es. Wissenschaft ist auch pluralistisch. Notwendigerweise. Weil die einzige Wahrheit, die gibt es nicht nach meinem wissenschaftlichen Verständnis. Und wichtig ist es nur, dass wir auch bei der Forschungsförderung die verschiedenen Disziplinen, die hier Fragestellungen untersuchen, dass nicht bestimmte wichtige Bereiche unter die Räder kommen und zugunsten meinetwegen einer rein wachstumsorientierten Forschung vernachlässigt werden. Das ist die Aufgabe der Forschungspolitik und natürlich im Zweifel dann auch der Ressortforschung, die sehen muss, dass sie Hilfe bekommt über den Alltag hinaus und über die Probleme, die man aktuell zu bewältigen hat hinaus.</p>
01:10:42	01:15:21	<p>Knoblauch: Wir gehen langsam auf das Ende zu. Zum Abschluss noch eine Frage, die sich auf die Zukunft der Umweltpolitikforschung bezieht, gerne auch auf die Umweltpolitik als solche. Gibt es Ihrer Meinung nach eine Lücke in der aktuellen Landschaft der Umweltpolitikforschung oder im System? Welche inhaltlichen Themenfelder nicht abgedeckt werden oder nicht genug abgedeckt werden oder nicht in der richtigen Art und Weise abgedeckt werden, Sie hatten schon gesagt, Wirtschaft und Wachstum ist sozusagen ein / Das ewige Wachstum ist sozusagen etwas, womit man sich kritisch auseinandersetzen müsste. Gibt es noch etwas Weiteres, was Sie gerne auf der Agenda sehen würden? Welche Entwicklungen würden Sie da in den kommenden Jahren begrüßen? Müller: Also ich denke mal, dass wir / oder ich bin ein großer Anhänger der Sichtweise, dass Institutionen sehr wichtig sind im Hinblick auf die Ausgestaltung bestimmter Politikfelder oder auch Wissenschaftsfelder. Und ich glaube, dass wir in der internationalen Umweltpolitik noch eine Menge an institutionellen Klarstellungen brauchen. Wir haben heute, und da gibt es vor allen Dingen das Verhältnis von internationalen Umweltvereinbarungen bis hin zur Klimapolitik zu internationalen Institutionen und Vereinbarungen, die zum Beispiel den Freihandel betreffen. Die Welthandelsorganisation mit ihren Kriterien spielt da eine Rolle oder wenn Sie sich anschauen, dass jetzt verhandelte transatlantische Abkommen im Freihandel, welche Rolle werden da eigentlich andere, internationale Vereinbarungen spielen? Also dieses Verhältnis institutionell der verschiedenen Politikfelder zueinander ist ein ganz, ganz großes Problem, bis hin zu der Frage von Sanktionierung: Brauchen wir irgendwann international ein Umweltgerichtshof? Das wären Fragen, die sicherlich auch das zum Beispiel als Thema des WBGU vor allen Dingen, der sich auch über die Fragen der institutionellen Strukturen, in denen wir Umweltpolitik betreiben und ansonsten ist das Verhältnis der Industriestaaten zu den Entwicklungsländern und Schwellenländern eines, was sehr, sehr schwierig ist. Wir haben im Bereich der / Wir reden immer wieder über die Klimarahmenkonvention. Ich halte die Biodiversitätskonvention für mindestens so wichtig und in ihrer öffentlichen Wahrnehmung, auch in ihrer Ausgestaltung, Rückwirkung auf die nationale Politik, unterschätzt. Hier geht es um Fragen wie die Entnahme von Genmaterial, biologischem Material aus Tropenwäldern und so weiter. Dass man einfach deutlich macht, wo sind die jeweiligen / der Wert auch von Natur, wenn wir uns hinstellen und diesen Ländern sagen, die ihre natürlichen Regionen im Moment noch zum Teil jedenfalls haben, sie mögen doch bitte aufhören mit den Rodungen und mit der Abholzung. Wie wollen wir das im Einzelnen hinkriegen? Dann spielt</p>

		da natürlich auch immer rein, wie kriegen wir das Problem – damit sind wir beim Thema, das mich als <i>Transparency</i> Frau beschäftigt – wir kriegen wir es eigentlich hin, die Rohstoffpolitik und rohstoffreichen Länder nicht unbedingt unter denen weiterhin zu lassen, die zu den ärmsten der Welt gehören? Weil viele Gelder, die dort hinein geschmissen werden, in die falschen Kanäle gehen. Also es ist wahrhaftig noch viel zu tun und die Zukunft dieses Planeten ist seit den Anfängen der Umweltpolitik insgesamt nicht rosiger geworden. Wir haben in Deutschland und in Europa, glaube ich, enorm viel erreicht in der Umweltpolitik, aber international auf gar keinen Fall.
01:15:21	01:15:36	Knoblauch: Das ist ein gutes Schlusswort, zwar kein schönes, aber ein gutes. Das würde ich gerne so stehen lassen und ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Zeit und dafür, dass Sie Ihre Einsicht mit uns geteilt haben.

Interview mit Dr. Hans-Jürgen Nantke, Umweltbundesamt, Deutsche Emissionshandelsstelle

Interviewt durch: Benjamin Görlach; Head, Economics and Policy Assessment; Ecologic Institut

Datum: 04. Dezember 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Nantke, Hans-Jürgen (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:04:22	Görlach: Herzlich willkommen zu unserem Interview, das stattfindet in der Reihe "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende". Das ist eine Reihe von Zeitzeugeninterviews "Oral History", die das Ecologic Institut durchführt und das Ziel ist es, wichtige Zeitzeugen zu befragen über die Umweltpolitik, der umweltpolitischen Forschung und der umweltpolitischen Beratung über die letzten vierzig Jahre. Über die Entwicklung der Umweltpolitik ist einiges geforscht worden und manches bekannt; über die Rolle, die Forschungs- und Beratungsinstitutionen in diesem Prozess hatten, ist weniger bekannt und weniger dokumentiert und deswegen ist das Anliegen dieses Projektes im Prinzip die Ansichten, die Erzählungen, das Wissen von Zeitzeugen zu versammeln wie dieser Prozess genau abgelaufen ist. Ob es sich also bei der Entwicklung der Umweltpolitik um eine Entwicklung von oben nach unten oder von unten nach oben gehandelt hat, welche Faktoren dazu geführt haben, dass die verschiedenen umweltpolitischen Forschungsinstitute entstanden sind, welche Rolle dabei die Zivilgesellschaft hatte und welche Rolle staatliche Akteure hatten, was auch die größten Unterschiede in der ost- und westdeutschen Entwicklung waren zu der Zeit der Teilung und seit der Wiedervereinigung. Wir wollen diese Fragen beleuchten und auf diesem Wege auch neues Geschichtswissen zu den Zusammenhängen schaffen und im Rahmen des Projektes insgesamt mehr als zwanzig Zeitzeugen befragen, die live dabei waren. Wir freuen uns heute ganz besonders Herrn Dr. Hans-Jürgen Nantke hier bei uns zu haben. Herr Nantke ist Mitarbeiter des UBAs und, des Umweltbundesamtes, und das seit fast dreißig Jahren jetzt. Zuletzt davon die letzten zehn Jahre, fast zehn Jahre, als Leiter der Emissionshandelsstelle, des Fachbereichs E im Umweltbundesamt, davor aber fast zwanzig Jahre auch in diversen anderen Funktionen im Umweltbundesamt tätig gewesen. Es hat angefangen als Mitarbeiter im Bereich produktionsbezogener Emissionsschutz. Danach für eine Zeit lang, für einige Jahre Pressesprecher des Umweltbundesamtes. Danach dann Leiter des Grundsatzreferates und später der Abteilung integrierte Umweltschutzstrategien, also in diesem Sinne auch mit überfassenden, übergeordneten Fragen der Umweltpolitik befasst. Und es soll heute gehen vor allen Dingen auch um die Rolle des Umweltbundesamtes als Akteur in der Entwicklung der Umweltpolitik und der dazugehörigen Forschung. Herzlich willkommen Herr Dr. Nantke. Wir freuen

		<p>uns, dass wir Sie heute interviewen dürfen, dass Sie sich Zeit genommen haben für dieses Interview. Bevor wir uns in die Vergangenheit der Umweltpolitik begeben und der Rolle des UBA darin eine kleine Frage zum Einstieg. Sie sind Leiter der Deutschen Emissionshandelsstelle. Sind Sie noch im Umweltbundesamt darüber hinaus aktuell noch tätig zu anderen Bereichen der Umweltpolitik, oder ist tatsächlich Emissionshandel für Sie hundert Prozent Ihrer Arbeitszeit?</p> <p>Nantke: Also im Prinzip hundert Prozent, aber ich bin als Fachbereichsleiter im Umweltbundesamt gleichzeitig Leiter der Amtsleitung des Amtes und also, wenn Sie so wollen, Mitglied des Management-Boards und mit dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten zusammen und den anderen Fachbereichsleitern im Umweltbundesamt und insofern natürlich auch immer mit anderen Aufgaben des Amtes betraut. Das sind sowohl die inneren Aufgaben natürlich, also die Entwicklung des Amtes, Forschungsplanungsaufgaben, Planung, Personalplanung, als auch natürlich dann eben in den Festlegungen, wie sich das Amt zu bestimmten Themen ausdrücken soll, sich platzieren soll, auch eben mit übergreifenden Fragestellungen in allen Bereichen des Umweltschutzes, die dann auch das Amt zu vertreten hat.</p>
00:04:22	00:10:49	<p>Görlach: Danke. Wir wollen dann, wie angekündigt, etwas zurückgehen in die Geschichte der Umweltpolitik und des UBAs, die ja miteinander verbunden sind. Sie sind, wie gesagt, seit 1984 beim Umweltbundesamt tätig. Wir wollen aber versuchen, noch etwas weiter zurückzugehen. Das UBA bereitet sich ja vor auf seinen Vierzigsten im nächsten Jahr. Wurde 1974 gegründet unter widrigen Umständen, kann man vielleicht sagen, in einer Zeit, als Umweltschutz noch ein Außenseiterthema war, zudem gegründet in Berlin unter schwierigen politischen Bedingungen. Auch wenn Sie selber ja erst ins UBA kamen, als das UBA schon zehn Jahre alt war, was können Sie uns trotzdem vielleicht über die Gründung des UBA erzählen? Wie kann man sich diese ersten zehn Jahre oder die Anfangszeit des UBA vorstellen? Nantke: Also erstmal ging es schon ein Jahr vorher los, 1973 bereits. Da wurde eine Bundesstelle für Umwelt gegründet, in Bonn damals. Das war quasi so eine Art Aufbaustab für das Umweltbundesamt. Das sollte dann schon in ein Amt münden, aber wie gesagt, das fing mit einer Bundesstelle an, wo man dann sich überlegt hat, was kann so ein Amt alles tun? Das hat ein Jahr gearbeitet und, wie Sie sagen, widrige Umstände. Auch das Umweltbundesamt sollte ursprünglich in Bonn angesiedelt werden, dann ab 1974, und war dann aber ein Stück weit eben mit in der großen Politik, die damals vor allen Dingen aus einer Teilungssituation Deutschlands, aus einer Phase des Kalten Kriegs bestand und da in einer Situation, wo man versucht hat, damals in der sozial-liberalen Regierung, diese Teilung, diese Verhärtung ein Stück weit aufzubrechen. Nicht mit dem Umweltbundesamt, aber mit den Verträgen, die damals gemacht wurden, das war zum Beispiel das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, das war der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag und insbesondere das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin hatte ein Passus drin, in dem stand, dass Berlin zwar nicht, ich sage das mal verkürzt, von der Bundesrepublik Deutschland regiert wird, dass es aber besondere Beziehungen zwischen Berlin, damals Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland gibt und ein Stück weit wollte man austesten wie weit denn diese besonderen Beziehungen gehen und wie weit sie tragen und das führte dann dazu, dass das Amt mit Sitz in Berlin gegründet wurde im Juli 1974, und hier in Berlin-Wilmersdorf, dann Grunewald errichtet wurde. Und in der Zeit danach hat dieses involviert sein in der großen Politik schon einige Schwierigkeiten gemacht für die Arbeit des Amtes. Das ging bis dahin, dass zum Beispiel der Präsident damals der erste Präsident des Umweltbundesamtes, Heinrich von Lersner, daran gehindert war, die Transitwege von Berlin nach Westdeutschland, wie man damals sagte, zu benutzen, sowohl dienstlich als auch privat. Das heißt, er musste immer fliegen, auch privat. Das führte dann zu solchen absurden Geschichten, dass wenn er in den Urlaub fahren wollte, er mit dem Flugzeug von Berlin nach Hannover flog, seine Frau im Auto mit den Kindern durch die DDR fuhr, ihn dann vom Flughafen in Hannover abgeholt hat und sie dann weiter in den Urlaub gefahren sind und umgekehrt das Gleiche wieder. Es führte auch dazu, dass andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbundesamtes, wenn sie die Transitstrecken benutzt haben, gewissen Schikanen ausgesetzt waren, dort also verstärkt kontrolliert wurden auch und dann eben zurecht nicht verstanden haben, was das alles mit ihrer Tätigkeit zu tun hat. Es gab darüber hinaus weitere Stilblüten, kann man so fast sagen, also aus diesen ersten zehn Jahren und auch darüber hinaus. Ich hab das also nach '84 auch noch erlebt, zum Beispiel bei internationalen Konferenzen, in denen Vertreter des Umweltbundesamtes aufgetreten sind im Rahmen einer Delegation der Bundesrepublik Deutschland. Und da gab es dann solche skurrilen Situationen, dass dann bei dieser Konferenz zum Beispiel der Vertreter der Sowjetunion aufgestanden ist und gesagt hat er protestiert offiziell dagegen, dass wir einen Vertreter des Umweltbundesamtes in der</p>

		<p>Delegation der Bundesrepublik teilnimmt, weil Westberlin kein Teil der Bundesrepublik Deutschland ist und das wäre illegitim. Daraufhin ist dann der Vertreter der DDR, der dann auch da war, aufgestanden und hat gesagt, er schließt sich diesem Protest an. Daraufhin kam dann ein Vertreter der Westalliierten Frankreich, Großbritannien oder USA und wies diesen Protest zurück, auch mit entsprechenden Formulierungen und der Delegationsleiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland stand dann und hat gesagt, er schließe sich der Zurückweisung des Protestes an. Das Ganze wurde protokolliert und dann ging das weiter. Das wurde technisch schon dann, so hab ich das jedenfalls miterlebt, gehandhabt, dass man, wenn man zu solch einer internationalen Konferenz gefahren ist, eine Mappe in die Hand gedrückt bekommen hat. Da war alles vorgedruckt drin in allen Amtssprachen, die da vielleicht rankommen konnten und das wurde dann zunehmend formalisiert abgehandelt bis hin zu solchen Situationen, wie ich sie auch erlebt habe, dass der amerikanische Vertreter dem sowjetischen Vertreter gesagt hat – das waren ja meistens Wissenschaftler, das waren also wissenschaftliche Konferenzen, kaum politische Konferenzen – "du musst hier noch gegen die Anwesenheit des Vertreters aus dem Umweltbundesamt protestieren, sonst kriegst du Ärger zuhause". Dann hat er also protestiert und dann lief das Ritual wieder ab und das war also ein Stück weit natürlich eine Karikierung dieser ganzen Verfahrensweise. Also das war die politische Einordnung letztlich und das flaute dann aber in den achtziger Jahren ab und war vielleicht dann auch ein Stück weit der Entspannungspolitik, die dann ja auch eben mehr Raum hatte, geschuldet, dass man dann immer weniger mit diesem Problem konfrontiert wird.</p>
00:10:49	00:15:17	<p>Görlach: Um dabei zu bleiben, aber vielleicht etwas weiter zu kommen, das war jetzt die Rolle des UBA in der ganz großen Politik. Interessant ist ja auch die Rolle des Umweltbundesamtes in der bundesrepublikanischen Politik der seinerzeitigen Zeit. Wo man vielleicht sich vorstellen kann, dass das UBA einen besonderen Charakter hatte, angesiedelt irgendwo zwischen der Behördenpolitik oder der Bundespolitik, der Wissenschaft, es ist ja eine wissenschaftliche Bundesbehörde und aber auch der Öffentlichkeit und der Umweltbewegung, die seinerzeit sehr stark war. Wie hat sich das UBA zwischen diesen Polen verortet? Nantke: Also zunächst mal war, wenn man es sehr plakativ ausdrücken will, die Aufgabe des Umweltbundesamtes das, was Wissenschaft und Technik erarbeitet hat, politikfähig zu machen. Also wenn Sie so wollen, eine Übersetzungsleistung. Wie kriege ich eine wissenschaftliche Erkenntnis, ein wissenschaftliches Gutachten, einen wissenschaftlichen Forschungsbericht so aufbereitet, dass eine Politik, ein Politiker, der im Prinzip keine Ahnung von dem Thema hat, das verstehen kann und das dann in Politik umsetzen kann. Also diese Übersetzungsleistung war eine ganz wichtige Aufgabe für das Amt. Das war auch so gewollt, dass das Amt sich vor allen Dingen damit beschäftigt, diese Themen, die damals sehr neu waren, politikfähig zu machen und das ist das Amt dann auch glaube ich mit sehr viel Energie angegangen. Wir haben auf der einen Seite natürlich Umweltforschung veranlasst überhaupt, also überhaupt Themen gesetzt, um hier weiter zu kommen, haben aber eben auch Forschungen aus verwandten Bereichen aufgegriffen. Arbeitsschutz war damals natürlich auch ein Thema und im Arbeitsschutzbereich sind damals sehr viele Dinge aufbereitet worden, die man dann mit einer entsprechenden Übersetzung auch im Umweltschutzbereich sehr gut transportieren konnte. Das ist gemacht worden. Und die Rolle der Umweltverbände. Die Umweltverbände waren, so hat das Umweltbundesamt das jedenfalls empfunden die natürlichen Verbündeten des Umweltbundesamtes. Wir hatten damals in der Gründungsphase des Amtes in den ersten zehn Jahren – wie auch jetzt, aber damals besonders vielleicht – noch sehr hoch engagierte Mitarbeiter im Umweltbundesamt, die teilweise auch Verbindungen zur Umweltbewegung hatten, dadurch jedenfalls auch motiviert waren. Und insofern hat man sich natürlich Verbündete gesucht und das Umweltbundesamt war damals eine schwache Behörde natürlich. Sie war eine Behörde im Aufbau mit – ich glaube im ersten Jahr – vierzig Mitarbeitern oder so etwas. Also sehr wenige Leute auch, die sich um viel zu kümmern hatten. Und wir haben dann zum Beispiel auch initiiert, dass wir im Laufe der Zeit eine Unterstützung der Umweltverbände über ein sogenanntes Verbändeförderungsprogramm leisten konnten. Das heißt, wir haben Verbänden Geld gegeben, damit sie gewisse Leistungen vollbringen können, in erster Linie Kommunikationsleistungen. Also das Thema Umwelt in der Gesellschaft stärker zu verändern. Dabei spielte eine große Rolle, dass im Errichtungsgesetz, wie das heißt, des Umweltbundesamtes als Aufgabe des Amtes nicht nur die wissenschaftliche Unterstützung der Bundesregierung statuiert ist, sondern auch die Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen. Das heißt also ein eigenständiger Informationsauftrag, den man eben interpretieren kann als "man tut es selber", was wir gemacht haben, indem wir</p>

		Informationsmaterialien angeboten haben, immer noch anbieten. Damals in Form von Publikationen, Broschüren und so weiter oder uns an Ausstellungen beteiligt haben, Besuchergruppen empfangen haben, Pressearbeit gemacht haben, aber eben auch indem wir Geld gegeben haben, damit andere diesen Informations- und Aufklärungsauftrag ausführen können. Das waren die ersten Verbindungen, die das Umweltbundesamt dann eben auch zu Umweltverbänden, zu Bürgerinitiativen – damals waren das ja in erster Linie Bürgerinitiativen – hatte.
00:15:17	00:18:53	Görlach: Gleichzeitig gab es – und damit tasten wir uns auch so ein bisschen in die Richtung dieses Forschungsvorhabens, das wir hier durchführen, es gab dann in den späten 1970er Jahren die ersten Umweltforschungsinstitute, die neu als Akteure auf das Tapet kamen, insbesondere das Öko-Institut zunächst und das IFEU-Institut wenig später, die gewissermaßen ja auch verwurzelt waren in dieser Umweltbewegung. Wie hat sich das aus Ihrer Sicht dargestellt, woher kam der Bedarf an diesen Instituten? Welche Bedürfnisse gab es vielleicht bei Wissenschaft und Forschung, die die Gründung dieser Institute notwendig machten? Nantke: Nun, notwendig machten sie sie sicherlich vor allen Dingen aus Sicht der Umweltbewegung, aus Sicht der Bürgerinitiativen, um an aus ihrer Sicht wissenschaftliche Informationen zu kommen, die nicht von vornherein in irgendeine bestimmte Richtung, die ihnen nicht gepasst hat, gefärbt waren. Das war so ein Stück weit ein Ausdruck der Philosophie "Wes Brot ich fress, des Lied ich sing" und da hatte man vonseiten der Umweltbewegung, zu Recht oder zu Unrecht vermutet, dass etablierte Forschungsinstitute, die es damals ja auch gab aus dem Wissenschaftsbetrieb oder Universitätsinstitute eben keine in ihrem Sinne unabhängige Forschung und Wissenschaft betreiben, sondern eher auch interessengeleitet sind, was auch sicherlich teilweise stimmte. Das können Sie heute ja auch sehr leicht noch sehen, wenn Sie sehen, welche Aufträge von wem vergeben werden, an wen vergeben werden, welche Ergebnisse dann da rauskommen. Da ist ja nicht so ganz ohne. Und dem versuchte dann die Umweltbewegung ein Gegengewicht entgegenzusetzen und das ist mit der Gründung dieser ökologisch ausgerichteten Institute dann versucht worden. Das Umweltbundesamt hat ja seit seiner Gründung immer Aufträge vergeben, auch Forschungsaufträge vergeben. Ursprünglich war es mal geplant – das war die ursprüngliche Planung – für die Errichtung des Amtes, dass das Amt einen großen Eigenforschungsanteil erhält, einen großen Bereich mit Laboren und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen erhält, mit vielen hundert Mitarbeitern. Das Ganze ist dann durch ein Gutachten des Bundesrechnungshofs in den späten siebziger Jahren gekippt worden, indem dort festgestellt wurde, dass das nicht zielführend sei wegen des häufigen Wechselns der Themen, wäre so ein großes Amt zu schwerfällig und stattdessen hat man ein Finanzvolumen definiert, den man dann als Umweltforschungsplan bezeichnet hat und mit dem externe Forschung finanziert werden sollte. Wird immer noch gemacht. War früher mal mehr, als es heute ist. Und dieses Geld wurde jährlich vergeben für Forschungsprojekte. Und da wurden natürlich zunächst mal auch die Institutionen bedient, die eben überhaupt verfügbar waren. Das waren also natürlich Universitätsinstitute, die damals streckenweise auch Umweltforschung gemacht haben, also ein Wasserinstitut oder ein Abfallinstitut.
00:18:53	00:21:18	Nantke: Das gab es damals auch schon. Die haben dann in diesen Bereichen geforscht, aber auch Bauinstitute und so weiter. Es gab kommerzielle Forschungseinrichtungen, Batelle zum Beispiel in Frankfurt war damals ein großes Forschungsinstitut. Ich glaube, die gibt's inzwischen gar nicht mehr. Es gab die Fraunhofer-Gesellschaft bereits, also es gab dort eine etablierte Szene, die eben auch solche Tätigkeiten machte und die hat das Umweltbundesamt mit beauftragt, hat teilweise auch mit diesen Geldern dafür gesorgt, dass da überhaupt entsprechende Forschungskapazitäten aufgebaut wurden, weil die waren natürlich per se erst mal nicht da. Die Wissenschaftler dort waren anders ausgerichtet, hatten dann aber die Gelegenheit dadurch, dass sie Geld bekommen haben, sich in Themen einzuarbeiten, die eben eher geneigt waren, die Umwelt, den Umweltschutz, die Umweltbewegung, eine ambitionierte Umweltpolitik zu unterstützen. Und in diesem Feld tauchten dann auch diese ökologischen Institute auf und das Umweltbundesamt hat dann auch Aufträge an diese Institute vergeben. Das war, lassen Sie mich das gleich sagen, kein einfaches Unterfangen, weil es vonseiten der Politik – und das war ja Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre ja dann eine eher wieder konservativ ausgerichtete Politik – sehr starke Vorbehalte dagegen gehabt, dass man solche Institute, denen man auf der einen Seite eine Wissenschaftlichkeit gar nicht so von vornherein zusprechen wollte, weil man gesagt hat "naja, die sind ja auch nur interessensgeleitet, weil eben der Umweltbewegung anhängt" und auf der anderen Seite ihnen vielleicht sogar die Wissenschaftlichkeit absprechen wollte und sagen "das ist gar keine Wissenschaft, das ist Propaganda, was da gemacht wird", war es nicht so einfach dort

		<p>überhaupt Forschungsvorhaben zu platzieren und das war regelmäßig so, wenn man an so ein Institut zum Beispiel auch noch Mitte der achtziger Jahre Aufträge vergeben wollte, dann erforderte das immer eine besondere Begründung. Teilweise bis ganz nach oben im Ministerium, um das dann auch durchsetzen zu können. Und wenn man sich die Ergebnisse heute ansieht, wenn man sich diese Institute ansieht, hat sich natürlich da radikal was geändert. Das heißt, also dieser Prozess war mindestens sehr erfolgreich. Die Institute haben sich sehr etabliert, sind teilweise sehr angesehen, haben eine hohe Kompetenz und auch in der Politik inzwischen natürlich einen hohe Nachfragewert.</p>
00:21:18	00:23:08	<p>Görlach: Ja, das deckt sich in der Tat auch mit den Geschichten, die wir von vielen Vertretern dieser Institute auch gehört haben, die sehr kämpfen mussten, überhaupt erst mal als Wissenschaft wahrgenommen zu werden und häufig ja auch in Abgrenzung zu etablierter Wissenschaft gegründet wurden, zum Teil eben auch von Dissidenten aus dem Forschungsbetrieb. Und sie erwähnten auch die Konflikte, die es darum gegeben hat. Ich wollte vielleicht da noch mal kurz ein bisschen nachhaken. Sie erwähnten, dass es da Konflikte mit dem Ministerium gab, also sprich mit dem zunächst Innenministerium, später Umweltministerium. Waren das denn auch intern im Umweltbundesamt Konflikte, die es da gab über die Wissenschaftlichkeit dieser Institute? Nantke: Also das im Prinzip eigentlich nicht. Also es gab natürlich Diskussionen darüber, aber es gab eine große Unterstützung bis in die Leitung des Hauses hinein. Damals war ja Heinrich von Lersner Präsident bis in die neunziger Jahre hinein. Und der hat diesen Weg der breiten Beteiligung verschiedener Richtungen immer sehr stark verteidigt. Er war also immer auch dafür, eben nicht nur in eine Richtung Forschungsaufträge zu vergeben, sondern ein breites Spektrum auszuloten und dazu gehörten eben auch die ökologisch orientierten Forschungsinstitute. Allerdings vielleicht, wenn Sie mir das noch gestatten, ohne sich eben mit hundert Prozent darauf zu stürzen. Also es war nie Politik des Hauses dann zu sagen "wir vergeben jetzt nur noch Aufträge an IFEU oder Öko-Institut" oder so etwas, sondern es war eben immer auch Ziel hier, möglichst breit die Forschungslandschaft mit einzubeziehen und zu gucken, was aus diesen Richtungen kommt.</p> <p>Görlach: Aber die Pflege der Forschungslandschaft an sich, das würde ich jetzt so verstehen können, dass das UBA als eine seiner Aufgaben auch sieht, dafür zu sorgen, dass es ein Angebot gibt an verschiedenen Forschungsinstituten. Nantke: Sicherlich. Das war in den siebziger, achtziger Jahren viel wichtiger, als es heute noch ist. Heute werden IFEU, Öko-Institut, Ihr Institut auch von ganz anderen Institutionen, auch aus der Wirtschaft, beauftragt. Das war damals natürlich mitnichten so, sondern damals gab es für diese ökologisch orientierten Institute nicht viele Auftraggeber. Das waren natürlich die Bürgerinitiativen und die Umweltverbände selber und dann vielleicht das Umweltbundesamt und dann war aber eine ganze Weile schon nichts mehr zu sehen.</p>
00:23:08	00:27:07	<p>Görlach: Ich wollte vielleicht auch noch mal ein bisschen zu sprechen kommen auf die Rollenverteilung zwischen den umweltpolitischen Instituten, zwischen dem UBA und auch zwischen dem, was man heute NGOs nennt, also der Umweltbewegung in dem Sinne. Gab es da eine Art von Selbstverständnis, Rollenverteilung? Sie erwähnten gerade, dass Sie die Umweltverbände als Alliierte oder als Verbündete auch gesehen haben und es klang durch, dass das auch für die unabhängigen Umweltforschungsinstitute ein Stück weit galt. Wie kann man sich die Rollenverteilung da in dem Bereich vorstellen? Nantke: Nun ja, wenn Sie die Umweltverbände nehmen, dann sind Umweltverbände freier in ihrer Meinungsäußerung bis hin zu ihrer Wortwahl, als das eine staatliche Stelle wie das Umweltbundesamt sein kann. Wir sind Teil, wenn Sie so wollen, der Bundesregierung, also mindestens Teil eines Ministeriums und müssen uns dann natürlich auch ein Stück weit in der öffentlichen Diskussion, was die Pointiertheit von Thesen betrifft zum Beispiel, ein Stück zurückhalten. Also, wenn man so will, mäßigend auftreten, während Umweltverbände zum Beispiel natürlich schon von ihrem Anspruch her doch sehr pointiert Themen zur Sprache bringen können, die wir von der Richtung her so unterstützen würden, wo wir die Thesen aber so nie ausrücken könnten. Und insofern ist das schon eine eigenständige Rolle, wenn man ein Problem einfach auf den Punkt bringen will. Dann kann das ein Umweltverband in der politischen Kommunikation viel eher, als das eine staatliche Stelle machen kann. Und insofern war das schon eine eigenständige Funktion, die gerade die Verbände da hatten. Und wenn Sie die Forschungsszene beleuchten, dann ist natürlich klar, jeder Wissenschaftler ist irgendwo der Wahrheit verpflichtet und auch die etablierten Forschungsinstitute haben natürlich keine Ergebnisse "getürkt" oder so etwas. Das waren auch natürlich, wenn Sie eine Aufgabenstellung hatten, Ergebnisse, die so von der Wissenschaftlichkeit her in Ordnung waren. Das kann man jetzt nicht sagen. Aber Wissenschaft spielt sich ja auch nicht im luftleeren Raum ab, sondern dafür ist</p>

		<p>natürlich auch entscheidend, wie genau gucke ich wohin überhaupt, also was ist überhaupt Gegenstand meiner Forschung, wie setze ich den Rahmen, wo sind die Grenzen meines Forschungsprojektes, wo schneide ich ab, wo gucken ich noch weiter? Und da gab es dann natürlich schon deutliche Unterschiede zwischen einem ökologischen Ansatz, also zu gucken, was passiert denn links und rechts eigentlich noch in einem Problem oder schaue ich mir wirklich nur den Mainstream an und komme dann zu Ergebnissen, wie sie vielleicht zu erwarten waren, aber die eben auch bestimmte Randbereiche, die dann aber zunehmend wichtig wurden, auch ausgeblendet haben.</p>
00:27:07	00:30:37	<p>Görlach: Ja. Wir wollen auch ein bisschen noch bei dieser Arbeitsteilung bleiben und vielleicht das im Zeitverlauf noch betrachten. Sie erwähnten den UFOPLAN, den Umweltforschungsplan. Das ist ein wesentliches Instrument. Der kam – wissen Sie das noch, wann der/? Nantke: Das war schon in den siebziger Jahren. Ich kann Ihnen das genaue Jahr jetzt nicht sagen, aber relativ früh, also dieses Gutachten des Bundesrechnungshofes muss irgendwie 77/78 gewesen sein und in der Zeit wurde dann auch der Umweltforschungsplan kreiert. Görlach: Im Rahmen des Umweltforschungsplans gibt es ja ein Trend – ich weiß nicht seit wann, aber zumindest die letzten paar Jahre zu sehen –, dass die Mittel zunehmend auch vom BMU selbst vergeben werden, dass also das, wenn es ursprünglich vielleicht so angelegt war, das können Sie mir besser sagen, dass das Umweltbundesamt im Wesentlichen die Forschung koordinierte, dass das inzwischen zunehmend das Ministerium selber auch Aufträge vergibt. Wie hat das denn die Zusammenarbeit mit den Forschungsinstituten oder das Wirken des UBA in die Forschungslandschaft verändert, dass das Ministerium da stärker am Ball ist? Nantke: Naja, ein Ministerium soll ja eigentlich keine wissenschaftliche Arbeit machen. Das war ja – das sagte ich ja eingangs – ein Grund dafür, das Umweltbundesamt in diesem Bereich überhaupt zu gründen war ja, um Wissenschaft zu übersetzen in den Politikbereich hinein und solange es zum Beispiel eine Zuständigkeit des Innenministeriums für den Umweltschutz gab, also bis 1986, gab es auch keine vom Ministerium vergebenen Forschungsaufträge. Das gab es einfach nicht. Und auch in den achtziger Jahren dann bis Anfang der neunziger Jahre, Mitte der neunziger Jahre gab es das eigentlich nicht. Das war nicht mal ausnahmsweise der Fall, sondern da wurden alle Aufträge in Abstimmung mit dem Ministerium, aber vom Umweltbundesamt vergeben. Das war so Usus. Man hat sich über die Forschungsthemen, teilweise sogar über einzelne Forschungsvorhaben natürlich verständigt, aber die Vergabe und Begleitung erfolgte immer im Umweltbundesamt. Und dass dann das Ministerium selbst Aufträge vergeben hat, das gab es nach meiner Erinnerung jetzt, ohne dass ich Ihnen da jetzt ein konkretes Jahr dafür nennen kann, aber gegen Mitte, Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts etwa. Ab da kam der Punkt, dass das Ministerium selbst Aufträge vergeben hat, ob das immer wissenschaftliche Aufträge waren, lasse ich jetzt mal dahingestellt. Das müsste man sich dann im Einzelnen ansehen. Aber es waren zumindest Unterstützungsleistungen, die da beauftragt wurden und das hatte natürlich mindestens den einschneidenden Punkt, dass das Volumen, was wir als Umweltbundesamt vergeben konnten an Forschungsmitteln, beschnitten war. Und da der Umweltforschungsplan, insbesondere ein Umweltforschungsplan des Umweltministeriums ist, hat das Umweltministerium da natürlich auch den ersten Zugriff drauf. Das heißt, wenn dort Mittel gebraucht wurden, dann wurden die dann auch genommen und mitunter waren das große Beträge, die dem Umweltforschungsplan auf diese Art und Weise entzogen wurden, die also für unsere originären wissenschaftlichen Aufträge des Umweltbundesamtes dann eben nicht mehr zur Verfügung standen.</p>
00:30:37	00:33:36	<p>Görlach: Sie hatten schon verschiedentlich auch den Bereich Unabhängigkeit der Forschung mit ins Spiel gebracht, dass es da sozusagen zumindest ein Zwiespalt gibt und tatsächlich ist es ja so auch, dass die unabhängigen Umweltforschungsinstitute mehrheitlich keine Grundförderung erhalten oder wenn Grundförderung erhalten wie Wuppertal oder ISOE, das ein relativ überschaubarer Posten ist. Das heißt, dass sie sich überwiegend am Markt finanzieren müssen durch Projekte unter anderem vom UBA und anderen Auftraggebern. Wie schätzen Sie vor dem Hintergrund die Abhängigkeit und die Unabhängigkeit der Institute ein oder, um es etwas pointierter nachzufragen, ist unabhängige Auftragsforschung nicht eigentlich ein Widerspruch in sich? Nantke: Naja, das hängt ein Stück weit natürlich ab vom Selbstverständnis der Institute selbst. Also ich sagte ja vorhin auch schon "Wissenschaft ist ja per se immer unabhängig". Also wenn man sich als Wissenschaftler definiert, dann ist man letztlich, wenn man es hochtrabend formulieren will, nur der Wahrheit verpflichtet. Man sucht nach Wahrheit, man sucht nach Ergebnissen, die ein Problem beschreiben, ein Problem lösen. Und dann ist es im Prinzip Wurst, wer das finanziert an der Stelle. Da muss</p>

		<p>natürlich der Financier mitmachen. Wenn der Financier sagt "ich bezahle den Auftrag, ich beauftrage etwas aber nur, wenn das und das Ergebnis rauskommt", dann müsste der aufrechte Wissenschaftler sagen "gut, das ist keine Geschäftsbasis für mich", weil ich ja als Wissenschaftler per se gar nicht sagen kann, was für ein Ergebnis ich da rausbekomme. Und das ist natürlich auch etwas, was wir als Umweltbundesamt bei der Vergabe unserer Aufträge immer mit betrachten. Ist der Auftragnehmer, den wir da im Auge haben, den wir beauftrage wollen, ist der unabhängig oder ist der irgendjemandem verpflichtet oder ist der aufgefallen durch Gefälligkeitsgutachten, wenn man es böse ausdrücken will, in die eine oder die andere Richtung? Dann würden wir das auf keinen Fall machen, weil letztlich damit auch die Reputation des Gutachtens, was wir dann bekommen als Auftrag schon von vornherein schlecht wäre und gegebenenfalls auch von selber dann zurückfallen würde. Also wir würden immer darauf achten, dass eine Unabhängigkeit da ist und ich denke, das ist in den vergangenen Jahren auch immer sehr gut gelungen, also mir sind eigentlich keine prägnanten Beispiele gegenwärtig, wo wir Sorge haben mussten, dass wir Ergebnisse bekomme haben, die jetzt in irgendeiner Form gefärbt waren.</p>
00:33:36	00:37:19	<p>Görlach: Gut. Ich wollte noch mal / Wir haben jetzt die Geschichte aufgerollt so ein Stück weit in der Vergangenheit angekommen. Sie erwähnten das auch schon. Sicherlich hat es einen Prozess der Professionalisierung, der Etablierung dieser ursprünglich rebellischen Umweltinstitute gegeben, die inzwischen im Mainstream angekommen sind und von einer breiten Palette von Auftraggebern Aufträge erhalten. Man kann vermutlich auch festhalten, dass die Gräben, die es ursprünglich gegeben haben mag, zwischen der etablierten Wissenschaft und den unabhängigen Instituten mit der Zeit weniger tief geworden sind oder gefühlt worden sind, sodass die Forschungsansätze sich da vielleicht stärker ähneln, als sie das vor zwanzig oder dreißig Jahren getan haben. Die Frage wäre, gibt es aus Ihrer Sicht, aus Sicht des UBA tatsächlich noch eine besondere Daseinsberechtigung für unabhängige Umweltforschung außerhalb der staatlich organisierten, also Universitäten, Fraunhofer, Helmholtz und andere, und worin liegt diese Daseinsberechtigung im Jahr 2013? Nantke: Nun, eine Daseinsberechtigung für unabhängige Institute gibt es immer, weil letztlich ich nicht sagen kann und sie wahrscheinlich auch nicht sagen können, was morgen oder übermorgen ein Thema wäre, was es denn noch zu erforschen gilt, sondern das ist ja gerade auch das Spannende an der Wissenschaft, dass man auf Probleme stößt, dass sich Dinge auftun, die eben von anderen nicht gesehen werden und wo ich quasi ein besseres Radar habe je mehr unabhängige Personen, je mehr unabhängige Institutionen ich habe, die sich mit solchen Themen beschäftigen. Insofern ist eine Vielfalt gerade in diesem Bereich sehr, sehr wichtig. Und ich habe mehrmals gesagt, dass auch die staatlich geförderten Institute oder öffentlich geförderten Institute der Helmholtz-Gesellschaft, der Leibniz-Gesellschaft, der Universitäten, Fraunhofer-Gesellschaft, dass die natürlich a priori auch unabhängig sind. In ihrer Wissenschaft sind sie unabhängig. Und ich habe da auch zumindest in einige Einblicke gewonnen, wo ich sagen würde "jawohl, die sind unabhängig", also die lassen sich da nicht verbiegen. Also wenn ich da an Institutionen wie das Umweltforschungszentrum in Leipzig denke zum Beispiel, dann lassen die sich sicherlich nicht dadurch verbiegen, dass sie vom Staat finanziert wird, vom Land Sachsen finanziert werden und vom Bund finanziert werden, sondern die arbeiten genauso unabhängig, wie man sich das von einem Öko-Institut oder einem anderen ökologisch orientierten Institut vorstellen kann. Allerdings gehen sie dann eben vielleicht mit anderen Blickrichtungen auch an die Themenstellungen ran. Und insofern sehe ich einen Bedarf für Institute, die immer darauf aus sind, auch die Grenzen ein Stück weit zu verschieben, also den Blick zu weiten, gibt es denn hinter dem, was wir uns so bisher angesehen haben, nicht doch noch Dinge, die es sich lohnt zu erforschen oder zumindest zu betrachten, erst mal, die es bisher nicht so gab? Da sind eben größere und Tanker, sage ich mal, größere Institute, wenn man die so als Tanker bezeichnet, ein Stück weit inflexibler, als dass jetzt zum Beispiel ein eher privat organisiertes und flexibleres, ökologisch orientiertes Institut sein kann.</p>
00:37:19	00:41:16	<p>Görlach: Das führt uns auch so ein bisschen in den vorausblickenden Teil. Wenn Sie sich die Landschaft der umweltpolitischen Forschung und Beratung vergegenwärtigen, vielleicht auch die Themen, an denen da gearbeitet wird, welche Entwicklung würden Sie sich wünschen oder wo sehen Sie für die nächsten fünf bis zehn Jahre die größten Herausforderungen, vielleicht Sachen, die bisher noch liegen geblieben sind, wo es noch mehr Forschung braucht oder auch mehr und bessere Kommunikation der Inhalte in die Politik oder in die Öffentlichkeit? Nantke: Ja, ein weites Feld (schmunzelnd). Also da weiß man eigentlich gar nicht, wo man anfangen soll. Görlach: Sie können auch gerne eines auswählen, was Ihnen besonders auf den Nägeln brennt. Nantke: Ihr</p>

		<p>Forschungsansatz ist ja "Vom blauen Himmel über der Ruhr bis zur Energiewende", genau, und das spannt ja letztlich auch den Bogen, den sowohl die Umweltbewegung, der staatliche Umweltschutz, als auch die Umweltforschung genommen hat. Also das zeigt uns ja ganz klar, dass diese elementaren Umweltprobleme, die fühlbaren Umweltprobleme, die sichtbaren Umweltprobleme, dass die immer weniger brisant sind, die sind gelöst, kann man sagen, da gibt es zwar immer auch etwas nachzusteuern, auch bei der Luftbelastung sind wir noch nicht da, wo wir hinkommen wollen. Wenn man sich Feinstaubbelastung ansieht zum Beispiel oder auch teilweise hohe NOx-Werte in der Luft. Bei der Wasserbelastung sehen wir jetzt im Augenblick gerade wieder, dass wir zwar dachten, wir sind da sehr gut mit unseren bisherigen Regelungen, aber wir sehen, dass wir zunehmend im Wasser Belastungen mit Arzneimittelwirkstoffen haben. Wir haben gerade in den jüngsten Tagen und Wochen gesehen, dass wir bestimmte sehr kleine Partikel, Nanopartikel haben, die wir über Produkte in die Umwelt bringen, die Teil also von Erzeugnissen sind und die plötzlich im Abwasser auftauchen, aber nicht nur im Abwasser, sondern auch wieder im Rheinwasser auftauchen, weil die von unserer herkömmlichen Kläranlagentechnik eben nicht zurückgehalten werden oder gar nicht zurückgehalten werden können. Das sind also Bereiche, wo man auch in diesem Teil noch in Forschung investieren muss. Und dann gibt es natürlich die großen Bereiche, und das ist glaube ich der wichtigste Teil auch für die Umweltforschung als Zukunftsaufgabe, wenn man sich fragt, wie wollen wir eigentlich in zwanzig, dreißig, vierzig Jahren leben? Was bedeutet das? Was bedeutet zum Beispiel ein Schlagwort wie "Green Economy", wie ist das eigentlich auszufüllen, was bedeutet das für, für Wirtschaftsweisen? Was bedeutet, wo wir in der letzten Legislaturperiode eine Enquetekommission hatten, was bedeutet es neue Wohlstandsmodelle zu definieren? Was ist Wohlstand? Ist Bruttoinlandsprodukt wirklich der Maßstab, den man anhängen sollte? Das, was dort als Alternativen dann vorgelegt wurde, mag zwar wissenschaftlich sehr schön sein, wissenschaftlich sehr ausgefeilt ist, aber nicht kommunizierbar, weil sie nicht sieben oder acht Indikatoren gleichzeitig kommunizieren können und schon gar nicht in ihrer Verästelung. Also gäbe es zum Beispiel eine Verdichtungsmöglichkeit eines Wohlstandsindicators, der über das rein Ökonomische hinaus eben auch so etwas wie gutes Leben und so weiter abbilden kann? Das ist glaube ich ein ganz wichtiger wissenschaftlicher Punkt und dann in der Folge eben auch ein ganz wichtiger Kommunikationspunkt. Also ich glaube, dass es ein Haufen, oder eigentlich nicht ein Haufen, sondern haufenweise Themen gibt, wo sich Umweltforschung oder – wenn man es so will – auch Nachhaltigkeitsforschung dann betätigen kann und auch betätigen muss, damit wir hier ein Stück weiter kommen.</p>
00:41:16	00:44:23	<p>Görlach: Gut. Wir sind jetzt weitgehend durch mit unseren Fragen. Bevor wir zum Schluss kommen würde ich Sie gerne noch mal fragen, wenn Sie sozusagen blicken auf die Themen, über die wir uns unterhalten haben im Laufe der letzten Stunde, der letzten fünfzig Minuten, die Entwicklung der Umweltpolitikforschung in Deutschland, die Rolle des UBA dabei, gibt es da noch Punkte, die ich jetzt nicht angesprochen habe, die Ihnen aber wichtig sind noch mal geradezurücken, darzustellen, anzusprechen, bestimmte Zusammenhänge, die man verstanden haben muss, um das Gesamtbild durchblicken zu können. Nantke: Ja, vielleicht ein Punkt. Das Umweltbundesamt selber ist ja auch ein Forschungsinstitut. Also wir betreiben ja auch Forschung. Wir betreiben sowohl ganz praktische Forschung im klassischen, naturwissenschaftlichen Sinne als auch natürlich Forschung in Umweltbereichen, im Umweltrecht, in der Umweltökonomie, in den Sozialwissenschaften und haben da glaube ich auch in den vergangenen vierzig Jahren teilweise auch sehr stilbildend gewirkt. Also zum Beispiel die Umweltbewusstseinsstudien, die wir durchgeführt haben, die Fragen der Umweltökonomie im Sinne von wofür ist der Bürger, ist der Staat bereit überhaupt Geld auszugeben im Umweltschutz, also die Internalisierung externer Kosten. Das sind alles Forschungsgebiete, die vom Umweltbundesamt ja auch ein Stück weit vorangetrieben wurden und wir sind bei vielen dieser Forschungsarbeiten, die wir gemacht haben, immer wieder auch gefragt worden, auch in der Öffentlichkeit gefragt worden, wie sieht es denn eigentlich mit unserer eigenen Unabhängigkeit aus? Wir als Teil des Innenministeriums, Teil des Umweltministeriums, wenn wir forschen, wenn wir Forschungsberichte machen, wenn wir Forschungsberichte veröffentlichen ist das denn überhaupt im wissenschaftlichen Sinne unabhängig oder ist das nur à la <i>His Master's Voice</i> eigentlich nur auch Auftragsforschung in dem Sinne, wer ist dein Auftraggeber? Und da haben wir als Umweltbundesamt immer sehr großen Wert drauf gelegt und haben das auch sehr weitgehend / wir haben es immer durchgehalten, dass wir uns Forschungsergebnisse nicht haben diktieren lassen. Das ist nicht oft versucht worden, aber es ist durchaus versucht worden, dass bestimmte Ergebnisse publiziert werden sollten, hinter denen wir</p>

		nicht standen und das haben wir immer verhindert. Das haben wir nie gemacht. Insofern war das auch ein Stück weit Entwicklung eines Standes in der Umweltszene, dass wir unsere Unabhängigkeit trotz Teil des Ministeriums zu sein eben immer aufrechterhalten haben.
00:44:23	00:47:20	<p>Görlach: Vielleicht um da noch mal nachzuhaken, denn das ist sehr interessant, in der Tat eine interessante Konstellation. Das Umweltbundesamt ist eine nachgeordnete Behörde, früher im Geschäftsbereich des Innenministeriums, jetzt im Geschäftsbereich des Umweltministeriums. Das heißt letztlich auch weisungsgebunden gegenüber dem Minister. Wie lässt sich dann tatsächlich Unabhängigkeit / Also welche Schritte hat es dann gegeben, um Unabhängigkeit zu gewährleisten?</p> <p>Nantke: Naja, gerade diese Weisungsgebundenheit, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Das ist aber eben eine Weisungsgebundenheit im dienstrechtlichen Sinne und nicht im wissenschaftlichen Sinne. Also wir haben keine wissenschaftlichen Weisungen erhalten und wir würden auch keine wissenschaftlichen Weisungen akzeptieren. Wir müssen natürlich dienstrechtliche Weisungen akzeptieren, aber die waren, jedenfalls so wie ich das wahrgenommen habe, nie in der Art und Weise, dass dadurch bestimmte Ergebnisse präjudiziert werden sollten, gesteuert werden sollten oder bestimmte Meinungen schon vorfestgelegt waren. Wie gesagt, das ist ansatzweise natürlich versucht worden auf unterschiedlichen Ebenen im Verhältnis zwischen Umweltbundesamt und den Ministerien, aber es ist nie so weit gekommen, dass das zu einem verfälschten wissenschaftlichen Ergebnis gekommen ist. Und wir haben da natürlich auch einiges aushalten müssen. Wenn man da in die Historie guckt, dann waren eben eine Reihe von Themen, die das Umweltbundesamt vorangetrieben hat, gesetzt hat. zunächst mal weder Konsens in der Bundesregierung, noch gerne gesehen und gehört von dem jeweils vorgesetzten Ministerium. Also wenn Sie mal ein Stück weit zurückgehen, die Asbestdiskussion zum Beispiel, die wir Anfang der achtziger Jahre mit aufgemacht haben, also die Umweltbelastung durch Asbest. Das war ein Thema, was in der Bundesregierung zunächst mal gar keiner hören wollte und was eine Menge Überzeugungsarbeit dann auch gekostet hat, bis man dann irgendwann auch zu Bereichen gekommen ist, wo es dann um die Regulierung ging oder denken Sie im Verkehrsbereich zunächst die Diskussion um Katalysatoren und bleifreies Benzin, später die Diskussion um Dieselruß- und Partikelfilter, krebserzeugende Wirkung von Ruß. Das waren alles Themen, die wir platziert haben und platzieren konnten, obwohl wir Teil der Bundesregierung waren. Das ist dann eben, wie gesagt, nicht immer unbedingt ein einfaches Geschäft, aber es war möglich und es ist möglich, erfordert eine Menge Standfestigkeit des Umweltbundesamtes, bis hin zur Leitung, die das Ganze natürlich mit stützen muss und denke mal hat an vielen, vielen Stellen gezeigt, dass wir eben diese Standfestigkeit haben und auch uns da nicht verbiegen lassen.</p>
00:47:20	00:47:39	<p>Görlach: Damit kommen wir zum Ende unseres Interviews. Herr Nantke, wir möchten Ihnen sehr herzlich danken dafür, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben, für Ihre offenen und ehrlichen Ansichten, die das sehr gut komplementieren, was wir bisher von anderen Zeitzeugen gehört haben. Vielen Dank.</p> <p>Nantke: Gerne.</p>

Interview mit Prof. em. Dr. Eckard Rehbinder, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen

Interviewt durch: Doris Knoblauch, Fellow, Ecologic Institut

Datum: 05. März 2014

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Rehbinder, Eckard (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05. März 2014.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:02:17	<p>Knoblauch: Das heutige Interview ist Teil des Projekts "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende". Umweltpolitik ist eines der wichtigsten Politikfelder in Deutschland. Wie sich jedoch die Umweltpolitik und insbesondere die Umweltpolitikberatung entwickelt haben, darüber ist bisher wenig bekannt. Unser Projekt zielt nun darauf ab, verschiedene Fragen zu beleuchten und neues Geschichtswissen zu diesen Zusammenhängen zu schaffen. Zu diesem Zweck interviewen wir über 20 Zeitzeugen zur Entstehung und Entwicklung der Umweltpolitikberatung. Herzlich willkommen Prof. Dr. Reh binder. Bevor wir uns gemeinsam in die Vergangenheit begeben, eine Frage zu Ihrem aktuellen Tun: Sie waren mehr als 30 Jahre lang Professor für Umweltrecht an der Goethe-Universität Frankfurt, dazu Mitglied an der Forschungsstelle für Umweltrecht und langjähriges Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen. Welche Themen im Umweltbereich beschäftigen Sie aktuell? Reh binder: Eine ganze Reihe. Ich habe mich neuerdings wieder beschäftigt, und zwar rechtsvergleichend, mit dem Thema vertraglicher Instrumente, Selbstverpflichtung und echter vertraglicher Instrumente. Ich habe gearbeitet über ein aktuelles völkerrechtliches Thema, nämlich über die gemeinsame aber differenzierte Verantwortlichkeit im Bereich des Klimaschutzes. Habe darüber Vorträge in China gehalten, die nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen sind. Und ich habe mich auch befasst mit Fragen des Wasserrechts und zwar insbesondere mit den Untiefen des Verschlechterungsverbots. Das sind die Themen, an denen ich in letzter Zeit intensiv gearbeitet habe, aber ich habe keine durchgängige Forschungslinie mehr, sondern ich mache, wozu ich gerade Lust habe.</p>
00:02:17	00:04:09	<p>Knoblauch: Das ist ein schönes Privileg. Reh binder: Ja. Knoblauch: Prof. Reh binder, Sie habilitierten 1968, ein Jahr vor dem Antritt der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt. Von einigen unserer Gäste wird Willy Brandt mit seinem Ausruf "der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden" als Begründer der modernen Umweltpolitik angesehen. Wo verorten Sie die Anfänge der Umweltpolitik in Deutschland? Reh binder: Also, wenn man das nüchtern sieht, muss man weiter zurückgehen. Denn die Hintergrundsituation war, dass durch das Wirtschaftswachstum der zweiten Hälfte der 50er und den 60er Jahren die Umweltbelastungen sehr stark zugenommen haben. Ich erinnere mich noch, dass wir auf einmal nicht mehr schwimmen konnten. In Flüssen nicht mehr schwimmen konnte, dass es überall Abfälle in der Landschaft rumlagen. Es gab ein hohes Maß an Luftverschmutzung. Und deswegen haben auch frühere Regierungen schon – allerdings punktuell – versucht, sagen wir mal, Umweltregelungen zu treffen. 1959 bereits ist die Gewerbeordnung ergänzt worden durch eine Regelung über Altanlagen und im gleichen Jahr ist das BGB geändert worden. Paragraph 906 BGB. Dann in den 60er Jahren ist das Bundesbaugesetzbuch geschaffen worden, 1965 noch das Raumordnungsgesetz. Und wir haben noch mal ein älteres Gesetz, das Wasserhaushaltsgesetz, was von 1957 ist. Das heißt, als dann, sagen wir mal, '68/'69 man die Umwelt als ein neues Politikfeld entdeckte, stand man nicht vor der Stunde null. Die Besonderheit ist vielmehr gewesen, dass man das nunmehr als ein einheitliches Problem gesehen hat und natürlich auch als ein drängendes Problem. Das hängt aber mit verschiedenen Faktoren zusammen, aber die Stunde null war das nicht.</p>
00:04:09	00:04:59	<p>Knoblauch: Okay, sondern Sie würden tatsächlich sagen, die Stunde null war das erste Gesetz in den 50er Jahren. Reh binder: Ja, ja. Knoblauch: Das ist natürlich auch die juristische Perspektive. Reh binder: Das ist die juristische Perspektive, aber hinter Gesetzen stehen ja auch politische Vorstellungen. Das heißt, man macht ja keine Gesetze um der Gesetze wegen, sondern man macht sie, weil man ein Problem damit lösen will. Und man hat eben damals schon gesehen, dass das Wasser verschmutzt ist, dass die Flussfischerei ist zum Erliegen gekommen, dass unsere Luft verschmutzt / All das hat man vorher schon gesehen und hat, wenngleich unzulänglich, versucht gegenzusteuern. Aber man hat das nicht als ein einheitliches Problem gesehen. Es ging nicht um Umwelt, sondern es ging Luft, ging um Wasser, ging um Abfall und diese einheitliche Problemsicht, die ist das Neue, sagen wir mal, dessen, was die meisten als die Geburtsstunde der Umweltpolitik in Deutschland bezeichnen.</p>
00:04:59	00:09:14	<p>Knoblauch: Jetzt geht es in unserem Projekt vor allem um die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikforschung. Wo hat diese Ihrer Meinung nach ihre Anfänge? Reh binder: Das ist schwer zu sagen. Ich glaube beinahe, im Projekt ARGUS. Ich weiß nicht, ob Sie davon jemals schon mal gehört haben. Es gab 1970 eine Genetiker, einen Professor der Genetik, in Freiburg mit Namen Carsten Bresch. Der hatte die Idee, eine Superforschungsinstitution mit politischen Befugnissen zu schaffen, die er ARGUS genannt hat, von den Argusaugen. ARGUS sollte nicht nur die Umwelt</p>

		<p>beobachten, sondern es sollte den Politikern auch sagen, was sie zu machen haben. Das stieß aber auf Ablehnung. Knoblauch: Darf ich da einhaken, das stieß bei der Politik auf Ablehnung? Rehbinder: Bei der Politik auf Ablehnung und auch in der Wissenschaft hat sich dieses Projekt als schwer vereinbar mit, sagen wir mal, unseren politischen Gegebenheiten erwiesen. Und als Ersatz – in Führungszeichen – sind einmal staatliche Beratungsgremien geschaffen worden. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen mit Einrichtungserlass 1971, und der ab 1972 angefangen hat zu arbeiten. Und auf der anderen Seite hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft, eine wichtige Institution der deutschen Wissenschaft, 1971 einen Sachverständigenausschuss für Umweltfragen geschaffen, der nicht nur versuchte, sagen wir mal, die Umweltforschung in der Bundesrepublik Deutschland zu bündeln, sondern auch den Versuch unternommen hat, aktiv zu werden. Er hat zum Beispiel eine aktive Rolle gespielt bei der Diskussion zum Chemikaliengesetz Ende der 70er Jahre. Das sind so eigentlich die beiden ersten Institutionen, die ich ausmachen kann. Also einmal ein Rat, traditionelles, wenn man so will, Beratungsmuster und dann Selbstorganisation der Wissenschaft. Dann aber kam etwas, was glaube ich entscheidend gewesen ist. Dann kam die Gründung des Öko-Instituts. Das Öko-Institut war ja zunächst, wenn man so will, gedacht als wissenschaftliche Unterfütterung des Kampfes gegen etwas, gegen Atomenergie, später auch gegen die Gentechnik. Und es war ursprünglich ein Institut, das sich, wenn man so will, absichtlich parteiische Wissenschaft betrieben hat. Das heißt, man war der Meinung, die Wissenschaft muss instrumental eingesetzt werden, um Probleme zu lösen. Das war der Ursprung. Und schmeckte eigentlich niemandem. Es schmeckte der Politik nicht. Ich erinnere mich daran, ich bin sehr früh ins Kuratorium eingetreten. Da wurde mir aus Bonn bedeutet, also wenn ich da nicht sofort wieder austrete, dann könne ich sozusagen im ganzen Bereich der Umweltpolitik nichts werden. Habe ich natürlich nicht gemacht, aber es wurde mir hintertragen, dass ich das machen solle. Und die Wissenschaft hat das Öko-Institut auch nicht gemocht, weil natürlich der generelle Anspruch der Wissenschaft, objektiv zu sein, im Öko-Institut und dessen Forschungsansatz ein Gegenmodell gefunden hat, was die herrschende Meinung in der Wissenschaft nicht akzeptieren wollte. Das ist aber heute alles anders. Die Dinge haben sich verschoben. Aber ursprünglich war das so, das war, wenn man so will, ein Kämpfer, ein wissenschafts-, ein Denk Tank für die Umweltbewegung. Und hat sich dann aber in andere Richtungen entwickelt. Das hängt mit Faktoren zusammen, die wir vielleicht noch besprechen können, aber zunächst war das mal da. Das war sozusagen / 1977 ist diese Institution gegründet worden. Es hat dann in den 80er Jahren weitere Gründungen gegeben. Das ist das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung. Das hing damit zusammen, dass das Öko-Institut es mit den Sozialwissenschaften nicht so gut hatte. Man wollte in diesen Bereich nicht hereingehen. Dann hat Herr Jänicke sein Institut für Umweltpolitik an der FU Berlin gegründet. Glaub 1985 oder '87. Das weiß ich jetzt nicht ganz genau. Und allmählich hat sich dann eine sehr buntscheckige Wissenschaftslandschaft im Bereich der Umweltforschung entwickelt.</p>
00:09:14	00:10:30	<p>Knoblauch: Und was würden Sie sagen, welche Bedürfnisse gab es da in diesem bestehenden System oder welche Notwendigkeiten, die sozusagen zur Gründung dieser Institute geführt haben? Rehbinder: Nun, ich glaube, die etablierte Wissenschaft stand natürlich im Geruch, entweder auf dem politischen Auge blind zu sein oder aber doch gegenüber Staat und Wirtschaft in einer gewissen Abhängigkeit zu sein. Das heißt, man warf ihr vor, drängende Probleme der Gesellschaft einfach nicht in Angriff zu nehmen. Man wollte deswegen, sagen wir mal, diese Einseitigkeit ausgleichen mit einem Alternativmodell wissenschaftlichen Handelns. Sozusagen problemorientiertes, lösungsorientiertes, wissenschaftliches Handeln. Das Gegengutachten spielt eine große Rolle. Wir haben ja / Das Umweltrecht in der Praxis ist ja sehr stark abhängig von Gutachten. Auch die Politik lässt sich Gutachten machen und die Leute vom Öko-Institut waren der Meinung, die sind alle irgendwie parteiisch. Und dann hat man angefangen, dagegen Gutachten zu machen. Bei Genehmigungsverfahren, bei Gesetzgebungsprojekten und so weiter und so fort. Das war lange, sagen wir mal, die Quintessenz der Arbeit des Öko-Instituts.</p>
00:10:30	00:11:53	<p>Knoblauch: Und das Öko-Institut speziell, das ist ja aus der Anti-AKW-Bewegung heraus entstanden. Was würden Sie sagen, was die Rolle der Öffentlichkeit war für die Entwicklung der Umweltpolitikberatung? Rehbinder: Nun, ich glaube, dass es evident ist, dass Anfang der 80er Jahre Umweltpolitik langsam eingedrungen ist in die Gesamtgesellschaft. Das heißt, wir haben seitdem auch als Reaktion auf das Aufkommen der Grünen, die ja seit '83 im Bundestag saßen, haben wir eine Tendenz in der Gesamtgesellschaft, in den politischen Parteien, aber auch in der Wirtschaft, in der Verwaltung, auch im Wissenschaftssystem, ich will man so sagen, den Umweltschutz irgendwie zu internalisieren. Natürlich mit unterschiedlichen Akzenten, denn da sind ja auch</p>

		<p>interessengeleitete Gesichtspunkte zu beachten. Aber das ist ein Hintergrund, der natürlich auch der Umweltforschung sehr genützt hat. Das heißt, man war da nicht auf einmal mehr der Außenseiter, sondern war dann – ich will nicht sagen, Teil des Mainstreams – aber man war dann doch jemand, den man akzeptiert hat und dessen Position man auch angehört hat. Das ist ein langsamer Prozess gewesen, der in den 80er Jahren angefangen hat und wohl vielleicht 2000, 2005 beinahe abgeschlossen war.</p>
00:11:53	00:13:29	<p>Knoblauch: Und Sie meinten vorhin, dass die Anfänge der Umweltpolitikberatung oder -forschung darin lagen, Gegengutachten zu machen und erstmal gegen etwas zu sein. Rehbinder: Öko-Institut. Knoblauch: Genau, und dass sich das dann gewandelt hat im Laufe der Zeit. Können Sie dazu noch was sagen zu dieser Wandlung? Rehbinder: Nun, das ist allmählich gekommen und zwar, ich würde sagen, mit dem Eindringen von Umweltthemen in alle gesellschaftlichen Akteure war diese Anti-Haltung eigentlich nicht mehr / ich will nicht sagen sinnlos geworden, aber sie brauchte eine Ergänzung. Und das war auch sinnvoll, das zu tun in dem Maße, in dem dann auch die Industrie, die Kommunen Gutachten vom Öko-Institut nachfragten, gab es sozusagen diese Anti-Haltung nicht mehr wie es früher war. Ausnahmen sind natürlich heute immer noch die Gentechnik und bis vor kurzem, seitdem wir so und so lang den dritten Atomkonsens haben auch die Atomenergie, von Randproblemen abgesehen natürlich. Die Endlagerung ist immer noch ein sehr kontroverses Thema. Alles andere ist heute nicht mehr besonders gesamtgesellschaftlich kontrovers, sodass dann nicht mehr so viel Themen übrig geblieben sind, die sozusagen Gegengutachten erforderten, sondern das Öko-Institut und andere Umweltforschungsinstitutionen in gleicher Weise haben sich einfach drangemacht, die Umweltpolitik mitzugestalten. Sagen wir mal, sie nicht zu demontieren, nicht die offizielle Politik zu demontieren, zu bremsen, weil sie fehlerhaft sei, sondern sie mitzugestalten. Sie sind sozusagen zum Akteur geworden.</p>
00:13:29	00:14:57	<p>Knoblauch: Und können Sie das vielleicht an einem bestimmten Thema festmachen? Das ist ja schon ein sehr starker Wandel hin von der Philosophie der Gegengutachten, möchte ich es jetzt mal nennen, bis hin zu man wird von der Industrie tatsächlich für Gutachten angefragt. Gab es da vielleicht bestimmte Themen, die sozusagen das Öko-Institut für die Industrie salonfähig gemacht haben? Rehbinder: Nun, ein Problembereich ist sicherlich gewesen die Energiewende, die das Öko-Institut ja sehr viel früher befürwortet hat, als das in der offiziellen Politik angekommen ist. Das leuchtete vielen ein. Und das andere Thema ist natürliche Ressourcenwirtschaft gewesen, die Wiederverwertung von Abfällen. Weg von der geordneten Deponie und da haben wir ja auch, wenn man so will, eine Umweltpolitikgeschichte, die angefangen hat mit der geordneten Deponie. Irgendwann hat man dann entdeckt, dass man auch Materialknappheiten in unserem Lande haben kann. In der Erdölkrise von 1973 wurde das entdeckt, also hat man dann gesagt, na gut, wir müssen auch ein klein wenig um die Ressourcen uns Gedanken machen. Und solche Themen, auch dann also Energie und Recycling wollte ich sagen, sind Themen gewesen, wo das Öko-Institut besonders attraktiv gewesen ist. Weniger attraktiv war es im Bereich der Gentechnik, wo das Öko-Institut eher einen fundamentalistischen Standpunkt eingenommen hat und, sagen wir mal, bis 2000 natürlich auch nicht im Bereich der Atomenergie.</p>
00:14:57	00:17:42	<p>Knoblauch: Sie selbst blieben immer dem Umweltthema treu, waren aber immer an der Universität. Sie waren von '72 bis 2005 an der Goethe-Universität Professor für Wirtschaftsrecht, Umweltrecht und Rechtsvergleichung. Einige unserer Zeitzeugen, die wir schon vorher interviewt haben, die haben unabhängige Umweltforschungsinstitute gegründet, weil sie gesagt haben, sie konnten die Forschung, die sie machen wollten, nicht innerhalb der Universitäten unternehmen. Wir haben jetzt schon über das Öko-Institut gesprochen, als es darum ging sozusagen Gegengutachten zu machen, aber es ging auch um Institutionen, die sich erst in den 90er Jahren gegründet haben, und warum konnte diese kritische Umweltforschung Ihrer Meinung nach nicht an den Universität gemacht werden? Rehbinder: Nun, solange man der Konzeption von der Wertfreiheit, insbesondere in den Naturwissenschaften folgt, ist es natürlich schwer kritische eingestellte Umweltforschung in der Universität zu etablieren. Dass auch heute noch, wir können heute noch sagen, das Öko-Institut hat heute noch Akzeptanzprobleme in der etablierten Wissenschaft. Mit den Fachhochschulen arbeitet man mittlerweile gut zusammen, aber die werden von Universitäten ja auch nicht so sehr mit Wohlwollen betrachtet, aber mit den Universitäten ist die Zusammenarbeit doch nach wie vor relativ gering. Also es gibt Mentalitätsprobleme. Das andere ist der interdisziplinäre Anspruch. Wird zwar auch in der Wissenschaft propagiert, die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat das immer getan, aber er wird eigentlich an Universitäten nicht so recht gelebt. Wir haben zum Beispiel an der Universität Frankfurt lange ein interdisziplinäres</p>

		Forschungszentrum für Umweltforschung gehabt, aber richtig zusammengearbeitet haben die Disziplinen nicht, sondern das war eigentlich mehr additiv. Und ich könnte mir vorstellen, dass dies ein Grund dafür ist, dass man sich dann außerhalb der Universität begeben hat. Für Juristen hat aber dieses Problem nie bestanden. Das will ich mal betonen. Für Juristen hat dieses Problem nicht bestanden, weil wir von vornherein a) staatstragender sind und b) auch keinen so großen Apparat brauchen. Wir haben immer im Rahmen der Universität sehr gut arbeiten können. Und eigentlich bis auf das Trierer Institut für Umwelt- und Technikrecht sind meines Wissens alle sonstigen juristischen Institute im Bereich des Umweltrechts Teil der Universität, manchmal An-Institute, das gibt es, aber im Allgemeinen an der Universität.
00:17:42	00:18:38	Knoblauch: Und Sie meinten jetzt gerade speziell das Öko-Institut hat bei den Universitäten noch nicht so ein richtiges Standing möchte ich es mal nennen. Gibt es denn andere außeruniversitäre Forschungsinstitute, die Sie sagen würden, die sind anerkannt bei den Universitäten? Rehbinder: Da muss ich mal überlegen. Davon gehe ich schon aus. Also ich würde sagen, dass man das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung in dieser Hinsicht doch etwas ernster nimmt als das Öko-Institut. Knoblauch: Und woran liegt das? Rehbinder: Ja, das sind Ökonomen. Ökonomen halten zusammen, wenn man so will, selbst wenn sie ökologische Ökonomie betreiben. Sie beziehen sich natürlich doch weitgehend der Sprache und der Denkansätze der klassischen Ökonomie. Das passt irgendwie besser zusammen. Das könnte ich mir vorstellen, dass das ein Grund ist.
00:18:38	00:20:55	Knoblauch: An der Goethe-Universität selbst, da gibt es auch eine Forschungsstelle für Umweltrecht. Wann wurde die gegründet und wurde die auch gegründet, um sozusagen ein bisschen unabhängiger von dem Universitätsgeschehen Forschung zu betreiben? Rehbinder: Also sie wurde gegründet 1987 von drei Kollegen, einer davon war ich und das andere waren zwei andere Kollegen, ein Umweltvölkerrechtler und ein (ausgebildeter?) Verwaltungsrechtler, der aber dann später Präsident der Universität wurde und wir haben eigentlich nur die Absicht gehabt, unsere Kräfte zu bündeln und in der Lage zu sein, mal fernab des eigentlichen Fakultätsbetriebs kleine Konferenzen organisieren zu können, an Beratungsprojekten teilzunehmen und Ähnlichem. Also wir haben keinen großen Anspruch damit verbunden und haben auch nie die Konferenzaktivitäten entfaltet, die in anderen Instituten, insbesondere in Trier und Berlin entfaltet worden sind. Also es war die Idee, dass man im Grunde genommen alle, die sich für das Umweltrecht interessieren, dass man deren Arbeit bündelt. Wir haben also gemeinsame Projekte gemacht, auch (EEG? EG?)-Projekte. Und das ist aber kein wirkliches Institut gewesen, sondern eigentlich eine – deswegen auch der Name – Forschungsstelle, eine Institution des Fachbereichs. Also kein unabhängiges Institut. Und unsere Geldmittel kamen ursprünglich in erheblichem Maße vom Staat, vom Land Hessen. Das hörte dann aber auf. Dann haben Drittmittel gehabt, die wir dann ad hoc eingeworben haben zum Schluss. Dann, als dann auch unsere persönliche Basis etwas geschwächt wurde dadurch, dass einer der Kollegen Präsident wurde und sich dafür nicht mehr interessierte, weil er das nicht als Leuchtturm angesehen hat, das war die Zeit, wo der Umweltschutz Anfang der 2000er Jahre in der Universitätslandschaft nicht so galt. Dann ist das so ein bisschen zerbröckelt. Das besteht zwar immer noch und wird auch jetzt durch eine neue Kollegin wieder aufgebaut, aber es hat dann seit, würde ich sagen, 2005, 2006, hat es dann da niedergelegen.
00:20:55	00:22:20	Knoblauch: Ok. Jetzt waren Sie ja Teil des universitären Systems als langjähriger Professor möchte ich mal sagen. Wie haben Sie persönlich die Gründung dieser außeruniversitären Umweltforschungsinstitute wahrgenommen? Rehbinder: Also, Universitäten sind natürlich immer etwas eifersüchtig auf das, was außerhalb der Universitäten geschieht. Aber diese Institute waren natürlich, jedenfalls für die Juristen, keine wirkliche Konkurrenz. Denn auf der Ebene des Umweltrechts haben sie sehr wenig gearbeitet. Das Öko-Institut hat zwar Juristen und die haben auch juristische Projekte gemacht, aber das ist, wenn es um Forschungsmittel ging, war das eigentlich kein so großes Problem. Also unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz hat man nichts gegen das Öko-Institut gehabt. Die Frage, die sich natürlich immer stellte, war ist das sozusagen die Art von Wissenschaft, die wir betreiben wollen. Aber die Frage stellt sich auch, wenn Sie Mitglied einer Beratungsinstitution sind, auch da haben wir ja Wandlung. Wenn Sie sich den SRU anschauen von Anfang bis Ende, dann hat er auch ganz unterschiedliche Positionen eingenommen. Er war mehr der staatstragende, objektive Berater und heute ist er vielleicht ein bisschen mehr Umweltlobby, was natürlich auch manche negativ sehen. Also da haben sich viele Dinge geändert im Laufe der Zeit und so ist das mit dem Öko-Institut auch.

00:22:20	00:23:59	<p>Knoblauch: Auf den SRU kommen wir gleich noch mal zu sprechen. Vorher würde ich gerne eintauchen in das Jahr 1987. Das war für Sie ein ereignisreiches Jahr. Da wurden Sie unter anderem in die Professorenkommission zur Vorbereitung eines Umweltgesetzbuches einberufen. Können Sie etwas zur Motivation des Umweltministeriums und des Umweltbundesamtes sagen, eine Professorenkommission zur Vorbereitung eines Umweltgesetzbuches einzurichten? Rehbinder: Nun ja, die Koalitionsidee war vorbereitet worden durch Gutachten, die das UBA vorher erstellt hat, und man war davon überzeugt, dass die aktuelle Zersplitterung des Umweltrechts der Akzeptanz des Umweltrechts, dem Vollzug des Umweltrechts und auch der Außendarstellung Deutschlands schadet. Denn wir hatten damals eine Tendenz in vielen Ländern, Umweltgesetzbücher zu schaffen. Auch in Europa, also es ist überwiegend so, dass wichtige Vorschriften des Umweltrechts in ein Kodex zusammengefasst sind. Zum Teil allerdings formaler Art wie in Frankreich. Und man meinte, wir brauchen so etwas auch. Und dass das nun gleich zunächst mal nur Professoren sein sollten, das weiß ich nicht, womit das zusammenhing. Wahrscheinlich hat man gedacht, die sollen das erstmal durchdenken und wir können auf deren Arbeit aufbauen und etwas schaffen, was wir uns sozusagen auf die Fahne schreiben könnten.</p>
00:23:59	00:25:10	<p>Knoblauch: Also ich habe mich eben gefragt. Das ist ja auch die Grundsatzfrage, die hinter der Politikberatung von Institutionen steht. Warum hat das Ministerium das nicht mit dem eigenen Mitarbeiterstab vorbereitet und durchdacht? Rehbinder: Nun mal, die sind natürlich sehr absorbiert gewesen mit aktuellen Fragen. Also so ein Jahrhundertwerk, wenn es ja geglückt wäre, wäre es ja ein Jahrhundertwerk gewesen, das, glaube ich, kann man innerhalb des Ministeriums nicht schaffen. Manche Dinge könnte man natürlich / Sie wissen ja, dass auch spätere Gesetzgebungsarbeit ausgelagert worden ist. Auch zu Ecologic glaube ich irgendwann mal. Und Anwaltsbüros und was weiß ich alles, aber das sind immer so kleinere Gesetzgebungswerke gewesen. Dies ist ja wirklich ein umfassendes Werk gewesen, und wir haben ja doch da sehr lange dran gearbeitet. Sowohl die Professorenkommission, als dann auch die nachfolgende Sachverständigenkommission, die pluralistisch zusammengesetzt war, also das im Hause zu schaffen, das hätte ja bedeutet, dass man eine ganze Abteilung damit beschäftigen muss. Ich glaube, das wäre eigentlich physisch gar nicht gegangen.</p>
00:25:10	00:26:14	<p>Knoblauch: Das heißt für Sie als Jurist ist das auch tatsächlich legitim, sozusagen Gesetzesvorlagen von außerhalb des Ministeriums vorbereiten zu lassen. Rehbinder: Ja und nein. Ich glaube, das muss man / Wenn es die richtigen Leute sind, dann ist es glaube ich vernünftig. Aber man sollte sich nicht in die Gefahr begeben, solche Arbeiten als interessengeleitet werten zu müssen. Das ist bei manchen Gesetzgebungsvorhaben ja ein Vorwurf gewesen, der nicht so ganz von der Hand zu weisen gewesen ist. Und insofern ist die Professorenkommission besetzt mit Leuten, die für ihre Neutralität mehr oder weniger bekannt sind, ist vielleicht ein ganz guter Ansatz. Aber die Anwaltsbüros, das scheint nicht so ganz unproblematisch zu sein. Aber manchmal drängt die Zeit auch so sehr, dass man gar nichts anderes machen kann, als Dritte zu beauftragen.</p>
00:26:14	00:28:19	<p>Rehbinder: Also Sie würden tatsächlich auch sagen, das ist einfach der Mitarbeiterstab, ist dann, obwohl er sehr groß ist, immer noch nicht groß genug für bestimmte Aufgaben. Rehbinder: Ja. Knoblauch: Okay. 1987, sind wir immer noch bei dem Jahr, wurden Sie außerdem Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, dem Sie dann bis 2000 angehörten. Auch wenn Sie bei seiner Gründung noch nicht Mitglied des Umweltrates waren, Sie hatten es vorhin schon angedeutet, können Sie uns etwas über die Gründungsgeschichte und die ersten Jahre des Sachverständigenrates sagen? Rehbinder: Gründungsgeschichte. Nun, man sah das Bedürfnis, eine sagen wir mal regierungsnah, aber doch unabhängige Beratungsinstanz zu schaffen, die die Bundesregierung, nun sagen wir mal, mittel- und langfristig beraten sollte. Also weniger in tagespolitischen Fragen, sondern mehr in mittel- und langfristigen Strategiefragen. Knoblauch: Und wer hat dieses Bedürfnis gesehen, wenn ich da einhaken darf? Rehbinder: Das Innenministerium. Das Innenministerium war ja bis Tschernobyl zuständig für den Umweltschutz unter den Innenministern Genscher, Maihofer und Baum und dann hatten wir noch Friedrich Zimmermann. Und dann wurde das Umweltministerium gegründet. Im Grunde genommen der Umweltschutz war von FDP-Leuten im Innenministerium entdeckt worden. Die haben sich ja davon sehr stark entfernt, aber damals war das jedenfalls so und die sahen da eine objektive Notwendigkeit, ein solches Beratungsgremium zu haben. Wobei ursprünglich man sagte, die Juristen haben da nichts zu suchen. Die machen nur Unsinn. Die wollte man da nicht drin haben. Erst später ist dann Herr Salzwedel, weiß nicht, wann genau das war. Ende der 80er Jahre vielleicht. Nein, sagen wir mal Mitte der 80er Jahre ist / Ja der war vor mir da, '83 vielleicht ist dann ein Jurist da berufen worden</p>

		in den Sachverständigenrat.
00:28:19	00:29:27	Knoblauch: Und Sie sagten jetzt, das war / Die Notwendigkeit war gesehen, den objektiven Rat zu haben. Ging es auch darum, die Position der Umweltpolitik vielleicht innerhalb des Innenministeriums zu stärken, weil das da so ein bisschen Exot im Ministerium war. Rehbinder: Nun, das hat man glaube ich / Exotendasein, das hat man damals, glaube ich, nicht so gesehen. Das glaube ich nicht. Aber dass natürlich ein solches Beratungsgremium, wenn nicht im eigenen Hause, so doch gegenüber anderen Häusern eine Verstärkungsfunktion haben kann, das ist selbstverständlich. Und ich weiß aus meiner Erfahrung im Rat, dass wir natürlich die größten Dispute immer hatten mit den anderen Ministerien. Also das ist evident. Auch mit dem Umweltministerium, aber mit den anderen doch sehr viel grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten. Das heißt, insofern kann man natürlich sagen, dass die Institutionalisierung eines solchen Gremiums auch dazu dient, eine gewisse Durchschlagskraft nach außen zu bieten.
00:29:27	00:32:08	Knoblauch: Jetzt haben Sie vorhin schon angedeutet, dass die Rolle des Sachverständigenrats für Umweltfragen sich im Laufe der Zeit geändert hat. Können Sie was zu der Rolle damals sagen und wie sie sich verändert hat? Rehbinder: Na gut, also die ersten Jahre, das kann ich nicht sagen. Kann ich nur an den Gutachten beurteilen. Ich meine aber sagen zu können, dass die ursprüngliche Konzeption der Beratung eine gewisse Distanz gegenüber der Tagespolitik und eine Konzentration auf mittel- und langfristige Fragen des Umweltschutzes von allgemeiner Bedeutung waren. Das sieht man auch daran, dass der Rat bis in die letzten Jahre meiner Zeit, sagen wir mal bis 1995/96 sehr wenig Stellungnahmen zu tagespolitischen Fragen abgegeben hat. Also heutzutage ist das ja ganz anders. Wir haben zwar auch Sondergutachten geschrieben. Das erste Gutachten des Rats war über Auto und Umwelt. Das war 1972 ein drängendes Problem. Und dann wurden diese großen 4-Jahres-Gutachten geschrieben, aus denen irgendwann dann mal 2-Jahres-Gutachten wurden, dann wieder 4-Jahres-Gutachten und so weiter und so fort, die manchmal etwas zu breit geraten waren. Und dazwischen hat man dann immer besonders wichtige Probleme in Angriff genommen zum Beispiel das Waldsterben. Da haben wir ja die sogenannten neuartigen Waldschäden, Sondergutachten aus 1983. Es gibt eines über Umweltprobleme der Nordsee, Umweltprobleme des Rheins, zum Teil sind die Dinge auch wieder aufgenommen worden jetzt vom Rat. Das heißt, es sind Sondergutachten gemacht worden, aber man hat es doch versucht zu vermeiden, in die Tagespolitik einzumischen. Und das ist heute, glaube ich, ein klein wenig anders. Diese Distanz kommt auch darin zum Ausdruck, dass wir bis zum Jahr 2000 dagegen gekämpft haben, an den Sitz der Bundesregierung nach Berlin zu ziehen. Das war ein langer Kampf. Irgendwann hat der Rat halt aufgegeben, aber solange ich da war, auch als Vorsitzender haben wir es geschafft, dass wir in Wiesbaden blieben. Wir wollten nicht unter das Dach des Umweltbundesamtes, da sollten wir damals hin, sondern wir wollten für uns bleiben, weil wir die Distanz zur Bundesregierung wahren wollten. Das hängt auch damit zusammen, dass wir uns eigentlich nicht nur als Berater der Bundesregierung, insbesondere des Umweltministeriums gesehen haben, sondern auch als Berater der Landesregierungen und, sagen wir mal, auch der Bevölkerung insgesamt. Also wir haben unsere Rolle vielleicht etwas anders definiert als die heutige jetzt wird.
00:32:08	00:34:28	Knoblauch: Und da würden Sie auch sagen, das ist heute weniger der Fall, dass es noch ein Beratungsgremium für die Landesebene und die Bevölkerung insgesamt ist? Rehbinder: Diese Funktion hat es / Vielleicht ist das auch nur, sagen wir mal, eine Begründung dafür gewesen, dass wir eine stärkere Distanz haben wahren wollen. Das kann ich Ihnen jetzt so genau nicht sagen, aber ich meine, dass der Rat heute natürlich auch auf einem anderen Hintergrund, weil nämlich der Umweltschutz ja nun, wenn Sie so wollen, eigentlich ein zentrales und allgemein akzeptiertes Thema der staatlichen Politik geworden ist, national und international, da ist natürlich die Rolle eines solchen Beratungsgremiums auch anders als sie vielleicht früher gewesen ist. Das ist schwer zu sagen. Jedenfalls was mir auffällt ist die Fülle von kleinen Stellungnahmen, die der Rat seit 2000 abgegeben hat zu Tagesfragen. Das heißt, dahinter muss dann wohl immer eine sehr viel engere Koordinierung stehen mit dem Umweltministerium, als wir das gepflogen haben. Natürlich hat das Umweltministerium immer mal versucht, auch zu intervenieren. Ich erinnere mich daran, dass wir einmal die Idee hatten, die wir natürlich auch verfolgt haben, ein Sondergutachten über Grundwasserprobleme zu schreiben. Und damals war gerade die Gewässersituation als gut, also die Situation der Oberflächengewässer galt als gut, aber die Situation des Grundwassers, die war besorgniserregend. Und das Umweltministerium hat sehr massiv versucht auf uns einzuwirken, dass wir ein solches separates Gutachten nicht schreiben auch mit Gründen, die man fachlich

		akzeptieren mag oder auch nicht akzeptieren mag, dass der Wasserhaushalt eine Einheit sei, dass man das Grundwasser nicht trennen kann. Wir haben aber gesagt, da sind die eigentlich Probleme und das müssen wir angehen. Und ist massiver Druck auf uns ausgeübt worden, das sein zu lassen. Also so etwas hat es auch gegeben. Und heute, wenn man sieht die Fülle der Stellungnahmen zu tagesaktuellen Fragen, dann kann dahinter nur stehen eine sehr viel engere Zusammenarbeit zwischen dem Beratungsgremium und der Regierung, als das damals gezogen wurde. Wir hatten da eine andere Vorstellung. Was natürlich uns auch Wirkungen beraubt hat, die dieser, der neuere Rat, jetzt ausüben kann. Das hat alles seine Kehrseiten. Das ist selbstverständlich.
00:34:28	00:39:07	Knoblauch: Jetzt ist es eine Sache, die Gutachten zu veröffentlichen. Die Frage ist, was passiert mit den Gutachten, welchen Einfluss haben die dann und wär die Bitte an Sie, können Sie was, Ihre Einschätzung, sagen, zum nationalen Einfluss des Sachverständigenrates für Umweltfragen, vielleicht auch im Wandel der Zeit? Rehbinder: Das ist eine schwierige Frage, weil man das vielleicht nicht so allgemein ausdrücken kann. In der Frühzeit der Umweltpolitik hatten natürlich die Gutachten eine eminent wichtige Funktion, nämlich, sagen wir mal, die Gesellschaft aufzuwecken. Waldschäden, die neuartigen Waldschäden im Jahr 1983. Eine Position, die auch heute noch bedenkenswert ist. Da wurde nämlich gesagt "naja, ob das wirklich so ist, wie die Wissenschaftler sagen, das wissen wir eigentlich nicht", Aber selbst wenn sich diese kausale Zuschreibung der sogenannten neuartigen Waldschäden zu bestimmten Umweltbelastungen als falsch oder jedenfalls als nur teilweise richtig erweisen sollte, dann haben wir immer noch etwas getan für die Luftreinhaltung, im Interesse der menschlichen Gesundheit. Also zu sagen, diese doppelte Dividende und das hat damals überzeugt. Das war ja einer der Einwände gegen die ganze Waldschadenspolitik, dass es doch alles Hirngespinnst / Das wisst ihr doch gar nicht. Und wir scheinen ja heute zu wissen, dass eben die Geschichte der Waldschäden sehr viel älter ist als die der modernen Luftverschmutzung, die hängt auch zusammen mit der Ausbeutung des Waldes im Mittelalter über Jahrzehnte, Jahrhunderte hinweg, der Auspowerung des Waldes. Also gibt es verschiedene Gründe, man sieht das heute ja sehr viel komplexer. Das ist ein Punkt, wo man sagen, dieses Gutachten hat sicherlich eingeschlagen. Und diese großen Gutachten, die sind so immer etwas problematisch gewesen. Wir haben deswegen auch schon, als Herr Töpfer noch Umweltminister war, immer darum gerungen, weniger turnusmäßige Gutachten schreiben zu müssen, um uns mehr speziellen Problemen widmen zu können. Also das war immer unser Anliegen. Und bei diesen turnusmäßigen Gutachten weiß man nie so genau. Da steckt so viel Zeug drin, das sind ja wahre Nachschlagewerke. Vielleicht ist das für Universitäten und Forscher interessanter gewesen als für die Politik. Also das war, abgesehen von einigen Forderungen, die dann auch beherzigt worden sind, aber sonst kann man natürlich sagen, dass die Wirkung dieser Jahres-, 4-Jahres-, 2-Jahres-Gutachten doch eher gering war, wenn da nicht irgendein Thema angeschnitten wurde, das die Leute elektrisierte wie zum Beispiel die Vorstellung des Rates, dass ein Benzinpreis von 4,60 angemessen sei, um Umweltbelastungen entgegenzuwirken. Also das wär jetzt etwa, sagen wir mal, 2,30. Na gut, man kann nicht so rechnen, weil wir zwischendurch Inflation gehabt haben, aber es ist natürlich auch nach heutigen Vorstellungen ein ziemlich hoher Preis. Das hat natürlich sogar den Weg in die Bild-Zeitung gefunden. Und der Rat hat auch in meiner Zeit durchaus aktiv Pressearbeit gemacht. Wir haben ja auch Pressekonferenzen abgehalten und es wurden auch Presseleute ad hoc angesprochen. Das war ein wichtiger Teil der Außendarstellung. Aber zündende Vorstellungen, das ist schwer zu sagen. Wir haben frühzeitig schon, dem die Politik nicht gefolgt ist, dafür plädiert, die Subventionierung von erneuerbaren Energien auf Anschubsfinanzierung, Forschungssubventionierung auf Anschubsfinanzierung zu beschränken, was unsere Politik nicht so gemacht hat und den Ärger hat sie jetzt. Das ist klar. Und das ist natürlich nicht gehört worden. Vieles ist nicht gehört worden. Man muss ja auch sehen, dass die Position des Rates auch immer ein bisschen abhängen von den Personen, die da drin sind. Und das war natürlich so ein bisschen das Credo des damaligen Ökonomen von Ewers, der bereits verstorben ist, der war der Meinung, man sollte das nicht so machen. Dann haben wir lange über das Ressourcenthema gestritten. Gibt es eine Notwendigkeit, sich um Ressourcen zu kümmern? Der konventionelle Ökonom würde sagen "der Markt wird das schon richten". Und da haben wir auch eine eigene Position entwickelt. Und wenn man so will sind die Diskussionen dann wohl die Basis gewesen für eine spätere, nähere Beschäftigung mit dem Ressourcenproblem.
00:39:07	00:40:01	Knoblauch: Ist es denn so, dass die Themen in den Gutachten vom Sachverständigenrat für Umweltfragen selbst gesetzt werden, oder gibt es da Vorgaben? Rehbinder: Es gibt keine Vorgaben. Knoblauch: OK. Rehbinder: Aber natürlich kann die Bundesregierung Erwartungen

		äußern und Vorschläge machen. Knoblauch: Un das macht sie auch. Rehbinder: Das tut sie. Aber diese großen Gutachten betrifft das natürlich weniger, weil da schreibt man das rein, was man für notwendig hält. Also Bilanz der Umweltpolitik. Wir haben zum Beispiel im Jahr 2000 der damaligen rot-grünen Bundesregierung eine sehr negative Bilanz attestiert, weil sie sich nur mit zwei Themen beschäftigt hat, nämlich nur mit der Öko-Steuer und mit dem Atomproblem. Und wir waren der Meinung, dass wir andere, drängende Umweltprobleme auch haben. Das geht nicht, dass eine Regierung praktisch nur zwei Themen behandelt. Solche Dinge sind natürlich auch passiert.
00:40:01	00:41:25	Knoblauch: Jetzt haben wir gesprochen über den Einfluss des Sachverständigenrats für Umweltfragen. Wir haben vorhin schon andere Institutionen angesprochen, Öko-Institut, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung. Können Sie was zu deren Einfluss sagen auf die Politik? Rehbinder: Also das Öko-Institut. Dazu kann ich was sagen. Zu dem anderen weniger, nur zu einem Punkt. Das Öko-Institut hat natürlich mit den Themen, in denen sie aktiv gewesen sind, also in der späteren Zeit insbesondere, Recyclingwirtschaft, erneuerbare Energien, da haben sie Pionierarbeiten geleistet und haben dadurch natürlich auch einen Einfluss genommen auf die Struktur der Verpackungsverordnung und ähnliche Dinge. Das ist selbstverständlich. Das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung kann ich nicht so gut beurteilen. Ich habe mich in deren Forschungsbereich eigentlich nur interessiert mit, sagen wir mal, dem Thema Ökologisierung im Unternehmen. Ich habe ja in frühen Jahren schon die Bundesregierung "beschwatzt", sag ich mal in Führungszeichen, die Institution des Betriebsbeauftragten, die es früher ein bisschen im Wasserrecht gab, zu verallgemeinern und auch der umweltverantwortlichen Unternehmen ist etwas, was ich mir ausgedacht habe. Und ich habe sozusagen die Aktivitäten des Instituts in diesem Bereich mitverfolgt. Habe auch zum Teil mit ihnen zusammengearbeitet, eine empirische Untersuchung über das Öko-Audit. Also gewisse Berührungspunkte hat es gegeben, aber die Arbeit insgesamt kann ich nicht so gut beurteilen.
00:41:25	00:42:47	Knoblauch: Aber bei den Idee, die Sie jetzt tatsächlich versucht haben, direkt an den Mann und die Frau in der Bundesregierung zu bringen, würden Sie sagen, da hat Ihre Arbeit Früchte getragen, da wurde auch etwas umgesetzt? Rehbinder: Ja. Knoblauch: Weil zum Beispiel bei der Professorenkommission für das Umweltgesetzbuch ist ja tatsächlich unter dem Strich jetzt nicht viel dabei rausgekommen. Rehbinder: Naja, ganz so kann man das nicht sagen. Und zwar, weil nämlich die Arbeit der Professorenkommission ja die Grundlage war der Arbeit der Sachverständigenkommission. Deren Forderungen sind auch nicht akzeptiert worden, aber nachdem das Projekt gescheitert war, hat man ja immerhin mehrere Bücher aus dem geplanten Umweltgesetzbuch dann als sektorale Umweltgesetze verabschiedet. Das neue Wasserhaushaltsgesetz, die Reform des Emissionsschutzrechts, manches andere mehr. Die Regelung über die nichtradioaktiven Strahlen. Das heißt, es sind dann Blöcke aus der Arbeit rausgenommen worden und sind dann doch umgesetzt worden. Was man nicht geschafft hat und da haben die beiden Kommissionen das nicht geleistet, vielleicht auch weil wir überambitioniert waren, das war dieses einheitliche Genehmigungsverfahren und daran ist ja das Ganze gescheitert im Grunde genommen. Das einheitliche Genehmigungsverfahren wollte die Wirtschaft nicht, die Wasserfachbruderschaft auch nicht, weil sie immer Wasser als etwas Besonderes angesehen haben. Sie wollten keine einheitliche Genehmigung. Daran ist das Ganze kaputtgegangen.
00:42:47	00:44:23	Knoblauch: Okay. Das heißt, Sie haben die These, dass wenn die Professorenkommission vielleicht nicht die hohe Ambition gehabt hätte das einheitliche Genehmigungsverfahren in den Entwurf des Umweltgesetzbuches einzubringen, dass es dann vielleicht funktioniert hätte? Rehbinder: Das ist denkbar, ja. Also zunächst mal nicht, weil die Kompetenzen nicht ausreichten. Wir hatten ja damals noch weite Gebiete des Umweltrechts, die nur in der Rahmenkompetenz des Bundes lagen. Aber das ist dann ja in der Föderalismusreform geändert worden. Von da ab gab es eigentlich kompetenziell keine großen Probleme mehr, sodass dann der Stein des Anstoßes in der ersten Linie eben das einheitliche Genehmigungsverfahren war. Wenn man das nicht vorgeschlagen hätte, wäre es sicherlich besser gewesen. Anderes Beispiel. Wir haben eine einheitliche Umweltplanung vorgeschlagen und das hat dann schon die Sachverständigenkommission sehr stark abgeschwächt. Am Ende ist gar nichts rausgekommen, das heißt in diesem Bereich hat sich überhaupt nichts geändert. Wir haben jetzt nach wie vor die einzelnen Planungen, die es da auf der Grundlage der einzelnen Gesetzen gibt. Also die Dinge sind nicht akzeptabel gewesen und man muss natürlich sehen, wenn man eine einheitliche Genehmigung schafft, dann entmacht man irgendjemand. Denn Genehmigungsbehörde kann immer nur eine sein. Und bisher waren es eben mehrere: Die Emissionsschutzbehörde, die den Großteil der Arbeit machte, aber auch die Wasserbehörde spielte

		eine Rolle und einige andere Behörden auch noch. Und mit einem einheitlichen Genehmigungsmodell werden die allenfalls zur Einvernehmungsbehörde, aber sie haben nicht mehr die Verfahrensleitung. Das ist ein ganz anderes Denkmodell und von daher versteht man natürlich, dass die Wasserleute das nie gemocht haben.
00:44:23	00:47:37	Knoblauch: Ja, das stimmt. Was würden Sie sagen, wie war das Verhältnis zwischen dem Sachverständigenrat für Umweltfragen und anderen Institutionen, seien es Umweltinstitutionen oder andere Beratungsgremien wie der Rat der Wirtschaftsweisen oder so? Rehbinder: Also zunächst mal zu den Umweltinstitutionen. Wir haben ja seit 1992 einen konkurrierenden Rat, den Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen, der ja sich in letzter Zeit so zum Retter der Welt emporstilisiert hat, aber das steht auf einem anderen Blatt. Mit denen haben wir zunächst kooperiert, aber die Kooperation wurde dann recht schwierig. Und zwar einen Grund, den Sie wahrscheinlich nicht kennen. Uns ist es gelungen, und zwar unter Umweltminister Töpfer, die Bevormundung durch Ministerialbeamte, die dadurch geschah, dass sie bei allen Sitzungen präsent sein durften, abzuschütteln. Wir haben gesagt, wir machen das nicht mehr. Wir wollen nicht mehr, das ist unsinnig. Und Herr Töpfer war ja auch mal im Rat, hat das auch erlebt, fand das nicht gut. Und Töpfer hat den Einrichtungserlass dahin geändert, dass wir zwar die einzelnen Ministerien zu konsultieren haben, aber die sitzen nicht immer dabei. So. Beim WBGU, dem Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen, war das anders. Da saßen die beiden finanzierenden Ministerien, die saßen immer dabei. Und ich glaube, dass das heute noch so ist. Und dann haben wir gemeinsame Sitzungen abhalten wollen. Da haben wir gesagt "Nä, also wenn die dabeisitzen, das geht irgendwie nicht". Dann haben wir die rausgeschickt. Da war natürlich der Ärger groß und das war ein Grund dafür, dass man da nicht so kooperierte, wie man das vielleicht hätte machen sollen. Es kam hinzu, dass trotz der eindeutigen Ausrichtung der beiden Räte – hier nationale Umweltpolitik, da globale Umweltpolitik – es auch gewisse Überschneidungen gab. Wir haben uns mit dem europäischen Umweltrecht beschäftigt, europäische Umweltpolitik, das durften wir. Aber wir haben auch hin und wieder internationalrechtliche Themen behandelt, wenn wir der Meinung waren, das sei notwendig, um zu testen, wie wir nationale Politik umsetzen könnten. Das betrifft insbesondere die Welthandelsorganisation. Wir haben diese Themen behandelt, da sagt dann WBGU "Das könnt ihr nicht, das dürft ihr nicht, das ist Internationales" / Also da gab es so gewisse kleinere Eifersüchteleien, aber einig waren wir uns sicherlich in, sagen wir mal, der Einstellung, dass es Aufgabe der Räte ist, für eine fortschrittliche Umweltpolitik, allerdings auf wissenschaftlicher Basis zu sorgen. Also da bestand Einigkeit. Also man kann sagen, das war ein gewisses Konkurrenzverhältnis. Die Kooperation hätte besser werden können und ich war, als ich meinen Abschied nahm aus dem SRU, eigentlich der Meinung, man sollte diese beiden Gremien in ein einheitliches Gremium verwandeln und man sollte diese Trennungen aufgeben. Dass heute, wo die Umweltpolitik immer stärker europäisiert und globalisiert wird, ist das ein gewisser Anachronismus, dass es diese beiden Gremien gibt, meines Erachtens. Na gut.
00:47:37	00:49:57	Rehbinder: Jetzt zu anderen Institutionen. Wenn man Gutachten schreibt, sei es über eine Spezialfrage, sei es ein Rückblick auf die letzten vier oder zwei Jahre Umweltpolitik, kann ein Beratungsgremium wie Sachverständigenrat oder auch WBGU, kann das nicht alles aus eigener Kraft machen. Sind zwar alle gut ausgestattet gewesen, einen Assistenten, eine Geschäftsstelle und noch einen Assistenten am Lehrstuhl als Grundmuster, aber man muss notwendigerweise zurückgreifen auf Sachverstand, der außerhalb der Räte liegt. Und insofern hat man sich natürlich aller dieser Institute – nicht alle, aber der meisten dieser Institute – auch bedient als / manchmal wegen Unteraufträgen, manchmal auch nur im Rahmen von Gesprächen als Lieferant von Problemsichten und auch manchmal natürlich auch von neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen. Das ist schon eine wichtige Funktion gewesen und sämtliche Räte haben natürlich auch immer den Kontakt mit der Gesellschaft gesucht. Das heißt, wir haben Sitzungen abgehalten mit allen Umweltverbänden, die dann manchmal auch nur zum Teil gekommen sind, weil sie aufeinander eifersüchtig waren. Mit der Wirtschaft, das war immer etwas schwierig, auch mit denen haben wir uns getroffen, mit der Landwirtschaft und wir haben natürlich kurz vor Ende eines Gutachtens dann unseren vorläufigen Thesen mit den Ministerien diskutiert. Selbstverständlich. Also es hat da schon einen relativ engen Kontakt gegeben und die Arbeiten der anderen Umweltforschungsinstitute sind nach Möglichkeit natürlich beachtet worden, denn das ist das Material gewesen, was wir gebraucht haben. Man muss gleich ja sehen, jeder dieser Wissenschaftler ist ja kein Gott, sondern er ist eine Person mit relativ beschränktem Horizont, selbst innerhalb des jeweiligen Fachs muss man jedoch anerkennen, dass man Expertise hat in einem Ausschnitt. Das gilt selbst für Juristen, die ja für sich

		in Anspruch nehmen, eigentlich alles immer zu können. (Lacht) Muss man das zugeben, dass man doch eine begrenzte Expertise hat. Und von daher bot es sich natürlich an, eine Vielzahl von Institutionen zu konsultieren, auf jeden Fall ihre Arbeiten einzuarbeiten.
00:49:57	00:52:28	<p>Knoblauch: Jetzt noch zu einem ganz anderen Thema. Wir haben bislang wenig über den Kontext gesprochen, also das Zeitgeschehen, was sozusagen eventuell die Entwicklung der Umweltpolitikforschung beeinflusst haben könnte, möchte ich es mal ganz vorsichtig formulieren. Was würden Sie sagen, gab es da bestimmte zeitgeschichtliche Ereignisse? Wir haben schon über die Anti-AKW-Bewegung gesprochen zu Beginn der Umweltpolitikforschung, aber was ist zum Beispiel mit der Studentenbewegung, was ist mit der Frauenbewegung, was ist mit der deutschen Einheit? Rehbinder: Das haben wir noch gar nicht behandelt. Knoblauch: Nein, aber vielleicht hat es auch keinen Einfluss gehabt Ihrer Meinung nach, aber vielleicht auch doch, vielleicht können Sie da noch was zum Kontext sagen zum Zeitgeschehen. Rehbinder: Die Studentenbewegung ist ja der Nährboden auch für die Anti-Atom-Initiativen gewesen. Das heißt, die wären nicht denkbar gewesen ohne die Studentenbewegung. Zeitlich etwas vorgängig, aber das ist der Nährboden gewesen und man muss ja sagen, dass diese Jahre zwischen '68 und '72, die ich ja hautnah als Privatdozent und dann als Jura-Professor miterlebt habe, dass die natürlich für unsere weiteren gesellschaftlichen Entwicklungen durchaus prägend gewesen sind. Also ich wollte sagen, ohne Studentenbewegung keine Atomgegner, ohne Atomgegner keine Grüne Partei und so weiter und so fort. Und die Grüne Partei wiederum hat bewirkt, dass sie alle etablierten Parteien, aber auch sonstige gesellschaftliche Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmensverbände des Umwelthemas mehr annehmen mussten. Also wir haben, wenn man so will, eine graduelle Ökologisierung der Gesamtgesellschaft gehabt. Und vor diesem Hintergrund konnte natürlich auch die Umweltforschung gedeihen. Das ist selbstverständlich. Also das ist eine Grundbedingung. Dieser gesellschaftliche Wandel, der sich langsam vollzogen hat, ist eine Grundbedingung gewesen für das Wachstum auch der Umweltforschung in Deutschland. Jetzt, wie steht es mit plötzlichen Ereignissen? Da gibt es ja einen Politologen in Berlin, den Herrn von Prittwitz, der ein Buch geschrieben hat über das Katastrophensyndrom. Und da ist, Politologen reden das zwar allgemein ab, aber ein bisschen was dran ist da natürlich schon. Das heißt, spektakuläre Ereignisse wie Tschernobyl, der Urf..., der Unfall der Sandoz SA, Rhein, die Rheinverschmutzung über Hunderte von Kilometern.</p>
00:52:28	00:54:55	<p>Rehbinder: Solche spektakulären Ereignisse haben natürlich eine Rolle gespielt im, sagen wir mal, in der Aufweckung der Menschen, in der Förderung des Umweltbewusstseins, und das ist natürlich den Umweltforschungsinstituten auch zugutegekommen. Das kann man zwar nicht konkret festmachen, man kann nicht sagen, also Tschernobyl war 1986, 1987, ab '87 gab es ein Umweltministerium, aber '88, da gab es Umweltforschungsinstitute. Also Herr Jänicke hat seines eher gegründet und wir könnten, die Frankfurter, unser kleines Forschungszentrum für Umweltrecht, sagen "ja, wir sind eine Reaktion auf Tschernobyl", aber das haben wir nicht so gesehen. Das haben wir in der Tat nicht so gesehen. Das war ein schreckliches Ereignis, das man natürlich sehr stark auf Unzulänglichkeiten in der damaligen Sowjetunion zurückführte und auch aus der heutigen Sicht kann man sagen Three Mile Island ist eigentlich immer noch der Atomunfall, der am repräsentativsten ist für die Gefahren, die wir haben mit der Kernenergie. Es ist weniger Fukushima noch Tschernobyl, es ist Three Mile Island. Denn Fukushima kann bei uns nicht passieren, aus Fukushima können wir in Wahrheit wirklich nur lernen, dass man eben das Unmögliche auch noch denken muss. Aber das ist eine abstrakte Lehre. Die konkrete Lehre ist meines Erachtens ganz ohne Aussage, zumal ja zwei der Blöcke stehen geblieben sind. Wir haben ja zwei von sechs Blöcken, die überhaupt nichts abbekommen haben, das waren die neuesten, ganz zufälligerweise. Man sieht das daran, da ist ein Zusammentreffen von sehr unglücklichen Umständen gewesen und jedenfalls mal zurück. Diese spektakulären Ereignisse haben natürlich sehr viel bewegt in der Gesamtpolitik. Und sie haben insofern natürlich auch einen Nährboden geschaffen, dass Umweltforschung sich weiter entfalten kann. Das ist selbstverständlich. Das sehen Sie ja heute, wo wir jetzt auf dem erneuerbaren-Energie-Pfad sind, es ist selbstverständlich, dass in diesem Bereich, wir jetzt sozusagen neue Arbeit bekommen für Umweltforschung. Das sieht man ja auch schon, wie Institute aus dem Boden sprießen und auch etablierte Dinge, die Bergrechtler zum Beispiel, die Bergrechtsinstitute, die interessieren sich jetzt dafür auch, Clausthal-Zellerfeld ist ganz groß im Geschäft und so weiter und so fort. Das sieht man schon, dass die Folgewirkung solcher spektakulären Ereignisse natürlich auch, wenn sie in Richtung auf Verschärfung der Umweltpolitik gehen oder auf eine Richtung eines Politikwechsels wie in der Energiepolitik, dass dann</p>

		selbstverständlich die Umweltforschung davon auch profitiert, das ist klar.
00:54:55	00:57:45	<p>Knoblauch: Und die deutsche Einheit, hat die auch einen Einfluss gehabt auf die Entwicklung sowohl der Umweltpolitik als auch der Umweltpolitikberatung? Rehbinder: Also die deutsche Einheit war zunächst einmal ein retardierender Faktor. Das ist offensichtlich. Die 90er Jahre sind ja / Ich habe irgendwann mal so einen kleinen Vortrag gehalten darüber, als ich im Rat aufhörte über 30 Jahre deutsche Umweltpolitik, wo ich die einzelnen Phasen beschrieben habe. Und mein Eindruck von den 90er Jahren ist so: Einerseits haben wir wachsendes Umweltbewusstsein gehabt, bedingt durch das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, Brundtland-Kommission, '92 ja die Konferenz von Rio, dann Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie. Da hat es sozusagen ein erhebliches Wachstum gegeben in der Umweltpolitik. Gleichzeitig aber hat man ab Mitte der 90er Jahre die Beschleunigungsgesetzgebung kreierte. Und das hängt auch mit der deutschen Einheit zusammen. Hat man gesagt, wie können doch diese lausigen Leute da, alle unsere Projekte beklagen wollen, das können wir doch nicht zulassen und man hat dann bundeseinheitliche Verfahren eingeführt mit dem Bundesverwaltungsgericht als einziger Instanz. Man hat sogar ein parlamentarisches Verfahren durchgeführt. Eine Planung einer Eisenbahntrasse durch das Parlament. Man versucht Partizipation abzubauen, Rechtsschutz abzubauen, die Verfahren zu beschleunigen. Die Idee des "schlanken Staates" ist damals geboren gewesen. Das legt eine ganz merkwürdige Ambivalenz in diesem Jahrzehnt / einerseits die Idee der nachhaltigen Entwicklung und zwar in Deutschland ja durchaus mit dem Schwergewicht auf die Umweltverträglichkeit und nicht auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Andererseits aber der Versuch, Bürgerpartizipation abzuwürgen, der lange Widerstand gegen die Verbandsklage, erst 2002 haben wir uns dazu bequemt, jedenfalls im Naturschutz auf Bundesebene eine Verbandsklage einzuführen. Alles Übrige musste ja letztlich vom Europäischen Gerichtshof erzwungen werden. Das heißt, wir haben diese sehr gegenläufigen Tendenzen: Einerseits ein Fortschritt, auch wenn man so will ein neues Leitbild, was sicherlich notwendig war und daran wurde auch gearbeitet. Die Nachhaltigkeitsstrategien sind ja durchaus beachtlich. Andererseits aber der Versuch das Rad der Umweltpolitikgeschichte zurückzudrehen. Das spielt eben eine Rolle. Meine Mutter hat mir irgendwann mal ein Sprichwort mitgegeben auf den Weg, das heißt: "Wenn die Kosten kommen, wir ihm beklommen". Und so war das eben in den 90er Jahren. Man hat eben die enormen Kosten der deutschen Vereinigung gesehen und hat sich überlegt, wie können wir das Ganze billiger, schneller machen. Wir müssen ja so viel neue Straßen bauen. Ob man das wirklich musste, ist ja eine andere Frage. Aber die Idee war, dass wir das müssen.</p>
00:57:45	00:59:32	<p>Knoblauch: Okay. Das heißt, Sie würden sagen ein ausschließlich retardierender Faktor. Rehbinder: Ja. Das seh ich so. Wir haben ja auch nichts übernommen aus der DDR. Aber gut, wir haben ja auch in anderen Bereichen nichts übernommen, außer ein paar naturwissenschaftlichen Professoren. Das heißt, diesen Prozess will ich jetzt hier nicht irgendwie bewerten, aber die DDR hatte natürlich in puncto Umweltschutz nichts für uns zu bieten, also warum sollte sie zu einer Verbesserung des Umweltschutzes führen? Wir hatten natürlich gewisse Seiteneffekte gehabt. Und zwar durch die Deindustrialisierung sind wir natürlich einen Großteil unserer CO₂-Emissionen losgeworden, ein Großteil der Emissionen. Und vieles an unseren Erfolgen, wenn wir jetzt unser 21 Prozent-Ziel erreichen sollten, viel davon geht einfach auf Kosten der deutschen Vereinigung. Aber das ist kein umweltpolitischer Fortschritt, sondern das ist einer dieser berühmten <i>Windfall</i>-Profite. Mehr ist das nicht gewesen. Das hat dann natürlich auch eine Modernisierung gegeben und wenn man eben zwangsweise modernisiert, hat man natürlich geringe Umweltauswirkungen, das ist ganz klar. Aber sonst sehe ich eigentlich nicht, dass die deutsche Vereinigung irgendwelche wirklich positiven Einflüsse ausgeübt hat auf die Umweltpolitik als Politiksektor und was die Umweltforschung betrifft, gut, es hat natürlich auch in den neuen Bundesländern haben sich Umweltforschungsinstitute etabliert. Das ist vollkommen richtig. Also das kann man sagen. Also insofern ist, wenn man so will, die Wissenschaftsbasis verbreitert worden dadurch.</p>
00:59:32	01:00:37	<p>Knoblauch: Und würden Sie sagen, dass das sozusagen jetzt immer noch nachwirkt oder ist im Bereich der Umweltpolitik die negativen Auswirkungen der deutschen Einheit, wurden die überwunden in der Zwischenzeit? Rehbinder: Also ich würde sagen, das wirkt heute nicht mehr in dem Maße nach, wenngleich man sehen muss, dass wir uns sehr schwer tun mit Bürgerpartizipation, wenn sie darauf hinausläuft, dass Bürger ein Vorhaben kategorisch ablehnen. Das insofern sind so Sachen, diese Versuche auf der Ebene der Gesetzgebung zu einer Beschleunigung beizutragen sind vielleicht doch nicht so erfolgreich gewesen, wie man sich das ursprünglich gedacht hat und wir sind ja heute mehr wieder auf der Linie, dass wir eine</p>

		umfassendere Bürgerpartizipation vorsehen wollen, wenn man denken kann, die Endlagerdiskussion, wo das ganz deutlich wird, aber das ist natürlich auch eine Sonderfrage, die nun sehr vielschichtig ist.
01:00:37	01:03:47	Knoblauch: Sie haben sich im Laufe Ihrer Karriere auch intensiv mit dem europäischen Umweltrecht befasst. Wie bewerten Sie die Rolle der EU für die deutsche Umweltpolitik? Rehbinder: Ja, da würde ich mal anfangen mit einem bösen Spruch, den mein Kollege Salzwedel mal irgendwo formuliert hat. Und zwar, die EU verhält sich wie eine Besatzungsmacht. Naja, ich würde mal so sagen, dass EU-Umweltpolitik ist in außergewöhnlichem Maße, wenn man das mit anderen konventionellen Politiken vergleicht, gewachsen und hat zwar die nationale Politik nicht verdrängt, aber ist heute ein sehr wesentlicher Faktor geworden, den wir im Rahmen unserer nationalen Maßnahmen berücksichtigen müssen. Gleichzeitig haben wir natürlich auch eine Chance, die wir nicht immer genutzt haben, die EU-Politik zu beeinflussen. Das hängt mit Personalpolitik zusammen, Beamtenkarrieren und ähnlichen Dingen, also da sind andere Nationen, insbesondere die Engländer, sehr viel erfolgreicher gewesen. Insgesamt ist die EU-Umweltpolitik rein aus der deutschen Perspektive betrachtet ein Faktor unter vielen. Das heißt, es ist gar nicht so einfach die Politikrichtungen zu identifizieren, die ohne die EU in Deutschland nicht zustande gekommen wären. Also ich würde mal sagen, der Abfallbereich gehört nicht dazu, da waren wir weiter. Die EU hat allerdings im Wasserbereich, darüber kann man sich zweifeln, in den letzten zwei Jahrzehnten einen anderen Strategieansatz gewählt. Wir sind ja sehr stark ausgerichtet gewesen, die Emissionen zu reduzieren. Wasser, Luft, Lärm und so weiter und so fort, während die EU ja ein Gemisch zwischen einer qualitätsorientierten und einer planerisch-prozeduralen Strategie befolgt und daraus ergeben sich natürlich Impulse für die deutsche Umweltpolitik, die man nicht immer unbedingt als positiv ansehen muss. Ich glaube, wir verplanen uns zu sehr. Ich habe mal irgendwann in den ganzen Diskussionen gesagt, was hat es für einen Sinn, diese ganzen Umweltzonen zu schaffen in den Großstädten? Warum gehen wir nicht an die Kraftfahrzeuge ran? Warum müssen die Leute diese Sport-Utility-Vans nach wie vor fahren und so weiter und so fort? Könnten wir nicht sehr viel mehr erreichen, wenn wir sozusagen da an der Quelle ansetzen anstatt uns kaputt zu planen und dies zu machen und jenes zu machen? Das leuchtet mir nicht so recht ein. Aber insgesamt, wenn man das auf die gesamte EU bezieht, dann ist die EU sicherlich sehr segensreich gewesen. Weil nämlich die Nachzügler, wenngleich sie alle mit starken Vollzugsdefiziten zu kämpfen haben, aber die Nachzügler sind sozusagen in das gemeinsame Umweltboot der EU reingezogen worden und das ist natürlich sehr verdienstvoll.
01:03:47	01:05:42	Knoblauch: Jetzt wurde Ihre Expertise ja auch auf EU-Ebene angefragt. Würden Sie sagen, es gibt da Unterschiede in dem, was von der Umweltpolitikforschung gefordert wird auf der EU-Ebene im Vergleich zur deutschen, nationalen Ebene. Rehbinder: Also beide Ebenen sind natürlich verhaftet in ihrer eigenen Perspektive, nicht? Also die EU würde nie ein Forschungsvorhaben fördern wollen, wo es darum ginge, die EU abzumagern. Das ist praktisch nicht drin. Das muss man vergessen. Das heißt, von daher ist sozusagen, kritisches Potenzial wird eben nur in Grenzen gefördert und es kommt noch hinzu, dass die EU aus Gründen sagen wir mal des nationalen Proporz dann gerne Netzwerke finanziert mit stärkeren und schwächeren Partnern aus verschiedenen Ländern. Da werden jetzt künstliche Netzwerke gebildet. Hab gar nichts gegen Netzwerke, wir haben so was auch mal gemacht. Aber man sucht nach Möglichkeit natürlich eigentlich einen Partner raus, die in puncto Kompetenz und, sagen wir mal, Finanzierungsquellen passen und in der EU muss man immer gucken nach irgendwelchen marginalen Ländern, damit die auch noch im Boot sind. Das finde ich ja sehr lästig, das muss ich sagen. Das ist ausgesprochen lästig. Wie das jetzt mit dem Gendermainstreaming ist, das weiß ich nicht. In der Zeit, als das in Gang kam, da habe ich solche Dinge nicht mehr gemacht mit der EU, aber wahrscheinlich spielt das heute auch eine Rolle. Das ist ja alles irgendwie berechtigt, aber es erschwert natürlich die Forschung ungemein, das kann man nicht anders sagen. Also ich finde, es gibt andere Methoden als, sagen wir mal, da Frauenquoten in Forschungsprojekten zu oktroyieren. Da haben wir glaube ich andere Möglichkeiten mit diesem Problem, was ja sicherlich ein Problem ist, umzugehen.
01:05:42	01:06:55	Knoblauch: Das ist jetzt aber ein anderes Thema, obwohl ich das auch spannend fände, aber wollen wir das jetzt nicht weiter vertiefen. Rehbinder: Ja, Sie haben es vorhin mal angesprochen. Knoblauch: Ja, es ist tatsächlich auch so als kleinen Exkurs, dass wir, unter den 21 Zeitzeugen ist eine Frau. Rehbinder: Nur eine Frau? Knoblauch: Ja. Rehbinder: Ja, der Umweltschutz war mal männlich. Knoblauch: Ja, das ist auch wirklich schwierig gewesen. Es gab noch eine potenzielle andere Kandidatin, die hatte irgendwie nie Zeit. Aber sonst gab es auch gar nicht so viele

		<p>Zeitzeuginnen in der Zeit zurückgegangen. Rehbinder: Ja gut, es gibt Politikwissenschaftlerinnen wie die Frau Héritier, Frau Mayntz, die in der Implementationsforschung gearbeitet hat. Es gibt schon einige, aber es ist richtig, auch wenn man sich die Räte betrachtet, wir hatten seinerzeit Frauen, eine Medizinerin und hatten wir die Frau Höhler, die aber dann bald wieder ausgeschieden ist, weil sie sich mit uns nicht vertragen hat. Sie wollte, dass wir Reklamesendungen im Fernsehen machen und das wollte der Rat nicht. Also in seiner großen Mehrheit wollte er das nicht. Aber es ist richtig, das ist schon sehr männlich alles gewesen. In letzter Zeit ändert sich das aber schon. In jüngerer Zeit ändert sich das schon etwas.</p>
01:06:55	01:10:08	<p>Knoblauch: Wir nähern uns langsam dem Ende des Gespräches. Zum Abschluss noch eine Frage, die sich auf die Zukunft der Umweltpolitikberatung bezieht, auch wenn das Projekt Oral History heißt. Gibt es Ihrer Meinung nach eine Lücke in der aktuellen Landschaft der Umweltpolitikberatung oder im System? Das heißt, welche Entwicklung würden Sie sich gerne in den kommenden Jahren wünschen? Die Frauenquote ist es nicht, habe ich gerade schon vernommen. Rehbinder: Die Frauenquote ist es nicht. Ich glaube, das wird sich von praktisch von alleine regeln, aber es ist die Frage, ob man die Geduld hat. Ist mehr eine Frage der Zeit. Also wenn man die Geduld nicht hat, muss man eben irgendwelche Maßnahmen treffen, das ist selbstverständlich. Aber wie man das macht, ob man Reißverschlussverfahren macht, also wir haben ja an den Universitäten viel experimentiert mit solchen Dingen. Die einen machen es so, die anderen machen es so. Aber kommen wir mal darauf zurück. Also ich wusste ja, dass Sie das fragen würden. Und ich habe mir das überlegt. Ich habe eigentlich eine echte Lücke nicht finden können. Was vielleicht fehlt, ist eine Forschungsinstitution, die weit in die Zukunft denkt. Das fehlt vielleicht. Man muss ja noch eines sehen, dass man abgesehen von den Räten, die ja natürlich nun auch nicht immer nur in die Zukunft denken können, die anderen Institutionen ja alle an irgendwelchen Finanzierungsschläuchen hängen. Das heißt, sie müssen Drittmittelprojekte anschaffen. Sie können zwar auch etwas Eigenforschung machen, das Öko-Institut macht ja auch aus Mitteln der Mitglieder zum Teil Eigenforschung, versucht dann über Mitglieder Spender zu gewinnen, aber insgesamt ist bei den meisten Forschungsinstituten das natürlich so, dass sie auf staatliche Förderung oder auch private Förderung über Projekte angewiesen sind. Und da fehlt vielleicht manchmal ein bisschen der Atem, vollkommen umzudenken. Also das könnte ich mir schon vorstellen. Zum Beispiel eine Zukunft ohne erneuerbare Energien mit Wasserstoff. Solche Grundfragen. Es gibt ja auch andere Grundfragen. Man ja mal versucht, die Kernenergie zu retten über die Transmutation. Wahrscheinlich nicht der richtige Weg wegen der Plutonumentwicklung, die damit verbunden ist. Aber natürlich eine Transmutation könnte die Halbwertszeiten der Kernenergie radikal reduzieren. Also das wäre natürlich eine Zukunftstechnologie, wenn man den Atompfad weiterfahren will, was ja immerhin einige unserer Partner in Europa drauf und dran sind zu tun. Das heißt, solche grundlegenden Fragen, das fehlt mir ein bisschen. Auch eine Gesellschaft ohne Automobil ist ja nicht unvorstellbar. Ich glaube, darüber wird ein bisschen zu wenig nachgedacht. Also, die Zukunftsutopien, Entwicklung von Zukunftsszenarien, die nun ganz anders sind, als das, was gegenwärtig für richtig gehalten wird. Das fehlt mir ein klein wenig. Aber sonst, glaube ich, haben wir keine echte Lücke.</p>
01:10:08	01:12:43	<p>Knoblauch: Und würden Sie sagen / Ich hatte mich auch schon ein bisschen beschäftigt mit dieser Zeitperspektive, dieser Langfristperspektive, aber oftmals ist es ja so, dass das politische System nicht langfristig denkt, sondern eben kurzfristig. Ist es nicht sozusagen ein grundlegendes Problem? Vielleicht gibt es deswegen diese Lücke, weil das auch nicht nachgefragt wird beziehungsweise gehört wird? Rehbinder: Ja, es ist auch schwer. Ich habe ja im letzten Jahr im Rahmen einer unserer deutschen Akademien, einem interdisziplinären Projekt, mit der Atomendlagerung befasst. Darüber ein Buch mitverfasst, wo ich auch rechtsvergleichend gearbeitet habe. Ich habe eine ganze Reihe von Ländern, deren Erfahrungen untersucht – Finnland, Schweden, Schweiz, Großbritannien, Frankreich, Japan, USA. Glaube, das waren so die Länder. Und das ist ja nun etwas extrem Langfristiges, wo man ja damit rechnet, dass schlimmstenfalls eine Millionen Jahre wir uns mit dem nuklearen Abfall in dem Sinne jedenfalls kümmern müssen, dass wir aufpassen müssen, dass er unten nicht abhandenkommt oder kann ja auch irgendwas passieren mit den Verschlüssen. Das weiß man nicht genau. Das sind Dimensionen, die man eigentlich gar nicht denken kann. Wir haben 6000 Jahre menschlicher Zivilisation etwa. Wenn man mit den Sumerern anfangen bis jetzt, etwa 6000 Jahre, wo wir von Zivilisation sprechen können. Was sind 6000 Jahre mit der Halbwertszeit der nuklearen Abfälle? Ist überhaupt gar nichts. Also solche extrem langfristigen Dinge, die werden bei uns eigentlich eher stiefmütterlich behandelt. Man muss natürlich auch zugeben, was können wir</p>

		den Vernünftiges darüber sagen? Können wir etwas Vernünftiges darüber sagen? Was Leute in 6000 Jahren machen werden, wenn die da irgendwie, nehmen wir mal an, wir haben da ein Endlager für unsere nuklearen Abfälle geschaffen, wenn die das antreffen, was werden die haben? Werden die eine Technologie haben, die wir heute noch nicht kennen oder werden die wieder zurückgefallen sein. Wir wissen im Grunde genommen gar nichts darüber. Deswegen ist es natürlich auch sehr gefährlich, über solche Dinge zu arbeiten. Aber, sagen wir mal einen Zeitraum von hundert Jahren. Hundert oder zweihundert Jahren. Wie soll da eigentlich die Gesellschaft aussehen? Wie auch mit der Weltbevölkerung? Gibt es da, wie ja viele meinen einen Kulminationspunkt bei 9 Milliarden, dann stabilisiert sich die Weltbevölkerung? Ist das realistisch, ist das nicht realistisch? Und was hat das für Folgen auch für die globale Umwelt, für die Verteilung des Wohlstandes zwischen den einzelnen Völkern? Das sind Dinge, die meines Erachtens nicht ausreichend thematisiert werden.
01:12:43	01:13:23	Knoblauch: Sie hatten eingeleitet, dass das unter anderem deshalb nicht ausreichend thematisiert wird, weil die Institutionen abhängig sind von Drittmitteln. Würde also so eine staatliche Grundfinanzierung das Problem in Ihren Augen beheben? Rehbinder: Joa. Das würde schon, wenn man die machen lassen würde, was sie wollen, dann sind Wissenschaftler zu allen möglichen Dingen fähig. Das muss man sagen. Man denke mal an die Hirnforschung, die ja solche Fortschritte gemacht hat in den letzten Jahrzehnten. Das ist erstaunlich. Warum soll das in anderen Bereichen nicht möglich sein? Also Energieforschung ist für mich meines Erachtens ein Bereich, wo in der Tat sehr viel mehr getan werden muss.
01:13:23	01:16:37	Knoblauch: Okay. Jetzt haben wir ja ein buntes Potpourri angesprochen an Themen und Aspekten. Gibt es noch etwas, was ich Sie heute nicht gefragt habe, was Sie uns aber mit auf den Weg geben möchten? Rehbinder: Joa, Sie haben natürlich nicht gefragt, wie ich die Rolle des Umweltrechts sehe in dem Ganzen. Aber es interessiert Sie vielleicht auch nicht. Knoblauch: Das stimmt, doch das würde mich interessieren. Rehbinder: Das würde Sie interessieren. Knoblauch: Ja. Das ist, weil ich so wenig juristisch denke. Rehbinder: Aha. Aber die Umweltjuristen sind ja auch nun gar nicht so juristisch orientiert, sondern sie verkörpern ja nicht, sagen wir mal, die traditionellen Werte des Rechts, sondern Sie sehen schon das Recht zu einem erheblichen Teil als instrumentale Struktur und weniger als ein Wert an sich. Das muss man schon sagen, nicht? Ja, zur Rolle des Umweltrechts kann man nur sagen: Das Umweltrecht hat natürlich die Entwicklung der Umweltpolitik mitbegleitet, zum Teil auch mitgeprägt. Und wir stehen heute in einem Stadium, wo sich das Umweltrecht ausdehnt. Das hängt insbesondere damit zusammen, dass der Energiebereich hinzugekommen ist, dass die Nachhaltigkeit ja auch Herausforderungen stellt wie es gibt ja durchaus Wissenschaftler, die sagen, das neue Rechtsgebiet heißt nicht mehr Umweltrecht, sondern Nachhaltigkeitsrecht. Das wird alles abgelöst. Das sind aber vorlebend Wissenschaftler, die dem Drei-Säulen-Konzept anhängen, während ich persönlich eigentlich immer mehr für das – also wie Herr Winter das mal gesagt hat – ein Fundament und zwei Säulen, das ist für mich Nachhaltigkeit und nicht das Drei-Säulen-Konzept. Aber insofern hat Umweltrecht natürlich eine gewisse Renaissance erlebt, aber es ist natürlich nach wie vor gefangen, sagen wir mal, in den strukturellen Eigenarten des Rechts, als Rechtsgebiets und kommt da auch nicht rechtlich raus, das ist ganz klar. Umweltrecht kann nicht unabhängig gestalten, sondern es ist doch zu einem erheblichen Teil nur Instrument von Dingen, die anderswo entschieden werden und auch anderswo entschieden werden müssen. Das muss man sehen. Aber man kann natürlich auch / ich will es mal an einem Beispiel sagen. Wir haben ja seit 1994 in unserer Verfassung ein Staatszielbestimmung Umweltschutz, die jetzt noch um den Tierschutz erweitert ist, wonach der Staat verpflichtet ist sich schützend vor die Umwelt zu stellen, auch im Interesse künftiger Generationen. Also eine sehr frühe Ausprägung der Umweltdimension des Nachhaltigkeitsgrundsatzes. Wir haben es aber nicht vermocht dem Einzelnen ein Grundrecht an angemessenen Umweltbedingungen zu geben. Und so etwas hätte natürlich schon eine gewisse Sprengkraft, auch für die Gesamtausrichtung der Umweltpolitik, wenn wir anerkennen würden, dass auch der Einzelne Rechte hat. Das erkennen wir auf der gesetzlichen Ebene in einem gewissen Umfang an.
01:16:37	01:17:52	Knoblauch: Gibt es das denn in bestimmten Ländern, dass der Einzelne / Rehbinder: Natürlich, natürlich, ja. Knoblauch: Ja? Aber wahrscheinlich nur in Skandinavien. Rehbinder: Nein, nein. Umweltgrundrechte mittlerweile weit verbreitet. Nur weiß man nie so genau, ob die das wirklich, die Gesetzgeber das als subjektives Recht konstruieren oder nur als eine Art Programmsatz. Das heißt, es hängt nicht nur von der Subjektivierung ab, was ein Umweltgrundrecht wert ist, sondern eben auch von dem rechtlichen Aussagegehalt. Kann ich es einklagen insbesondere? Kann der

		Richter dann letztlich entscheiden oder nicht? Das sind entscheidende Fragen. Also in diesem Bereich ist das Umweltrecht durchaus gefragt, aber die Politik wird sich darauf nicht einlassen wollen. Also bei uns ist das ganz deutlich, dass das eigentlich niemand will, weil es natürlich Klagerecht im Gesamtbereich der Politik eröffnen würde. Ich kann ja eigentlich immer sagen "oh mein Umweltgrundrecht ist verletzt" und das ist natürlich auch etwas hinderlich für die staatliche Politik, deswegen will man das nicht. Und in vielen Ländern, wo Umweltgrundrecht anerkannt werden, wird das natürlich nun gelöst, das "Problem gelöst" in Anführungszeichen, indem man eigentlich das Recht dann doch nicht anerkennt, wenn man die Klagerechte nicht anerkennt.
01:17:52	01:18:57	Knoblauch: Okay. Ja, das hätte mich nämlich auch gewundert. Sonst hätte ich bestimmt nämlich auch schon was davon gehört. Rehbinder: Ja ja, das haben wir nicht. Solche Versuche hat es gegeben, aber ich bin ja damals in dieser Kommission gewesen, die die Staatszielbestimmung vorbereitet hat. Und wir wollten eigentlich damals das Umweltgrundrecht vorschlagen, aber da haben die beiden Ministerien, die da heerführend waren, gesagt das kommt nicht in Frage, waren Justiz- und Innenministerium. War noch vor Tschernobyl. Und am Ende ist dann eben diese Staatszielbestimmung geschaffen worden, die aber ein Tiger ist ohne Zähne, denn das Bundesverfassungsgericht sagt permanent "ja, wenn der Staat nur ein bisschen was tut, dann können wir nichts machen". Das heißt, die ist eigentlich nie verletzt, die Staatszielbestimmung wird nie verletzt, weil der Staat eigentlich immer etwas tut für den Umweltschutz. Knoblauch: Okay. Dann freue ich mich drauf, wenn wir heute Abend weiterdiskutieren können und bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen für das Gespräch. Rehbinder: Gut, ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

Interview mit Michael Sailer, Geschäftsführung Öko-Institut

Interviewt durch: Matthias Duwe; Head, Climate; Ecologic Institut

Datum: 19. September 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Sailer, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19. September 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:01:28	Duwe: Herzlich Willkommen, Michael Sailer. Wir sitzen heute hier im Rahmen des Projektes "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", das das Ecologic Institut durchführt mit der Methode der Oral History. Indem wir Zeitzeugen befragen, möchten wir gerne die Geschichte der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland eruieren und wir freuen uns sehr, dass Sie die Zeit gefunden haben, als ein Zeitzeuge aufzutreten. Als jetziger Sprecher der Geschäftsführung des Öko-Instituts, der schon seit drei Jahrzehnten im Institut ist und damit sicher zu den Urgesteinen der deutschen Umweltpolitik gehört freuen wir uns sehr, die verschiedenen Perspektiven aus denen Sie das beleuchten können mit Ihnen heute zu erörtern. Bevor wir den Blick zurückwenden, würde ich gerne anfangen mit der Gegenwart. Was treibt denn aktuell das Öko-Institut besonders um? Welches Thema steht ganz oben auf der Agenda?
00:01:28	00:02:32	Sailer: Also wir haben natürlich die Energiewende ganz oben auf der Agenda und zwar jetzt weniger die Gesamtüberlegung dabei, sondern in Realität sind da ja ganz viele technische und ökonomische Fragen zu klären und wir werden das jetzt weiter unterstützen und analysieren, dass wir eine Änderung in der Energiewende so hinbekommen, dass die Realisierung auch besser läuft. Das ist eine große Sache. Dann ist die zweite große Sache, wir sind nach wie vor andauernd in verschiedenen Studien am analysieren wie Produktleben geht, das heißt, dass wir gute nachhaltige Produkte bewerten auf die unterschiedlichen Nachhaltigkeitseigenschaften und dann natürlich den ganzen Lebenslauf des Produktes im Kopf haben. Und drittens, wir sind ja auch dafür bekannt, dass wir Nuklearexperten sind. Zurzeit treibt uns da natürlich die Endlagerfrage besonders um.

00:02:32	00:03:14	Duwe: Dann den letzten Punkt, das (ist dann?) auch der Einstiegs-/ das Einstiegsthema in den Blick zurück. Sie sind selber studierter Chemiker, sind aber deutschlandweit bekannt auch als Experte für Kernenergie und auch als ein fachlich sehr fundierter Kritiker derselben. Die Kernenergie ist auch ein Thema das für die Gründung des Öko-Instituts eine wichtige Rolle spielt und für die Entstehung der Umweltpolitik in Deutschland als solche. Wo im Rückblick würden Sie denn die Entstehung der Umweltpolitik in Deutschland verorten, zeitlich und thematisch?
00:03:14	00:06:18	Sailer: Also ich würde es, es Mitte der 70er Jahre so Jahre '74, '75, '76 verorten und zwar gab es da eigentlich zwei Ströme. Der eine Strom war der, dass große Industrieanlagen geplant waren und dort erstmalig Widerstand kam, aber erstmalig auch unterschiedliche wissenschaftliche Auseinandersetzungen, dass es also auch das erste Mal wissenschaftliche Diskurse, die öffentlich zugänglich waren, gab. Das war einerseits natürlich Kernenergie, das war andererseits damals, was heute keine Rolle mehr spielt, Raffinerien in Süd-Westdeutschland. Es sollten sehr viele Raffinerien gebaut werden und es ging auch um verschiedene Chemieanlagen. Seveso war ja damals ein großer Chemieanlagenunfall, der in der Zeit dort ähnlich große Diskussionen hervorgerufen hat, wie Fukushima später in der Kerntechnik. Das war sozusagen der Großanlagenstrang, wenn man so will, und dann war der andere Strang die permanente Emission. Man muss sich ja vorstellen, dass die SPD in 60er Jahren Wahlkampf geführt hat „Wieder blauer Himmel über der Ruhr“. Heute kann man sich das Ruhrgebiet gar nicht ohne blauen Himmel vorstellen. Und das war ja in vielen anderen industrialisierten Teilen in Deutschland genauso. Und da kam ja regierungsseitig, da hat Klaus Töpfer auch eine wichtige Rolle gespielt, die TA Luft, das heißt, das erste Mal ein richtiges Gesetzeswerk mit Umweltstandards und so weiter. Das heißt, dass man dann die Diskussion über sauberere Produktion im Normalbetrieb außerhalb von Störfällen auch führen konnte. Und das hat alles eine Stimmung erzeugt, bei der zumindest einige kritische Leute dann sehr stark auf Umweltschutz gegangen sind, auch wissenschaftliche Fundierung von Umweltschutz. Und diese Mischung aus wissenschaftlich begründeten Argumenten einerseits und dem, dass sich an verschiedenen Stellen in Deutschland dann Bürgerinitiativen gegen Anlagen gebildet haben und damit die Politik, bei der es auch so manche schon Einsichtige gab, Erhard Eppler ist da ein frühes Beispiel oder Klaus Töpfer, die Politik sich zum großen Teil gezwungen sah, mit auseinanderzusetzen, die Minoritäten der Politik, die schon ein bisschen mehr nachgedacht hatten, die war natürlich eher erfreut, dass jetzt die Randbedingungen besser sind für ihre Diskussion.
00:06:18	00:06:34	Duwe: Diese wenigen Früherleuchteten in der Umweltpolitik auf der Seite der Politik, wo haben die sich denn gefunden? Waren die quasi in der damaligen Opposition zu finden oder auch schon auf Regierungsseite?
00:06:34	00:08:09	Sailer: Also das war sehr gemischt. Wir reden ja da auch nicht mehr von einer reinen CDU-FDP-Regierung. Das waren ja auch die Zeiten, bei der dann die Sozialdemokraten verschiedentlich in Regierungsverantwortung standen. Und auch damals hat es schon eine Rolle gespielt, dass die Landesregierungen teilweise anders waren. Also auch Klaus Töpfer hat in Rheinland-Pfalz geübt bevor er in die Bundespolitik durfte. Und bei den Sozialdemokraten gab es dann auch verschiedene, die eben in der Politik aus Landesverbänden kamen und dann eine Zeit lang eine wichtige Rolle gespielt haben. Volker Hauff ist da sicher auch ein Beispiel, aber er ist nicht alleine. Also man muss sagen, es waren mehr SPD-Leute, es gab auch einzelne in der CDU. FDP war jetzt weniger vertreten, wobei die Liberalen sich ja damals gespalten haben bei der, Anfang der 80er Jahre. Also die Linkliberalen, die etwas mehr Umweltschutzgedanken schon als Personen hatten und die sind ja dann weitgehend zur SPD gegangen, also das wäre auch nochmal ein interessantes Spezialthema, aber wäre jetzt wahrscheinlich zu weit.
00:08:09	00:08:33	Duwe: Sie haben eben schon erwähnt, dass es eine Kombination aus öffentlichen Protest und einer Auseinandersetzung zu diesem Themen in der Wissenschaft war, die es ermöglicht hat, dass das Thema einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wurde und auch die Politik zum Handeln gezwungen hat. Wo würden sie denn den Ursprung dieser wissenschaftlichen Begleitung festmachen?
00:08:33	00:11:58	Sailer: Also es gibt keinen konkreten Ursprung, aber was war als sich Bürgerinitiativen über die Punkto Großanlagen gebildet haben, da gab es dann einzelne Leute mit wissenschaftlicher Ausbildung die in der Region verankert waren und die dann gebeten worden sind, Vorträge zu halten. Das waren sozusagen die allerfrühesten Anfänge. Also es gab in der Bewegung um Wyhl, die ja für das Öko-Institut eine wesentliche Rolle spielt, da gab es eine Frühzeit 1973, '74, '75, bei der einige Personen mit einer wissenschaftlich qualifizierten Ausbildung, also inklusive

		<p>Professoren, die dann ganz viel an Informationen gemacht haben. Das aber in ihrer Freizeit und sicher nicht mit Freude aus der entsprechenden Hochschule oder Forschungsinstitution. Und das war ja eine der Gründungsideen für das Öko-Institut, das sich verschiedene Kreise – da komme ich gleich nochmal drauf – gesagt haben, es kann nicht mit einzelnen so gehen, sondern wir brauchen eigentlich ein wissenschaftliches Forschungsinstitut, das für die Öffentlichkeit, was damals oft mit Bürgerinitiativen gleichgesetzt worden ist, zur Verfügung steht mit wissenschaftlicher Arbeit. Die Gründungskreise beim Öko-Institut, das waren eigentlich dann drei Strömungen. Es waren auf der einen Seite Bürger aus der Freiburg-Wyler-Region, Freiburg und Wyhl ist ja praktisch die gleiche Region und zwar jetzt Bürger im damaligen bürgerlichen Sinne, also Leute, die gesagt haben wir brauchen wissenschaftliche Begründungen. Eine der drei Wurzeln, die zweite der drei Wurzeln waren Politiker aus der SPD, also da hat auch Erhard Eppler und weniger bekannte, mehr auf Landesebene tätige, eine Rolle gespielt. Die wollten dann eben auch mal, dass es unabhängige wissenschaftliche Expertise gibt. Dort war ja bekannt aus Anhörungen im Bundestag oder so, wenn man da niemanden hat, den man vorladen kann, dann ist das auch ein bisschen schwierig. Und dritte Wurzel waren, in den evangelischen Landeskirchen sind damals verschiedene Pfarrer so mehr in den Blick gekommen, wenn wir die Schöpfung bewahren wollen, dann müssen wir auch nachhaltig mit der Welt umgehen, also praktisch zwischen theologischem Auftrag und Umweltschutz oder heute würde man sagen Nachhaltigkeit, so 's erste Mal Verbindungen gezogen worden ist. Und da gab es in der Badischen Landeskirche und später in der Hessen-Nassauischen Landeskirche so auch die ersten Umweltbeauftragten. Und aus der Ecke ist auch ein Teil vom Impuls für die Gründung des Öko-Instituts gekommen.</p>
00:11:58	00:13:13	<p>Duwe: Da gibt es verschiedene Punkte an denen ich anknüpfen könnte. Den zur Politik, den greife ich gleich nochmal auf und auch den zur Wissenschaft. War für das Öko-Institut selber das Thema Kernenergie über Wyhl quasi das Ursprungsthema oder spielten diese anderen Themen, die sie eben schon angesprochen haben auch schon eine Rolle? Sailer: Also es spielte von vornherein Gefährdung durch Chemie eine gleich starke Rolle wie die Kernenergie, also insofern hatte man eigentlich eine Chemie und Kernenergiebasis für die, für den Anfang der Arbeiten. Duwe: Können Sie mir noch ein paar / Sie sind selber 1980 zum Öko-Institut gekommen, ist das korrekt? Sailer: Ja. Duwe: Genau. Das ist dann so quasi im zweiten oder dritten Jahr / ähmm Sie, haben Sie sich / Was haben sie noch an Geschichten vielleicht erzählt bekommen oder was haben sie aus der Entfernung eventuell noch mitbekommen, was sie noch besonders bemerkenswert finden an dieser / an der Gründungsgeschichte?</p>
00:13:13	00:18:51	<p>Sailer: Also aus der Entfernung erstmal, also ich hatte eine relative Nähe zum Öko-Institut. Also ich habe die Leute in Freiburg gekannt, stand auch mit denen im Diskussionszusammenhang. Punkto Wyhl haben wir – also Freunde von mir haben mich damals auch schon ab und zu dafür gearbeitet, also insofern gab es da so eine leichte Verbindung. Was damals von der Form her interessant war, das ganze Institut ist ja als eingetragener Verein organisiert, mit vielen Mitgliedern und hatte damals nur eine kleine aktive Belegschaft. Also auch von / die auch bezahlt war. Und man musste in den ersten Jahren erstmal rausfinden, wie bekommt man das hin, dass man Knowhow auch stabil hat, dass man nicht nur Durchlauferhitzer ist. Es gab da Vorstellungen von Professoren, die in der Gründergeneration waren, die das ganze eher wie ein Hochschulinstitut gesehen haben, dass heißt Diplomarbeit fertig oder Doktorarbeit fertig und dann geht man wieder. Es gab zwischendurch auch die Überlegung einfach nur eine Vermittlung von Ansprechpartnern zu sein. Da hat man aber dann recht schnell gemerkt, dass man muss ja auch für die Qualität der Genannten bürgen und das ist eigentlich so auch nicht beherrschbar. Wenn man nur eine Kartei führt und es war klar, dass man dann konkrete Projekte bearbeiten muss, aus inhaltlicher wie aus finanzieller Art, und da kamen die ersten Projekte zur Chemie also Bleibelastungen im Harz aus den uralten Bergbauhalden war ein wichtiges Thema, damals auch die Frage DDT, also Insektenschutzmittel was ja damals noch nicht verboten war. Es kam dann dazu, dass man damals die Debatte / Wir hatten ja damals schäumende Flusssysteme, weil man hat die ganzen vielen Haushaltsmittel, die in den 60er Jahren hochkamen, Waschmittel, Putzmittel usw., da hatte man ja schäumende Flüsse, kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Da gab es ein Stück weit auch staatlicherseits dann Reaktionen, aber wir haben da eine wichtige Rolle gespielt, Kollege Rainer Grießhammer hatte mit einer Projektgruppe zusammen das Buch "Chemie im Haushalt" geschrieben. Darauf hat die / haben verschiedene, erst Henkel und dann auch andere Unternehmen, die Haushaltschemikalien also Putzmittel und ähnliches gemacht haben, ihre Produktion angefangen umzustellen. Jetzt nicht weil wir ein schönes Buch geschrieben haben,</p>

		<p>sondern weil das auch eine ganze Menge Diskussionen ausgelöst hat und eben die wissenschaftlichen Fakten / da war wichtig, dass es jetzt nicht eine politische Frage war, sondern die wissenschaftlichen Fakten: Was ist gefährlich an den Stoffen für die Anwender? Also was / Wie sehen so Vergiftungen und Unfällen im Haushalt? Was ist für die Gewässer der Follow Up, wenn man es dann im Haus anwendet, also es war der Anfang einer Lebenszyklusanalyse auch. Was ja bei uns später und in vielen anderen Institutionen ausgebaut wurde. Aber da hatte man das erste Mal eine größere inhaltliche Debatte in Deutschland darüber mit der Reaktion auch, mit der positiven Reaktion von bestimmten Industrieunternehmen am Anfang. Das war wichtig. Wir haben zu Kernenergie natürlich immer gearbeitet und aus der Kernenergieüberlegung raus war auch wenn wir sagen „wir wollen keine Kernenergie haben, weil sie zu gefährlich ist“, dass wir dann auch darstellen müssen wie das eigentlich funktioniert, dass man trotzdem Energieversorgung in diesem Land zusammen bekommt. Und damals ist von uns der Begriff Energiewende geprägt worden, das Buch liegt ja hier. Gibt auch zwei Bücher sozusagen, das ist das erste Buch von 1980 bei dem eine Arbeitsgruppe sozusagen die grundlegende Analyse, für was brauchen wir eigentlich Energie? Da waren dann so erstaunliche Dinge wie, dass wir für das Kochen weniger Strom brauchen als für Wärmezeugung. Da ist das erste Mal auch verstanden worden und öffentlich diskutiert worden, wie sich die Faktoren zusammensetzen und wir haben dann gemerkt, dass wir da mit den Akteuren auch umgehen müssen. Das heißt mit Energieerzeugern, mit den Städten, die ja damals weitgehend ihre Stadtwerke noch hatten. Und dann haben wir vier Jahre später ein zweites Buch gemacht "Die Energiewende ist möglich" bei der wir sehr viel umsetzungsorientierter dann auch argumentiert haben,</p>
00:18:51	00:19:54	<p>Sailer: weil wir uns natürlich nach dem Buch, wo wir sozusagen jetzt als richtige Naturwissenschaftler aufgeschrieben haben, wie die Fakten liegen, und so als unbedarfter Naturwissenschaftler glaubt man ja, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen, dann wird gehandelt . Ist aber nicht so, sondern wir müssen natürlich auch lernen, dass alle die da mitspielen ökonomische Interessen haben, dass Energiewende auch nur geht, wenn es sich ökonomisch für Mitspieler rentiert und solche Dinge haben wir dann in der zweiten Studie aufgearbeitet. Und das ist ja heute bei uns so dass die der Fachbereich Energie und Klimaschutz ist der größte und wahrscheinlich auch neben der Kernenergie der, der am meisten in der öffentlichen Diskussion wahrgenommen wird. Das kam eben aus der Geschichte, dass wir gesagt haben, wenn wir ein anderes Energiesystem wollen, dann müssen wir es auch intensiv wissenschaftlich untersuchen und begründen.</p>
00:19:56	00:20:21	<p>Duwe: Sie haben eben die ersten Projekte angesprochen. Wo kam denn die Finanzierung her ursprünglich? Also aus dem / Der Sprung von interessierte Wissenschaftler, befreundete Wissenschaftler und den verschiedenen Impulsen finden sich zusammen, suchen nach einer Organisationsmöglichkeit und dann nach einer Möglichkeit die Arbeit auch zu verstetigen. Wie ist das gelungen?</p>
00:20:21	00:25:48	<p>Sailer: Also am Anfang war es sehr wichtig, dass wir uns als Mitgliederorganisation aufgestellt haben. Wir hatten ja immer deutlich über 1000 Mitglieder, in den besten Zeiten 5000 Mitglieder, und das war bei dem kleinen Institut, was wir damals waren, ein ganz zentraler Finanzierungspunkt. Hatte uns natürlich auch viel Unabhängigkeit gegeben. Hat eben Restriktionen natürlich gehabt, weil die Mitglieder jetzt auch nicht beliebig viel Mitgliedsbeitrag oder es haben auch viele zusätzlich gespendet, aber das ist ja logischerweise dann einfach begrenzt pro Mitglied, was jemand da dazu geben kann. Aber wir haben die Energiewendeprojekte, haben wir daraus finanziert, wir haben teilweise die Chemieprojekte auch daraus finanziert, teilweise gab es da auch örtliche Gruppen, die dann gesagt haben, wir müssen mal dem Öko-Institut ein paar 1000 Mark geben, damit man eine wissenschaftliche Studie dazu machen kann. Also war so ein Ansatz von Bezahlung, aber dort war natürlich auch sichtbar, dass Bürgergruppen einfach nur eine bestimmte Finanzkraft haben und aus der Zeit kam dann auch unsere Überlegung „wir müssen dafür sorgen, dass auch aus der staatlichen Finanzierung Geld kommt“. Da war eins der zentralen Projekte, was für die Kernenergie dann eine große Rolle gespielt hat, damals war Volker Hauff Forschungsminister und hatte mal auf einer forschungspolitischen Tagung so schön gesagt: Er würde ja auch Kernenergiekritiker finanzieren, aber es stellt ja nie jemand einen Antrag. Und das / Auf der Tagung war ich damals auch mit Lothar Hahn und, also die war 1979, da haben wir gesagt, das testen wir mal und dann haben wir uns halt mit dem damaligen Öko-Institut zusammengesetzt, den Antrag auch gestellt und das war in der Geschichte des Öko-Instituts dann das erste große, von der Bundesregierung finanzierte Projekt, also aus dem Etat des Forschungsministeriums. Und den</p>

		<p>Weg, den haben wir natürlich dann bei den verschiedensten Fragen auch immer versucht zu verfolgen, aber wenn man die finanzielle Situation anguckt war es so bis 1985, 88 immer relativ knapp. Also gut finanziert sind wir bis heute nicht, aber damals war es in einer ganz anderen Weise knapp als es heute knapp ist. Und was dann eben kam, wir waren Günter Altner, der ja zum Gründerkreis zählt und lang auch im Vorstand vom Öko-Institut war, der war als die erste Enquetekommission zur Energiepolitik berufen worden ist, das war glaube ich 1980, war er als sozusagen / er war natürlich als Privatperson dort, aber als Vertreter des Öko-Instituts letztendlich von den Bundestagsparteien gewollt, vor allem von der SPD, die ja damals dann wieder in der Opposition war. Und da war natürlich, dass, die Arbeiten, die in der Energiewende drin steckten und die ja schon das erste veröffentlicht war und die zweite dann parallel lief. Das war sehr wichtig in der Enquetekommission konnten wir auch durchsetzen, dass es das erste Mal Szenariobetrachtungen waren, also die vier Energiepfade für Deutschland, und der vierte war letztendlich der Ausstieg aus der Kernenergie als Betrachtung. Damit ist das erste Mal dann auch ein, vom Öko-Institut formulierter Pfad in so eine offizielle Kommission reingekommen. Wir waren, bei Kernenergiefragen waren wir dann oft auch bei Anhörungen in Parlamenten schon mal gefragt, natürlich neben vielen konventionellen Kollegen damals, auch bei Chemieanhörungen, wo es dann um die Weiterentwicklung vom Bundesemissionsschutzgesetz, was ja damals das wichtigste chemiepolitische Gesetz war. Da war mal / da kam es dann so langsam, dass man als Experte da war, ganz starker Sprung kam dann 1986 nach dem Unfall in Tschernobyl, weil die traditionelle Nuklearcommunity in Deutschland hat ja versucht die Auswirkungen, die aus Tschernobyl in Form der Wolke rüberkam zu verharmlosen, also auch unter Nichtberücksichtigung von geltender Strahlenschutzverordnung.</p>
00:25:48	00:30:15	<p>Sailer: Und wir haben damals dann ganz massiv Gegeninformationen betrieben, zum Teil auch mit interessierten Landesregierungen, also auch da hatten wir schon einige Kontakte in die Politik rein, wo wir dann zuständige Landesminister auch davon überzeugen konnten, dass das was Bonn – also die Bundesregierung – gesagt hat falsch ist. Und ab damals war auch, dass Medien von uns immer eine Zweitmeinung wollten. Davor war ja ganz lang / das war auch ein Problem für alle, die in der kritischen Umweltpolitik oder in der kritischen Umweltforschung unterwegs waren / war bei Medien selbstverständlich etabliert: Wir glauben, dass was das zuständige offizielle Institut sagt. Also es wurde nicht in Frage gestellt. Und was eben durch / bei kleineren Sachen so ein bisschen kam / kam dann durch Tschernobyl ganz massiv, dass man dann von den Ökos, und das mag mal IFEU geheißen haben, das mag mal Öko-Institut geheißen haben, das mag mal andere Gruppen geheißen haben, befragt die auch und stellt besser beide Meinungen im Artikel dar, was ja für eine demokratische Gesellschaft auch gut ist. Und deswegen spielt halt das Jahr '86 für die Art der Wahrnehmung eine sehr große Rolle und es war auch die Zeit in der dann die Grünen angefangen haben. Wobei wir nie Grüne waren, ich bin auch nie ein Grüner gewesen. Ich bin ja heute auch noch parteiunabhängig. Und aber als die Grünen dann angefangen haben in die Regierung zu gehen, dann kamen sie natürlich auch schnell auf die Idee mal bei dem Öko-Institut zu fragen oder bei den wenigen anderen die da in ähnlicher Richtung unterwegs waren. Und da gab es halt dann eine ganze Menge Gelegenheiten dann mehr in parlamentarischen Anhörungen oder bei Diskussionen über Gesetze oder über Energiepolitikformulierungen oder Chemiepolitikformulierungen oder Nuklearpolitikformulierungen dann entsprechende wissenschaftliche Ergebnisse unterzubringen. Was wir immer versucht haben, es gab natürlich bei manchen Grünen auch so die Tour, ihr seid jetzt unsere Hausgutachter, die offiziellen sind die Hausgutachter der CDU oder der SPD, mit solchen Leuten hat man dann nicht viel Lust, weil deren Bild von Hausgutachter war genauso wie das andere, nämlich dass die Hausgutachter aufschreiben, was politisch gewollt wird. Das haben wir eigentlich nie gemacht und das war glaube ich auch mit eine Basis für die / für den Erfolg, dass wir uns an die wissenschaftlichen Prinzipien gehalten haben, dass wir natürlich stärker als viele andere Wissenschaftler in die Öffentlichkeit gewirkt haben, aber mit wissenschaftlichen Informationen jetzt nicht mit Politikmachen. Und das die, in der Politik Tätigen auch wussten, man kann bei uns Informationen haben, aber man kann sie nur als unabhängige Information haben. Also nicht als zur Parteilinie passende Information. Und insofern spielt so die Zeit nach Tschernobyl, die ja auch die Zeit war wo die Grünen stärker geworden sind, wo auch bei den Sozialdemokraten nicht mehr nur Einzelne, sondern ein größerer Prozentsatz der Funktionsträger schon auch über Umweltschutz und Nachhaltigkeit nachgedacht hat, also dass waren dann einfach die Zeiten bei denen man manchmal bis zur Schmerzgrenze in dem Informationsgeschäft für die Politik drin gehängt ist und zwischendurch dann noch die</p>

		wissenschaftlichen Studien erarbeiten musste.
00:30:15	00:31:47	Duwe: Diese Bedeutung der Landesregierungen, die ist bisher glaube ich noch nicht so in unseren Gesprächen rausgekommen, das finde ich sehr interessant. Mich würde auch mal als Nachfrage zu dem Bereich nochmal interessieren, die, auf der Bundesebene kommen die Grünen natürlich erst in den späten 90ern zum Zug und Sie haben eben beschrieben wie quasi Volker Hauff die Herausforderung an die alternative oder kritische Wissenschaft richtete. Inwiefern hat sich dieses Verhältnis oder die Wahrnehmung auf der Bundesebene verändert? Wie würden Sie das / also Sie zählten 1986 als entscheidendes Jahr, indem sich die Wahrnehmung verändert, aber inwiefern war das ernstgemeint zuvor oder eben nicht ernstgemeint durch die, sich die Kritiker ranzuholen, war das eher ein Feigenblatt oder gab es da ein ernsthaftes Interesse und hat dann / wann hat das begonnen, dass Sie auch das Gefühl hatten, dass sich da etwas grundlegend verändert und vielleicht auch unabhängig von Regierungen. Denn ich nehme an, mit dem Wechsel '82 zu Kohl waren vielleicht einige derjenigen, die noch zu Beginn der 80er oder Ende der 70er versucht haben diese Impulse zu betreiben, nicht mehr in verantwortlichen Positionen?
00:31:47	00:36:02	Sailer: Ja, es waren / Ich meine, es war immer eine Mischung und es ist bis heute eine Mischung aus Feigenblatt und ernsthaftem Interesse, so funktioniert halt die Menschheit und da darf man sich keine Illusionen machen, aber es wäre auch Illusion zu sagen, es ist nur Feigenblatt. Es gibt immer einen Prozentsatz von den Leuten, die einen als Experten wollen, die es wirklich aus Interesse oder weil sie die inhaltliche Analyse teilen – das machen wollen. Und das hat sich halt ein Stück weit verstärkt, es war an der Stelle auch wichtig, dass wir uns nie Diskussionen mit der jeweiligen Industrie verschlossen haben, also natürlich haben die auch Berührungspunkte mit uns gehabt, aber wir haben das jetzt nicht umgekehrt gepflegt und das heißt, man ist dann auch / hat so ein bisschen gelernt, hinter dem Öko steckt eigentlich Wissenschaft, saubere Wissenschaft, die halten sich an die Methoden. Wir haben da manchmal trotzdem seltsame Ergebnisse, aber es wird sauber gearbeitet und die diskutieren auch mit einem und die behaupten nicht einfach irgendwas, sondern können es begründen, jetzt egal, ob man der Begründung folgen will oder nicht. Und das war so ein Schritt-für-Schritt-Prozess, sagen wir mal, eigentlich in der Politik – über das haben wir schon geredet – aber auch ein ganzes Stück weit gegenüber der Industrie, wobei der Prozess ein Stück langsamer war und innerhalb der traditionellen Wissenschaft auch, es gab dann halt irgendwann eine Zeit wo man dann einfach so langsam musste man die Ökos auch fragen und man musste sie auch ernstnehmen, nicht nur als Feigenblatt. Und das hat sich natürlich bis heute kräftig verschoben, also es kann heute genauso sein, dass wir von der CDU oder von der FDP als Experten befragt werden, als von Grünen oder SPD, das ist sehr unterschiedlich und wir lassen uns auch von allen fragen. Mit den Industrieverbänden haben wir heute natürlich, also haben sowohl mit dem Verband der chemischen Industrie wie auch mit den verschiedenen Verbänden, die jetzt relevant sind bei Energie und bei Atom, haben wir kontinuierliche Gesprächsfäden. Das ist nicht immer die gleiche Meinung, aber ein kontinuierlicher Gesprächsfaden und werden insofern in aller Regel als auch Teil der Fachszene akzeptiert, weil Ökos sind immer noch so ein bisschen was Besonderes, aber sie gehören dazu. Das ist natürlich manchmal ein seltsames Gefühl, das war für mich auch ein seltsames Gefühl als wir uns neu / 2003 bin ich ja Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission geworden. Das ist eine Kommission, die jetzt fast 60 Jahre, also seit 1957, existiert und immer die oberste Beratungskommission für Nuklearfragen ist, gegenüber den jeweiligem Bundesministerium, dass da zuständig ist, also heute gegenüber dem Bundesumweltministerium. Und auch dort habe ich natürlich, genauso wie andere Kollegen, die in ähnlichen Kommissionen dann waren – wir haben immer die Politik gefahren, wir reden mit allen. Wir sind da jetzt nicht Parteigegner von diesem oder jenen, der uns gerade drin haben wollte, sondern es geht um die sauberen Inhalte. Und man kann mit allen Kollegen reden, sowieso. Mal ist man mit dem Kollegen von der Firma fachlich mehr zusammen, mal ist man mit dem Kollegen von dem Umweltverband mehr zusammen, das hängt dann halt vom Inhalt ab.
00:36:02	00:37:10	Duwe: Sie haben ja jetzt eindeutig dargestellt, dass / so das Credo für die eigene Arbeit in Unabhängigkeit und fachlicher Qualität zum großen Teil besteht, aber gerade in den Anfängen ist natürlich das Verhältnis wahrscheinlich gegenüber staatlichen Informationen tradierter Wissenschaft und deren Ergebnissen und eben den Darstellungen der Industrie eher konfrontativ gewesen. Inwiefern hat sich / also wenn Sie gerade das beschrieben haben / also die Tatsache, dass quasi, wenn jemand der aus einer Wissenschaftsecke kam, die in den 70er, 80er neu waren und die sich gegen alles haben durchsetzen müssen, dann quasi im 21. Jahrhundert Vorsitzender von entscheidenden fachlichen Bundesgremien werden kann, inwiefern hat sich da auch ein

		Wandel im Institut oder in Ihrer Arbeit ergeben?
00:37:10	00:41:14	<p>Sailer: Also es hat sich natürlich immer, ich meine die Welt ist im Wandel, wir wollen nachwievor Pfadfinder sein – das ist eine unserer Devisen. Und als Pfadfinder muss man natürlich immer vorn herauslaufen und muss auch immer wieder neue Fragen stellen, sich selbst auch in Frage stellen. Ob es jetzt um Interaktionen geht oder ob es um Inhalte bei den Wissenschaften geht ist auf beiden Feldern so. Ich meine man wusste anfangs der 80er Jahre / also die, die Leute, die in den 70er Jahren beim Öko-Institut waren, die haben relativ schnell – das waren ja nur ganz wenige, also von 1977 bis '80 haben dann andere Arbeitsplätze gesucht, sind teilweise auch ins Ausland gegangen. Ab 1980 hatten wir dann so eigentlich auch so langsam die Politik entwickelt, wir brauchen auch eine Zukunft und Perspektive aus dem Institut raus. Das war damals nicht ganz selbstverständlich, weil, wenn man normalen Personaler in der Industrie oder in der Behörde gefragt hätte, ob man jemand nimmt, der mal beim Öko-Institut war, dann hätte der gesagt: Auf keinen Fall. Heute wissen wir, dass ganz viele Kolleginnen und Kollegen, die mal bei uns waren, das in ihrer Vita eher als positiv haben und das wird ja auch in anderen Umweltinstituten inzwischen ähnlich gesehen. Also heute ist es für die wissenschaftliche Karriere gar nicht so schlecht mal fünf Jahre in irgendeins der unabhängigen Forschungsinstitute in der Karriere stehen zu haben. Obwohl wir natürlich auch Wert darauf legen, dass viele Kolleginnen und Kollegen bei uns bleiben. Aber das zeigt, wie die Richtung sich geändert hat. Und da war eine Konstante eben, dass wir sauber arbeiten. Was sich geändert hat ist, dass wir am Anfang viel mehr mit Angriffen leben mussten oder mit der ungesicherten Zukunft. Das ist heute sozusagen auf einem normalen Level, dass man sich ja in vielen anderen Institutionen auch hätte zurückgegangen. Heute haben wir vielleicht auch ein ganzes Stück mehr Verantwortung, weil wenn man jetzt zum Beispiel die aktuelle Lage der Energiewende anguckt, und vergleicht das mit der Zeit als wir „Die Energiewende“ geschrieben haben oder "Die Energiewende ist möglich", das zweite Buch, hätten wir gerne gewollt, dass das umgesetzt wird. Aber wir hatten damals nicht geglaubt, dass das jemals so weit kommt. Wir haben also aus einem Gefühl heraus, wir müssen es sagen, weil es für die Nachhaltigkeit, für die zukünftige Entwicklung wichtig ist, haben wir es gesagt. Und was heute ist, sind ja viele Werkzeuge oder Sachverhalte die heute bei der Energiewende zurzeit festgelegt sind, auch auf dem Mist des Öko-Instituts und der anderen unabhängigen Institute gewachsen. Man steht also jetzt auch davor, dass man sieht wie gut oder schlecht haben sich die Vorschläge entwickelt. Und es kann ja schon mal was passieren, dass man ein Vorschlag sich anders gedacht hat in der Entwicklung. Also das, was er dann wirklich gebracht hat. Oder wenn man ins Nukleare geht, die Aussage diese und jene Sicherheitsdinge brauchen wir und die brauchen wir nicht, die hat ganz andere Folgen, als das was wir 1980 oder 1983 aufgeschrieben haben.</p>
00:41:14	00:44:43	<p>Sailer: Oder bei Chemikalienpolitik, was ja nach wie vor ein Teil unserer Arbeit ist, auch da – ich drücke es mal ironisch immer so aus – besteht jederzeit die Gefahr, dass ein Vorschlag auch umgesetzt wird. Also besteht auch die Gefahr, dass sich dann rausstellt, ob der Vorschlag gut war oder nicht. Und das ist schon eine andere Situation, bei der man auch sehr, sehr viel mehr drüber nachdenken muss, welche Dinge man wo antriggern kann, welche Dinge man dann auch in Studien vorschlägt als, als Umwelt / als Umsetzung im Sinne der Umwelt. Heute sind natürlich auch Vorschläge dabei, wie man mit der Öffentlichkeit umgehen muss. Ein guter Teil der Geschichte des Öko-Instituts und des tatsächlichen Wirkens ist ja auch, weil wir ein Stück weit die Öffentlichkeit vertreten haben und immer mit unseren Informationen für die Öffentlichkeit da waren. Und wir andersrum aber auch gelernt haben, dass es eben an naturwissenschaftlichen Fakten hängt, es hängt aber auch an wirtschaftswissenschaftlichen Dingen, wie Marktverhältnissen und es liegt aber auch an Motivationen. Wenn man jetzt an den Verbraucher denkt, aber auch wenn man an den Entscheider, die Unternehmen denkt und man muss heute in Studien dann sehr, sehr viel gemischter auch rangehen. Also wir konnten uns in den 80er Jahren eine Studie leisten, die reine Ingenieursarbeit oder reine Toxikologenarbeit war, heute müssen wir das juristische Umfeld mit abarbeiten, weil man einfach die Werkzeuge oder die Veränderungen nur versteht, wenn man das juristische Umfeld kapiert. Wir müssen ein ökonomisches Umfeld betrachten. Aber das hat letztendlich auch eine Erhöhung der Qualität des Outputs gebracht, weil es nur ganz wenige Institutionen gibt – jetzt außerhalb der unabhängigen Institute – die sozusagen aus dem täglichen Leben gewöhnt sind völlig interdisziplinär zu arbeiten und gleichzeitig noch mit verschiedenen Stakeholdern umzugehen – sei es Industrie, seien es Umweltverbände, seien es andere Spieler. Und das hat natürlich auch eine Art, eine einzigartige Ausbildung gebracht dieses Leben und insofern müssen zum Beispiel jüngere Kolleginnen oder Kollegen, die bei uns jetzt seit zwei, drei</p>

		Jahren sind, die haben sich nie über Karriereprobleme oder ökonomische Probleme – jetzt im Sinn: kriege ich genug Geld – einen Kopf machen müssen, weil die müssen sich heute natürlich viel komplexer Gedanken drum machen, wie man das in, zwischen Entwicklung von wissenschaftlicher Theorie und praktischer Umsetzung für die Nachhaltigkeit hinbekommt. Also da ist, sozusagen der Stress hat sich auf andere Schwerpunkte verlagert.
00:44:43	00:45:29	Duwe: Da würde ich dann nochmal einhaken und nochmal fragen, wie sich das zu den Ursprungs- und Gründungszeiten des Öko-Institutes und anderer im ähnlichen Zeitraum gegründete Institute verhalten hat? Sie haben schon beschrieben, dass es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler waren, die das Gefühl hatten, dass sie diese Art von Arbeit nicht im traditionellen Wissenschaftssystem entweder machen konnten oder dass die da nicht gut gelitten war. Wie stark war der Impuls für die Gründung? Inwiefern war das auch ein, diese Bewegung weg von etwas anderem wichtig?
00:45:29	00:47:54	Sailer: Also als / Da muss man zwei Sachen unterscheiden. Man muss wirklich die echte Gründungszeit also 1977 oder 1976 unterscheiden. Da gab es mehrere Fälle, wo Wissenschaftler, die in Forschungszentren oder ähnlichen traditionellen Dingen waren, dann so etwas Ähnliches wie Publikationsverbot gekriegt haben, wenn es um Umweltschutz oder Nachhaltigkeit ging. Und das war bei den Gründern vom Öko-Institut, war auch so eine Idee für solche Leute dann eine Zuflucht zu geben, also dass die dann zum Öko-Institut kommen, dort arbeiten können, dort ihre offene Diskussion führen können. Das hat sich aber insofern ein Stück anders entwickelt, weil die jeweiligen konkreten Fälle haben es geschafft, sich dann im traditionellen Gebiet soweit zu etablieren, dass sie überleben konnten. Also sie sind dann halt an entsprechende Lehrstühle gekommen oder so. Das heißt, dieses drängende Problem von 1977, das hat sich dann anders manifestiert. Also insofern war es dann auch so, dass ziemlich von Anfang an es eher engagierte Jüngere waren, die gesagt haben, ich will nicht in die traditionelle Laufbahn über Assistent und PostDoc und dann akademischer Oberrat wenn man hängenbleibt oder auf eine Professur warten. Sondern wir wollen irgendwie gemeinsam an dem Institut sozusagen in der etwas anderen Art arbeiten. Aber es ist interessant, es sind eigentlich aus dem Institut sind sicher auch zwei Dutzend Kolleginnen und Kollegen rausgegangen, die heute irgendwo eine Professur haben, nach mehreren Jahren Beschäftigung im Institut und mit denen wir in guter Verbindung natürlich stehen. Also war es sozusagen, das System ist mental auch durchlässiger geworden, wenn man das vergleicht mit dem wie das / der gefühlte Zustand Anfang der 80er oder Ende der 70er war.
00:47:54	00:48:37	Duwe: Wie würden Sie denn aber so das Verhältnis zu eben zu Universitäten usw. und anderen ähnlichen Einrichtungen beschreiben? Hat es da quasi auch Anfeindungen gegeben noch oder also auch auf einer fachlichen Ebene, wenn es eine quasi, eine gefühlte und auch real existierende Notwendigkeit gab, eine kritische Wissenschaft zu betreiben, die bestimmte Annahmen und Perspektiven hinterfragt hat und Alternativen aufgezeigt hat. Wie wurde das vom bestehenden Wissenschaftssystem – um jetzt mal das alles in einen Topf zu werfen – wahrgenommen?
00:48:37	00:51:53	Sailer: Also in der Anfangszeit, also Ende 70er, Anfang 80er Jahre, war das ja ein ganz klares Kratzen am Monopol der etablierten Wissenschaft, die ja bei uns in Deutschland im Prinzip Lehrstühle an Hochschulen und Forschungsorganisationen sind, ob das jetzt Helmholtz, Fraunhofer oder sonst was ist. Das waren massive Angriffe. Gab es auch viele Auseinandersetzungen, es gibt auch manchmal heute noch Auseinandersetzungen, wobei ich die eher unter normalen fachlichen Streit so <i>grasso modo</i> stecken würde. Damals war es schon auch eine Gefährdungsangst dort. Auf der anderen Seite sind ja damals auch viele Kollegen im System sehr viel mehr von ihrer Meinung her unterdrückt worden. Das waren jetzt aber auch andersrum Anknüpfungspunkte, also es gab schon im bestehenden Wissenschaftssystem damals gab es natürlich auch einige Leute, die unter der Hand mit uns dann kooperieren wollten, die sozusagen auch gesehen haben, Informationsaustausch bringt's da, die vielleicht auch Ideen, die ihr jeweiliger Direktor oder Lehrstuhlinhaber nicht wollte auch versucht haben mit uns zu diskutieren und gehofft haben, dass das dann über unsere Studie einen gewissen Einfluss macht. Solche Figuren hatten wir damals – also so Ablauffiguren – hatten wir damals schon relativ oft. Hat uns natürlich auch geholfen, weil wir da unter der Hand doch ein Stück weit mit der fachlichen Diskussion vernetzter waren, aber auch viel gelernt haben, wie die Restriktionen in traditionellen Systemen sind. Und heute hat sich ja auch im traditionellen System bei einem Teil der Leute die Auffassung gewandelt. Also heute kann man da auch besser seine Meinung sagen, als es damals ging. Also da gibt es ja immer mal relevante Wissenschaftler in normalen Systemen, die da auch eine exponierte Meinung haben, die auch jetzt nicht Mainstream ist. Und insofern haben wir wahrscheinlich auch

		ein bisschen indirekt zu beigetragen über diese Möglichkeiten um mehr Spielräume, dass sich auch das traditionelle System zu einer größeren Offenheit entwickelt hat. Weil wenn man so eine Geschlossenheit oder Verschlossenheit interpretieren würde wie, wie sie eben 1978 oder so war, dann hätte das traditionelle System heute wahrscheinlich extreme Schwierigkeiten mit mindestens einem Drittel der Leute die im traditionellen System arbeiten, also insofern haben wir ja den sicheren Seiteneffekt von dem Einfluss, wobei das immer gilt.
00:51:53	00:53:30	Sailer: Gut, das Öko-Institut war das bekannteste, aber da haben natürlich die Kollegen von den anderen Institutionen, die so lange arbeiten genauso gewirkt – oder die später dazugekommen sind. Das ist sicher eine Auswirkung, das andere ist, dass in der Gesellschaft auch gelernt worden ist – ich habe es vorhin an dem Beispiel Tschernobyl und die Nachinformation geschildert – dass es auch in der Wissenschaft unterschiedliche Auffassungen gibt. Ich glaube, dass heute auch in der Politik, jetzt egal welches Parteibuch, Politiker immer davon ausgehen, dass es in der Wissenschaft eine gewisse Bandbreite von Meinungen zu konkreten Punkten gibt. Und in der allgemeinen Öffentlichkeit ist das Bild genauso und das heute Forderungen sind: wir wollen bitte die Bandbreite hören, dass das üblich ist bei Anhörungen, dass das üblich ist bei öffentlichen Informationsveranstaltungen oder Diskussionen aller Art, da haben wir sicher auch zu beigetragen, dass man eben dadurch, dass wir nicht die Parolenschreier waren, weil dann hätten wir das ja abtun können, weil sich dann ja gezeigt hätte, dass die wissenschaftliche Diskussion auch teilweise öffentlich stattfinden muss und die Meinungen nicht immer geschlossen sind. Da haben wir ja auch zum Kulturwandel beigetragen.
00:53:30	00:54:33	Duwe: Sie haben vorhin schon mal, Sie haben vorhin schon mal kurz beschrieben, was die Arbeit beim Öko-Institut ausmacht, im Sinne von wie sie sich gewandelt, aber wie sie auch heute noch anders ist im Vergleich zu traditioneller Wissenschaft, indem sie ein breites Spektrum an Bereichen in Betracht ziehen muss, um auch für die politische Anwendung nutzbar sein zu können. Und dass auch Elemente wie Kommunikation mit einer Reihe von verschiedenen Stakeholdern dazu führt, also quasi viele Disziplinen gleichzeitig mitgedacht und auch mit beherrscht werden müssen. Wegen dem Hintergrund schon, wie würden Sie denn beschreiben, was macht die besondere Qualität von den unabhängigen Instituten, die ja so wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung machen aus, im Vergleich zu den traditionellen Wissenschaftsinstitutionen?
00:54:33	00:59:44	Sailer: Also es ist auf jeden Fall die interdisziplinäre Arbeit und das, was manche transdisziplinär nennen, nämlich die Arbeit auch mit den Nicht-wissenschaftlichen Akteuren gleichzeitig. Das klingt jetzt erstmal so oberflächlich, aber die allgemeine Erfahrung ist ja, dass die verschiedenen Wissenschaftsgruppen nicht miteinander reden können, weil sie völlig unterschiedliche Sprachen und Begrifflichkeiten haben. Es fängt schon an zwischen Chemikern und Maschinenbauern, aber das ist natürlich wenn man jetzt zwischen Naturwissenschaftlern und Ingenieuren, Juristen und Volkswirtschaftlern redet, wird es ja völlig unbeherrschbar. Und da ist die traditionelle Wissenschaftsstruktur, die ja nach Lehrstühlen, nach Fakultäten, nach wissenschaftlichen Abteilungen – wenn ich in die Forschungsinstitutionen reingehe – organisiert ist. Die sind ja kaum in der Lage, so etwas zu machen. Weil einfach die Struktur es nicht hergibt, dass man eine tägliche Schnittstelle hat. Es geht ja dann nicht nur drum die Sprache zu verstehen, sondern dann auch gemeinsam an dem Problem zu arbeiten, wo der Ingenieur versteht warum der Jurist da ein Problem hat und mitdenkt, wie man mit dem Problem umgeht und wo der Jurist versteht, was der Ingenieur hinkriegen muss oder was er nicht hinkriegen darf, weil es negative Auswirkungen hat. Und die Geschichte, die ist nicht nur in der Wissenschaft, sondern die ist auch in der Beratung interessant. Weil Politiker ja anders gelagert haben ein ähnliches Problem, dass aus der ganzen Gesellschaft an sich Probleme kommen und sie können die nicht nur nach einer Ratio lösen. Das heißt, wenn man weiß, welchen Ärger wo was macht, wenn man weiß, was das im Rechtssystem ändert und man weiß, was technisch passieren muss und oder ökonomisch, ist man da ganz anders aussagefähig. Es ist auch für Unternehmen interessant, weil Unternehmen ja auch eine eigene Community mit eigenem Denken sind und sie dann oft vor für sich unlösbaren Problemen stehen, weil sie auf den anderen Spielflächen nicht arbeiten können. Ich glaube, da spielen die unabhängigen Institute eine große Rolle. Sie spielen aber auch auf einer anderen Sache noch eine große Rolle, von der Idee her stammen sie ja stark von der Umwelt- und der Bürgerinitiativbewegung. Die Spezialität ist das aber die Bewegung ja nie groß in der Lage war, Projekte zu finanzieren. Aber insofern gibt es wenig Projekte – es gibt einige – aber nachdem sie ja auch auf der Suche nach einer nachhaltigen Entwicklung und Fortschritten bei der nachhaltigen Entwicklung immer geht, das ist ja ein Gedanke, der sich durch die Arbeiten über all die Jahre

		<p>hinstellt, das heißt, wir haben eigentlich, egal wer der Auftraggeber war, von konkreten Arbeiten haben wir ja auch immer wieder Material für die Diskussion Richtung Nachhaltigkeit produziert, dass es für die Umweltverbände oder so auch nutzbar war. Ich denke, das ist nochmal eine wichtige Sache. Eine dritte Sache ist die, die traditionelle Forschungslandschaft hat ja sehr viel Grundfinanzierung. Hat seine Vorteile und von der Theorie her ist es auch gut. Die unabhängigen Institute haben ja in der Regel keine Grundfinanzierung. Das heißt aber auch, dass man sich stark mit dem ökonomischen Problem vertraut machen muss, wie komme ich zu Auftragsprojekten und wie kriege ich dann das ganze so gemanagt, dass ich meine Unabhängigkeit behalte, das heißt, dass ich nicht von einem Auftraggeber abhängig bin, aber / also ich weiß es vom Öko-Institut und ich beobachte es auch bei den anderen ähnlichen Instituten, dass gelingt ja bisher ganz gut ein entsprechendes Management zu machen, dass man nicht so von einem Auftraggeber wirklich richtig abhängig ist. Und das führt natürlich auch dazu, dass man viel Erfahrung sammelt, wie kann man sich in einem echten Raum so bewegen, dass man seine Unabhängigkeit behalten kann.</p>
00:59:44	01:00:57	<p>Duwe: Das ist ja eher die Fähigkeit, also Wettbewerbsfähigkeit quasi. Sailer: Wettbewerb, aber ohne sich zu verbiegen. Ich glaube, dass muss man mit dazu sagen. Duwe: Ganz kurz noch zu den / als Abschluss / zu diesem Vergleich auch mit den anderen Wissenschaftsinstitutionen, ganz prägnant gefragt: Haben Sie das Gefühl, dass das Öko-Institut und ähnliche Einrichtungen von traditionellen wissenschaftlichen Instituten für voll genommen werden? Sailer: Also inzwischen gibt es viele, die einen für voll nehmen. Also von den Ergebnissen jeher, also sowieso. Es gibt natürlich immer noch welche, die da konservativ und pöbeln, aber es gibt auch viele Konservative die zumindest akzeptieren, dass es wissenschaftliche Ergebnisse sind. Also da ist die Denke sehr viel durchlässiger geworden. Und da kann man natürlich Zeitscheiben über die letzten 35 Jahre legen, wo man dann merkt, dass von 5 Jahren zu 5 Jahren dann doch immer deutliche Veränderungen da sind.</p>
01:00:57	01:03:12	<p>Duwe: Das Öko-Institut schon in seiner Gründungsphase war ja nicht das einzige Institut, dass zu dem Zeitpunkt sich formierte. Wie würden Sie das Verhältnis mit anderen ähnlichen Einrichtungen beschreiben? Sailer: Also man hat / da kann man sicher keine Beschreibung für 35 Jahre Gültigkeit machen. Man hat natürlich immer so bei allen Anderen kritisch geguckt, ob die nach gleichen Sauberkeitsmaßstäben arbeiten und es sind ja auch einige verschwunden, die sich nicht an die Sauberkeitsmaßstäbe gehalten haben. Andere haben sich genauso wie wir auch an den wissenschaftlichen Normen orientiert. Da hat man sich mal geärgert, dass die das Projekt kriegen und man nicht selbst, also normales Konkurrenzverhalten. Aber wir haben auch oft kooperiert, also wenn man die Liste der gemeinsamen Projekte, also wo Öko-Institut und irgendeins von den anderen Instituten zusammen Projekte gemacht hat, da hat man / die Liste wäre sehr lang. Aber da ist immer Kooperation/Konkurrenz die Hauptüberschrift dabei. Und insgesamt wissen wir ja auch, und das machen wir ja auch dadurch, dass wir Ecornet jetzt seit zwei Jahren gemeinsam betreiben. Wir sind trotzdem immer noch, zum Beispiel in der Wissenschaftspolitik selbst wahrgenommen, das haben wir längst hingekriegt, aber sicher noch nicht in der Stärke wie unsere reale Wichtigkeit für die Gesellschaft ist. Und da macht es natürlich auch viel Sinn gemeinsam zu kooperieren. Und da ist natürlich eine Gruppe von ähnlichen Institutionen immer stärker, als wenn jetzt einzelne irgendwas probieren.</p>
01:03:12	01:04:59	<p>Duwe: Und ist das quasi insofern rein interessengetrieben oder würden Sie sagen, dass es da auch einen gemeinsamen Kern gibt? Sailer: Also es gibt sicher einen gemeinsamen Kern, wobei der schwierig zu beschreiben ist. Aber Elemente von dem, was ich für das Öko-Institut erzählt habe, da wird man sicher eine ganze Reihe von Elementen bei den anderen Instituten auch finden. Wir sind trotzdem unterschiedlich: Das sind mal unterschiedliche Schwerpunkte, mal auch unterschiedlich, wie stark man in der Politikberatung ist oder eher in der Wissenschaftsproduktion, thematisch auch vernetzungsmäßig, die Institute sind ja auch unterschiedlich groß. Da ist das Öko-Institut mit Wuppertal zusammen die beiden größten. Je nach dem nach welchen Kriterien man dann die Größe zählt. Und wir sind natürlich, das heißt interessengetrieben. Wenn man ein Interesse / also wenn man den Eindruck hat, dass solche Arbeit, die man 35 Jahre gemacht hat, für die Gesellschaft nützlich ist, dann ist es natürlich auch interessengetrieben zu sagen, ich will die / will gucken, dass die Arbeitsbedingungen auch in der Wissenschaftspolitik für die Institute möglichst optimiert und verbessert werden. Interessengetrieben kann man aber auch unter Aufbau und Unterhalt der Logistik für Nachhaltigkeit sehen. Da gibt es verschiedene Blickwinkel.</p>
01:04:59	01:06:00	<p>Duwe: Sie hatten vorhin ganz zu Anfang mal beschrieben, auch auf Ihre eigene Person bezogen, die frühen Verbindungen die Sie zum Öko-Institut hatten, noch bevor Sie angefangen haben dort zu</p>

		arbeiten, dass es offenbar Ende der 70er zumindest auch wohl Verbindungen gab zwischen Gleichgesinnten, zwischen auch verschiedenen Hochschulen oder auch Universitäten. Das hörte sich an, als hätte es eine Art Gemeinschaft oder Community informeller Art und Weise gegeben. Die Nachfrage da, haben Sie das so empfunden und dann die darauf aufbauend, hat sich das in irgendeiner Form erhalten, also auch so im Sinn von, da sind Gleichgesinnte oder hat sich durch die Art und Weise wie man sich wissenschaftlich hat aufstellen müssen und durch den Konkurrenzkampf, den es dann natürlich auch gibt, das stärker verändert?
01:06:00	01:07:55	Sailer: Also es gab damals eine kleine Community von Leuten die, jetzt bei meinem konkreten Beispiel Kernenergie, die sich natürlich wissenschaftlich mit der Kernenergie auseinandersetzen wollten. Da hat man sich zum Teil gekannt, zum Teil hat man halt früher oder später bei den entsprechenden Gelegenheiten dann dort Leute kennengelernt. Und das ging eher so, also Hochschulen haben da als Hochschulen wenig eine Rolle gespielt. Also ich habe mich damals, obwohl ich da Student war jetzt also nicht als Hochschulmensch gefühlt, sondern als jemand der sich wissenschaftlich mit Kernenergie auseinandersetzt. Und die Netzwerke, die haben also die gibt es zum Teil heute noch, wobei man immer mitrechnen muss, wir sind 35 Jahre älter. Da gibt es manche, die schon nicht mehr dabei sein können. Auf der anderen Seite wäre es ja auch schlecht, wenn es ein Netzwerk wäre bei dem alle 55+ wären. Also insofern hat sich das so von den Personen sowieso weiterentwickelt, aber vom institutionellen her sind natürlich heute mehr Institutionen da, bei denen auch Leute mit kritischen Überlegungen sind. Und es gibt ja auch 'n Diskontinuum inzwischen, es ist nicht mehr so schwarz-weiß wie in den späten 70ern oder 80ern, wo man als jemand, der in der offiziellen Institution war und auch nicht alles richtig fand, wo man sich unheimlich hat tarnen müssen, das ist heute leichter für die Kollegen in so einer Rolle und damit ist natürlich das Netzwerk auch / hat eine kontinuierlichere Aufstellung.
01:07:55	01:08:32	Duwe: Können Sie, weil das ja auch für uns von besonderem Interesse wäre, uns noch ein paar Namen nennen von denen die auch gerade in dieser Anfangsphase vielleicht besonders wichtig waren auch für die Entwicklung der Institute, die vielleicht jetzt nicht mehr herausstechende Persönlichkeiten in dem selben, in den selben Einrichtungen sind und die uns eventuell bisher nicht / die wir vielleicht nicht auf dem Schirm hatten? Sailer: Da habe ich einfach Schwierigkeiten damit. Mit Namen bin ich bis heute extrem vorsichtig.
01:08:32	01:09:36	Duwe: Kein Problem. Genau, Sie hatten aber vorhin uns ja schon eine Reihe von interessanten Namen genannt. Dann würde ich gerne noch einen letzten Punkt anfügen, eine Nachfrage. Und zwar wir haben sehr stark uns fokussiert auf die Entwicklung in Deutschland und zwar hat das natürlich externe Ereignisse gegeben wie Tschernobyl oder auch in der deutschen Geschichte Fukushima, die eine besondere Dynamik reingebracht haben auch und hier Veränderungen angestoßen haben. Aber jetzt mehr auf der fachlichen Ebene und nicht was Ereignisse angeht, inwiefern haben noch / haben internationale Entwicklung wie zum Beispiel Anbindung an Europa oder auch vielleicht umweltpolitische Veränderungen in zum Beispiel den USA oder irgendwo anders eine besondere Rolle gespielt, die hier Einfluss auf die Arbeit auch des Öko-Instituts gehabt hat. Und die vielleicht noch die Arbeit heute prägen?
01:09:36	01:12:08	Sailer: Also wir haben natürlich viel Kontakt mit internationalen Organisationen, also die in anderen Ländern tätig sind. Es war sogar so, dass im Gründerkreis ist eine ganz konkrete amerikanische Gruppe die " <i>Union of Concerned Scientists</i> ", die glaube ich 1975 oder '74 gegründet worden ist. Die war bei den Gründern so als Vorbildmodell. Wir haben mit den Kollegen von dort natürlich auch ab und an Kontakt, die sind immer völlig verwundert, dass sie mal Vorbild für uns waren, weil wir waren glaube ich ein bisschen erfolgreicher als die Kollegen von dort. Die existieren immer noch, machen auch gute Arbeit, aber sozusagen der relative Einfluss in der nationalen Politik ist, ist ein bisschen unterschiedlich. Und da war halt auch die Idee für <i>Whistleblower</i> und Abweichler in traditionellen Systemen eine Grundlage für Arbeit zu schaffen. Und wir haben in Europa auch mit vielen Gruppen Kontakt, wobei halt zu beobachten ist, es gibt wenig Länder, bei denen ähnliche Institutionen auch eine ähnliche Rolle haben. Österreich gibt es das so ein bisschen. Es ist dann entweder so, dass die Institutionen relativ nahe bei einem normalen Beratungsunternehmen sind, aber mehr auf Nachhaltigkeit gucken, weil zum Beispiel die Verbindung in die Stakeholderwelt nicht so sehen oder es sind auch befreundete Institutionen dabei, die sich dann „viel Wissenschaft, aber bitte nicht an die Schnittstelle in der Politik gehen“, das so sehen. Ich glaube aber auch, dass, da wäre mal eine Untersuchung spannend, wie das politische System – also das Governance und das <i>Political-Decisions</i> -System in verschiedenen europäischen Ländern auch eine Interaktion damit hat, ob im nationalen Rahmen unabhängige

		Institute entstehen könnten oder nicht.
01:12:08	01:13:49	Duwe: Haben Sie selber eine Erklärung dafür, dass es eine Art deutsche Sonderentwicklung gegeben hat? Sailer: Also eins ist / ich hatte ja vorhin schon einmal darauf hingewiesen, dass die Länder eine große Rolle gespielt haben und ein föderales System in dem Sinne gibt es ja in ganz wenig anderen Ländern und da ist Österreich mit der langen gemeinsamen Geschichte, ist ja eher ein Ausnahmefall. Das heißt, diese breite Mischung von potentiellen, offiziellen Auftraggebern unterschiedlicher Couleur und Farbe, die ist nicht so da. Das heißt, dass hat eine Rückwirkung auf die ökonomische Basis, wenn ich Aufträge in dem Stil kriegen kann, dann ist es natürlich besser. Das zweite ist sicher auch, dass wir kein Mehrheitswahlrecht haben. Also das höre ich immer wieder von Einzelpersonen oder befreundeten Institutionen, zum Beispiel in Großbritannien, dass die überhaupt nicht sehen, wie da Politik vernünftig beraten werden kann. Während man in Frankreich, die ja inzwischen auch bei einem ähnlichen Wahlrecht wie wir sind, da sieht man schon, wenn auch sehr viel weniger, aber es gibt dort einige Institutionen, die auch ähnlich unterwegs sind und die sich auch Ähnliches dann erhoffen, wenn unterschiedliche Parteien Experten schicken. Duwe: Dann sage ich Ihnen erstmal vielen herzlichen Dank und ich freue mich schon auf die Veranstaltung...

Interview mit Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes, Generalsekretär des WBGU (1992-2008)

Interviewt durch: Susanne Langsdorf, Researcher, Ecologic Institut

Datum: 12. Mai 2014

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Schulz-Baldes, Meinhard (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 12. Mai 2014.

Zeit von	bis	Text
00:00:26	00:03:26	Langsdorf: Dieses Interview führen wir im Rahmen des Projekts "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende" durch. Das Projekt wird durch das Ecologic Institut durchgeführt und wir beleuchten darin die Geschichte der unabhängigen Umweltforschung und -beratung in Deutschland. Dazu gibt's bisher nicht besonders viel geschriebene Geschichte und diese Lücke möchten wir eigentlich schließen, indem wir – oder zumindest dabei helfen sie zu schließen – indem wir über 20 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen befragen und daraufhin wird dann das Material der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Herzlich willkommen Prof. Dr. Schulz-Baldes, wir freuen uns sehr, dass wir Sie heute hier zu dieser Geschichte eben befragen dürfen, dass Sie sich die Zeit dafür genommen haben. Bevor wir allerdings jetzt in die Vergangenheit treten, eine Frage zu Ihrem aktuellen Tun. Sie sind aktuell Klimakoordinator der Klimastadt Bremerhaven. Was genau macht denn ein Koordinator einer Klimastadt? Schulz-Baldes: Als ich nach meiner Pensionierung zurück kam in meine Heimatstadt Bremerhaven hier aus Berlin, wurde ich eigentlich fast instantan von der Stadt gebeten, ob wir nicht ein Projekt machen können, was den Strukturwandel in Bremerhaven besser nach außen trägt. Und da ist die Idee, die aus der Wissenschaft ursprünglich gekommen ist, geboren worden, wir wollen Bremerhaven zu einer Klimastadt machen und Klimastadt bedeutet, dass hier die verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen, die Stadt selber, die kommunale Ebene, aber auch die Industrie zusammenarbeitet, gemeinsam Projekte macht, damit man diese Stadt vielleicht mal auf der Landkarte wahrnehmen kann, als eine Stadt, die sich ganz besonders für den Klimaschutz engagiert. Wir haben ja das große Glück, dass wir mit dem Alfred-Wegener-Institut und dem IWES, das ist das Institut für Windenergieforschung der Fraunhofer Institute, zwei ganz vorzügliche Forschungsinstitute haben, wir haben 'ne Hochschule, die sehr stark auch in diese Richtung geht, zwei Stiftungsprofessuren für Windenergie, wir haben die große Offshore-Industrie,

		<p>die in Bremerhaven eine große Rolle spielt, leider im Moment 'n bisschen in schweren Wassern ist, aber ich hoffe, dass sich wieder gibt und wir haben natürlich mit dem Klimahaus eine Institution, die fast weltweit einmalig ist, würde ich sagen, wo das Klimageschehen, die Klimaproblematik, an die große, breite Öffentlichkeit vermittelt wird. Das sind unserer Leuchttürme und das versuchen wir nun alles zu koordinieren, zusammenzubringen, wenn Sie so wollen zu verkaufen, eine neue Marke zu schaffen, um das Image von Bremerhaven, dass eine Stadt, die in den letzten 20 Jahren einen gewaltigen Strukturwandel durchgemacht hat, weil die ganzen traditionellen Industrien, Schiffbau, Fischerei, alles zusammengebrochen, hohe Arbeitslosigkeit... Vor 20 Jahren hatten wir 25 Prozent Arbeitslosigkeit, wir sind immer noch bei 15 Prozent, aber die ganze Stadt strengt sich an und ich hoffe da ein bisschen beitragen zu können.</p>
00:03:26	00:06:15	<p>Langsdorf: Ist ja interessant. Gibt's da dann auch numerische Ziele tatsächlich oder ist es eher, geht's erst mal darum dieses Netzwerk zu schaffen? Schulz-Baldes: Also das, ein numerisches Ziel ist, dass die Stadt beschlossen hat bis 2020 ihre CO₂-Emissionen um 20 Prozent gegenüber den 1990er Werten zu senken. Da sind wir natürlich noch ein ganzes Stück von entfernt, aber immerhin, das Ziel ist da, was auch ein Ziel des Landes Bremen ist, das ist ein numerisches Ziel, ganz klar, aber wir wollen einfach den Bürger erreichen mit vielen kleinen Initiativen. Wir haben jetzt, das ist eins unserer größten Projekte, gestartet, einen sogenannten Klimateffizienz-, einen Energieeffizienztisch, dort wollen wir 10 Ener..., 10 große Firmen, die mindestens 100.000 Euro an Energiekosten pro Jahr haben, zusammenbringen, die vereinbaren ein gemeinsames Ziel, z.B. in drei Jahren wollen wir 5 Prozent Energiekosten einsparen und dann wird sehr eng zusammengearbeitet mit einer zertifizierten Beratung, mit einem mode..., einem Mediator und, also da passiert dann 'ne ganze Menge. Langsdorf: Ja. Schulz-Baldes: Und wir haben, ich bin jetzt da, ja seit drei Jahren dabei und eine Stadt ist langsam, eine Stadt hat wenig Geld, aber wir haben jetzt gerade beschlossen ein neues Ladenlokal mitten auf der Hauptstraße, das jetzt zurzeit umgebaut wird und dann kommen noch zwei Leute vom Umweltamt dazu, sodass wir dann hoffen, dass wir dann mehr nach draußen strahlen, also es, es macht Spaß mal von der großen globalen Ebene, von der ich ja fast komme, jetzt mal gleich hinunter zu hopsen auf die lokale Ebene und ich bin zwar nicht in dieser Stadt geboren, aber ich liebe sie ausgesprochen. Es ist eine sehr ehrliche Stadt, die wirklich mit vielen Problemen zu kämpfen hat, aber die das ganz toll meistert. Langsdorf: Wir haben gerade vor zwei Tagen habe ich 'n Brief von 'ner neuen Kollegin, die hier bei uns Praktikum macht, bekommen, die über die Klimastadt Bremerhaven geschrieben hat, habe ich ihr gleich Bescheid gesagt (Schulz-Baldes: Ja. Das ist ja toll.) Sie kommt dann heute Abend auch, also es zieht schon Kreise offensichtlich. Schulz-Baldes: Ja, nett. Ist ja wunderbar. Ja, das ist das Witzige, wir sind, das habe ich auch schon gehört, manchmal fast bekannter indessen, in, in Deutschland so allmählich, als in der Stadt selber. Langsdorf: Ja? Ja, das... Ja, ja. Schulz-Baldes: Ja, ja, also das, ne ganze Menge auch, wir sind gerade dabei ein Projekt mit der Universität Hull auf den Weg zu bringen, englische Stadt, die 'ne ganz ähnliche Historie hat. Ich werd' im nächsten Monat hinfahren, da 'nen Vortrag halten, also wenn wir sowas zusammen kriegen, da wollen wir noch zwei andere europäische mittlere Hafenstädte zusammennehmen und den gemeinsamen Strukturwandel, der sich in vieler, vielen dieser Städte auch tatsächlich Richtung erneuerbarer Energien, das ist das große neue Arbeitsfeld, auch in England, auch in Hull, die Engländer sind ja beneidenswert weiter 'n bisschen als wir allmählich mit der Offshore-Windindustrie. Langsdorf: Mhm, ja.. Schulz-Baldes: Ist so. Langsdorf: Das stimmt sicherlich.</p>
00:06:15	00:09:05	<p>Langsdorf: Das klingt sehr vielversprechend. Jetzt machen wir sozusagen 'nen ganz großen Schritt nach hinten, ganz zum Anfang Ihrer Karriere und zwar sogar zum Studium erst mal. Sie haben Ende der 60er Jahre in Freiburg Chemie und Biologie studiert und 1977, also einige Jahre später wurde dort das Öko-Institut gegründet, das erste unabhängige Forschungsinstitut seiner Art. Hat sich sowas schon angekündigt während Sie dort.... Schulz-Baldes: Nee, überhaupt nicht. Langsdorf: ...studiert haben? Überhaupt nicht... (Schulz-Baldes: Überhaupt nicht.) auch nicht in der Chemie? Schulz-Baldes: Nein. Überhaupt nicht, also ich hab angefangen zu studieren 1965 und ich bin '68 dann weitergegangen und zu dem Zeitpunkt war das Studium, ich würde nicht sagen verschult, aber wir wurden zugeschüttet mit Vorlesungen und mit Übungen, die wir machen mussten. Es gab noch keinen Numerus Clausus und Freiburg war in dem Sinne eine fortschrittliche Universität als wir Klausuren schreiben mussten, um in Kurse überhaupt rein zu kommen. Das tollste war mal die Chemieklausur im großen Chemiehörsaal, da haben 200 Leute geschrieben um 30 Plätze und das war für das chemische Großpraktikum. Wer also das nicht schaffte, konnte entweder an 'ne andere Uni gehen oder eben sogar 'n Semester dran hängen. Ich hatte das große Glück, ich habe immer</p>

		<p>alles geschafft, mit der Folge, dass ich dann nach dem Vordiplom umgesattelt bin etwas auf Staatsexamen, weil mir damals meine Kollegen in meinem Bremerhavener Institut, wo ich immer schon als Werksstudent war, gesagt haben, Diplom, wenn du Wissenschaftler werden willst, musst du sowieso promovieren, mach lieber zur Sicherheit ein Staatsexamen, dann kannst du immer noch in die Schule gehen. Und wie ich dann in Hamburg zum Staatsexamen antanzte, da war ich im 9. Semester und der Nächstjüngste aus Hamburg war im 16. Semester. Das war aber nicht nur mein Verdienst, sondern das war auch einfach die Art des Studiums, die damals in Hamburg noch völlig anders war. Freiburg war 'ne tolle Uni und ich liebe diese Stadt sehr, nach wie vor. Langsdorf: Ja, das ist interessant, weil wir hatten bisher eben nur Gäste die sozusagen als es schon völlig rumorte, (Schulz-Baldes: ja. Ja, ja.) dann eben vor Ort waren und dann teilweise eben auch eben in diesen Instituten, also (unv.), die ersten sind ja Öko-Institut (Schulz-Baldes: Natürlich.) und dann IFEU in Heidelberg, (Schulz-Baldes: Genau. Genau.) die dann wirklich direkt aus der Uni heraus dann dort eingestiegen sind, aber... Schulz-Baldes: Nein, ich habe also mit denen eigentlich erst viel, viel später Kontakt bekommen, eigentlich erst im WBGU, als Rainer Gießhammer bei uns WBGU-Mitglied wurde, da waren wir natürlich auch häufiger im Öko-Institut in Freiburg, aber die spielten zu dem Zeitpunkt überhaupt keine Rolle. Langsdorf: Ah, das ist ja interessant, weil das hatten, ist tatsächlich, ist ja auch 'ne interessante Information, (Schulz-Baldes: Ja.) dass es dann doch sehr schnell gehen kann, auch, letztlich, weil es sind dann ja nur ein paar Jahre gewesen. Schulz-Baldes: Eine, eine phänomenale Entwicklung, auch insgesamt, da werden wir auch später noch drauf kommen, auch international, das ist schon toll.</p>
00:09:05	00:12:28	<p>Langsdorf: Sie wurden 1976 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Meeresforschung und dann 10 Jahre später Mitarbeiter am Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven. Also diese Institute gehören ja im Prinzip zur etablierten Wissenschaft, (Schulz-Baldes: Ja.) gegen die sich diese anderen Institute etwas in 'ner Gegenposition im Grunde formiert haben. (Schulz-Baldes: Ja.) Wie haben Sie diese Zeit aus einem etablierten Institut heraus erlebt oder aus zwei im Grunde? Schulz-Baldes: Also ich bin schon als Student in dem Institut für Meeresforschung drin gewesen und das Institut für Meeresforschung ist 1986 integriert worden, in das Alfred-Wegener-Institut. Es wurde sozusagen übernommen. Wir, ich habe damals, denke ich, als ein gewisser Exot in Deutschland in der Meeresforschung Umweltforschung betrieben. Das ist zum Beispiel, ging soweit, möchte ich gerne erzählen, wie ich meine Diplomarbeit geschrieben habe, die habe ich über Blei im Meer und Tiere als Bioindikatoren geschrieben, Miesmuscheln, da gab es das Wort Meeresverschmutzung noch nicht, da gab es ein DFG-Schwerpunktprogramm, das hieß Abwasser in Küstennähe. Das heißt, da glaubte man noch, die Meeresverschmutzung auf dem Meer, kann überhaupt nichts passieren, also wenn dann ist das alles nur in Küstennähe und es sind die Flüsse, durch die das rausgetragen wird, stimmt ja auch... Was heute passiert, das man im zentralen Pazifik riesige Müllfelder findet, das konnte sich damals wirklich gar keiner vorstellen. Und das zeigt eben auch in diesem Gebiet diese rasante Entwicklung, die da passiert ist. Langsdorf: Ja, da haben wir uns auch vorhin unterhalten, woher kommt das eigentlich, dass bestimmte Themen es scheinbar schaffen 'ne sehr große Emotion in der Bevölkerung hervorzurufen und dass das aus irgendwelchen Gründen im Fall Meere scheinbar weniger der Fall ist. Schulz-Baldes: Ja. Ich glaube tatsächlich weil der normale Mensch die Meeresverschmutzung praktisch nicht wahrnimmt. Die Leute sind nach Italien gefahren, an die blaue Adria und haben gebadet, dass mal eine <i>Red Tide</i>, also eine Verschmutzung mit bestimmten Algen war, die das Baden unmöglich machte, das habe ich später mal in Kalifornien erlebt, das gab's hier nicht. Also der normale Mensch hat das eigentlich nicht wahrgenommen. Und ich behaupte eigentlich immer noch, das Deutschland eigentlich insgesamt ein Land ist, das nicht so sonderlich maritim ausgerichtet ist. Das gilt auch für unsere ganze Politik, wir sind mehr fast ein kontinentales Land, auch wenn wir natürlich Häfen haben, die haben aber noch nie 'ne riesige Rolle gespielt. Dass das Ganze dann von den Menschen wahrgenommen wurde, das glaube ich war erst dann, wie es die Menschen wirklich anging. Klassischer Weise zum Beispiel das Ozonproblem, da kriegte man mit einem Mal gesagt, ihr dürft nicht mehr in die Sonne gehen, ihr müsst aufpassen. Und da merkte man mit einem Mal, oh, hier ist ein globales Problem entstanden, was dann ja relativ elegant gelöst wurde, vielleicht das einzige, aber jedenfalls immerhin und, und die Meere sind so in dieser Problematik zu dem Zeitpunkt nicht irgendwie präsent gewesen.</p>
00:12:28	00:14:47	<p>Langsdorf: Sehen Sie da 'ne Änderung? Schulz-Baldes: Eigentlich nein. Nein. Also sicherlich sind vielleicht Leute jetzt geschockt über, über diese Bilder aus der, aus dem zentralen Pazifik wo vielleicht auch Überreste des Tsunamis aus Japan dort rumschwimmen. Mein Institut hat gerade</p>

		<p>Bilder aus der Tiefsee veröffentlicht, wo in 4000-5000 Meter Tiefe wie Plastikflaschen und Plastiktüten rumliegen, auch das ist natürlich was Grauensvolles und ich habe später mal 'ne, mehrere Reisen mit der Polarstern mitgemacht nach Südamerika und Südafrika runter, da habe ich das sogenannte Neuston gefischt, das sind Planktonorganismen, die nur an der Wasseroberfläche leben und dazu hat man einen Schlitten, wo man diese Wasseroberfläche abgrast und da war in jedem Hol irgendwelche kleinen Ölkümpchen drin. Dummerweise muss ich gestehen, habe ich die nicht ausgewogen und gesammelt, sonst hätte man mal 'ne schöne Atlantikkarte machen mit der Ölverschmutzung, habe ich damals 'n etwas anderes Forschungsgebiet gehabt, gut. Ist 'n Versäumnis, muss ich eingestehen. Langsdorf: Ja, das ist schade. Das hat man ja häufig, dass man 'ne Forschungsarbeit macht und dann auf halbem Wege merkt, oh, wir hätten eigentlich doch... Schulz-Baldes: Man hätte doch, nicht? Genau. Langsdorf: Das stimmt. Wo verorten Sie persönlich die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung, also der Umweltforschung und -beratung außerhalb der Universitäten? Schulz-Baldes: Also, ich hab diese Phase ja nicht mehr so aktiv miterlebt, aber ich würde denken, das ist ganz sicherlich die Gründung vom Sachverständigenrat für Umweltfragen oder Rat von Sachsch..., Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, so hieß er ursprünglich ja. 1971 ist dieser Rat gegründet worden. Das ist dann auch die Zeit, wo wir zum ersten Mal 'nen Umweltminister hatten usw. Und da war es ja in sehr vielen Häusern üblich, dass man sich wissenschaftliche Beiräte hielt und die dann etwas allgemeiner für die Ministerialbeamten und für die Minister selber die Umweltproblematik in diesem Falle aufgearbeitet haben. Also ich denke mal, dass da von der wissenschaftlichen Politikberatung sicherlich ein wichtiger Punkt war. Ich kann nicht überblicken, ob es vielleicht in einzelnen Bundesländern bereits frühere Umweltberatungsgremien, die offiziell beraten, berufen worden waren gab, das weiß ich nicht.</p>
00:14:47	00:17:07	<p>Langsdorf: Also diese Anfänge im Grunde von der staatlichen Seite und dann später kam es ja dann eben zur Ausgründung von den unabhängigen Forschungsinstituten, (Schulz-Baldes: Genau.) worauf würden Sie die zurückführen? Schulz-Baldes: Ich glaub das hat auch mit der allgemeinen Politikentwicklung zu tun, dass es dann Leute gab, die gesagt haben, die offizielle staatliche Forschung, die reicht mir nicht. Ich möchte auch eine unabhängigere in Führungszeichen, noch unabhängigere Forschung haben und vielleicht auch ganz speziell auf Umwelthemen ausgerichtet, die zu dem Zeitpunkt noch nicht da war und so wie ich es in der Zeit empfunden habe, haben es die Umweltinstitute in den ersten Jahren auch schwer gehabt mit der traditionellen Forschung zu konkurrieren. Das hat sich eigentlich erst in den letzten, weiß ich nicht, vielleicht 20 oder 25 Jahren so entwickelt, dass da ja heute völlig aufgelöst ist, sind beides vorzügliche Forschungseinrichtungen. Langsdorf: Ja. Im Bereich Meeresbiologie oder Meeresforschung gibt es solche Forschung nicht oder doch? Schulz-Baldes: Praktisch nicht, nein, also keine, so ein Öko-Institut, ein "Ökomar" in dem Sinne, das gibt es, gibt es nicht. Natürlich haben WWF und so, also die, auch Greenpeace zum Teil, hat eigene Abteilungen, die hierfür zuständig sind, aber sie machen eben nicht Grundlagenforschung in dem Sinne, aber es gibt heute eigentlich an allen großen Meeresforschungsinstituten natürlich viele Wissenschaftler, die sich mit Umweltverschmutzung befassen, nach wie vor. Langsdorf: Woran liegt das, dass sich sowas nicht im Meeresbereich entwickelt hat, aber in anderen Bereichen? Schulz-Baldes: Vielleicht weil war da die kritische Masse nicht groß genug und es ist ein Thema, was in dem Sinne nur randständig war und vielleicht dann nicht genügend Menschen erreicht hätte, als das man das so gemacht hätte. Und auf der anderen Seite denke ich, ist dann auch Umweltforschung in den Instituten in verschiedenen, an den Universitäten auch relativ intensiv nachher betrieben worden, gar keine Frage.</p>
00:17:07	00:19:20	<p>Langsdorf: Also im Bereich Meeresbiologie, Meeresforschung gab es nicht das Problem, das es offensichtlich in anderen Bereichen gab an den Universitäten, Sie selbst sind 1993 zum Professor ernannt worden und kennen dem entsprechend die Abläufe an Universitäten sehr gut. Auch wenn es in Ihrem Fall sozusagen, in Ihrem Arbeitsbereich nie dazu gekommen ist, haben Sie 'ne Idee, weshalb sich 'ne bestimmte Art von Forschung außerhalb der Universitäten entwickeln musste? Warum das die Universitäten nicht leisten konnten in diesen Fällen? Schulz-Baldes: Das ist schwer zu sagen. Vielleicht lag's auch einfach an den relativ beschränkten Mitteln. Die Universitäten haben natürlich lange Zeit immer geknappt und sie mussten natürlich auch ihre Professoren so auswählen, dass die traditionelle Lehre bedient werden konnte. Und ich bin Professor für Meeresbiologie geworden und musste halt Meeresbiologie lehren. Das ich dabei auch Meeresverschmutzung mit abgearbeitet habe war ganz klar in meinem Falle, aber das ist vielleicht nicht unbedingt die Regel gewesen. Und es gibt auch genügend andere Dinge, die man natürlich in der Meeresbiologie auch</p>

		den Studenten vermitteln kann. Langsdorf: Ja. Wie schätzen Sie die Rolle der Öffentlichkeit für die Entwicklung der Umweltpolitik auf der einen Seite und der Umweltforschung auf der anderen Seite ein. Schulz-Baldes: Also ich glaub ganz sicherlich, dass durch die Entstehung der grünen Partei und dass dies eine Bewegung wurde, die ja einen phänomenalen Aufstieg genommen hat, das grünen Themen wirklich in das Bewusstsein der Menschen eingedrungen sind. Und das hat sich ganz klar abgefärbt auch auf die Wissenschaft, denn man wollte objektive Daten zur Umwelt haben. Und ich glaube, dass die Ökoinstitute sehr schnell eben auch wirklich diesen Anspruch gewonnen haben, dass sie unabhängig gute Forschung machen. Das hat man denke ich der traditionellen Forschung an den Universitäten und an den unabhängigen Instituten sowieso abgenommen, dass hier ohne Bias sozusagen geforscht wurde.
00:19:20	00:22:01	Langsdorf: In, also gerade im Bereich Chemie und Atomtechnologie, Atomsicherheit, also diese Themen waren besonders wichtig im Grunde für die, oder sa..., haben viele unserer Zeitzeugen gesagt, dass diese Themen besonders wichtig waren, für die Entstehung ihrer Institute, weil das sozusagen den (Schulz-Baldes: Ja.) weil das damals natürlich 'nen großen Konsens gab auch für Atomenergie und damit aber dann doch nicht eben alle einverstanden waren. Die haben dann, also viele haben sozusagen bestätigt, dass bestimmte Katastrophen, die passiert sind, gerade nach Tschernobyl wurde dann ja auch das BMU gegründet, aber das für die Öffentlichkeit und für diese Wahrnehmung eben auch Katastrophen 'ne wichtige Rolle gespielt haben zumindest. Die Institute sind ja oft davor entstanden (Schulz-Baldes: Ja.), aber das 'ne breite Masse auch irgendwie die Gefahr wahrgenommen hat. Gibt es ähnliche Phänomene im Bereich Meeresforschung, also hat es vielleicht nicht unbedingt im deutschen Kontext, aber international, hat so 'ne Ölkatastrophe wie Exxon Valdez zum Beispiel, hat das solche großen Folgen auch gehabt? Schulz-Baldes: Ganz sicherlich. Also, ob Sie, das hat angefangen mit Hurricane Diane (?), die vor den Scilly Inseln damals auseinander gebrochen ist, denken Sie an die, an die Prestige, die hier später gesunken ist und erst recht natürlich Exxon Valdez, weil dieses waren grauenvolle Bilder, die jedem wirklich zu Herzen gegangen sind, wenn da ein arme, verölter Kormoran oder Pelikan oder was auch immer rumschwimmt und ich glaube, dass die gewaltig dazu beigetragen haben, dass die Richtlinien für Schiffe, zum Beispiel für Tanker, ganz gewaltig verschärft worden sind, also der Doppelhöhlentanker wäre nie entstanden, wenn es nicht diese Ölkatastrophen gegeben hat, gegeben hätte, sozusagen, und ich bin ganz fest davon überzeugt, nach wie vor, das gilt auch für unsere Klimaproblematik, dass die Politik und der Bürger erst wirklich leider durch Katastrophen bewegt werden. Den Rufer in der Wüste, der da die schönen Modelle an die Wand malt, dem wird nicht geglaubt. Aber wenn es dann mal wirklich irgendwo knallt oder weiß ich nicht, man im Smog durch Peking läuft, dann setzt das Nachdenken ein, weil offensichtlich dann auch der Anspruch des Bürgers ist "Lieber Staat, nun regel das mal etwas besser". Das ist zwar in gewisser Weise traurig, weil man eigentlich ja ein vorbeugendes oder ein Vorsorgeprinzip viel besser haben könnte, aber so scheint mir Politik nicht zu funktionieren.
00:22:01	00:24:51	Langsdorf: Also meinen Sie da gibt's auch gar keine Lösung für? Weil im Grunde das, also wenn man an den Klimawandel glaubt, wenn man jetzt den Modellen traut, dann kann man sich das ja nicht leisten in diesem speziellen Fall zu warten (Schulz-Baldes: Natürlich.) bis was kippt. Schulz-Baldes: Hat unser Beirat schon lange, lange gesagt, das ist ein riesiges Experiment, was die Menschheit startet und das ist nicht mit ungewissem Ausgang, sondern leider mit ziemlich gewissem Ausgang, ich befürchte, dass wir, wenn ich die letzten 20 Jahre überblicke, was politisch passiert ist, das wir das nicht hinkriegen, also da müssten wirklich drastische Unfälle passieren, Katastrophen passieren, dann würde vielleicht umgesteuert werden. Aber ich bin da ziemlich skeptisch, dass, auch was die gesammelten internationalen großen Konferenzen und so anbetrifft. Natürlich, sie haben alle irgendwie so 'n klein bisschen gebracht, aber es ist ja im Grunde viel zu langsam. Langsdorf: Was sehen Sie als die größte Barriere? Schulz-Baldes: Die größte Barriere sehe ich eigentlich, dass unsere Politiker nicht weit genug nach vorne gucken. Das, ein Politiker wird für vier, fünf Jahre gewählt und ich denke mal er mag 'nen Horizont von vielleicht 10 Jahren haben und, aber das irgendwas in 50 Jahren passiert und man jetzt entsprechend vorher handeln müsste, das ist mir relativ wenig verbreitet bisher. Nicht nur bei der Politik. Wir haben ein Gutachten mal zur Sicherheit gemacht und haben dort mit dem Verteidigungsministerium zusammengearbeitet und waren ziemlich entsetzt, als die uns sagten, also länger als 15 Jahre könne wir nicht planen, ist völlig unmöglich. Und wie wir den gesagt haben, ja ihr müsst doch mal 'n bisschen länger vorausgucken, denn auch der Klimawandel bedeutet natürlich auch für unsere Verteidigungspolitik etwas und nicht zuletzt was..., das haben wir denen, ich weiß nicht, wann haben wir dieses Gutachten

		gemacht, bestimmt vor 15 Jahren, auch da wurde schon natürlich drüber gesprochen, dass afrikanische Flüchtlinge rüber kommen, aus wirtschaft-, aber sicherlich auch aus klimapolitischen Veränderungen. Das hier gehörte nicht in den, in diese Sichtweise, die damals vertreten wurde, ob das heute sich geändert hat, weiß ich nicht, aber ich glaube einfach, dass die Politiker zu kurzfristig denken. Mit Ausnahmen, ganz klar... Langsdorf: Also bei der Bundeswehr haben sie jetzt tatsächlich ein großes Zukunftsforschungsprojekt. Also für deutsche Verhältnisse eins der größeren, (Schulz-Bades: Donnerwetter.) also es scheint doch 'n bisschen was zu passieren und also es geht auch nicht nur um militärische Themen tatsächlich, sondern also 'n sehr umfassendes Projekt, also... Schulz-Baldes: Würde mich freuen, also ich hab... Langsdorf: Mühlen mahlen vielleicht langsam, aber... Schulz-Baldes: ...ist schon viele Jahre her, ich hab auch mal in der Bundeswehrhochschule 'nen Vortrag gehalten in Hamburg, aber ich hatte das Gefühl, dass die Herren Offiziere mich doch etwas exotisch ansahen. Langsdorf: Ja. Dieses Gefühl hat man dann ja schnell, das stimmt.
00:24:51	00:28:50	Langsdorf: Also, dann kommen wir mal sozusagen zu dem Kernthema wissenschaftlicher, der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen. Sie waren von 1992 bis 2008 Generalsekretär des WBGU, wie es ja verkürzt heißt, zunächst in Bremerhaven, dann ab 2001 in Berlin. Können Sie uns etwas über die Gründung und über die Entwicklung des WBGU erzählen? Schulz-Baldes: Der WBGU, ja, die ganz genaue Entstehungsgeschichte ist so ein bisschen im Dunkeln, angeblich soll es passiert sein bei einem der Kamingespräche von Minister Riesenhuber. Minister Riesenhuber hatte führende deutsche Wissenschaftler von Zeit zu Zeit zu solchen Kamingesprächen eingeladen. Einer davon war ganz sicherlich mein derzeitiger Chef, der Gründungsdirektor des Alfred-Wegener-Instituts, Prof. Gotthilf Hempel, aber es gab natürlich auch solche wichtige Gestalten wie Hartmut Graßl aus Hamburg und außerdem stand Rio vor der Tür, 1992. Und ich denke, dass diese Frage deswegen im Kabinett auch besprochen worden ist und, das wissen wir auch, Helmut Kohl hat das Ganze positiv begleitet. Wir haben später auch ein Gutachten nicht an die Minister, sondern direkt an Helmut Kohl übergeben und waren erstaunt wie er in diesen Fragen auch drin stand. Also, so ist glaube ich diese Gründungs idee entstanden, dass Deutschland gesagt hat, wir sind jetzt nach der Wiedervereinigung, wir sind ein wichtiges Land, wir müssen auch globale Aufnahmen, Aufgaben übernehmen und wir müssen dort Flagge zeigen. So ist dann der Errichtungsentscheid, ich glaube am 9. Mai '91 entstanden und der erste Beirat wurde dann berufen zum Juni oder Juli 2000, äh 19-, 1992. Zwölf Mitglieder damals noch, zehn Jahre später oder acht Jahre später wurde der Beirat dann auf neun Mitglieder verkleinert. Prof. Hempel war ja gleichzeitig ein Direktor einer Großforschungseinrichtung, direkt dem BMBF sozusagen nachgeordnet und das BMBF hat glaube ich es ganz gerne gesehen, wenn diese Großforschungseinrichtungen auch noch gewissen Koordinationsfunktionen übernehmen. Ich hab vor dieser Zeit ein großes europäisches EUREKA-Projekt geleitet als Generalsekretär mit 19 Unterprojekten, ich war nur noch am umherfliegen in Europa, schlimme Ökobilanz, und Hempel hatte mich wohl auserkoren, dass ich vielleicht was in diese Richtung machen könnte. Es gab ein kleines internationales Sekretariat, das war das sogenannte " <i>global change Sekretariat</i> " in Bremerhaven, das habe ich noch ein Jahr lang sozusagen mit verwaltet und dann hat Hempel wohl dem Ministerium angeboten, wir können das hier bei uns machen, dieses Sekretariat und ich habe da auch jemanden für, so bin ich da rein gerutscht, ohne mich da je irgendwie beworben zu haben und nach 'nem halben Jahr, nachdem der Beirat tagte wurde eine Sitzung ohne mich einberufen, ob ich dann vielleicht der Richtige sei oder der Falsche und offensichtlich befand man mich damals für richtig und dann bin ich 16 Jahre lang geblieben, bis ich pensioniert war... und hab natürlich in der Zeit, zugegebenermaßen auch selbst, einen Steilkurs in " <i>global change</i> "-Forschung durchgemacht, denn wir haben ja unendlich viele Themen bearbeitet und ich habe völlig neue Leute sozusagen kennen gelernt, 'ne Umweltpsychologin oder selbst ein Umweltökonom waren damals für einen Meeresforscher doch ziemlich exotisch.
00:28:50	00:30:29	Langsdorf: Aber heute nicht mehr. Schulz-Baldes: ...und das übrigens nicht nur für mich, sondern das galt logischerweise auch genauso für die Beiräte. Die meisten Beiräte, wir sind ja von Anfang an interdisziplinär aufgestellt worden. Es war immer so, dass die Hälfte des Beirats Naturwissenschaftler waren, die andere Gesellschaftswissenschaftler. Eine einzige Funktion war jedenfalls in den ersten 12, äh 16 Jahren immer doppelt besetzt, das war der Ökonom. Langsdorf: Ah, okay. Schulz-Baldes: Das hängt aber denke ich auch damit zusammen, dass die Ministerien auch von Anfang an sahen, dieses ist ein Beirat der Bundesregierung. Ich glaube wir sind der einzige Beirat, die, der den Namen der Bundesregierung auch im Titel trägt, die anderen Beiräte werden

		<p>ebenso auch von Ministerien zwar vorgeschlagen, aber vom Kabinett berufen, hier natürlich auch. Aber es sollte klar gemacht werden, "global change" geht eigentlich jeden etwas an. Wobei wir leider ja nicht "global change" oder "globaler Wandel" heißen, sondern "globale Umweltveränderungen". Hat der Beirat versucht übrigens zu Anfang zu ändern, weil er meinte, es geht ja gar nicht nur um Umwelt, das könnte man ja meinen, sondern globaler Wandel heißt ja, dass gerade das Zusammenspiel der verschiedenen Kräfte hier wichtig ist. Ist uns nicht gelungen, das einzige hinten rum, Englisch dürfen wir uns nennen "German Advisory Council on Global Change". Das gilt auch heute noch, da ist also der "global change" drin, aber in dieser Zeit, wo dieser Begriff geprägt wurde, da war er noch nicht ganz in den Ministerien angekommen.</p>
00:30:29	00:34:24	<p>Langsdorf: Ja. Wie war das so in der Anfangsphase? Also, das war ja damals noch nicht ganz so üblich, ist es vielleicht auch heute, wenn man jetzt an 'ne Universität geht auch in einigen Bereichen noch nicht, aber dass man wirklich so interdisziplinär zusammenarbeitet. Haben Sie da eine Veränderung gemerkt, im Laufe der Zeit, dass es am Anfang große Berührungängste gab oder vielleicht nicht Ängste, aber dass man nicht genau wusste, wie man das jetzt macht und... Schulz-Baldes: Also, insgesamt ist das von jeher ein unheimlich harmonischer Beirat gewesen und das Betriebsklima in diesem Beirat ist fantastisch gewesen. Dennoch denke ich, das der erste Beirat noch am ehesten, das, diese Berührungängste will ich sie nicht nennen, aber diese Neugier auf andere hatte, hing aber vielleicht auch mit, mit der, wie soll ich das sagen, mit der Sozialisierung der Menschen damals zusammen. Wenn wir ein' Ökonom, da waren eben Ökonomen dabei, die von Umweltforschung noch nicht so viel gehört hatten und auch für andere war dieser ganze Bereich eben relativ neu, globale Forschung, das war alles relativ neu. Und es musste wirklich eine gemeinsame Sprache gefunden werden. Zusätzlich kam dazu, dass in diesem ersten Beirat wir auch zwei exponierte, in politischen Parteien verortete Menschen hatten: Einen aus der SPD und einen aus der CDU. Auch daher kam vielleicht noch etwas andere Einflussphären sozusagen, das hat sich meiner Ansicht nach alles unheimlich nachher abgeschliffen. Also heute spielt das, denke ich, überhaupt keine Rolle mehr und klar, wenn jemand jetzt ganz frisch reinkommt, in diesen Beirat, dann wird er mal ein paar neue Vokabeln lernen müssen, aber so eine gemeinsame Sprache zu finden... Ich weiß, das vor allen Dingen, zum Beispiel unsere Umweltpsychologin, Frau Lenelis Kruse-Graumann, großartige Wissenschaftlerin, die in diesen ersten beiden Jahren mit dabei war, die hat heftig kämpfen müssen, weil vielleicht einige meinten, naja Umweltpsychologie, das können wir doch auch, so nach dem Motto 'nen bisschen Küchenpsychologie kann ja jeder... Das war wahrlich nicht so und ich glaube, sie hat da ganz wichtige Impulse gesetzt. Der, Die Regierung finde ich, hat sich immer etwas schwierig getan, auch Soziologen reinzuberufen. Das haben wir immer vom Bei..., vom Sekretariat, wir haben ja auch ein bisschen Einflussmöglichkeiten gehabt für die Neuberufung, das haben wir immer vorgeschlagen und auch forciert, da war man früher ziemlich zaghaft. Und das hab' ich auch, muss ich gestehen, als reiner Naturwissenschaftler zunächst mal sehr, sehr schnell gelernt, dass wir zur Bewältigung dieser Probleme gesellschaftlichen Wandel brauchen und das ist in manchen Köpfen der Ministerien nicht so drin gewesen. Langsdorf: Aber das ist heute anders? Schulz-Baldes: Ich denke, dass sich das, dass sich das eindeutig verbessert hat. Ich meine dieser Beirat hat ja einen, einen sogenannten interministeriellen Ausschuss an die Seite bekommen, indem eigentlich von jedem Ministerium jemand sitzen sollte und wir mussten uns zwei Mal im Jahr mit diesen Leuten treffen, wir mussten ihnen unsere Ideen vortragen, wo drüber wir arbeiten wollten, wir konnten die Themen ja restlos frei wählen, und da gab's natürlich zu Anfang Äußerungen von irgendjemand, ich will jetzt das Ministerium nicht sagen, der sagte "Zwei Grad mehr, das ist doch herrlich". Also man war zu der Zeit sicherlich in der Gesellschaft, auch in den Ministerien, noch ziemlich unbeleckt. Das hat sich heute glaube ich, wirklich geändert, also... Und ich glaube, da hat auch durchaus der Beirat mit zu beigetragen. Das ist ein Thema, dass heute etabliert ist, und wo wirklich gesehen wir, hier sind riesige Probleme.</p>
00:34:24	00:36:15	<p>Langsdorf: Ja. Ich würde gerne noch mal auf die Berufung der Wissenschaftler zurückkommen. Ich hatte gelesen, dass es im vergangenen Jahr, also im vergangenen Jahr in der Zeitung hatte ich das gelesen und hatte es jetzt noch mal nachgelesen, dass es ja im vergangenen Jahr zum relativ großen Konflikt über die Neubesetzung kam. (Schulz-Baldes: Ja, ja.) War das 'ne Ausnahme oder gab es auch schon in der Vergangenheit häufiger Probleme in der Besetzung? Schulz-Baldes: Das ist eigentlich in der Art eine absolute Ausnahme gewesen. Es gab früher ganz sicherlich, also, es ist, woll'n mal so sagen, während wir ja in der täglichen Arbeit mehr mit Referatsleitern, Unterabteilungsleitern zu tun hatten, hatten wir immer das Gefühl, wenn es darum geht neue, neue Beiräte zu berufen, dann trat mit einem Mal die Staatssekretärssebene und manchmal auch</p>

		<p>der Minister selber auf. Und dann konnte es schon mal passieren, was wir auch mal so gehört haben, das also am letzten Tag noch ein Name vollkommen rausgestrichen wurde, weil er doch lieber einen anderen, den er vielleicht kannte, drin haben wollte. Aber im Großen und Ganzen gab's da keine großen Überraschungen und ich muss sagen, dass die Ministerien eigentlich ganz feinfühlig mitbekommen haben, wer in diesem Beirat nun wirklich in Führungszeichen gut eingeschlagen ist, wer dafür hat Zeit investieren können und sich eingebracht hat, das kann ja nicht jeder so, so dass ich meine, dass wir insgesamt sehr gute Berufungen hatten. Und beim letzten Mal, da war ich nicht mehr da, da war ich gerade weg, das war, glaube ich, eindeutig ein bestimmter Minister damals, ein FDP-Minister, der sich da quer gestellt hat und irgendwann, denke ich, gab's dann das Machtwort der Kanzlerin und dann wurde das geregelt. Aber stand nie, soweit ich weiß, zur Diskussion bisher, dass dieser Beirat nicht etwa weiter existierte.</p>
00:36:15	00:39:04	<p>Langsdorf: Wie genau läuft überhaupt die Berufung des Beirats ab? Also wer gibt die Vorschläge und wer entscheidet? Schulz-Baldes: Das ist, das muss man sagen ist eine Entscheidung der Bundesregierung. Das ist, also hier ist die einzige wirkliche Einflussnahme des, der Bundesregierung auf diesen Beirat. Es hat ganz in der Anfangsphase auch mal einen, mal bei einem Gutachten 'ne gewisse Einflussnahme der Ministerien auf unsere Arbeit gegeben, einen Versuch, mit dem Erfolg, dass der Beirat gesagt hat, wenn die das nicht wollen, dann machen wir das erst Recht. Und es ist ja auch widersinnig, ich meine, man, man möchte als Ministerium eine, ein wirklich ungeschöntes Bild und dort zu glauben, dass man dort vielleicht Einfluss nehmen könnte, hielt ich für hochgradig konterproduktiv und es waren auch mehr Einflüsse aus der unteren Ebene, von oben eigentlich nie. Die Einflussnahme bestand in gewisser Weise durch die Wahl der Beiratsmitglieder. Ich denke, da sind viele gefragt worden, unter anderem auch ich zum Beispiel oder habe ich mit meinen Kollegen dann auch zusammen besprochen, wo wir gesagt haben... A) wurden wir manchmal gefragt, weiß ich nicht, wir brauchen einen Ökonomen, sucht doch mal rum, sagt uns mal fünf Namen. Das haben wir auch getan, es hat mit Sicherheit Gespräche mit den Vorsitzenden des Beirats selbst gegeben und es hat natürlich auch in den einzelnen Häusern durchaus Leute gegeben, die jemanden kannten oder so, der Prozess war insgesamt relativ und ist, denke ich, relativ intransparent. Es ist nur klar und deutlich festgelegt, es müssen unabhängige Wissenschaftler sein, keiner darf ein politisches Amt haben und insofern sind ja auch so exponierte, politisch exponierte Wissenschaftler, sind ja nicht so unge., sind ja nicht so wahnsinnig häufig in unserer Republik und das finde ich als Grundlagenforscher auch gar nicht so schlecht. Langsdorf: Ist das generell, wird das von den Leuten üblicherweise eher als Ehre aufgefasst oder gibt es auch schon mal, dass Leute sagen "Nee, danke, ohne mich"? Schulz-Baldes: Es haben Leute in der Tat abgesagt, aber nur weil sie gesagt haben, wir sind derartig überlastet, keine Chance. Insgesamt ist das 'ne große Ehre, es ist ein exponierter Beirat und vier Jahre, häufig acht Jahre, mit einer Ausnahme schon, Schellnhuber ist nun seit Ewigkeiten drin, seit Beginn an, aber das hängt natürlich auch einfach mit der, mit seinem zentralen Institut zusammen. Klimafolgen, das ist eben eigentlich mit das große Thema, was dieses, was dieser Beirat hat, neben allem, was da drum herum ist.</p>
00:39:04	00:42:34	<p>Langsdorf: Warum war überhaupt ein weiterer Beirat nötig? Es gab ja schon den Sachverständigenrat für Umweltfragen, warum diese Neugründung? Schulz-Baldes: Also, ich glaube ganz eindeutig, dass ist, hängt damit zusammen, dass die Klimaproble... Klimaproblematik Ende der achtziger Jahre wirklich virulent wurde. Wenn ich mich richtig entsinne ist '88 der erste IPCC-Report erschienen? Langsdorf: Das kann sein, das weiß ich auch nicht genau... Schulz-Baldes: Ich glaube ja, AR1, also der erste Assessment Report... Langsdorf: Oder sogar '84... Schulz-Baldes: Nee. Langsdorf: War es nicht noch früher? Schulz-Baldes: Ich glaube später. Langsdorf: Später erst? Schulz-Baldes: Später. Ich glaube erst '88. Wir hatten die Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", wo Herr Graßl sehr tätig war als Wissenschaftler und damit auch prädestiniert war als erster WBGU-Vorsitzender und es stand die Konferenz für Umwelt und Entwicklung an und da wurde die Klimarahmenkonvention abgeschlossen, also... Ab '85 denke ich, da, da war es ganz klar, dass wir hier mit einmal ein Menschheitsproblem haben, was nicht mehr regional zu lösen ist. Und da kam doch sehr schnell raus, dass hier eine zusätzliche Politikberatung noch zu machen ist, die auf, die in anderen Ebenen abläuft, als die der SRU macht. Der SRU hatte, ich weiß nicht, ob das heute noch so war, aber er hatte ja eine bestimmte Pflicht, alle paar Jahre sozusagen einen Statusreport "Umwelt Deutschland" abzuliefern. Er hat dann später sich auch stärker zum Teil in, nach Europa hin orientiert, aber wir haben also nie, muss ich sagen, irgendwelche Schwierigkeiten gehabt. Das hing aber vielleicht auch damit zusammen, dass wir von Anfang an auch einen vorzüglichen Kontakt auch der Geschäftsstellen hatten, bis dahin, dass wir</p>

		<p>Neunzehnhundert..., ja 2000 ungefähr den Ukas bekamen, ihr sollt jetzt bitte schön umziehen Geschäftsstelle, ihr sollt nicht mehr in Bremerhaven sitzen und ihr sollt nicht mehr in Wiesbaden sitzen, wo der SRU saß und die große Idee der Ministerien war, ihr müsst nach Bonn. Und da bin ich wirklich auf die Barrikaden gegangen, weil ich gesagt habe, Bonn, ist ja 'ne wunderschöne Universitätsstadt, aber die Musik spielt zukünftig in Berlin. Und da haben wir sehr heftig für gekämpft, vielleicht war ein Argument, dass die geschlossene Geschäftsstelle damals alle von mir gesagt haben, wir waren damals fünf oder sechs Leute, wir gehen nach Berlin mit. Alle wollten Sie nach Berlin und dann haben wir vom, von den Ministerien ein Gebäude zugewiesen bekommen, dass gräuslich war und da haben wir uns selber auf die Suche gemacht und ich hatte nun ein Freund und der hatte die Beziehungen und dadurch sind wir ins Shell-Haus gekommen und da habe ich gleich, sozusagen für den SRU die Räume unter uns akquiriert. Wir haben also zwei volle Ebenen gehabt und wir saßen also dann von 2001 bis 2008 hier direkt untereinander und hatten natürlich höchst intensiven Austausch und trafen uns jeden Tag beim Mittagessen usw. Also die Zusammenarbeit hier war, war Exzellenz, exzellent und sie ist auch freundschaftlich mit den Beiräten gewesen. Man kannte sich und wir haben auch zum Teil gemeinsame Sitzungen gemacht und so, also es hat da eigentlich nie Abgrenzungsprobleme in meiner Zeit gegeben.</p>
00:42:34	00:45:00	<p>Langsdorf: Also ein glücklicher Zufall eigentlich, dass die Nähe so gegeben war dann? Schulz-Baldes: Ja, absolut. War wirklich 'nen glücklicher Zufall und dass das so reibungslos passierte, aber das ist einfach auch ein so riesiges Gebiet, diese gesammelte Umweltforschung, und wenn man sieht, dass der WBGU ja so 'n bisschen versucht zum Teil jetzt auch sehr viel größere Gemälde zu machen "Die große Transformation" oder wir haben, weiß ich noch, ein Umweltgutachten gemacht "Umbau der UN-Systeme" und so <i>Earth-Alliance</i>. Fand ich 'ne großartige Idee, find sie immer noch, aber ich glaub' sie ist leider ein schöner Vorschlag gewesen, aber es wurden Visionen entwickelt wie so eine Umwelt vielleicht aussehen könnte und wie man zusammenarbeiten müsste. Das sind einfach Themen gewesen, die gehörten nicht zum SRU und insofern finde ich, dass beide Beiräte ihre ganz volle Berechtigung haben. Langsdorf: Also es gab schon 'ne grobe Trennung globale Fragen, deutsche Fragen, dann kam 2001 noch der Rat für nachhaltige Entwicklung dazu. (Schulz-Baldes: Ja. Richtig.) Wie passt er jetzt noch in dieses Bild? Schulz-Baldes: Der Rat für nachhaltige Entwicklung ist ja kein wissenschaftlicher Beirat in dem Sinne, sondern es ist ein gesellschaftlicher Beirat. Und hier sitzen die Vertreter verschiedener Organisationen drin, ob Kirche oder Gewerkschaft oder wer auch immer. Die haben eine etwas andere Aufgabe und die haben nicht die reine wissenschaftliche Aufgabe und auch da denke ich, gab's natürlich / Wir waren die drei Räte und wir haben viel zusammengearbeitet. Auch da gab's keinerlei Konkurrenzdenken oder was auch immer, das muss ich sagen, auch das hängt vielleicht wieder zusammen damit, dass sich die Geschäftsstellen eigentlich gut kannten und gut verstanden und wir gegenseitig auch uns auf den Veranstaltungen usw. besuchten, das war unproblematisch. Und ich glaube auch wirklich nicht, auch heute nicht, dass die sich in irgendeiner Weise ins Gehege gekommen sind, wobei wir natürlich mit dem großen Thema "globale Umweltveränderungen" sowieso 'nen Alleinstellungsmerkmal hatten, übrigens nicht nur hier in Deutschland, es gibt nach wie vor keinen globalen Umweltrat irgendwo in irgendeinem anderen Land. Das wird zum Teil mit bearbeitet, aber es waren, haben einige, ich weiß, dass die Engländer haben uns mal besucht und haben mal gefragt, können wir nicht so etwas gründen, aber in dem Sinne gab's das noch nicht.</p>
00:45:00	00:46:30	<p>Langsdorf: Das ist auch sehr interessant. Ich suche hier gerade nach dem, nach der zusammenhängenden Frage und zwar ist es ja beim Sachverständigenrat für Umweltfragen ist es ja so eben, dass es diesen Zusammenschluss der europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte gibt (Schulz-Baldes: Genau.), deren, der auch vom SRU sozusagen ins Leben gerufen wurde (Schulz-Baldes: Richtig.) und in dem aber europäische Räte sind. (Schulz-Baldes: Richtig.) Jetzt sagen Sie gerade, dass gibt es, auf, es gibt sozusagen keinen WBGU-Pendant, würde sich das nicht gerade anbieten (Schulz-Baldes: Also wir waren...), gibt es da Bestrebungen so was in die Wege zu leiten? Schulz-Baldes: Wir waren natürlich Mitglied der europäischen Umwelträte und ich bin natürlich jährlich auch auf diesen Sitzungen gewesen und genau da habe ich natürlich immer nach einem Kollegen gesucht, der vielleicht einen Rat, sowas ist wie wir, aber den gab's nicht. Und, ja vielleicht ist das so 'n bisschen symptomatisch... Ich weiß, dass wir mal überlegt haben im Grunde müsste ein solcher Rat bei der UN angesiedelt sein, im Grunde müsste es einen, auch das haben wir bestimmt irgendwo mal geschrieben, wir müssen so einen, es müsste so einen Weltberatungsgremium für den Generalsekretär geben, der genau diese großen globalen Probleme, die auch nur global zu lösen sind wissenschaftlich begleitet und dazu wirklich die hundertprozentigen Fakten schafft,</p>

		sofern sie denn bekannt sind. Ist leider bisher nicht passiert. Und, vielleicht kommt's noch mal, ich weiß es nicht, das hängt davon ab, wie sich unsere Umwelt weiter entwickelt.
00:46:30	00:49:07	Langsdorf: Ist der WBGU dann aber sozusagen über den Europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsrat oder über diesen, diesen Dachverband, arbeitet der WBGU in Europa auch oder eigentlich nur in Deutschland? Schulz-Baldes: Wir arbeiten eigentlich nur in Deutschland. Das ist ein sehr lockerer Zusammenschluss, das hat glaube ich wenig dazu geführt, das wir gemeinsame Projekte machen, ganz allgemein. Sondern mal wollte eigentlich nur sagen, hier ist ein kleiner Verband, ein Sprachrohr, ich bin mir auch nicht ganz sicher wie, wie soll ich das sagen, wie virulent dieser Verband noch ist. Es hat Bestrebungen gegeben so etwas vielleicht über ein EU-Projekt zu bekommen und die EU zumindest dafür zu begeistern. Dann gab es die europäische, die Gründung der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen, die Leiterin war dann auch bei diesen Sitzungen mit dabei und vielleicht hieß es dann, naja, nun haben wir ja jemand, der das auch von uns per Auftrag machen kann. Aber es ist eigentlich nicht dazu gekommen, dass es jetzt ein gemeinsames Memorandum der europäischen Umwelträte verschiedener Nationen zu irgendeinem Thema gegeben hätte. Langsdorf: Das ist eigentlich überraschend, weil also gerade beim WBGU sollte man ja meinen, dass er im Grunde global arbeiten müsste, aber doch zumindest europäisch. Also... Schulz-Baldes: Na, es sind eben doch vielleicht dann wiederum zwei Ebenen, nicht? Denn die europäische Ebene ist dann natürlich auch wiederum 'ne politische Einflussnahme dort und dar... und davor hat sich der WBGU ganz klar gescheut. Wir haben gesagt, wir wollen keine Politik machen, wir wollen Optionen, wir wollen der Politik Optionen bieten und unser größtes Pfund ist sozusagen wirklich unsere Unabhängigkeit. Und ich glaube das hat sich der WBGU in diesen Jahren fantastisch aufgebaut und wenn Sie heute, ich weiß, dass das mal gezählt worden ist, mal durchgucken, wie häufig in Bundestagsanträgen der Name WBGU in den Anträgen auftaucht, dann ist man irgendwie in der Größenordnung von 200 Mal irgendwie pro Periode. Also, da ist einfach ganz klar, das ist eine Instanz, die Vertrauen in der Politik genießt und ob das nun die Linken sind oder die CSU sind, beide verwenden diese Arbeiten. Und das finde ich ist in meinen Augen genau das, was eigentlich Politikberatung machen soll, sie soll der Politik beraten, aber die Entscheidung muss nun mal die Politik treffen, dafür haben wir kein Mandat.
00:49:07	00:51:04	Langsdorf: Ja. Wie hoch schätzen Sie den Einfluss des WBGU ein, vielleicht auch im Gegensatz zum Sachverständigenrat für Umweltfragen oder zum Rat für Nachhaltige Entwicklung, ist das vergleichbar? Schulz-Baldes: Also ich würde die beiden, die drei irgendwie nicht gegeneinander abgrenzen, die haben alle in ihren Bereichen deutlich Einfluss genommen. Der WBGU denke ich, hat als, als wichtigstes mit, als wichtigstes Ergebnis das sogenannte Zwei-Grad-Ziel, das haben wir in die Politik reingebracht. Wir haben es nicht Ziel genannt, (unv.), finde ich heute noch doof. Wir haben gesagt "eine Leitplanke". Wir wollen ja gar nicht drüber, wir wollen da höchstens ran. Wir haben sogar gesagt, eine Leitplanke mit einem Sicherheitsabstand, man sollte auf der Autobahn nicht auf dem Grünstreifen an die Leitplanke ranfahren. Dieses Bild fand ich eigentlich viel schöner, warum es zu dem Ziel geworden ist, weiß ich nicht, aber das ist sicherlich eines der, der greifbarsten Dinge, die der WBGU geleistet hat, die sehr schnell... Die haben wir 1995 auf der ersten COP von der Klimarahmenkonvention vorgestellt, unsere Ministerin hieß damals Angela Merkel, hat das begeistert aufgegriffen, war übrigens, ganz allgemein übrigens eine, eine höchst interessante Gesprächspartnerin. Wir haben ja die Gutachten einem, manchmal auch zwei Ministern, einmal oder zweimal gleich sogar drei auf einmal übergeben und hinterher setzen die sich 'ne Stunde mit uns zusammen und Frau Merkel war, war höchst interessiert, aber als Physikerin, gut, hat sie ja auch Gegenpartner gehabt, also das war schon toll. Das ist dann relativ fix in der EU auch als ein Ziel an und als eine nicht zu überschreitende Zielmarke angesehen worden und wenn ich mich richtig entsinne, Kopenhagen 2009 oder..., endgültig glaube ich Cancún, auf der, auf der COP dann, ist jetzt auch wenn Sie so wollen Weltziel, es ist im Grunde das Ziel, was Paragraph 2 der Klimarahmenkonvention jetzt mit einem fixen Datum versieht.
00:51:04	00:54:05	Langsdorf: Da fällt auch auf bei diesem Ziel, dass der WBGU ja scheinbar sich schon immer bemüht hat auch 'ne einheitliche Empfehlung zu geben. (Schulz-Baldes: Ja.) Es ist aber laut Satzung schon möglich auch Mindermeinungen mit in die Berichte zu schreiben. (Schulz-Baldes: Richtig. Richtig.) Aber davon wird nicht unbedingt Gebrauch gemacht? Schulz-Baldes: Nein, ist bisher noch nie von Gebrauch gemacht worden und in meiner Zeit hat es ein, zwei Mal eine Androhung gegeben, "Ich mach ein Minderheitenvotum", und dann setzte man sich abends bei 'ner schönen Flasche Rotwein zusammen und um 12 Uhr war das Problem gelöst, weil wir eigentlich immer der Meinung waren, die Wissenschaft, die sollte eigentlich ein einheitliches Bild abgeben und da wir keine

		<p>Politikempfehlungen machen, in dem Sinne, dass wir parteipolitisch irgendwo ausgerichtet sind, wäre es sinnvoller zu versuchen wirklich einheitlich hier zu arbeiten. Das ist immer gelungen. Und auch das halte ich nach wie vor für richtig, für glaubwürdig. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, wie glaubwürdig ist eine solche Institution, und man muss ja irgendwo wirklich Pflöcke einschlagen können und das kann natürlich eine Institution, die zur Hälfte zumindest aus "harten Naturwissenschaftlern" besteht, da gibt es harte Grenzen, das ist sehr viel schwieriger in anderen Bereichen, aber wir haben uns auch da ja zu gewissen Grenzen zum Beispiel mal wie viel Prozent des BIP sollte, haben wir glaube ich mal gesagt, nicht mehr als fünf Prozent des BIP sollten für Umweltschäden ausgegeben werden. So sollte man das irgendwie steuern. Das kam dann ganz gut auch mit den zwei Grad auch hin und dann wurde verglichen wie viel BIP Deutschland bei der Wiedervereinigung ausgegeben hat und da lagen wir drüber. Also, aber auch solche Grenzen irgendwie mal in anderen Bereichen zu machen, das ist eines der relativ vielen Modelle sozusagen, die ganz originär in diesem Beirat entwickelt worden sind. Langsdorf: Aber hat das dem Beirat nicht auch Kritik eingebracht, wenn man eben, weil es gibt ja immer Mindermeinungen eigentlich in der Wissenschaft natürlich, (Schulz-Baldes: Klar.) wenn man sich dann, das ist ja schon fast eher ein politisches Vorgehen, wenn man sich auf'n bestimmtes Ziel dann auch einigt. (Schulz-Baldes: Ja.) Gab's dafür auch Kritik? Schulz-Baldes: Eigentlich wüsste ich darüber nicht, dass es da wirklich Kritik gibt und es ist wie gesagt, derartig selten gewesen, also ich würde sagen maximal zweimal vielleicht. Die Wissenschaft auch, die dort berufen war, die war sich eben relativ schnell einig, dass da Dinge passieren, die für unseren Planeten nicht gut sind und dass wir da irgendwas machen müssen und da hat's eigentlich keinen großen Dissens drüber gegeben und wenn dann sagt man eben, es gibt zwei Optionen zu handeln. Also das sind die Fakten und ihr könnt jetzt so machen oder ihr könnt so machen. Das ist häufiger versucht worden, dass man in Optionen darstellt, dass man der Politik darstellt, das ist der eine Weg, das ist der andere Weg, der hat jene Konsequenzen, der hat solche Konsequenzen, ihr müsst entscheiden, welchen ihr nehmen wollt.</p>
00:54:05	00:55:58	<p>Langsdorf: Wir haben jetzt ja schon so ein bisschen sozusagen über dieses Geflecht der Institutionen gesprochen. Halten Sie das generell für sinnvoll, die Art wie in Deutschland Umweltpolitikforschung betrieben wird? Schulz-Baldes: Ja, also ich muss wirklich sagen, dass ich glaube, dass sich das bewährt hat, dass die Umweltforschung wirklich 'nen wichtigen Stellenwert bei uns eingenommen hat. Die Beiräte tragen glaube ich dazu bei und sie, sie rekurrieren ja wieder zurück auf die verschiedenen Institutionen und glücklicherweise eben auch heute auf Ökoinstitute, das ist vollkommen egal, sondern man guckt, wo gibt's die besten Wissenschaftler und sind die bereit an einer solchen Arbeit mitzumachen und das passiert dann. Ich glaube, dass wir da im Vergleich wirklich gut aufgestellt sind. Was ich manchmal ein bisschen schade finde ist, dass die Medien, wenn es um solche Fragen geht, lieber exponiertere Meinungen hören wollen und dann wird eben sehr häufig Greenpeace gefragt und da wird ein Statement zu abgegeben, das ist legitim und die Leute sind auch gut ausgebildet. Aber manchmal, glaube ich, wäre es durchaus mal angebracht auch vielleicht 'ne ergänzende Meinung oder grundsätzlich eine Meinung von Wissenschaftlern, die auch zum Teil sehr lange schon auf diesen Bereichen arbeiten, abzurufen. Aber da, glaube ich, hängt das so ein bisschen mehr mit unserer Medienlandschaft zu tun, dass man möglichst blumige und vielleicht auch etwas drastische Formulierungen haben möchte und die kriegt man natürlich in der Tat eher bei solchen Institutionen als bei einem wissenschaftlichen Beirat, der Wissenschaftler ist da etwas zurückhaltender als eine NGO.</p>
00:55:58	00:57:39	<p>Langsdorf: Also in unserer Recherche schien es uns, als erhielte der WBGU vergleichsweise viel Medieninteresse? (Schulz-Baldes: Ja.) Also welche Rolle spielen Medien für den WBGU? Schulz-Baldes: Also der, der WBGU hat relativ früh auch einen Pressesprecher sozusagen, ja, den haben wir nicht extra bekommen, sondern ein Wissenschaftler hat gesagt ich mach auch gerne Pressearbeit und mach Öffentlichkeitsarbeit und das Interesse der großen, auch überregionalen Medien ist sehr, sehr groß und ist gut und es sind häufig ja auch etwas provokantere Vorschläge, die dort gemacht werden, da kann ich mich eigentlich überhaupt nicht drüber beklagen. Es ist dann mehr in der Tagespolitik, wo das auftritt, was ich sagte, dass man dann vielleicht auch sich nicht die Mühe macht, jemanden zu suchen, sondern einfach sagt, ihr, wir wissen ihr habt ja die drei Leute, die machen das und dann könnt ihr das auch entsprechend senden. Wir haben Hintergrundgespräche mit verschiedenen großen Zeitungen, DIE ZEIT oder so, Herr Vorholz, die berichten regelmäßig über das was der WBGU gemacht hat und was er macht. Natürlich muss man sich dann auch mal Kritik gefallen lassen, "Die große Transformation", das wurde vielleicht ein etwas zu großes Gemälde, zum Teil kritisiert, aber ich finde, das ist genau die Aufgabe, die ein</p>

		solcher Beirat hat, mit all seinem Fachwissen aus den verschiedene Gebieten mal eine Vision zu entwickeln, um zu sagen, so, da könnte man doch vielleicht besser hin als und wir sind, wir laufen so 'n bisschen verkehrt hier vielleicht. Also, Medien sind ein ganz wichtiger Partner von uns, keine Frage.
00:57:39	01:00:44	Langsdorf: Es kam ja jetzt schon wieder das neue Gutachten raus, trotzdem, wenn man auf der Seite des WBGU aktuell ist, ist die große Transformation schon immer noch sehr präsent, also präsenter als Themen davor. Ist das 'ne, ist die große Transformation eigentlich so 'n bisschen ein Außenseiter oder ist das die logische Folge von 'ner bestimmten Entwicklung, die der WBGU auch gemacht hat, wirklich so 'n gesamtgesellschaftlich, naja, Sie nennen es ja auch Gesellschaftsvertrag, also große Begrifflichkeiten (Schulz-Baldes: Ja, ja.), ist das die logische Folge oder ist das eigentlich 'n bisschen ungewöhnlich auch für den Beirat? Schulz-Baldes: Also, ich finde es ist für mich ein erstaunliches Kontinuum, wie sich dieser Beirat entwickelt hat. Wie wir zunächst mal versucht haben, das Ganze zu ordnen, Grundbeziehungen zu schaffen, Modelle zu schaffen, Syndrome sind solche Dinge, unsere Grenzwerte, Leitplankenprinzip usw. Das sind mehr wissenschaftliche Werkzeuge, die entwickelt worden sind um auch diese verschiedenen Beziehungen und zwar eben in alle, zwischen allen verschiedenen Ebenen auch reinzubringen, dann haben wir uns bemüht mehr die einzelnen Sphären abzugrasen, also die Böden, das Süßwasser, die Energieproblematik, die Armutproblematik, was hat die mit Klimaveränderungen zu tun usw. Und dann ist es eigentlich fast logisch, dass daraus irgendwann ein Gesamtbild wird und das ist glaube ich "Die Große Transformation". Dass das neuste Gutachten über die Meere vielleicht noch nicht einen ganz so großen Wiederhall gefunden hat, das mag an zweierlei liegen: Erstens, sage ich nochmal, Deutschland ist nicht so wahnsinnig, Gesamtdeutschland nicht so wahnsinnig marin aufgestellt, das zweite ist, dass wir vor, weiß gar nicht, vor so langer Zeit ist es noch gar nicht her, irgendwann 2004/05/06 in der Zeit irgendwann, ein Sondergutachten gemacht haben, was sehr, sehr gut eingeschlagen ist. Wissen Sie, bestimmt unser, unser bestes oder unser meistgelesenes Sondergutachten gewesen über die Meere. Zu warm, wie hieß es? Langsdorf: Zu warm, zu hoch, zu sauer? Schulz-Baldes: Zu hoch, zu warm, zu sauer, ganz genau. Da ist zum ersten Mal die, die große Problematik der ozeanischen Versauerung angesprochen worden. Das ist da schon alles mal da gewesen, das ist jetzt alles verfeinert worden und auch mit viel juristischen Dingen unterlegt worden, insofern ist das bestimmt ein sehr wertvolles Gutachten, was da gemacht worden ist, aber es ist natürlich kein so 'n Reißer, wenn ich das mal so sagen will, als wenn man jetzt sagt, wir müssen jetzt unsere Industriegesellschaft mal grundsätzlich transformieren, wir müssen irgendwo einen neuen Weg finden und insofern ist dieses Gutachten der großen Transformation für mich 'ne Quintessenz von vielen Arbeiten, die vorher waren und ja, ich find's spannend was da, das war genau das Gutachten nach mir, das erste nach mir, was da gemacht worden ist, ganz toll.
01:00:44	01:01:46	Langsdorf: Was glauben Sie, wie es damit weitergehen muss? Schulz-Baldes: Mit der Transformation? Ja, das ist, ich finde, dass, sie müsste passieren, aber wenn ich so sehe wie derzeit die internationalen Verhandlungen laufen und ob wir diesen Gesellschaftsvertrag, ob wir den wirklich in irgendeiner Weise hinkriegen, bin ich, bin ich ein bisschen skeptisch geworden. Wenn ich sehe wie mühsam wir uns jetzt einem Kyoto 2 oder wie wir's auch immer nennen wollen, ich glaube Paris, Paris 1, wie auch immer, ob das dann auch wirklich schon nächstes Jahr in Paris verabschiedet wird, das Ergebnis von Kyoto ist ja nun auch wahrlich nicht berauschend. Das ist alles zu wenig (Langsdorf: Ja.), das ist wirklich zu wenig, um diese Dinge aufzuhalten und dann sind wir wieder da, wo wir schon mal waren, dann befürchte ich irgendwo, wann's dann wirklich mal wieder ganz gewaltig knallt, dann wird die entsprechende Regierung vielleicht was machen.
01:01:46	01:05:36	Langsdorf: Ich würde gerne noch 'n bisschen über den Prozess sprechen, wie Wissenschaft eigentlich entsteht im WBGU, also wie ist tatsächlich der Ablauf, wer schreibt die Kapitel, wie wird, wie findet man eine Einigung, wie kommt was zusammen? Woher kommt das Wissen? Also welche Rolle spielt sozusagen der WBGU in diesem gesamten Bild der Wissenschaft aus der sie letzten Endes ihre Inhalte zieht? Schulz-Baldes: Ja. Also, es ist so, wenn ein neuer Beirat gewählt wird, dann setzt er sich zunächst mal zusammen und überlegt, was man als Thema bearbeiten kann, es wird erwartet, dass in diesen vier Jahren zwei Hauptgutachten abgeliefert werden. Üblicherweise sagt der Beirat, wir müssen mindestens noch ein Sondergutachten dazu machen, wir müssen noch ein oder zwei Politikpapiere machen. Es gibt formal übrigens auch die Möglichkeit, dass die Bundesregierung etwas beauftragen kann, ist aber noch nie passiert. Insofern waren wir wohl immer umfassend. Diese, bei der Wahl der Themen spielt natürlich auch die Geschäftsstelle eine Rolle. Was wir gemacht haben ist, wir haben in den Ministerien eine Abfrage gemacht, was sind den

		<p>Themen, die euch auf den Nägeln brennen, wo wollt ihr eigentlich mal was hören? Diese Kataloge, die haben wir dann mit in die Sitzung rein gegeben. Der Beirat trifft sich ja jeden Monat zwei Tage lang und er hat eine sogenannte Intensivwoche, das ist der Feinschliff, zu dem wir jetzt gleich kommen. Dann wird eine Grobstruktur erstellt, ganz brav wie man das früher gelernt hat, wie man Deutschaufsätze schreibt und dann wird, werden Arbeitspakete erstellt und dann melden sich, bieten sich geradezu häufig auch an, gewisse Beiräte mit ihren Mitarbeitern, jeder bekommt ja eine, einen Mitarbeiter in dieser Zeit gestellt und dann gibt's die Geschäftsstelle mit, wie viel sind wir? Sieben, acht Wissenschaftlern noch mal, also auch durchaus eine beträchtliche Einheit, die auch so zusammengesetzt ist, dass die verschiedenen Arbeitsgebiete auch bearbeitet werden können und dann geht es mit den sogenannten Arbeitspapieren los. Dann kann man also relativ schnell, nach vier, sechs Wochen, bei der nächsten Sitzung wird erwartet, dass man dann schon erste Arbeitspapiere irgendwo da hat. Die werden dann besprochen und das sind sehr, sehr intensive Beratungen, also diese zwei Tage lang, dahinter her, also bzw. eineinhalb Tage, das ist, da ist man kaputt. Wir machen wichtiger Weise immer für den Abend eine soziale Veranstaltung, auch das ist ja wichtig, dass der Beirat sich irgendwie zusammenfindet ein bisschen. Das finde ich ist einfach toll, wenn das Arbeitsklima so ist, dass man mühelos auch bei den entsprechenden Leuten anrufen kann und dann wächst so ein solches Thema heran und dann sind natürlich zwei Jahre oder eineinhalb Jahre ungefähr, ist dann eben doch 'ne gute Zeit. Zusätzlich haben wir immer nicht unerheblich Mittel gehabt, um Aufträge zu vergeben. Wir haben also 70.000 Euro, wenn ich mich richtig erinnere im Jahr gehabt, wo wir Aufträge an Dritte vergeben konnten und dann haben wir einfach überlegt, wo, auch logischerweise auf der ganzen Welt, gibt es da irgendwie Topwissenschaftler und das ist das Thema und schreibt uns da mal bitte 20 Seiten zu und mit zwei Dingen, erstens, was ihr uns schickt wird hinterher veröffentlicht, können Sie alle im Netz heute nachlesen und die Rechte an diesem Text sind bei uns, wir dürfen das auch verwurschteln wie wir wollen. Das ist immer passiert und so haben wir dann manchmal Bereiche die eben logischerweise, wo nicht direkte Expertise da war, die haben wir auf diese Weise dann auch einfließen lassen können in die Texte...</p>
01:05:36	01:07:52	<p>...und dann gibt's eben die berühmte Intensivwoche, wo wir uns eine Woche lang wirklich eingeschlossen haben, möglichst so, dass haben wir natürlich organisiert, dass die Beiräte nicht ausbuchsen können, also wir waren, weiß ich nicht, in Bad Zwischenahn oder bei uns früher in der ersten Zeit noch, Bad Bederkesa, also ziemlich JWD, aber schönes Hotel, vernünftiges Essen, aber von morgens bis abends Tagung. Und dann ist es so, dass zum Teil die Texte Wort für Wort noch mal durchgegangen werden, sodass dann wirklich 'ne ganz einheitliche Meinung rauskam oder vielleicht eben auch über den einen Satz, dass das Glas, Gläschen Wein noch getrunken werden musste, bis wir dann bei einer Meinung irgendwo waren. Im Laufe der Zeit hat nach meiner Einschätzung die Geschäftsstelle 'ne etwas größere Rolle immer gespielt im Schreiben, das hängt auch damit zusammen, das ja junge Wissenschaftler häufig nachgekommen sind, bei den Beiräten, während bei uns 'ne ziemlich langanhaltende Mannschaft war, die natürlich 'ne enorme Erfahrung auch in der Zeit aufgebaut hat, sodass ich nachher denke, dass deutlich über fünfzig Prozent in der Geschäftsstelle geschrieben worden sind. Langsdorf: Ah, okay. Schulz-Baldes: ...aber das muss man natürlich auch sagen, wir sind natürlich auch Vollzeit da dran und wir haben die Bibliothek und wir haben die verschiedenen Möglichkeiten da auch intensiv zu recherchieren. So ist da ein solches Gutachten entstanden und wir haben in der ersten Zeit mit, mit dem Verlag nicht Ecologic sondern Ökologia veröffentlicht mit Herrn Flasbarth, der heute Staatssekretär ist, dann noch zwischenzeitlich, insofern hatten wir immer ein sehr netten Kontakt zu ihm und haben ihn immer noch und sind dann zu Springer gewechselt und irgendwann haben wir dann rausgekriegt, dass wir bei Springer 40 Euro pro Buch bezahlen müssen und ich glaube 70 Euro ist der Verkaufspreis und dann haben wir das durchgerechnet und haben gesagt, zu dem Preis kann man heute für 40 Euro pro Buch kann man die so drucken und das haben wir dann gemacht und insofern gibt es jetzt die Gutachten umsonst, kann man im Netz bestellen und auch das glaube ich ist 'ne wunderbare Errungenschaft. Zusätzlich werden die Gutachten ja auch noch als Bundestagsdrucksache veröffentlicht nach wie vor, also auch diese Ebene direkt in den Bundestag hinein, die ist ja auch nochmal da gegeben.</p>
01:07:52	01:10:03	<p>Langsdorf: Ja. Arbeiten Sie da auch mit solch unabhängigen Umweltforschungsinstituten zusammen oder? Schulz-Baldes: Ja, natürlich. Absolut. Langsdorf: Also da werden auch Aufträge vergeben? Schulz-Baldes: Ja. Absolut. Absolut. Also, das, das Öko-Institut hat schon früher Aufträge von uns gehabt, natürlich. Also das ist, wir gucken einfach wo sitzen da die besten Leute, ganz, ganz klar,</p>

		<p>quer durch den Garten. Langsdorf: Also das liegt einfach dann an dem bestimmten Thema, das man gerade... oder? Schulz-Baldes: Das liegt an dem Thema und das hat also sehr häufig an uns gelegen als Geschäftsstelle. Wir haben, wir haben gesagt, da gibt's doch den einen da, von dem haben wir schon gelesen und dann haben mit, dann sagt der Breiheit (?) ja macht doch mal Kontakt usw. Dann haben wir das gemacht und haben ganz selten Absagen gekriegt, weil die Leute eigentlich immer gesagt haben, da arbeiten wir gerne mit zu und dann hat der Beirat ja noch in meiner Zeit zumindestens das Privileg gehabt, dass wir alle zwei Jahre eine Reise machen durften, die die Geschäftsstelle organisiert hat, aber mit intensiver Hilfe des Auswärtigen Amtes zu einem Thema, dass dann das nächste Thema sozusagen war und diese Reisen haben natürlich auch wiederrum zur Harmonie dieses Beirats unheimlich beigetragen..., beigetragen und wenn man, weiß nicht, die erste ging nach Costa Rica und ja wir sind dann, dadurch dass ich als Generalsekretär immer mit durfte, bin ich ganz schön rumgekommen, nun reise ich sowieso gerne, aber das ist schon toll gewesen, weil das unheimlich intensive Reisen waren, sehr eng immer mit der GTZ, heute mit der GIZ Projekte angeguckt und wenn man mal so in Burkina Faso durch den Busch stapft und jemanden dabei hat, damals im Beirat, der dort früher auch gearbeitet hatte, regelmäßig haben wir dann Minister oder Staatssekretäre aus diesem Land gesprochen. Häufig war es interessant, entweder, wenn wir sie zuerst gesehen haben, was dann hinterher die Wahrheit war oder umgekehrt, wenn wir ihnen dann auch böse Fragen gestellt haben, also das war, ist 'n sehr, sehr guter Eindruck gewesen und ich glaube der spiegelt sich auch durchaus in manchen Gutachten wieder, wo wir dann Fallbeispiele aus diesen Ländern genommen haben, wo wir glaube ich einen ganz guten Eindruck bekommen haben.</p>
01:10:03	01:12:31	<p>Langsdorf: Wir haben vorhin schon mal kurz so ein bisschen über politische Einflussnahme gesprochen. Also wie kann sich der Rat vor politischer Einflussnahme schützen? Schulz-Baldes: Also ich glaube, dass kann er ganz einfach durch den Konsens der Mitglieder und der Konsens der Mitglieder wie ich ihn immer erlebt habe war: Wir sind unabhängige Wissenschaftler, das sind wir sowieso und das ist unser höchstes Gut und entweder die Regierung macht das mit oder sie kann uns hier absetzen. Aber das andere machen wir nicht mit. Und ich weiß, dass so kritische Fragen wie zum Beispiel Atomkraft gab, hat der WBGU schon 2003 ganz klar gesagt, Atomkraft muss auslaufen, das ist nicht nachhaltig. Wo bleibt ihr mit den Abfällen? Das ist nichts. Wurde von der Regierung hingenommen, also ganz klar und da würde ich auch überhaupt keine Kompromisse machen, denn das kann nicht sein, dass wir als Wissenschaftler unsere Meinung, die wir ja haben und die wir ja im Konsens haben, ist ja nicht eine Einzelmeinung, sondern es sind in diesem Falle wirklich neun Wissenschaftler oder neun Beiräte, die da berufen sind, auch mit dem sachverständigen Rat von Geschäftsstelle und den Mitarbeitern, das ist immerhin ein kleines Institut mit 25 Leuten, da wird eine gemeinsame Meinung gemacht und die hat ihre klare und deutliche Berechtigung und ich denke, dass muss eine Regierung aushalten und ich glaube es macht gerade zu den Wert aus, dass man einen wirklich ganz unabhängigen Beirat hat, einen Think Tank, der einfach Dinge denkt, die glaube ich nicht in Ministerien so gedacht werden. Vielleicht werden sie gedacht, aber sie dürfen nicht formuliert werden und genau das macht glaube ich den großen Unterschied aus und natürlich hat es mal den ein oder anderen Referatsleiter oder Unterabteilungsleiter oder was gegeben, der glaubte ich habe da so 'n gewisses politische Ziel selber auch und das wäre doch ganz gut, wenn ich da mal den WBGU in diese Richtung einspanne. Das ging nicht. Das ging partout nicht. Vieles mag sicher dem ein oder anderen gefallen haben, aber ich bin ganz sicher, dass mancher auch gesagt hat "Was für ein Käse, dem stimme ich gar nicht zu". Bitte, finde ich durchaus in Ordnung. Aber Unabhängigkeit der Wissenschaft glaube ich ist ein, ein so hohes Gut und da tut jede freie Gesellschaft wirklich gut, das zu respektieren.</p>
01:12:31	01:16:05	<p>Langsdorf: Sie waren über viele Jahre am WBGU. Hat sich die Arbeit im Lauf der Zeit verändert, jenseits vielleicht von 'ner gewissen Professionalisierung, die Sie schon erwähnt hatten und gab's Phasen mit starkem oder schwachem Einfluss? Schulz-Baldes: Nein, also den, wenn's überhaupt Einfluss richtig gab, war das nur im ersten Beirat, in dieser ganzen Findungsphase sozusagen drin, hinterher habe ich das nie wieder erlebt. Und ich denke, die Arbeit hat sich eigentlich nicht groß verändert, außer dass wir uns als Geschäftsstelle nach zwei Jahren wieder total umstellen mussten, das man 'nen völlig neues Thema wieder angehen musste und selber darüber erst mal viel nachlesen musste usw. Aber es ist natürlich auch so, dass sich Geschäftsstellenmitarbeiter selber auf gewisse Dinge spezialisiert haben, wir hatten zum Beispiel jemanden, der großartig die Biodiversitätskonvention begleitet hat, jemand anderes fuhr regelmäßig zur Klimarahmenkonvention, also da hatten wir wirklich unsere Leute drin und man darf eins auch nicht</p>

		<p>vergessen, wir haben ja, wenn ich das so sagen darf, auch in der Zwischenzeit ein wenig die Ministerien unterwandert, nämlich ehemalige Mitarbeiter vom WBGU haben indessen wunderbare Karrieren in den verschiedenen Ministerien gemacht. Also das war offensichtlich eine Empfehlung, wenn man beim WBGU gearbeitet hat und wir haben, ich hab' ja viele Ausschreibungen gemacht und neue Leute eingestellt in der Geschäftsstelle. Wir haben hunderte von Bewerbungen gehabt, also das ist schon ein Privileg, denke ich, dort zu arbeiten und ich glaube für viele war das wirklich Karriere fördernd. Langsdorf: Ja. Wobei eben als ich Einfluss sagte meinte ich auch in dem Fall nicht Beeinflussung (Schulz-Baldes: Ja.) durch, durch den Staat, sondern ob sich, hat sich der Einfluss des WBGU verändert in bestimmten Phasen der Politik, also kamen manchmal Empfehlungen sehr gut an und manchmal hat man eigentlich 'nen super Bericht rausgegeben und er hat niemanden interessiert. Schulz-Baldes: Also ich glaube er hat schon interessiert, nur die Realpolitik, die ist dann leider eine andere. Und natürlich sind viele Dinge, die wir, sagen wir mal, in der internationalen Klimapolitik empfohlen haben, die werden absolut geteilt von den entsprechenden Mitarbeitern im BMU bzw. im BMBF, nur die Realpolitik bei, ich weiß nicht wie viel, 176 oder wie viel Staaten die Klimarahmenkonvention hat, die ist eben eine völlig andere und da muss man sich erst mal innerhalb Europas durchsetzen, das scheint noch einigermaßen gut zu gelingen, aber dann auf der Weltebene wirklich zu sagen nun wollen wir mal hier die europäische Position nach vorne zu, nach vorne schicken, das ist glaube ich zunehmend schwerer geworden, weil sich in dieser Zeit natürlich auch die weltpolitischen Gewichte verändert haben. Amerika hat sich aus diesen globalen Umweltdingen relativ zurückgehalten, wir waren vielleicht alle voller Euphorie jetzt ist der Kalte Krieg zu Ende und jetzt können wir uns doch endlich mal diesen großen Menschheitsdingen widmen und dann erleben wir den Aufstieg von China und erleben jetzt die Gebaren von Russland, da werden natürlich internationale Vereinbarungen sehr, sehr schwierig werden und man muss da weiter machen, gar keine Frage, aber ich glaube, dass der Frust vielleicht eher bei dem ein oder anderen Ministerialbeamten vorhanden ist, als bei uns, weil die noch viel drastischer sehen, dass all die guten Ideen, die sie selber haben oder die sie auch zum Teil eben von Dritten bekommen haben, dass die nicht umsetzbar sind.</p>
01:16:05	01:18:10	<p>Langsdorf: Ja. Also der Einfluss auf die Bundesregierung selbst war immer stetig, konstant ungefähr? Schulz-Baldes: Der war stetig, konstant, wir sind, wir sind viel zitiert worden, wir sind eingeladen worden, ich hab in den Bundestagsausschüssen zum Teil vorgetragen und so und wir hatten, wir hatten auch durchaus so ein gewissen Stamm von Bundestagsabgeordnete, die wir regelmäßig gesehen haben, die wir auch, häufig haben wir ja nach einer Gutachtenübergabe noch eine Podiumsdiskussion gemacht und da wurden dann so unsere Leute, die wir gut kannten, eingeladen, auch Staatssekretäre die gerne kamen und darüber ihre Meinung sozusagen kundgetan, also ich glaube, dass wir zu dem, zu dem Wissensstand über die globalen Umweltveränderungen in diesen 20 Jahren ganz enorm beigetragen haben. Das ist für mich einfach eine Tatsache, würde ich mal schlicht und ergreifend fast nicht mehr behaupten, sondern das ist, das ist wirklich so. Und insofern waren das auch für mich selber logischerweise sehr sinnvolle Jahre, aber ich glaube, dass hier ein Problem, was wirklich ein Menschheitsproblem ist, sehr umfassend dargestellt worden ist, es sind Visionen dargestellt worden, wie man das vielleicht auch machen kann, ob es dann politisch umzusetzen ist, das ist eine ganz andere Frage, die wir auch nicht übrigens groß begutachtet haben. Wir haben nicht danach gewertet, ist das etwas, dass umgesetzt werden kann, sondern wir haben gesagt, dass ist das, was unserer Meinung nach getan werden müsste oder wo geforscht werden müsste, nich? Wir haben ja auch sehr intensive Forschungen, es gab bei uns immer Handlungsoptionen sozusagen für die politische Ebene und auch Forschungsoptionen, das war, wir kommen ja alle aus der Forschung, wir haben viele, viele Forschungslöcher aufgetan... Riesenhuber hatte sinnigerweise bei der Berufung des Beirats gesagt, dieser Beirat wird dafür berufen um zukünftige Ozonlöcher zu suchen und ich glaube, das hat er durchaus getan.</p>
01:18:10	01:19:36	<p>Langsdorf: Was halten Sie für die wichtigste Entwicklung im Bereich Forschung? Was muss sich da noch ändern oder was hat sich da schon im Laufe der Zeit geändert? Schulz-Baldes: Das ist 'ne schwierige Frage. Was muss sich im Bereich der Forschung verändern? Das ist für mich ganz schwer zu beantworten, weil es an so vielen verschiedenen Stellen indessen hier Forschung gibt. Die ganze Modellierung, die natürlich in dieser Zeit sich überhaupt erst entwickelt hat, die ganze Rolle des Internets, das sich in dieser Zeit ja erst, wie wir ham', ich weiß nicht, war ja, wie wir '91 angefangen haben, ham' wir überlegt, muss man sowas eigentlich mitmachen irgendwie, braucht man 'ne Internetseite oder so was. Haben wir dann ganz früh angefangen, weil wir wiederrum mal 'nen</p>

		Stellvertreter hatten, der darüber gut Bescheid wusste, aber das war alles ganz neu irgendwie, also insofern hat sich die gesamte Forschung, denke ich, auch neu sozusagen etabliert und in ihrer Zusammenarbeit erst etabliert. Ich glaube, dass die ganzen großen Probleme, die werden sehr intensiv bei uns in den verschiedenen Instituten auch schon angeguckt. Bei uns erfolgt eben die Zusammenschau und die Verknüpfung zwischen Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft. Ob's da jetzt so ganz große Löcher oder ganz große Fehlstellen gibt, das ist für mich so schwierig zu sagen, muss ich sa..., muss ich durchaus zugeben.
01:19:36	01:21:51	Langsdorf: Dann zum Abschluss noch 'ne andere Frage, die sich auf die Zukunft der Umweltpolitikforschung und -beratung bezieht. Gibt es Ihrer Meinung nach eine Lücke in der aktuellen Landschaft der Umweltpolitikforschung oder Umweltpolitikberatung, also 'ne Lücke im System, die Sie, wenn Sie 'nen Wunsch frei hätten, gerne gestopft sehen würden? Schulz-Baldes: Also ich würde mir, ich würde mir wirklich wünschen, dass die Europäische Union vielleicht hier eine größere Rolle spielen könnte. Wir reden zurzeit heftig über die politische Rolle der Union, vielleicht wird sie ja ein bisschen mehr zusammen geschweißt durch die gegenwärtige Krise, es wird viel über die ökonomische Union geredet, es wird viel über den Euro geredet, es wird mir zu wenig darüber geredet, welche Rolle eigentlich die Europäische Union auch im Konzert der großen Herausforderungen, der Umweltprobleme hier spielt und das ist im wesentlichen Klimaforschung und Klimaproblematik mit allem, was darum herum ist, weil das Klima logischerweise die Wasserproblematik, die Bodenproblematik auch mit einbeschließt und daraus folgt logischerweise eine gemeinsame Energiepolitik zum Beispiel und all diese Dinge. Ich glaube, dass das zu wenig bisher passiert und das logischerweise, wenn es so etwas gäbe, Europa vielleicht auch ein etwas größeres Gewicht in der Welt spielen könnte und als Vorreiter sich dort besser präsentieren könnte. In Deutschland glaube ich, sind wir insgesamt gesehen wirklich gut aufgestellt, aber die Politik muss von den Politikern gemacht werden, die gewählt sind, das ist nun mal das Grundprinzip der Demokratie und dabei bleibe ich ganz fest. Langsdorf: Gibt's noch etwas, dass ich heute nicht gefragt habe, dass sie aber eigentlich für einen sehr wichtigen Themenkreis halten? Schulz-Baldes: Ich glaube wir sind doch ganz gut einmal rum gekommen. Langsdorf: Ich denke auch, wir haben sehr viel Boden bereitet. Dann bedanke ich mich herzlich für das Gespräch und vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben... Schulz-Baldes: Kein Problem. Langsdorf: ...ihre Erinnerungen mit uns zu teilen. Dankeschön. Schulz-Baldes: Prima.

Interview mit Prof. Dr. Udo Ernst Simonis, emeritierter Professor für Umweltpolitik am WZB

Interviewt durch: Matthias Duwe; Head, Climate; Ecologic Institut

Datum: 20. März 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Simonis, Udo Ernst (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung, Berlin, 20. März 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:19	00:01:47	Duwe: Herzlich willkommen Prof. Simonis. Es ist eine Freude, dass Sie sich die Zeit genommen haben, hier uns und das Projekt mit einem Interview zu unterstützen. Das Projekt heißt "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende" und versucht damit einen zeitlichen Bogen zu spannen, der sich in etwa deckt mit dem Entstehen der modernen Umweltpolitik in Deutschland und das Projekt selber möchte aber untersuchen, welche Rolle und Signifikanz hat die wissenschaftsbasierte Politikberatung für den Bereich Umweltpolitik gehabt. Und wir haben festgestellt, dass in dem Bereich sehr wenig an historischem Material gibt, bzw. um mich genauer auszudrücken, an geschriebener Geschichte und wir wollen dazu beitragen, dass diese Lücke gefüllt

		wird und werden dazu in einer ersten Runde 20 Interviews mit Zeitzeugen durchführen, Sie gehören zu unserem allerersten Dreiklang an solchen Interviews heute und insofern ist das alles noch im Einüben und wir werden zum einen versuchen das Material aufzuarbeiten, was die Informationen angeht, zum anderen aber auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Ich freue mich sehr, noch einmal herzlich willkommen, dass Sie heute hier sind. Simonis: Ja, danke schön.
00:01:47	00:05:05	Duwe: Ich wollte als allererstes, bevor wir den Blick zurückwerfen auf die Umweltpolitik und die Politikberatung, gerne einen Bogen spannen, den ich in Ihrem Lebenslauf gefunden habe, einen von mehreren, den man sich auswählen könnte und zwar ist es einer, der zusammenhängt mit Ihrem Interesse auch an internationalen Entwicklungen im Bereich der Umweltpolitik und das ist eine der Aufgaben, die Sie in den letzten Jahren hatten, der <i>Co-Chair</i> der <i>Task Force on Environmental Governance for China</i> war und das Thema China tauchte gleichzeitig in Ihrer Dissertation schon auf. Und insofern ... Simonis: Sie wissen ja schon was von mir, gut. Duwe: Das fand ich interessant und habe gedacht, ich würde gerne wissen, inwiefern verfolgen Sie die Entwicklung dort auch jetzt über die letzte Aufgabe hinaus und was fällt Ihnen da jetzt besonders auf? Simonis: Ja, das sind einige Momente, die da auftauchen, wenn man so lange zurück gucken soll. Die Doktorarbeit liegt unendlich lange zurück, aber sie war, glaube ich, ganz zeitgemäß, weil wir doch ein Interesse hatten, was machen die Chinesen eigentlich und wie machen sie das. Aber Sie erinnern mich natürlich auch an die ersten Fehler, die unsereiner so machen kann, in seinem akademischen Leben. Das erschien dann als Buch, diese Dissertation, in einem Berliner Verlag. Aber niemand hatte mich gewarnt, was den Titel angeht. Der Titel hieß nämlich "Die Entwicklungspolitik der Volksrepublik China von 1949-1958 unter besonderer Berücksichtigung der technologischen Grundlagen". Da waren schon zwei Fehler drin, die einem Autor auf keinen Fall passieren dürfen, und wo mein Doktorvater mich wirklich hätte warnen müssen. Wenn man von Entwicklungspolitik spricht, zumindest in Deutschland, dann meint man damit die Entwicklungshilfepolitik. Und so wurde dieses Buch missverstanden. Was machen die Chinesen in Afrika? Heute wäre das eine sehr spannende Frage, damals machten die da noch nicht viel. Das andere war zu bezeichnen, die Phase über die dieses Buch lief, warum von 49-58. So ein Buch kann man schon ein Jahr später nicht mehr verkaufen, wenn man es verkaufen möchte. Aber es war trotzdem so etwas wie ein Startpunkt, den jeder von uns so machen muss und er war ganz wesentlich wohl auch der Ausgangspunkt für meine internationale Orientierung im späteren Leben. Aber da kamen auch noch ein paar andere Sachen dazu, nicht nur China.
00:05:06	00:08:06	Duwe: Das glaube ich. Aber Sie sind an den Entwicklungen weiter dran, wahrscheinlich nicht so im Detail, mit so viel Zeit wie man das im Rahmen einer Dissertation tut. Simonis: Ja, ich bin ein paar Mal gefragt worden, was war denn wichtig, wieso sind Sie als ausgebildeter Ökonom auf das Umweltthema gekommen, wo die Ökonomen davon nichts wissen wollten. Da haben sich so zwei Erinnerungen bei mir festgesetzt. Das erste war eine schockartige Situation, ich sollte einen Staatspräsidenten beraten, was in seinem Land zu tun sei. Und ich hatte das Gefühl, dafür bist du überhaupt nicht ausgebildet worden. Der wollte nämlich gleich beim ersten Treffen wissen, Herr Doktor, sollen wir denn in Sambia jetzt ein Stahlwerk errichten, mit den Ressourcen, die wir haben, oder nicht. Ich habe mich da rum gedrickt und alle möglichen theoretischen Reflektionen angestellt, was man da beachten möge und er half mir da aus dieser meiner selbstgestellten Falle mit der Frage, da bräuchten wir wohl zunächst eine <i>feasibility study</i> . Ja, sagte ich, das ist das erste. Und die andere Inkarnation: Ich hatte ein Buch über den Erfolg Japans schreiben wollen, auf der Basis eines Stipendiums. Des ersten der Japaner im Bezug auf die Internationalisierung des Landes. Aber als ich nach Tokio kam, fielen die Leute reihenweise auf der Straße um. Man konnte die Luft nicht mehr atmen. Tokio 1970 war etwa so wie heute Peking. Und da begriff ich auf einmal, da kann was nicht stimmen mit dieser Wirtschaftstheorie, die das überhaupt nicht im Blick hat. Dann musste ich aber feststellen, naja, so ein bisschen hatte sie das schon im Blick. Man sprach damals von den externen Effekten der Ökonomie und ich konnte dort aber feststellen, da war nichts Externes, da war was Internes, was nicht in Ordnung war, vom System her falsch gestellte Weichen und die dann vom enormen wirtschaftlichen Wachstum explosionsartig zu solchen Ergebnissen führten. Aber die Japaner haben schnell gelernt und auf anderen Gebieten dann wieder nicht. Aber darauf werden wir bestimmt noch zu sprechen kommen.

00:08:07	00:13:19	<p>Duwe: Schön, dass Sie dargestellt haben, wie und ungefähr zu welchem Zeitpunkt Sie angefangen haben sich mit umweltpolitischen Fragestellungen zu beschäftigen, wo würden Sie denn, wenn wir in der Tat das erste große Fass aufmachen, diese Anfänge auch in der BRD verorten, um mal aus Sambia und Tokio wieder zurückzukommen in die damalige Bonner Republik. Wo sehen Sie die ersten Ansätze, wo manifestiert sich die Umweltproblematik als Umweltpolitik in Deutschland?</p> <p>Simonis: Also, meine Erinnerung an Afrika, das waren die späten 60er, da ging es darum, was kann die Ökonomie für die Entwicklung eines armen Landes bereitstellen an konzeptionellem Wissen. Japan, das war ein halbes Jahrzehnt später und es war der Beginn einer Debatte über die Problematik des Wachstums. '72 kam ja dann der Paukenschlag über die Grenzen des Wachstums. Das habe ich natürlich sehr intensiv aufgenommen und es auch, heute würde man sagen kommunikativ, intensiv behandelt. Aber, es war ja ein Schock für die Elite, dass so etwas passieren kann. Was sich dann in Japan als erstes zeigte. Und der Lerneffekt für Deutschland, war erstaunlich konstruktiv. Wir hatten ja das erste, Führungsstriche, Umweltprogramm der Bundesregierung, schon relativ früh in den 70ern und dann kam es zu ein paar institutionellen Erneuerungen, u.a. der Gründung des Umweltbundesamtes und des Sachverständigenrates, des nationalen Umweltrates. Das war ein relativ schneller Lerneffekt. Wir waren damals die ersten, die so etwas auf die Beine stellten, weil ganz schnell gelernt wurde und ich denke, im Wesentlichen aus dem japanischem Beispiel, aber dann aus den verschiedenen Katastrophen, die sich bei uns ereigneten. Einige davon haben dann auch das Volk ergriffen, andere haben nur in den Köpfen einer Minderheit Bedeutung erlangt, aber da war beispielsweise Seveso und da wusste man, mit der Chemie kann das so nicht weiter gehen. Aber, da wir in Berlin sind: Da war auch die Luftverschmutzung in Berlin und die Bevölkerung merkte, dass da etwas schief läuft und dass man da etwas tun muss. Dann kamen aber auch sehr schnell technische Aspekte in den Blick, die relativ intensiv diskutiert wurden, aber auch höchst kontrovers diskutiert wurden. Dass mit den Autos etwas geschehen musste, im Bezug auf deren ökologische Effekte, insbesondere was die Luftverschmutzung angeht, das wurde schnell begriffen, aber die Lösung, die war über viele Jahre sehr kontrovers, man war sich überhaupt nicht einig. Es wurde dann übrigens später, in dem Umweltinstitut, in das ich hinein kam, das erste große Projekt, sollen wir, so wie die Japaner Katalysatoren vorschreiben oder vertrauen wir so wie die Industrie das wohl damals noch glaubte, vertrauen wir auf die Erfindung eines sauberen Benzinmotors. Das war die Konfliktslage. Und die, die auf die letztere Lösung, insbesondere die deutschen Ingenieure in den Autofabriken setzten, die hatten ein Argument, was man zunächst einmal intellektuell sehr gut auch verstehen kann. Sie sagten, was ist denn ein Katalysator? Ihr kommt daher aus der Theorie und spricht von nachgeordneter Technik und ein Katalysator ist dem Motor angehängt, ist also keine integrierte Technik und dieses Phänomen, dass man zwar einerseits weiß, dass was geschehen muss, aber dass man die passenden Lösungen nicht akzeptiert, die hat dann jahrelang die Sache bei uns blockiert, bis es so viel Druck gab aus Europa, aus Brüssel, dass einfach etwas geschehen musste.</p>
00:13:19	00:15:22	<p>Aber da waren die Japaner einfach sehr viel schneller und sie waren die ersten, die mit Massenproduktionen an Katalysatoren auftraten und damit dann auch das erste Beispiel dafür gaben, dass man gewinnen kann, wenn man eine scharfe Umweltpolitik betreibt, dass das auch für die Ökonomie positiv werden kann, wenn man der erste am Markt ist. Ein Begriff, den es damals noch nicht gab, den man heute aber überall hört, sind eben die Lead-Märkte, oder die Lead-Innovationen und fast dasselbe könnte man auch sagen für die Energieversorgung in dieser Anfangsphase. Die Japaner, insbesondere die Großstädte ersticken unter schmutzigem Öl, was da verbrannt wurde. Und der Umstieg auf relativ sauberes Öl aus anderen Bezugsquellen war ein erster Schritt. Dann, der teilweise Übergang auf Liquidgas war ein weiterer Schritt und dann auch erste massive Investitionen in Richtung Energieeinsparung. Das waren sozusagen nachvollziehbare Effekte, die konnte ich aber in meiner Aufenthaltszeit eineinhalb Jahre in Tokio nicht mehr aufarbeiten, das war sozusagen nachgelagert, das passierte erst danach. Was ich aber auch nicht konnte, ich konnte das Erfolgsbuch, das ich eigentlich über die japanische Wirtschaft schreiben wollte, nicht mehr schreiben. Und da wurde ich zum Umweltschützer, da wurde ich zum Aktivist. Also insofern sind diese beiden Erlebnisse, in Afrika keine Antwort zu haben darauf, was ist denn Entwicklung und in Japan zu sehen, wohin massives materielles Wirtschaftswachstum führen kann, das hat mir die Augen geöffnet.</p>
00:15:23	00:18:13	<p>Duwe: Wo würden Sie denn dann, zu diesem Zeitpunkt, wo diese Entwicklung in der Bundespolitik</p>

		<p>geschehen und ja auch sich in der Gesellschaft einiges tut und auch ein Bewusstsein für Umweltprobleme entsteht, die Anfänge dessen, was wir hier als wissenschaftsbasierte Politikberatung bezeichnen, sehen? Wo kommen die Wissenschaftsinstitutionen ins Spiel, wo werden neue Institutionen in Institute gegründet. Wo liegt da der Ursprung? Simonis: Also da gibt es ja einen objektiven Tatbestand, aber auch ein subjektives Element. Ich denke, dass ich 1973 an der TU Berlin die Professur erhielt, auf der Basis eines Aufsatzes, den ich geschrieben hatte. Schon damals wussten wir nicht wie das mit dem Wirtschaftswachstum sein soll und in Japan hatte ich gelernt, man kann auch das Bruttosozialprodukt ganz anders berechnen, man kann es sozusagen sauberer definieren, was ist die Sinnhaftigkeit dieses methodischen Ansatzes, der ja dann nicht nur eine Methodik darstellt, sondern ein Ziel für die gesamte Gesellschaft symbolisiert; was kann man anders machen. Und die Japaner hatten den NNW entwickelt, den <i>Net National Welfare</i> Index und das hatte ich mir vorgenommen, darüber habe ich ein halbes Dutzend Aufsätze geschrieben, ich war davon fasziniert. Übrigens habe ich im letzten Jahr, manchmal dauert es ja lange, im Nachklapp zu Fukushima, für so eine Art von Aufsatz, meinen ersten Preis erhalten, für "the best paper of the year". Es sind also lange, lange Geschichten, die wir da erzählen können. Zurück auf ihre Frage was den objektiven Tatbestand angeht, wir hatten die Einsicht auf der politischen Ebene, wir hatten einen sehr guten Innenminister zu der Zeit, der das ökologische Problem der Marktwirtschaft zumindest in Teilen erkannt hatte und es gab diesen Schritt in die Institutionalisierung auf der Bundesebene, mit dem ersten Aktionsprogramm und mit der Gründung dieser beiden Institutionen von denen wir vorhin schon sprachen.</p>
00:18:13	00:20:49	<p>Dann aber stellte man fest, was sollen diese Räte tun, was soll das Ministerium verfolgen? Und das war der Startpunkt für die Frage, wir müssen wohl mehr Sachverstand mobilisieren, das muss jetzt systematisch betrieben werden. Und so entstanden einige Initiativen, die man heute schon gar nicht mehr kennt, aber auch solche die immer noch da sind. Die Gründung des Öko-Instituts fiel mir da ein. Ecologic kam viel, viel später. Und das war ein Aufschrei, heute würde man sagen, aus der Zivilgesellschaft im Bezug auf das nicht vorhandene, nicht ausreichende, oder aber manipulierte Wissen. Es war eine Art Affront gegen die etablierte Wissenschaft, die sich zumindest damals mit dem Umweltthema eigentlich überhaupt noch nicht befasst hatte. Wenn ich mal von den verehrten Kollegen aus der Ökologie Abstand nehme. Aber die Handlungswissenschaften, insbesondere die Ökonomie und die Politikwissenschaften, die waren eben damals noch nicht soweit. Es hat dann lange gedauert, und wenn wir darauf zu sprechen kommen, will ich natürlich zu dem Zustand, wie ich ihn heute beobachte, auch einiges sagen können, aber das waren sozusagen die objektiven Faktoren, die die Beschäftigung mit Politikberatung zu einer interessanten Aufgabe für Wissenschaftler machten und die wussten nur nicht wie sie sich äußern konnten, wenn die etablierten Institute der Ökonomie dazu nichts zu sagen wissen. Das hat ja 20, 30 Jahre gedauert, bis die mal in die Puschen kamen – dann gibt es Konkurrenz. Aber die Konkurrenz war sozusagen außerhalb des akademischen Systems. Sie war bei den, auf Bürgerinitiativen zurückgehenden Institutionsgründungen, von denen das Öko-Institut dann das bekannteste wurde. Aber es gab ja auch noch eine ganze Reihe anderer dann.</p>
00:20:49	00:25:34	<p>Duwe: Wir haben großes Interesse an / Wir kommen natürlich auf das IEUG gleich noch ganz speziell zu sprechen, aber wir haben grundsätzlich großes Interesse an Namen, an spezifischen Punkten. Also, ich nehme an, das IFEU ist eines der anderen und das ist natürlich auch noch da und bekannt. Von wem sprechen Sie spezifisch, wer nicht mehr da ist und welche Gründungen gab es noch in diesem Bereich, die ja damals zu dieser Welle gehörten oder auch auf diese Entwicklung hin entstanden, aber die nicht mehr da sind. Simonis: Spontan erinnere ich mich an die Pfaff-Stiftung in Kaiserslautern. Und auf einen der dortigen führenden Manager zurückgehenden Tatbestand, nämlich die Gründung einer Stiftung für mittlere Technologie. Auch das hat einen Hintergrund. Wir hatten E.F. Schumacher mit „Small is beautiful“ und der in England etablierten <i>Intermediate Technology Group</i>. Und diese Pfaff-Stiftung, die früher nur oder fast nur Nähmaschinen hergestellt hatte, entdeckte das ökologische Defizit der marktwirtschaftlichen Organisationsform. Dort haben sehr bedeutsame Symposien stattgefunden. Relativ spontan eine Einladung, die aber immer mit einem Ergebnis endeten. Jemand wurde beauftragt, das, was jetzt hier zwei oder drei Tage lang diskutiert worden ist, zu Papier zu bringen. Das wurde einer meiner Best- und einer meiner Longseller, „Ökonomie und Ökologie“. Erschien in sieben Auflagen. Das ist in Deutschland für ein wissenschaftliches Buch eigentlich völlig ungewöhnlich und es erschien über eine lange Phase. Das war ein solcher Kernpunkt, wo also das Signal in die Wirtschaft ausging, auch in der Wirtschaft selbst bei dieser Firma Pfaff und der von ihr initiierten Aktivitäten. Wird kritisch</p>

		<p>über unsere Wirtschaftsweise nachgedacht? Wenn das so ist, dann könnte da ja wirklich etwas dran sein, dann sind das ja nicht nur Hirngespinnste von fußlosen Akademikern. Und das war, glaube ich, eine sehr wichtige Sache. Etwas anderes, an was Sie mich erinnern, da gab es ein gewisses Engagement der evangelischen Kirchen in Deutschland. Jetzt haben wir ja einen neuen katholischen Papst. Gibt es eigentlich einen evangelischen? Gibt's nicht. Und der ein großes Symbol gesetzt hat, aber es zeigt ja auch, wie lange es gedauert hat, dass es einen Franziskus geben konnte. Wo man doch sagen könnte, Franziskus, der Franziskus, von dem wir jetzt sprechen oder denken, war der erste Ökologe. Lange vor Alexander von Humboldt. Also über diese Sache will ich aber nicht mit Ihnen diskutieren. Was aber wichtig war, war eine Initiative der EKD, dass sie in Bezug auf bestimmte, als schwerwiegend erkannte Fehlentwicklungen doch etwas geschehen müsse. Die Kirche selber konnte sich aber damals noch nicht so reformieren, dass man alles umstülpte, aber sie beauftragten, und zwar für lange, lange Jahre, einen Pfarrer, der Umweltbeauftragte der evangelischen Kirche in Deutschland. Das war ein Glücksgriff erster Klasse, weil dieser Mann vor Ort bei einem Thema immer sofort Bescheid wusste. Pfarrer Kurt Oeser aus Walldorf in der Nähe des Flughafens Frankfurt.</p>
00:25:34	00:28:44	<p>Der wurde zum Spezialisten des Lärmproblems, insbesondere des Fluglärms, und engagierte sich da sehr stark. Das konnte er noch aus eigener Kraft, aber es gab ja noch ein paar andere Umweltprobleme. Und so entstand dort ein Beraterstab, dem ich glaube ich zehn Jahre oder vielleicht sogar mehr angehörte. Und das waren unheimlich spannende Jahre. Damals war ich mindestens einmal im Monat in Frankfurt, wo ich heute kaum noch hinkomme. Aber das war unser Treffpunkt, Leute aus der halben Republik, die dann über ein bestimmtes Thema nachdachten. Also die Energiefrage und was die Kirchen zur Energieeinsparung tun konnten, ist mir sehr gut in Erinnerung. Als wir das Gutachten abliefern, geschah das in einem Raum, bei dem die Gardinen von oben bis unten auf den Fußboden gingen und damit auch die Heizkörper abdeckten. Da konnten wir gleich dem Pastor, dem Bischof schon sagen "Herr Bischof, hier müssen wir auch was ändern". Nicht nur auf den Dächern der Kirchen, was damals aber noch sehr stark tabuisiert war. Das konnte man sich gar nicht vorstellen. Eine Kirche mit Photovoltaik, das geht doch nicht, das ist doch eine Verschandelung oder so etwas. Aber ein anderes Thema, unsere Essensgewohnheiten. Müssen wir so viele Tiere umbringen, nur damit wir Menschen überleben oder kann das auch anders gehen? Da entstand ein Gutachten nicht direkt über und für Veganer, aber doch für einen ganz anderen Fleischkonsum im Vergleich zu heute. Und wir hatten auch so etwas im Blick, was jetzt mithilfe eines Journalisten ja nun tatsächlich in die Gesellschaft hineingekommen ist, was alles verschwendet wird von dem, was die Landwirtschaft produziert. Fünfzig Prozent der Produktionen landen im Müll. Das kann nicht gut sein. Und das hat ja mithilfe der neuen Methoden, auch der neuen Kommunikationsmethoden mein ich jetzt, so scheint mir zumindest, einiges bewirkt. Aber angedacht war das schon sehr lange eher unter dem Gesichtspunkt der Ethik, der Rechte von Tieren im Vergleich zu Menschen. Gibt es also eine tierbezogene, spezielle Anforderung an uns Menschen? Dazu hatten wir damals glaube ich ein sehr, sehr gutes Gutachten geschrieben.</p>
00:28:44	00:30:19	<p>Duwe: Auch im Rahmen dieses Beirats für die evangelische Kirche. Simonis: Ja. Duwe: Wer hat sich oder was für Arten von Menschen waren noch in diesem Beirat berufen? Waren das entsprechend Wissenschaftler wie Sie? Simonis: Ich erinnere mich und habe sehr, sehr viel gelernt von ihm, an Eckhard Reh binder. Ein fantastischer Mensch und ein kluger Jurist, dem wir in Deutschland glaube ich sehr viel verdanken, was die Frage der juristischen Aufarbeitung des Umweltthemas angeht. Er hat an vielen, vielen, zentral wichtigen Gesetzen mitgearbeitet. Er hatte einen Vorteil im Vergleich zu anderen Juristen, die ich auch in Erinnerung habe, dass er international gut vernetzt war. Er war sehr früh in den Vereinigten Staaten gewesen und kam positiv beeinflusst nach Deutschland zurück und konnte also sagen, was das denn jetzt ist mit dem Verursacherprinzip, wie man das formulieren muss, damit es politisch relevant wird und was es für Konsequenzen dann in der Gesetzgebung haben sollte. Aber da waren auch noch einige andere, ich will sie nicht alle nennen, kann sie auch nicht alle erinnern, aber das war ein solcher Fall und wenn man sich wiedersieht, dann sagt man "Joa, war schon mal eine ganz gute Diskussion damals".</p>
00:30:19	00:36:10	<p>Duwe: Sie waren, Sie haben das Öko-Institut ja schon explizit genannt als eine der Gründungen außerhalb der etablierten wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland. Sie sind selber ja auch von Anfang an in einer Form dabei gewesen als Mitglied des Kuratoriums, wenn ich richtig informiert bin. Wie kam das dazu, was war Ihre Verbindung zu den Gründern, Gründerinnen des Öko-Instituts? Simonis: Also die Gründung geht ja zurück auf die Erlebnisse mit dem geplanten Atomkraftwerk in Wyhl bei Freiburg. Ich hatte in Freiburg studiert, mein erstes Diplom gemacht.</p>

	<p>Hatte also noch gewisse Kontakte und Erinnerungen an diese schöne Stadt und was da nicht hinpasste war in der Nähe ein Atomkraftwerk zu haben, aber es waren andere, die waren näher dran, Günter Altner würde ich denken, der mich damals sozusagen von Kiel aus eingebunden hat. Dann war da Gerd Michelsen, der später auch eine Führungsposition im Öko-Institut hatte, bevor er dann Professor wurde. Das waren so befreundete Kollegen, die so tickten, wie man sich das selber wünschen konnte und die dann für den Aufbau des Instituts wichtig wurden. Dann aber kam sozusagen die nächste Generation, ich habe ein sehr freundschaftliches Verhältnis entwickelt zu Rainer Griebhammer. Die Leute also, die ganz wichtig wurden, weil sie kommunikativ waren, das, was sozusagen in dem Think-Tank da gedacht wurde, auch vermitteln konnten. Das ist ja nicht allen Wissenschaftlern gleichermaßen in die Wiege gelegt. Und da hatte das Institut Glück gehabt. Andererseits war es mir viele, viele Jahre nicht europäisch, nicht international genug. Es gab wahrscheinlich so viele Aufträge über Probleme, die Leute vor Ort, bei uns hatten. Bei Deponien, Abfall war ein großes Problem damals. Und es hat einiger Stufen bedurft, bis man sozusagen bedeutend wurde in der Bestimmung dessen, was wichtig sein sollte für die ganze Republik. Denken Sie an die Studie über Energieversorgung ohne Öl und Atom 1980. Das war ein solcher Durchbruch, wo dann das Institut auch sagen musste, das können wir nicht mehr nur deutsch definieren dieses Thema. Und es kamen überhaupt dann auch erste Aufträge aus Brüssel in Bezug auf was Forschungsaufträge angeht. Und das hat dann das Institut sozusagen europäisch werden lassen. Naja, und dann gab es die Vorläufer von Ecologic. Da war ja sozusagen auch ein Pflänzchen gesetzt worden, was sich dann relativ rasch entwickelte, verschiedene schwierige Stufen zu bewältigen hatte, aber nah genug dran war. Sitz in Bonn, aber auch eine Vertretung in Brüssel zu haben. Das wurde wichtig. Und ist es ja bis heute. Wir haben weiterhin ziemlich viel Protest gegen die da in Brüssel, aber ich pflege zu sagen, wenn wir Brüssel nicht hätten aus umweltpolitischer Sicht gesehen, müssten wir es unbedingt erfinden. Das Ganze muss sein. Aber auch die Administration des Umweltproblems in Deutschland und in Europa wären ohne die Initiativen aus Brüssel gar nicht denkbar. Ich habe das intellektuell durch einen Zufall erfahren und dann verinnerlicht. Der Kollege Mayer-Tasch, auch so einer aus der ersten Stunde, Politologe in München. Der hat mir mal gesagt: Weißt du Udo, wie Innovationen zustande kommen? Es gibt Fälle, wo etwas top-down läuft. Spitze, der Staat, die Regierung macht irgendwas Positives und ich erwähnte ja schon das erste Umweltaktionsprogramm und den Sachverständigenrat und das Umweltbundesamt. Aber es gibt auch den umgekehrten Fall, wo die Innovation von unten kommt. Das war die Anti-Atombewegung, das war Wyhl, das war das Atomendlager im Wendland. Das waren alles Sachen, die von unten kamen und, sagte er, darf man nicht vergessen, es kann auch etwas von nebenan kommen. Und es sollte sogar auch von nebenan kommen. Und für ihn war Brüssel in diesem Sinne dann etwas Konstruktives, etwas Positives von dem man nicht nur wegen Bürokratieängsten Abstand nehmen sollte. Das ist das, was auch wichtig ist.</p>
--	---

00:36:10	00:39:41	<p>Duwe: Es wäre für mich ein ganz persönliches Vergnügen, wenn wir da zu der Frage noch mal wieder zurückkommen könnten. Ich würde aber gerne im direkten Anschluss, weil Sie es selber noch mal so betont haben, gerade mit einmal von oben, von unten die Frage stellen, wenn im Grunde die Gründung der staatlichen Institutionen, die ja mit dem SRU im Grunde sich auch sachverständig und dem UBA in beiden Fällen zusätzlichen Sachverstand schaffte. Hätte es den Raum für die Rolle, die dann die neugegründeten, unabhängigen Institute hinterher gefüllt haben in diesem Bereich wissenschaftsbasierte Politikberatung, aber außerhalb der staatlich geschaffenen Institutionen, wäre dieser, wenn es die Auslöser durch die Anti-Atombewegung und dem Wunsch nach besseren Informationen zu diesem speziellen Thema nicht gegeben hätte, meinen Sie, dass es trotzdem, vielleicht mit etwas Verzögerung ähnliche, umweltpolitisch ausgerichtete Institute außerhalb der Institutionen gegründet wären? Wären die anderen Impulse, die dazu geführt haben, stark genug gewesen? Simonis: Ich habe mal eine sehr starke Schlagzeile im Spiegel produziert, die da hieß, die Professoren sind zu faul. Es war nicht meine Erfindung. Im Grunde hat der Spiegel mich erpresst. Das Interview war gelaufen und sie hatten das morgens in der Redaktionsbesprechung so definiert. Hauptaussage, die der Professor da macht: "Die anderen Professoren sind zu faul". Ich konnte das nicht mehr abbiegen, weil da sofort die Gegenposition kam, ja dann fliegt das Interview ganz raus. Wir haben das ja heute Morgen schon festgelegt. Also das war eine Erpressung. Aber die inhaltliche Aussage, die war so falsch nicht. Es hat einfach viel zu lange gedauert, dass an unseren Hochschulen etwas in Gang kam. Man kann sogar sagen, dass das ja heute noch weitgehend wirklich beschämend ist in Deutschland. Es gibt nur einen wirklich nennenswerten Umweltstudiengang und man muss sagen, wir haben Glück gehabt mit der Entwicklung, der raschen Zunahme der Fachhochschulen. An den Fachhochschulen ist eine Menge ökologisches Wissen, selbst umweltpolitisches Wissen entstanden und angesiedelt worden, was die etablierten, alten Universitäten nicht geschafft haben. Als die erste sogenannte – na, wie nannte man sie denn? Intelligenzinitiative? Nein. Bei den Universitäten, sie nannten das anders. Aber man meinte eigentlich so etwas gestartet wurde und die ersten Riesemittel dafür zur Verfügung gestellt waren, war ich entsetzt.</p>
00:39:41	00:44:37	<p>Ich konnte von all dem, was da beschlossen worden war nach hinreichend langer Vorbereitung eigentlich nur eines der Projekte als wirklich relevant für unsere heutige Zeit akzeptieren. Das betraf ausgerechnet meine jetzige Heimatstadt Kiel. Das Ozeanische Institut, die dann auch sozusagen in diese Förderung als Exzellenzinitiative aufgenommen wurden, die aber das ohnehin gemacht hätten, selbst wenn es das Geld nicht gegeben hätte. Die nahmen nur das, was sozusagen zusätzlich angeboten wurde und haben das auch sehr klug genutzt. Aber alles andere konnte ich nicht akzeptieren. Das habe ich in meinem Leben ein paar Mal erlebt. Wenn Sie sich an die Enquete-Kommission des Bundestages, deren Endbericht demnächst ansteht, erinnern, da hatte ich ein ähnliches Gefühl darf doch nicht wahr sein, wir waren doch schon mal weiter. Also, dass in den Diskussionen über einen neuen Wachstumsbegriff die Debatte der frühen Siebziger nicht aufgenommen wurde, ist unverzeihlich, historisch, aber auch intellektuell. Einfach, ist unredlich, dass man sich daran nicht versucht hat sich daran zu erinnern. Man kann Sachen vergessen, aber man kann sich auch wieder schlau machen. Es war doch mal etwas. Ich erwähnte ja schon den NNW. Das war eine echte Innovation. Und ich frage mich, ob die jetzige Enquete dazu etwas ähnlich Konstruktives liefern wird. Von den Vorberichten würde ich das nicht vermuten können. Das sind also gelegentlich dann Enttäuschungen, die entstehen, weil man auch selber zu tun hat mit der Fortschrittsidee als solcher und der vermeintlichen permanenten Steigerung unseres Wissens. Der Begriff der Wissensgesellschaft geht mir eigentlich nicht mehr über die Lippen, weil ich viel zu oft und viel zu häufig feststellen musste, was wir ja längst wieder vergessen haben. Wissensgesellschaft insinuiert ja, wir werden laufend schlauer. Wir lernen permanent dazu. Unser Wissen nimmt einfach konstruktiv zu. Das ist nicht die ganze Wahrheit. Es geht auch unendlich viel Wissen verloren und ich denke, dass das besonders für das gilt, was ich vielleicht das ökologische Grundwissen nennen würde. Früher, die Vorgängergenerationen hatten einen anderen Zugang zur Natur und hatten damit eine Grundsicherung gegen Exzesse, die Sicherungen, die heute geplatzt sind. Vor kurzem hat mich ein Buch sehr beeindruckt, wo ein amerikanischer Wissenschaftler die Frage stellt "Das letzte Kind im Wald?", auf der Basis einer simplen Beobachtung. Er hatte sich die Daten angesehen, wie verbringen Kinder und Jugendliche heute ihre Freizeit? Und wenn ich mich recht erinnere, war das ein Sample für die USA mit dem Ergebnis 53 Prozent ihrer freien Zeit verbringen Kinder vor dem Personal Computer. Bleiben 47 Prozent. Wofür brauchen sie die? Zum Teil, von zu Hause in die Schule zu kommen, da gehen schon mal zehn oder 15 Prozent zusätzlich</p>

		weg und für das, was es auch sein könnte, was man Kindern und Jugendlichen vermitteln sollte, bleibt zu wenig übrig. Der Gang in den Wald fehlt. Nun ist die Frage, ob das für uns, für Deutschland, für Europa auch so drastische Ausmaße hätte, aber ich befürchte das Schlimmste, kenne allerdings keine Studien, die das schon aufgezeigt hätte.
00:44:37	00:50:20	<p>Duwe: Dann hoffen wir mal, dass die Zahlen für Deutschland etwas anders aussehen. Wir waren eben unter anderem beim Öko-Institut und ihren Verbindungen dahin. Damit sind wir in den späten Siebzigern. 1981 sind Sie selber berufen worden, um eben an einem ähnlichen oder eben anderen Institut, nämlich dem Institut für internationale Umweltpolitik und Gesellschaft, da muss ich gerade noch mal selber nachgucken, jetzt Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft genau, angesiedelt beim WZB in Berlin, tätig zu werden. Wie sind Sie dahin gekommen, wer hat Sie berufen? Simonis: Ja das war natürlich eine tolle Geschichte. Ich war Professor an der Technischen Universität Berlin, insbesondere tätig für die ökonomische Ausbildung von Architekten und Stadtplanern. Das war eine sehr privilegierte Position, weil eine technische Universität, die sich auch auf Sozialwissenschaften einlässt, irgendwie eine Balance finden muss zwischen den ganz teuren Fachbereichen und den anderen. Ich hatte also eine fantastische Ausstattung. Sekretärin, vier Assistenten, fünf oder sechs Tutoren, aber ich hatte auch 280 Studenten. Das war dann schon eine gewaltige Last. Und auf einmal, eines Tages, nachdem ich sieben Jahre an der TU gewesen war, gab es diese Ausschreibung. Das fanden aber auch viele andere sehr interessant. Ich war einer von 93 Bewerbern für den Direktorenposten. Das andere, was faszinierend war, die Philosophie des Hauses, also des Wissenschaftszentrums, bestand damals darin, wir berufen jemanden für die maximal zulässige Beurlaubungszeit, die ein deutscher Beamter beantragen kann. Und das sind oder waren damals fünf Jahre. Wir berufen jemanden für fünf Jahre, der dann wieder zurückgeht an die Stelle, aus der er kommt. Das war dann die Vereinbarung zwischen WZB, dem Wissenschaftszentrum, und der TU Berlin. Das wurde und war intellektuell eine sehr spannende Geschichte, weil es die zweite Fünf-Jahres-, nicht ganz die zweite Fünf-Jahres-Periode wurde. All die weil der erste Direktor, Meinolf Dierkes zum Präsidenten des WZB ernannt worden war. Also brauchte man einen neuen Direktor. Damals war das WZB in erstaunlicher Weise überschaubar. Es gab vier solcher Institute mittlerer Größe. Ich hatte sechzehn hauptamtliche, gut bezahlte Mitarbeiter, wissenschaftliche Mitarbeiter, aber insgesamt waren wir so zwischen 40 und 50 Leuten und man wusste, das sind die fünf Jahre, die du hast. Du musst daraus das Beste machen. Und danach geht es dann wieder zurück zu den vielen, vielen Studenten. Das wär auch fast so geworden, aber es hatte sich etwas verändert. Das Institut hatte eine Reihe weiterer hochdotierter Professorenstellen im Budget, im Haushalt. Und eines Tages entstand da im Kuratorium die Frage, was macht Ihr eigentlich mit den vielen anderen Stellen? Und die Antwort, die unser Präsident geben konnte, hieß "die brauchen wir für unsere Gäste aus dem Ausland", die man ja ordentlich bezahlen muss, sonst kommen die gar nicht. Und kam sofort die Rückfrage müssen es denn so viele sein? Und auf diesem Wege kam etwas in Umlauf, in Bewegung, was das WZB später dann, im Laufe, übergangsmäßig zu einer Fakultät machte. Also heute ist das WZB wie eine große Fakultät einer Universität. Und damit wurden dann auch diese zeitliche Befristungen, die wurden abgelöst. Daraus entstand in meinem konkreten Fall das Angebot einer Forschungsprofessur. Das war ein super Privileg in meinem Leben, was es Deutschland ganz, ganz selten, eigentlich überhaupt nicht gibt. Ein Professor, der nur forschen darf, keine Lehre mehr machen muss. Ob er sie macht, ist wieder was anderes, aber er muss nicht und dafür auch noch ganz gut bezahlt wird. Das gab's bisher, das gab es eigentlich nur in den USA. Aber so war das und so ist das auch heute, weshalb ich auch nach der Pensionierung immer noch da bin.</p>
00:50:20	00:57:42	<p>Duwe: Nun haben wir eine allererste Veranstaltung mal gemacht, um dieses Format zu testen auch vor Publikum und hatten dazu Martin Jänicke geladen. Und der sagte ganz explizit, er hätte ihre Direktorenschaft dort mit vorbereitet. Ist das etwas, was Sie nachvollziehen können? Ich habe ihn jetzt nicht noch mal genauer befragen können, was er damit meinte, aber gibt es da noch Kollegen, Freunde, die aus demselben Bereich kommen, mit denen Sie zum dem Zeitpunkt auf so eine Art und Weise zusammengearbeitet haben? Simonis: Ja, das war ein Glücksfall. Martin Jänicke war einer der wenigen, ganz wenigen Professoren, an einer anerkannten Universität, der das Umweltthema für sich selbst schon entdeckt hatte. Und da entstand wahrscheinlich so etwas wie eine Seelenverwandtschaft. Wir haben uns immer gegenseitig bewundert. Und so kam das wohl, dass ich in diese Position kam. Aber es gab auch den umgekehrten Fall. Die Universität insgesamt,</p>

		<p>die Freie Universität, an die ja dann solche Entwicklungen aus der Gesellschaft, aber auch aus dem WZB irgendwann herangetragen werden, die beauftragte mich – weiß nicht mehr genau, wann es war, glaube '84 oder '85 – Wollen Sie nicht ein Jahr lang externes Mitglied des Senats werden? Wir haben gehört, Umwelt sei irgendwie ein Thema. Sie sagten dann, wissen aber selber noch nicht so recht, was wir damit machen wollen. Na, das ist ja ganz nett, denkt man sich, das kann man nicht ablehnen. Und als das Jahr um war, fragte man mich, ob ich denn noch einen Wunsch hätte. Na, wenn man so nett gefragt wird, dann darf man das wohl sagen. Und meine Antwort war "es wäre nett, wenn der Kollege Jänicke eine Assistenz bekäme für das, was er machen will und schon gemacht hat". Und so kam eine Stelle in den Haushalt, auf der dann ein talentierter Nachwuchswissenschaftler eingestellt wurde, der so ein Talent ist, also damals war und immer noch ist, dass daraus dann eine Forschungsstelle aufblühte, die sich heute Forschungszentrum für Umweltpolitik nennt. Das war einer der positiven Effekte, die dann aus dem WZB nach draußen entstehen konnten, obwohl die Philosophie des Hauses, wir machen das nur 5 Jahre, damals zumindest immer noch gültig war. Und so ging es auch mit einigen meiner Mitarbeiter. Mindestens fünf meiner frühen Mitarbeiter zwischen '81 und '87 wurden Professoren an einer deutschen Universität. Sie hatten also was gelernt und konnten das weiterbringen für ihr eigenes Thema, aber damit auch für einen ganzen Schub von Nachwuchswissenschaftlern. So sind viele, viele Doktorarbeiten geschrieben worden, die im Grunde eigentlich auf dieses IIUG zurückgehen. Das andere, was ich nicht ganz ohne Stolz sagen darf, wir waren ein internationales Institut. Das war das Öko-Institut damals nicht. Und Ecologic gab es noch nicht. Es war aber eine Notwendigkeit, ein Dialog zu führen über die Grenzen hinaus, den man dann wissenschaftlich betreibt, den man aber auch mit einer umweltpolitischen Nebenabsicht betreibt. Und dazu gab es Gott sei Dank einige sehr schöne Spielfelder, wenn ich das mal so nennen darf. Beispielsweise hatte die Europäische Union ein Institut in Wien damit beauftragt, ein Dialog zwischen Ost- und Westeuropa zu Umweltdialogen zu etablieren. Lange vor dem Fall der Mauer. 5 Jahre denke ich mich zu erinnern, gab es entsprechend Treffen zwischen Osteuropäern und Westeuropäern, zweimal im Jahr, einmal irgendwo in Westeuropa, einmal irgendwo in Osteuropa und die EU und dieses Institut in Wien übernahmen die Reisekosten. Die lokalen Kosten wurden von dem jeweiligen Land, in dem das stattfand, übernommen und die Ostländer, darunter die DDR, die das vielleicht nicht betreiben konnten, wurden finanziell unterstützt. Das waren ganz, ganz wichtige Treffen, die dann abrupt zu Ende kamen, als die Mauer fiel. Das letzte Treffen in diesem Kreis, an das ich mich erinnere, war zwei Tage vor dem Mauerfall. Wir waren irgendwo hier in der Nähe in Berlin, sind an einem kleinen Ort untergebracht, es war irgendwas im Gange, niemand wusste genau, was das wohl sein könnte, aber alle diese ausländischen Kollegen wollten auf einmal die Mauer sehen, weil irgendwas dieser Art im Busche zu sein schien. Und so fuhren wir nach Beendigung dieses Treffens irgendwo hier hundert Kilometer von Berlin weg, fuhren wir alle nach Ostberlin und guckten die Mauer von Osten her an. Drei Tage konnte ich, und konnten die anderen, die Mauer vom Westen her verschwinden sehen. Das waren also so Versuche der Kontaktstellung und des Austausches über eine Fülle von Fragen, von der Energie zur Chemie bis zum Lufttransport, also lange Transportwege der Luftverschmutzung. Es waren also Vorbereitungen auf das, was man dann später in der europäischen Umweltpolitik und der internationalen Umweltpolitik nutzen konnte. Diese Art des sich Aufeinanderzubewegens, die war da mehrere Jahre geübt worden. Und sie wurde dann sozusagen, sozusagen sie wurde überflüssig, weil man jetzt andere Wege fand, sich zu verständigen.</p>
00:57:42	01:01:51	<p>Duwe: Da gibt es mehrere Ansatzpunkte und ganz speziell auch auf diesen Punkt des Ost-West-Dialogs und der Wende und wie sich diese Sachen danach verändert haben, möchte ich sehr gerne noch zurückkommen. Einen kurzen Schritt zurück, Sie haben eben erwähnt, wenn ich das richtig verstanden habe, dass es auch eine bestimmte Person war, die dann mit Martin Jänicke geholfen hat, die Forschungsstelle voranzutreiben, also jemand, der diese Assistenzposition angetreten hat. Wer war denn das? Simonis: Lutz Mez. Später dann Privatdozent, mit sehr viel Erfahrung auch auf dem Energiesektor und kommunikativer Mensch im Herstellen von Netzwerken und mittlerweile auch eigentlich schon pensioniert, aber immer noch aktiv. Duwe: Und auch, weil ich sagte, dass wir zwischendurch die Namen sammeln oder die spezifischen Verbindungen feststellen wollen zwischen den Individuen und den Institutionen, Sie nannten einige der ehemaligen Mitarbeiter aus Ihren 5, 6 Jahren beim IIUG, die dann in diesem Thema auch noch als Professoren tätig gewesen sind, gibt es da noch ein paar spezifische Namen, die Sie uns mit auf den Weg geben können? Simonis: Ja, also beispielsweise unser aktivster Ökonom. Einer von zwei sehr aktiven Ökonomen.</p>

		<p>Fangen wir mal mit dem einen an: Das war Klaus Zimmermann. Klaus Zimmermann war so produktiv, dass er nicht mal Zeit hatte, jedenfalls in der Zeit, in der ich sein Chef war, sich um das zu kümmern, was er produziert hatte. Der schrieb also jedes Jahr ein Buch und kümmerte sich dann nicht mehr darum. Als mir das auffiel, Herr Zimmermann, wir müssen doch jetzt was machen. Machen Sie mir doch mal eine Pressenotiz und ich mache morgen eine Presseveranstaltung. Dann sagte der mir – oder pflegte zu sagen, um das genauer zu präzisieren – "Sie sind der Direktor. Ich bin ja nur Ihr Mitarbeiter. Ich denke schon wieder über etwas anderes nach." Das war ein wunderschönes Erlebnis, aber er hatte so einen Traum, der sich dann doch nicht erfüllte. Er war von Ausbildung ein Finanzwissenschaftler gewesen und das sollte auch eine entsprechende Professur werden. Und sein Traum war, in seiner Heimatstadt berufen zu werden, nach Köln. Das aber hat sich nicht so ergeben. Er wurde Professor an der Bundeswehruniversität in Hamburg, hat das aber dann sozusagen weitergetragen, was er sich bei uns erarbeitet hatte und große Verdienste auch in der Förderung der wissenschaftlichen Kommunikation durch eine unserer bedeutendsten Zeitschriften. Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht. Da war er der Redakteur für viele, viele Jahre. Also das ist so ein – er ist viel zu früh im letzten Jahr schon verstorben. Das war aber einer dieser wunderschönen Effekte, die entstehen, wenn man erstens eine gute Ausbildung hat und zweitens mit den richtigen Themen konfrontiert wird, auf die man innovative Antworten sucht und die dann auch weitertragen kann an andere. Das war ein so im diesem Sinne schöner Fall.</p>
01:01:51	01:07:47	<p>Duwe: Sagen Sie mir noch kurz, was machte Ihrer Meinung nach das IIUG besonders aus? Also Sie haben eben schon natürlich die Tatsache beschrieben, dass das eine der Is für das Internationale stand als besonderes Merkmal, was gab es da noch? Simonis: Ja also ein Direktor ist ja zuständig für die Formulierung eines Programms. Das war also meine Aufgabe. Ich hatte nicht sehr, sehr viel Zeit dazu, aber die Struktur, wenn ich sie recht erinnere, sah einerseits vor, wir müssen mehr im Sinne von Datensammlung tun, heute würde man das nennen Umweltinformationsdaten zu erstellen, bevor man dann sektorale Umweltpolitiken sich vornimmt und regionale und internationale Initiativen betreibt. Das war so die Grundstruktur dieses Institut. Um Ihnen nur ein Beispiel zu geben, wir hatten damals noch keinerlei Aktivitäten in Bezug auf die Ergänzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, aber an unserem Institut waren die ersten Erhebungen gelaufen über das, was die Wirtschaft in den Umweltschutz investiert, was sie jedes Jahr an laufenden Aufwendungen betreibt, um diese Investitionen am Gang zu halten und das, was das Endergebnis ist, nämlich der sich bildende Umweltkapitalstock. Dazu hatten wir ein großes Projekt laufen. Dazu gab es dann über verschiedene Stichjahre erhobene Daten und das statistische Bundesamt in Wiesbaden wurde darauf aufmerksam. Sie luden mich ein und ich konnte das vortragen, und die damalige sehr verehrte Direktorin – werde ich nie vergessen – sie verabschiedete mich und sagte "Sehr interessant, aber wir können das noch nicht aufgreifen. Für uns ist Statistik etwas, was mindestens 10 Jahre abdeckt." Na und das gab es einfach noch nicht. Wir hatten Stichjahre geschätzt, was in diesen Jahren wohl gewesen war. Aber im Nachgang zu diesem Treffen machte sie uns ein Angebot. "Wir könnten ja Ihre Daten im statistischen Jahrbuch veröffentlichen, aber nicht unter unserem Namen, sondern unter Ihrem Namen." Und so kam das WZB über mehrere Jahre – ich weiß nicht, waren es drei oder fünf Jahre – mit einer Fußnote „Daten aus dem Wissenschaftszentrum Berlin“, im Grunde aus dem IIUG, aus unserem Umweltinstitut, aus denen dann die ganzen Aktivitäten, die das Statistische Bundesamt mittlerweile betreibt zur Umweltgesamtrechnung, sich entwickeln konnte. Mithilfe von Kollegen in diesem statistischen Amt, mit denen wir oder einzelne von uns sehr intensive Kontakte gepflegt haben. Das war so ein solches Beispiel. Ein anderes konkretes Beispiel aus der Sektorpolitik, damals war das Nitratproblem in der Landwirtschaft in höchstem Maße akut. Also wurde bei uns ein Projekt über die Nitratbelastung des Wassers aus landwirtschaftlichen Quellen betrieben. Dann hat sogar ein Kollege ein Buch mit dem Titel "Nitratpolitik" geschrieben. Einmalig. Gibt es bestimmt nirgendwo sonst auf der Welt. Und das war sozusagen diese Frage, die wir eigentlich so vorfanden, auf die es bisher keine Lösung gab. Wie kann man das überhaupt als Politikbereich ansehen wollen? War sehr gewagt, heute würde ich das wahrscheinlich nicht mehr unterschreiben, da würde man eher von einer integrierten Landwirtschaftspolitik reden oder so was. Aber es war wirklich innovativ. Und so könnte ich andere Beispiele dieser Art stellen, die das, was man jetzt ein Eigenstellungsmerkmal des IIUG nennen konnte. Der andere Vorteil war, wir waren zumindest damals ganz gut aufgestellt im internationalen Dialog. Oder umgekehrt gefragt, wenn ein Schwede, wenn ein Engländer, wenn ein US-Amerikaner, später dann auch Japaner, wissen wollten, was</p>

		denn da in Europa und in Deutschland läuft, waren wir die Anlaufadresse. Einfach, weil ja Leute miteinander kommunizieren können müssen. Und wenn man sich im Englischen gut ausdrücken kann, dann ist das ein unglaublicher Vorteil im Sinne der Schaffung von Kontakten. Und so etwas wirkt bis heute nach. Auf diese Weise kam ich dann in eine Reihe von Beiräten von internationalen Zeitschriften. Und ich konnte immer meinen eigenen Leuten, aber nicht nur am Institut, sondern am ganzen Wissenschaftszentrum sagen, habt ihr was für – Anführungsstriche – meine Zeitschrift? Reich das doch noch ein, könnte die interessieren. Das sind sozusagen Hilfestellungen, die man dann geben kann aus der unmittelbaren Kenntnis von Leuten und deren Arbeit zusammenhängen.
01:07:47	01:13:51	<p>Duwe: Nun würde ich gerne noch wissen, wie Sie das IIUG auch gesehen haben im Vergleich zu den anderen Institutionen und Instituten vor allen Dingen, über die wir vorhin schon gesprochen haben. Und auch wenn ich vielleicht die Antwort jetzt beeinflusse, ich tue das auch in Hinblick auf einen besonderen Aspekt, nämlich dass das WZB im Vergleich zu den anderen Instituten eine ja zumindest von Regierungsseite oder aus den staatlichen Institutionen heraus erfolgte und auch mit den entsprechenden Geldern ausgestattet wurde. Und so habe ich erfahren, dass zum Beispiel bei der ursprünglichen Gründung des WZBs laut Archivmeldung "Stinkbomben" geflogen sind, weil sich der Studentenprotest entzündete an diesem neuen Institut. Hat das in irgendeiner Form die Arbeit des IIUG beeinflusst oder die Art und Weise, wie es gegenüber anderen Instituten aufgestellt war?</p> <p>Simonis: Da darf ich nicht allzu viel dazu sagen, auch weil es eine recht komplexe Situation da zu beschreiben gälte. Das WZB ist, das werden Sie nicht wissen können, eine GmbH, aber es ist eigentlich doch so etwas wie eine Fakultät, weil der große Teil der Gelder staatlichen Mittel sind, die zu 75 Prozent vom Bund, zu 25 Prozent vom Land Berlin bereitgestellt werden. Also wenn wir wollten, könnten wir mit diesen staatlichen Mitteln voll existieren. Wir bräuchten nicht an den Markt zu gehen, um zusätzliche Mittel einzuwerben. Aber das ist nicht nur eine Mode geworden, sondern das hat ja auch verschiedene Vorteile, wenn man zusätzliche Mittel anstreben muss, dann muss man sich auch dem Wettbewerb stellen und so, aber wir waren privilegiert gegenüber all den Instituten, die Sie nennen, war das ja die bewusste, staatliche Entscheidung, wir brauchen ein solches Institut, weil wir unbedingt Anschluss halten oder erhalten müssen an das, was international läuft. Und alle diese Institute, auch die drei anderen neben dem Umweltinstitut hatten diese internationale Kommunikationsaufgabe. Die hießen alle "I" noch was. Institut für Management und Verwaltung, Institut für Arbeitsmarkt und -politik, Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, zwei Is immer, das war sozusagen die Botschaft. Und die hat sich aber dann verflüchtigt, weil wohl auch die Notwendigkeit nicht mehr in dem starken Maße vorhanden war. Wir sprechen ja jetzt doch über eine längere Phase. Das IIUG wurde '77 gegründet, ich übernahm es '81 bis '87 und das ist ja schon eine Phase von 10 Jahren, die zweimal das sind, was eigentlich mal beabsichtigt war. Sollten eigentlich nur 5 Jahre sein, dass man sich einem Thema konzentriert nähert. Und viele haben mich gefragt, ist das denn nicht bedauernd, dass das Umweltinstitut in diesem Sinne nicht mehr existiert, nun dazu gäbe es viel zu sagen, aber das Leben ist nun mal so und es war auch in der Philosophie nicht so auf Dauer angelegt. Das andere aber, was ich noch sagen wollte, die Kontakte, die sich daraus ergaben, die halten ja aber an über die Personen, über die man jetzt im Einzelnen sprechen möchte. Die, die früher mal da waren und nur einen Zeitvertrag hatten, sind ja irgendwo gelandet, keiner ist arbeitslos geworden, im Gegenteil. Alle haben viel zu tun gehabt. Und sind auf unterschiedlichen Stellen in Deutschland, aber auch sonst in Teilen der Welt gelandet. Ich selber musste oder werde – ein weiterer Aspekt – aber noch an etwas anderes erinnern. Da war ja dieses Japan. Und in Japan hatte sich Einiges umweltökonomisch, umweltpolitisch positiv entwickelt in den siebziger Jahren, was ich in meiner Anwesenheit damals nicht mehr hatte bearbeiten können. Daraus entstand das wahrscheinlich größte Forschungsprojekt, was es in der Welt überhaupt gegeben hat über die japanische Umweltpolitik. Wir haben vom IIUG aus die Entwicklungen in Japan für mehrere Jahre intensiv beobachtet. Da war Helmut Weidner sozusagen die Kernfigur in der Beobachtung dessen, was dann Japan lief. Es war im Grunde genommen eine Art der – persönlich betrachtet – Wiedergutmachung meiner eigenen Defizite, die ich nicht hatte abdecken können. Mein Stipendium war begrenzt, man muss dann wieder nach Hause und dann kam die Professur etc. pp, aber daraus entstanden sehr interessante Entwicklungen, die auch heute noch ihre Nebeneffekte haben. Wir haben die neue Leiterin des Forschungszentrums an der FU Berlin, die Miranda. Miranda Schreurs ist heute die Experte über japanische Umweltpolitik und die wäre nicht nach Berlin gekommen, wenn es das Japanprojekt am WZB und an der FU nicht gegeben hätte. Das sind dann sozusagen die langfristigen Nachwirkungen. Wir sind aber immer noch in den achtziger</p>

		Jahren.
01:13:51	01:18:39	<p>Duwe: Das ist richtig. Und... Simonis: Jetzt sind wir aber 2013. Sie haben mir noch gar keine aktuelle Frage gestellt. (Gelächter) Duwe: Das liegt natürlich auch daran, dass wir uns in der Tat um die Geschichte bemühen wollen und je weiter wir zurückgehen, das wird auf die ein oder andere Weise weniger... Simonis: ...da dürfen wir aber noch eine, noch eine Brücke bauen? Duwe: Ja wir dürfen noch eine Reihe von Brücken bauen. Ich habe noch, muss ich mal gucken, wo wir, genau, noch zwei Punkte. A, noch mal kurz nachgefragt, ich habe das eben zu lange verpackt, denke ich. Wie war die Beziehung zu den anderen Instituten? Ich meine, Sie waren im Kuratorium des Öko-Instituts persönlich. Insofern, es gab die Verbindung zur FU, gut die FU war auch Universitätsbetrieb. Hat sich irgendwas von den Animositäten, die ursprünglich mal die Gründung des WZBs begleitet haben, haben Sie irgendwas in Ihrer Arbeit in den Achtzigern am IIUG noch gespürt gegenüber den anderen Organisationen und freien Instituten? Simonis: Also darauf gibt es mehrere Antworten. Da ist einmal die Frage der Disziplinen, die wir jetzt im Blick haben müssten. Einige der Institute, die Sie selber vorhin erwähnt haben, sind sehr stark umwelttechnisch orientiert. IFEU beispielsweise. Das IIUG konnte mit IFEU in diesem Sinne weder in den Wettbewerb treten rein intellektuell, noch aus der inneren Logik her. Dann war die Frage, wer ist international, wer ist doch stärker national orientiert, sodass das eigentlich kein negativer Wettbewerb wurde, und wir waren ja auch nicht auf dem Markt, um maximale Einnahmen von Sponsoren oder von anderen Auftraggebern zu bekommen, die wir anderen abgenommen hätten. Wir hatten immer einen Vorteil, wenn es ein Projekt mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu beantragen gab, da waren wir relativ gut aufgestellt. Einerseits, weil wir Kompetenz hatten, das gut vorzubereiten und zum anderen, weil das WZB verdammt noch mal einen guten Ruf hat, wo sich ein kleines Umweltinstitut hart sozusagen eine solche Position erkämpfen müsste oder gar nicht erst ins System wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft hineinkommen würde. Also insofern war das kein, keine kritische Sache. Die andere Geschichte, die man erzählen sollte, wir haben gelernt, anfangs war diese Befürchtung, dieses WZB nimmt uns, den beiden damaligen Westberliner Universitäten die Mittel weg. So. Da kommt so ein Think Tank und wir müssen die bezahlen. Das haben alle unsere Präsidenten sehr, sehr ernst genommen, dieses Argument oder diese Befürchtung und haben das ganz schlaue gelöst. Die damaligen zwei, mittlerweile die drei Berlin Universitätspräsidenten sind alle bei uns im Kuratorium als Mitglied. In anderen Worten, die sind zumindest hervorragend informiert über das, was unser Institut macht und beabsichtigt. Und wenn diese Transparenz hergestellt ist, dann ist das Problem gelöst. Dann kann man sich vertrauen. Und es gab dann eine sehr konstruktive Begleitmusik, in dem Sinne, dass viele unserer Wissenschaftler, insbesondere die Post-Docs ja ein Interesse haben, später einmal an die Universität zu kommen. Also machen wir Lehrangebote an den drei mittlerweile Berliner Universitäten, wie auch umgekehrt. Wir haben eine Reihe, ziemlich viele sogar, darf Ihnen genau sagen können wie viele, aber sehr viele Doktoranden, die bei uns arbeiten, weil die Ausstattung günstiger ist, als an ihrer Heimatfakultät. Und auf diese Weise ist das heute ein sehr entspanntes, kooperatives Verhältnis. Und wir sind nicht mehr der Fremdkörper, der da irgendwann mal an die Wand gemalt wurde. Also, Stinkbomben hat es nicht mehr gegeben.</p>
01:18:39	01:20:43	<p>Duwe: Noch eine kurze Verständnisfrage. Das IIUG hat '87 mit Ihrem Wechsel in die Forschungsprofessur am WZB, hat es aufgehört zu existieren? Ist das die Schließung, ist das dieser zweite Fünf-Jahres-Zeitraum gewesen? Das ist nämlich etwas, was sich nicht recherchieren ließ. Simonis: Also es war, genau jetzt auf Monate können Sie mich jetzt nicht mehr festlegen. Ich denke, es war ab 88 hat bei uns der Umbau begonnen, der dazu führte, dass die vier – wir hatten vier Institute – auch mit unterschiedlichen Standorten hier in Berlin. Zwei waren in der Nähe der TU am Steinplatz. Ein anderes war am Tempelhof und wir waren in der Potsdamer Straße. Diese vier Einheiten, die wurden nicht aufgelöst, aber sie erlebten eine Transformation, würde man das heute nennen, die einherging mehr oder weniger mit dem Umzug an das Reichpietschufer. Als wir alle zusammen waren unter einem Dach, war das auch organisatorisch dann eine andere Situation. Wir haben nicht mehr diese Einheiten als Institute, wir haben jetzt eine sehr komplexe Struktur. Und die Einheiten selber sind sehr viel kleiner geworden und die Zahl der Aktivitäten oder der Projekte, die wir betreiben, ist unendlich groß. Ich habe da große Schwierigkeiten, dem noch zu folgen, weil das früher alles so schön einfach war, ja? Wir hatten das Management Institut, wir hatten den Globus Institut, wir hatten den Arbeitsmarkt und wir hatten die Umwelt. Das waren klare Verhältnisse, gut überschaubar, definierbar. Das ist heute sehr, sehr komplex miteinander verwoben und die Frage ist, wie man sozusagen eine innerbetriebliche Kooperation sichert und</p>

		was man dazu tun müsste.
01:20:43	01:25:41	<p>Duwe: Ist es also effektiv, das IIUG nicht als Name oder als Begriff verschwunden, aber effektiv in anderen Organisationsstrukturen innerhalb des WZB aufgegangen. Simonis: Ja, ja. Dann hat es natürlich in einer Situation, wo doch die meisten Mitarbeiter auf zeitbefristeten Verträgen sind, quasi eine Ablösung in dem Sinne gegeben, Vertrag zu ändern, Ausstieg aus dem Institut. Ja heute würden sie halt eben dann entsprechend nicht mehr so sehr viel Umweltwissen am WZB / heute muss man woanders suchen. Und meine Situation, mein Suchvermögen beruht immer oder bezieht sich immer auf das, was machen denn die Ehemaligen? Und so weit man das nachvollziehen kann, tut man das gerne. Also ich beobachte gerne Leute von fern, die das gar nicht wissen, dass ich sie weiterhin im Fokus habe. Aber das habe ich so. Und ich habe auch die Adressen noch von all diesen Leuten, die da waren, aber ich habe mit meiner Pensionierung dann eingesehen, jetzt sind andere am Zuge. Man kann nicht mehr die ganze Welt mit dem ertränken wollen, was uns so eingefallen ist. Es gibt viele andere Wege heute, dass man kommuniziert, aber es gab ja eine relativ schwierige Phase, die am Beispiel deutsch-deutscher Beziehungen sehr schön nachzuvollziehen wäre. Ich erinnere mich, dass wir am IIUG im Jahr so etwa 50 wissenschaftliche Papers, die mehr oder weniger abgeschlossene Projektergebnisse darstellten, produzierten. Wir hatten hausintern eine Druckerei, die von heute auf morgen in einer Mindestserie von 180 Exemplaren das auch produzieren konnte. Diese Papers waren unglaublich wichtig für die Umweltbewegung in der DDR, weil aus irgendeinem Grunde, ich kann das bis heute nicht nachvollziehen, diese Papers anders als Bücher nicht in den Blick der Stasi kamen. Die wanderten über die Grenze. Wüsste auch nicht, wie sie wanderten. Das hat mir noch keiner so richtig erklären können. Aber im Nachhinein, nach der Wende, konnte man feststellen, dass wo immer es eine Umweltbibliothek gab, sie die IIUG Papers fanden. Das waren kostenlos erhältliche Informationen, für die man keine Devisen sozusagen einsetzen musste und wo auch vielleicht der Verdacht nicht so groß war. Was soll in einem Papier von 20 oder 40 Seiten schon drinstehen im Vergleich zu einem Buch von 300 oder 400 Seiten. Also das war aber für die Kommunikation, das heißt die hausinterne, die betriebliche, die innerbetriebliche DDR-Kommunikation zum Thema Umwelt, glaube ich ziemlich wichtig. Und da wir schon bei wichtigen Sachen sind, vor nicht langer Zeit, vor einem Jahr, hat irgendeine Berliner Zeitung – ich weiß nicht, ob es der Tagesspiegel war – gefragt, wo ist denn die größte Umweltbibliothek in Berlin? Auf die Antwort bin ich richtig stolz. Sie ist – ich dachte sie sei beim Umweltbundesamt, aber das Umweltbundesamt ist ja im großen Teil nach Dessau abgewandert – nur deswegen konnte die Antwort sein am Wissenschaftszentrum Berlin ist eine Riesenbibliothek zu Umweltfragen entstanden, aber Sie werden nicht wissen, warum. Ich habe zumindest eine Teilantwort. Wir hatten damals die Reisemittel und die Anschaffungsmittel für Bücher auf getrennten Konten. Es konnte nicht gegeneinander ausgetauscht werden. Wir hatten einen Kollegen, einschließlich auch unseres Präsidenten, der reiste gern und reiste viel. Und zum Bücherschreiben oder Lesen war dann etwas weniger Zeit. Das führte über mehrere Jahre, in all den Jahren, wo ich sozusagen das Amt hatte, dazu, dass er so im September, Oktober zu mir kam und sagte "Herr Simonis, ich habe da noch Mittel bei den Büchern. Haben Sie vielleicht noch Mittel bei den Reisen?" Und so tauschten wir dann über die Institutsgrenzen hinaus diese Mittel aus und ich konnte noch mal so richtig schöne Buchbestellungen vor Weihnachten abgeben, die dann diesen netten Effekt hatten, dass wir jetzt da sehr, sehr gut ausgestattet sind mit Umweltliteratur.</p>
01:25:41	01:30:45	<p>Duwe: Sehr schön. Da werden wir vielleicht auch im Rahmen der Recherche für das Projekt da noch mal darauf zurückkommen. Gibt es so etwas wie eine Berliner Schule der Umweltpolitik oder der Umweltpolitologie? Simonis: Diese Frage haben Sie bestimmt, so vermute ich, wenn nicht, dann müssten Sie, dem Kollegen Jänicke bestellt, der ja nun ein ausgebildeter Politologe ist, was ich von mir nicht behaupten kann. Ich habe das ja sozusagen erst die Politologie lernen müssen, so <i>learning by doing</i>. Aber Sie erinnern mich an eine notwendige Blickerweiterung. Ich würde da immer auch Potsdam mit in die Betrachtung einbeziehen. Das hat aber etwas mit der Verlängerung der zeitlichen Perspektive zu tun. Wir müssten jetzt also über die Zeit ab 89 reden und da ist in Potsdam einiges auf den Weg gebracht worden, wo ich natürlich auch meine Finger drin hatte. Wir hatten ja die Situation oder die Frage, was muss denn aus dieser deutschen Wiedervereinigung geschehen, was die Etablierung von wissenschaftlicher Kompetenz in der ehemaligen DDR betrifft? Was kann man schleifen, was muss man vielleicht sogar schleifen, was muss man auf jeden Fall erhalten? Ein großes Thema, wo es auch viele, viele negative Entscheidungen gegeben hat, auf die ich nicht eingehen möchte, aber vielleicht einer der wirklich positiven Entwicklungen. Da war Kompetenz bei den Klimatologen, da war Kompetenz in der Bodenwissenschaft in der ehemaligen</p>

		<p>DDR, die denen in Bonn für erhaltenswert erschien. Aber die große Frage war ja, wie macht man das? Und einer der historisch einmaligen und einfach der Glücksfälle, wenn man das so sagen darf, war unter anderem das, was ich überschaue, muss mich jetzt gleich ein bisschen einschränken, war die Gründung eines Instituts für Klimafolgenforschung in Potsdam. Dort wurde ich neben einem Naturwissenschaftler, hochverehrten Kollegen Hasselmann, in den dazu gegründeten Beirat berufen und ich war 10 Jahre der Vorsitzende. Dort in dem Beirat war es gelungen, die Naturwissenschaften, insbesondere die Klimatologen, und die Sozialwissenschaften, unter anderem Ökonomen und Politikwissenschaftler, auch einem Soziologen, in diesem Beirat zu haben. Aber das musste ja nicht unbedingt bedeuten, dass dieses Institut, was entstehen sollte, entsprechend gut kalibriert ist. Und wenn Sie bei denen mal in die Akten gucken würden, dürften, könnten, dann würden Sie feststellen, auf was es dabei jeweils ankam. Jedes Jahr wurde diese Frage gestellt, wie ist das mit der Balance zwischen Natur- und Sozialwissenschaften. Wenn wir über Klima reden, dann hat Klimaveränderung solch gravierende Auswirkungen, dass wir es ohne die Sozialwissenschaften nicht sinnvoll behandeln können. Das fiel bei dem Direktor auf große Sympathie und auf großes Verständnis, aber die entsprechenden Strukturen zu schaffen, das ist dann ein etwas mühseliger Weg und erfordert immer wieder die Zurückrufung dieses Auftrages. Und ich denke, dass das in sehr netter Weise gelungen ist, aber wie immer im Leben, irgendwann geht so was mal zu Ende. Nach 10 Jahren konnte ich nicht noch mal wieder berufen werden, einfach von der Satzung her, nicht vorgesehen. Die Kollegen haben mich und den Kollegen Hasselmann sehr freundlich verabschiedet, aber an dem Abend, als wir verabschiedet wurde, da haben wir schon beschlossen, jetzt gründen wir einen Freundeskreis. Und naja, da bin ich dann wieder der Vorsitzende geworden.</p>
01:30:45	01:31:19	<p>Duwe: Schön. Erstmal schon mal vielen, vielen herzlichen Dank für das Input, für die Erfahrung, für die Anekdoten, für die spezifischen Namen, für die Reflektion über diese Entwicklungen. Das war für uns schon jetzt sehr hilfreich. Simonis: Ja. Vielen Dank, dass Sie mich an viele schöne Sachen erinnert haben und wir vielleicht jetzt beide was gelernt haben. Duwe: Ich in jedem Fall. Simonis: Danke.</p>

Interview mit Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Direktor IEUP (1984-1991), Präsident Wuppertal Institut (1991-2000)

Interviewt durch: Matthias Duwe; Head, Climate; Ecologic Institut

Datum: 20. März 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: von Weizsäcker, Ernst Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 20. März 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:00	00:01:42	<p>Duwe: Dann wollen wir beginnen, das heutige Interview ist Teil eines Projektes mit dem Namen "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", durchgeführt durch das Ecologic Institut, mit dem wir die Geschichte der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland eruieren wollen. Zur den Fragen, die man dazu stellen kann, wie zum Beispiel, viele der jetzigen in Deutschland tätigen Institute, die in gewisser Hinsicht eine Sonderexistenz, eine Sonderrolle, darstellen, wenn man sie mit der Entwicklung anderer Länder vergleicht, dazu gibt es wenig an geschriebener Geschichte. Und es gibt wenig an Material dazu, das beschreibt, welche Signifikanz diese Entwicklung gehabt hat, welchen Einfluss auf die Entwicklung der Umweltpolitik in Deutschland und auch auf die Umweltbewegung. Und diesen Fragen wollen wir mit Hilfe des Projektes nachgehen und dazu beitragen, dass neue Geschichte geschrieben werden kann. Und wir wollen dies tun, in dem wir insgesamt über 20 Zeitzeugen befragen. und das Material aufnehmen</p>

		und auch der Öffentlichkeit zugänglich machen. Und ich freue mich ganz besonders, dass wir diese Reihe von Interviews heute beginnen können mit Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker. Herzlich willkommen. Weizsäcker: Danke, freut mich.
00:01:42	00:06:25	<p>Duwe: Ich würde gerne ganz zu Anfang noch eine kurze Frage einschieben, die nicht den Blick nach hinten richtet, sondern eher auf die Gegenwart gerichtet ist. Ich habe gesehen, dass sie seit einigen Jahren im <i>International Panel on Sustainable Resources Management</i> bei der UNEP tätig sind. Können Sie mir kurz beschreiben, was sie da tun und was sie an dieser Arbeit besonders interessiert? Weizsäcker: Das ist eine ehrenamtliche Tätigkeit für die Vereinten Nationen. Wir sind Ko-Präsidenten, Dr. Ashok Khosla aus Indien und ich. Ich bin berufen worden, als ich noch in Santa Barbara, Kalifornien war. Ich bin sozusagen als Amerikaner eingesetzt worden. Wir untersuchen Ressourcenströme, z.B. Metalle, auch Wasser, Land, und die Politikverflechtungen dazu. Knappheiten, Recyclingraten und bekommen die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Kommission und einige Mitgliedsländer, darunter Deutschland. Duwe: Die Begrenztheit, begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen ist auch etwas, das als Thema im Ausdruck <i>Limits to Growth</i> ein Titel ist, der auch in die Geschichte der sogar internationalen Umweltpolitik gehört und insofern nehme ich mal den Punkt und setze in zeitlich an gut 40 Jahre zurück. Sie haben in ihrer Karriere so viele interessante Stationen durchlaufen, die uns hoffentlich helfen werden, das Problem von verschiedenen Perspektiven zu beleuchten, von der universitären Wissenschaft, zu den unabhängigen Instituten, auch im Parlament, im Deutschen Bundestag sind sie tätig gewesen. Wie haben sie vor allem auch die Entwicklung, die Entstehung der Umweltpolitik in Deutschland erlebt. Wie hat sie sich manifestiert, wo ist sie begonnen für ihr Verständnis? Weizsäcker: Die Umweltpolitik war in gewissem Sinne auch der Auslöser für die Demokratisierung auf Basisebene. Bis in die 60er Jahre hinein hatten wir ein doch im Wesentlichen hierarchisches Demokratiesystem. Das Parlament wird gewählt, das ist sehr schön, die Regierung wird vom Parlament gewählt und macht dann die Durchsetzung der vom Parlament beschlossenen Gesetze. Die Basis hatte damals keine Rolle. Und als dann massive Vergiftungen waren, die Willy Brandt unter anderem im Ruhrgebiet erlebt hat, was ihn dann zu dem Ausruf, "Blauer Himmel über der Ruhr!" veranlasst hat, das war alles in der Demokratie gar nicht recht vorgesehen. Dann gab es eben lokale Bewegungen, auch Proteste gegen neue Kraftwerke oder Dreckschleudern oder was auch immer. Dann gab es das Sankt-Florians-Prinzip, auf English NIMBY – <i>Not In My Backyard</i>, dass man sagte: Also unsere Gegend soll einigermaßen sauber sein, aber macht's irgendwo anders. Daraus resultierte dann später die Hochschornsteinpolitik, das man sagte, gut wir müssen einfach höhere Schornsteine machen, dann bleibt die lokale Ebene etwas sauberer, und der Schmutz verteilt sich dann in andere Länder. Es war alles 60er und Anfang 70er Jahre und ich erinnere mich noch, ich glaube es war Ende der 60er Jahre, gab es einen evangelischen Kirchentag in Stuttgart, wo der ehrgeizige SPD-Jungpolitiker Peter Conradi eine flammende Rede hielt, darüber wie man die Basisgruppen, man nannte sie anders, die sich gegen Umwelt empören, als Teil der Demokratie auffassen müsse. Und das war im Grunde ein Signal dafür, dass plötzlich die Bevölkerung sich an der Politik beteiligte und zwar direkt und nicht nur auf dem Umweg über die parlamentarischen Wahlen. Insofern hat die Umweltpolitik eine wesentliche Rolle gespielt, oder die Umweltkrise, bei der Entstehung einer neuen Auffassung von Demokratie.</p>

00:06:26	00:08:27	<p>Duwe: Wo würden Sie denn in diesem Anfangszeitraum in den 60ern, 70ern die Anfänge dessen verorten, was wir jetzt im Rahmen des Projektes wissenschaftsbasierte Politikberatung nennen?</p> <p>Weizsäcker: Es gab natürlich sofort unendliche Konflikte. Wenn diese Basisgruppen aufmüpfig waren und wohlmöglich erfolgreich waren, dann kam die Industrie und hat gesagt, davon ist ja nichts bewiesen, das sind ja alles freche Behauptungen. Und dann gab es Anwälte für diese Initiativen, auch Rechtsanwälte, zum Beispiel Siegfried Witt hieß der glaube ich, jetzt den Namen vergessen, der am Öko-Institut in der Gründungsphase dabei war. Der ist als Rechtsanwalt aufgetreten um die, von der Industrie dann attackierten oder auch vom Staat nicht gerne gemochten Bürgerinitiativen zu begleiten. Dann wurde schon in der Frühzeit wegen der damals noch etwas unsicheren wissenschaftlichen Basis, von Seiten des Bundesinnenministeriums das Umweltbundesministerium eingerichtet, unter Heinrich von Lersner. Der hat sehr stark dafür gesorgt, dass manche von diesen aufmüpfigen Jungen in sein Amt kamen und im staatlichen Dienst Umweltpolitikanalyse gemacht haben. Also zunächst mal auch einfach chemische und physikalische Umweltanalyse, aber dann eben auch Politikanalyse. Und dann hat er gemerkt, manches davon darf gar nicht der Staat machen, das sollen die Betroffenen machen. Und dann kam das Öko-Institut auf den Plan, was gesagt hat, ja also wir sind die Vertreter derer, die eigentlich sonst keine Stimme haben. Und die brauchen auch wissenschaftlich sorgfältige Analysen.</p>
00:08:28	00:09:37	<p>Duwe: Dann würde ich gerne da direkt einhaken, weil Sie das, die Gründung des UBAs und die Gründung der Institute zusammengestellt haben, als etwas, das sich für mich anhörte als gäbe es/ Zum einen hätte es das UBA ein Auffangbecken zuerst dargestellt und dann aber als staatliche Institution sogar die unabhängige Wissenschaft gefördert. Ist das, habe ich das richtig verstanden?</p> <p>Weizsäcker: So habe ich Herrn von Lersner verstanden oder im Bundesinnenministerium Herrn Menke-Glückert. Die hatten die Weisheit zu sagen, wir brauchen außerhalb des Staatlichen, Kräfte, die den Staat in eine bestimmte Richtung drängen. Also unsere Arbeit wird desto besser, je stärker diese Kräfte sind. Das war eine völlig kontraintuitive Idee damals. Und die hatten die Größe, als Staatsvertreter genau dieses nicht nur zuzulassen, sondern auch noch wohlwollend zu unterstützen.</p>

00:09:37	00:13:39	<p>Duwe: In denselben Zeitraum fällt, wenn ich richtig informiert bin, auch die Gründung des Instituts für Europäische Umweltpolitik. An dem sind Sie in den 80ern als Direktor tätig gewesen, was können Sie mir, aus dem was Sie damals erfahren haben, auch über die Gründungsgeschichte, auch dieses Instituts erzählen? Weizsäcker: Es gab die europäische Kulturstiftung in Amsterdam. Die aus dem holländischen Lotto finanziert wurde. Und die hatte die Idee, dass man die europäische Bewegung eben auch kulturell unterstützen muss und thematisch solche Dinge, wie Bildungspolitik und Umweltpolitik zur kulturellen Entwicklung gehören. In Deutschland gab es dann die Deutsche Gesellschaft der, die hieß, für kulturelle Zusammenarbeit in Europa. Also sozusagen der deutsche Ast, der Amsterdamer europäischen Umweltstiftung, ähm, der europäischen Kulturstiftung. Und das wurde geleitet von Dr. Konrad von Moltke. Und dem hat man dann nachdem er sich offensichtlich in Sachen Umwelt ziemlich gut auskannte, angeboten von Amsterdam her, eine Institut für europäische Umweltpolitik zu gründen. Einer seiner wichtigsten Partner war der damals sehr berühmte französische Politiker Edgar Faure, der mit der europäischen Kulturstiftung enge Verbindungen pflegte und als, ich glaube, Beiratsvorsitzender des neu zu gründenden Instituts fungierte. Der hat dann auch zusammen mit Konrad von Moltke die Idee entwickelt, die damals völlig neuartig war, dass man ein Institut an zwei verschiedenen Standorten haben kann, nämlich einmal in Bonn, dem Sitz der damaligen Regierung und dann eben natürlich auch der Politikberatung, und ein Nebenbüro in Paris. Direkt neben dem <i>Matignon</i>, neben dem Ministerpräsidentensitz. Das hat Edgar Faure einfädeln können. Und Konrad von Moltke der glänzend englisch, französisch, niederländisch und natürlich deutsch konnte, hat dieses in großartiger Manier aufgebaut, dann hat er alsbald noch ein Büro in London gemacht. Das waren glaube ich insgesamt sieben Mitarbeiter auf drei Standorte, Bonn, Paris, London verteilt. Eine völlig ungewöhnliche Konzeption, die dann übrigens auch Herrn von Lersner sehr beeindruckt hat, weil er natürlich gemerkt hat, das ist sehr interessant zu erfahren was ist eigentlich in London los, was ist eigentlich in Paris los. Das wussten die ja kaum, außer über ihrer diplomatischen Vertretungen, und die hatten keine Ahnung von Umwelt. Das heißt also, da hat Konrad von Moltke eine Lücke entdeckt. Dann hat er noch einen weiteren Partner, das war Dr. Wolfgang Burhenne, von der Interparlamentarischen Union, der hat ebenfalls in Bonn ansässig, das einer der Schwerpunkte des frühen Instituts für Europäische Umweltpolitik die Politikberatung für Parlamentarier wurde. Und dann hat man alsbald den Vorsitzenden des Umweltausschusses im Europäischen Parlament mit in das Institut hereingeholt als Berater. Hat Analysen gemacht, die das Europäische Parlament aber auch die nationalen Parlamente interessierten. Dann gab es...</p>
00:13:39	00:16:07	<p>Duwe: Wer war dieser Vorsitzende damals, wenn ich nachfragen darf? Weizsäcker: Das weiß ich nicht, ich glaube er hieß Stanley Johnson, aber ich kann mich täuschen. Duwe: Gut. Weizsäcker: Später war es dann Beate Weber, eine Deutsche, die war dann auch später im Beirat des Instituts und wurde später Oberbürgermeisterin von Heidelberg. Gut. Und dann gab es natürlich die Europäische Kommission. Und innerhalb der Europäischen Kommission gab es einen Dr. Krämer, Ludwig Krämer, unter einem deutlich weniger kompetenten Belgier namens Claude Plainevaux (?). Die haben die Aufgabe gehabt, die damals im Entstehen begriffenen europäischen Richtlinien auf ihre Umsetzungsqualität in den verschiedenen Nationalstaaten der Europäischen Union zu untersuchen. Dafür hat dann das Institut für Europäische Umweltpolitik mit tatkräftiger Hilfe von Konrad von Moltke und dann auch dem Leiter des Londoner Büros Nigel Haigh eine Reihe von Studien gemacht, die für die Nationalstaaten sehr peinlich war. Also da entscheidet also die Europäische Kommission über eine Gewässerrichtlinie und dann kommen die Briten und sagen, also bei uns sind die Flüsse kurz und warum sollen wir uns da um diese Gewässer, um dem Emissionsschutz bei den Gewässern kümmern. Und die Deutschen waren da nicht viel besser. Die Engländer waren in manchen Sichten sogar viel besser als die Deutschen. Und dann die Belgier waren schwierig, die Italiener waren eine Katastrophe und so, dieses alles so aufzuarbeiten, dass dann Ludwig Krämer und Claude Plainevaux ein Rechtsverfahren gegen die Nationalstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anstrengen konnten, das war eine völlige neue Dimension der Umweltpolitikberatung. Duwe: Und die DG selber, hätte auch die Kapazitäten um ähnliche Untersuchungen zu machen selber gar nicht gehabt. Weizsäcker: Die hätten das kaum gehabt. Die waren natürlich mit der Entwicklung neuer Richtlinien beschäftigt, dann mussten sie die Umweltministerräte versorgen, und ich weiß nicht was alles. Die waren heilfroh, dass es dann jemand gab, der das gemacht hat.</p>
00:16:07	00:19:10	<p>Duwe: Sie sind ja zu diesem Zeitpunkt glaub ich in den USA tätig gewesen, bei den Vereinten Nationen. Wie sind sie denn selber dann an das Institut gekommen? Weizsäcker: Also zunächst</p>

		<p>mal, das Thema Umwelt hatte mich schon vorher interessiert. Ich hatte in den frühen 1970er Jahren einen Lehrstuhl für interdisziplinäre Biologie an der Universität Essen gehabt, und habe dort unter anderem einen Graduierten- oder einen Aufbaustudiengang Umwelt eingerichtet, zusammen mit ein paar anderen Leuten, war also mit dem Thema vertraut. Dann war ich Universitätspräsident in Kassel, da haben wir auch viele ökologische Sachen gemacht, die vorher nicht da waren. Also insofern war ich längst infiziert. Dann bei den Vereinten Nationen war das Thema Umwelt erstmal wieder ein bisschen eingeschlafen, weil ich da ganz andere Aufgaben hatte. Als aber Konrad von Moltke mich eines Tages anrief, und sagte, er werde in die USA immigrieren mit seiner Familie und ob ich nicht sein Nachfolger werden möchte, habe ich ein Weilchen gezögert, hab ich gesagt, "Na gut, ich bewerb mich mal." Und dann haben Wolfgang Burhenne, dann Remaud Jorice (?), das war ein Belgier von der europäischen Kulturstiftung, und ich glaube Lord Cranbrook, aus London, der im Umweltausschuss des Oberhauses war und der das Institut für Europäische Umweltpolitik in London mit betreut hat. Das war das Auswahlkomitee und die haben mich dann ausgewählt. Ich glaube ich war ein schlechter Kandidat, aber das ist ganz egal. Es war eine wahnsinnig interessante Zeit. Dann haben wir das erste europäische Filmfestival organisiert, im Ruhrgebiet, in Dortmund. Was die Franzosen außerordentlich erstaunt hat, aber es hat gut geklappt. Dann haben wir eben die großartige Tradition von Konrad von Moltke fortgesetzt, insbesondere in Bonn, durch eine Französin, eine französische Juristin, Pascale Cromareque (?), die hat vielen deutschen Umweltbehörden Kopfzerbrechen gemacht, weil sie so genau war. Die hat einfach immer sehr gute Analysen gemacht. Nach Brüssel gemeldet und blamiert waren dann die Deutschen, die mit der Umsetzung nicht so gut waren. Ja. Das war also mein Einstieg. Ich musste das Institut erstmal neu aufstellen, es war auch finanziell ein bisschen wackelig, denn die europäische Kulturstiftung hatte nur begrenzt Geld. Es hat längst nicht gereicht. Da musste man Projektgelder einsammeln und das Institut war in Deutschland nicht sonderlich populär und auch nicht sehr bekannt.</p>
00:19:10	00:22:24	<p>Duwe: Diese Gelder, woher kamen die denn, unter anderem dann von der Kommission bereits oder? Weizsäcker: Ja, die Europäische Kommission hat sich im Bezug auf diese Umsetzungsprojekte sehr großzügig gezeigt. Dann gab es auch mehr und mehr vom Umweltbundesamt Aufträge. Insbesondere darüber, was in den nicht-deutschen europäischen Ländern passiert, was das Umweltbundesamt sonst nicht auf einer objektiven Ebene erfuhr, sondern immer nur die gefärbte Ebene derer, die damit angeben wollten. Und dann gab es auch gelegentlich Industrieaufträge. Auch für die Industrie war es natürlich sehr interessant zu hören, wie läuft denn die Umsetzung einer europäischen Richtlinie in Italien oder in den Niederlanden oder irgendwie so etwas. Das wussten die auch nicht so genau. Und dann war für mich ein interessantes Schlüsselerlebnis, einmal haben wir organisiert auf Anfrage der <i>American Bar Association</i>, sozusagen dem Juristenclub höchster Ebene und deren Umweltjuristen, ob wir nicht mal eine gemeinsame Konferenz in Brüssel machen könnten über europäisches Umweltrecht. Und ich dachte, oh das ist ja mal eine wunderschöne, eine idealistische Veranstaltung, da gehe ich natürlich sehr gerne hin, die zahlen auch gut und im Übrigen kommen dann ja auch ziemlich hohe Mitglieder, also Teilnehmerbeiträge erheben, also, es war lukrativ für das Institut. Und dann ging ich dahin und habe dann gemerkt, was da für Leute waren. Das waren Umweltjuristen aus amerikanischen Firmen. Und die sagten mir etwas, was für mich ganz überraschend war, zwei verschiedene Dinge. Das eine war, ihre Absicht sei selbstverständlich, die Dünnstellen des Umweltrechts irgendwo auf der Welt zu erkunden, damit ihre Firma den Schmutz an den betreffenden Stellen machen kann. Das war die eine Sache. Die andere Sache war die Aussage, dass das deutsche Umweltrecht ihnen besonders gut gefalle, weil es streng, aber verlässlich sei. Während in Amerika, hatte man auch strenge Gesetze, aber im Wesentlichen hat man ständige Rechtsprobleme, also Rechtsverfahren, also irgendwelche Klagen vor Gericht, und das hat sich immer in die Länge gezogen. Dann in Deutschland wenn die Genehmigung mal da war, war die Firma auf sicherer Ebene. Und das war für mich dann interessant, wenn ich im politischen Raum in Deutschland gehört habe, Nein, Deutschland hat ein so entsetzlich scharfe Umweltgesetzgebung, da können wir doch nie investieren. Da hab ich aber gesagt, also da horcht mal hin, was die Amerikaner über das deutsche Recht sagen. Es sei großartig, dass es wirklich verlässlich sei. Interessante Erfahrung, das hatte mit Europa nicht so furchtbar viel zu tun, aber mit einer guten Legitimation für ein scharfes, aber verlässliches Umweltrecht.</p>
00:22:24	00:24:44	<p>Duwe: Dann würde ich an dieser, diese transatlantische Perspektive gerne noch einhaken, weil Sie eben auch selber in den USA gearbeitet sind, haben Sie auch einen Blick dafür oder eine</p>

		<p>Perspektive darauf inwiefern diese Art von wissenschaftlicher Analyse, die für die Anwendung in konkrete Politik gedacht war, wie sich das unterschied zwischen dem was zu dem Zeitpunkt in Deutschland oder in Europa passierte und den USA? Weizsäcker: In den USA war seit Rachel Carson, frühe 60er Jahre, und dann der Kennedy-Johnson-Regierung, eine ökologische Aufbruchstimmung, die USA war uns voraus. Mit der Gründung <i>der Environmental Protection Agency</i>, das war vor dem Umweltbundesamt, mit den verschiedenen Gesetzen, <i>Clean Air Act</i>, <i>Clean Water Act</i> und so. Deutschland hat damals hauptsächlich von Amerika gelernt. Während der Energiekrise nach 1973 gab es Stagnation, sowohl in der Wirtschaft, wie in der Umweltpolitik. Da gibt es ein wunderbares Buch über das Gymnicher Gespräch. Das war glaube ich 1975 oder sowas. Da hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die ganzen Größen der Umweltpolitik zu sich eingeladen, im Wesentlichen um ihnen mitzuteilen, ab jetzt machen wir keine neuen Umweltgesetze mehr. Die Wirtschaft hält das nicht aus. Das war Energiekrise. Und ähnlich lief es in Amerika. Das ist dann erst wirklich zum Tragen gekommen mit Ronald Reagan, Anfang der 80er Jahre, der hat einfach gesagt, Schluss mit der Umweltpolitik. Das sind alles Kommunisten. Und also seit her ist dann Deutschland voraus gewesen in Sachen Umweltpolitik. Es gab auch in Amerika noch einige gute Sachen, aber Amerika ist abgesunken in der Führerrolle seit Ronald Reagan, in all den Dingen, die mich damals interessiert haben.</p>
00:24:44	00:26:11	<p>Duwe: Und eine ähnliche Stagnation haben Sie in Deutschland damals durch den Regierungswechsel 1982 nicht festgestellt? Weizsäcker: Am Anfang ja, dann kam aber das Waldsterben und das hat dann auf einmal die deutsche Öffentlichkeit furchtbar aufgeregt. Die Gründung der Grünen, das war im Zusammenhang mit Waldsterben und dann die Einsicht von Bundeskanzler Kohl, dass eine echte Gefahr besteht, dass die neue grüne Bewegung, zusammen mit den oppositionellen Sozialdemokraten plötzlich eine Mehrheit hat. Und die Grünen waren dann auch noch anti-NATO, sagten raus aus der NATO und dann dachte er, er ist es Deutschland schuldig, jetzt erstmal so grün zu werden, dass die Grünen überflüssig werden. Und hat dann innerhalb von Europa mit seinem damaligen Innenminister, Friedrich Zimmermann, den Kampfführer für ehrgeizigen Umweltpolitik in Europa geführt, gespielt. Und das hat die anderen maßlos überrascht. Nigel Haigh hat mir dann damals erzählt, was ist denn da in Deutschland los? Eine konservative Regierung an der Speerspitze der Umweltpolitik, was macht ihr denn da eigentlich? Und die Begründung war, das haben wir dann eben rausgefunden, die Angst vor einem Regierungsverlust wegen dieser grünen Bewegung.</p>
00:26:11	00:28:04	<p>Duwe: Also ein Akt der Macht, des Machterhalts. Ich würde dann gerne noch mal zurückkommen zum IEUP. Sie haben selber gesagt, dass es in Deutschland wenig, nicht nur wenig bekannt vielleicht, sondern wenig populär gewesen ist. Popularität, nehme ich an, entspricht der Wahrnehmung auf Regierungsseite, aufgrund der, der Arbeit und der unangenehmen Wahrheiten. Aber wie war das Verhältnis, so wie Sie sich daran erinnern, mit den anderen Instituten, die zu einem ähnlichen Zeitpunkt gegründet waren, aber sich thematisch vielleicht weniger international oder weniger europäisch ausgerichtet waren? Weizsäcker: Verhältnis war gut, aber relativ lose. Das Institut hatte auch den Fehler gemacht, das muss man ein bisschen dem guten Konrad von Moltke einlassen, äh anlasten, keinen deutschen Briefkopf zu haben. Es hieß <i>Institut pour une politique européenne de l'environnement</i>, Sitz Bonn. Das geht nicht in Deutschland. Und dann Untertitel: <i>Institute for European Environmental Policy</i>. Und mit diesem Briefkopf hat er natürlich alle Deutschen vor den Kopf gestoßen. Aber er dachte, ja das sind wir dem Edgar Fouré schuldig oder ich weiß nicht was. Also da war eine Kommunikationsbarriere. Und auch seine Emigration aus Deutschland ist ein bisschen ein Symbol dafür, dass er sich nie als Deutscher gefühlt hat. Nun gut, seine, sein Vater ist von den Nazis umgebracht worden, weil er im Widerstand gegen Hitler war.</p>
00:28:04	00:28:32	<p>Duwe: Hat sich das dann geändert in den 80ern? Weizsäcker: Ja, also, als ich kam, das erste war ein deutscher Briefkopf. Und ich hatte nicht diese grauenhafte Vergangenheit, dass die Nazis den Vater umgebracht haben und hatte ein sehr positives, lockeres Verhältnis mit Herrn von Lersner und so, also das ging dann wunderbar. Aber ich wollte nur sagen, die Beziehungen waren als ich kam kaum vorhanden.</p>

00:28:32	00:29:30	<p>Duwe: Nun ist das IEUP ja eins der Institute, die wir betrachten, die eine wichtige Rolle gespielt haben, die nicht mehr existieren. Wo würden Sie das heute sehen? Wo würde das IEUP heute stehen. Weizsäcker: Ja, ich würde sagen, Ecologic ist der legitime Nachfolger. Übrigens, auch in einem formellen Sinn, wir haben ja dann nachdem wir das Institut aufgelöst haben in drei Teilinstitute, und später vier, das Bonner Institut fortgeführt. Als das Pleite ging, war Ecologic auf dem Plan. Mit Andreas Kraemer, früherem Mitarbeiter des IEUP und die haben dann mit den anderen früheren Instituten für europäische Umweltpolitik eine Gemeinsamkeit aufgebaut. Und insofern ist, müssen Sie diese Frage an Andreas Kraemer stellen.</p>
00:29:30	00:34:50	<p>Duwe: Gut. Dann würde ich gerne noch übergehen zu dem anderen wesentlich bekannteren und in der Tat heute noch sehr aktiven und sehr präsenten Institut stellen, dem Sie dann als erster Präsident vorgestanden haben, nämlich dem Wuppertal-Institut. Können Sie uns auch über die, etwas über die Gründungsgeschichte des Wuppertal Instituts erzählen? Weizsäcker: Ministerpräsident Johannes Rau von Nordrhein-Westfalen hatte die, er war früher mal Wissenschaftsminister gewesen, hatte die richtige Einsicht, dass bestimmte Dinge an den Universitäten strukturell nicht gemacht werden können. Und auch in der Max-Planck-Gesellschaft nicht, nämlich interdisziplinäre, praxisnahe Probleme. Und dann hatte er die Idee, zusammen mit seinem Abteilungsleiter Hartmut Krebs, dass man das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, mit einem kulturwissenschaftlichen Institut, was aber nicht sozusagen Goethe und Mozart untersucht, sondern die Verflechtungen zwischen Kultur und Bergmannstradition und Strukturwandel und so weiter und ein Institut für Arbeit und Technik, wie das zusammenhängt, und ein Institut für Klima, Umwelt und Energie. Und das erste wurde in Essen gegründet, das zweite in Gelsenkirchen und das dritte in Wuppertal. Und mich hat Hartmut Krebs gebeten, in eine Vorbereitungsgruppe zu kommen, die das Konzept für ein solches Institut aufbaut, und das hab ich gemacht, ungefähr zu der Zeit, als ich ein Buch geschrieben hatte, das hieß Erdpolitik und das hatte in der Substanz fünf Kapitel, die in der damaligen Umweltpolitik so ein bisschen quer gebürstet waren. Ein Kapitel über Energie, ein Kapitel über Verkehr, ein Kapitel über Landwirtschaft, dann ein Kapitel über Dritte Welt und dann noch Biodiversität. Bis dahin war die Umweltpolitik Luft, Wasser, Boden und dann vielleicht noch Naturschutz. Und Energie, das ist Luft, das ist Wasser, das ist Boden, das ist alles. Und das gleiche für Verkehr. Das heißt einfach quer zu der alten Aufteilungsrichtung. Dieses hat Hartmut Krebs sehr eingeleuchtet und dann hat er zusammen mit Frederic Vester, der war der Leiter dieser Arbeitsgruppe, die Idee entwickelt, jetzt sollte unsere Vorbereitungsgruppe auch noch Leute benennen, die die betreffenden Themen vertreten können. Und dann nannte ich unter anderem einen Mann namens Schmidt-Bleek. Der war ein wilder Typ, saß in Lachsenburg bei Wien am Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse, und der sagte, "Hört doch mal auf, auf die Milligramme und Nanogramme zu schießen, kümmert euch doch mal endlich um die Megatonnen. Die sind doch genauso wichtig!" Und Milligramme, das waren die Schadstoffe und Dioxine und so weiter, und Megatonnen, das ist dann Kies und Sand unter anderem, aber auch Kupfer, Erze und ich weiß was alles. Und dann hab ich gesagt, das ist doch großartig. Sowas, sowas brauchen wir. Das kommt doch überhaupt nicht vor in der heutigen Umweltpolitik und analog bei der Energiepolitik. Die ganzen Energieexperten, waren alle Energieangebotsexperten. Niemand kümmerte sich um die Frage der Energienachfrage und deren Verminderung. Und da haben wir dann Peter Hennicke gefunden. Und dann das Thema Klima, das war vollkommen neu. Da gab es auch eine kleine Arbeitsgruppe an der ich beteiligt war. Aber das Thema Politikanalyse für Klima war weitestgehend neu. Die Klimakonvention war ja noch gar nicht vorhanden. Gut. Da haben wir in diese Richtung das Institut konzipiert. Und dann fragte mich eines Tages Hauptmann Krebs, sagen Sie, wollen Sie nicht das Institut leiten? Da hab ich gesagt, nein, nein, lassen Sie den Herrn Schmidt-Bleek das machen oder nachdem der aus irgendwelchen Gründen nicht in Frage kam, Prof. Klaus Meyer-Abich. Der war damals am, also erstens war er in der Bundestagsenquetekommission für die Energiepfade und zweitens war er glaub ich bereits an dem kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, kannte also das Wissenschaftsinstitut von innen. Dann wurde mir signalisiert, Meyer-Abich ist nicht akzeptabel und dann wurde ich gebeten.</p>
00:34:50	00:35:06	Unterbrechung durch ein Telefongspräch
00:35:06	00:38:16	<p>Weizsäcker: Ja, dann hab ich ja gesagt. Ich hatte an sich das Angebot Minister in Hessen zu werden, ich war im Wahlkampfteam von Hans Eichel und wir haben die Wahlen gewonnen und an sich wollte er mir das Umweltministerium anbieten, aber dann musste er, dann habe ich ihm gesagt, ne, du musst den Joschka Fischer nehmen. Denn wenn die Grünen das Umweltministerium</p>

		nicht kriegen, dann sind sie schwer beleidigt und das geht schief. Na gut. Und dann hab ich stattdessen das Wuppertal Institut akzeptiert. Das war großartig. Stellen Sie sich das mal vor: 40 Planstellen kriegt man gestellt vom Staat. Das ist unvorstellbar. Ja, dann haben wir mit der entsprechenden Chuzpe und Frechheit das aufgebaut. Mit Bleek als Vizepräsident für Stoffströme und Strukturwandel, ein Thema was es damals gar nicht gab in der Politik. Und dann eben Peter Henricke als Leiter der Energieabteilung, die haben in exzellenter Weise das Thema Energieeffizienz aufgebaut, politikanalytisch. Das war völlig neu damals. Dann haben wir eine Arbeitsgruppe Klima gehabt, das hat Frau Dr. Jill Jäger gemacht, die inzwischen in Österreich lebt, die hat diese ganzen Entwicklungen der Klimapolitik seit den Entdeckungen der mittleren 80er Jahren über die Korrelation zwischen CO ₂ und Temperatur aufgebaut. Und dann haben wir eine Verkehrsabteilung gemacht und Rudolf Petersen, und dann haben wir eine quer dazu gelagerte Arbeitsgruppe gemacht, die hieß Neue Wohlstandsmodelle. Und das immerhin im Jahre 1991. Also lange vor der jetzigen Enquetekommission, 20 Jahre früher. Und die Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle hat dann immer wieder auf die Finger geklopft und gesagt, das reicht doch längst nicht! Wir brauchen auch philosophisch und politisch und so weiter mehr. Ich habe mich dann mehr und mehr auch interessiert für die Frage der ökologischen Steuerreform, damit es immer lukrativer wird, Energie und Rohstoffe einzusparen und stattdessen Menschen wieder zu beschäftigen. Und das war auch einer der Gründe für mich dann schließlich in die Politik zu gehen, nämlich, der damalige Bundeskanzler Kohl, immer noch Kohl, sagte, ökologische Steuerreform nur über meine Leiche, das werden wir nie machen. Da hab ich gesagt, dann müssen wir Kohl abwählen. Und hab dann für die SPD für den Bundestag kandidiert, das hat auch geklappt. Und wir haben die ökologische Steuerreform mit eingeführt. Das Wuppertal Institut hat explosionsartig die umweltpolitische Landschaft verändert mit diesen neuen Themen, mit großartigen Mitarbeitern, und ist dann alsbald, also innerhalb von 2 Jahren, als der wahrscheinlich wichtigste europäische Umwelt-Thinktank aufgestellt gewesen.
00:38:16	00:39:16	Duwe: Wie hat sich den durch, also diese plötzliche Präsenz, wie war die Zusammenarbeit mit, mit den anderen Instituten, die ja jetzt zum Beispiel mit dem Ecologic Institut auch in einem Netzwerk, das sich Ecornet nennt, zusammenarbeiten? Weizsäcker: Also das habe ich immer sehr stark betrieben, wir haben eine gemeine Rheinschiffahrt gemacht, mit dem Öko-Institut, als Betriebsausflug. Wir haben uns mit dem früheren Institut für Europäische Umweltpolitik und einschließlich Ecologic immer sehr gut gestellt von Wuppertal aus und die anderen haben dann auch recht begierig manche unserer Themen aufgegriffen. Also zum Beispiel über seltene Erden ist heute das Öko-Institut besser als das Wuppertal Institut. Und das ist gut so. Also, das war auch kommunikativ und im Bezug auf Kooperation, auch Politikberatung eigentlich eine Erfolgsgeschichte.
00:39:16	00:40:31	Duwe: Das ist die Innovation, die dann in der Schaffung des Wuppertal Instituts ist damit deutlich geworden. Würden Sie auch sagen, dass es eine gewisse Tradition gab, in der das Wuppertal Institut entstand, das, die entstanden war, durch die Existenz der Institute, die in den 70ern bereits gegründet wurden? Weizsäcker: Ja, natürlich, die Idee bei Johannes Rau, das man, durch gescheite, politikt nahe Analyse die Politik verbessern kann, war eigentlich eine Idee aus den 70er Jahren. Und das man da dann ziemlich viel Geld reinstecken sollte, am Anfang mindestens, das wäre gar nicht legitimierbar gewesen, wenn es nicht vorher diese großartige Geschichte seitens des Öko-Instituts gegeben hätte. Ich muss jetzt gehen. Duwe: Ja. Ich weiß es sehr zu schätzen, dass sie uns ihre Zeit geschenkt haben. Weizsäcker: Ja, bitte. Duwe: Und ich hoffe sehr, dass wir die Gelegenheit haben werden in der Zukunft, das noch einmal zu wiederholen.

Interview mit Dr. Hendrik Vygen, Vorstandsmitglied Germanwatch, Ministerialdirektor a. D.

Interviewt durch: Camilla Bausch, Senior Fellow, Ecologic Institut

Datum: 07. November 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Vygen, Hendrik (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 07. November 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:03:20	<p>Bausch: Doktor Vygen, herzlich willkommen hier im Ecologic Institut. Ich freue mich sehr, dass wir Sie heute hier bei uns haben können und dass Sie sich bereit erklärt haben, mit uns ein Interview zur Entwicklung der Umweltpolitikforschung zu führen im Rahmen des Projektes "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende". Die Entwicklung der Umweltpolitik und Umweltpolitikberatung ist bisher noch nicht im Fokus der Forschung gewesen und wir wollen im Rahmen dieser sogenannten Oral History einen Beitrag dazu leisten, das wie es entstanden ist und warum es entstanden ist etwas deutlicher ausgeleuchtet wird für die jetzigen und kommenden Generationen. Dabei sollen Fragen im Vordergrund stehen wie ob die Entwicklung eigentlich von unten getrieben wurde aus der Bevölkerung, aus der Zivilgesellschaft oder von oben von der Politik initiiert wurde, welche Faktoren für die Entwicklung und Entstehung der Institute entscheidend waren und welche Rolle in diesem Zusammenhang die Zivilgesellschaft geführt hat. Also ist dies ein Interview zur Geschichte der Umweltpolitikberatung. Jetzt sind Sie langjähriger Mitarbeiter in leitender Funktion im Bundesministerium für Umwelt gewesen. Sie sind also nicht ursprünglich in der Politikberatung aktiv, sondern haben Politik mitgestaltet. Allerdings ist natürlich das Umweltministerium von ganz entscheidender Bedeutung für die Umweltpolitikberatung, da wir versucht haben vielfach Sie zu beraten. Insofern ist das eine Interaktion, eine Freundschaft manchmal, eine schwierige, mit Distanz und mit Nähe, auch wenn man mit Blick auf Finanzierung schaut, die zu beleuchten doch uns als sehr wertvoll erschien. Insofern freue ich mich, Sie heute hier zu haben. Sie sind seit den Siebzigern bereits in Ministerien aktiv gewesen – am Anfang damals gab es das Umweltministerium ja noch gar nicht – im Innenministerium und dann seit 1986 nach Gründung des Umweltministeriums auch dort. Sie haben sich aber bereits in der Innenpolitik mit Umwelt beschäftigt, sind also mit der Umweltpolitik und ihren Entwicklungen auch im internationalen Kontext bestens und längstens vertraut. Nun schauen wir zurück in die Siebziger und einige Zeitzeugen, die wir hier schon interviewen konnten, haben gesagt Willy Brandt war eine entscheidende politische Weichenstellung für die Entwicklung und Förderung der Umweltpolitik in Deutschland und der Umweltpolitikforschung. Andere meinten "nein, es war eher die Atomprotestbewegung". Aus Ihrer Sicht, wo verorten Sie die Ursprünge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung?</p>
00:03:20	00:07:21	<p>Vygen: Also so sehr ich Willy Brandt immer geschätzt habe, ich glaube, er hat eine Rolle gespielt, der "blaue Himmel über der Ruhr" ist typisch für den Wahlkampf und für die Reaktion der Politik auf Umweltprobleme, die damals speziell im Ruhrgebiet deutlich wurden und in der Bevölkerung zunehmend auf Missfallen stießen, um nicht zu sagen auch auf Proteste stießen. Aber wichtiger noch eigentlich als die Sozialdemokraten in der sozial-liberalen Koalition waren zu der Zeit – und man kann ja auch mal etwas Nettes über die FDP sagen, damals hat sie das auch verdient – denn die FDP war eigentlich nach meiner Erinnerung wesentlich weiter schon in Sachen umweltpolitischen Gedankenguts. Und die FDP hat immer den Bundesinnenminister gestellt in der sozial-liberalen Koalition, war also das den Umweltschutz koordinierende Ministerium und es begann dann unter Genscher in der Regierung Brandt/Scheel, unter Genscher begann man dann das erste Umweltprogramm der Bundesregierung zu schreiben, welches einen Fahrplan gesetzgeberischer Art beinhaltete. Und wir haben dann in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gegen massiven Widerstand der Wirtschaft, der Gewerkschaften, umweltpolitische Ziele versucht durchzusetzen gesetzgeberischer Art, wie zum Beispiel das Benzinbleigesetz. Das war damals sehr schnell erkannt als ein Gesundheitsproblem auch. Ich erinnere mich gut daran, dass der für das Gesetz federführende Ministerialrat – der wurde, ich glaube sogar in der Öffentlichkeit, aber von der Wirtschaft als der sogenannte "Blei-Exorzist" bezeichnet. Ich erwähne das nur, weil es wirklich deutlich macht, welche Auseinandersetzungen, welche Widerstände gleich zu Beginn der Umweltpolitik, die das Innenministerium im Wesentlichen gestaltete, jedenfalls den harten Umweltschutz damals, Bundesmissionsschutzgesetz kam dann sehr schnell / Und die Zivilgesellschaft spielte eine wichtige Rolle, und zwar aber auf lokaler Ebene. Es waren die Bürgerinitiativen, die gegen bestimmte Projekte und bei bestimmten Problemen aufschrie und Stimmung machte und wir im Bundesinnenministerium haben sehr schnell erkannt: Wir brauchen eine Lobby pro Umwelt. Wir hatten eine massive Lobby kontra Umwelt, ich erwähnte die Industrie und die Gewerkschaften und dann haben wir gefördert den Zusammenschluss – also finanziell gefördert – von verschiedenen Bürgerinitiativen zu Bundesverbänden, wie Deutscher Naturschutzring und ähnliche. Ähnliche Verbände, die dann auf nationaler Ebene eine Lobby bildeten pro Umwelt und das hat uns sehr geholfen in den schwierigen Zeiten, die dann noch kamen. Hier will ich erstmal eine Zäsur machen.</p>

00:07:21	00:09:24	<p>Bausch: Wenn man sich überlegt in dieser Zeit, was die Menschen, was die Politik mit Blick auf Umweltprobleme getrieben hat, was waren die Themen? Vygen: Ja, Anfang der siebziger Jahre war es eigentlich sehr stark die Luftverschmutzung im Ruhrgebiet und zum Teil auch an anderer Stelle. Die Menschen konnten die Wäsche nicht raushängen, ohne dass sie nicht verrußte und verreckt war. Die Gewässerverschmutzung spielte sehr schnell ebenfalls eine Rolle. Und dann gab es natürlich – weiß gar nicht mehr, in welchen Jahren das war – die großen Industrieunfälle, die den Rhein verschmutzten. Sandoz ist ein Stichwort, was mir in den Kopf kommt. Es gab andere Industrieunfälle, der Staat musste darauf reagieren. Es gab dann sehr schnell die Störfallverordnung und das Interessante – fand ich – war, dass sehr früh zu Beginn der siebziger Jahre dann das Thema Umwelt auch in die Europäische Union transportiert werden konnte. Damals war – würde ich sagen – Deutschland Vorreiter, was ich heute nur noch begrenzt sagen würde. Und man orientierte sich sehr stark auch an der deutschen Philosophie in Brüssel und die deutsche Philosophie war <i>command-and-control</i>. Das heißt, Begrenzung der Emissionen an der Quelle nach dem Stand der Technik. Das konnte sich zunächst auch in Brüssel ganz gut durchsetzen, wurde dann allerdings im Laufe der siebziger Jahre schon nach dem Beitritt von Großbritannien schwieriger, weil die Briten mit einem anderen Ansatz kamen, nämlich dem sogenannten Qualitätsansatz, den sie versuchten mindestens als alternative Form in das europäische Recht hineinzudrücken, zum Teil auch mit Erfolg.</p>
00:09:24	00:11:51	<p>Bausch: Wir werden nachher auch noch mal kurz auf die europäische Ebene eingehen, aber jetzt noch mal sozusagen auf die nationale Ebene vor diesem Hintergrund der Themen. Sie haben ja zivilgesellschaftliche Bewegung und auch Stärkung beschrieben, Sie haben politischen Willen erläutert, den es gab und Widerstand insbesondere aus der Wirtschaft. Daneben gab es die Universitäten, die geforscht haben. Warum brauchte es in diesem Umfeld Umweltforschungsinstitute, was war der Umstand, der auf einmal ein Bedarf kreierte hat, aus dem sich diese entwickelt haben? Vygen: Ich glaube, die Umweltforschungsinstitute waren zunächst – nach meiner Erinnerung – weniger wichtig für den Staat als für die öffentliche Wahrnehmung und als Unterstützung für die Zivilgesellschaft, für das zivilgesellschaftliche Engagement. Das war ja damals, also ich erinnere mich an das, jetzt bin ich wieder bei Europa, Europäische Institut für Umweltpolitik. Das war glaube ich der Vorläufer eigentlich von Ecologic, wenn ich das richtig in Verbindung habe. Und damals tauschten wir uns sehr viel aus mit Ernst Ulrich von Weizsäcker und es gab auch, glaube ich, mal zu europäischen Fragen, haben wir auch Gutachten, also für die ich auch, glaube ich sogar verantwortlich zeichnete. Das waren zum Teil zu rechtlichen Fragen über die Kompetenz der Europäischen Union, überhaupt Umweltpolitik zu betreiben, das war ja am Anfang nach den damals geltenden Verträgen eine sehr schwierige Geschichte. Ich glaube, dass da die Hauptrolle jedenfalls zu Beginn der / auch das Öko-Institut zum Beispiel, nach meiner Wahrnehmung jedenfalls, war sehr verbandelt in der Zivilgesellschaft, der Umweltverbände und so weiter und hatte doch eine große Kapazität, Dinge auf wissenschaftlicher Basis in die Politik, in die Gesellschaft hineinzutragen. Ob das heute noch in dem Maße der Fall ist, werden wir wahrscheinlich ja noch drauf kommen. Ich weiß auch nicht, ob ich mir da wirklich ein Urteil erlauben kann.</p>
00:11:51	00:14:06	<p>Bausch: Sie sprachen das Öko-Institut an, 1977 wurde das Öko-Institut gegründet. '78 folgt das IFEU, das Institut für Energie- und Umweltforschung, früh in den 80ern entstand das IZT, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung und so weiter. Sie wissen, das Ecologic Institut wurde dann auch gegründet. (Vygen: Mhm. [bejahend]) Aber von staatlicher Seite, wie wurde die Gründung dieser Institute wahrgenommen? Vygen: Nun gut, es war mit Sicherheit für uns, die wir von staatlicher Seite Umweltpolitik betrieben haben, haben wir sehr positiv darauf reagiert. Genauso – eben, wie gesagt – auch als Teil der Zivilgesellschaft haben wir das sehr wesentlich gesehen. Es kam von dort her ein wichtiger Beitrag, um das Bewusstsein in der Bevölkerung, in der Politik damit auch, nach vorne zu bringen und dem Umweltschutz zu helfen. Ich habe das immer sehr gerne als Lobby gesehen, genauso wie ich die Umweltverbände als Lobby eben beschrieben habe, pro Umweltschutz. Und man hatte als Staat natürlich dann auch die Möglichkeit und das geht ja auch bis in die Gegenwart, bestimmte Dinge "outzusourcen", wie man so schön sagt, und sich zuarbeiten zu lassen von diesen Instituten. Die Institute waren das Öko-Institut, galt natürlich immer als besonders kritisch. Aber wir haben nie eigentlich unter der Kritik durch die Zivilgesellschaft oder auch die Institute gelitten, denn wenn die Institute und die Gesellschaft letztlich mehr fordert, können wir jedenfalls eher unsere vielleicht etwas bescheideneren Ziele durchsetzen. Also wir haben immer sehr eng und gerne mit den Verbänden, mit der Zivilgesellschaft und auch den Instituten zusammengearbeitet.</p>
00:14:06	00:18:48	<p>Bausch: Die Institute haben ja schon in frühen Phasen sich um Forschungsgelder beworben, bemüht, weil das natürlich auch eine Quelle ihrer Finanzierung ist und war. In der frühen Phase, welche Themen haben die Institute setzen können, mit welchen Themen konnten sie vielleicht die Landschaft bereichern? Vygen: Weiß nicht, ob meine Erinnerung da ausreicht. Ich meine, das Öko-Institut habe ich immer sehr stark unter dem Atomaspekt erlebt und gesehen und begrüßt. Ich weiß es nicht, welche Themen das waren, aber wir sind jetzt ja auch gesprungen schon. Die meisten Institute wurden erst eben Ende der siebziger Jahre, in den achtziger Jahren gegründet. Also an die frühen siebziger Jahre, da denke ich insbesondere eben an das Europäische Institut und damals war ich auch für Europa zuständig, die europäische Umweltpolitik. Und wir dürfen eigentlich nicht auslassen, wenn wir</p>

		<p>die siebziger Jahre beleuchten, nach dem ganz guten Beginn der Umweltpolitik, den ich vorhin kurz beschrieben habe, kam ja dann '74/'75 die berühmte Ölkrise. Das führte dazu, dass wir einen ganz erheblichen Rückschritt des umweltpolitischen Engagements oder der Durchsetzbarkeit von Umweltpolitik erinnere. Da gab es unter Helmut Schmidt dann Gespräche mit der Wirtschaft, da wurde Umweltpolitik als Investitionshindernis und so weiter massiv angesehen. Es wurden Versuche unternommen, Umweltschutz zurückzudrehen und da konnten wir als Europäer dann immer sagen "geht nicht, tut uns Leid, das ist schon europäisches Recht, das steht nicht mehr zur Disposition". Daran sehe ich überhaupt eine der wichtigsten Funktionen der europäischen Umweltpolitik und europäischen Gesetzgebung. Und dann kamen wir international in die Situation, dass die paneuropäische Karte auf einmal gespielt wurde. Da hat der Breschnew – war es damals – der versuchte, eine Annäherung an den Westen über weiche Themen hinzukriegen und schlug auf einmal große Umweltkonferenzen paneuropäischer Art vor. Und in der KSZE spielte Umweltschutz eine große Rolle durch, von der KSZE wurde das dann gesteuert in die <i>European Commission for Europe</i> in Genf. Und dort wurde dann auf einmal eine große Konvention verhandelt über die grenzüberschreitende Luftverunreinigung. Deutschland – an sich zu der Zeit mal vorher progressiv, dann schon weniger – sah sich auf der Anklagebank und fürchtete Schadensersatz wegen der Schwefelemissionen. Skandinavien spielte die Karte international massiv. Ich habe diese Dinge und die Protokolle danach auch verhandelt. Und erst '81, kurz vor dem Zusammenbruch der sozial-liberalen Koalition, haben wir dann, Helmut Schmidt hatte ja die grüne Bewegung leider verschlafen oder nicht akzeptiert. "Verschlafen", das kann ich nicht sagen, also streichen bitte, aber er hat sie nicht wirklich als Problem akzeptiert. Und erst in der letzten Kabinettsitzung vor dem Zusammenbruch der sozial-liberalen Koalition haben wir dann noch ins Kabinett gebracht mit Unterstützung von Helmut Schmidt eher gegen Lambsdorff die Großfeuerungsanlagenverordnung mit einem strengen Grenzwert von 400 Milligramm nach japanischem Vorbild damals und nur die Früchte, die hat dann Herr Zimmermann schließlich geerntet. Aber es war eine interessante Zeit, ein Auf und Ab eben auch in der Umweltpolitik.</p>
00:18:48	00:21:47	<p>Bausch: Sie haben das ja auch schon beschrieben aus Ihrer Sicht, den Widerstand, den Sie in den Siebzigern mit Blick auf umweltpolitische Themen erlebt haben. Die Zeitzeugen, die wir interviewt haben, haben sehr deutlich gemacht, dass Sie sich in der frühen Phase der Umweltpolitikberatung auch von wirtschaftlichen Interessen und Interessenvertretung massiv in die Enge getrieben sahen, dass dort massiv, so die Zeitzeugen... Vygen: Auf die Institute. Bausch: ...Druck ausgeübt auf die Institute und Einfluss auf die politischen Gremien, Ministerien, dass diese Institute nicht unterstützt werden sollten und Ähnliches, dass das also ein sehr rauer Wind war, in dem sie sich bewegten. Was haben sie davon mitbekommen, mitbekommen können? Vygen: In meiner Erinnerung würde ich sagen vermengt sich das alles. Ich meine die Strategie der Wirtschaft gegen den Umweltschutz, der machte im Grunde vor nichts halt. Also dass wir kooperierten mit Umweltverbänden oder mit Instituten, das war natürlich ebenso wenig gern gesehen und sie haben natürlich ihre Kanäle gehabt über das Wirtschaftsministerium. Dunkel erinnere ich mich, dass da auch Blockaden kamen innerhalb der Regierung und das ist auch nicht wirklich verwunderlich, nicht? Aber uns half dann natürlich, gerade in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wiederum, das Thema Waldsterben. Das haben wir noch gar nicht erwähnt, aber das gehört natürlich in die ganze Luftreinhaltegeschichte rein, die Versauerung der Seen in Schweden und so weiter. Deutschland stand auf der Bremse, auch international. Und erst 1980 oder Anfang '81 gab es eine große Konferenz zur Luftreinhaltung in Stockholm, wo damals Gerhart Rudolf Baum sehr mutig auf dem Hinflug – ich war damals Pressesprecher und flog mit ihm – da hat er schlicht die Politik geändert gegen alle Sprechzettel und hat sehr progressiv die skandinavische Haltung unterstützt und von da an, und dann kam ja der Wechsel und Zimmermann machte die Großfeuerungsanlagenverordnung mit unserem Wert und von da an waren wir auf einmal auch international, was Luftreinhaltung anging, wieder auf der progressiven Seite und dann kamen auch die völkerrechtlichen Instrumente dazu, also paneuropäisch, was ich vorhin kurz andeutete.</p>
00:21:47	00:24:21	<p>Bausch: Weil Sie es jetzt mehrfach erwähnt haben, die Bedeutung der europäischen oder auch paneuropäischen Ebene – ich weiß, sie haben auch auf der internationalen Ebene agiert – diese junge Umweltpolitikberatung in Deutschland, wurde die denn für europäische Themen überhaupt gehört? Dieses kleine Pflänzchen. Vygen: Ja, doch. Das waren dann aber mehr die rechtlichen Fragen, die ich vorhin schon mal ganz kurz angedeutet habe. Wir hatten ja immer Probleme, dass auch auf der nationalen Ebene andere Ressorts versuchten zu sagen, die EU hat überhaupt keine Kompetenz, dieses oder jenes zu regeln. Und wir behelfen uns dann mit einem Artikel, der gedacht war für die Harmonisierung von Wettbewerbsbedingungen, von Umwelt, das gab es ja alles gar nicht. Oder ein Artikel 235, also wie weit der trägt, das ist eine Ersatzkompetenzgeschichte, also in dieser Diskussion weiß ich, oder sagt meine Erinnerung mir, dass das Europäische Institut eben in Bonn damals durchaus sehr unterstützend tätig werden konnte. Wir hatten dann Politikberatung im technischen Bereich, das war für meine Verhandlungen dann in dem Beginn der achtziger Jahre wichtig. Das war dieses deutsch-französische Institut in Karlsruhe, Professor Renz, ein sehr guter Techniker, was Luftreinhaltung anging. Und der war dann mein ständiger Berater in den Verhandlungen, weil es da ging um die verschiedenen Technologien, die es gab, die man versuchte</p>

		festzuschreiben in den völkerrechtlichen Instrumenten. Also insofern spielte das schon eine Rolle. In der EU-Umweltpolitik spielte das eine weniger große Rolle, weil wir da immer sehr stark begleitet waren von den Fachleuten aus den Bundesländern und den staatlichen Instituten der Bundesländer.
00:24:21	00:27:05	Bausch: Sie sind gerade sozusagen über die Jahrzehnteschwelle rüber getreten in die Achtziger. Da möchte ich jetzt auch gerne sozusagen weitermachen. Wir hatten gehört in den Siebzigern war die Luftreinhaltung Thema, das Wasser ein Thema, Energieprobleme. Jetzt hatten wir 1986 die Katastrophe von Tschernobyl und in dem Zusammenhang wurde dann auch das Umweltministerium gegründet. Vorher war die Umweltpolitik in verschiedenen Ministerien verortet. Jetzt gab es eine Bündelung in einem Ministerium. Was hat sich durch die Gründung des Umweltministeriums verändert? Vygen: Na es gab ja schon lange eine Diskussion, nachdem Bayern ja sehr frühzeitig ein Umweltministerium hatte, gab es ja in den siebziger Jahren immer schon wieder eine Diskussion "sollte man ein Umweltministerium gründen?". Das Gegenargument, was man immer wieder hörte war "das Thema Umwelt ist zu schwach, die Umweltpolitik kommt besser weg, wenn sie in einem starken, klassischen Ressort verortet wird", also Bundesinnenministerium, aber die Aufteilung war natürlich auch keineswegs förderlich. Also ich glaube diese Schwächung ist jedenfalls nicht eingetreten, weil inzwischen war Umweltpolitik eben auch ein sich selbst tragendes Politikgebiet, zwar nicht mit großem Haushalt, nicht mit großer Macht ausgestattet. Richtig stark ist das Umweltministerium eigentlich erst geworden durch die Zuständigkeit für die erneuerbaren Energien. Damit hatten wir Geld, damit hatten wir Macht und der ganze Klimaschutz hat, und die erneuerbaren Energien, hat eigentlich dann den großen Wandel noch mal gebracht. Aber wir haben eigentlich gewonnen auch schon in den achtziger Jahren. Der Umweltschutz war schon da mit Gründung und mit der Figur von Klaus Töpfer, Walter Wallmann können wir da glaube ich weglassen, der hat ein knappes Jahr ja nur als Umweltminister agiert. Mit der Persönlichkeit von Klaus Töpfer verbunden hat das Umweltministerium glaube ich der Umweltpolitik sehr gut getan. Glaube, das war wichtig, dass es gegründet wurde und egal aus welchem Grunde es gegründet wurde.
00:27:05	00:29:28	Bausch: Jetzt gab es dann ab '86 ein Ministerium. Es gab dann auch neu gegründet bald das Umweltbundesamt unter Leitung von Freiherr von Lersner. Vygen: Ja das war ja schon in den siebziger Jahren gegründet worden, nicht? Bausch: Da haben Sie mich überholt, müsste ich nachschauen. Vygen: Ich glaube ja, das war schon in den siebziger Jahren. Das war ja relativ frühzeitig. Also ich würde sagen zweite Hälfte der siebziger Jahre schon. Aber egal. Bausch: Auf alle Fälle gab es das UBA, das Umweltbundesamt, es gab das BMU, es gab die Institute, die sich dann tatsächlich langsam näherten. Ich meine, andere starben auch, aber andere kamen nach, folgten nach. Wie war die Zusammenarbeit in diesem institutionellen Geflecht, in diesem neuen Geflecht? Vygen: Ein Moment überlegen. Ich meine, es gab natürlich auch häufig Reibereien, weil das zwischen Umweltbundesamt zunächst mal und Ministerium, weil das Umweltbundesamt häufig Themen hochjubelte, die wir von der Regierung her zu dem Moment nicht gerade gebrauchen konnten und wir kamen in die Defensive, das ist auch nicht immer angenehm. Das Umweltbundesamt war über weite Strecken ein wichtiger Treiber würde ich sagen. Das hat uns manchmal Probleme bereitet im Ministerium, aber insgesamt glaube ich, was die Gründung des Umweltbundesamts, was sich ja sehr stark unabhängig verstanden hat, war das ein sehr positiver Schritt und wir haben eigentlich, im Prinzip war das eine glänzende Zusammenarbeit. Das hängt auch immer von den handelnden Menschen ab. Also ich kann mich persönlich an kaum große Probleme erinnern. Ja, das lassen wir mal so stehen.
00:29:28	00:30:56	Bausch: Dem Umweltbundesamt wurde ja von den Forschungsinstituten zugearbeitet. Gleichzeitig gab es natürlich eine, hat das Umweltbundesamt oft Ihnen Informationen geliefert, die für Ihre Arbeit hilfreich waren. Damit hat man indirekt sozusagen auch von den Forschungsinstituten profitiert, manchmal näher, manchmal weiter, sind da bestimmte Themen Ihnen aufgefallen, bestimmte Gutachten, bestimmte Personen, von denen Sie sagen aus der unabhängigen Institutsforschung, die dort prägend waren, die dort eine besondere Rolle in der Politikprägung spielen konnten? Vygen: Aus dem Umweltbundesamt oder aus den Instituten? Bausch: Aus den Instituten. Vygen: Ja Gott, ich meine, ich gehe da mal nicht so weit zurück, wenn ich an das Thema Klima denke. Also ich bin überzeugt, dass ohne Jänicke und ohne Schellnhuber mit dem PIK und ohne die ganzen Leute, die sich in der Wissenschaft mit dem Klimaschutz befasst haben, wir nie so weit gekommen wären, wie wir gekommen sind, obwohl wir gar nicht so furchtbar weit gekommen sind, aber da kommen wir sicher auch noch drauf.
00:30:56	00:34:40	Bausch: Wir sind in den Achtzigern und neben der Katastrophe von Tschernobyl, die sich ja sehr prägend für die Umweltpolitikbewegung, -forschung, -arbeit war, gibt es einen weiteren, wegweisenden Event in den Achtzigern, nämlich der Fall der Berliner Mauer und die nachfolgende Wiedervereinigung, wo doch zwei sehr unterschiedliche Systeme auch mit Blick auf Umweltschutz, Umweltpolitik aufeinandertrafen. Können Sie vielleicht vorneweg erstmal sagen, welche Unterschiede Sie wahrgenommen haben im Osten und im Westen mit Blick auf Umweltpolitik, die man dann ja zusammenbringen musste. Vygen: Ja, zunächst waren natürlich, die großen Unterschiede zeigten sich in der Qualität der Umwelt auf der anderen Seite. Das hatten wir so eigentlich nicht erwartet. Ich habe in vielen Verhandlungen zuletzt '89 in einer KSZE-Konferenz neben der DDR-Delegation immer

		<p>gegessen bei diesen Verhandlungen und man hat sich auch über Umwelt ausgetauscht und "was macht ihr?". Die DDR-Kollegen, die musste man in den ganzen Verhandlungen eigentlich immer via Moskau zur Zustimmung bringen. Das heißt, ich erinnere mich an viele Verhandlungen, wo der Vorsitzende mich für Deutschland und den russischen Delegierten rausgeschickt hat und wenn wir uns einig waren, dann sagte Moskau einfach "also, lieber DDR-Kollege, du musst zustimmen". Wir wussten aber nicht, wie wirklich die Qualität war und mussten uns dann aber sehr schnell ein Bild machen, denn es ging ja darum, dass die DDR nun als Teil der Bundesrepublik sehr schnell eben auch Mitglied der Europäischen Union werden sollte. Ich habe mich in der Zeit im Wesentlichen eigentlich damit beschäftigt, ein Bild zu machen und zu verhandeln eben mit welchen Übergangsfristen in der ehemaligen DDR das europäische Umweltrecht anzuwenden ist. Dieses musste dann ja in Brüssel auch durchgesetzt werden. Dann brauchten wir die Zustimmung der anderen Delegationen und der Kommission. Das war eigentlich mein hauptsächlicher Blick und das Gleiche galt natürlich auch für vieles im nationalen Recht, aber damit war ich zu der Zeit nicht unmittelbar befasst. Aber das war schon eine Mammutaufgabe, auch das ganze nationale Recht, in welcher Form, wie übertragen wir das, in welchen Fristen auf das Gebiet der DDR? Also das war schon / und interessant war das natürlich / oder wenn Sie dazu mehr hören wollen, müssen Sie eigentlich mit denen reden, die aus dem Apparat, also aus dem Umweltministerium damals in die neuen Bundesländer hineingegangen sind und vor Ort dann Umweltschutz betrieben haben und die einen genauen Einblick hatten. Also es war eine interessante Zeit. War schon sehr, sehr spannend.</p>
00:34:40	00:36:32	<p>Bausch: Wie sind Sie mit der Herausforderung umgegangen, dass natürlich gerade Umweltschutz, wenn man vom Ordnungsrechtstraditionen herkommend, ja eine gewisse institutionelle Struktur braucht, die die Überwachung macht, die Überprüfung und diese Struktur ja erstmal in der Form nicht vorhanden war. Vygen: Genau. Deswegen, das war die Hauptaufgabe der Beamten, die nach der Vereinigung dann in die neuen Bundesländer gegangen sind und erstmal Ministerien richtig aufgebaut hat nach unseren Vorstellungen, die einzelnen Kontrollbehörden, die Gewerbeaufsichtsämter und so weiter. Das war eine Mammutaufgabe und da haben sich viele glaube ich sehr verdient gemacht. Bausch: Und gab es in dem Zusammenhang Gruppierungen aus der ehemaligen DDR, die in diesem Prozess hilfreich waren, soweit Sie das miterleben konnten? Es gab ja viel im Rahmen der kirchlichen Vereinigung und der Ökologiebewegung Gruppen, die sich auch schon anders mit Umweltschutz beschäftigt hatten als das der staatliche Apparat. Vygen: Ja, ja, es gab ja in der DDR eben auch die Umweltgruppen, die sehr stark auch mit den Kirchen verbunden waren, die friedliche Revolution praktisch mit betrieben haben. Aber ich habe selbst keine Einblicke gehabt inwieweit diese Gruppen dann nach der Vereinigung in den Umweltressorts und in diesen ganzen Arbeiten dort vor Ort, welche Rolle sie da spielen konnten, kann ich Ihnen nicht sagen.</p>
00:36:32	00:38:43	<p>Bausch: Und wenn Sie nach Europa schauen, wie wurde diese Situation aus europäischer Sicht betrachtet? Vygen: Also, mit sehr viel Verständnis muss ich sagen. Also es war nicht so, dass man versuchte nun uns über Gebühr zu knebeln. Wir waren allerdings auch in dem, was wir gefordert haben an Übergangsfristen für diesen Teil unseres Staatsgebietes, sehr ehrgeizig. Wir haben also doch versucht die Fristen, die wir vorgeschlagen haben, sehr knapp zu halten, sehr eng zu halten, weil uns klar war, da muss schnell etwas geschehen und damit kamen wir eigentlich gut an und wir hatten nicht allzu große Schwierigkeiten eigentlich in den meisten Fällen. Bausch: Und ich kann mir vorstellen, wenn ich so zurückdenke in die Zeit, dass es ja viele Wissenslücken gab. Wie ist der Zustand eigentlich, was sagen die Bücher, was sagt die Realität, mit was für einem Wesen haben wir es da zu tun? Was verbirgt sich hinter dem, was wir auf dem ersten Blick glauben zu sehen? Ergab sich da viel Forschungsbedarf, Klärungsbedarf und wenn ja, wie wurde der gedeckt? Vygen: Kann ich wenig dazu sagen. Ich meine die ganzen Industrieanlagen, die maroden Industrieanlagen verschwanden ja sehr schnell bei der Treuhand beziehungsweise waren dann Gegenstand der Treuhand und ich habe keine persönliche Kenntnis, aber ich weiß nur, dass es ziemlich verheerend war und die Betriebe waren zu einem großen Teil eben auch nicht sanierungsfähig. Aber dann fing ja das große Geschäft an, was die Treuhand betrieben hat. Aber wieweit da Forschungsbedarf war, kann ich Ihnen nicht sagen.</p>
00:38:43	00:41:24	<p>Bausch: Dann verlassen wir Ostdeutschland. Wir sind jetzt aber sozusagen in dem Feld von einem wiedervereinigten Deutschland. Wir sind in den Neunzigern. Sie waren ja jahrzehntelang mit Umweltschutz beschäftigt, zum Schluss auch als Abteilungsleiter. Sie haben sich sehr viel mit der europäischen Ebene beschäftigt, das sagten Sie gerade auch. Hier würde ich gerne noch ein bisschen von ihrem Erfahrungswissen profitieren über die Rolle der EU in der Entwicklung der Umweltpolitik. Sie haben schon einige Andeutungen gemacht, aber ich würde mich freuen, wenn Sie dem noch ein paar Minuten widmen. Vygen: Ich halte die europäische Umweltpolitik für einen Schlüssel überhaupt, muss ich sagen. Wir haben in den Phasen, wo wir bestimmte Dinge national gar nicht hätten durchsetzen können, die mussten wir dann in Brüssel schlucken und das war häufig zum Besseren. Also, wenn ich mich recht erinnere, die ganze Umweltverträglichkeitsprüfungsdiskussion. Das hätten wir, wenn mich nicht alles täuscht / doch, es war die EU, die voranging mit der Umwelt-UVP-Richtlinie. Das</p>

		hätten wir damals in der Phase, als das Thema auf war, hätten wir das auf nationaler Ebene nicht durchsetzen können. Oder auch die ganze Geschichte Zugang zu Gerichten für Umweltverbände und es gab eine Fülle von Themen, wo ich sagen würde, da war die Europäische Union prägend. Es gab eine Altautoregel und es war furchtbar schwierig. Zu Beginn der neunziger Jahre waren wir prägend in Sachen Automobile, Abgas von Autos. Heutzutage sind wir auch da nicht mehr prägend, sondern ich glaube unsere Automobilindustrie hat weitgehend das Thema "Auto der Zukunft" verschlafen. Also ich halte Brüssel nicht nur wichtig insofern als ein Nationalstaat die Dinge nicht mehr rückgängig machen kann, sonst kann er ja ein Gesetz aufheben oder absprechen und so weiter, sondern Brüssel war auch in vielen Dingen wirklich auch für unsere nationale Ebene durchaus prägend.
00:41:24	00:43:56	Bausch: Nun fallen Entscheidungen in Brüssel nicht vom Himmel, sondern sie werden entschieden und da gibt es Verhandlungsprozesse. Welche Rolle hat denn Deutschland in diesen Prozessen gespielt, spielen können? Vygen: Das ist sehr unterschiedlich gewesen. Ich selbst habe mal 1988, als Deutschland die Präsidentschaft hatte, die Ratsgruppe Umwelt geleitet. Das war damals unter Klaus Töpfer. Unter, ich sagte vorhin schon, unter Klaus Töpfer hatte der Umweltschutz einen hohen Stellenwert und da ist es doch immerhin gelungen etwa die Großfeuerungsanlagenrichtlinie zu schaffen weitgehend auf der Basis des deutschen Vorbildes. Und es hängt sehr stark auch von den handelnden Figuren ab. Also Klaus Töpfer war ein Segen für die Umweltpolitik und auch international eben sehr anerkannt. Und es gibt kleine Länder zum Beispiel in der Europäischen Union, wenn die einen guten Umweltminister hatten, dann konnte der im Umweltministerrat auch eine ganze Menge durchsetzen, auch als kleiner Staat. Also es spielt schon eine große Rolle und die Präsidentschaft, also letztlich von Klaus Töpfer dann im Umweltministerrat war ein großer Erfolg. Es hängt immer auch von den Themen ab und ich war mal in der Situation – Trittin war Umweltminister, Schröder Kanzler – und da ging es auch um Autowracks, Altautos. Weiß gar nicht mehr genau, was die Regelung wirklich beinhaltete... Jedenfalls kriegten wir in die Verhandlungen im Umweltministerrat dann auf einmal aus dem Kanzleramt die Weisung von Schröder übermittelt, wir dürften nicht zustimmen. Und wir waren völlig anderer Meinung, konnten dann aber nicht mehr zustimmen. Solche Situationen sind sehr unangenehm, die hat es jetzt wieder bei den Autos gegeben, bei den neuen CO ₂ -Beschränkungen für Autos auf Druck der Automobilindustrie. Das sind sehr unangenehme Situationen und da kann man sich nicht drüber freuen.
00:43:56	00:47:08	Bausch: Da zeigt sich ja auch wieder sozusagen das Spannungsfeld zwischen Industrieinteressen (Vygen: So ist es.) und Umweltinteressen, wo sie so verstanden werden, dass sie konfliktieren, man könnte sie auch anders interpretieren. Vygen: Und es werden dann deutsche Interessen definiert auf der Basis der Interessen der Automobilindustrie. Und dazu habe ich eigentlich nie etwas von irgendeinem der Forschungsinstitute gehört, gelesen, ob man nicht mal die wirkliche Interessenanlage unter diesem Aspekt untersuchen sollte. Und ob mein Wort von dem "verschlafen", was die deutsche Automobilindustrie angeht, nicht richtig ist und in Sachen "Auto der Zukunft" und so weiter. Bausch: Noch mal zur europäischen Ebene: Sie haben ja einmal gesagt, Deutschland war insbesondere unter Minister Töpfer ein Gewicht auf europäischer Ebene im Rat. Sie sagten aber auch, dass zum Teil die Umweltpolitik in Deutschland das Glück hatte, wenn ich Sie richtig zitieren darf, dass Europa bestimmte Richtlinien entschieden hat. Das bedeutet Deutschland als Treiber auf europäischer Ebene und Deutschland getrieben von europäischer Ebene. Vygen: Beides fand statt, ja. Bausch: Und fand das zeitlich versetzt statt oder manchmal sogar parallel oder wie ist da der... Vygen: Da müsste man jetzt genau in die Daten. Das hing natürlich ab von den einzelnen Dossiers, über die zu verhandeln war und die die Kommission vorgeschlagen hat. Ich meine, bei den KFZ-Abgasnormen waren wir lange führend, solange es nur um die Technologie ging und bei anderen Emissionswerten im Gewässerschutz oder sonst in der Luftreinhaltung. Da waren wir eigentlich lange dann in den neunziger Jahren führend. Wenn es dann um andere Instrumente ging, wie etwa die Umweltverträglichkeitsprüfung, wie die zusätzlichen Möglichkeiten für die Zivilgesellschaft zu klagen und was es da noch an Dingen gab, das passte uns nicht in unser Rechtssystem. Selbst im Umweltministerium gab es da Leute, die sagten "das passt nicht in unsere Gesetzgebungsweise" und so weiter. Wir wurden aber so unter Druck gesetzt, dass wir dem zustimmen mussten oder es gab eine Mehrheitsentscheidung gegen uns, weiß ich nicht mehr genau. Das hat dem Umweltschutz aber sehr gut getan und wir haben uns im Umweltministerium eigentlich darüber gefreut, dass wir auch mal zu solchen Dingen / Zugang zu Umweltinformationen war ein Thema, was uns von Brüssel, von den anderen Staaten, die da viel weiter waren, aufgedrückt wurde.
00:47:08	00:49:55	Bausch: Sie sprachen das Umweltinformationsgesetz an, Sie sprachen Klagemöglichkeiten an. Das sind natürlich auch Kerninteressen der Umweltbewegung, insbesondere der zivilgesellschaftlichen. Haben Sie dort Rückendeckung bekommen und wenn ja, wie, in welcher Form, wie konnten Sie dort Kräfte bündeln? Vygen: Also jedenfalls war von der gesamten Zivilgesellschaft, die hat uns natürlich den Rücken gestärkt und das ist wiederum die positive Lobbyarbeit und das hilft einfach. Bausch: Haben Sie da konkrete Strukturen geschaffen, wie man mit Zivilgesellschaft oder Forschungsinstituten zusammenarbeiten kann, um das Wissen zu nutzen, das dort generiert wird oder die Kraft im Sinne von Öffentlichkeitswirksamkeit zu nutzen, die aus diesen Gruppen kommen? Vygen: Ja, ja, es gab mal eine Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, wo die Verbände – aber das gibt es seit einiger

		Zeit schon nicht mehr – wo man sich einmal im Monat glaube ich mit den Verbänden traf und Umweltpolitik diskutierte, mit einer strengen Tagesordnung, wo Vorschläge aus der Zivilgesellschaft an uns herangeredet waren und wo wir informiert haben über den Stand von Verhandlungen. Wir waren da grundsätzlich, jedenfalls in den Bereichen, wo ich irgendwie eine Rolle spielte, ausgesprochen offen und haben eigentlich die Vertreter dort immer als unsere Verbündete sehr offen unterrichtet und sind damit auch sehr gut gefahren. Also ich kann mich auch an keinen Vertrauensbruch erinnern. Das war natürlich nicht alles unbedingt für die Öffentlichkeit bestimmt, was wir dort berichtet haben. Also ich habe da nur beste Erinnerungen. Aber auch in der späteren, als es diese Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen glaube ich nicht mehr gab, hatten wir ganz regelmäßig Treffen mit den Verbänden, auch in den verschiedensten Bereichen. Also ich war ja eigentlich immer in den Querschnittsbereichen tätig und Internationales und da war das sehr regelmäßig.
00:49:55	00:51:43	Bausch: Sie sprachen jetzt an, dass diese Arbeitsgemeinschaft es mal gegeben hat, sie sie aber in dieser Form nicht mehr gibt. Vygen: Glaube ich jedenfalls, ich weiß es nicht genau. Bausch: Gut, dann fragen wir ein bisschen anders. Gab es bestimmte Strukturänderungen der Kooperation, die Sie im Rahmen Ihrer Arbeit begleitet oder beobachtet haben und wenn es die gab, warum gab es solche Änderungen? Und ich denke jetzt von '86 bis heute. Vygen: Ich glaube, dass das sich wahrscheinlich nicht zuletzt durch die Gründung des Umweltministeriums verstetigt hat, eher intensiver geworden ist, als noch zur Zeit des Umweltschutzes im Bundesinnenministerium. Also das ist jedenfalls meine grobe Erinnerung. Natürlich haben auch die Verbände sowas eingefordert und da waren wir auch sehr offen. Also mehrere Verbandsleute haben gesagt, wir wollen mal mit euch jetzt speziell Klimaschutz diskutieren rauf und runter und auch das haben wir immer gerne gemacht. Auch da sahen wir uns eigentlich hauptsächlich unterstützt. Auch die Verbände, die dann international wirken über ihre befreundeten Verbände in anderen Ländern, so lassen sich Dinge transportieren auch und Druck in anderen Staaten aufbauen auf die dortigen Ministerien. Und das Instrument haben wir immer sehr gerne auch zu unseren Gunsten eingesetzt.
00:51:43	00:54:25	Bausch: Über die Jahre ist ja Umweltpolitik immer etablierter geworden. Ein Standardthema, das reflektiert sich auch in der Forschungslandschaft, wo es immer mehr Institute gab, die jetzt ein gut etablierter Bestandteil der Szene sind. Es zeigt sich in der fortgeführten Arbeit der Zivilgesellschaft. Es zeigt sich in der Schaffung eines Umweltministeriums und der Zunahme der Bedeutung des Umweltministeriums. Es zeigt sich auch daran, dass andere Ministerien jetzt, obwohl es ein Umweltministerium gibt, das Thema Umweltschutz, Nachhaltigkeit auch in ihren Politiken zumindest berücksichtigen (Vygen: Sollten.) Ich beende den Satz nicht, sondern lass ihn durch Sie beenden und würde gerne wissen, wenn Sie schauen, wie sich Umweltpolitik über die Zeit verändert hat, ist es sehr gestärkt worden und wenn ja, wodurch ist dieser Trend entstanden? Vygen: Naja, auf das Thema Integration des Umweltschutzes in andere Politiken zu kommen, das ist meines Erachtens nach wie vor bis zum heutigen Tage ein ganz großer Schwachpunkt. Und das lässt sich an vielem festmachen. Sie haben zwar in jedem Ministerium, auch im Wirtschaftsministerium haben Sie eine Abteilung, die ist für Umwelt zuständig, aber diese Zuständigkeit beschränkt sich darauf, das Umweltministerium zu überwachen und zu kontrollieren. Das heißt, mit denen müssen wir dann verhandeln. Und nicht etwa mit der Aufgabe, Umweltgedanken und nachhaltige Entwicklung in die Politik des eigenen Ministeriums einzufüttern, einzuspeisen und innerhalb des eigenen Ministeriums für Umwelt zu werben. Bis zum heutigen Tage ist das nicht der Fall. Und wenn Sie sehen, wie Deutschland sich etwa verhält in der EU-Agrarpolitikreform. Da stehen wir ja auch eher auf der Bremse, was die Pläne anging, mehr Umweltschutz zur Voraussetzung für Subventionen zu machen und so weiter. Also, da sind wir noch nicht sehr weit, was die Integration angeht, trotz dieser Berichterstattung über nachhaltige Entwicklung und so weiter. In der Praxis ist da noch sehr viel zu tun.
00:54:25	00:56:38	Bausch: Hat denn die Stärkung der Umweltpolitik in den Bereichen Forschung und Forschungsinstituten einen positiven Einfluss gehabt, dass man stärker auch das einfordern kann? Weil das ist ja mehr Manpower, da hat man ja auf einmal einfach mehr Wissen, mehr Kraft, da wird mehr Geld investiert, man hat ja auch zunehmend mehr Wirtschaft. Vygen: Ja, das ist sicherlich richtig. Aber das ist schwer messbar. Natürlich, umso mehr Menschen sich seriös mit Umweltpolitik, Umweltschutz befassen, umso breiter und besser wird auch die Argumentationsbasis, mit der man sich / und da haben wir die Institute immer gerne genutzt, weil wir, uns selbst häufig die Zeit fehlt oder auch manchmal der Sachverstand gar nicht so da war. Und erhöht natürlich die Durchsetzbarkeit von bestimmten Politiken. Ich erinnere mich daran, dass wir zum Beispiel glaube ich, als es um den Emissionshandel ging, ich glaube da spielte Ihr Ecologic auch eine Rolle. Erwähne mich auch an den Namen Marr? Bausch: Simon Marr. Vygen: Genau. Und der spielte durchaus eine Rolle, hat wichtige Grundlagen gelegt für die ganze Positionierung und wir haben auch immer wieder gerne in internationale Verhandlungen auch Vertreter von Instituten mitgenommen in die Delegation, nicht zuletzt um auch den Output der Institute eher zu verbessern. Dadurch, dass sie sehen, wie verlaufen die Verhandlungen, Diskussionen und das kann man natürlich ganz anders vor Ort, wenn man auch mit anderen Delegationen in Kontakt kommt und so weiter. Das fand ich durchaus immer interessant.
00:56:38	00:59:10	Bausch: Also auch ein Bemühen, über eine bestimmte Grad distanzierter Nähe auch das gegenseitige Verständnis zu verstärken. Vygen: Ja, ja, ja, das halte ich für ganz wichtig, also... Bausch: Sie

		berichteten uns von der gewollten auch Nähe der Zusammenarbeit, um ein besseres Verständnis und damit auch eine bessere Beratung zu ermöglichen. Ist diese Nähe aus Ihrem Blickwinkel auch problematisch? Vygen: Das hängt davon ab, würde ich sagen, was man von den Instituten – Sie sprechen jetzt speziell von den Instituten, nehme ich an – erwartet. Wenn ich erwarte, dass die Institute, wie sie das in den Anfängen durchaus gemacht haben, sich von sich aus in die Öffentlichkeit begeben mit umweltpolitischen Forderungen, mit massiver Kritik, so ähnlich wie das die Nichtregierungsorganisationen tun, dann ist diese Nähe natürlich problematisch. Diese Nähe ist ja auch immer eine finanzielle Nähe. Die Institute finanzieren sich ja doch wohl mehr oder weniger zu hundert Prozent über Projekte. Und diejenigen, die Projekte geben – gut, ich weiß nicht, wie das Verhältnis ist zwischen wie viel Prozent etwa der Projekte von der Regierung kommt und wie viel Prozent von anderen Auftraggebern kommt, das wäre noch mal zu beleuchten. Es kommt drauf an, was man will. Aber für die eigentliche Beratungsfunktion sehe ich das nicht als wirklich problematisch an. Ich sehe es auch nicht als problematisch an – haben wir auch schon gehabt – dass ein Personalaustausch stattfindet zwischen Beratungsunternehmen und dem Ministerium etwa. Ich halte das, je nachdem was man von den Instituten erwartet, an sich nicht für problematisch. Es sei denn, ich will zurückkehren zu dem Pressuregroup-Gedanken, der ursprünglich ja auch sehr stark glaube ich die ersten Institute beherrschte.
00:59:10	01:01:11	Bausch: Es wurde aber natürlich diese Nähe von der Presse zum Teil problematisiert. Wie haben Sie darauf reagiert? Vygen: Also ich weiß nicht. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir das relativ gelassen gesehen. Ich meine, bezogen auf Umwelt weiß ich auch gar nicht, ob das so kritisch gesehen wurde. Ich meine, es wurde kritisch gesehen natürlich, wenn eine Kanzlei der Chemieindustrie etwa den Entwurf eines Chemikaliengesetzes oder was fertigen würde und diese Dinge, die sind natürlich problematisch. Die Institute habe ich eigentlich in dem Kontext nicht als problematisch gesehen. Dort hat sich Sachverstand gebildet und ich finde den Ausdruck, den Sie auch hier gebrauchen, Think Tank sehr gut. Da zeigt eine gewisse Unabhängigkeit. Hier sitzen seriöse Wissenschaftler, Leute, die auf jeden Fall eins im Sinne haben: Dem Umweltschutz zu helfen. Ich nehme an, dass das zu Ihrem Leitbild hier gehört und da kommen keine Partikularinteressen etwa von der Wirtschaft, der Industrie, sollten da jedenfalls keine besondere Rolle spielen. Also ich bleibe dabei, dass eigentlich finde ich diese Nähe durchaus sinnvoll. Natürlich, aber ich glaube jedes Institut wäre dumm, wenn es dann Gefälligkeitsgutachten schreiben würde, nur um vielleicht das nächste Projekt dann auch noch zu kriegen.
01:01:11	01:04:41	Bausch: Jetzt haben Sie ja nach einer sehr langen Karriere im Ministerium bis hoch auf die höchsten Leitungsebenen nach Ihrem Ausscheiden aus dem Ministerium sich entschieden auch noch mal in Leitungsfunktion in Germanwatch einzusteigen. Berichten Sie uns doch ein wenig über Germanwatch und Ihre Arbeit dort. Vygen: Ich fange mal so an: In den USA ist es so, dass praktisch nach jedem Regierungswechsel finden sich die höheren Beamten in irgendwelchen großen Umweltverbänden oder Instituten wieder. Das ist da gang und gäbe. Bei uns gibt es diese Tradition nicht, weil ja auch nicht so viele Beamte ausgetauscht werden wie in den USA. Ich bin gefragt worden nach meinem vorzeitigen Ausscheiden, ich bin ja in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden von Herrn Gabriel, ob ich Interesse hatte am Vorstand von Germanwatch mitzuarbeiten. Germanwatch kannte ich sehr gut. Germanwatch hat auch ein bisschen hier wie Ecologic auch so diesen Think Tank-Anspruch und wird dem auch gerecht, gerade in Sachen Klima, in Sachen CSR und bei einigen anderen Themen. Also ich kannte aus der Zusammenarbeit Germanwatch und habe das gerne gemacht. Nun darf man sich nicht vorstellen, dass ich als Vorstandsmitglied – sagen wir mal – exekutiv groß tätig war. Germanwatch hat einen Vorstand und dieser Vorstand macht die laufenden Geschäfte. Der Vorstand kontrolliert die Arbeit, trifft sich aber allerdings immerhin doch so alle zwei Monate und diskutiert die politische Ausrichtung, sollen wir dieses Projekt machen, jenes Projekt machen, ja oder nein? Wir haben sehr viel politische Strategiegespräche geführt, speziell auch in Sachen Klimaschutz mit den beiden Geschäftsführern. Und das war eine große Freude, mal auf der anderen Seite zu sein und nicht in irgendwelche Zwänge oder Hierarchien hineinzuarbeiten zu müssen. Also ich habe das sehr gerne gemacht und genossen und vor allen Dingen eben dort die hohe Qualifikation auch der Leute in der Geschäftsstelle, sehr jung, aber sehr gut, sehr zu schätzen gewusst und ein intensiver Austausch, den ich auch sonst außerhalb der Vorstandssitzungen gerne geführt habe und ich hoffe, dass ich da etwas helfen konnte, Dinge zu bewegen.
01:04:41	01:06:20	Bausch: Sie sagten gerade selber, es hat Spaß gemacht mal auf der anderen Seite zu sein. Wie stellte sich denn die Welt auf der anderen Seite Ihnen anders dar? Vygen: Naja, so viel anders nicht. Aber es ist natürlich schon sicher / habe auch an manchen Reports mitgearbeitet und ich kann natürlich, wenn ich das unter Germanwatch mache, die Bundesregierung anders kritisieren als ich das kann, wenn ich selbst als Abteilungsleiter Teil der Regierung bin. Und mir ging es tatsächlich darum, auch mal damit aufzuräumen mit dieser Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz. Ich konnte es nicht mehr hören. Und wir haben da massiv gegen geschossen und wenn ich sehe, wie die Bundesregierung in diesem Fall geführt durch offenbar den FDP-Wirtschaftsminister, da die Novellierung der Emissionshandelsrichtlinie in Brüssel blockiert und wir aber auf der anderen Seite aber eine "Klimakanzlerin" haben und die ist dann angeblich – also in Führungszeichen / und dies als NGO-

		Vertreter auch zu benennen und Druck zu machen, das habe ich durchaus gerne gemacht.
01:06:20	01:09:37	<p>Bausch: Hat sich denn aus dieser neuen Perspektive Ihre Sicht auf das Verhältnis dieser Institute zu den staatlichen Organisationseinheiten verändert? Vygen: Nein, überhaupt nicht. Ich habe genau das gemacht, was ich als Ministeriumsangehöriger von der Zivilgesellschaft erwarte. Das habe ich dann auch versucht genauso zu erfüllen und umzusetzen. Bausch: Und es hat sich auch das bestätigt, was Sie erwartet haben, wie die Zivilgesellschaft funktioniert und was dort geschieht. Vygen: Ja. Bausch: Gut. Wir kommen langsam zum Schluss dieses Interviews. Ich möchte jetzt noch mal einen Blick in die Zukunft mit Ihnen wagen. Gibt es eine Lücke in der Landschaft der umweltpolitischen Beratung, die Sie sehen und die dringend geschlossen werden müsste? Vygen: Ja, ich möchte da fast mit einer Gegenfrage antworten. Es kommt drauf an, wie die Beratungsinstitute sich selbst verstehen. Mir fehlt der Überblick, wie ist es denn: Würde Ecologic etwa als Beispiel auch aus eigenem Antrieb ohne Projektfinanzierung sich in die Politik einmischen wollen oder tut es das? Nein, ich glaube nicht. Also ich weiß es nicht, ob ich wirklich konkrete Lücken entdecken kann. Es mag inhaltliche Lücken geben. Eine habe ich vorhin benannt, das Auto der Zukunft. Ich kenne kein Institut, was sich mit dem Thema, wirklich mit dem Thema befasst. Und man könnte sich natürlich auch vorstellen, dass die Eierköpfe dieses Instituts oder eines anderen mal überlegen "ist da was dran, was der Vygen da sagt, dass die das alles verschlafen haben" und dass die Interessen ganz anders zu definieren sind. Und wenn da was dran sein könnte, dann könnte man ja mal zu irgendeinem Auftraggeber auch hingehen und sagen "wir möchten darüber forschen, kannst du mir das finanzieren?". Also diese Aktivität, also auf bestimmte Dinge zu definieren als interessant in der politischen Diskussion, auch aktuelle Dinge zu erforschen und dann damit in die Öffentlichkeit auch zu gehen. Ich finde jedes Gutachten eigentlich, was von einem Institut gemacht wird, sollte nicht in den Schubladen des Ministeriums oder des Auftraggebers verschwinden, sondern sollte veröffentlicht werden. Auch hier gibt es Zugang zu Umweltinformationen, die müssten an sich eigentlich auch gegen Institute anwenden lassen.</p>
01:09:37	01:12:22	<p>Bausch: Wunderbar. Das ist sozusagen weniger die Lücke in der Landschaft als die Lücke in der Praxis. Wunderbar, auch die müssen wir identifizieren. Für die nächsten Jahre, welche Entwicklung sagen Sie den Umweltforschungsinstituten voraus, so Sie denn eine Entwicklung voraussagen können? Vygen: Also ich kann mir nur vorstellen, dass der Bedarf weiter da ist. Er wird sich schwerpunktmäßig vielleicht ein bisschen verlagern. Das Thema Klimaschutz, wo mit Sicherheit der Beratungsbedarf groß ist, wird weiter zentrales Thema sein. Zu kurz kommt meines Erachtens das Thema Artenvielfalt, das müsste eigentlich auf denselben Stellenwert kommen wie der Klimaschutz, sodass ich sage an Themen wird es nicht fehlen und wo große Themen sind, wird es auch immer Beratungsbedarf geben. Und wenn dann noch hinzukommt, dass die Personaldecke in der Regierung eher geringer wird als wächst, das hilft natürlich auch den Instituten im Sinne von <i>outsourcing</i>. Bausch: Wenn man jetzt betrachtet, wir haben jetzt in die Vergangenheit geschaut, wir haben ungefähr in den Siebzigern gestartet, sind über die Jahrzehnte gewandert, sind jetzt in der Zukunft gelandet, aber in anderthalb Stunden kann man nicht alles abdecken, gibt es Punkte, die Sie gerne noch uns mitteilen würden, die ich noch nicht abgefragt hatte oder wo ich Ihnen nicht genug Zeit gegeben hatte, darauf einzugehen? Vygen: Nein, ich glaube eigentlich, dass wir das Wesentliche diskutiert haben. Man kann überall noch in die Tiefe gehen. Ich bin Ihren Fragen hin und wieder auch ausgewichen und habe andere Dinge gesagt, die mir am Herzen lagen. Ich glaube das Wesentliche, das in meiner Sicht Wichtige, habe ich glaube ich angesprochen. Bausch: Wunderbar, Herr Vygen. Dann möchte ich mich für diesen Ritt durch die Jahrzehnte aus der Sicht eines Ministeriumsmitarbeiters sowie eines NGO-Mitarbeiters herzlich bedanken, es war hocheleuchtend. Und ich freue mich, dass Sie für diesen Oral History Part mit dabei sein konnten. Danke schön. Vygen: Vielen Dank, mir hat es Spaß gemacht.</p>

Interview mit PD Dr. Helmut Weidner, früher WZB, heute Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU)

Interviewt durch: Susanne Langsdorf, Researcher, Ecologic Institut

Datum: 04. Dezember 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Weidner, Helmut (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:01:51	<p>Langsdorf: Das heutige Interview ist Teil des Projekts "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", das durch das Ecologic Institut durchgeführt wird und im Rahmen dieses Projekts möchten wir gerne neues Geschichtswissen beziehungsweise mehr über diese Geschichte der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung und Forschung lernen, die es in Deutschland gibt seit den siebziger Jahren ungefähr. Wir freuen uns sehr, dass Sie sich die Zeit genommen haben heute hier bei uns zum Interview zu kommen. Herzlich willkommen Dr. Weidner. Bevor wir uns in die Geschichte begeben erst mal eine Frage zu Ihrem aktuellen Tun. Sie sind jetzt wieder an der Freien Universität Berlin und befassen sich mit vergleichender Umweltpolitik soweit ich weiß. Welche Themen treiben Sie besonders um? Weidner: Im Grunde genommen mache ich seit vielen Jahrzehnten fast das Gleiche mit kleinen Variationen. Es geht um vergleichende Umweltpolitik und dann vergleichende Klimapolitik dazu und dann mit Variationen. Damit meine ich mal den Fokus stärker auf Gerechtigkeit, den Fokus mehr auf Implementation oder Konfliktlösung. Im Augenblick ist der – und das ist dann Ihre Frage – der Fokus wieder viel stärker auf Fragen der internationalen Verteilungsgerechtigkeit, weil darin sehe ich eines der größten Probleme für eine einigermaßen effektive globale Klimapolitik.</p>
00:01:51	00:02:46	<p>Langsdorf: Ja, sehr spannend. Und da haben Sie auch momentan Projekte dazu? Weidner: Das sind selbstgenerierte Projekte, weil ich bin im Grunde genommen im Rentenstand und was aber den großen Vorteil hat, ich kann mir jetzt die Themen aussuchen, die mir wirklich Spaß machen und das ist so ein Thema und ich bin an das Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU gegangen aus verschiedenen Gründen. Ein Grund ist, weil ich dort viele Kollegen kenne, dadurch anregende Diskussionen habe. Und, das gehört auch ein wenig zur Umweltpolitikforschungsgeschichte der Bundesrepublik, weil die ja ihren ersten Schwerpunkt, und heute immer noch, in Berlin hatte und hat, weil ich dort mal als ganz junger Mensch 1975/76 angefangen habe, an Umweltthemen zu arbeiten.</p>
00:02:46	00:05:18	<p>Langsdorf: Genau, Sie haben an der Freien Universität begonnen, sind jetzt wieder an der Freien Universität, aber haben dazwischen sehr viele Jahre am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gearbeitet. Wenn wir jetzt eben zum Beginn Ihrer Karriere springen, quasi bevor Sie ans WZB gekommen sind, wie haben Sie die Anfänge der Umweltpolitik als solches in Deutschland erlebt? Weidner: In der deutschen Politologie war ja das Umweltthema in Beginn der 1970er Jahre nicht sonderlich verbreitet, um es mal so zu sagen. In dieses Gebiet gingen damals Juristen wie auch Ökonomen schon ein bisschen stärker hinein. Also die hatten irgendwie doch eine gute Nase dafür, was mal so ein Zukunftsthema sein könnte. Bei Politologen dauerte es ein bisschen und in diesem Feld war es dann wieder die Freie Universität. Wir – das heißt, ich spreche jetzt von mir und den Personen, mit denen ich hauptsächlich kooperiert habe in der Zeit, als ich dann an der Uni fertig war, mein Diplom gemacht hatte, das war Prof. Martin Jänicke, der inzwischen auch emeritiert ist, aber immer noch hochaktiv ist – waren sehr beeindruckt von den umweltpolitischen Aktivitäten in einigen anderen Ländern als der Bundesrepublik. Das war vor allen Dingen die USA, die ja viel innovative Institutionen und Regelungsinstrumente damals gegründet haben, noch unter Nixon. Also es gibt noch einige positive Aspekte, die man mit ihm assoziieren kann. In Schweden tat sich schon einiges und vor allen Dingen in Japan. In Japan war's damals interessant, weil Japan, wie man so sagte, kurz davor war, ökologischen Selbstmord, ökologisches Harakiri zu begehen, so dramatisch waren die Situationen damals der Umweltverschmutzung, es aber relativ schnell schaffte vor allen Dingen mit technischen und ähnlichen Maßnahmen, die Umwelt wieder so lebenswert zu machen, dass jedenfalls die großen Protestdemonstrationen zurückgingen, die übrigens damals größer waren, als jetzt gegen Fukushima, was ich für ein größeres Problem halte.</p>
00:05:18	00:10:04	<p>Langsdorf: Und Sie persönlich sind auch über diesen Japanpfad zur Umweltpolitologie gekommen? Weidner: Ja, also diese drei Länder, um es mal so zu nehmen und mein Lieblingsland, für das ich mich am meisten interessierte, war dann Japan. Es kam aber eher so, dass damals die berühmten Berichte wie "Grenzen des Wachstums" und Ähnliches veröffentlicht wurden und die haben uns eben auch sehr motiviert und wir waren der Meinung, so was kann auch einmal in eine politische Krise umschlagen, nicht? Damals war viel die Rede von Legitimationskrisen und Ähnlichem und so weiter und wir waren der Meinung, es könnte auch so etwas wie eine Umweltkrise geben, die sich dann aber politisch umsetzt. Ganz so schlimm hatte man es ja nicht. Wir waren dann immer vorsichtiger mit unserem Krisenbegriff, weil der irgendwie war jedes kleines Problemchen plötzlich</p>

		<p>eine Krise und wir fanden, man sollte es nicht so inflationär benutzen, dieses Wort, weil Krise heißt ja eher etwas auf der Kippe sein, wo es dann entweder kaputtgeht oder nicht. Also ein System müsste dann eigentlich verschwinden, wenn es die Krise nicht übersteht oder etwas ganz anderes werden. Aber das nur so nebenbei. Jedenfalls die Krisenrhetorik und schon Massivität auch der Proteste und der Probleme, das hat uns eingeleuchtet und wir haben uns gesagt, wir an der Universität damals, die wenigen, die sich dafür interessierten, das ist ein Thema, das man nicht so weg reden kann, indem man sagt "naja, also man muss die Zahlen ein bisschen anders ordnen" und so, weil das tatsächlich spürbare Probleme sind. Und so stellten wir dann – das war kurz vor meinem Abschluss, da machte ich meine Diplomarbeit schon zu einem Umweltthema, Vergleich von fünf oder sechs Ländern, die gesetzlichen Regelungen zur Umweltpolitik damals – schon in der Zeit stellten wir dann als Team unter der Leitung von Martin Jänicke ein Antrag an die Stiftung Volkswagenwerk. Drittmittelunterstützung für ein mehrjähriges Forschungsprojekt, wo wir damals noch, das sagt gleich der Sprachduktus hochentwickelte kapitalistische Industriegesellschaft kritisch analysieren wollten mit der Maßgabe wir wollten lernen, wir wollten durch den Vergleich immer lernen, ob es bessere Wege gibt und bessere Instrumente als sie beispielsweise in Deutschland angewendet wurden. Dieses Projekt wurde genehmigt, das kam ins Laufen und damit fing ich dann an. Das lief auch gut bis zum Ende und zwischendurch warb mich dann, wenn ich es so sagen darf, das Wissenschaftszentrum Berlin ab, sodass ich nicht mehr in die Folgeprojekte einstieg, die es dann noch gab, die sich dann hin zum Forschungszentrum für Umweltpolitik irgendwann entwickelten und so ging ich dann an das Wissenschaftszentrum, weil ich da viel mehr Möglichkeiten hatte internationale Vergleichsuntersuchungen zu machen. Und der internationale Vergleich war nicht nur mein Lieblingsgebiet, sondern es war der, wo ich meinte, wir können für die Umweltprobleme, die wir hatten, am meisten lernen, indem man einfach schaut, was haben andere, welche Probleme haben sie, um das durchzusetzen, um die Regelungen am Laufen zu halten, um nachzubessern was man dann Politiklernerfolge nennt und ähnliches mehr. Und so spezialisierte ich mich dann auf die klassischen Länder wie USA, England, Schweden und Japan kam dadurch, weil es so ein Extremfall war, wo man sagte, was kann man davon lernen, wie ein System versucht sich am eigenen Haarschopf sozusagen aus dem Sumpf zu ziehen, weil von außen gab es da kaum irgendwas, auch nicht Druck auf Japan. Das war anders als in Europa. Bei den großflächigen Verschmutzungen gab es da Interventionen von anderen. In Japan als Inselreich spielte das nicht so eine Rolle. Da war es tatsächlich der Druck der Protestgruppen, aber auch sozusagen das technokratisch-rationale Verständnis von etlichen konservativen Parteiführern und Bürokraten, die sahen, dass langfristig eine intelligente Umweltpolitik auch sich auszahlt und so war es auch in Japan.</p>
00:10:04	00:14:03	<p>Langsdorf: Ja. Sie waren ab 1978 bereits wissenschaftlicher Mitarbeiter am internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft, das damals am WZB angesiedelt war. Wo verorten Sie die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung? Sie haben jetzt schon ein bisschen gesagt, wie Sie das in Japan gesehen haben und das ist ja in Deutschland ein bisschen später im Grunde entstanden als die Umweltpolitik als solche, die staatlich verordnete. Wo verorten Sie Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung außerhalb der Universitäten? Weidner: Außerhalb der Universitäten. Ja, das waren die klassischen Institute, Ecologic gab es ja noch nicht, obwohl einige der Gründungsmitglieder alle am Wissenschaftszentrum Berlin gewesen waren. Also der jetzige Andreas Kraemer war, das werden Sie vielleicht wissen, auch mal eine längere Zeit am Wissenschaftszentrum. Es waren Institute damals, wenn ich mal absehe von den eher An-Instituten großer Einrichtungen wie des VDI, des Vereins deutscher Ingenieure und so weiter, die dann auch schon Umweltausbildung gingen für ihre Ingenieure und dadurch auch ein bisschen in die Umweltpolitikberatung hinsichtlich technischer Fragen kamen, die großen technischen Überwachungsvereine und ähnliche mehr. Dann waren es die klassischen eigentlich Bekannten wie das Öko-Institut in Freiburg und – ich sage mal die Abkürzung, weil ich glaube ich kriege die gesamten Namen nicht mehr so zusammen – das IFEU, Institut für Energie und Umwelt, also ich glaube, das ist schon ganz richtig, und ähnliche mehr. Also das waren die, die im Grunde genommen die, ich würde mal sagen, die Beratungsszene in Gang brachten und das Faszinierende daran war, es so gut machten, dass sie nicht nur überlebten, sondern im Grunde genommen bei wichtigen Fragen auch von ihren Gegnern gefragt werden mussten, dass sie dabei sind. Sie gehörten ja zum engagierten Umweltbewegungsteil und von daher hat man das ja gerne getan, dass man sagt, das ist ja keine neutrale Wissenschaft, was die haben, die haben eben die grünen Gläser vor den Augen. Es war dann anders. Sie zeigten, dass sie also genauso gute Wissenschaft</p>

		<p>machen konnten, nur eben mit anderen Fragestellungen, sodass man sie auch nicht mehr umgehen konnte. Das fand ich eigentlich das Faszinierende an der ganzen Sache, während das Wissenschaftszentrum machte in dem Sinne ja nicht so sehr Umweltpolitikberatung, obwohl es die auch gab. Wir durften nicht und hätten es auch nicht getan, direkte Aufträge anzunehmen. Aber wir haben uns auch beworben, um interessante Fragestellungen wie zum Beispiel die Frage, ob es bessere, konfliktvermeidendere Instrumente in der Umweltpolitik gibt als die üblichen Genehmigungsverfahren, die ja immer hochstrittig, sehr aufwendig waren wie zum Beispiel Mediation und Diskurse und Ähnliches mehr. Da waren wir auch engagiert und das hatte in dem Sinne auch mit Beratung zu tun, nur war es bei uns so, alles was wir erforschten, auch mit den Mitteln dann des Auftraggebers, der beispielsweise das Bundesministerium für Umwelt oder für Forschung und Technologie in fast allen Fällen sein konnte, diese Ergebnisse mussten für alle zugänglich gemacht werden und veröffentlicht. Also das waren keine spezifische Forschung für Auftraggeber, sondern die mussten veröffentlicht werden.</p>
00:14:03	00:16:42	<p>Langsdorf: Verstehe. Welche Lücken gab es in dem System, obgleich es ja schon staatliche Institutionen gab, dass trotzdem diese unabhängigen Institute entstehen konnten oder mussten vielleicht sogar? Weidner: Ich denke mal, das ist so was etwas wie im guten Sinne kritische Fragestellungen auch. Die anderen Institute, die ja hochqualifizierte Wissenschaftler natürlich auch alle hatten, hatten eben eher – ich will mal sagen – konventionellere Fragestellungen, warum funktioniert die Regelung nicht oder welches gesetzliche Instrumentarium ist das beste, um Umwelthaftungsregelung und so weiter, während bei den anderen schon der soziale, politische und der prospektive, das Vorausschauende mit hinzukam. Die Frage, wie lang ist so was denn stabil, wenn wir so etwas haben, wie setzen wir es durch, wie wird das akzeptiert, hat das überhaupt eine auch ökologisch nachhaltige Wirkung? So hat man es damals noch nicht ganz formuliert, aber es ging so in diese Richtung und man hatte auch keine Scheu dabei, Ross und Reiter zu nennen. Also wenn man über die Einführung neuer umweltpolitischer Instrumente spricht, ob das nun ökonomische Instrumente sind wie Flaschenpfand oder anderes, Haftungsregelung, hat das immer mit Konflikten zu tun, weil man begünstigt bestimmte Gruppen. Im besten Fall eben die Umweltseite und benachteiligt dann andere, die bisher von diesen Lücken profitiert haben. Und die Benachteiligten sind oftmals von den Macht- und sonstigen Ressourcen, finanziellen Ressourcen, ja die Stärkeren und die haben schon immer stark interveniert. Und wollten auch bestimmte Fragen nicht zulassen, das ist das, was man in der Wissenschaft nur bestimmt <i>framing</i> nennt, also wie man ein Problem, das irgendwie aufscheint, definiert. In der Klimafrage haben wir es ja, wo immer noch viele Leute sagen oder einige Leute sagen "ja, das hat ja gar nichts mit CO₂ oder Verbrennung zu tun" und so weiter. Das spricht natürlich der Kohleindustrie aus der Seele so etwas, also solche Einflüsse. Und, wenn man so will, Denkverbote. Und die hat es da nicht gegeben. Und auf die Dauer hat man gemerkt, ohne die bekommt man keine vernünftige Umweltpolitik hin, ja? Wenn man nicht auch die Vetomacht mitanalysiert. Ich denke, das hat da stark mit beigetragen.</p>
00:16:42	00:22:06	<p>Langsdorf: Konnte man am IUG alle Fragen bearbeiten damals, die man wollte oder gab es dort noch eine stärkere Einschränkung? Weidner: Ja, also man konnte alle Fragen, die nicht irgendwie unsittlich oder unseriös von Forschungsfragen her waren, bearbeiten. Es wäre vielleicht nicht so möglich gewesen, weil wir das als Aktionsforschung bezeichnet hätten, wenn ich jetzt ein Projekt gemacht hätte, welche Mittel gibt es, eine Berliner Umweltinitiative zum Sieg gegen all ihre Gegner zu führen, also ich übertreibe jetzt mal ein bisschen. Also es musste schon ein bisschen offener und im konventionellen Sinne wissenschaftlicher formuliert sein. Damit meine ich nicht, dass die anderen unwissenschaftlich sind, das hatte ich ja ausgeführt. Aber wir hatten eben nicht diese schärferen Formulierungen. Das konnten wir uns damals an der Universität ein bisschen stärker leisten. Da gehörte es auch zur Rhetorik. Wissenschaftszentrum nicht, das ist ja eine Gründung von allen Parteien. Glücklicherweise waren es ja Gründungsparteien auch wie SPD und FDP, die ja auch die Gründungsparteien der modernen Umweltpolitik in der Bundesrepublik damals in diesen spätsechziger Reformjahren, 1969 und so weiter, mit den entsprechenden sozial-liberalen Koalitionen waren. Also von daher hatten wir schon einen großen Freiraum. Der bestand vor allen Dingen auch darin, dass wir selbst Themenvorschläge machen konnten, weil wir hatten das, was wir institutionelle Fördermittel nannten, die waren da. Wir mussten nicht nach außen gehen und fragen. Das haben wir gemacht, wenn wir noch mehr Geld brauchten für kompliziertere Untersuchungen. Also war es dann eher ein interner Entscheidungsprozess, dass wir mit guten Argumenten sagten, wir müssen mal die japanische Umweltpolitik genauer untersuchen, ob so ein</p>

		<p>technokratischer Umweltpolitikstil lange trägt. Und dann konnte man so etwas machen. Und das fand ich unkritisch, weil es gab – nicht im Vorfeld, aber während des Forschungsprozesses, wo wir schon immer veröffentlicht hatten – immer schon Interventionen. Weil, deswegen finde ich auch vergleichende Politikforschung interessant, weil der Vergleich hat immer etwas anzüglich-mobilisierendes. Also ich bin schlauer als Sie und der ist größer als der und so geht es ja auch – Japaner sind in dem Gebiet besser als wir, dann schrie die deutsche Spitzenbürokratie im Umweltbereich, "nein, das muss man anders sehen, der ist ja überhaupt kein Jurist, wie kann man so etwas sagen", dann kamen die Techniker und sagten, "wie können die sagen, das die Japaner in der Umwelttechnik viel weiter sind, das sind doch Maulwissenschaftler", so hieß es unter der Hand. "Maulwissenschaftler, die reden, aber wir sind die handfesten Ingenieure, wir bauen. Und wie können die sagen, dass die Japaner Rauchgasentschwefelungsanlagen haben, das sind ja teilweise Potemkinsche Dörfer, die würden hier auch gar nicht funktionieren". Also mit solchen Interventionen hatten wir schon zu tun, mussten uns rechtfertigen. Darauf haben wir uns aber auch eingestellt. Das hieß zum Beispiel, um es noch mal kurz zu sagen, wir haben es ja im Wissenschaftszentrum am Anfang sehr stark mit Luftverschmutzungsproblemen beschäftigt, weil in Deutschland war auch die große Diskussion mit saurer Regen und Waldsterben. Das mobilisierte sehr und das hatte eben mit den klassischen Schadstoffen Schwefeldioxid, Stickoxide aus den großen Schornsteinen der ja immer noch gut laufenden Braun- und Steinkohlekraftwerke zu tun. Und bevor wir das machten, haben wir uns gut ein halbes Jahr Zeit genommen, um alle naturwissenschaftlichen Gründe, soweit wir das in der Zeit schaffen konnten, für Schwefeldioxid auch die Techniken kennenzulernen. Also ich glaube, ich bin manchmal mehr durch Entschwefelungsanlagen gekrochen, als durch die Bürokratien gegangen, die ja eigentlich eher mein Metier wären für Untersuchungen, um ernst genommen zu werden. Dadurch haben wir auch bessere Antworten bekommen, weil die sahen, die verstehen was von der Sache. Also und das wiederum – ich höre zu dem Punkt auf – konnte man eigentlich nur am Wissenschaftszentrum machen, weil das hätte ein anderer finanzieller Förderer nicht mitgetragen, dass er mich erst als Politologe sozusagen fast ein halbes Jahr ausbilden muss in SO₂, was ich nachher wieder zurücklassen muss, weil ich bleib ja weiterhin Politologe, hab da ein ganz nettes Hintergrundwissen, hab dann aber schon wieder mit Nitraten und anderen Themen zu tun. Und das konnte sich sozusagen das Wissenschaftszentrum leisten, uns immer diese Zusatzausbildung mitzufinanzieren.</p>
00:22:06	00:25:06	<p>Langsdorf: Also das waren sozusagen Themen, die für das Wissenschaftszentrum besonders wichtig schon waren. Was waren die Themen, die für diese unabhängigen Institute wichtig waren? Weidner: Bei den unabhängigen in der Zeit war es ja doch am Anfang im Wesentlichen Fragen der Kernenergie, ja? Wyhl und anderes, also da haben die sich sehr drauf kapriziert. Das hatten wir im Wissenschaftszentrum aus verschiedenen Gründen nicht zu einem besonderen Punkt unserer Forschung gemacht, weil wir gesagt haben, wir werden uns mit den klassischen Umweltproblemen beschäftigen, also eine der üblichen Schadstoffe und Medien. Und Kernenergie ist so ein Bereich für sich und damit beschäftigen sich auch schon andere sehr viel länger. Die haben damit auch sozusagen Pioniervorteile im Vergleich zu uns und das überlassen wir denen weitgehend. Also wir haben auch schon Umfragen gemacht über Einstellung zu Kernenergie und Protesten und Ähnlichem mehr, aber das war ein Gebiet sozusagen für die anderen Institute, die dann auch stärker in Bereiche hineingingen wie Luftverschmutzung, vor allen Dingen wegen der Waldsterbensdiskussion, anfangs städtische Verschmutzung, Pseudokrapp und Ähnliches war immer ein großes Thema mal eine Zeit lang, dann Wasserverschmutzung. Also mehr sozusagen, was auf den Nägeln brannte. Und das ist ja auch OK so. Es waren ja auch Institute, die Probleme lösen wollten, die auf den Nägeln brannten, während im Wissenschaftszentrum hatten wir so einen kombiwissenschaftlichen Ansatz. Es sollten praxisrelevante Themen sein, also nicht reine Grundlagenforschung, die sich irgendwann mal als interessant erweist, aber doch immer grundlagenorientiert, wo man auch einen langen Atem hat und nicht nur schnell auf ein Thema, das jetzt brennt, weil in Berlin vielleicht in der Innenstadt zu viel Staubemissionen oder so etwas sind, sondern immer mit Grundlagen auch verbunden Grundlagenforschung unserer eigenen Forschungsansätze. Dass wir sagen, wir wollen auch dafür was lernen. Ist hier die quantitative Methode besser geeignet oder mehr die Interviewtechnik und Ähnliches mehr. Also insofern hatten wir auch, dann auch immer doch schon andere Themen als die anderen Institute und ich denke, das war eine vernünftige, gute Ergänzung. Wir haben uns, glaube ich, nie als Konkurrenten in diesem Feld gesehen, sondern wenn man, wie wir eben auch, doch umweltengagiert war, war</p>

		man ja froh, dass es die vielen anderen gab.
00:25:06	00:28:30	Langsdorf: Das WZB wurde 1969 gegründet. Bei uns in diesen Interviews haben die Zeitzeugen, die selbst aus unabhängigen Instituten kommen, häufig gesagt, die Öffentlichkeit war für sie sehr wichtig. Beim WZB stellte sich das nun ein bisschen anders da. Die Gründung war sehr umkämpft, die Universitäten haben sich gewehrt. Sie selbst haben am Otto-Suhr-Institut studiert. Dort war der Widerstand besonders groß. Traditionell natürlich ein Institut, an dem Widerstand gelebt wird, sagen wir es so. Und wie haben Sie die Gründung des WZB wahrgenommen? Weidner: Ja. Im Grunde genommen fand ich es schon interessant, dass ein Institut gegründet werden sollte, das sich neuen gesellschaftlichen Themen schneller widmen sollten, als die Universitäten das machten, weil es gehört auch heute noch bei aller Forschungsneugier und sonstigen Argumenten, die man bringt, warum Forschungsprojekte gemacht werden, es hatte auch etwas mit Karriere und Pfadabhängigkeiten zu tun, weil man dazugehört und so weiter und das braucht eine gewisse Zeit. Und da sollte das Wissenschaftszentrum schneller sein, die Sachen rausnehmen. Und das gab natürlich Kritik vor allen Dingen, ich glaube nicht so sehr wegen der Öffentlichkeit, wir waren nicht viel unöffentlicher als Universitäten, weil wir ja auch alles veröffentlichen mussten. Ich glaube, die Kritik war eher, die Universitäten litten schon auch an finanziellen Engpässen und das Wissenschaftszentrum war besonders in der Anfangsphase recht gut ausgestattet. Um es mal so zu sagen, ich habe ja auch davon profitiert, also das war, ich will jetzt nicht sagen Neid, sondern berechtigt sozusagen, sind ja auch öffentliche Mittel und wir brauchten eher mehr und jetzt schneidet man uns noch was weg, um so ein quasi elitären Institut, das war dann der zweite Kritikpunkt, dass es etwas Elitäres hatte und Elitäres ist ja oft damit verbunden, dass es von den Problemen, die es auf dem Boden gibt, eher weiter entfernt ist als dichter dran ist. Also das waren am Anfang die Hauptargumente, aber das hat sich geändert und zwar relativ schnell. Und da fällt mir immer dieser Spruch ein des inzwischen verstorbenen Dichters Robert Gernhardt "Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche". Also die ganz großen Kritiker wurden dann ganz schnell auch Professoren, sobald eine Stelle frei war am Wissenschaftszentrum Berlin und so weiter und dann gab es so was wie ein stärkeres, ja, Austausch. Alle unsere Direktoren sind ja irgendwo, mit ganz geringen Ausnahmen, Professoren auch gleichzeitig an den Universitäten in Berlin, meistens FU, Humboldt und TU und von daher ist dann / diese Kritik hat es dann irgendwann überhaupt nicht mehr gegeben.
00:28:30	00:30:26	Langsdorf: Also das WZB ist dann irgendwann angekommen. Weidner: Ja ist so Mainstream im Grunde genommen geworden. Und es hat ja auch bestimmte Zyklen in der Entwicklung gehabt hinsichtlich, nicht seines Forschungsstils, würde ich mal sagen, sondern seines Umgangs mit der Öffentlichkeit. Am Anfang waren wir eher so doch noch sehr klassisch wissenschaftlich, wo wir sagten, wir machen gute Forschung. Die ist auch sehr kompliziert und ist auch stärker – auch wenn wir uns mit realen Problemen beschäftigen – stärker an Wissenschaftler adressiert. Die sollen sich das angucken in den bestimmten Spezialzeitschriften, wo nie ein normaler Mensch reingucken würde aus verschiedenen Gründen, auch weil sie sehr teuer sind. Inzwischen so teuer, dass wir das auch kaum noch können. Also das hat sich dann geändert, dass über verschiedene Präsidenten und Präsidentinnen, die wir hatten, die einen anderen Stil hatten bis zur jetzigen, kann ich ja sagen, Frau Allmendinger, die ja eine offensive Öffentlichkeitspolitik hat und ihre Mitarbeiter, zu denen ich auch mal gehörte, eher drängt nach außen zu gehen, das darzustellen, verständlich zu machen und das ist nach einiger Kritik eher von uns Älteren würde ich mal sagen, die anderes gewohnt waren und größere Umstellungsschwierigkeiten hatten, sehr gut angenommen worden. Ich bin auch froh, dass dieser Weg gegangen wurde. Also fiel irgendwann auch dieses Argument weg, dass das doch mehr so Elfenbeinturmforschung ist und dann, im Augenblick ist es im WZB, kriegen manche mehr Informationen als sie vielleicht haben wollen.
00:30:26	00:35:06	Langsdorf: Sie selbst sind 1978 ans WZB gekommen, aber genauer genommen ans Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft. Das Institut hatte ein Jahr zuvor seine Arbeit aufgenommen, ist das richtig? Weidner: Ja. Langsdorf: Wir hatten nämlich zwei verschiedene Quellen gefunden. Können Sie etwas über die Gründungsgeschichte des IUUG speziell erzählen? Weidner: Die hatte so / Also es gab ja / das Wissenschaftszentrum hat heute eine andere Struktur. Es sind kleinere Forschungseinheiten als damals. Damals hieß es ja schon internationales Institut und das signalisiert ja auch, dass es etwas Größeres war so mit 15 bis 20 Mitarbeitern, Ähnlichem mehr. Und davon gab es schon drei, vier andere Institute, wie das Institut für Management und Verwaltung und anderes, wo es große Namen gab, die Direktoren waren, wie Fritz Scharpf beispielsweise. Irgendwann war man auch der Meinung, das Umweltthema wäre fällig und zwar als

		<p>sozialwissenschaftliches Umweltthema, weil sich technische Universitäten damit schon beschäftigt haben und sozialwissenschaftlich in der Hinsicht, dass es Konflikte systematisch aufnimmt und thematisiert, die mit den Umweltfragen verbunden sind. Das hieß gleichzeitig, dass es kein Institut sein sollte, das von Ökonomen oder Juristen dominiert ist, obwohl wir mit ihnen auch kooperierten. Im Institut hatten wir dann auch einen Juristen und mehrere Ökonomen, aber im Grunde genommen ging es mehr um eine sozialwissenschaftliche Perspektive, die stark eben auf Akteure, Konflikte und Politisierung und so was gerichtet war. Das ist damals stark lanciert worden, ich würde mal sagen, weil es immer noch eine Reformeuphorie würde ich mal nicht sagen – aber es war eben damals so bei der modernen Sozialdemokratie und den damals ganz anderen Liberaldemokraten, die dachten eben, wir lassen uns von der Wissenschaften beraten und zum Guten und das bringen wir dann rein und wir ändern das Industriesystem und den Kapitalismus, dass es für alle ein bisschen besser wird. Das war so auch ein großer Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten staatlicher Steuerung. In diesen bin ich ja auch noch aufgewachsen, also dass doch mehr so regulative <i>Command and Order</i> und <i>Control</i>-Instrumente, wo man sagt, das ist die Norm, die muss erreicht werden und wenn nicht, dann gibt es Sanktionen und gegen Verhandlungslösungen wehrte man sich, weil man sagte "das geht doch gar nicht, es geht doch um lebenswichtige Güter, die darf man nicht verhandeln" und die Umweltorganisationen fielen gleich in Ohnmacht, wenn sie hörten, da soll ein ökonomisches Instrument eingeführt werden. Da hieß es "Verpreisung der Gesundheit", "Monetarisierung unserer Ökologie" und so weiter. Also insofern, inzwischen sind sie ja die stärkeren Forderer solcher Instrumente als die aus dem Wirtschaftssystem selbst, wo man es erwarten sollte. Also das kam alles hinzu, diese doch sozusagen staatlich gelenkte gedachte Reformfreudigkeit, und das sollte auch im Umweltbereich dann so gemacht werden. Lass uns das entdecken und dann sagen wir unserer Industrie auch, wie sie es unter vernünftigen Kosten-Nutzen-Relation machen können und dann haben wir auch weltweit / wir sind ja ein starkes Exportland, immer stärker auch als Japan, die aber viel mehr Umweltpolitik auch schon damals betrieben unter dem Aspekt, die anderen könnten mal unsere Produkte nicht mehr ins Land lassen mit Umweltargumenten, ja? Dem haben sie vorgebeugt. Und das sah man bei uns auch, also sozusagen, ich würde mal sagen so eine intelligente, engagierte Umwelttechnokratie, so würde ich es heute beschreiben, gab es. Und die hat es eben sehr stark gefördert. Und dazu sollte dann das Wissenschaftszentrum auch seinen Beitrag leisten.</p>
00:35:06	00:39:59	<p>Langsdorf: Sie hatten schon ein bisschen erläutert, inwieweit sich das IIUG unterschied zu dem WZB, wie es heute organisiert ist, also nicht mehr in dieser Institutsstruktur. Wie kann man sich das vorstellen, was würde, wenn das IIUG heute noch bestehen würde, es von anderen Instituten unterscheiden? Weidner: Sie meinen jetzt von anderen Instituten? Langsdorf: Von anderen Instituten, die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung machen. Weidner: Ja. Ich glaube immer noch dieser lange Atem bei Forschungsprojekten. Wir hatten natürlich auch immer eine Mischung, weil das geht nicht, dass man immer nur Riesenprojekte hat. Dann kann man nur ein oder zwei machen, weil es gibt auch Fragen, die mal so für sich interessant sind, auch indem man eben zwei Jahre mal forschen will. So etwas hatten wir auch. Aber die Grundidee war immer, die Hauptmittel gehen hinein in diese großen Projekte. Wir nannten das also die "Dreimaster", die Gorch Focks, die Großen und dann hatten wir Kanufahrer und tolle Motorbootfahrer und andere, die mal schnell und flexibel in andere Kanäle hineinfuhren und es sollte aber alles irgendwie immer zusammenpassen. Und wenn es nicht passte, dazu sind wir ja Spezialisten, um es dann argumentativ passend zu machen. Aber das lief so. Und dass wir nicht nur der lange Atem, dass man sich damit beschäftigen konnte, sich also auch in die Grundlagen bestimmter Gebiete einarbeiten konnte, die nicht zum üblichen Aufgabentableau von Politik- oder Sozialwissenschaftlern gehören und es gehörte dazu, dass wir riskante Projekte machen konnten. Also da kann ich auch Beispiele dafür geben. Wir konnten Projekte machen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit scheitern konnten, weil – ich mach es plastischer – ich war mal beteiligt an einem sogenannten alternativen Konfliktregelungsverfahren bei Müllverbrennungsanlagen. Müllverbrennungsanlagen waren mal in den achtziger Jahren sozusagen fast stärker thematisiert als Kernkraftwerke, weil ja die Republik damit überzogen werden sollte als eine intelligente Lösung, um den Abfall wegzubekommen und dabei noch Energie zu erzeugen und viel Geld zu verdienen. Und da gab es dann viele Proteste gegen und dann fragte man sich, gibt es nicht Möglichkeiten, dass die Streitparteien außerhalb dieser auch strangulierenden rechtlichen Regelungen auch mal zusammenkommen und sagen, wozu sie bereit wären und was man machen könnte, ob vorher nicht doch viel mehr Recycling noch gemacht werden sollte und Ähnliches mehr. Und das nannten</p>

		wir eben nach diesen amerikanischen Modellen Mediationsverfahren. Dafür bekamen wir viel Drittmittelgeld, um so ein Projekt zu initiieren zu einem konkreten Fall, eine Müllverbrennungsanlage, die gebaut werden sollte im Kreis Neuss damals. Die Stadtkämmerer und alle sagten zu, dass sie uns unterstützen würden, aber wir wussten nicht, ob die Streitparteien, auch die vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen, ob das nun BUND oder andere waren, ob die sagen würden "da machen wir überhaupt mit". Und das ist ganz schwer für Drittmittelgeber sozusagen, wenn man ihnen sagen würde, "gib uns ein paar Millionen, aber es kann sein, dass wir euch das Geld schon in einem halben Jahr zurückgeben zum großen Teil, weil es nicht klappt". Das können die gar nicht kammeralistisch verrechnen und Sie kennen das, was es dann für Schwierigkeiten auf dann Ministerebene oder sonst wo gibt. Und das konnte das Wissenschaftszentrum. Also da hatten wir Mechanismen, um das auszupuffern und dann Folgeprojekte und noch so etwas zu machen. Also nochmal, man hatte die Möglichkeit auch interessante Fragen anzugehen vor dem Hintergrund, dass das relativ schnell in die Hose gehen konnte. Und das empfand ich als einen großen komparativen Vorteil des Wissenschaftszentrums gegenüber anderen Institutionen.
00:39:59	00:43:54	Langsdorf: Das IIUG wurde dann ja geschlossen oder hat sich aufgelöst in der Struktur des WZB mit dem Umzug ans Reichpietschufer. Was können Sie uns über das Ende des IIUG als solches erzählen, denn so, wie Sie es darstellen, hört sich das ja nach einem Konzept an, das müsste es eigentlich heute noch geben. Weidner: Ja. Ich finde das natürlich, aber das ist, wie man sagt pro domo gesprochen. Also man soll nicht die Frösche fragen, ob der Sumpf trockengelegt werden soll. Die Antwort ist bekannt. Also natürlich, ich fand immer, dass solche Institute eher hätten ausgebaut werden sollen. Nur ich fand auch, dass ich, wie auch etliche andere, gute Gründe dafür hatten. Es hatte aber mit der Gesamtstrukturänderung des Wissenschaftszentrums zu tun. Wir waren vorher durch die Entstehungsgeschichte, gab es eine Villa im Grunewald, da war die Zentrale. Dann gab es am Bundeskartellamt Räume angemietet für das Internationale Institut für Verwaltung, dann woanders wieder am Steinplatz gegenüber von der TU auch Räume angemietet für ein anderes internationales Institut und wir waren am Reichpietschufer / Nein wir waren an der Potsdamer Straße und hatten uns da eingemietet und das sollte alles in einen Bau, den es ja jetzt gibt, diesen wunderschönen Bau am Reichpietschufer zusammengeführt werden, und da wurde auch gleich gesagt, wir müssen jetzt mal eine Strukturänderung machen. Die Institute sind zu groß und diese Größe behindert auch ein wenig die Flexibilität, wir brauchen kleinere Einheiten, die dann wieder zu Forschungsschwerpunkten zusammengefasst werden und sich dann ergänzen sollten. Und so wurde dann, das betraf eben nicht nur die Umwelt, aus dem Institut dann das Institut für Normbildung und Umwelt, so nannten wir uns, weil wir uns dann mehr darauf kaprizierten wie umweltpolitische Normen und Regelungen zustande kommen, auch Werte, Präferenzen. Und dann gab es Arbeit, das machte Frieder Naschold und andere. Und wir kamen dann alle zusammen in ein Schwerpunkt, der heißt TAU, Technik, Arbeit, Umwelt. Damals gab es noch nicht so viel die klassische Nachhaltigkeitsdiskussion à la Brundtland, was sozusagen das Nachhaltigkeitskonzept von dem konventionellen Umweltpolitikkonzept unterscheidet, nämlich auch Ökonomiebeachtung und soziale und so etwas alles. Das hatten wir damals schon in einer gewissen Weise dadurch dann, dass es Institutionen gab, die sich mit diesen anderen wichtigen Themen wie Ökonomischem und Sozialem beschäftigten und das hat dann auch zu Forschungs Kooperation innerhalb des Wissenschaftszentrums geführt. Wir hatten da ein großes Projekt zu Arbeit und Umwelt unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten, wo verschiedene Abteilungen des WZB kooperierten und ich betone das, weil fast alle Insider, die dann aus Universitäten oder woher kommen, wissen, es ist viel schwieriger innerhalb einer eigenen Institution zu kooperieren, als mit Leuten von draußen, aus verschiedenen Gründen. Ein Grund ist vielleicht, man kennt die Leute zu gut und sagt "mit allen, aber nicht mit dem". Also auch das hat damit zu tun. Aber wir hatten das. Also das war eher eine neue Welle sozusagen der Dezentralisierung, dass man sagt, das wäre jetzt so en vogue.
00:43:54	00:48:13	Langsdorf: Also die Umweltthemen wurden in der Folge in verschiedenen kleineren Projekten bearbeitet, aber wurde nach dem Umzug noch genauso viel Umweltpolitikforschung gemacht wie davor? Weidner: Nein, nicht mehr von der Quantität. Wir hatten immer noch weiterhin die Philosophie, ein bis zwei sehr große Projekte, wo unser Hauptteil unseres Abteilungsbudget hineinging. Das machten wir auch weiter. Das betraf beispielsweise ein großes Projekt zu einem gentechnologischen Diskurs über herbizidresistente Pflanzen. Das machten Kollegen von mir. Professor van den Daele und mein Kollege Hans Joachim Fiedler und Psychologe und ich, wir machten dann dieses große, über vier Jahre laufende Mediationsprojekt. Also so etwas. Und dann hatten wir noch verschiedene andere, kleinere Projekte, aber nicht mehr diese Breite. Und das

		<p>hatte auch schon etwas Bedauerliches, vor allen Dingen, weil wir früher mehr ökonomische Forschung haben und ich finde Politologen sind immer noch den Soziologen und den eher Ökonomen, weil die einen breiteren Blick, am nächsten. Und davon haben wir doch viel gelernt. Insofern sind durch diese Änderungen von Strukturen auch so bestimmte Themen ja so wegdiffundiert, ohne dass sie gekappt wurden, dass man sagt, das ist jetzt nichts mehr. Man hatte nicht mehr die Ressourcen dafür und die ich bis heute für wichtig halte und von denen ich glaube, dass es etwas damit zu tun hat, dass sie nicht richtig beachtet werden, denn da war das Wissenschaftszentrum damals sehr stark in Fragen der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit. Das war ein Urthema bei uns, also bei jedem neuen Regelungsinstrument, das eingeführt wurde, wurde gefragt, was hat das für Verteilungswirkung für die Armen, für die Reichen, für die anderen, wie wären die Widerstände und so was alles? Wenn man das schon bei der Energiewendepolitik früher gehabt hatte, wo das sozusagen immer schön geredet wurde, so ist meine Erfahrung, dann hätte man jetzt nicht diese Art teilweise populistischen Aktivitäten, die man hat, um zu begründen, warum man weniger Macht im Grunde genommen / Wenn man eben weniger Wende machen, weil bestimmte Gruppen das nicht mehr so mögen und begründet das jetzt mit solchen Fragen der Zukunftsgerechtigkeit und Verteilungsfragen, weil alles so teuer wurde. Das wusste man vorher alles, ja? Leider haben auch Grüne und andere, die sich sonst Verteilungsgerechtigkeit auf die parteipolitischen Fahnen schreiben, das beiseite gedrückt, weil man sagt "das ist zu kompliziert", so ist meine Erfahrung. "Das zu kompliziert, und jetzt sind wir froh, dass wir endlich hier das Einspeisungsgesetz durch haben und dass Solar gefördert wird und wenn wir jetzt mit diesen Sachen ankommen, dann kann es nach hinten losgehen". Wenn die merken, dass tatsächlich doch eher die, wollen wir sagen, die weniger Geld haben mehr dafür bezahlen müssen, dass wir eine Wende haben. Das waren so diese Einstellungen. Das hatte damit auch zu tun, dass sich Ökonomen auch nicht mehr so dafür interessierten, da gibt es eben andere Karrierepfade, mehr spieltheoretische, sonstiges und eben die Ökonomen des Wissenschaftszentrums nicht mehr da waren, die sich damit wirklich ganz toll beschäftigt haben. Also insofern hat auch so eine Strukturänderung nicht nur quantitative Auswirkungen, dass also weniger in der Breite gemacht wird, sondern dass auch bestimmte Themen da nicht mehr so zur Geltung kommen. Also das würde ich als doch Nachteil auch solcher Strukturänderungen sehen. Ansonsten in der Balance wäre ich neutral, würde ich sagen. Das hat auch Vorteile, dass es so etwas gab, dass wir stärker dezentralisiert haben.</p>
00:48:13	00:50:45	<p>Langsdorf: Sie waren auch zur Wendezeit in Berlin am WZB tätig und wie hat sich dann im Grunde ja nur zwei Jahre später die Landschaft der Umweltpolitikberatung durch die Wiedervereinigung geändert? Hat man das am WZB gespürt? Weidner: Ja, das haben wir. Also Umweltpolitikberatung, doch. Wir haben das mehr im wissenschaftlichen Bereich Umweltpolitikforschungsberatung, wenn man so sagen will, gemerkt, weil es gab ja schon etliche Kollegen in der DDR, die sich mit Umweltfragen beschäftigt haben. Das war ja auch damals schon wie in anderen osteuropäischen Ländern damals vor dem Fall des Eisernen Vorhangs, Polen und anderen, wo man sozusagen in der Form von Diskussionen und Quasiwiderstandgruppierungen zusammenkommen konnten unauffälliger, indem man sich mit Umweltfragen beschäftigte. Und da konnte man auch gleich Systemfragen stellen. Die liegen bei Umwelt ja nah. Wenn man so Energie ohne ressourcenverschwendend ist, weiß man, dass es irgendwann nicht mehr gut gehen wird. Das wurde mit thematisiert. Insofern war Umwelt auch immer politisiert dort. Aber man hatte dort eben doch nicht den Zugang zu all den internationalen Dokumenten, die wir hatten, die Netzwerke, die man mit ausländischen Kollegen hat und Ähnlichem mehr. Und da haben wir doch viel getan, indem wir Kollegen aus der DDR eingeladen haben als Gastwissenschaftler bei uns tätig zu sein, damit sie dann ihre Netzwerke bei uns auch mitknüpfen können und dass wir auch oftmals hinausgegangen sind, um dort nicht nur über Vorträge, sondern auch über andere Mechanismen zu helfen, um sie auf den Stand sozusagen der modernen Forschung zu bringen. Und in der Hinsicht hatten wir dann auch mit Umweltpolitikberatungsinstitutionen zu tun, weil ja vieles abgebaut wurde und etliche Wissenschaftler dann eben selbst Institute gegründet haben.</p>
00:50:45	00:54:33	<p>Langsdorf: Gab es in den Jahren sozusagen seit der Wende bis heute noch tiefe Einschnitte für das WZB und wo würden Sie das WZB heute sehen im Gegensatz vielleicht zu den Anfängen? Weidner: Also tiefe Einschnitte im WZB insgesamt nicht. Also ich glaube, das hat mit seiner Struktur- und Öffentlichkeits- und sonstigen Politik eigentlich sich als sehr überlebensfähig erwiesen. Ich glaube, es hat eher Zuwächse zu verzeichnen. Bekommt auch immer ganz wunderbare Evaluationen, die ja unabhängig sind, was sehr hilfreich ist. Wenn ich den Umweltbereich hineinnehme, dann ist es</p>

		<p>ganz fürchterlich gelaufen. Es gab immer im Wissenschaftszentrum, jetzt hebe ich erst mal den positiven Grundgedanken hervor, immer diese Idee, überall gibt es so Beharrungskräfte und Pfadabhängigkeiten, wenn man sich mit irgendwas beschäftigt hat, hat man es lieb gewonnen und es wird ja auch einfacher und man will sich nicht davon trennen und sagt "Nein, da muss man noch forschen". WZB hat immer gesagt, irgendwann muss man Themen auch mal abschließen. Und so kam es dann auch bei Umweltsache und zwar mit dem Argument, wir haben jetzt so viele Jahre hier Umweltforschung betrieben und eigentlich haben wir die wichtigsten Probleme, die damit verbunden sind, haben wir beackert und weitgehend auch vernünftige Antworten dazu gegeben. Der Meinung war ich nie. Wir waren auch der Meinung, dass es jetzt nicht mehr die klassische Umweltproblematik ist, die was mit Abgasen aus Autos und so etwas, sondern eher die globale Dimension viel stärker eine Rolle spielt, als sie am Anfang gespielt hat. Da hatte man doch stark nationale Länderperspektiven und hat gesagt, was lernen wir von den anderen, wie reagieren die, aber immer Deutschland oder andere Länder im Zentrum. Jetzt sieht man doch, vieles kann man nur noch im Verbund machen, entweder über internationale Institutionen oder aber, weil es grenzüberschreitende Probleme sind wie im Klimabereich ganz offensichtlich. Und Nachhaltigkeit, wo wir gesagt haben, diese Frage, nicht nur wie kriegen wir die Umwelt wieder sauber, sondern wie bekommen wir dafür auch ein faires Verteilungssystem, das die sozialen Fragen vernünftig – und das heißt fair – gelöst werden und somit dann auch langfristig auf politische Akzeptanz stoßen und nicht erst mal nur kurzfristig, indem man den Leuten Sand in die Augen streut und sagt, das ist alles gut und weil es für die Umwelt ist, wirst du dann später und deine Kinder auch mal von profitieren, weil irgendeiner bezahlt die Zeche erst mal. Also, dass man sich mit diesen Sachen stärker auseinandersetzt vor dem Hintergrund, aber nun ist es mal so, wenn erst mal signalisiert wird, wir haben sozusagen alles erforscht, was wichtig ist, dann kann man davon nicht mehr runter. Dann gab es so eine Dynamik, weil natürlich stehen schon immer andere Kollegen mit einem Fuß in der Tür und sagen "Ich hab aber ein viel attraktiveres und wichtigeres Thema" und so kam es dann, dass Umweltforschung im Wissenschaftszentrum im Grunde genommen mit mir ein Auslaufmodell wurde. Ich weiß gar nicht, ob man es jetzt – also man wird es immer mal machen sozusagen als Annex, wenn sich es anbietet, aber hat keine Relevanz mehr.</p>
00:54:33	00:57:17	<p>Langsdorf: OK, schade. Ein ganz anderes Themenfeld: Sie waren lange am WZB, sind wieder am FFU, kennen aber die gesamte Berliner Szene. Gibt es eine Berliner Schule für Umweltpolitik? Weidner: Ja. Ich gehöre zu denen, die das mal mitgeprägt haben, die Berliner Schule der Umweltpolitikanalyse, so genannt. Man sucht ja immer auch, um sich von anderen abzugrenzen nach besonderen Metaphern und Worten und darüber haben wir mal nachgedacht als Martin Jänicke der damalige Leiter des Forschungszentrums – jetzt muss ich überlegen – entweder 60 oder 65 Jahre alt wurde, dann gab es die übliche Festschrift und da haben wir das dann hineingeschrieben. Mein Kollege Lutz Mez und ich waren Herausgeber dieser Festschrift und in die Einleitung haben wir das dann hineingeschrieben und wir haben es begründet, weil man macht sich lächerlich, wenn man irgendetwas eine Schule nennt, was gar keinen systematischen roten Faden hat in der Forschung oder wo nur zwei oder drei Leute ein bisschen rumkrepeln. Das sollte man nicht Schule, sondern Kinderladen oder Versuchslabor oder sonst irgendwie nennen. Also wir waren schon vorsichtig, aber da war sozusagen quantitativ die Masse da. Hat ja teilweise zwanzig, dreißig Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dort. Und immer auch diese Linie, praxisrelevante, international vergleichende Forschung. Also fast jedes Projekt ist irgendwie international vergleichend dort am Forschungszentrum. Und das unterscheidet es doch stark von anderen Institutionen, auch in der Bundesrepublik. Und deswegen haben wir diese Art der Forschung Berliner Schule der Politikanalyse genannt und was dann viel wichtiger ist, man setzt ja diese Worte sozusagen diese Worte wie Kinder in die Welt und die können ja auch schnell abgewatscht werden. Nein, das wurde aufgegriffen, auch von anderen und das stabilisiert das dann, dass dann Amerikaner und Schweden dann schrieben "Ja, und in der Berliner Sch..." / auch kritisch sozusagen, aber das wurde als Terminus aufgenommen, sodass es inzwischen auch Bestand hat und schon auch eben einen besonderen Typus bezeichnet und das ist der, international vergleichend und möglichst immer praxisrelevante Themen heranzuziehen.</p>
00:57:17	01:02:21	<p>Langsdorf: Und das würden Sie auch heute als bezeichnend sehen? Weidner: Ja, das sehe ich immer noch so. Langsdorf: Dann noch eine weitere Frage, wir neigen uns ja dem Ende ein bisschen zu zeitlich, die auch im Grunde den Blick von oben ein bisschen verlangt. Wie haben Sie aus dem IIUG – wir haben vorhin schon mal kurz darüber gesprochen, aber damit wir das noch mal in einem Block haben – wie haben Sie aus dem IIUG beziehungsweise dem WZB heraus oder auch aus der</p>

		<p>FFU heute die unabhängigen Umweltforschungsinstitute betrachtet? Also im Sinne von wie wurde deren Gründung wahrgenommen? Positiv, negativ? Weidner: Also das, nicht weil ich jetzt hier einem solcher Institute sitze, ich muss da keine Angst haben und würde auch schon harsche Kritik üben, wenn es die wäre. Aber nein, es war ja so, damals am Anfang war ja die Umweltforschung sozusagen ein ganz schwacher Zweig aller möglichen Forschungen, die es so gab und dann die sozialwissenschaftliche Umweltforschung war noch mal schwächer als die rein juristische und dann die technische und Ähnlichem mehr, sodass man immer froh war, wenn es mehr gab, die sich damit beschäftigten. Als Konkurrenz, das hatte ich, glaube ich, schon gesagt, haben wir das nicht so wahrgenommen, weil wir eben doch auch andere Mittel hatten und andere Themen, die sich vielleicht auch eher ergänzt haben. Aber wir waren an den Themen auch interessiert, die dann von diesen Instituten bearbeitet wurden, erstens. Zweitens wussten wir, dass es, alleine von den Theorieansätzen, die wir selbst mitentwickelt haben, nämlich vom Kapazitätsansatz, wo wir sagten, Umweltpolitik, um gut zu sein, braucht Kapazitäten. Und eine Kapazität ist kognitiv-informationelle Kapazität. Also wenn man das nicht hat, dann hilft alles nicht, was man über Instrumente und weiß, wenn man es nicht im Gehirn auf die Reihe bringen kann, das in Strategien zu bringen, in die Forschung und in die Öffentlichkeit zu lancieren und so weiter, dann steht man vor Datenbergen und kommt da nicht zurecht. Und das haben diese Institutionen doch gut drauf gehabt, also dass sie zwar solide auch die Informationen haben. Die waren teilweise wirklich wie bei anderen konservativen Instituten überhaupt nicht angreifbar, aber sie dann politisiert haben und sie geschickt eingebunden haben. Und für Leute wie uns da auch am Wissenschaftszentrum und dann an der FFU ging es ja eigentlich auch darum, dass wir immer wollten, dass es umweltpolitische Fortschritte gab. Es gab Zeiten, das kann man sich heute nicht mehr vorstellen, wo wir kamen und sagen "hast du gehört, da ist jetzt der SO₂-Trend zurückgegangen". Also da waren wir ganz begeistert und wir dachten natürlich, dazu haben wir auch beigetragen. Also diese Illusion muss man sich immer aufrechterhalten, obwohl ich da sehr, sehr bescheiden bin von dem, was Wissenschaft wirklich anrichten kann, also vielleicht sogar eher Schäden als Gutes. Aber so über die vielen Jahre ist dann doch das ein oder andere mal hängengeblieben. Insofern keine Konkurrenz, sondern eher auch Interesse, dass das ein Aufwuchs erfährt, weil – das sage ich jetzt mal so – wenn es viele gibt, die sich damit beschäftigen und zwar in ähnlicher Weise, ist es ja auch gleichzeitig sozusagen eine Rückspiegelung dahingehend, dass man selbst auf dem richtigen Dampfer gewesen ist. Also auch vor diesem Hintergrund haben wir das, also ich will jetzt nicht "wohlwollend" sagen, das hört sich so gönnerhaft an, aber mit Freude beobachtet, wie sie die Sachen entwickeln und noch mehr haben wir uns gefreut, dass ehemalige, sagen wir sehr kritische Personen später nicht mehr umhin konnten, von diesen Institutionen, die sie vorher als unwissenschaftlich diskriminieren wollten, die mit einzubeziehen, weil sie sonst in der Öffentlichkeit nicht glaubwürdig waren. Also bei Energie- und Kernenergiefragen war das dann eindeutig. Da musste das Öko-Institut und alle dazu und viele auch in den entsprechenden Bundesministerien, denen war das gar nicht recht, solche Institute mit / Inzwischen sind die ja auch fast ein Herz und eine Seele geworden, also da ändert sich ja auch / Manchmal sogar ein bisschen zu sehr. Ich würde was Konfliktthafteres wäre mir lieber als etliche der jetzt so kooperativen, <i>cosy relationships</i>, die es gibt, aber das ist mehr mein persönlicher Stil, den ich vielleicht als Rentner noch mehr ausleben kann.</p>
01:02:21	01:07:37	<p>Langsdorf: Wie schätzen Sie denn / Da würde ich gerne gerade noch mal drauf eingehen. Wie schätzen Sie die Zusammenarbeit der unabhängigen Institute mit den staatlichen Stellen ein? Wir nennen die einfach immer unabhängige Institute, aber wie unabhängig sind sie tatsächlich Ihrer Einschätzung nach? Weidner: Also da würde ich jetzt sehr vorsichtig sein wollen, einfach alleine weil ich finde, solche Fragen müssen wissenschaftlich untersucht werden, ehe ich da was sage. Und da will jetzt nicht atmosphärischer sagen, da würde ich sagen, da gibt es solche und solche. Also es gibt schon manche, wo man sagt, die sind ein bisschen zu nah und da weiß man auch, warum die immer die Drittmittel bekommen und die anderen eben weniger und so etwas. Also da gibt es schon auch Seilschaften und sonst irgendwas. Das ist aber nicht nur in der Wissenschaft, das ist überall im Leben so etwas. Generell würde ich nur etwas sagen, das hätte ich nicht so erwartet, weil ich gehörte zu denen, die am Anfang, wenn sie gefragt wurden, was ist denn zum Beispiel in der Umweltpolitik besser für den Fortschritt, wenn es konflikthaft zugeht oder wenn es Konsens und Kooperation gibt? Und dann sagte ich immer, ist unterschiedlich, erst mal brauchst du Konflikte, damit die anderen, die was verändern wollen, stark genug werden, die anderen unter Druck / Und dann <i>à la longue</i> braucht es Kooperation und Konsens, sonst gibt es immer Konflikt wie in den USA mit den Umweltorganisationen und es setzt sich wenig in die Politik um. Und das</p>

		<p>hatten wir in der Bundesrepublik, also dass da sozusagen diese konfrontativen Sachen sich verändert haben. Ich merkte das, wenn ich mit Kollegen aus dem Ausland beispielsweise in Organisationen ging wie das Umweltbundesamt. Da sagten die nachher zu mir, meine ausländischen Kollegen, "Ja, war das das Umweltbundesamt oder <i>Headquarter</i> von Greenpeace?" Weil der Typus, der dort war, war nicht der Beamtentypus wie man ihn noch teilweise in London oder Washington vorfand. Und es gibt auch viele Ausleihe, dass man vom Öko-Institut, vom Wuppertal Institut und die sitzen da auch mal im Umweltministerium und all so etwas und haben gemeinsam studiert. Und das hat auch viele Vorteile. Es hat aber etwas, wie gesagt, ab und zu braucht es doch mal einen Stachel. Auch wider die Obrigkeit, wenn man so will. Und dieses, dass man sagt, es gibt gar nicht mehr so den Staat, der steuern kann, sondern alles ist Governance, weil irgendwie gehört die Zivilgesellschaft alle dazu und Verhandlung. Der Meinung bin ich nicht. Ich sehe immer noch die größeren Strippenzieher da, auch wenn sie nicht mehr ganz so viel machen können wie sozusagen von Staatswegen mal getan werden konnte in alten Zeiten. Aber mir wird das in manchen Bereichen ein bisschen zu kuschelig. Da, finde ich, müsste wirklich dann auch mal gesagt werden "nein, lass uns mal eine andere Forschung machen, da gibt es Konflikte, die sonst unter den Tisch fallen". Und ein Beispiel ist und bleibt für mich das alles, was mit der Energiewende zu tun hat. Da sind diese Fragen der Kostenverteilung, der sozialen Fairness lange Zeit aus, wie man meinte, wohlmeinenden ökologischen Gründen nicht ausreichend scharf thematisiert worden, weil man froh war, dass man das gegen den Widerstand des Wirtschafts- und anderer Ministerien endlich Einspeisevergütung und alles durchbekam und Ähnliches mehr und dann die Problematiken nicht so thematisieren wollte. Das fand ich nicht. Da, finde ich, hätte man früher auch schon gegen so die Gesamtstimmung, die sich ergeben hat, wenn man es wohlmeinende Bürokraten – sage ich mal – ohne sie abwerten zu wollen, die auch für die Umwelt und das durch / Und dann natürlich Wohlmeinende aus dem Öko-Institut und Wuppertal und sonst woher gibt, die sich dann einig sind, das machen wir. Da fehlt so ein Stachel dann doch von außen, der sagt "nein, also pass mal auf", wenn irgend so ein Populist, dem alles nicht passt, wenn der dieses Fenster der Möglichkeit, <i>window of opportunity</i>, findet, wo er einsteigen und das alles populistisch dann runterziehen kann und sagen "ja, was kommt raus bei der Energiewende, dass die Schwachen alles bezahlen müssen und die Solarleute und die anderen sich goldene Nasen verdienen", wenn das mal passiert, dann ist es ganz schwer, davon runter zu kommen und ein bisschen geht es, glaube ich, in diese Tendenz, weil man es versäumt hat, früh genug auch die Verteilungsschwierigkeiten dieser Politiken sauber und transparent und verständlich zu kommunizieren.</p>
01:07:37	01:09:04	<p>Langsdorf: Welche Rückwirkungen auf die Forschungslandschaft hatten und haben diese Institute? Weidner: Auf die Forschungslandschaft. Ich denke, die haben sich gegenseitig befruchtet. Ich denke, Institute, wie das in dem ich involviert war, Wissenschaftszentrum, das dort stärker die wissenschaftliche Komponente auch thematisiert hat. Bei den Projekten war es für uns anregend auch zu erfahren, was politisch wichtige Themen sind und uns um die dann zu kümmern. In den anderen Instituten haben wir gemerkt, auch über Kooperationen mit ihnen in bestimmten Projekten, dass sie merkten, wie wichtig das ist für politische Durchsetzungsfähigkeiten, sich wissenschaftlich abzusichern. Man kann manchmal großen Unsinn erzählen, aber wenn man Zahlendreher hat von einer Neun in eine Sechs, dann gibt es einen Aufschrei. Der kann nicht mal Sechs und Neun unterscheiden und was ist das für ein Riesenfaktor und so weiter, soll man seinen anderen zeigen. All so etwas, dass man so etwas dann auch vermittelt hat. Ja, ich denke, es waren insgesamt ein gegenseitiger Befruchtungsprozess, den es da gegeben hat.</p>
01:09:04	01:14:01	<p>Langsdorf: Zum Abschluss noch ein Frage, die sich auf die aktuelle beziehungsweise die zukünftige Lage der Umweltpolitikberatungs- und Forschungslandschaft bezieht, welche Lücken gibt es Ihrer Meinung nach im bestehenden System? Welches Institut würden Sie gerne sehen? Weidner: Ja. Wahrscheinlich hat es das Institut hier. Ich halte sehr viel von zumindest interdisziplinärer Forschung, also mehr als multi-, ob es nun transdisziplinär, das ist ein ganz schwieriges Gebiet, aber interdisziplinär, weil ich glaube, man sagt das ja schon seit Jahrzehnten, also gerade im Umweltbereich, das tangiert so viele andere Wissenschafts- und Politikbereiche. Da muss man mit Ökonomen, mit Technikern und mit anderen zusammenarbeiten, um zu vernünftigen Fragen und auch Antworten zu kommen. Und das ist sehr, sehr schwierig, weil es zeitaufwendig ist, weil man unterschiedliche Wissenschaftssprachen hat. Da muss man erst untereinander die Verständnisschwierigkeiten auflösen, fast ein gemeinsames Lexikon entwickeln, damit man weiß, ich meine auch das, wenn ich <i>equity</i> sage, was der Ökonom und so etwas alles / Das ist zeitaufwendig, deswegen macht man es auch nicht so gerne, aber ich glaube, so etwas soll es</p>

	<p>geben. Und braucht es. Und das braucht es immer mehr in einer Welt, wo tatsächlich die Globalisierungskomponente immer stärker, also die internationale Verflechtung, die immer mitgedacht werden muss. Das haben wir früher nicht so gemacht und ich glaube, es war auch nicht ganz so nötig. Wobei ich nicht sagen will, dass die bestehenden Länder, die staatlichen, nationalen Systeme keine Verantwortung oder weniger haben, ganz und gar nicht. Also die entziehen sich ja manchmal solchen Verantwortungen, wenn sie sagen "ja das wird ja in Brüssel" oder UN-Ebene entschieden und in Wirklichkeit kneifen sie ja nur. Also keiner würde uns ja daran hindern außer im Lande selbst ein generelles Tempolimit für die Autobahn zu machen und Ähnliches mehr. Aber trotzdem, diese internationale Komponente stärker. Und das bedeutet, das müssen schon einigermaßen große Institute sein. Das kann man nicht so / Institute wie das Ihre und viele andere sind ja im Grunde genommen von Außenfinanzierung abhängig. Drittmittel, kurz-, mittelfristig, wenn man Glück hat, bekommt man eine gewisse mittelfristige, längere Basisfinanzierung und so was alles, aber ich denke, wenn man will, dass Forschung weiterhin vernünftig in diesen Gebieten betrieben werden kann und sie ist notwendig, dann muss man sich etwas einfallen lassen, wie man solche Institute hinbekommt, die diese kritische Größe haben und die auch gewisse Finanzierungsaussichten haben für längere Zeit. Ich weiß, dass damit andere Probleme verbunden sind, dass es so als wenn man von Subventionen spricht und weiß man kommt an den Tropf und gewöhnt sich dran, obwohl Subventionen manchmal sehr, sehr hilfreich sein können. Also diese Ambivalenz sehe ich auch, aber ich glaube, man kommt nicht drum herum. Oder aber es müssen sich die Institute selbst vernetzen, was auch schwierig ist, nicht? Ihr konkurriert ja auch, sozusagen. Das ist leichter gesagt als getan. Aber ich denke, so etwas muss man machen, denn sonst bei dieser globalisierten Umweltpolitik, wenn man da dann Beratung und Analyse machen will, muss man auf etwa demselben Niveau stehen können und die großen Politikmacher, Organisationen, ob auf UN oder sonstigen Ebenen, die haben nun mal die Mittel. Ob das die World Bank ist oder sonstige, auch immer mehr in den Umweltbereich reingehen. Ja und die sollen kritisch beobachtet und analysiert werden und da braucht man schon ein bisschen mehr als so ein David-Goliath-Verhältnis. Wie man das machen sollte, weiß ich nicht, aber die Frage ist ja auch, was ich mir wünschen würde vom Weihnachtsmann. Da darf man ja auch so ein bisschen was Unwahrscheinliches wünschen, nicht? Langsdorf: Absolut, das darf man. Wunderbar, dann bleibt mir nur noch, mich sehr herzlich zu bedanken, dass Sie sich die Zeit genommen haben und wir haben sehr viele, spannende, neue Aspekte für unser Projekt gewonnen. Vielen Dank, Herr Dr. Weidner. Weidner: Ja, freut mich. Vielen Dank auch. Langsdorf: Dankeschön.</p>
--	---

Interview mit Prof. Dr. Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND

Interviewt durch: Doris Knoblauch, Fellow, Ecologic Institut

Datum: 05. März 2014

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Zahrnt, Angelika (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05. März 2014.

Zeit von	bis	Text
00:00:20	00:01:01	<p>Knoblauch: Das heutige Interview ist Teil des Projektes "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende". Umweltpolitik ist eines der wichtigsten Politikfelder in Deutschland. Wie sich jedoch die Umweltpolitikforschung und Beratung entwickelt hat, darüber ist bisher wenig bekannt. Unser Projekt zielt darauf ab, verschiedene Fragen zu beleuchten und neues Geschichtswissen zu diesen Zusammenhängen zu schaffen. In diesem Zusammenhang interviewen wir über zwanzig Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, um neues Wissen zu schaffen und das Material der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In diesem Zusammenhang: Herzlich Willkommen Professorin Zahrnt. Zahrnt:</p>

		Guten Tag.
00:01:02	00:02:47	Knoblauch: Bevor wir uns gemeinsam in die Vergangenheit begeben, eine Frage zu Ihrem aktuellen Tun. Sie sind momentan mit dem Thema Postwachstum beschäftigt, Wachstumsfragen treiben Sie jedoch schon länger um. Was fasziniert Sie momentan besonders an der Debatte? Zahrnt: An der Debatte fasziniert mich diese unterschiedliche Ausrichtung, dass in der offiziellen Wirtschaftspolitik national wie international die Fortsetzung des Wachstumskurses nahezu ungefragt ist. Und davon abgesetzt, von unten her, eine sehr intensive Wachstumsdebatte wieder geführt wird und zwar intensiver als ich sie wahrgenommen habe in den letzten 40 Jahren seitdem ich das verfolge. Und diese Ungleichzeitigkeit, dass von der Gesellschaft dieses Thema als sehr virulent betrachtet wird und da nach Alternativen gesucht wird, und von der offiziellen Politik die Frage gar nicht gestellt wird 'Wie könnte es ohne Wachstum gehen?'. Und, was ich eben sehr problematisch finde, in der Nationalökonomie diese Frage an den Universitäten, an den Forschungsinstituten eigentlich auch komplett ausgeklammert wird. Bei den alternativen Instituten gibt es jetzt Ansätze und es gibt so einen gewissen Übergang, dass vom Forschungsministerium jetzt auch ganz dezent und vorsichtig gefördert wird, das Nachdenken über Alternativen, aber diese Unterschiedlichkeit in den Ebenen, das finde ich schon frappierend.
00:02:47	00:05:24	Knoblauch: Sie haben sich ja auch schon sehr früh beschäftigt mit der Postwachstumsdebatte, da möchte ich gleich gerne einsteigen in die Vergangenheit sozusagen. Sie sind promovierte Volkswirtin und haben zu Beginn ihrer Karriere zunächst unter anderem für Siemens und die Hessische Staatskanzlei gearbeitet. Aber schon Ende der siebziger Jahre haben sie die Wachstumspolitik kritisiert und sich in verschiedenster Weise dann auch mit der Kommunalpolitik beschäftigt, mit der Frauenbewegung, Ökologiebewegung und sie waren freie Wissenschaftlerin am Öko-Institut und sind aktuell wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, wenn ich recht informiert bin. Das ist also ein breites Potpourri, aus dem wir schöpfen können. Aus Ihrer Sicht, wie haben Sie die Anfänge der Umweltpolitik in Deutschland erlebt? Wo würden Sie das verorten? Zahrnt: Das hat mit meinem Studiengang zu tun. Ich habe Volkswirtschaft studiert und '68 in Heidelberg Examen gemacht. Das waren also sehr turbulente Zeiten, auch in unserer Fakultät und da habe ich mit Kollegen zusammen, die auch wie ich dann eine wissenschaftliche Assistentenstelle hatten, alternative Ringvorlesungen gemacht, um eben auch Vorlesungen zu haben über das Thema Umwelt, was in meinem Studium überhaupt nicht vorgekommen ist und aufzuzeigen, dass es Professoren und Wissenschaftler gegeben hat wie Robertson oder Wilhelm Kapp, die sehr wohl diesen Faktor Umwelt mit einbezogen haben, was im offiziellen Lehrkanon überhaupt nicht aufgenommen wurde. Und '68 waren durchaus auch schon Umweltprobleme an der Tagesordnung, es war dann stärker auch die Frage nach der Organisation des Verkehrs und noch nicht so systematisch, aber das war sozusagen der erste Versuch, dieses Defizit, das die Volkswirtschaft hat, aufzuzeigen und eine Diskussion darüber zu machen, und in Vorlesungen das Thema nachholend aufzuarbeiten bzw. den Studenten gleich von Anfang an näher zu bringen.
00:05:24	00:06:56	Knoblauch: Jetzt sagten Sie gerade es gab schon im Bereich Verkehr einige Politiken. Wenn man jetzt tatsächlich nur die Politik betrachtet, damals war das Thema Umweltpolitik ja noch im Innenministerium verankert, würden Sie sagen, viele unserer vorangegangenen Zeitzeugen, kann ich die männliche Form stehen lassen, haben Willy Brandt genannt als den, der die Umweltpolitik eingeführt hat mit 'der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden', daher ja auch der Projekttitle. Würden Sie das auch so sehen? Zahrnt: Das würde ich auch so sehen, dass das eine ganz andere Breitenwirkung hatte, als Willy Brandt das so thematisiert hat, und diesen wunderbaren Slogan, als Slogan hat er es ja nicht gesprochen, aber es eignete sich einfach sehr gut und es war sehr einleuchtend und es hat die Menschen angesprochen und es war eben offensichtlich, dass es da ein Problem an der Ruhr gibt, wenn da die Rußpartikel an der Wäsche sind und die Kinder Husten bekamen. Also von daher hat sich das da sehr gut in diesem Wort kristallisiert. Was ich vorhin mit dem Verkehr meinte ist, dass da von unten, von der Basis her Initiativen kamen für bezahlbare ÖPNV-Preise, Mitnahmeinitiativen, also in diesem Bereich hat sich von unten etwas bewegt an umweltfreundlicher Politik. Offiziell habe ich das damals nicht wahrgenommen, ich glaube das gab es auch noch nicht.

00:06:56	00:11:35	<p>Knoblauch: Das ist sehr interessant, wenn Sie die Perspektive von unten immer wieder reinbringen. Ich frage oft nach der Politik und der Perspektive von oben, aber ergänzen Sie das sehr gern immer aus der Sicht von unten. Wir hatten gerade schon angesprochen, bei den Volkswissenschaften haben Sie selber mit anderen versucht, so eine nachholende Vorlesung auf die Beine zu stellen. Wo verorten Sie die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung? Zahrnt: Das war ja/da muss ich sozusagen ein bisschen einschränker sagen, meine Erinnerung ist da nicht so präzise weil Umwelt beruflich nicht mein Hauptthema gewesen ist. Und politisch war ich damals nach Willy Brandt dann auch in der SPD aktiv, aber es war eher dann auch kommunalpolitisch. Also, ich habe so die Entstehung von Umweltpolitik auf der Bundesebene eher als Zeitgenosse wahrgenommen und nicht als jemand, der in einem Umweltverband damals schon engagiert gewesen wäre oder in der Umweltpolitikforschung irgendwie engagiert war. Was ich sehr stark wahrgenommen habe war eben dieses Defizit in den Volkswirtschaften. Ich habe eben dann auch wahrgenommen das Defizit in der Wissenschaftsforschung bei den Themen Atom oder Verkehr. Und das, was sich dann aus diesem Defizit herauskristallisiert hat, die Gründung von alternativen Forschungsinstituten wie das Öko-Institut. Und da war ich selber insofern auch nahe dran, weil ich da dann, aber das ist ein bisschen später gewesen, Mitte der achtziger Jahre, im BUND mit dabei war, einen Arbeitskreis Finanzpolitik und öffentliche Haushalte, der später Wirtschaft hieß, zu gründen und wo wir uns eben mit der Frage der Verbindung von Umweltpolitik mit Ökonomie beschäftigt haben, was für die Naturschützer traditionell auch kein Thema gewesen ist, und wo dann der Anspruch war sich mit etwas auch so ungeliebten wie Ökonomie auch als Umweltverband auseinanderzusetzen. Und von daher war ich mit dabei, umweltwissenschaftliche Kompetenz auch in den NGOs mit zu entwickeln. Das ist etwas, was auch etwas Spezifisches beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland war, dass von Anfang an nicht nur die öffentliche Beeinflussung, nicht nur konkrete Projekte, nicht nur politisches Lobbying dabei war, sondern auch der Versuch ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum aufzubauen mit ca. 20 wissenschaftlichen Arbeitskreisen in unterschiedlichen Themenfeldern. Und von daher war über die wissenschaftlichen Arbeitskreise auch eine enge Verbindung zu wissenschaftlichen Instituten gegeben, wie eben dem Öko-Institut oder später dem IÖW oder dem ISOE. Und ich habe eben sehr stark wahrgenommen, dass diese Bildung von alternativen Forschungsinstituten eine Antwort war auf die Defizite in der offiziellen Forschung und auf die Nachfrage, auch die von der Zivilgesellschaft gekommen ist, weil in den Auseinandersetzungen zum Beispiel über Atomindustrie oder über Verkehrspolitik oder Chemiefragen, da ja wissenschaftliche Fragestellungen da waren, die man als Umweltverband ja auch nicht beantworten konnte, und wo man jemanden brauchte, der diese Forschung machte, um selber dann Umweltpolitik machen zu können. Und von daher waren Umweltverbände ja Nachfrager und Unterstützer bei der Gründung oder dem Ausbau von alternativen Forschungsinstituten.</p>
00:11:37	00:12:16	<p>Knoblauch: Da würden Sie auch tatsächlich sagen, das eine und das andere ging Hand in Hand zusammen bzw. die zivilgesellschaftliche Nachfrage und auch der öffentliche Druck, der entstanden ist, hat das auch maßgeblich gefördert? Zahrnt: Ganz klar. Ich meine, das Öko-Institut ist aus der Anti-AKW-Bewegung entstanden und aus den vielen Fragen, die es da gab und man musste da einfach wissenschaftlich untermauerte Argumente haben. Und von daher war das eine Notwendigkeit, wenn man politisch wirksam sein wollte.</p>
00:12:16	00:14:40	<p>Knoblauch: Jetzt haben sich danach ja auch in den Achtzigern und auch Neunzigern viele andere außeruniversitäre Forschungsinstitute gegründet, als die Anti-Atom Bewegung schon nicht mehr der treibende Faktor gewesen sein kann. Haben Sie eine Meinung dazu, was da die treibenden Faktoren gewesen sein könnten, dass die sich noch gegründet haben? Zahrnt: Das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung hat sich ja gegründet, weil das Öko-Institut der Meinung war, dass diese wirtschaftlichen Fragestellungen nicht so in ihr Spektrum reinpassten. Und von daher gab es diese Gründung, die gezielt eben auf wirtschaftliche Fragen ausgerichtet war. Das Institut für sozial-ökologische Forschung hatte eben auch einen speziellen Fokus: Nicht nur diese naturwissenschaftlichen Fragestellungen zu haben, sondern sie mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen zu verbinden. Dann gab es das KATALYSE Institut, das sehr stark auf naturwissenschaftlich, chemisch, technische Fragen ausgerichtet war. Also, es gab dann einfach eine gewisse Spezialisierung, die ja durchaus auch Sinn gemacht hat und wo es in der Anfangszeit ja auch eine, wie ich das in Erinnerung habe, ganz gute Zusammenarbeit zwischen diesen alternativen Forschungsinstituten gegeben hat und ja auch einen Verbund dieser Institute. Aber vielleicht dazu/ Die Frage, die Sie gestellt hatten war ja noch stärker: 'Gab es da auch diesen gesellschaftlichen</p>

		Druck?'. Den gab es beim IÖW glaube ich nicht und ich glaube auch beim ISOE war nicht der Auslöser, dass da eine zivilgesellschaftliche Bewegung massiv so ein Institut gefordert hat. Das war glaube ich wirklich etwas Besonderes beim Öko-Institut und bei KATALYSE war auch die Verbindung mit Bürgerinitiativen relativ stark, die darauf gedrängt haben. Knoblauch: Und was war da das Thema? Zahrnt: Chemie. Katalyse. Knoblauch: Okay. Alles klar. Zahrnt: Die Frage mit Holzschutzmitteln, die damals ja stark in der Diskussion war oder Spray oder all diese Dinge.
00:14:43	00:19:54	Knoblauch: Sie sind seit vielen Jahren beim BUND aktiv und seit 1990 stellvertretende Vorsitzende und seit 1998 Vorsitzende. Können Sie uns etwas über die Gründungsgeschichte des BUND erzählen. Zahrnt: Die Gründungsgeschichte ist insofern ein bisschen kompliziert, weil der BUND ja kein zentralistischer Verband ist, sondern aus eigenständigen Landesverbänden besteht, und diese Landesverbände eine unterschiedliche eigene Geschichte haben, und dieser Gesamtverband erst relativ spät, nämlich 1976 gegründet worden ist, während unser ältester Landesverband, der Bund Naturschutz in Bayern, der traditionell eben auch noch einen anderen Namen hat, im letzten Jahr sein hundertjähriges Bestehen schon feiern konnte. Also das war ein sehr starker Landesverband, der sehr stark auf Naturschutz ausgerichtet war. Es gab dann auch einen Landesverband in Baden-Württemberg, der auch schon etliche Jahre vorher gegründet worden ist. Es gibt in Bremen einen Landesverband, dessen Wurzeln auch schon etwa 80 Jahre zurückreichen. Bei den anderen gibt es auch welche, die aber nicht so lange zurückliegende Wurzeln haben. Und es war dann wichtig, dass insbesondere im Zusammenhang mit dem europäischen Naturschutzjahr 1975 diese auf der Landesebene bestehenden Verbände gesagt haben: Es gibt so viele Probleme, Umweltprobleme, Naturschutzprobleme, wo wir auf der Landesebene gar nicht weiterkommen, denn es gibt einen Bundesverkehrswegeplan. Die Gesetzgebung im Bereich Abwasser, Wasser, Luft wird auf der Bundesebene geregelt und dort kommen wir als Vertreter eines Landesverbandes aus München nicht weit genug. Da sind wir nicht wirksam genug. Und deswegen war die Überlegung, einen bundesdeutschen Verband zu gründen und das ist dann eben '76 auch passiert und dann wurden eben diejenigen Landesverbände, die es gab als Gesamtverband gegründet. Es gab dann nochmal historisch einen Einschnitt '89, als es zwar schon Kontakte gab in die ehemalige DDR und zur Grünen Liga und zur kirchlichen Umweltbewegung, was aber naturgemäß relativ spärlich war und wo der BUND damals sehr vorsichtig war, nach der Öffnung zu sagen: Wir gehen in die Länder und gründen dort mit der Handvoll Leuten, die wir kennen, einen Landesverband, haben da sehr zugewartet, haben gesagt: 'In der ehemaligen DDR gab es eine Umweltbewegung und der wollen wir da jetzt nicht irgendwie großspurig mit unseren Neugründungen in die Quere kommen oder deren Entwicklungsmöglichkeiten auch hindern'. Aber es hat sich dann gezeigt, dass aus den einzelnen Umweltzentren in den ostdeutschen Ländern der Wunsch kam: 'Mensch, kommt hierher und gründet auch Landesverbände. Wir brauchen eure Unterstützung. Wir kriegen das nicht alleine gebacken'. Und da war das dann eine sehr intensive Phase der Gründung von Landesverbänden in Thüringen usw. und auch der intensiven Unterstützung durch die westdeutschen Landesverbände an die ostdeutschen Landesverbände durch einen Solidaritätsausgleich, den wir gemacht haben und auch durch Partnerschaften zwischen einzelnen Bundesländern und durch personellen Austausch, sodass wir jetzt eben in allen Bundesländern Landesverbände haben, die rechtlich selbständig sind, aber wo in einem sehr komplizierten föderalen System, wir so ein Gefüge geschaffen haben, dass diese 2000 Ortsgruppen, die der BUND hat mit den Regionalverbänden und den 16 Landesverbänden, bis dann zu dem Bundesverband doch eine demokratische Meinungsbildung hinkriegen, wer den Verband leitet und wie die Hauptschwerpunkte aussehen und wie die inhaltlichen Positionen aussehen.
00:19:57	00:20:25	Knoblauch: Ich wäre später noch auf die Wiedervereinigung zurückgekommen. Aber, wenn wir schon dabei sind, wollte ich noch einmal nachhaken: Es gab also auch zu DDR Zeiten schon Kontakte zu Umweltbewegungen. Zahrnt: Sporadisch. Und eher auf einer persönlichen Ebene über die kirchliche Schiene oder über ornithologische Verbände, aber das war sehr sparsam.
00:20:28	00:23:25	Knoblauch: Wenn wir jetzt also wieder zurückgehen in der Geschichte, noch ein bisschen weiter nach vorne, in die siebziger Jahre. Da haben wir gehört ist der Bundesverband des BUND gegründet worden, ungefähr verwandt mit den Forschungsinstituten, zu einer ähnlichen Zeit. Was würden Sie sagen welche Vorteile haben Umweltverbände gegenüber Forschungsinstituten und umgekehrt, was ihr Arbeitsweise betrifft. Zahrnt: Ich würde da nicht von Vorteilen sprechen. Ich finde es sind einfach wirklich unterschiedliche Aufgaben. Ein Forschungsinstitut hat primär seine Forschungsaufgabe und ein Umweltverband hat die Aufgabe, die Bevölkerung aufzuklären, Wissen zu verbreiten, politische Veränderungen anzustoßen, von der kommunalen Ebene bis zur

		<p>nationalen und zur internationalen Ebene. Und um politische Maßnahmen zu erreichen oder auch Verhaltensänderungen bei Einzelnen zu bewirken, um gesellschaftliche Gruppen zu erreichen wie Unternehmen oder Gewerkschaften brauche ich ein Wissen. Und ein Wissenslieferant sind eben dann Umweltforschungsinstitute, sodass ich denke, dass es wirklich unterschiedliche Aufgaben sind, die sich eben dadurch treffen, dass zumindest in der Anfangszeit sehr häufig die Fragestellungen für die Umweltforschungsinstitute aus der Praxis gekommen sind. Und es gab da eben auch sehr enge Verbindungen zwischen Umweltverbänden und Forschungsinstituten. Und auch andersherum, dass diejenigen, die in Forschungsinstituten aktiv waren auch in der Umweltbewegung selbst aktiv waren, indem sie zum Beispiel auch in unseren BUND wissenschaftlichen Arbeitskreisen dabei waren, indem sie bei Demonstrationen mit aufgetaucht sind. Also da war die Trennung noch nicht so fein säuberlich: 'Ich bin hier der Umweltwissenschaftler und bin ganz neutral', sondern da war bei den Instituten ganz stark dieses Engagement für die Umwelt da und eben auch die Verbindung mit der Umweltbewegung. Ein Institut, das auch noch zu dem Zeitpunkt gegründet ist, ist das Institut für Energie und Umweltforschung in Heidelberg, wo auch eine enge Verbindung zur Umweltbewegung bestand.</p>
00:23:27	00:26:00	<p>Knoblauch: Sie Sprechen jetzt in der Vergangenheitsform, das heißt Sie würden sagen heute ist das nicht mehr so? Zahrnt: Es ist nicht mehr so ausgeprägt, nein, weil die Umweltforschungsinstitute, jetzt die alternativen, auf die wir gucken, sehr viel größer geworden sind, einen ganz anderen Status in der Gesellschaft haben, ganz andere Auftraggeber haben. Es ist nicht mehr ungewöhnlich, dass Unternehmen Aufträge an Umweltforschungsinstitute aus dem früheren alternativen Bereich geben. Also die alternativen Institute sind sozusagen ein Stück weit etablierte Institute geworden. Und von daher ist diese Ursprungsnähe zu den Umweltverbänden nicht mehr so da. Und die Bereitschaft auch von Instituten, Fragestellungen von Umweltverbänden aufzunehmen, ist nicht mehr so selbstverständlich, weil diese Institute eben jetzt sehr viel stärker insofern auch professionalisiert sind, dass sie fest angestellte Mitarbeiter haben in großer Zahl, die eben auch kontinuierlich beschäftigt werden müssen, und man sich da es nicht mehr so leisten kann, wie man das aus Idealismus in der Anfangsphase gemacht hat 'Ich mach Dir mal/ ich mach Euch mal ein Gutachten. Das kriegen wir schon irgendwie hin'. Und dann haben sich die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, wenige, da gab es nicht so viele, dann eben hingesetzt und haben dann eben auch in Mehrarbeit oder in Selbstaubeutung solche Projekte bearbeitet, hatten selber auch/ war also schon aus Idealismus und Überzeugung, aber es war auch so, dass die Umweltforschungsinstitute was davon hatten, wenn sie dann ein solches Projekt zusammen mit einem Umweltverband vorstellen konnten und damit eine größere Öffentlichkeit für Ihre Arbeit bekommen haben, als wenn sie selber nun irgendwie ein Gutachten für irgendjemanden gemacht hätten. Also, die <i>publicity</i>, die durch die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden da war, war auch ein Plus für die Forschungsinstitute.</p>
00:26:01	00:30:14	<p>Knoblauch: Das heißt, Sie würden sagen, dass die Forschungsinstitute, die am Anfang Ihrer Gründungsgeschichte alternativ waren, heute zum Mainstream gehören und auch keine alternativen nachgekommen sind, wenn ich es richtig interpretiere? Zahrnt: Also ich würde nicht sagen, dass sie zum Mainstream gehören. Ich finde es ist ein Unterschied, ob man sagt, sie haben sich etabliert, sie sind anerkannte Institute, sie sind von der Organisationsform einfach etwas anderes als dieser selbst organisierte, lose Haufen, der das am Anfang gewesen ist, mit festen Verträgen und kontinuierlichen Laufbahnen in den Instituten. Also es ist etablierter, wie gesagt, die Auftraggeberpalette ist weit/ ich weiß nicht, wie lange es gedauert hat bis einmal ein Ministerium den ersten Auftrag an ein solches alternatives Institut gegeben hat. Das ist heute gang und gäbe und das ist ja auch richtig so. Und von daher gibt es eine gewisse Vorsicht jetzt auch bei den Umweltforschungsinstitutionen, Themen aufzugreifen, die ein bisschen zu weit vom allgemeinen Themenspektrum weg sind. Also, so etwas wie Elektrosmog, das ist eine sehr heiß diskutierte Angelegenheit. Es gab auch mal Überlegungen, ob Gentechnik/ Wer bezahlt mir Forschung in diesem Bereich, wenn es nicht irgendetwas Befürwortendes ist? Also da ist schon auch eine gewisse Sorge um die eigene wirtschaftliche Existenz manchmal dabei: Welche Themen greife ich auf und welche nicht? Und auch darin, wie radikal kann ich Vorschläge machen? Wie langfristig kann ich Vorschläge machen? Traue ich mich auch an so etwas wie Visionen heran, was dann von anderen als nicht wissenschaftlich kritisiert wird. Und ich denke, dass diese Anfangszeit eben auch besonders produktiv war, weil damals die Rücksichtnahmen auf eventuelle mögliche Auftraggeber, die man dadurch verschrecken könnte, nicht so da war. Und die großen Würfe, die ich insbesondere am Öko-Institut damals erlebt habe, wie die Energiewende, die Verkehrswende, die</p>

		Landwirtschaftswende, dann auch die Chemiewende. Das waren Dinge, an die man sich heute glaube ich nicht mehr so herantrauen würde. Das hat verschiedene Gründe, weil es auch in der Zwischenzeit eine ausdifferenzierte Forschung gibt. Von daher ist es nicht mehr so, dass man mal einfach so eine Vision und so ein Szenario einfach skizziert. Aber ich glaube man ist auch nicht mehr so mutig aufseiten der Forschungsinstitute, zum Beispiel jetzt mal ein Gutachten zu machen, wie sähe denn eine Energieversorgung aus, die ganz überwiegend dezentral ist. Mit wie wenig großen Netzen könnte man auskommen? Also nicht nur so graduell: Wie könnte man es ein bisschen besser machen? Sondern wie könnte man grundlegend 100% Kreislaufwirtschaft machen. Ein Thema, das der Rat für Nachhaltige Entwicklung mit dieser Forderung aufgegriffen hat. Also einfach ein bisschen oder nicht nur ein bisschen, stärker auch radikale Ansätze zu verfolgen.
00:30:17	00:31:31	Knoblauch: Jetzt haben Sie gerade schon einzelne Themen angesprochen. Würden sie sagen es gibt Themen, die für die Umweltverbände wichtig sind oder auch wichtig waren, wir können da auch gerne in sozusagen Zeitschiene denken, also Themen, die für die Umweltverbände wichtig sind, aber wenig Aufmerksamkeit von den Forschungsinstituten bekommen oder umgekehrt? Zahrnt: Ich finde, dass das Thema Gentechnik von den Forschungsinstituten zu wenig aufgegriffen wird und wir da sehr stark auch auf Forschung in den angelsächsischen Ländern angewiesen sind. Ich denke, dass das Thema Nanotechnologie immer noch unterbelichtet ist, was aber wahrscheinlich auch schwierig ist, von den Kapazitäten im alternativen Bereich da etwas aufzubauen. Ich finde, dass das Thema Bioökonomie und die Auseinandersetzung mit Bioökonomie eine Lehrstelle ist, die dramatisch ist...
00:31:31	00:33:08	Knoblauch: Jetzt muss ich auch nachfragen, was Sie mit Bioökonomie meinen. Zahrnt: Bioökonomie ist ein großartiges Forschungsprogramm des Forschungsministeriums, worunter alles fällt, stärkere Nutzung von natürlichen Ressourcen, effiziente Nutzung, Gentechnik, Biomasse, die Ausbeutung der Natur möglichst effizient zu machen und das ist ein Themenfeld, was die Industrie sich als Forschungsthema sozusagen unter den Nagel gerissen hat. Es gibt einen Bioökonomierat und die sind sehr stolz darauf, dass sie das sozusagen im unbemerkten Durchmarsch etablieren konnten dieses Programm und von der Öffentlichkeit her da keinerlei Einmischung erfolgt ist. Und so etwas finde ich fatal, dass das weder von der Umweltbewegung stark aufgegriffen worden ist, noch von den Umweltforschungsinstituten angeprangert worden ist. Auch dass sich dort eine Konzentration von Mitteln im Sinne einer intensiveren Naturnutzung konzentriert, die sich eben ohne Rücksicht auf Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ausbreitet.
00:33:09	00:34:55	Knoblauch: Und das Thema Postwachstum müsste doch auch eins sein. Zahrnt: Und das Thema Postwachstum ist eines, wo ich ein ganz großes Defizit sehe, auch bei den alternativen Instituten. Da hat sich keiner ran gewagt und von daher war das ja auch eine etwas abenteuerliche Initiative, dass ich mit meiner Kollegin Irmi Seidel da mich hingestellt habe und gesagt habe: 'Ich finde das Thema Postwachstum ist dran. Die Wachstumskritik ist alt. Und mit der habe ich mich auch schon lange genug auseinandergesetzt. Aber es reicht nicht. Es ist wichtig, weiterhin das Wachstum zu kritisieren.' Aber man muss sehr viel stärker darüber nachdenken: 'Wie könnte denn eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne Wachstum organisiert sein? Wie könnte das funktionieren?' Und das finde ich schon ein gewisses Armutszeugnis, dass sozusagen aus einer Privatinitiative so ein erster Wurf, eine erste Skizze für eine Postwachstumsgesellschaft entstanden ist. Das hätte ich mir schon gewünscht, dass das vorher von wissenschaftlichen Instituten angegangen worden wäre. Ich meine, ich bin jetzt auch zufrieden damit, wie es jetzt gelaufen ist, aber ich denke, dass an dieses Thema sich keiner so richtig ran gewagt hat, was nun in gewisser Weise auch verständlich ist, weil das niemanden oder kaum jemanden gibt an den Universitäten, der dieses Thema sich vorgenommen hat. Und eben auch wenig ökonomische Kompetenz in den Instituten, die dann auch bereit wäre, sich mit einem solchen gewagten Thema auseinanderzusetzen.
00:34:55	00:38:03	Knoblauch: Sie sind jetzt aber aktuell beim IÖW verankert, ne? Konnten Sie das Thema da irgendwie etablieren? Zahrnt: Beim IÖW bin ich als <i>Fellow</i> , das ist also eine sehr lose Zusammenarbeit und dieses Thema Postwachstumsgesellschaft hatte also keinerlei Anbindung an irgendein Institut, aber in der Folge haben wir uns überlegt, welche Themen könnte man noch vertiefen und da haben wir eben dann diese Verbindung mit dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung eben auch gesucht und intensiviert und jetzt gibt es dort eben ein Projekt

		zum Thema Postwachstumspioniere, wachstumsneutrale Unternehmen, welche Kennzeichen gibt es jetzt schon von Unternehmen, die derzeit nicht wachsen, welche Kriterien, welche Voraussetzungen braucht es, damit Unternehmen diesen Wachstumszwang nicht haben, sondern auch sagen können, wir sind nicht auf Wachstum fixiert und wir sehen im Wachstum nicht den Erfolgsfaktor und sind trotzdem erfolgreich über längere Sicht. Das ist jetzt ein Projekt, was wir mit dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung angestoßen haben, wo ich jetzt auch im Projektbeirat bin und da sehe ich einen Ansatzpunkt und ich sehe jetzt auch beim Wuppertal Institut, das ja auch sehr stark und das muss ich nochmal jetzt betonen, Forschung gemacht hat in Gemeinsamkeit mit einem Umweltverband und einem Entwicklungsinstitut, nein, Entwicklungshilfeorganisation wie Misereor, das war der Anlauf diese Frage nachhaltige Entwicklung jetzt nicht der Politik allein zu überlassen, sondern zu überlegen, was würde Nachhaltigkeitspolitik, nachhaltige Entwicklung konkret für ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland bedeuten und da eben ein Entwurf für ein zukunftsfähiges Deutschland zu machen. Und dieser Anstoß kam ganz klar vom BUND und da war dann die Frage, mit welchem Institut können wir so was machen, da war das Wuppertal Institut mutig genug, sich da ran zu wagen und so eine Fragestellung, die naturwissenschaftlich, ökonomisch und sozial und international ist, anzugehen, und als internationalen Partner war es uns da eben sehr wichtig eine Entwicklungshilfeorganisation dabei zu haben. Und das ist ein Beispiel wie wirklich Forschungsanstöße aus dem NGO-Bereich gekommen sind und politische Wirksamkeit gehabt haben und die Debatte, die gesellschaftliche und die politische Debatte, zu Nachhaltigkeit ganz wesentlich geprägt haben.
00:38:03	00:38:24	Knoblauch: Also für Sie wäre das durchaus auch ein wünschenswertes Modell, dass sich die Zivilgesellschaft in Form von organisierten Verbänden und die Forschung zusammentun, um sozusagen auch ein eigenes Bild, unabhängig von der Politik, zu entwerfen. Zahrnt: Ja.
00:38:27	00:40:54	Knoblauch: Da ist ja ein sehr staatskritisches Verständnis dahinter, weil das sind ja eigentlich alles in der Demokratie gewählte Volksvertreter, aber es kann nicht schaden, wenn man da sozusagen noch ein breiteres Spektrum an Meinungen hat. Zahrnt: Das finde ich zu bescheiden: 'Kann nicht schaden'. Ich meine, sie sind alle gewählt, aber wir wissen wie Politik bisher läuft, mit kurzfristigen Zeitrhythmen, der Blick auf die nächste Wahl, die Lobbyverbände, die da ihre Pamphlete auf den Tisch legen. Und die Politik neigt dazu <i>Business as Usual</i> , hier und dort ein bisschen korrigieren, wenn der Widerstand größer ist. Aber Zukunftsentwürfe zu machen, das kann Politik auch befördern und ein Stück Zukunftsentwurf war ja der Ausspruch von Willy Brandt 'Blauer Himmel über der Ruhr'. Aber solche Visionen kommen von der Politik höchst selten und von daher finde ich, dass eben Zivilgesellschaft oder auch Forschungsinstitute, aber auch universitäre Einrichtungen, wichtig sind, um, nicht nur aus einer politischen Perspektive: 'Was kann ich mit dem Koalitionspartner umsetzen? Und was steht dem international entgegen?' und dann kommt die Automobilindustrie, sondern da freier Zukunftsentwürfe zu machen und sich dann auch zu überlegen: 'Welche gesellschaftlichen Kräfte können bei der Umsetzung dabei sein? Und wie muss öffentliche Meinung auch beeinflusst werden? Und welche Diskussionen müssen geführt werden?' Da denke ich, das ist nicht allein Aufgabe des Staates sondern der Gesamtgesellschaft, zum Beispiel die staatlichen Institutionen haben ja auch Möglichkeiten, da was zu machen. Und die Enquete-Kommissionen sind ja auch sehr hilfreiche Instrumente. Und die Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre war hervorragend. Also da kommen auch Anstöße, auch weitreichende Zukunftsanstöße, aber wir brauchen das aus verschiedenen Bereichen.
00:40:54	00:44:05	Knoblauch: Jetzt habe ich eine Frage hier: Wie hat sich die Arbeit der Verbände und Umweltforschungsinstitute in den vergangenen Jahrzehnten geändert? Ich habe Sie jetzt so verstanden, wir haben das teilweise schon beantwortet, dass es früher eine engere Zusammenarbeit gab, die heute nicht mehr so stark ist, was aber wünschenswert wäre. Gäbe es da noch etwas zu ergänzen, wie diese sich verändert hat, die Zusammenarbeit? Zahrnt: Ich denke, dass es wünschenswert wäre, dass wir eine organisierte Form des Austausches haben, welche Forschungsfragen aus Umweltverbänden kommen. Und wo sind Möglichkeiten, dass Forscher diese Themen aufgreifen, sei es bei den alternativen Instituten, sei es in Universitäten. Dass man da wirklich eine Plattform schafft, um stärker zu sehen, wie ist der Bedarf aus der Praxis? Und die Forscher sind ja oft auch ganz froh, wenn sie nicht nur Fragestellungen haben, die eine Literaturrecherche sind, sondern wo sie auch sehen: 'Das hat gesellschaftliche Relevanz und da habe ich auch Menschen, die sich auskennen, die Praxiserfahrung haben, die ich mit dann in meinen wissenschaftlichen Fragestellungen berücksichtigen kann'. Von daher ist das etwas. Und

		<p>das andere ist, dass ich es wichtig finde, dass diese Erfahrungen aus den Umweltverbänden auch in die Formulierung von Forschungsprogrammen im Forschungsministerium einfließen. Da haben wir ja ein ganz gutes Beispiel mit der sozial-ökologischen Forschung, wo das 2001 mit dem Strategiebeirat sozial-ökologische Forschung ja auch gemacht worden ist. Nicht nur Industrievertreter, das heißt dort waren gar keine Industrievertreter, sondern Vertreter aus gesellschaftlichen Bereichen und aus Forschungsinstitutionen zusammen zu holen, um ein neues Forschungsfeld aufzubauen und dies Forschungsministerium in diesem Sinne zu beraten. Und was sich daraus dann jetzt auch entwickelt hat, ein Agenda-Setting, Konferenzen, die vom Forschungsministerium gemacht werden, wo unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen auch mit dabei sind und diskutieren, wie das Forschungsprogramm im Ministerium für die nächsten 15 oder 10 Jahre aussehen soll, ist ja auch schon ein Stück weit ein Versuch, Öffentlichkeit und Gesellschaft daran zu beteiligen. Das sind also ganz positive Strömungen, denen aber gegenübersteht, die Hauptmenge an Forschungsprogrammen, die sehr industrielastig sind, wie zum Beispiel auch die Forschungslandschaft Bioökonomie oder die ganze Technikforschung, wo die Zivilgesellschaft sozusagen nur in Form der interessierten Industrie vertreten ist.</p>
00:44:05	00:45:23	<p>Knoblauch: Ja, das Problem ist wahrscheinlich, dass es einfach auch eine Frage der Finanzen ist, weil oftmals sind die Forschungsinstitute ja drittmittelfinanziert und würden vielleicht gerne die Anregungen aufgreifen, die aus den Verbänden kommen, aber finden dann die Mittel nicht dafür, weil sozusagen die Ministerien oder Geldgeber ihre eigene Forschungsagenda haben. Deswegen ist vielleicht das SÖF-Beispiel auch ein ganz gutes, wo das Ministerium noch mit eingebunden ist. Zahrnt: Genau. Man muss bei diesen Forschungsfragen nicht nur sagen: 'Hier haben wir ein schönes Thema und nun macht mal'. Die Forschungsinstitute können nicht machen, wenn nicht auch die entsprechenden Mittel da sind. Von daher ist eben wichtig, dass es auch Forschungsprogramme gibt, wo diese Fragestellungen dann auch angebunden sein können und wo sie gefördert werden. Das andere Problem, was ja auch immer wieder thematisiert wird: dass diese alternativen Forschungsinstitute auch eine gewisse Grundfinanzierung brauchen, um auch gewisse Spielräume zu haben, um auch mal Themen angehen zu können, für die es eben nun nicht gerade ein Forschungsprogramm gibt und auch nicht so einfach irgendwelche anderen Drittmittelgeber zu akquirieren sind.</p>
00:45:26	00:51:04	<p>Knoblauch: Sie waren auch beim Nachhaltigkeitsrat. Den haben wir bisher nur am Rande angesprochen. Wie schätzen sie die Rolle des Nachhaltigkeitsrates ein, bei der Entwicklung der Umweltpolitik und des Umweltschutzes? Zahrnt: Ich denke, dass der Nachhaltigkeitsrat eine sehr wichtige Rolle gespielt hat in der Anfangsphase 2001 mit den Vorarbeiten für eine Nachhaltigkeitsstrategie, dass er da ganz wesentliche Pflöcke eingerammt hat, wie diese Strategie aussehen muss und die Bundesregierung sich da auch in der Konstruktion dieser Nachhaltigkeitsstrategie beraten hat lassen, so dass ich glaube, dass wir ein vom Methodischen her gutes Konstrukt an Nachhaltigkeitsstrategie – mit dem unabhängigen Monitoring, mit dem Staatssekretärsausschuss und dem Austausch zwischen Nachhaltigkeitsrat und Regierung – haben, und den Möglichkeiten des Nachhaltigkeitsrats auch eigene Projekte zu machen und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu machen. Das finde ich von der ganzen Konstruktion her gut. Das sieht man auch im internationalen Austausch, dass das schon als positiv angesehen wird. Ich denke, dass es dem Rat gelungen ist, bei einigen Themen, die er aufgegriffen hat, auch wirklich Marken zu setzen, wie zum Beispiel beim Flächenthema, wo ja sehr wenig Problembewusstsein bestand und durch die Stellungnahmen des Rates und durch dieses auch ganz programmatische Fördern 30ha statt den 100 oder 120ha, die es damals waren, dass eben eine solche Themensetzung gelungen ist. Dass das in unterschiedlichem Ausmaß der Fall war, das passiert einem immer wieder. Aber, ich denke, dass durch das Aufgreifen von Themen wie auch die Energieeffizienz, die damals ganz im Hintergrund stand, noch als es vor allem um den Ausbau der Erneuerbaren ging, dass das wirksam gewesen ist. Zum Teil auf eine Art und Weise, die nicht so in der Öffentlichkeit deutlich wird, weil es eben langsam wirkt. In den Ministerien wird das Thema Öffentliche Beschaffung, das wir aufgegriffen haben, finde ich ein zentral wichtiges, wenn man sich die öffentliche Hand ansieht, wie viel Geld dort beeinflusst wird und dass jetzt dort die Beschaffungsrichtlinien geändert werden und dass das eben nicht nur auf der Bundesebene ist, sondern Gespräche mit den Landesregierungen bis zu den Kommunalen ein Thema geworden ist, das finde ich einen sehr positiven Ansatz. Dass der Rat dazu beigetragen hat, dass die Landesregierungen eben auch dieses Instrument der Nachhaltigkeitsstrategien so nach und nach aufgegriffen haben, dass die Agenda 21 Initiativen, die es in den neunziger Jahren ja noch stärker</p>


		<p>gab, sich auch durch den Rat vertreten fanden, dass der Rat sehr viele Initiativen von unten unterstützt hat über Wettbewerbe und den Aktionstag, den Nachhaltigkeitstag, gefördert hat, also von daher ist der Nachhaltigkeitsrat eben auch eine Vertretung von vielen Nachhaltigkeitsinitiativen vor Ort. Und dass wird dort sehr gewürdigt und auch die jährliche Nachhaltigkeitskonferenz wird von den kleineren Initiativen gewürdigt, weil damit Nachhaltigkeit nochmal prominent in der Öffentlichkeit ist und sie eben auch nicht das Gefühl haben, da so einsam eine Initiative zu sein, sondern in diesem Konzert sehr vieler Initiativen sich eben auch wiederfinden. (Knoblauch: Jetzt ist die Nach...) Und noch vielleicht zur Verbindung zur Umweltpolitikforschung. Da hat der Nachhaltigkeitsrat eben auch die Möglichkeit, wenn er für Themen Positionen erarbeitet, dann entsprechende Gutachten zu vergeben und die sind eben durchaus auch an alternative Forschungsinstitute gegangen und das war glaube ich eine positive Maßnahme, um Kurzgutachten machen zu lassen, die dann die Meinungsbildung im Rat stark auch beeinflusst haben.</p>
00:51:04	00:53:11	<p>Knoblauch: Jetzt ist Nachhaltigkeit ja ein inklusives Konzept, möchte ich es mal so nennen. Wie ist denn vor diesem Hintergrund das Verhältnis zu anderen Räten, die wir ja diverse in Deutschland haben, sei es der SRU oder der WBGU oder die Wirtschaftsweisen, gibt es da eine Zusammenarbeit oder ein Konkurrenzverhältnis? Zahrnt: Das mit dem inklusiven Konzept können Sie mir nachher nochmal erklären. Aber ich verstehe das so, dass Nachhaltigkeit eben nicht nur eine Sparte ist sondern integrativ ist, über Themenfelder und über die verschiedenen Ebenen, und deswegen also einen umfassenden Anspruch hat. Knoblauch: So war es gemeint. Zahrnt: Die Zusammenarbeit mit den anderen Räten ist nicht so ausgeprägt gewesen. Dann muss man auch sehen, dass diese Räte auch sehr unterschiedliche Aufgaben haben. Der SRU oder der WBGU sind ja wissenschaftliche Räte und der Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen ist auch ein Wissenschaftsrat, der aber wiederum eine kurzfristigere Politikberatungsaufgabe hat. Und der Rat für Nachhaltige Entwicklung ist ein pluralistisch besetztes Gremium, das sich ausdrücklich nicht als wissenschaftliches Gremium versteht. Von daher ist die Form der Beratung eine andere. Von daher gab es Treffen mit dem SRU, aber das war nicht kontinuierlich. Was es aber gibt ist immer ein Austausch der Generalsekretäre dieser verschiedenen Räte.</p>
00:53:14	00:58:40	<p>Knoblauch: Dann zum Abschluss noch eine Frage, die sich auf die Zukunft der Umweltpolitikforschung bezieht. Gibt es Ihrer Meinung nach eine Lücke in der aktuellen Landschaft der Umweltpolitikforschung oder im System? Sie hatten schon einige Themen genannt, die mehr beforscht werden könnten Ihrer Meinung nach, gibt es da noch etwas zu ergänzen? Was würden Sie sich für die kommenden Jahre wünschen? Zahrnt: Für mich ist die wesentliche Lücke wirklich die Lücke in der ökonomischen und gesellschaftlichen Forschung, wie unsere Gesellschaft, die jetzt ja ganz stark auf diesem Wirtschaftswachstum aufbaut und darauf angewiesen ist, wie es ohne Wachstum funktionieren kann. Das sehe ich als eine zentrale Leerstelle. (Knoblauch: ohne Wachstum) Für mich ist diese Frage des Wachstums deswegen auch so zentral weil meine Erfahrung einfach ist, dass dieses Bekenntnis 1992 zur nachhaltigen Entwicklung ja schon ein gewisser Einschnitt gewesen ist. Es war die Erkenntnis: Wir müssen innerhalb der ökologischen Grenzen dieses Planeten uns einrichten, wir müssen internationale Abkommen treffen, damit wir nicht diese Tragfähigkeit des Planeten überstrapazieren und wir dürfen nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben und nicht so wirtschaften, dass wir die Menschen im Süden weiterhin so ausbeuten. Das war ja damals Konsens und wurde ja auch mit großer Überzeugung von den Politikern vertreten. Die Tatsache ist nur, dass in der Folge auf der einen Seite weiterhin diese Bekenntnisse stehen und auf der anderen Seite die Realität, die ganz stark auf einen Wachstumskurs ausgerichtet ist. Und die Frage, ob eine nachhaltige Entwicklung mit einem weiteren Wachstumskurs in den Industriestaaten und einem kommenden Wachstum in den Schwellenländern, wo das schon gestartet hat, und in den Entwicklungsländern, wo es bisher vielleicht noch nicht gestartet hat, aber auch kommen wird, wie sich das mit der Tragkapazität der Erde verträgt, wie sich das mit dem Schutz des Klimas verträgt, mit dem Schutz der Artenvielfalt, das ist eine Frage, an die sich niemand so richtig und unvoreingenommen ranmacht. Sondern es wird dann eben versucht, das Sprengpotential, das darin liegt, zu entschärfen indem man eben das semantisch verbrämt und zum nachhaltigen Wachstum macht oder zum grünen Wachstum oder zu sonstigem schönen inklusivem Wachstum und gerechtes Wachstum und so etwas. Aber das heißt, das Wachstum hat weiterhin die Priorität Nummer eins und das sehen wir ständig im Klimawandel, national wie international, wenn eben der Emissionshandel nicht verschärft wird, wenn die Abgaswerte für Autos wieder abgeschwächt werden, damit hier die heimische Automobilindustrie</p>

		mit ihren großen Karossen nicht darunter leidet. Diese Frage muss einfach mal kritisch untersucht werden: 'Wie verhalten sich Nachhaltigkeit und Wachstum?' Und wenn es sich nicht verträgt, wovon ich ausgehe – weltweit nicht verträgt – Dann muss man doch wirklich überlegen, welche Form des Wirtschaftens, des Umgangs mit Ressourcen, des Umgangs mit Schadstoffemissionen und welche Lebensstile kann man entwickeln, die für alle Menschen dieser Erde weltweit zu praktizieren sind, ohne dass wir damit unseren eigenen Untergang programmieren. Das ist die Fragestellung, die man so nüchtern und konfliktreich untersuchen muss und da gibt es bisher eben kaum Ansätze dazu. Und ich denke, dass diese grundsätzliche Fragestellung gerade im Hinblick auf die weltweite Dimension erforscht werden muss, und erforscht werden muss, wie man sich von diesem Dogma, von dieser Ideologie, von dieser Religion nahezu, Wachstum lösen kann, in einer demokratischen Gesellschaft und in demokratischen und freiwilligen internationalen Vereinbarungen. Und das finde ich eine Riesenaufgabe, die nach meinem Eindruck eben bisher versucht wird, durch Strategien, die eigentlich nur Hoffnungen sind, wie eben dieses grüne Wachstum und die Technik und 'wir werden alles erfinden' und das Geoengineering, das wird übertüncht, dass es hier eigentlich einen Konflikt zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit gibt.
00:58:40	00:58:51	Knoblauch: Das war noch ein sehr schönes Schlusswort. Dann möchte ich mich ganz herzlich für Ihre Zeit bedanken und die Einblicke, die Sie mit uns geteilt haben. Herzlichen Dank. Zahrnt: Gerne.

Interview mit Dr. Hans-Joachim Ziesing, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1969-2006)

Interviewt durch: Matthias Duwe; Head, Climate; Ecologic Institut

Datum: 12. Mai 2014

Verwendung des Interviews:  Einzelfallabhängige Nutzung und Weitergabe des Videomaterials und der Transkription. Zustimmung des Interviewten muss eingeholt werden.

Vorgeschlagene Zitierweise: Ziesing, Hans-Joachim (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 12. Mai 2014.

Zeit von	bis	Text
00:00:21	00:00:58	Duwe: Herzlich Willkommen, Herr Dr. Ziesing, zu unserem Interview heute im Rahmen des Projekts "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", das das Ecologic Institut durchführt, um die Geschichte der Umweltpolitikforschung in Deutschland genauer zu beleuchten. Zu diesem Zweck verwenden wir unter anderem die Methode der Oral History, das heißt, dass wir Zeitzeuginnen und Zeitzeugen interviewen und Sie nach ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragen und ich freue mich sehr, dass Sie uns auch in diesem Rahmen zur Verfügung stehen. Ziesing: Kein Problem, ich mach das gerne. Duwe: Schön.
00:00:59	00:03:58	Duwe: Sie sind in Deutschland bekannt als Energieexperte. Sie arbeiten in den verschiedensten Gremien mit, zuletzt zum Beispiel in der Monitoring-Kommission, die die Bundesregierung eingesetzt hat, um den Fortschritt der Energiewende genauer zu beleuchten, haben aber in der Tat schon in den 70ern angefangen, in diesem Feld zu arbeiten. Beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, wo Sie, ich glaube über 40, fast 40 Jahre gewesen sind. Ziesing: Fast 40 Jahre. Duwe: Fast 40 Jahre. Unter anderem als Abteilungsleiter. Und wir würden gerne anfangen, indem wir nicht in der Geschichte beginnen, sondern ganz vorne. Der Bericht der Kommission, die ich gerade erwähnt habe, ist glaube ich erst vor wenigen Wochen veröffentlicht worden. Wie gefällt Ihnen die Arbeit in diesem Gremium? Ziesing: Also die Arbeit in der Monitoring-Kommission ist ausgesprochen spannend, weil sie ein Unikum auch darstellt. Es ist eine absolut unabhängige Kommission. Es passiert ja sonst häufig, wenn man Gutachten macht, für Ministerien oder für wen auch immer, dass man über den

		<p>Endbericht noch einmal eine Abschlussdiskussion führt und dann manchmal die Diskussion kommt, ob man am <i>Wording</i> nicht das eine oder andere vielleicht dann doch ändern könnte. Das ist in dieser Monitoring-Kommission überhaupt nicht der Fall. Das, was wir geschrieben haben, geht so ins Kabinett und geht so ins Parlament. Da kann niemand irgendetwas daran ändern. Das ist unser Problem, was wir schreiben. Und alle Fehler, die wir machen, haben wir gemacht und nicht irgendein Einfluss von außen. Insofern ist die Arbeit ausgesprochen befriedigend. Sie ist auch befriedigend, weil die Zusammensetzung ja nicht von vorne herein eigentlich erwarten ließ, dass wir in den meisten Dingen übereinstimmen, sondern dass wir eher bei vielen Dingen Kontroversen haben. Aber wir haben uns einfach auf eines eingelassen: Wir haben gesagt das Energiekonzept der Bundesregierung gilt. Punkt. Und die beiden Hauptziele von Atomausstieg und Treibhausgasemissionsminderung gelten auch und stehen nicht zur Disposition. Und vor diesem Hintergrund fragen wir dann immer danach, ob dann auch die einzelnen Ziele sich auf dem Zielpfad befinden. Und man muss schon sagen, also wenn man es in einem Wort sagen würde: Wir befinden uns noch nicht auf dem Zielpfad. Wir sehen das bei der Energieeffizienz, da haben wir Rückstände. Wir sehen es im Ergebnis bei den Treibhausgasemissionen. Das einzige, was vermutlich funktionieren wird ist der Atomausstieg, weil der relativ klar definiert ist. Aber bei anderen und sehr vielen einzelnen Elementen sehen wir, dass dort noch viel, viel getan werden muss. Und das wird Aufgabe des sogenannten Fortschrittsberichts sein, der Ende dieses Jahres erscheinen soll. Ich hoffe das gelingt. Da soll ja geguckt werden, an welchen Stellen hakt es wirklich? Aber nicht nur die Feststellung sondern auch, was muss getan werden, um doch auf den Weg hin zur Energiewende zu kommen.</p>
00:04:00	00:05:06	<p>Duwe: Auf diese Art von Gremium, und Sie haben ja in einer Reihe von denen mitgearbeitet, würde ich gerne später noch zurückkommen, insbesondere weil sie ja versucht, externe Experten, die nicht direkt staatlichen Institutionen angehören, einzubinden, um Arbeit von Regierungsorganen genauer zu beleuchten und auch für die Öffentlichkeit transparenter zu machen. Ziesing: Vielleicht ein... Duwe: Ja, gerne. Ziesing: ...Wort dazu. Das ist wirklich ein Unikat und man muss es sogar der Regierung hoch anrechnen, dass sie wirklich unabhängige Leute, schon von ihrer unterschiedlichen Herkunft, wenn man will, einlädt, einen Bericht der Bundesregierung zu kommentieren, und dies unabhängig und in eigener Regie, wenn man so will. Dass die Bundesregierung sich so gerne direkt kritisieren lässt, ist so häufig nicht der Fall. Zumal man ja sagen muss, unser Bericht ist medial viel interessanter aufgenommen worden, als der Bericht der Bundesregierung selbst. Insofern ist das eigentlich für uns als Kommission ein sehr schönes Ergebnis. Duwe: Wunderbar, vielen Dank.</p>
00:05:07	00:09:58	<p>Duwe: Die Anfänge Ihrer beruflichen Laufbahn in diesem Themenfeld der Energieversorgung in Deutschland und auch der Nachhaltigkeit der Energieversorgung in Deutschland liegen ja Ende der 60er Jahre. Am DIW haben Sie 1969 begonnen, Ihre Arbeit aufzunehmen. 1969 ist auch das Jahr des Brandt'schen SPD Wahlkampf zur Bundestagswahl, in dem unter anderem der Ausspruch "der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden" benutzt wurde. Wie haben Sie zu dem Zeitpunkt selber diese Anfänge wahrgenommen? Und wo würden Sie insgesamt den Ursprung der Umweltpolitik in Deutschland verorten? Ziesing: Das ist gar nicht so einfach. Ich glaube schon, dass der "blaue Himmel über der Ruhr" so ein Schlagwort war, bei dem viele Leute nachgedacht haben, ob all das, was aus Schornsteinen rauskommt denn wirklich nur segensreich ist, oder ob da nicht auch was getan werden muss. Ich glaube, damit begann zumindestens die, sagen wir mal, sehr konventionelle, traditionelle Umweltpolitik, auch damit. Da ging es vornehmlich ja um die Frage, was machen wir mit dem SO₂, dem NO_x und all diese Dinge, was dann letztlich erst Anfang der 80er Jahre zur Großfeuerungsanlagenverordnung geführt hat, und dann zu richtig bindenden Zielen auch und Maßnahmen. Für mich, da muss man vielleicht erläuternd sagen, ich bin ja als Energiemensch angefangen im Institut, wobei ich die Wahl hatte nach dem Examen, ob ich Landwirtschaft oder Energie machen wollte. Und als ich mich entschieden hatte, dass ich Landwirtschaft machen wollte, war der Posten schon besetzt, so dass ich dann nolens volens Energie machen musste, was sich dann aber bald als, unter energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten, ausgesprochen spannend darstellte. Wir hatten die Kohlekrise damals schon. Da gab es regelmäßige Arbeiten darüber: Was machen wir mit der deutschen Kohle eigentlich, die ja hoch subventioniert worden ist? Und dann kamen die beiden, erstmal die erste Ölpreiskrise und später die zweite Ölpreiskrise, was natürlich zunächst mal den Umweltgedanken nicht primär</p>

		<p>hatte, sondern zunächst mal im Grunde auf die Versorgungssicherheit abgestellt hat und gefragt hat: wie gehen wir damit um? Und die ersten Überlegungen natürlich auch hatte zur Energieeffizienz. Und ich erinnere mich, dass ich interessanterweise in Gutachten für das bayerische Wirtschaftsministerium, Gutachten schrieb, die überschrieben waren mit: Maßnahmen für eine preiswürdige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung. Das war so Mitte der 70er Jahre, wo wir schon sehr viel geschrieben haben darüber, was mit der Umwelt denn geschehen solle und welche Umweltpolitik betrieben werden solle. Also es reicht eher in die Zeit zurück. Und parallel dazu, ich habe damals relativ viel regional gearbeitet, unter anderem auch prognostisch für Baden-Württemberg, und das fiel natürlich in die Zeit als der Großstreit um Wyhl war in Baden-Württemberg. Und da war eigentlich auch die Atomfrage so richtig auf die Tagesordnung gesetzt worden, mit der wir uns dann insofern beschäftigt haben, als wir zunehmend, sagen wir mal, kritischer umgingen mit prognostischen Arbeiten. Ich erinnere mich, dass ich einmal eine Stromprognose gemacht habe, die vom Institut nicht gewollt worden ist, die ich dann in einem anderen Publikationsorgan veröffentlicht habe, als damals schon die Frage war: Geht es wirklich so weiter mit dem Energieverbrauch und ist es so, dass der Stromverbrauch sich jedes Jahr um 7% erhöht, was damals beinahe Standardaussage war, was sich dann aber glücklicherweise bald als falsch herausgestellt hat. Also für mich begann die Umweltfrage eher so in der Mitte der 70er Jahre und weitgehend, sagen wir mal sehr persönlich für mich, ging es dann im Grunde los mit Tschernobyl. Das waren vorher schon immer Arbeiten, die auch Umweltbezug hatten, aber nicht primär. Und die Frage der Atomenergie kam dann, ich habe ja an mehreren Ausstiegsgutachten mitgearbeitet, und dort ging es los, vorher natürlich die Diskussion um die Großfeuerungsanlagenverordnung, weil das unmittelbar auch die Frage betraf: was passiert mit den Kraftwerken, die ja auch dann immer mehr in den Blickpunkt gerieten, auch im Wissen, dass dort aus dem Schornstein nicht nur Gutes rauskommt, weil ja vornehmlich auch Kohle verbrannt worden ist. Und die Großfeuerungsanlagenverordnung war schon ein Schritt in eine vernünftige Richtung. Damals war auch die Diskussion um den Fernwärmeausbau relativ stark auch, nicht nur aus Versorgungssicherheitsgründen und Effizienzgründen, sondern durchaus auch aus Umweltgründen, weil man gesehen hat, dass mit der gekoppelten Erzeugung man viele Effizienzvorteile hat, die auch gleichzeitig mit positiven Umwelteffekten verbunden sind.</p>
00:09:58	00:11:36	<p>Ziesing: Der richtige, sagen wir mal auch international induzierte Durchbruch, kam meiner Erinnerung nach eher Ende der 80er Jahre. Da war die Diskussion um die Atomenergie noch voll im Gange. Es kam dann hinzu, auch von der internationalen Szene aus die Frage: Was ist eigentlich mit den Treibhausgasen und was ist mit dem Klima? Sicherlich auch angestoßen durch die FCKW-Diskussion und die Ozonlöcher und all diese Dinge. Und da hat ja damals die Bundesrepublik reagiert mit einer Enquetekommission des Bundestages, die Ende der 80er Jahre installiert worden ist, und sich grundlegend mit der Frage des Klimawandels auseinandersetzen sollte. Das hat sie sehr intensiv und aus meiner Sicht sehr erfolgreich getan. Sie hat auch eines gemacht, was glaube ich dazu gedient hat, dass es sehr vernünftig ging, sie hat ein Forschungsprogramm aufgelegt, das zweistellige Millionenbeträge gekostet hat und hat so die ganze Palette, die überhaupt dort zu diskutieren war, auch in Auftrag gegeben, und zwar, und das war auch aus meiner Sicht sehr bemerkenswert, jeweils Parallelgutachten oder konkurrierende Gutachten zu jeweils einem Thema, so dass dort die unterschiedlichen Positionen alle mit eingebracht werden konnten, und das hieß damals auch, dass aus meiner Sicht die, sagen wir mal die wechselseitige Akzeptanz auch der ökostrombewegten Institute eigentlich durch diese Enquetekommission glaube ich das Gewicht bekommen hat, das sie nach wie vor hat. Ich glaube, das war ein entscheidender Durchbruch an der Stelle.</p>
00:11:37	00:14:04	<p>Duwe: Wie haben Sie denn diese anderen Institute, die, wie Sie erwähnt haben, sich Ende der 70er gegründet haben, unter anderem auch inspiriert durch die Auseinandersetzung mit den Plänen für Neubauten für die Versorgung durch Atomenergie in der Bundesrepublik? Wie haben Sie die aktiv als jemand, der in einem viel etablierteren Institut arbeitete, und sich auch mit ähnlichen Themen beschäftigte, wie haben sie das erlebt, als diese Institute in die Landschaft dazukamen? Haben Sie die auch belächelt oder so? Wie war Ihre Einschätzung der Entstehungsgeschichte dieser Institute? Ziesing: Wissen Sie, das Problem ist, viele der Akteure kannte man noch aus den guten, alten Studententagen. Ich war ja relativ politisch, sehr aktiv während der Studentenzeiten im AStA und im Konvent der FU Berlin und viele derer, die dort mit aktiv waren, sind nachher in die Ökobewegung gegangen, insofern hatte ich dort, sagen wir so, keinerlei Berührungsprobleme,</p>

		<p>sondern es waren halt Freunde. Ich habe das, was dann letztlich das IZT gewesen ist, mit Lutz Mez und Rolf Kreibich von sehr frühen Zeiten an mit, wenn man will, begleitet/betrachtet, sagen wir es so, also da/ Ich habe gesehen, dass dort etwas entsteht und, was ja zum ersten Mal deutlich war, war nicht nur dass, sagen wir mal diese leicht esoterische, abseits stehende Position, sondern auch des wirklich Hineingehens, auch nach Tschernobyl kam. Da sind die Institute ja auch beteiligt worden, selbst vom Wirtschaftsministerium, allerdings war das nicht ganz ohne Haken und Ösen, aber beteiligt worden an dem Gutachten zum Ausstieg. Also es hat dann zunehmend Akzeptanz gefunden, bei mir war es eh kein Problem. Und am stärksten, deshalb habe ich darauf auch extra hingewiesen, am stärksten auch in der Zusammenarbeit mit der ersten Klima-Enquetekommission des Bundestages. Da ist es dann sehr deutlich geworden, dass dort richtig gute Arbeit geleistet wird und das war glaube ich auch wichtig für die Akzeptanz. Auf der anderen Seite war auch, sagen wir mal, die Berührungangst, die viele ökobewegte Institutsleute hatten, gegenüber denen, die etablierte, Energie- und Umweltpolitik betrieben, ich glaube, dass auch die Berührungsschwierigkeiten dadurch deutlich gemindert worden sind. Und heutzutage kooperiert eigentlich Vieles mit Vielem.</p>
00:14:08	00:17:19	<p>Duwe: Und welche Rolle hat denn das DIW, dass ja schon in seinen Ursprüngen aus den 20er Jahren stammt, zu dem Zeitpunkt gespielt? Und wie hat es sich in dieser Debatte positioniert? Sie haben ja eben schon erwähnt, dass Sie selber irgendwann Arbeiten gemacht haben, die etwas kritischer waren, die nicht ganz zur Linie des Instituts passten? Ziesing: Das traf weitgehend nur auf die 70er Jahre zu. Ich meine, das Institut ist als Konjunkturforschungsinstitut 1925 gegründet worden. Das heißt, es war lange Jahre auch dominantes Geschäft, Konjunkturforschung zu betreiben. Und die Erweiterung durch viele andere Abteilungen kam eigentlich erst in den 50er, 60er, bis in die 70er Jahre hinein. Meine Abteilung, in die ich damals hineingekommen bin, hieß am Anfang ja "Energie und Rohstoffe". Wir hatten einen relativ starken Rohstoffteil bei uns in der Abteilung, mit vielen Geologen, die dort tätig waren, und wir haben ganz viele Rohstoffstudien in der Abteilung gemacht. Die Abteilung umbenannt worden in "Energie, Umwelt" ist eigentlich erst später in den 80er Jahren geschehen, als wir zunehmend auch umweltorientierte Arbeiten machten. Und dann noch einmal Anfang der 90er Jahre, als wir dann auch noch den Verkehrsteil dazubekamen, und heutzutage ist es dann halt die Abteilung "Energie, Verkehr, Umwelt". Also dieses Zusammenspiel von dem Ganzen spielte eine Rolle. Und im Übrigen haben wir neuerdings, seit zwei Jahren eine eigene Abteilung "Klimapolitik". Das heißt, es ist ein längerer Weg gewesen, aber die richtig intensive Beschäftigung mit den ganzen Fragen hat eigentlich begonnen im Anschluss an die erste Klima-Enquetekommission. Da ist vom Forschungsministerium ein Projekt aufgelegt worden, das sich IKARUS nannte, das ganz viele Institute zusammengebracht hatte, die alle unterschiedliche Elemente bearbeitet haben, um ein Modell zu erarbeiten, mit dem man, sagen wir, den kostenoptimalen Pfad zur Minderung von Treibhausgasemissionen finden konnte und gleichzeitig auch mit den damit verbundenen Kosten. Daran haben wir etliche Jahre gearbeitet und das Modell mehr und mehr perfektioniert, vielleicht, was dann genutzt worden ist partiell auch, um die Politikszenerien für den Klimaschutz zu schreiben. Das war anfangs immer eine Arbeit, die gemacht worden ist für das Umweltministerium, und die jetzt gerade glaube ich vor dem Beginn der siebten Folge der Politikszenerien für den Klimaschutz steht. Jetzt nennt es sich meist Projektionsbericht, weil es darum geht, zu sehen, wie entwickeln sich die Emissionen? Persönlich mache ich hier auch seit vielen Jahren die Übung, und versuche möglichst aktuelle Schätzungen der Emissionen zu machen, für Deutschland einerseits und weltweit andererseits. Also ich würde mal so sagen, so richtig begann das zumindestens ganz stark klimaschutzpolitisch geprägte Leben Anfang der 90er Jahre.</p>
00:17:21	00:21:14	<p>Duwe: Dann gehen wir nochmal einen kurzen Schritt zurück, denn, wenn ich richtig informiert bin, haben Sie 1983 zum Thema Ökonomie der erneuerbaren Energien promoviert und dazu habe ich zwei Fragen in dem Zusammenhang von / Noch Ende der 70er streiten sich die Menschen stark, auch Anfang der 80er ist eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu dem Thema da. Das ist noch drei Jahre vor dem großen Unfall, der das Ganze noch ganz anders ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht hat, mit dem das Thema und eine andere Denke, wie Sie gesagt haben erst so richtig in der Gesellschaft und im Mainstream der politischen Institutionen angekommen war, insofern zwei Fragen: A) Waren Sie in irgendeiner Form zu dem Zeitpunkt auch schon durch Publikationen, wie das Buch "Energiewende" der Forscher am Öko-Institut, das 1980 rausgekommen ist, inspiriert/beeinflusst? Und waren Sie mit dem Thema selber jetzt noch Ihrer Zeit voraus? Ziesing: Ach, ich weiß nicht, das klänge so schön, wenn man das sagen könnte. Ich</p>

		<p>glaube, man hat so gemeinsam gemerkt, dass es an irgendwelchen Ecken nicht so ganz gut geht. Ich meine, wenn man will, kommt man im Grunde von der Kapitalismuskritik nachher in die Ökobewegung hinein. Das war beinahe ein irgendwie naturgegebener Entwicklungsprozess, glaube ich, weil man sich dann auch darum kümmerte: Was sind denn die negativen Effekte unserer Wirtschaftsweise auch. Ich meine es begann, glaube ich, relativ stark mit der Diskussion um die Grenzen des Wachstums. Das hat, glaube ich, ziemlich Vieles ausgelöst. Und dann ging es sehr stark um die Frage auch von Dezentralität von Entscheidungen, die auch dann natürlich ganz bestimmte Techniken begünstigt haben. Und ich glaube, die erneuerbaren Energien waren damals auch schon ein bisschen auf dem Tableau Ende der 70er Jahre, zumindest waren es da sogar leichte Anklänge in den Energieprogrammen, da tauchten auf einmal auch so Begriffe wie Umweltpolitik auf und ähnliche Dinge, und die Techniken, die dazu da sein. Und damals, das war übrigens ein bisschen mit der Anstoß, war die Sorge: Haben wir eigentlich genügend Kapazitäten, um erneuerbare Energien, damals ging es ja auch schon um ein paar Förderprogramme, um erneuerbare Energien nicht nur in die Preiserhöhung zu bringen, sondern auch wirklich in den Einsatz hineinzubekommen. Ich habe damals ganz viele Firmen besucht und, mit Verlaub gesagt, das war liebenswürdig. Das waren meist Werkstätten, in denen an Kollektoren gebastelt worden ist, und ich glaube das Wort "basteln" ist da auch völlig richtig. Damals wurde ja der Bundesverband, wie hieß er denn damals, der Bundesverband Solarenergie, ungefähr, die Deutsche Gesellschaft für Solarenergie hieß sie glaube ich, die DGS damals, gegründet. Und das waren aber wirklich sehr kleinteilige Unternehmen, die natürlich mit den Kostendegressionen, die man bei größeren Losen hat, relativ wenig zu tun hatten. Und damals war die Frage einerseits Kapazität und andererseits aber auch: Was hat es eigentlich mit den Kosten auf sich? Wir haben dann ja übrigens auch in den 80er Jahren sehr bald noch Untersuchungen gemacht zu erneuerbaren Energien. Das hat das DIW zusammen mit dem ISI gemacht, und zwar einerseits war es eine Potentialschätzung, und andererseits eine Kostenschätzung. Es waren zwei getrennte Arbeiten. Ich habe nochmal in die Potentialschätzung geguckt. Ich sage ja, ich habe schon viele falsche Prognosen in meinem Leben gemacht, mit der Potentialschätzung lagen wir wohl auch etwas daneben, glaube ich, wobei man auch nicht ahnen konnte, das wir zu so einem erfolgreichen Förderinstrument wie dem EEG kommen könnten, insofern merkt man auch, man kann was bewegen im Grunde, wenn man Politik macht.</p>
00:21:16	00:23:05	<p>Duwe: Und, diese/ Nochmal ganz konkret die Frage: Inwiefern waren Sie in Ihrer Arbeit auch schon vor dem einschneidenden Erlebnis Tschernobyl in irgendeiner Form beeinflusst, ob positiv oder negativ, durch die Arbeit der anderen neu gegründeten, etwas alternativeren Institute? Ziesing: Ich glaube, es hat schon abgefärbt, weil man ja zur Kenntnis genommen hat, was dort läuft. Abgesehen davon, dass natürlich auch durch viele persönliche Beziehungen, die man zu den dort Agierenden hat, natürlich auch mitbekommen hat, was dort gedacht wird, und dass dies ja durchaus nicht alles falsch war. Also insofern gab es natürlich schon Anstöße und man hat es natürlich auch mit Genugtuung oft gelesen, was geschrieben worden ist. Aber das Ganze hat dann tatsächlich erst ein bisschen später auch in die eigene Arbeit so richtigen Eingang finden können. Wobei ich immer, das muss ich auch sagen, immer der Meinung war: ich bin ein starker Verfechter von empirischen Belegen. Also, ich halte nicht viel von reinen Glaubenssätzen, die zwar empirischen Bezug haben, aber nicht empirisch mit belegt werden können, was vielleicht auch dann dazu geführt hat, dass ich schon seit Anfang der 70er Jahre als Institutsvertreter in der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen war und dort seit jetzt 20 Jahren die Geschäftsführung mache, weil ich finde, es ist ausgesprochen wichtig, dass wir mit <i>Facts and Figures</i> die Dinge, über die wir reden, auch so weit wie möglich untermauern können. Weil das macht es auch einfacher in dem Disput, weil dann treten nicht nur pure Auffassungen gegenüber, sondern man kann sich auch ein bisschen abarbeiten an den <i>Facts and Figures</i>.</p>
00:23:07	00:28:07	<p>Duwe: Dann lassen Sie uns da gleich nochmal nachfassen. Sie haben selber schon gesagt, Sie sind seit 1994 Geschäftsführer der AG Energiebilanzen. Diese Aufgabe, auch unabhängig oder auf Grundlage von einer soliden Zahlenbasis zu informieren, und eine gemeinsame Informationsgrundlage zu schaffen ist, denke ich, ein Anspruch, der sich deckt mit dem, was einige auch dieser Institute oder auch der Leute, die Institute gegründet haben Ende der 70er, einige kommen aus den 80ern, einige dann erst in den 90ern, auch als Anspruch hatten: Wir wollen im Grunde die Meinungsbreite, das Informationsangebot verbreitern. Ich will diese Verbindung nicht zu stark konstruieren. Aber die kam mir in der Vorbereitung bei dem Gedanken darüber, was denn die Aufgabe der AG Energiebilanzen ist, kam mir diese Verbindung. Als Frage an Sie, bitte berichten</p>

		<p>Sie uns noch ein bisschen mehr über den Hintergrund der AG Energiebilanzen und ihre Funktion, und inwiefern Sie eine Verbindung sehen zur Kommunikationsaufgabe, die sich andere Institute gestellt haben. Ziesing: Also, vielleicht ein bisschen zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Sie reicht relativ weit zurück, im Grunde schon ein bisschen in die 50er, 60er Jahre. Es gab einmal eine Enquetekommission Ender der 50er Jahre, wo es vornehmlich um die Frage auch ging: Welche Rolle spielt die Kohle eigentlich? Wir standen kurz vorm Beginn, oder waren schon halb mittendrin, dass die Kohle in Deutschland mehr und mehr verdrängt worden ist vom Öl. Erdgas kam ja durchaus signifikant erst später. Und damals hat die Enquetekommission sich mit all den Fragen – Woher kommt die Energie? Wofür wird sie gebraucht? – unterhalten, und damals sind auch schon erste Energiebilanzen erstellt worden vom Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln. Die haben damals den Versuch gemacht, ein System für Energiebilanzen zu entwickeln und auch Energiebilanzen realisiert. Es geht ja im Grunde um diese große Matrix, die die Verbrauchssektoren, Angebotssektoren und Energieträger irgendwie in eine Matrix gut zusammenbringt. Und das waren die Ansätze, die dann weiter gepflegt worden sind und irgendwann dazu geführt haben, und daran waren Institute des DIW, des Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln, und des Rheinisch-Westfälischen Instituts in Essen maßgeblich beteiligt, zusammen mit den Energiewirtschaftsverbänden, dass man dieses institutionalisieren sollte, und ein..., wenn man will, eine Arbeitsgemeinschaft bilden sollte, in der diejenigen, die von der Forschung her daran arbeiten, die aber auch partiell als Datenlieferanten tätig sind, dass die zusammenkommen. Und im Moment sind wir vier Forschungsinstitute in der Arbeitsgemeinschaft und fünf Energiewirtschaftsverbände. Und in kürzester Zeit wird noch ein weiteres Institut dazukommen aus dem Stuttgarter Raum, was sich ZSW nennt, die im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiten. Und die Hauptaufgabe ist, das muss man sehen, die Hauptaufgabe ist wirklich nur, ich meine, das klingt vielleicht etwas naiv, wirklich nur, den Versuch zu machen, so solide wie möglich Daten zusammenzustellen. Wir kreieren keine eigenen Daten, sondern nutzen Quellen, sicherlich vornehmlich amtliche Daten, aber wir nutzen weit möglichst alle Informationen, die belastbar sind, um sie zusammenzubringen. Der Vorzug dieser Arbeitsgemeinschaft ist, dass, manche sagen "Da sind die großen Energiewirtschaftsverbände drin, da kann nichts Gutes bei rauskommen", das Gute ist, das sind konkurrierende Verbände. Das heißt, es ist im Grunde so etwas wie ein wechselseitiges Aufpassen, dass niemand zu seinen eigenen Gunsten irgendetwas macht, das ist ganz wichtig, und ich selbst begreife meine Aufgabe und das ist auch, glaube ich, so Konsens in der Arbeitsgemeinschaft, so, dass ich sage, wir wollen Zahlen, und zwar so gute wie möglich haben. Und abends beim Wein können wir uns streiten, was wir gut tun und es ist kein Geheimnis, dass ich mit Auffassungen von manchen Verbänden in der Arbeitsgemeinschaft nicht gerade übereinstimme. Aber dieses Streiten machen wir im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft beim Wein und nicht während der Arbeit. Da versuchen wir die Daten hinzukriegen, sind auch sehr engagiert Forderungen zu stellen, zur Verbesserung der Datenbasis, weil die ist nämlich nicht so gut, wie man im Allgemeinen glaubt. Man denkt immer, wir sind ein so hoch industrialisiertes Land, das eine wunderbare Erfassung von Daten hat. Das haben wir nicht.</p>
00:28:07	00:29:25	<p>Ziesing: Das heißt wir sind andauernd eigentlich dabei, zu fordern, dass so etwas wie Energiestatistik verbessert wird, zu dem, was wir im Moment haben. Unsere Arbeit im Verhältnis zu den anderen Instituten ist eigentlich so, ich glaube sie ist im Wesentlichen, und das finde ich sehr befriedigend, sie ist insoweit akzeptiert, dass unsere Daten von alles genutzt werden, die sich überhaupt mit der Energiedatenbasis ihrer Arbeit beschäftigen. Das geht auch noch in quasi amtliche Richtung, wir sind ja keine amtliche Statistik, so eine quasi amtliche. Das geht in die Richtung, dass unsere Energiebilanz im Grunde die Basis ist für die nationale Emissionsberichterstattung. Das heißt, es ist ein weithin akzeptiertes Datenmaterial, das geliefert wird. Wir versuchen auch nicht nur die puren Energiebilanzen rauszugeben, sondern jedes Jahr auch einen Bericht zu schreiben über den Verlauf des abgelaufenen Jahres. Wir versuchen auch noch einzelne Auswertungstabellen bereitzustellen, also so viel wie möglich man aus dem Datenmaterial herausholen kann, das prinzipiell, grundsätzlich und immer veröffentlicht wird. Das heißt, es gibt nie irgendeine Arbeit, die wir machen, die irgendwo im Schrank verschwindet, sondern alles, was wir arbeiten ist öffentlich.</p>

00:29:26	00:31:27	<p>Duwe: Nun habe ich, glaube ich, den einen oder anderen Artikel von Ihnen gesehen, der gerade zu den nationalen Emissionen zum Beispiel auch, ich denke, aufbauend auf Zahlen, die aus der Arbeit der AGEB herauskommen, die recht kritische Sprache pflegen. Ist das dann etwas, was von den anderen Partnern in der Arbeitsgemeinschaft akzeptiert wird? Ziesing: Ja, auch da sind Entwicklungen. Es gab mal eine Zeit, ich nenne hier nicht Ross und Reiter, das wäre unfair, eine Zeit, als man fand, dass es eigentlich doch nicht so ganz schicklich sei, wenn dort ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft und dann auch noch Geschäftsführer, Zahlen herausgibt zu Emissionsentwicklungen, die natürlich deutlich machen, dass es besonders emissionsintensive Energieträger gibt, die auch in der Arbeitsgemeinschaft vertreten sind, und weniger emissionsintensive. Das fand man nicht so ganz gut. 'Man' ist übertrieben, das war nur eine Fraktion. Das hat sich ja insoweit verändert, als wir seit einiger Zeit sogar die allerallererste Schätzung der CO₂-Emissionen machen, gleichzeitig mit unserer Schätzung des Primärenergieverbrauchs des gerade abgelaufenen Jahres. Wir haben immer noch einen kleinen Absatz, dass das ungefähr die und die Veränderung der CO₂-Emissionen bedeutet. Das heißt, jetzt ist es eigentlich mitten in der Arbeitsgemeinschaft angekommen. Dass trotzdem nachher, sagen wir mal, die schlussendliche Bewertung, die ich in meinen persönlichen Berichten dazu schreibe, auch die umweltpolitischen/klimaschutzpolitischen Forderungen und Folgerungen daraus, dass die sicherlich nicht geteilt werden von allen, ist wohl so. Aber das hat noch nie Schwierigkeiten gemacht. Also insofern ist es ein, das muss man dann auch anerkennen, ein relativ liberaler Laden, der durchaus diese Dinge zulässt. Sonst wäre ich auch nicht da drin. Das ist gar keine Frage, weil ich kann ja nicht irgendwie etwas machen, von dem ich nicht selbst meine, es sei in Ordnung.</p>
00:31:28	00:34:54	<p>Duwe: Nun scheinen mir diese, die sehr spezifische Aufgabenstellung und auch die Konstellation der Akteure dort etwas sehr besonderes zu sein, dass sie diese Sachen so erlaubt. Aber gleichzeitig haben Sie selber da einen Wandel im Laufe der Zeiten angesprochen. Mich würde mal interessieren, wie Sie das denn im Allgemeinen einschätzen. Wie hat sich denn die Interessenkonstellation in Deutschland verändert im Laufe der letzten 30, 40 Jahre in der Hinsicht. Ich stelle das nochmal, damit man auch die Frage verwenden kann: Wie hat sich denn in den letzten 30, 40 Jahren die Interessenkonstellation gewandelt. Inwiefern sind die umweltpolitischen Belange richtig angekommen? Ziesig: Ob sie schon richtig angekommen sind, weiß ich nicht. Dann müsste man möglicherweise noch eine wirksamere Umweltpolitik betreiben als wir es tatsächlich tun. Ich glaube nur, was angekommen ist, ist das Wissen darum, dass im umwelt- und klimaschutzpolitischen Bereich Aktivitäten notwendig sind. Und ich glaube auch, dass sich der Strukturwandel der Wirtschaft etwas in die Richtung vollzogen hat. Das heißt, dass man das Ganze nicht nur als belastendes Element empfindet, sondern, dass man das, ich würde sagen es ist auch in der Wirtschaft partiell angekommen, aber ich sage ausdrücklich partiell, weil natürlich bei all dem die Frage von <i>Winnern</i> und <i>Losern</i> schon ein Problem darstellt, was wir tagtäglich eigentlich merken. Aber ich würde sagen, die Fraktion der Gewinnenden ist deutlich gestiegen und damit glaube ich auch das relevante Bewusstsein davon, dass etwas zu tun ist. Also da sehe ich einen deutlichen Wandel, der mal eine Zwischenphase hat, ich glaube es war wirklich offensichtlich nur eine Zwischenphase, als die hohe Sensibilität im Zusammenhang mit dem Waldsterben doch viele Gemüter bewegt hat und zu strikten Forderungen, etwa im Rahmen der Minderung von SO₂- und NOX-Emissionen geführt hat. Es bedarf immer eines solchen Anlasses und ich glaube, dass auch das Klimaschutzproblem auch mittlerweile durchaus angekommen ist, allerdings noch nicht in der Umsetzung zu den Maßnahmen, die dafür notwendig sind. Und das ist ja das, was einen teilweise auch quälen kann, denn, ich sage mal, wir haben einen relativ breiten Konsens über manche umwelt- und klimaschutzpolitischen Ziele. Dieser Konsens bricht unendlich leicht auf, sobald es zu konkreten Maßnahmen kommt, weil dann sofort die eine oder andere der betroffenen Gruppen sich zu Wort meldet und mit aller Vehemenz dagegen argumentiert. Immer mit dem ersten Satz: Wir sind auch für die Energiewende, aber gerade an der Stelle doch nicht so. Also das ist ein Problem, glaube ich, das uns nach wie vor bewegt. Also es gibt eine positive Entwicklung, da bin ich sehr überzeugt, die auch getragen wird von vielen Wirtschaftsbereichen, ob das jetzt aus dem Bereich auch der erneuerbaren Energie ist, selbst aus dem Bereich der Energieeffizienz. Ich glaube, es gibt viele, die sehen, dass man erstens was tun muss und dass das ein gutes Geschäftsmodell sein kann. Insofern ist es aus dem, ich würde mal sagen aus dem Gedanklichen/Esoterischen herausgekommen, allerdings das schon seit, ich denke seit mindestens 20, 25 Jahren.</p>
00:34:56	00:38:03	<p>Duwe: Wir haben schon wiederholt über verschiedene Enquetekommissionen gesprochen, Sie</p>

		<p>erwähnten die, die sich mit der Rolle der Kohle schon in den 50er Jahren beschäftigt hat, dann die in den 80ern zum Klimaschutz gearbeitet hat. Ziesing: Na vorher noch eine Ende der 70er Jahre zur Atomenergie. Da gab es ja die größte Kommission, die Ueberhorst geleitet hatte, die damals alle kontroversen Positionen zusammen hatte und etwas darüber nachgedacht hatte, wie halten wir es denn eigentlich mit der Nuklearenergie? Duwe: Können Sie den Namen nochmal wiederholen? Ziesing: Reinhard Ueberhorst. Damals war es ein sehr junger SPD-Abgeordneter, der später mal Umweltsenator in Berlin geworden ist und eine ganze Reihe von Jahren im Parlament war, jetzt als Berater tätig ist. Duwe: Nun wusste ich schon, dass Sie in einer Enquetekommission während der ersten rot-grünen Regierung mitgearbeitet haben, zur nachhaltigen Energieversorgung, die von 2000 bis 2002 lief. Sie haben eben berichtet, dass Sie auch zusammen mit anderen in den 80ern schon in der Enquetekommission zum Klimaschutz mitgearbeitet haben. Wie würden Sie die Arbeit dieser Enquetekommissionen einschätzen und können Sie uns kurz Ihre Rolle darin beschreiben? Ziesing: Also bei der ersten Klima-Enquetekommission war ich maßgeblich mit an dem Forschungsprogramm beteiligt, nicht als Mitglied der Klimakommission, aber wir waren im Grunde an allen Sitzungen beteiligt, und es galt ja auch die Ergebnisse der einzelnen Kurzgutachten, längeren Gutachten dort zu präsentieren und zu diskutieren, und in mancherlei Arbeitsgruppen der Enquetekommission. Das war eigentlich eine der schönen Enquetekommissionen, weil es wurde über die Grundlagen geredet und offensichtlich noch nicht über das, was dann die Leute betrifft, über die Umsetzungsmaßnahmen, das weniger. Aber es war eine große, offene Diskussion zwischen, auch zwischen den Fraktionen, was alle dann gesagt haben, was schon in den Folge-Enquetekommissionen nicht mehr der Fall war. Die Enquetekommission zur nachhaltigen Energieversorgung, die von 2000 bis 2002 gearbeitet hat, die hat schon einen großen Bericht gebracht, war aber gespickt mit Minderheitsvoten der damaligen Minderheitsfraktionen. Also das war eine Kommission, in der viele, ich würde sagen viele kluge Sachen drin gestanden haben, aber die kein sehr kooperatives Klima gehabt haben zu der damaligen Zeit, also es war zwar schön, dort mitzuarbeiten, aber wir hätten uns mehr gewünscht, dass der Konsensfindungsprozess mehr gelungen wäre als das damals der Fall gewesen ist. Insofern bleibt da auch so ein gewisser Schatten darüber, ich glaube die Bände, die wir produziert haben, enthalten sehr viel nützliches Material auch im Hinblick auf die Umsetzung von vielen Politiken, aber sie war halt etwas konterkariert durch die vielen Minderheitsvoten, die zum Teil beinahe beliebig dort eingestreut worden sind. Also es war ein manchmal etwas destruktives Miteinander.</p>
00:38:04	00:40:27	<p>Duwe: Nun sind diese Enquetekommissionen ja davon geprägt, dass sie auf der einen Seite die verschiedenen Fraktionen vereinen, und gleichzeitig aber auch sich das Wissen von externen Experten ranholen, um ihre Themen diskutieren zu können. Inwiefern können Sie einen Wandel konstatieren? Nein, noch einmal: Welche Rolle haben diese externen Experten jeweils gespielt und inwiefern gibt es einen Wandel oder eine Entwicklung in der Hinsicht? Ziesing: Ach, ob es da einen Wandel oder eine Entwicklung gab, ich glaube, es hängt immer ein bisschen davon ab, mit welchem Konkretionsgrad man etwas macht oder wieweit die Fragestellungen schon eigentlich zur Tagespolitik geworden sind. Dann wird es schwierig. Solange es, wie bei der ersten Klima-Enquetekommission, noch um Grundsatzfragen auch geht, dass man sich erstmal über die ganze Gemengelage im Klaren wird, und noch keine, sagen wir mal fraktionell vorgefertigte Meinung da ist, geht es wohl ganz gut. Wir waren glaube ich in der Situation, in der Enquetekommission, über die wir jetzt gerade gesprochen haben, dass schon jeder so seine Positionen hatte. Und das hat es natürlich außerordentlich erschwert, zu irgendetwas Gemeinsamem zu kommen. Ich glaube, dass die externen Sachverständigen der Kommission eine wesentliche Rolle spielen, weil die sich vielleicht dann doch zwar auch mit ihren Positionen identifizieren, das ist keine Frage. Aber dann doch eher etwas, selbst sich aus dem Fraktionendisput heraushalten wollen, was nicht immer so gelingt, aber das macht dann einen kleinen Unterschied und ich glaube insofern haben die dann schon einiges an Gewicht, ohne dass das jetzt auf einmal den entscheidenden Durchbruch gäbe. Ich glaube nur, dass die Zusammensetzung schon positiv ist, dass man sagt, die gleich große Anzahl von Parlamentariern und von externen Sachverständigen machen die Mitglieder aus einer Enquetekommission, im Grunde mit gleichen Abstimmungsrechten. Das ist glaube ich für die Enquetekommission nützlich, wobei aus meiner Sicht eine Lehre ist, man sollte sich nicht zur Entscheidung über tagespolitische Dinge unbedingt zusammenfinden, sondern man sollte eher die offenen Fragen, für die noch keine Klärung außerhalb des Parlaments, oder selbst innerhalb des Parlaments, erreicht worden ist, mit den Fragen sollte man sich beschäftigen.</p>
00:40:29	00:43:43	<p>Duwe: Sie haben vorhin schon mal kurz den Prozess beschrieben in den 80ern, in dem Forschung,</p>

		<p>die betrieben wurde, die in die Enquetekommission hineingehen sollte, parallel verlaufen ist. Den Prozess würde ich Sie bitten, noch einmal genauer auszuführen. Und ich würde die spezifische Frage dranhängen: Sie haben beschrieben, dass sich die Anerkennung oder das Bewusstsein für die Arbeit der verschiedenen Institute geändert hat durch diesen Prozess. Haben Sie das Gefühl, dass auch durch die Mitarbeit in der Enquetekommission die Wahrnehmung der alternativen Wissenschaft, sich auch bei anderen Gruppen, wie bei den Politikern geändert hat? Ziesing: Ich glaube ja. Ich glaube, dass die meisten Institute, die aus der Öko-Richtung kommen, auch wirklich breit akzeptiert sind, nicht unbedingt immer deren Schlussfolgerungen, aber dass man weiß, es sind, sagen wir mal, ernsthafte Kooperateure. Dafür war glaube ich schon die Klima-Enquetekommission oder das Forschungsprogramm entscheidend. Damals war ja genau die Frage, dass man sagte, es gibt auch hier schon bei einigen Punkten durchaus so etwas wie eine Meinungsunterschiedlichkeit, und die wollen wir aber in gewisser Weise zusammen bringen, dass wir sagen, ein Thema soll von zwei Instituten oder zwei Sachverständigen oder wie auch immer, bearbeitet werden, von denen man wohl annehmen kann, dass sie nicht von vornherein übereinstimmen würden. Und dann die Diskussion über die jeweiligen Gutachten war dann eigentlich davon geprägt, dass man im Grunde an vielen Stellen zu gemeinsamen Schlussfolgerungen kam. Man kam nicht zu gemeinsamen Schlussfolgerungen damals zur Atomenergie, das wundert mich nicht sehr, aber bei ganz vielen anderen grundlegenden Dingen, was etwa die Akzeptanz von Klimaschutzpolitischen Maßnahmen betrifft, erstmal das Problem als solches auch zu akzeptieren. Ich glaube das war ganz groß, bekam natürlich nebenbei mal gesagt auch ein ganz großes Gewicht durch die Rio Konferenz und all das, was sich dann international abgespielt hat. Aber damals war wichtig, dass dieses gemeinsam in dem Forschungsprogramm arbeitende zugleich auch schon die Akzeptanz von allen Beteiligten mit beinhaltet hat. Und ich glaube auch, dass seither viele Kooperationen möglich gewesen sind zwischen unterschiedlich gearteten Instituten, und das ist aus meiner Sicht recht gut. Ich meine, damals wäre es noch nicht vorstellbar gewesen, dass das Öko-Institut beispielsweise eine derart hohe Akzeptanz hat, nicht immer in den Auffassungen, das ist aber auch gar nicht notwendig, aber in der Akzeptanz, dass vernünftige Arbeit gemacht wird. Und das finde ich ist gut, dasselbe gilt, wenn ich das so lobend sagen darf sicherlich auch für Ecologic und solche Institute, die mal irgendwann ein bisschen als Newcomer aufgetreten sind, aber inzwischen auch durchaus, ich würde mal sagen, mit ihren Auffassungen und mit dem, was sie als Forschungsschwerpunkt haben durchaus breit akzeptiert sind. Ich glaube, von dem Problem sind wir nicht mehr belastet, dass wir sagen können, das sind irgendwelche Randgruppen, die sich auch mit irgendeiner Esoterik beschäftigen. Ich glaube, das ist lange vorbei.</p>
00:43:44	00:46:21	<p>Duwe: Auch für unsere Sammlung von historischen Informationen, könnten Sie vielleicht noch ein paar der Institute, mit denen Sie gemeinsam auch in den Forschungsprogrammen in den 80ern zu tun hatten, mit einigen der Individuen, könnten Sie uns die noch benennen? Ziesing: Naja, es war ja damals natürlich schon eine große Zusammenarbeit mit Peter Hennicke, der damals noch nicht in Wuppertal war, sondern noch am Öko-Institut. Es war eine starke Zusammenarbeit, allerdings erst später, mit dem Öko-Institut und Felix Matthes. Ich erinnere mich, dass wir damals im Auftrag des Umweltministeriums federführend beim DIW, dann etwas zur Klimaschutzpolitik und zur Emissionsentwicklung in den neuen Bundesländern sagen sollten, und da haben wir mit der damaligen Forschungsstelle für Umweltpolitik und mit dem Öko-Institut und DIW federführend zusammengearbeitet, ähnlich wie in den letzten Jahren auch zum Emissionshandel, als der eingeführt worden ist, ist eine breite Kooperation der Institute, die heutzutage, die gehen von Fraunhofer Institut ISI, die gehen hin zum Forschungszentrum Jülich, das Öko-Institut, die arbeiten alle munter zusammen und das DIW auch noch dazu. Das hat damals eigentlich auch schon begonnen mit der DLR sowieso auch. Diese ganze Gemengelage hat sich eigentlich so verdichtet. Und eins war übrigens auch noch, was ich erwähnt habe, das IKARUS-Projekt beinhaltete auch sehr unterschiedliche Institute, nicht von Anfang an, aber etwas später war auch das Öko-Institut noch dabei, ansonsten war DLR maßgeblich vertreten, Universität München und Forschungsstelle für Energiewirtschaft dort. Weniger sogar an den Feldern damals das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln und auch weniger damals das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung. Also wir waren im DIW eigentlich seit, ich würde mal sagen, jenseits davon, dass wir uns vorher schon immer mit den umweltrelevanten Auswirkungen der Energiewirtschaft befasst haben, aber waren wir ja auch in der Umbenennung in Energie und Umwelt, waren wir eigentlich schon immer mehr oder weniger intensiv befasst damit, auch spezifische Umweltthemen</p>

		zu behandeln. Im Übrigen auch ein anderer Zweig, der nicht bei mir in der Abteilung lief, in unserer sogenannten DDR-Abteilung, die sich schon sehr frühzeitig auch mit Umweltproblemen der DDR beschäftigt hat, auch mit Umweltproblemen in der Sowjetunion, also das waren schon Themen, die auch an anderer Stelle angekommen waren.
00:46:23	00:48:21	Duwe: Sie haben auch schon erwähnt, welche Rolle, ab einem bestimmten Zeitpunkt internationale und globale Themen gespielt haben, die Bedeutung der Konferenz von Rio hervorgehoben. Wann hat dieser Bezug, oder das Bewusstsein davon, dass die Eingriffe der Menschen in die Umwelt in ihren Auswirkungen globales Ausmaß angenommen haben, wann hat das begonnen? Ziesing: Ach das war, ich meine es gab ja ein paar Vorläuferkonferenzen noch, in Toronto, wenn ich mich recht erinnere, Ende der 80er Jahre, dann die Enquetekommission, die ja relativ bald kam und sich diesem Thema gewidmet hat. Also das war schon deutlich, das ist auch aus dem internationalen Zusammenhang in die Diskussion gekommen, später wurde es natürlich mit dem IPCC auch nochmal sehr deutlich hervorgehoben. Die internationalen Konferenzen, die dann brachten (<i>eher: kamen</i>), haben natürlich das Thema auch laufend behandelt. Es ist in der EU natürlich auch angekommen und dort gibt es ja ein relativ breites Spektrum von klimaschutzpolitischen Überlegungen. Mit den politischen Maßnahmen ist es auch ganz richtig angekommen, mit dem Emissionshandel, der eingeführt worden ist, das war allerdings erst etwas später, aber es ist ein Entwicklungsprozess, man muss sich im Moment hüten, dass die internationalen Konferenzen nicht möglicherweise zur Ermüdung führen könnten, weil sie nicht immer zu befriedigenden Ergebnissen führen, aber ich denke dass die Geschichte wirklich Ende der 80er Jahre so richtig, und dann zunehmend ins Bewusstsein gekommen ist und dann sich im Bewusstsein immer mehr verstärkt hat. Ich glaube auch nicht von ungefähr gibt es zunehmend Arbeiten, die sich damit beschäftigen, wie kann Klimaschutzpolitik in Zukunft aussehen mit allen Kontroversen, die dabei eine Rolle spielen.
00:48:23	00:50:59	Duwe: Sie haben eben auch die Wichtigkeit der EU und ihrer klimapolitischen Anstrengungen genannt. Kurze Frage zum Einfluss der EU auf die deutsche Umweltpolitik. Ab wann haben Sie selber wahrgenommen in ihrer Arbeit, dass umweltpolitische Bemühungen auf EU Ebene sich stark in Deutschland widerspiegeln haben? Ziesing: Ich glaube, aus meiner Sicht ist das etwas Gespaltenes, nicht nur eine Richtung, also das ist nicht nur irgendeine Einbahnstraße von der EU nach Deutschland hin, also es gibt Bereiche, in denen Deutschland vermutlich nach wie vor eine sehr gute Position hat, vielleicht eine bessere als das in der übrigen EU der Fall sein mag. Es gibt aber auch Bereiche, in denen Deutschland ein gehöriger Bremsen gegenüber Aktivitäten der EU ist, wenn ich an die Grenzwertsetzung für die Emissionen im Fahrzeugverkehr denke und ähnliche Dinge, da ist Deutschland eher zurückhaltend. Und man kann auch nicht übersehen, dass der Emissionshandel im Wesentlichen von der EU auf die Mitgliedsstaaten gekommen ist, und Deutschland sich eigentlich noch bis zuletzt dagegen gewehrt hat. Insofern war es schon deutlich, es wird natürlich auch mehr und mehr eine Kompetenz der EU sein, weil vieles national auch sinnvollerweise gar nicht mehr zu machen ist, und die Bemühungen sind schon da mit all dem, was sich über die Richtlinien tut, das ist ein sehr schönes Instrument, oder den direkten Direktiven, die von der EU formuliert werden, natürlich sind das auch oftmals, oder meist ja, Resultate der Diskussionen zwischen den Mitgliedsstaaten. Aber ich glaube, dass die Rolle der EU wirklich nicht unterschätzt werden darf und das ist vielleicht auch gar kein Fehler. Die Schwierigkeit der EU ist natürlich im Moment, dass sie zwar nicht bei allem Einstimmigkeit braucht, aber sie braucht doch so etwas wie einen großen Konsens innerhalb der mittlerweile ja 28 Mitgliedsländer. Und wir erfahren ja im Moment relativ schmerzlich, wie nahezu unmöglich es ist, den Emissionshandel zu einem richtigen Wiederbeleben zu bekommen, weil sich doch einige Mitgliedsstaaten sehr schwer damit tun, um es liebevoll zu sagen. Insofern ist/ Wir haben eine relativ gebrochene Gemengelage, aber ich denke schon, dass seit den späten 80er Jahren der Einfluss durchaus nennenswerter geworden ist der EU-Kommission.
00:51:02	00:53:49	Duwe: Sie haben auch in eine paar Punkten erwähnt, wie die Wiedervereinigung die Arbeit zu energie- und umweltpolitischen Themen verändert hat für Sie, über die Enquetekommission, die über die Wendejahre stattfand, aber auch die Notwendigkeit, neue Themenfelder zu bearbeiten. In welchen anderen Bereichen hat sich das widerspiegelt? Was hat die Wiedervereinigung bedeutet für Ihre Arbeit? Ziesing: Also erstmal, in vielerlei Hinsicht, erstmal hatten wir jetzt ein größeres Gebilde, das war ein Problem für die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Wir hatten ja bis dahin immer nur Energiebilanzen für die alte Bundesrepublik und jetzt galt es in der Übergangszeit, die neuen Länder mit einzubeziehen und wir hatten ja bis 1994 noch parallel

		<p>laufende Energiebilanzen. Sehr frühzeitig, das ist natürlich weniger ein Umweltthema, also der erste große Auftrag, den ich zusammen mit den Kollegen vom Institut für Energetik in Leipzig machte, war die DDR-Datenbasis auf das westdeutsche Energiebilanzschema umzubauen. Das war eine schwierige Aufgabe, sie konnte aber eigentlich ganz gut gelöst werden. Und dann gab es ab 1995 sowieso nur noch gemeinsame Energiebilanzen. Das andere war natürlich auch die Frage, was ich vorhin schon erwähnt hatte, dass wir auch uns darum gekümmert haben, wie sieht eigentlich die Umweltsituation in den neuen Bundesländern aus, insbesondere auch im Hinblick auf die Klimaschutzpolitik und dazu haben wir dann die Arbeiten auch über Maßnahmen zur Minderung der Emissionen in Ostdeutschland gemacht. Das hat uns eine Weile beschäftigt, bis dann die Frage Ost/West eigentlich keine Rolle mehr spielte. Sie hat uns nochmal sehr konkret beschäftigt in Arbeiten für Berlin. Als in Berlin die erste rot-grüne Koalition war, ist ja ein Energiebeirat einberufen worden und es gab dann ein Energiekonzept für die ganze Stadt zu entwickeln und das war eine relativ spannende Geschichte, weil wir sahen, es ist außerordentlich viel zu tun. Und damals war es interessanterweise so, dass eine Dreierkombination den Versuch machte, das Berliner Energiekonzept zu schreiben, der Versuch ist sogar glaube ich einigermaßen gelungen. Das war der Kollege Matthes vom Öko-Institut, der Kollege Borch von der damaligen Bewag und ich, wir drei haben in wunderbarer Kooperation und sehr konsensual ein hinreichend ambitioniertes Klimaschutzkonzept geschrieben für Berlin, das dann auch so als solches akzeptiert worden ist, zwar nicht in allen Einzelheiten umgesetzt wurde, was bei Energiekonzepten oft der Fall ist, aber zumindest einen Anstoß gegeben hat.</p>
00:53:51	00:58:41	<p>Duwe: Dann würde ich gerne nochmal zurückkommen auf die Situation heute, eine Landschaft, die sehr bunt bevölkert ist, was die Institute und anderen Akteure, privatwirtschaftliche, gemeinnützige, unabhängige, staatlich angelehnte und teilfinanzierte angeht. Sie haben bisher beschrieben, wie viel Kooperation es da auch gibt. Wie würden sie diese Landschaft beschreiben der verschiedenen Institute derzeit? Welche Probleme gibt es eventuell da auch und was ist die Rolle des DIW aus Ihrer heutigen Sicht. Ziesing: Das ist schwierig zu sagen, weil ich dem DIW seit nunmehr acht Jahren nicht mehr angehöre. Ich nehme wahr, dass relativ starke Positionen vertreten werden in Richtung positiver Bewertung aktiver Klimaschutzpolitik, auch die Gründung einer eigenen klimapolitischen Abteilung deutet darauf hin; dass auf der anderen Seite das Institut aus dem Politberatungsgeschäft eigentlich sich etwas, nicht zurückgezogen hat, aber eher nicht mehr so ganz stark vertreten ist, aber nach wie vor eine sehr aktive Rolle klimaschutzpolitisch auch einnimmt. Das ist im Übrigen bei fast allen Instituten, die einigermaßen umweltorientiert sind, dass dort natürlich auch die klimaschutzpolitischen Fragen eine wesentliche Rolle spielen. Natürlich auch die ganzen Fragen im Zusammenhang mit den beiden Hauptpfeilern von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Wir haben ja viele Institute, die sehr engagiert im Bereich Energieeffizienz arbeiten, nicht aus einer primär energiewirtschaftlichen Sicht, sondern eigentlich als ein strategisches Element von Klimaschutzpolitik auch, das, was vornehmlich auch das Fraunhofer Institut ISI macht. Dann haben sie natürlich die ganze Gemengelage der Institute im Bereich der erneuerbaren Energien, die einerseits im technischen Bereich, andererseits eher im Szenario-Bereich und ähnlichem aktiv sind. Auch die systemare Diskussion zwischen Dezentralität und Zentralität spielt glaube ich in der Institutelandschaft eine zunehmende Rolle, um dort Klärungsprozesse herbeizuführen, und gerade im Zusammenhang mit der Umsetzung des Energiekonzeptes gibt es ja auch viele Positionen, die es teilweise vielleicht schwerer machen, Klärungsprozesse herbeizuführen, etwa im Bereich des Netzausbaus. Da gibt es ja durchaus eine sehr kontroverse Diskussion und eine sehr lange Diskussion, was denn wirklich notwendig sei und was nicht. Und dies ist teilweise auch noch gar nicht so richtig entschieden worden. Also es ist eine, manchmal ist es schon eine unüberschaubare Vielzahl von Akteuren, die sich auf dem Feld begegnen. Wir merken es auch im Übrigen an einem anderen Projekt, an dem ich auch ein klein wenig beteiligt bin. Das ist im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative die Kommunalrichtlinie. Was wir sehen ist, dass es fast in jeder, nicht in jeder aber in tausenden von Kommunen, Entwicklungen gibt von Energiekonzepten, um dort etwas zu tun, dass daran natürlich sehr viele Ingenieurbüros auch beteiligt sind. Was ich in dem Feld auf einmal entdeckte, es gibt unendlich viele, zum Teil sehr kleine Läden, man würd sie nicht Institute nennen, zum Teil Einzelberater oder ähnliches, die sich auf dem Feld jetzt tummeln und dort aktiv sind und sehr dezentral arbeiten. Ich glaube, das ist etwas, was die frühere Dominanz der Diskussion durch ein paar große Institute, das hat sich glaube ich sehr wesentlich gewandelt. Genauso wie die Technik sehr viel dezentraler geworden ist, sind im Grunde die Beratungsinstitutionen auch viel dezentraler geworden, und auf</p>

		<p>der kommunalen Ebene wird das sehr evident in den letzten Jahren. Aber ich denke, das ist eine durchaus erfreuliche Entwicklung. Das ist auch ein bisschen ein Kampf um und von Ideen, was ja, glaube ich, für die Umsetzung der Energiewende nur vorteilhaft sein kann. Nur, man sollte natürlich auch jenseits von der Ideenentwicklung und der kontroversen Diskussion darüber, sollte man nicht vergessen, dass man zur Energiewende auch die Maßnahmen braucht, damit sie sich umsetzt und nicht die Maßnahmen so lange verschiebt, bis nun jede auch davon überzeugt ist, dass so und so der einzig richtige Weg ist.</p>
00:58:43	01:01:51	<p>Duwe: Wenn wir jetzt da nach dieser schönen Bestandsaufnahme auch den Blick nach vorne werfen: A) Gibt es in der bestehenden Landschaft von Instituten, gibt es irgendwo eine Lücke? Gibt es irgendeine Funktion, die nicht wahrgenommen wird? Ziesing: Also es fällt mir schwer, so etwas zu entdecken. Dazu sind beinahe doch alle, also es sind ja längst nicht alle Fragen gelöst, das ist keine Frage, das sind solche Dinge, die lassen sich vielleicht auch gar nicht lösen. Ein Standardsatz ist ja, dass unser derzeitiges System in der ganzen wirtschaftlichen Bewertung all die externen Effekte nicht richtig mit in den Griff bekommen hat. Nun gibt es dazu unendlich viele Gutachten, teils kontrovers teils gar nicht mal, aber die Übersetzung des Gedankens gelingt partiell, eine Möglichkeit ist so etwas wie der Emissionshandel. Aber dass man ihn direkt in das wirtschaftliche Kalkül einbezieht und sagt: Ich gebe diesem Ganzen einen Wert, bei der Entscheidung darüber, was wirtschaftlich ist und was nicht, das ist glaube ich noch nicht angekommen, wird vermutlich auch ganz schwierig sein. Also wir haben ja nach wie vor noch bei der Umsetzung das Problem, dass wir potentiell Wirtschaftlichkeitskriterien für individuelle Entscheidungen haben, die nicht dazu geeignet sind, auf den Weg der Energiewende zu gelangen. Deshalb brauchen wir dazu einfach auch Politiken und Anreizsysteme. Und da glaube ich, ist das ein laufender Prozess, entsprechende Konzepte zu entwickeln, die möglichst auch mit einbeziehen, was sind eigentlich im politischen Entscheidungsprozess die Haken und Ösen, die es zu überwinden gilt. Das heißt, welches sind eigentlich auf der politischen Entscheidungsebene die Erfolgsbedingungen, dass etwas gelingt. Und ich glaube da kommen wir immer wieder in die Situation der sich konterkarierenden Positionen auf politischer Entscheidungsebene im Zusammenhang auch mit dem, was sich an wirklichem Lobbyeinfluss ergibt. Dieses alles ein bisschen deutlicher zu markieren, könnte interessant sein.</p> <p>Duwe: Das ist doch mal eine Aufgabe, eine Herausforderung. Ziesing: Ja, finde ich auch spannend, zusehen/ um auch zu sagen/ Ich meine, wir wissen ja, bei der ersten Handelsperiode vom Emissionshandel, das war zugegeben eine reine Pilotphase, die dazu gedient hat insbesondere, sagen wir die Infrastruktur aufzubauen, was ja nützlich war. Aber dass bei unserem ersten Emissionshandelsgesetz hinter jedem Paragraphen konnte man beinahe ein Unternehmen oder eine Vereinigung schreiben, die ihren Einfluss geltend gemacht hat, dass die Regelung so zu ihren Gunsten sei und nicht gerade zu ihrem Nachteil. Dies ist ja reale Praxis. Und das auch im Kalkül der umsetzungsstrategischen Vorschläge mit drin zu haben und zu benennen, könnte vielleicht eine ganz nützliche Übung sein.</p>
01:01:54	01:05:57	<p>Duwe: Ich denke, damit ist ein großer Teil meines Fragenkatalogs abgearbeitet. Die Frage wäre auch an Sie, ob es etwas gibt, was Sie gerne noch hinzugefügt hätten, wo ich nicht nachgehakt oder was ich nicht nachgefragt habe, oder irgendetwas, was sie uns noch aus Ihrem Erfahrungsschatz mit auf den Weg geben würden? Ziesing: Also, was, ich meine das ist natürlich schon beinahe, irgendwer hat mir mal eine, eine Cousine den Begriff von Altersmilde anempfohlen. Also altersmilde würde ich bitte nicht gerne werden mögen, jedenfalls nicht bei den Fragen, um die wir diskutiert haben, aber ich glaube, was man wirklich im Auge behalten muss ist ein Zeitfaktor. Ich glaube, dass wir nicht erwarten können, dass Dinge sich ganz schnell ändern. Es können sich Dinge sehr schnell ändern, je nach Ereignis. Fukushima ist wahrscheinlich ein schlechtes Beispiel, weil die Reaktion darauf war sicherlich innerlich in Ordnung, aber wie es sage mal demokratietheoretisch abgelaufen ist, war es doch durchaus ein bisschen fragwürdig. Aber ich glaube, der Zeitfaktor wird im Allgemeinen unterschätzt, weil auch die Prozeduren nicht so sind, dass ganz schnell was gemacht werden kann. Allein was wir schon in unserem politischen Entscheidungsprozess angelegt haben mit allen möglichen Stufen, die gegangen werden müssen, im Zweifel mit all den Übergangsvorschriften, die es gibt, die dann erst später zu einer Umsetzung kommen. Da müsste man das glaube ich auch noch ein bisschen mit einbeziehen, was der Zeitfaktor eigentlich für eine Rolle in der ganzen Diskussion spielt. Darüber kann man trefflich, trefflich diskutieren. Man muss es nur einfach mal auch irgendwo sehen. Was ich allerdings auch gemerkt habe aus der Entwicklung der vergangenen Jahre: Es hat sich schon sehr vieles zum Positiven geändert, zumindest was Haltungen betrifft, auch was Arbeiten betrifft. Denn vieles, was heute gedacht, geschrieben wird,</p>

		wäre, glaube ich, in den 70er Jahren noch nicht möglich gewesen, zumindest nicht akzeptiert worden. Also ich glaube, da sind wir durchaus ein gutes Stück weitergekommen. Aber es fehlt noch jetzt der letzte Kick der tatsächlichen Umsetzung. Ich glaube, das merken wir auch bei unserem Monitoring-Prozess, dass wir doch an vielen Stellen feststellen müssen: Hier muss eigentlich noch was geschehen. Energieeffizienz ist ein ganz, ganz treffendes Beispiel. Und das ist vielleicht auch die Verknüpfung zu der energiewirtschaftlichen Arbeit. Die hat ja auch einen, einen, wenn man will, positiven <i>Side Effect</i> . Also als energiewirtschaftliche Arbeit betrachte ich es natürlich, über Energieeffizienz nachzudenken, und zu sehen, wie kann ich das voranbringen? Und das natürlich vor dem Hintergrund der positiven Effekte von Energieeffizienz, das kann sowohl ein rein ökonomischer zunächst mal sein, indem ich Energiekosten spare, indem ich energieeffizienter bin, kann natürlich auch sein, dass ich Emissionsverhinderung damit betreibe. Dies alles zusammen zu denken, finde ich ausgesprochen wichtig und ich würde auch sagen, die erneuerbaren Energien sind aus vielen Gründen, vielleicht weil sie die Dezentralitätsansprüche besser erfüllen, sicherlich wunderbar, aber man muss sie nicht immer nur aus sich selbst heraus lieben, sondern weil sie eine Funktion haben, die auch zu tun hat mit Einsparungen von endlichen Ressourcen, aber auch natürlich mit Emissionsverminderung und ähnlichen Dingen, vielleicht auch mit den positiven Effekten zum wirtschaftlichen Strukturwandel. Und der Effekt ist glaube ich wichtig, und da hat glaube ich sogar Gabriel auf der Vorstellung des letzten IPCC-Berichts in Berlin was Vernünftiges gesagt: Die Umwelt- und Klimapolitik muss auch ein bisschen bei der Wirtschaftspolitik ankommen. Das wäre schon ganz wichtig, wenn die auch ein Element wäre und ich glaube dann hat man auch eine stärkere Durchschlagskraft und darüber kann man wirklich gut diskutieren, habe ich den Eindruck.
01:05:58	01:06:02	Duwe: Herr Dr. Ziesing, vielen herzlichen für das Gespräch. Ziesing: Ich danke Ihnen. Duwe: Wunderbar, war sehr schön, danke.

Interview mit Dr. Michael Zschiesche, geschäftsführender Vorstand des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU)

Interviewt durch: Matthias Duwe; Head, Climate; Ecologic Institut

Datum: 20. März 2013

Verwendung des Interviews: freie Nutzung des Videomaterials und der Transkription

Vorgeschlagene Zitierweise: Zschiesche, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 20. März 2013.

Zeit von	bis	Text
00:00:16	00:03:53	Duwe: Das heutige Interview ist Teil des Projektes "Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende", das durch das Ecologic Institut durchgeführt wird. Wir wollen darin untersuchen, die Geschichte der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland, etwas zu dem es schriftlich bisher wenig Material gibt, wo Geschichte noch geschrieben werden kann und Daten und Fakten hervorgesucht und erst aufgebracht werden müssen und wir wollen das tun, indem wir eine Reihe von Zeitzeugen befragen. Insgesamt werden wir in der ersten Runde etwa 20 befragen und das Material auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und selber aber auch versuchen daraus eine Synthese zu ziehen. Herr Zschiesche, Sie sind unser zweites Interview in dieser Reihe insofern ist das alles noch sehr frisch. Ich freue mich sehr, dass sie sich bereit erklärt haben an der Reihe teilzunehmen. Herzlich Willkommen! Zschiesche: Das freut mich auch sehr. Duwe: Wir... Ich dachte, mich würde erstmal interessieren, bevor wir den Blick nach hinten werfen, in die Vergangenheit, den Reflexionsprozess über das Vergangene anzuschmeißen, ich weiß, dass sie als Vorstandsvorsitzender oder Sprecher des UfU auch selber noch viel in Projekten arbeiten, woran, womit sind Sie denn gerade beschäftigt? Zschiesche Ich bin an mehreren Sachen auch inhaltlich

		<p>gerade beschäftigt. Das eine ist was, was mit der, ja, mit der Auslotung einer, eines weiteren klagebefähigten Verbandes in Deutschland zu tun hat und das andere ist, beschäftigt sich mit Transformationsprozessen von Umweltverbänden, ein ganz interessantes Projekt, nämlich wie Umweltverbände, große Umweltverbände, auch als Teil der zivilgesellschaftlichen, des zivilgesellschaftlichen Sektors, auf neue Herausforderungen, Stichwort Energiewende, aber auch Klimaschutz, Klimaadaptation und so weiter vorbereiten, und wie sie mit diesen Herausforderungen umgehen und das ist sicher auch bereichernd hinsichtlich, also wir gehen das auch so an, dass wir nicht nur Daten und sammeln und Erkenntnisse gewinnen, sondern, und in einer Studie zusammenzufassen, sondern versuchen natürlich damit auch Impulse für die Organisationen zu geben, um denen die Möglichkeit zu geben, sich doch etwas neu zu justieren und die ein oder andere Richtung noch mal neu in den Blick zu nehmen. Duwe: Hört sich sehr interessant an. Zschiesche: Hm, ist auch wirklich interessant, ja. Ja, darüber hinaus ist das bei uns tatsächlich auch Programm, dass man auch noch verschiedenen Projekten neben der/ Ich bin ja ungefähr ein Drittel mit Geschäftsführung befasst und der Vorstandsvorsitz ist ja ein Ehrenamt, das ich halt auch neue Projekte mir auch überlege und das Haupttätigkeitsfeld „Partizipation im Umweltschutz“ hat ja nach Stuttgart auch 'ne ganze Menge an neuen Gelegenheiten offeriert und da sich einzumischen und auch konzeptionell einiges nach vorne zu bringen ist ja in Deutschland nach wie vor wichtig und notwendig.</p>
00:03:54	00:06:52	<p>Duwe: Das UfU – das unabhängige Institut für Umweltfragen – um den Titel einmal ordentlich und voll zu sagen... Zschiesche es ist ein langer Name und manchmal auch sehr sperrig, ja. Duwe: ...ist ja gewissermaßen ein Kind der Wende. Wir würden aber gerne noch, während auf der einen Seite die Geschichte, sag ich mal, der Umweltbewegung in der DDR ein quasi separates Projekt verdient hätte, mit einer langen Liste von Zeitzeugen, die dazu befragt werden könnten, und wir das in diesem Projekt nicht leisten können, würden wir doch sehr gerne Sie bitten, diesen etwas weiteren historischen Blick für uns zu Beginn des Interviews zu übernehmen und uns diesen weiteren Bogen zu spannen, damit wir so 'n bisschen die Grundlagen haben, auch für das Verständnis daraus, in welchem Kontext das UfU gegründet wurde und was die Leute bewegt hat, die diese Gründung unternommen haben, insofern wäre meine erste Frage: Wie haben Sie die Entwicklung eines Bewusstseins für Umweltprobleme in der DDR und die Entwicklung und Entstehung einer Umweltbewegung erlebt? Zschiesche: Ja. Ja ich muss dazu sagen, ich bin ja nicht der Gründer des UfUs, ich bin aber von Anfang an dabei gewesen, zum Zeitpunkt der friedlichen Revolution 1989 war ich 26 Jahre alt, also ich war gerade fertig mit dem Ökonomiestudium, bin Diplomökonom, hab dann in den 90er Jahren im Abendstudium noch Jura studiert, und den dann auch, bin eben auch noch Jurist inzwischen und war also noch relativ jung 1989/90 und hab dann nach Orientierung suchend, ich auf das UfU gestoßen, weil ich mich auch schon während der Studienzeit mit Abfallfragen, mit Umweltfragen insgesamt beschäftigt hab, das war in den 80er Jahren in der DDR wirklich ein gravierendes Problem, sichtbar, hörbar, fühlbar und insofern als jemand, der irgendwie auch Interesse hatte, Dinge zu ändern, zum Positiven zu ändern, war das vielleicht sogar ganz, ganz normal, dass man sich dann mit Umweltfragen beschäftigte, wiewohl man da natürlich in der DDR keine Gelegenheit hatte, sondern nur so mitschwimmen konnte und es da kaum tatsächlich Veränderungsbereitschaft von Seiten des Staates ja gab.</p>
00:06:52	00:12:14	<p>Zu den Gründern kann man folgendes sagen, das ist eine Generation, die jetzt sozusagen in Rente geht und die in der Bundesrepublik oder in den damals Bundesrepublik dann schon in die entsprechende Umweltwissenschaft, ne etablierte Umweltwissenschaft hineingewachsen ist und da auch, also Martin Jänicke oder Udo Ernst Simonis oder Weizsäcker, das waren Personen, die jetzt so langsam (CUT) eben in Ostdeutschland so nicht, sondern das waren Personen, die in jedem Fall immer eine gebrochene Biographie hatten, das waren entweder Personen wie unser Gründer Reinhard Piechocki, der Berufsverbot hatte, Molekularbiologe, oder Dr. Christof Tannert, der Biologe war und ein Jahr im Gefängnis saß, weil er eben damals forderte Rudolf Bahro, der ja auch im Umweltbereich einschlägig bekannt ist und mit seiner Alternative auch Anstöße in dem Bereich gemacht hat und gegeben hat, forderte, und dadurch eben mit der Staatsmacht in Kollision kam und dann eben ein Jahr ins Gefängnis kam. Und da hätte, da könnte ich noch einige mehr aufzählen und diese Generation und diese Personen, ja, wir sagen immer in unseren, unserer geschichtlichen Darstellung, 40 Umweltwissenschaftler, die haben sich in Oppositionskreisen Ende der 80er Jahre zusammengefunden. Kristallisationspunkt war, das ist in der Tat 'ne eigene sozusagen Reihe wäre das wert, im kirchlichen Forschungsheim Wittenberg, Hans-Peter Gensichen, der ja auch vor inzwischen schon fast 10 Jahren das kirchliche Forschungsheim ja auch verlassen hat, dem es aber</p>

		<p>immer noch gut geht und der noch rüstig ist, und in dem Kontext, aus diesem Kontext sind auch die Unterstützer des UfUs gekommen. Und natürlich war es so, dass die beiden stärksten Impulse kamen von Christof Tannert und Reinhard Piechocki, der eine in Halle lebend, der andere in Berlin, und die haben auch massiv die Gründung unseres Instituts, des UfUs – unabhängigen Institut für Umweltfragen – vorangetrieben. Und so sind auch immer noch unserer beiden Standorte erklärbar, der eine hatte nämlich damals seinen Lebensmittelpunkt in Halle, der andere in Berlin. Und diese gebrochenen Biographien, deswegen erwähne ich das auch, hatte natürlich auch zur Folge, dass man nicht an irgendetwas anknüpfen konnte, sondern alles eigentlich neu aufbauen musste. Und der eigentliche Gründungsgedanke '89 war, die staatlich, der staatlich verordneten umweltpolitischen Unmündigkeit in Umweltfragen durch eine unabhängige Instanz etwas entgegenzusetzen, und deswegen war es auch so angelegt, dass das UfU immer auch sehr stark mit den Bürgen, mit den, mit Aktiven, sich eben auch als Teil der Umweltbewegung verstand, und Umweltwissenschaft immer nicht so sehr nur als Tätigkeit verstand wo man im stillen Kämmerlein irgendwelche Studien erarbeitet, sondern das sehr partizipativ und sehr aktiv betreibt. Und dadurch eben immer auch selbst Auslöser von bestimmten Entwicklungen wird. Und da war's dann doch so, dass, also es gab, wenn ich das vielleicht noch ausführen darf, nicht nur das UfU, das gegründet wurde zu dieser Zeit, sondern zumindest 1989 war es ja so, dass eben, also, Grüne Liga als Umweltverband oder neues Forum als politische Partei dann später, eben auch in Magdeburg ein Umweltinstitut, ein freies Umweltinstitut gegründet wurde, in Leipzig ein entsprechendes Umweltinstitut und wir eben auch als, als Institut in Halle und Berlin. Also an vielen Orten diese Idee praktisch auch in der Luft lag, und da einige Personen und einige Motoren auch der Oppositionsbewegung da versuchten etwas anzuschieben und da auch der zumindest damals noch erwarteten längeren Existenz der DDR etwas entgegenzusetzen wollten. Also sowas wie das Öko-Institut in der Bundesrepublik Mitte der 80er Jahre entstanden, machte, sollte eben das UfU in der DDR eben auch machen.</p>
00:12:14	00:16:00	<p>Nun hat ja die, hat sich ja die Entwicklungen dann doch sehr, sehr schnell und in Zeitraffer dann auch in ein bisschen andere Bahnen entwickelt und gelenkt und die Möglichkeit in Ruhe ein Institut aufzubauen, aus dem nichts, aus, nur aus Beiträgen von Förderern, von Sympathisanten, von aktiv Mitmachwilligen, die, die, die ja bis sagen wir mal bis März, April, Mai 1990 unglaublich stark zu spüren war. Also, wir hatten etwa 3000 Briefe, wo, wo Personen ihre aktive Mitarbeit angekündigt haben und eigentlich nur wissen wollten, wo sie sich, wo sie sich jetzt anschließen können, in welchem Arbeitskreis, zu welchem Thema. Das war, das war eine Zeit, wo wir gar nicht kanalisieren konnten, was da an Bereitschaft da war. Also so etwa 3000 Briefe, die da kamen und Ankündigungen. Und da kamen auch sehr viele Spenden, sehr viele Geldbeträge, die man ja braucht um ein solches Institut dann auch aufzubauen. Der erster Bruch, den wir dann erlebt haben, 1990, war zum einen die Währungsunion, die dann für uns natürlich erstmal unser, unsere, unser, unsere etwa 80 000 Mark dann in D-Mark deutlich minimiert hat, das war schon ein ziemlich herber Einschnitt. Und was auch zu der Zeit eine Schwierigkeit war, dass neue Institutionen, die dann vermehrt durch die Bundesrepublik angeschoben wurden, sei es das UFZ in Leipzig, das 1991 gegründet wurde, seien es Leibnitz Institute in Dresden, das IÖR, oder in Erkner das Institut für Strukturpolitik, Regionalforschung – Strukturpolitik, auch '92 gegründet, dass da natürlich Köpfe gewandert sind, in Positionen und in Forschungseinrichtungen, die ja durchaus auch spannend und interessant waren und vor allem, die schon dann finanziell gefestigt waren oder gefestigter erschienen und damit auch die Möglichkeiten eröffneten wirklich thematisch zu arbeiten. Bei uns war es von Anfang an immer so, dass man neben der Thematik oder neben dem Problem und der, dem, dem einzelnen Thema für das man sich interessierte, eben auch noch, ja, sich darum kümmern musste, den Computer zu kaufen, das Zimmer einzurichten und vielleicht auch noch irgendwelche Mitgliederversammlungen vorbereiten und Vorträge halten, also mit anderen Worten, man war eben auch immer ein bisschen Mädchen für alles und das sind natürlich nicht unbedingt Bedingungen, die jedem liegen und in die Wiege gelegt sind, insofern. Und es gab auch politische Ämter, die da am Horizont auftauchten, wo der ein oder andere sagte, ok, das will ich jetzt, ich will eher in dem Bereich etwas bewegen und so war die Geschäftsgrundlage also in der Zeit zwischen '89 und, sagen wir mal, bis Ende 1990 permanenten Veränderungen unterworfen und das hat natürlich dazu geführt, dass man eigentlich einen stetigen Aufbauprozess gar nicht so richtig machen konnte.</p>
00:16:00	00:19:13	<p>Duwe: Wenn Sie von den anderen Positionen, den beruflichen Ämtern sprachen soweit, als etwas wo Leute hingegangen sind, bedeutet das ganz konkret, dass es auch eine starke personelle</p>

		<p>Fluktuation gegeben hat? Zschische: Genau, es gab, also diejenigen, die 1990 im UfU gearbeitet haben, Dietmar Lucht, Ökonom, promovierter Ökonom, ist dann in andere Bereiche gegangen, Felix Christian Matthes ist dann zum Öko-Institut gegangen, und Reinhard Piechocki ist derjenige, der dann am stetigsten und konstantesten noch im UfU, der war, ist bis '94 am UfU geblieben, er hat dann auch das Büro in Halle aufgebaut, das war dann am Anfang auch unsere stärkste Basis, Christof Tannert ist dann sehr schnell in die Politik gegangen, vorher war er noch bei Greenpeace und von Greenpeace dann zunächst ins Abgeordnetenhaus für die SPD und dann später ins Europaparlament. Also das ist so 'ne, auch eine durchaus typische Entwicklung andere, in anderen Organisationen ja, das hat uns ja nicht alleine betroffen. In der Grünen Liga beispielsweise sind viele dann auch in die Umweltverwaltung gegangen und das ist ein Teil dieser Entwicklung, die 1989/90 stattgefunden hat. Und, ja es ist vielleicht kein Zufall, dass genau dann in der Zeit sozusagen die zweite Generation, wenn ich das mal so sagen darf, die junge Generation, die eigentlich außer Enthusiasmus gar nicht so viel mehr Voraussetzung hatte, um dann weiter zu machen, sich dann versucht hat dieses UfU, das ja dann zumindest erstmal auch schon 1990/91 auch einen Namen hatte, obwohl da noch gar nicht so viel geleistet wurde, aber das war zur Wendezeit auch eigentlich gar nicht notwendig, da ging es in erster Linie erstmal darin, darum den Hut in den Ring zu werfen und zu sagen, ich steh dafür und dafür und das dann weiterzuführen, das war dann das Anliegen. Und das hat dann natürlich, das war an sich, eigentlich, wenn man sich das heute so überlegt und die Voraussetzungen sieht, eigentlich auch eine ganz schöne Anmaßung, die die damalige Generation, zu der ich ja auch gehöre, gehörte, da unternommen hat und man muss einfach dann auch sagen dass ohne, ohne zum Beispiel das Instrument der ABM-Stellen wir dann, also, über Arbeitsamtsmittel wir dann auch die ersten 4-5 Jahre gar nicht hätten überleben können. Das hat sich dann als Instrument erwiesen, das dann auch nicht tauglich war ein tragfähiges Institut zu bauen, das ist dann auch irgendwann deutlich geworden, aber erstmal hat es überhaupt die Chance eröffnet kurzfristig auch überhaupt weiterzumachen. Duwe: eine Überlebensmaßnahme... Zschische: Genau.</p>
00:19:14	00:23:16	<p>Duwe: Ich find das sehr interessant, dass Sie, wie Sie diese beiden Generationen darstellen und sich, obwohl sie ja die Entstehung auch sehr früh miterlebt haben, dann zu dieser zweiten Generation zählen. Das ist dann die Generation derer, die die eigentliche Aufbauarbeit geleistet haben, ist das...? Zschische: Ich würde das schon sagen, es ist wenn man, wenn man so Organisationsentwicklung in verschiedenen Etappen und Phasen sich anguckt, dann ist ja nach so einer allerersten Pionierphase, die bei uns zwar sehr kurz war, aber doch auch sehr intensiv war, diese Art auslaufende Pionierphase, die ist dann in eine Bürokratisierung und eine Stabilisierung überwechselt, die ist dann relativ schnell in Berlin angegangen worden, 1990 dann. Und da bin ich dann auch ins UfU gekommen. Ich war ja während der Wendezeit noch bei der NVA, und hatte da die Möglichkeit auch, da wurde ein Soldatenrat gegründet, da wurde, wurden, wurde ich plötzlich auch gewählt, als Sprecher für Kommando Luftstreitkräfte und hab dann mit den entsprechenden Generälen über Erleichterung des Ausgangsregimes und der gleichen mehr verhandelt. Und nachdem sie uns dann entlassen haben, relativ kurz, 19., also Januar 1990, bin ich dann in meinen alten Betrieb "Dienstleistungskombinat Berlin" zurückgekehrt und dort auch relativ schnell in, in, in Verantwortung gekommen, war dann im Sommer 1990 dann erstmal Gesamtbetriebsratssprecher mit 26, eigentlich auch eine ziemlich, eine Karriere, die man so nur in solchen Wendezeiten überhaupt erleben kann, weil 6000 Leute, für 6000 Leute verantwortlich zu sein nach so kurzer Zeit, das ist ja an sich auch nicht was, was man so nebenbei machen kann und erlernt hatte ich das natürlich auch nicht. Aber das ist eben was, was in solchen Umbruchszeiten so typisch ist, dass plötzlich Personen in Verantwortung kommen, denen man das dann zutraut, weil sie an der richtigen, am richtigen, an richtigen Veranstaltungen, am richtigen Platz, irgendwie auch was gesagt haben, was gerade passte und die Menschen dann Vertrauen hatten und dann ist man dann eben auch sofort gebeten worden, die Verantwortung zu übernehmen. Ich hab '89 den Aufruf des UfUs, weil Sie das jetzt auch erwähnt haben, im Alexanderplatz, wo alle neuen Organisationen eine kleine Wandzeitung bekommen haben. Das war wirklich auch ganz interessant, das Ventil war sozusagen, wurde am Anfang ja nur wirklich sehr kontrolliert geöffnet. Und da bin ich aber auch gleich hingernannt im Ausgang, ich hatte ja, ich war während der Zeit noch bei der Armee und einmal in der Woche hatten wir nur Ausgang. Da hing dann so ein kleines A4 Blatt "Gründungsaufruf des UfU", unterschrieben durch Pfarrer Schönherr, Dietmar Lucht und Christof Tannert, da waren dann eben auch die Adresse angegeben, keine E-Mail, keine Telefonnummer, sondern einfach nur die postalische Adresse und echtes Samisdat, also auf Schreibmaschine</p>

		<p>geschrieben, und da gab's dann vielleicht 10 Durchschläge davon. Also da hab ich das dann damals schon mitbekommen. Ein Freund von mir ist dann auch in Halle zum UfU gegangen, der hat dann relativ schnell dort angefangen zu arbeiten – Steffen Posteiens (?). Ich hab dann nie den Kontakt, also ich hab dann seit dieser Zeit auch Kontakt zum UfU gehalten und dieser Kontakt ist immer aufrechterhalten worden und so bin ich dann natürlich, bin ich dann eben Anfang 1991, nachdem ich aus dem Dienstleistungskombinat dann ausgeschieden bin, zum UfU übergekommen.</p>
00:23:17	00:30:00	<p>Duwe: Und würden Sie sagen, dass diese, Sie haben diese zweite Generation, diese nach dem ersten, nach dem Gründungsschritt, auch explizit als jünger bezeichnet, gerade gesagt selber, dass sie noch keine 30 waren. Haben dann insgesamt eigentlich diejenigen, die dann das Institut aufgebaut haben, hatten die noch direkte Erfahrung und Bezug zur umweltpolitischen oder umweltmotivierten Bewegung innerhalb der Bürgerbewegung der 80er Jahre? Zschesche: Hm, also, die Gründergeneration war ja zumindest im Vorstand noch vertreten. Und wir haben natürlich schon auch darauf geachtet, dass diese, dass diese, dieser Geist aus dieser Gründung mit dem starken Bezug auf die kritische DDR, auf die Opposition und auf die umweltkritische Bewegung, dass der nicht gerissen ist und dass der immer ein bleibendes Motiv war, dessen man sich bewusst sein sollte, um im UfU arbeiten zu können. Der musste natürlich übersetzt werden in die neue Zeit, also das war dann natürlich einfach wichtig. Man wurde dann eben auch ge/bewogen, man musste sich dann in der neuen Zeit bewähren. Da wurde einem ja dann eben auch nichts geschenkt, was völlig normal ist. Das heißt, man musste, man musste Projekte und Themen bearbeiten, die eben dann für die 90er Jahre wertvolle Beiträge sein konnten, und da war's natürlich so, dass wir einerseits gewohnt waren, den alten Staat, also die DDR, zu kritisieren. Nun war aber es dann doch auch wichtig, ein Verhältnis zu finden zu der neuen Bundesrepublik, die ja zwar auch staatliche, staatliche Organe hatte, aber doch auch eine ganz andere Herangehensweise hatte hinsichtlich der Umweltfragen. Und nun gerade die Umweltunion, der Runde Grüne Tisch, um da mal ein paar Beispiele zu nennen und die vielen Millionen, die ja eben auch sofort gezahlt wurden, um die Hinterlassenschaften in der DDR zu beseitigen, das hat ja nicht dazu geführt, dass man nun das hohe Lied der Kritik in der gleichen Schärfe aufrecht erhalten konnte, sondern das musste man natürlich auch neu justieren. Und das ist dann erst, also so der erste Punkt, wo wir auch gemerkt haben, hier gibt es auch in den neuen Verhältnissen durchaus auch Entwicklungen, die nicht nachhaltigen Entwicklungen entsprechen oder auch Demokratie, in demokratischen Bahnen verlaufen, so wie wir das uns gedacht haben. Das war dann die Phase dieser Beschleunigungsgesetze, dieses Verkehrswegebeseleunigungsgesetz vom Dezember 1991, das war so ein allererster Punkt, wo die in kurzer Zeit eingeübte Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten in Ostdeutschland, diese Intensität war sicherlich nicht mehr aufrecht zu halten, dann weitergehend in den 90er Jahren, aber es war doch auch festzustellen, dass sich die alt, also die neue Regierung aus Westdeutschland um diese Errungenschaften, um das, was da möglicherweise auch an positiven Entwicklungen sich ereignet hatte, das hinüberzuretten, das weiter zu entwickeln, das kulturell sozusagen ein Stück weit fortzusetzen, daran gab's eigentlich kein Interesse, das hat man dann sehr schnell gemerkt. Und dieses, also, wir haben runde Tische gehabt, wir hatten aber auch informelle Zusammenhänge und Zusammenkünfte, wo, wo sehr viele Personen sich 1990 eingebracht haben und dann kam der Einigungsvertrag und dann kamen die Gesetze der Bundesrepublik, da kam der Rechtsstaat und der hatte zwar auch Mitbestimmungsmöglichkeiten in Infrastrukturvorhaben beispielsweise, über Erörterungstermine, über Einwendungsmöglichkeiten, aber das, aber das war nicht das gleiche, was, was, was man vorher erlebt hatte, was eine ganz andere Form des Einbeziehens mit sich brachte und dann eben auch eine ganz andere Akzeptanz dadurch erzielte. Und da wurde durch das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz vom Dezember 1991 eben nochmal so eine Art, empfun-, von uns empfundenen Rückschritt eingeleitet, was dann in den 90er Jahren ja sich fortsetzte mit dieser Deregulierungswelle, was umweltpolitisch bis heute ja ein Strom ist, der, der..., Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz aus 2006 ist sozusagen eine Fortsetzung in diesem Bereich, wo man versucht hat im Infrastrukturbereich Bürger rauszuhalten oder ihnen zu sagen, ihr könnt zwar eure Meinung mitteilen, aber wirklich wichtig ist das nicht. Und da haben wir gemerkt, dass also die Art von Kritik, wie sie in den 80er Jahren auch in der DDR entwickelt wurde, auch in den neuen Verhältnissen durchaus noch Berechtigung hat, wenn gleich jetzt natürlich übersetzt in rechtsstaatliche Verhältnisse, sprich also, dass man eben Gerichte hat, wo man eben bestimmte Auseinandersetzungen austragen muss oder soll oder eben durch Medien versuchen muss, seine Position entsprechend darzustellen.</p>

00:30:00	00:33:08	<p>Duwe: Das..., die Webseite des UfUs sagt immer noch ganz deutlich, dass sie nicht nur eine wissenschaftliches Institut ist, sondern auch eine Bürgerorganisation. Inwiefern ist das, was sie beschreiben, im Sinne von, der Errungenschaften, die in der Auseinandersetzung mit den staatlichen Organen Ende der 80er stattgefunden hat und das, was dann über die Wende an Bürgerbeteiligung, an Kultur gewachsen wurde, etwas das die Arbeit des UfUs immer noch antreibt und informiert. Zschieche: Ja, also es ist nach wie vor ein wichtiger Impuls, einer doch auch gewachsenen Struktur mit 30 Mitarbeitern, mit etwa 50 Projekten im Jahr, ist vielleicht die Einordnung oder ist der Stellenwert ein bisschen anders, was wir ja auch wollten. In diesem wissenschaftlichen Kontext haben wir uns stärker profilieren können und gleichwohl ist es so, dass beispielsweise im Partizipationsbereich unser Institut immer noch auch so was wie der <i>Aarhus focal point</i> für sowohl die zivilgesellschaftliche Umweltbewegung, als auch für umweltwissenschaftlich orientierte Organisationen darstellt und da geht es eben immer auch darum ganz praktische Partizipationsprozesse zu begleiten oder Konzepte zu entwickeln. Und das ist etwas, was nur zum geringen Teil auch über Projekte finanziert werden kann, das Meiste müssen wir dann schon auch aus Eigenantrieb machen und das machen wir nach wie vor auch mit großem Engagement und mit einer gewissen Leidenschaft, weil wir eben meine, da gibt es einiges, was im Argen liegt, was ja Stuttgart 2010 eben auch deutlich gemacht hat. Nichtsdestotrotz, also in den 1990er Jahren, um da mal auch ein Beispiel zu sagen, wir mussten eher gucken, dass die Balance nicht zu stark in diese Richtung ging. Wir mussten zeitweise eben gucken, dass wir nicht die umweltverbandliche Schiene wenn ich das so sagen darf, Umweltorganisation oder Umweltverband, das ist ja fast synonym, dass das nicht überbetont wurde, sondern das wir eben auch in diesem wissenschaftlichen Bereich uns auch weiterentwickeln konnten und weiterentwickelten, um dann eben auch eine gewisse Anerkennung in dem Bereich zu haben, um unser Gewicht dadurch eben auch für den anderen Teil des UfUs, da durchaus auch stärker gelten machen zu können.</p>
00:33:08	00:37:34	<p>Duwe: Nun haben Sie damit implizit die anderen Institute oder andere Akteure im wissenschaftlichen Betrieb erwähnt. Das..., es gab ja zu einem ähnlichen Zeitpunkt im Grunde in dem das UfU gegründet wurde auch in Westdeutschland Neugründungen wie zum Beispiel das Wuppertal Institut. Es gab die, die anderen unabhängigen Institute, die dann auch in den 90ern stärkeren Bezug nach Berlin gesucht haben, Sie haben schon, vorhin schon erwähnt, wie Felix Christoph (Christian) Matthes das Berliner Büro des Öko-Instituts dann eröffnet hat, vom UfU kommend. Wie haben sie das wahrgenommen, das Verhältnis zu den anderen Instituten, wie wurden, wie haben Sie auch erfahren, wie wurde das UfU aufgenommen? Zschieche: Ja, also erstmal war das letztlich, also erstmal war das ja so, dass jede Neugründung ja auch eine Bestätigung dafür war, dass das Thema nach wie vor auch eine Relevanz hatte und eine Bestätigung dafür, dass man sich selber auch in einem richtigen, an einer richtigen Sache auch engagiert, so beruflich. In der, natürlich ist, war für uns, unser Bezugsfeld, unser Bezugsrahmen war immer erstmal Ostdeutschland, auch nach der Wende, nach 1990. Und wir haben in erste Linie geschaut, wie entwickelt sich, wie entwickelt sich der Umweltsektor, die Umweltpolitik, auch überhaupt der Umweltschutz in Ostdeutschland. Insofern haben wir mit den Instituten wie Wuppertal oder Ecologic oder der Vergrößerung vom Öko-Institut, insofern gar keine Probleme gehabt, weil deren Bezugsrahmen meistens entweder ganz Deutschland oder darüber hinaus Europa oder internationalen Kontext betraf. Und damit wollten und konnten wir uns zu dem Zeitpunkt auch nicht messen. Wir haben immer versucht dann in unseren Bereichen auch Felder zu entwickeln, die eben auch noch nicht besetzt waren. Wo wir geguckt haben, dass wir uns in solchen Bereichen entwickeln, wo die angestammten, auch neuen Institute eben nicht so genau hinschauen. Da ist der Bildungsbereich eben Themenfeld gewesen, der jetzt auch bei uns am stärksten ist, den das betraf, wo wir mit vielen Projekten und Ansätzen ja tätig geworden sind, im Sinne einer Aktionsforschung, wenn man das so sagen kann, wo andere Institute eben nicht so sehr ihren Schwerpunkt drauf gelegt haben, also weder Öko-Institut oder Wuppertal Institut hatten eine, ein Department oder einen Bereich, der explizit Umweltbildung sich nannte. Aber auch im, der Partizipations- und Umweltrechtsbereich bei uns kam nicht in Kollision, mit dem Bereich, den's ja beim Öko-Institut gab, weil sich zu dem Zeitpunkt das Öko-Institut eher stärker wissenschaftlich orientierte und wir eben vielleicht stärker auch eine Funktion hatten als Scharnier, oder als, ja, Media-, Mediator, auch für die Umweltverbände, aber auch für andere Akteure in dem Bereich zu, zu sein und uns dann eben stark in den Bereich rechtsempirische Forschung weiterentwickelt</p>

		haben, was eben andere Institute nicht so sehr gemacht haben. Also, das, es war für uns eigentlich nie ein wirkliches Problem, weil wir immer noch genug Aufgaben gesehen haben, die da übrig geblieben sind.
00:37:34	00:42:58	<p>Duwe: Sie haben das jetzt, auch verständlicher Weise denke ich, auch sehr stark so im Bezug auf Marktsituation und mögliche Konkurrenz dargestellt. Sie haben das Ecologic Institut auch erwähnt und wir wissen, dass es da mal für eine bestimmte Zeit auch eine Nachbarschaft gegeben hat zwischen den Instituten, im Haus der Demokratie in der Friedrichstraße, auch das Öko-Institut hatte sein erstes Berliner Büro dort, wenn ich das richtig sehe. Zschesche: Ja. Duwe: Was hat es denn an Kooperationen oder auch an Schnittpunkten gegeben, wo es ein Miteinander gab. Zschesche: Ja, die Schnittpunkte waren eher bezogen immer, waren eher bezogen auf das Haus der Demokratie, als Dach, wo glaub' ich alle Beteiligten damals noch meinten, dass das eine ganz gute, ein guter Ort sein könnte, der Bestand haben könnte und wo sich alle drei genannten Institutionen mit Felix Christian Mattes, Andreas Kraemer und meiner Wenigkeit versucht haben einzusetzen, diesen Ort zu erhalten und dann auch weiterzuentwickeln, was aber, was aus verschiedenen Gründen, das wäre jetzt auch eine abendfüllende Diskussion, so nicht gelungen ist. Also zumindest ist ja Ecologic dann eben hierhin gezogenen, also in die Pfalzburgerstraße, und das Öko-Institut ist in die Novalisstraße damals gezogen, nach Berlin-Mitte, natürlich auch aus räumlichen Gründen, weil man sich immer mehr vergrößert hat, aber auch aus eher politischen Gründen, weil da im Haus die Möglichkeit bestimmte Positionen zu vertreten, halt auch nur sehr eingeschränkt gegeben waren. Und die neuen Organisationen dann doch nicht so den Stellenwert bekamen wie sie hinsichtlich ihrer Größe in dem Haus, eigentlich zum damaligen Zeitpunkt, den sie damals schon innehatten. Sprich, also die Alt-DDR-Opportunistenorganisationen, deren Bedeutung Mitte/Ende der 1990er Jahre dann doch immer geringer wurde, die also meisten noch dann das Scheinwerferlicht noch hatten, wenn es wieder auf den Oktoberfeiertag zugeht, die hatten damit natürlich arge Probleme, mit diesem Bedeutungsverlust umzugehen, und insofern war es schwer für die ökologisch-orientierten Institutionen, dann eben in den Gremien sich auch entsprechend den Stellenwert zu verschaffen, den sie eigentlich, der ihnen eigentlich zustand. Das war vielleicht auch so ne, stückweit auch eine Dominanz, ökologisch und umweltorientierter Einrichtung. Auch das war nicht unbedingt etwas, was allen Institutionen, die in dem Haus dann waren, passte, weil das war schon sehr massiv auch, dass die auch sehr erfolgreich waren, dass die auch in der Lage waren, sehr viele finanzielle Mittel einzuwerben und das war für die anderen Organisationen zum Teil eben nicht möglich, oder sie haben es zum Teil eben auch nicht geschafft... Duwe: ...die westdeutschen Institute, also mit dem Ecologic und dem Öko-Institut, sind ja schon mal zwei. Zschesche: Genau, ja, das hat mit Sicherheit auch eine Rolle gespielt, dass, naja, möglicherweise nicht immer ausgesprochen, aber das doch auch wichtig war und dass man da auch Stellvertreterkämpfe zum Teil auch geführt hat. Unser Institut hat es relativ schnell auch versucht, da eine Gleichrangigkeit herzustellen. Also wir haben immer darauf geachtet, dass wir genug Personen auch aus dem Osten im UfU hatten. Aber interessanter und anziehender fanden das eher junge und engagierte Leute aus den westlichen Bundesländern beim UfU zu arbeiten, das war eher so die Schwierigkeit, dass sozusagen wir da genug Leute, die da für die ostdeutsche Entwicklung auch irgendwie stehen können im UfU beschäftigt, beschäftigen, weil wie gesagt, der <i>Brain Drain</i>, also das, was andere, neue Institutionen gebraucht haben, das war schon sehr groß, das UFZ hatte gleich am Anfang, das sind 750 Beschäftigte, das ist natürlich ein riesen Staubsauger gewesen, wenn man so will und die brauchten ja auch ein paar Ostdeutsche, damit da auch ein bisschen von dem eigentlichen Gründungsimpuls und der Notwendigkeit, dass man so ein UFZ in Leipzig, in Halle und in Magdeburg brauchte und nicht in Wiesbaden, Mainz und sonst wo, dass das sich dann sozusagen auch personell manifestierte. Und so viele Umweltwissenschaftler gab's eben Ende der 80er Jahre dann auch nicht in Ostdeutschland.</p>

00:43:00	00:47:56	<p>Duwe: Und wie erklären Sie sich, oder wie stellte sich das damals da, was war der besondere Anreiz, den das UfU auch für junge interessierte, umweltbewegte Westdeutsche gehabt hat?</p> <p>Zschesche: Das ist sicherlich der Versuch einer Einrichtung, die flankierend zum, zu staatlichen Einrichtungen, staatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen oder Universitäten, sehr frei und sehr selbstbestimmt sich seine wissenschaftlichen Themen sucht. Das ist sicherlich auch ein Teil, dass man in diesem sich auch als Umweltbewegungsteil sah, und das vielen, die ins UfU gegangen sind auch sehr wichtig war, dass eben man Wissenschaftler und Engagierter sein wollte, und eben gerade nicht nur Wissenschaftler. Das heißt, dass man eben auch einen sehr starken Impuls oder sehr starken Antrieb hatte, etwas bewegen zu wollen. Und man dadurch, dass man das in einer Institution, die auch wenig Hierarchien hatte und wenig in der Hinsicht, also wo wenig Energie verloren geht, wenn ich selber Themen im Kopf hab und bestimmte Projekte entwickeln will, dann ist das, was das eigentlich eine ganz gute Plattform und das ist glaub ich für viele relativ schnell auch deutlich geworden. Duwe: Und dieser stärkere Bezug auch zum, oder Ansatz an, Motivation für die im Institut arbeiten, auch entsprechend etwas bewegen zu wollen, politisch verändern zu wollen, durch ihre Arbeit und durch ihre Projekte, haben Sie das Gefühl, dass das immer noch auch heute ein starkes Alleinstellungsmerkmal für das UfU ist. Zschesche: Ja und Nein. Also ich glaube, dass generationsspezifisch, dass sich Generationen ändern, dass sich auch Ansprüche wandeln. Und ich würde jetzt mal so sagen, aus der generationsspezifischen Sicht von jungen Absolventen oder von jungen Berufsanfängern, die jetzt zu uns kommen, ist der Engagement-, ist das Engagementpotential auch noch sehr hoch, ist aber deutlich anders als 1990. Diejenigen, die 1990 angefangen haben, haben da glaube ich noch andere Engagementansätze als das heute der Fall ist, weil einfach auch eine Sozialisation anders ist, als das vorher der Fall war. Und man muss natürlich da auch immer schauen, dass man diese, diese Bürgerorganisationskomponente lebendig hält. Dass wir da, weil natürlich, das geht glaub ich allen Ecomet-Instituten so, es ist schon auch 'ne sehr harte Schule durch die man da läuft, das ist auch ein knallharter Ausleseprozess. Derjenige, der in so einem freien Institut über Jahrzehnte arbeiten kann und es geschafft hat auch zu arbeiten und seinen eigenen Arbeitsplatz ja immer auch ein Stück weit selbst mit schafft und erhält und weiter entwickelt. Das derjenige darüber hinaus, was ja an sich schon 'ne große Leistung ist, darüber hinaus noch Impulse und Anregungen gibt für Veränderungen in der Umweltpolitik, im Bereich Zivilgesellschaft oder überhaupt im gesellschaftlichen Kontext, das ist schon schwer und das erfordert schon eine unglaubliche Kraft und auf Dauer ist das auch ein ganz schöner Verschleiß, dem man erstmal, oder Anforderungen, denen man da ausgesetzt ist. Aber ich würde in jedem Fall sagen, der Wille ist ungebrochen, ist da und es ist natürlich auch klar, dass das immer nur ganz gezielte Möglichkeiten sind um bestimmte, um bestimmte Impulse auch zu setzen. Wir können also nicht breite Kampagnen oder ehrenamtlich getragene Initiativen lostreten, das kann man mal für 'ne gewisse Zeit machen, das kann man aber nicht auf Dauer durchhalten.</p>
00:48:00	00:53:17	<p>Duwe: Ich würde gerne noch ein paar Fragen stellen, zu dem was jetzt rückblickend Sie sich vielleicht auch angeeignet haben an einer Perspektive auf die historischen Entwicklungen in der DDR zum Thema Umweltprobleme und der umweltkritischen Bewegung, auch wenn Sie die nicht selber direkt miterlebt haben. Ich habe selber versucht davon ein besseres Verständnis zu bekommen und unter anderem gelesen, dass ja zu einem bestimmten Zeitpunkt auch die Art und Weise wie Umweltpolitik oder Umweltthemen in der DDR auch von staatlicher Seite verankert waren als fortschrittlich gesehen wurde, auch im Vergleich zu dem was in der BRD zu dem Zeitpunkt der Status Quo war, da sprechen wir von den 50ern und 60ern auch. Und gleichzeitig hat sich das aber ja, also inwiefern, was ist ihr Blick darauf, inwiefern hat sich das dann verändert über die 70er und 80er in der Art und Weise wie Umweltprobleme in der DDR thematisiert wurden?</p> <p>Zschesche: Also es ist in der Tat so, die DDR hatte fortschrittliche Ansätze, beispielsweise in der Gesetzgebung, das Landeskulturgesetz 1970 liest sich wie ein Programm, das man nur unterstützen kann. Nur in einem Land das eben keine, kein Korrektiv hat für irgendwas, ist eben der Adressat, dieser, und derjenige, der eigentlich bestimmen kann, in dem Bereich keine wirkliche, nichts wirklich unternehmen will, läuft das natürlich alles ins Leere. Also man braucht einfach, in der Bundesrepublik gibt es den Bundesrechnungshof, der sozusagen der öffentlichen Verwaltung auf die Finger schaut. Wir haben immer die Möglichkeiten über Gerichte, bestimmte Dinge zumindest zur Sprache zu bringen. Ob man dann irgendwelche Dinge durchsetzen kann, hängt dann vom Einzelfall ab und auch von den rechtlichen Möglichkeiten. Aber das sind doch andere Instrumente der Überprüfung bestimmter Institutionen, die es in der DDR einfach nicht gab. Insofern sind diese Ansätze immer auch sofort verpufft. Also das ist was für die Galerie gewesen, hatte keinen</p>

		<p>Unterbau und ist damit nicht wirklich, konnte sich nicht in der Praxis auf irgendeine Art und Weise umsetzen und erweisen. Und deswegen gab es dann eben auch diese Entwicklung, diesen moralischen, aber eben auch diesen realen Verschleiß der Wirtschaft, der dann eben bis hin zu dem Verschleiß der Menschen letztlich geführt wurde. Und wo dann eine kleine Gruppe junger Leute dann in den 80er vor allen Dingen aufbegehrt haben, in den 70ern eben nur einzelne wie Havemann oder Bahro, die das schon vorhergesehen haben. Und was das Spezifische, glaube ich, einer DDR-Sicht sozusagen auch ist in der Bundesrepublik, ist glaub ich schon auch, dass es auch wichtig ist, dass Bevölkerung nicht einfach nur als eine Art Erfüllungsgehilfe oder als eine Art Transmissionsriemen gesehen wird, die, wo es nur darum geht schnell für etwas Akzeptanz zu finden, sondern dass dann später auch Ansprüche gewachsen sind, dass in der DDR also aus dieser Oppositionsbewegung heraus, der, die, der Geist entstand, dass man gemeinsam mehr entwickeln kann. Also da ist sozusagen auch so eine Art Keim gelegt worden, auch für das, was zum Beispiel das Wuppertal Institut ja mit dieser Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" 1996 dann und 2008 in dem zweiten, mit der zweiten Studie auch eingeleitet haben, nämlich Suchprozesse, wie wir insgesamt eine Gesellschaft nachhaltiger umbauen können und da ist eine Voraussetzung dafür, dass man sehr stark miteinander ins Gespräch kommt und versucht, immer auch zu hinterfragen, wofür sind bestimmte Entwicklungen gut, und das in der DDR gelebte, sozusagen verordnete, also dieser verordnete Umweltschutz, da ist glaub ich klar geworden, dass der nicht weit trägt und nicht weit tragen kann.</p>
00:53:17	00:58:39	<p>Duwe: Die, zusätzlich wurde ja dann von staatlicher Seite auch der Versuch gestartet Teile der Umweltkritik oder des Bewusstseins für Umweltproblematiken in der Bevölkerung zu kanalisieren über zum Beispiel die Gesellschaft für Natur und Umwelt. Können Sie uns aus dem was Sie über die und ihrer Arbeitsweise und ihre Funktion wissen noch ein wenig erzählen? Zschesche: Naja, ich war, Ende der 80er Jahre bin ich da ja auch sozusagen in den Kreisen in verschiedenen Zusammenhängen tätig gewesen und hab.../ Aber das waren natürlich Gesprächszirkel, die, wo zumindest eine Diskussion über diese Thematiken stattfanden, was ja in der DDR schon ein hohes Gut oder einen gewissen Stellenwert hatte, weil das ja nicht überall möglich war, eine offene Aussprache über das, was wirklich real faktisch stattfand und sich über Umweltverschmutzung überhaupt zu unterhalten, öffentlich, wenn auch im kleinen Kreis, das war sozusagen ein wichtiger Wert. Und, viel mehr, also, es wurden natürlich auch Aktivitäten besprochen, und der ein oder andere, das ist ja in Büchern, (Autorenname unverständlich) und so weiter, dann auch Umweltbibliothek, eher so im kirchlichen Bereich, also nicht so sehr in diesem noch staatlich stark kontrollierten, sag ich mal, das, ein Bereich wo eher diejenigen waren, die nicht das System insgesamt in Frage gestellt haben, da gab's dann eben auch andere Kreise, die ja entsprechend auch observiert wurden und die dann auch massivere Aktivitäten und massivere Aktionsformen gewählt hatten. Hier war es eher so zivilisiert, sozusagen bildungsbürgermäßig organisiert und das gipfelte dann darin, dass man beispielsweise eine Eingabe geschrieben hat, um zu erwirken, dass der, das Gummiwerk halt seine Emissionen dann versucht hat, versuchen sollte zu drosseln oder nicht mehr so stark die Umgebung verpesten sollte. Oder überhaupt erstmal gefragt wurde, was da überhaupt aus dem Schornstein da kommt. Also solche Sachen wurden versucht, das war also sich blutig laufen an Strukturen, die gar keine Änderungsfähigkeit hatten. Duwe: Diese staatskritischen Elemente in der Umweltbewegung oder die, die andere Aktionsformen gesucht haben, wo haben die sich denn organisiert, wenn es nicht in der GNU war? Zschesche: Na, die haben sich in den kirchlichen Umweltkreisen organisiert, da war das Kirchliche Forschungsheim in Wittenberg wie gesagt der Kristallisationspunkt. Und die waren da durchaus auch sehr aktiv, wurden natürlich entsprechend auch observiert. Und nichts destotrotz, wurde, haben dann gerade in dem Bereich Aktionen, Aktivitäten staatgefunden, natürlich als Westdeutschland, als die BRD noch existierte, war Roland Jahn, ist ja da nun ein ganz guter Zeitzeuge dafür, wurde immer versucht das Thema in die Medien zu bringen und mit relativ geringem Aufwand konnte man da natürlich gigantisch viel aus heutiger Sicht bewegen, also wenn man nur eine Kamera hatte und einfach Bitterfeld oder irgendwelche anderen Umweltpunkte filmte, war das eigentlich, wurde das immer genutzt, von entsprechenden Politikmagazinen und damit hat man natürlich in der DDR wiederum auch einiges an Reaktionen ausgelöst, was man ja wollte. Also das war, sagen wir mal, der Einsatz von Mitteln, im Gegensatz zu heute, was man heute für Apparate braucht um sich Gehör zu schaffen, im Vergleich zu damals war der Einsatz mit geringen Mittel viel zu bewirken gigantisch, also der Output und die Effektivität waren sehr, sehr hoch. Aber das war nur aufgrund der besonderen Situation der Zweistaatlichkeit und auch der, des Bewusstseins, dass die, der</p>

		andere, das andere Land, also die Bundesrepublik immer kritische Berichte, Interesse hatte an kritischen Berichten, war das natürlich gegeben. Aber nur so.
00:58:39	01:04:56	<p>Duwe: Und die Umweltbibliotheken, die sie eben schon angesprochen haben, welche besondere Rolle kam denen zu? Zschiesche: Die Bibliotheken, das waren ja nicht nur Umweltbibliotheken, ich, in der Auferstehungskirche, es gab einige Bibliotheken, die darüber hinaus philosophische Literatur hatten, ich habe da auch immer meine Bücher ausgeliehen, die hatten einfach die Funktion, erstmal die Interessierten mit Information und, ja, mit neusten Schriften auch zu versorgen, um überhaupt auch Anschluss zu erhalten, auch an den internationalen Kontext. Das war ja auch ganz, in der DDR war man ja völlig isoliert und hinsichtlich der entsprechenden Disziplinen, im umweltwissenschaftlichen Bereich, im sozialwissenschaftlichen, ökologischen Bereich, war es eben auch wichtig, da die fortschrittlichen Schriften dann eben auch überhaupt mal in den Händen halten zu können, ich meine, das war, natürlich konnte man da die Alternative von Rudolf Bahro nicht lesen. Das war nicht möglich, ja. Das waren also auch Schriften, die gerade so am Rande dessen waren, dass sie, dass sie die staatlichen Organe nicht zu stark provozierten, um da möglicherweise einzuschreiten, zu sagen, aufgrund irgendwelcher Vorwände muss diese Bibliothek jetzt schließen, so. Weil ja dieser Implosionsprozess oder dieser Prozess Ende der 80er Jahre, dass die DDR immer stärker sich auflöste, also das war wirklich was, was jeder spürte, dass das irgendwie, das irgendwas zu Ende ging, es war zwar nicht klar, worin das gipfeln würde, aber es war klar, dass dieser Staat sich so nach und nach in seine Einzelteile auflöste, weil nichts mehr stimmte von dem was offiziell Propaganda geäußert wurde und dem was jeder real jeden Tag erlebte. Und da erlahmte auch so ein Stück weit der Eifer derer, die das alles noch unter Kontrolle hatten. Und insofern ergaben sich dadurch auch immer mehr kleine, wirklich nicht so riesige für heutige, unter heutigen Verhältnissen betrachtet, aber doch immer stärkere Freiräume, sei es im Bereich der Rockmusik zum Beispiel, wo Texte plötzlich möglich waren, auch über Umweltmissstände, die früher nie durch die Zensur gegangen wären, sei es überhaupt die Entstehung der Punkmusik, die dann auch in ganz andere, ganz, ganz frechere und ganz, viel stärkere, sag ich jetzt mal, deutlichere Text verwendeten, was früher, was vorher auch nie möglich gewesen wäre. Und so war das eben auch in diesen, bei diesen Umweltgruppen und das war halt immer auch Teil der Protestkultur. Ich würde jetzt mal sagen, dass nicht bei allen war das in erster Linie dem starken Umweltbewusstsein oder dem starken Impuls geschuldet, dass man sich als Umweltschützer gesehen hat, sondern das war in erster Linie auch ein Opponieren gegen die DDR und gegen die Verhältnisse. Und der, der, das Thema worüber man das transportiert hat war eben Umweltschutz, weil das war ein Manifest, das war etwas, was wirklich himmelschreiend nicht mehr, aus dem Ruder gelaufen war und nicht mehr stimmte. Deswegen war das auch so politisch, der Umweltschutz in der DDR. Weil ja, weil es ja, offiziell gab es ja gar keine Umweltprobleme oder es gab nur ganz geringe Umweltprobleme, das Waldsterben. Honecker hat den schwedischen Ministerpräsidenten irgendwie '87 oder so empfangen, Und dann war ein Interview im Neuen Deutschland abgedruckt und dann sagt der halt sinngemäß "Also Waldsterben gibt es in der DDR nicht." Dann sind sie eben in Mecklenburg-Vorpommern durch irgendwelche Wälder gefahren, wo das grad tatsächlich nicht zu sehen war. Aber das hat natürlich nur gezeigt, wie wirklichkeitsfremd letztlich auch schon die Verantwortlichen der DDR waren. Andererseits hat das eher dazu aufgestachelt zu sagen, also so eine Wirklichkeitsverweigerung, das ist doch unglaublich. Ja und das, da gab's eben, ich würde sagen, zahlenmäßig waren die im Kulturbund organisierten Gruppen sicherlich viel stärker, da gab es eben auch beispielsweise Gruppen, die sich getroffen haben und auch war Praktisches gemacht haben. Da wurde auch Müll eingesammelt, ja in der DDR hat ja, hat da ja auch, haben ja auch, gab es ja viele wilde Deponien. Das war ein Thema, wo wir dann nach unserer Gründung sehr stark eingestiegen sind, dass wir so eine Müllhaldenkartierung gemacht haben, erstmal überhaupt festgestellt haben, wo gibt es denn eigentlich wilde Müllkippen. Ja, das Land war ja überall schmutzig, das war ja nicht wirklich geordnet so wie es ja heute doch der Fall ist. Und, also das wurde, da haben Leute auch praktisch, das wurde auch gerne gesehen, von Seiten der staatlichen Verwaltung, dass man sich sozusagen praktisch als nützlicher Helfer betätigen konnte, das war in Ordnung, aber eben politische Fragen sollten natürlich möglichst nicht gestellt werden.</p>
01:04:57	01:11:54	<p>Duwe: Sie haben eben als besonderes Beispiel schon das Waldsterben genannt und die zweite Hälfte der 80er, da fällt natürlich auch der Reaktorunfall von Tschernobyl rein, wie wurde das wahrgenommen, von staatlicher Seite damit umgegangen und was, welche Rolle hat das für das Denken in der Umweltbewegung? Zschiesche: Naja, in der DDR war ja der Reaktorunfall, hat ja</p>

		<p>keine wirklichen Auswirkungen nach der offiziellen Lesart gehabt. Es war ja alles unter Kontrolle und die Strahlenbelastung war auch nicht, nach offizieller Lesart, höher als vorher. Gesundheitlich gab es überhaupt keine Bedenken. Das war natürlich deswegen völlig schizophoren, weil ja jeder, außer den paar 1000 oder 10.000 Menschen im Dresdener Raum, die eben Westrundfunk, Westfernsehen nicht empfangen konnten, natürlich sich informiert haben in den anderen Medien und wussten wie stark da auch die Strahlenbelastung auch in Teilen Deutschlands auf Grund der radioaktiven Wanderungen der Wolken und so weiter sich in den Wochen danach eben gestaltete. Und das musste natürlich jeder dann individuell für sich entscheiden, was er da sozusagen machte. Ich war zur damaligen Zeit Student, ich glaube wir waren da natürlich auch relativ, also wie soll ich sagen, also wir haben schon gesehen eben über die entsprechenden Medien in der Bundesrepublik, dass da einiges, das man bestimmte Vorsichtsmaßnahmen ergreifen musste, man hat sich dann individuell drauf eingerichtet, also keine Pilze zu essen oder auch bei der Milch vorsichtig zu sein und so weiter, aber mehr ist da, glaube ich jetzt erstmal so, in dem ganz Vordergründigen nicht passiert. Und natürlich hat dieser, dieser Vorfall hinsichtlich wiederum des Umgangs wie informiere ich meine Bevölkerung bei Katastrophenfällen dazu geführt, dass sich da eben auch wieder so eine Entfremdung zwischen Bevölkerung und Regierung ereignet hat oder der Graben deutlich wieder gewachsen ist. Das war ja, eigentlich ist das, durchzieht das ja die DDR-Geschichte insgesamt. Ich habe jetzt in den letzten 10 Jahren, ja die so Katastrophen- und Störfälle in der DDR so 'n bisschen auch aufgearbeitet in den entsprechenden Archiven, im Staatsarchiv, aber auch in den Stasiarchiven, und wenn man sich alleine nur anguckt und da gibt's 'ne ganze Menge, in der DDR ist eigentlich jeden Tag eine Havarie passiert, also fast jeden Tag, ich will's jetzt nicht übertreiben, aber es sind wahrscheinlich in der Volkswirtschaft DDR, also das würde ich, das kann man sicher sagen, es sind in dem Bereich mehr Menschen umgekommen als an der Grenze. Und es ist in jeden Fall immer im Umgang so gewesen, dass es eine absolute Verharmlosung gab, dass nie wirklich über das berichtet wurde im Anschluss, was da wirklich sich ereignet hatte. Und das ist wie ein Muster eines autokratischen und in dem Fall eben auch kommunistischen Regimen, die ihre Bevölkerung so ein Stück weit dadurch eben auch opfert und im Unklaren lässt. Und das ist schon.../ An solchen Mechanismen, an solchen Informationspolitiken kann man leider auch viel ablesen über den Charakter des Systems. Duwe: Inwiefern, um nochmal Bezug zu nehmen auf Tschernobyl, war Sorge um die Folgen von der, ja, friedlichen Nutzung der Atomkraft ein besonderes Thema? Zschesche: Ja, zu dem Zeitpunkt hat die DDR Stendal aufgebaut, das zweite Atomkraftwerk nach Greifswald, war in den 80ern dann im Bau. Das Problem war, also die DDR hat sich mit dem Atomkraftwerk völlig übernommen hat, gerade in den 80er Jahren, also rein ökonomisch war dieses Atomkraftwerk, verschlang so viel Ressourcen, dass eben selbst die DDR, die ja sich zeitweise unter den zehn stärksten Wirtschaftsmächten der Welt einsortierte, nicht in der Lage war dieses Atomkraftwerk rechtzeitig zu Ende bringen, es sollte ja eigentlich '87 schon stehen. Ja auch ganz bewusst glaube ich als Provokation an die Westgrenze gebaut, Stendal, Elbe... Duwe: Gorleben. Zschesche: Relativ nah, so, und das war schon, das war schon auch 'ne, tatsächlich 'ne große Provokation, sowas wie ESPO-Konvention, grenzüberschreitender Umweltschutz und Mitsprache und sowas gab es ja damals noch nicht. Und das hat schon mit Sicherheit dazu beigetragen, dass diese kritische Bewegung, die deutlich geringer war in der DDR als im, vergleichsweise in Westdeutschland, wo die ja auch sehr militant auch, Wackersdorf, Wyhl und so weiter, dann in den 80er Jahren auftrat. Sowas gab es in der DDR nicht. Und in der DDR gab es schon auch diese, diesen, diese Strömung von, ja, "Wir sind Ingenieure für und Atomenergie ist die saubere Energiegewinnung, das ist die Zukunft, das ist der Fortschritt". Da gab es glaube ich, ich könnte das jetzt nicht empirisch, zahlenmäßig belegen, aber mein Eindruck ist, da gab es eine große, da gab es eine große Anzahl an Ingenieuren, an Menschen, die so eher die Haltung vertrat, das ist doch gut, und das hat sich auch durch Tschernobyl nicht grundlegend geändert. Also da würde ich auch sagen, da gab es in der DDR so eine Art Aufgeklärtheit des Ingenieurgeistes, der vielleicht weniger, weniger Kritikpotenzial hatte, als vergleichsweise zu dem Zeitpunkt in der Bundesrepublik, in den alten Ländern der Bundesrepublik.</p>
01:11:55	01:16:15	<p>Duwe: In gewisser Hinsicht so zumindest Teile der Geschichte der Entstehung von Instituten wie dem Öko-Institut oder dem IFEU... Zschesche: Ja. Duwe: ...sind es auch, ist auch da das Bedürfnis nach einer anderen Sichtweise und einer anderen Art der wissenschaftlichen Betrachtung von Atomkraft etc., die als Impuls dient für die Gründung selber. Zschesche: Ja. Duwe: Insofern, der Apparat, der wissenschaftliche Apparat, der Mainstream, der Konsens war ganz klar pro. Insofern um kurz die Frage umzudrehen, was gab es denn an kritischen Ansätzen in der Wissenschaft oder</p>

		<p>überhaupt an Möglichkeiten...Zschiesche: Ja. Duwe: ...in der DDR kritische Wissenschaft zu betreiben? Zschiesche: Die gab es eigentlich kaum. Also ich würde jetzt mal sagen, in dem Bereich schon gar nicht. Also eine unabhängige Institution zu gründen war einfach nicht erlaubt, das wäre niemals, das wäre sofort, die gegen die offizielle herrschende Meinung eine eigene, unabhängige Sicht entwickelt hätte, das wäre, wäre in der DDR nicht möglich gewesen. Insofern musste man sich als Wissenschaftler, der ja auch Anschluss an die internationale Forschungslandschaft, an den Stand der Forschung halten wollte, dann damit über Wasser halten, in irgendwelchen Akademieinstitution, also zu, sag ich jetzt mal, zu überwintern, zu überdauern und zu gucken, dass man sich nicht zu stark arrangieren musste. Also natürlich waren die ganzen Atomphysiker in Rossendorf in, bei Dresden im Forschungsreaktor versammelt. Und ich kann jetzt gar nicht genau sagen wo Sebastian Pflugbeil, das war nämlich derjenige, der, also Physiker und der bekannteste Atomkritiker zu Ostzeiten, Michael Beleites, der hat dann ja auch, der, der hat keine, der hat ja nicht mal mehr studieren können und der ist dann mit seinem Buch Pechblende hat eher über die Folgen geschrieben als über kritische Ansätze, warum Atomenergie eben keine wirklich Zukunftsfähigkeit darstellt und keine saubere Energieform ist, wenn man mal die Frage der Endlagerung oder überhaupt Folgekosten mit einberechnet. Also, da gab's nur ganz, ganz wenige, also die beiden zum Beispiel. Und die hatten es natürlich nicht so ganz leicht da. Selbst nach der Wende, ich mein, Sebastian Pflugbeil war Minister ohne Geschäftsbereich, wurde er ernannt und hat dann allerdings auch danach weitergemacht, wir haben immer Kontakt gehabt, aber außerhalb des, also das wäre ja auch eine Variante gewesen, das im UfU zu machen, aber auch da, der Bereich, der war damals durch das Öko-Institut eigentlich ganz gut abgedeckt. Und die haben das ja damals noch zumindest bis '98 sehr, sehr kritisch gemacht. Also mussten auch immer gucken, wie kann man überhaupt eine bis '98 noch in der Bundesrepublik verfolgte Strategie der Atomnutzung kritisieren, wie kann man damit eben auch sich finanzierten, das war ja schon auch nicht so ganz einfach, da hat Sebastian Pflugbeil dann, ich glaube, bei den Ärzten gegen Atomkrieg, hat er, hat er lange Zeit gearbeitet und dann auch einem eigenen kleine Verein vorgestanden. Und er war ja dann auch ein bisschen älter schon, insofern hat ihm das dann auch nicht mehr so viel ausgemacht sich da sozusagen dann echt um berufliche Karriere zu kümmern, sich kümmern zu müssen.</p>
01:16:16	01:20:24	<p>Duwe: Sie haben vorhin schon so 'n bisschen beschrieben in welcher Wechselbeziehung umweltpolitische Themen und Kritik gegenüber dem staatlichen System bestanden. Das zum Teil sich anbot als Thema, weil's offensichtlich war, gleichzeitig aber nicht ökologische Gedanken die primäre Motivation notwendigerweise dargestellt haben. Insofern zwei Fragen. und erst etwas was ich vielleicht am Anfang nochmal hätte fragen sollen, eine Begriffsklärung: Gibt es nach ihrem Verständnis überhaupt etwas was man eine Umweltbewegung so nennen könnte? Oder wie wäre aus Ihrer Sicht der dann gegenüber diesem Hintergrund der richtige Terminus? Zschiesche: Also wenn man, also es gibt ja keine wirkliche echte Definition von Umweltbewegung, aber wenn man, ich glaube Rucht vom WZB hat das ganz gut definiert im Sinne einer kollektiven Übereinkunft. Also auch in verschiedenen Institution, verschiedenen, meinerwegen in einer Partei, in einer wissenschaftliche Einrichtung oder in einem Umweltverband, oder wo auch immer, arbeitet man an verschiedenen Plätzen, aber man hat ein gemeinsames Ziel. Und da würde ich schon sagen, dass das zumindest Anfang der 90er vorhanden war, da würde ich sagen, da gab's eine Umweltbewegung, die gab, also, sowohl Ost als auch West. Natürlich ist die dann, Mitte der 90er, da kann man, dann würde ich sagen, das sollte man dann mal aufarbeiten, gut das WZB hat das ja zum Teil untersucht, die machen das inzwischen ja nicht mehr, wann die Umweltbewegung, wann diese kollektive Übereinkunft vielleicht nicht mehr ganz so vorhanden war, sich so 'n bisschen aufgelöst hat in verschiedene Teilübereinkünfte, die jetzt zumindest eben auch noch nicht so richtig sichtbar ist. Also im Moment würde ich nicht mehr von Umweltbewegung sprechen oder nur noch in nostalgischer oder historischer Konnotation. Und im Moment fehlt vielleicht gerade auch sowas wie so eine kollektive Übereinkunft. Das, was ja im Moment sehr stark thematisiert ist so eine Art Transformation, auch zum Teil große Transformation, wird es wahrscheinlich auch schwer haben, sowas wie Bewegungsenergie freizusetzen und überhaupt dann auch zu einer Art Transformationsbewegung zu werden, da muss man sehen, ob das, ob's da, ob sozusagen das Leitbild einfach nur etwas zu transformieren, ausreicht, weil da doch wenig Ziel enthalten ist. Bei der Umweltbewegung damals ging es schon erstmal vordergründig darum, die sichtbaren Umweltverschmutzungen soweit zurück zu drängen, dass die, das Leben in einer halbwegs intakten Umwelt wieder überhaupt zurück erobert wird. Duwe: Und würden sie den Begriff, sie haben das gerade explizit... Zschiesche: Ja Duwe: ..nämlich auf den Beginn der 90er gesetzt... Zschiesche: Ja,</p>

		<p>ja für Ostdeutschland, ja Duwe: Genau, genau, aber würden sie den Begriff auch auf die Umweltbewegten oder Interessierten in den 80ern anwenden? Zschesche: Ja, für Westdeutschland, dann, aber das... Duwe: Und für Ostdeutschland? Zschesche: Für Ostdeutschland, sie war unterdrückt, da war die Bewegung praktisch unterm Deckel gehalten, sie schoss natürlich dann sofort während der Wende auch nach oben und Umweltschutz, wie gesagt, es gab einen großen Runden Tisch, wo alle neuen Organisationen und die Parteiführung und parallel wurde sofort ein Grüner Runder Tisch gegründet, was zeigt, wie wichtig in den Zeiten das Umweltthema war.</p>
01:20:25	01:25:47	<p>Duwe: Und dann schließ ich hier nämlich da meine, die zweite Frage an, noch mal auf diesen Themenbereich: Welche Wichtigkeit hatte das dann für auch den, letztendlich den, die Wende selbst – das Thema oder die Leute, die sich mit dem Thema beschäftigt haben? Zschesche: Ja, ja, also es war, es war eine Art... Das ist, das ist eine, das ist eine Frage, wo ich nicht sofort eine, eine Antwort parat hab und sagen kann... weil unter dem Gesichtspunkt habe ich das noch nie so geseh..., so gesehen oder mir die Frage gestellt. Ich denke, man hat sich unter dem Schild von Umwelt haben sich viele Interessen bündeln lassen, politische Interessen eben auch, die vielleicht mit dem engeren Naturschutz gar nicht so viel zu tun hatten, obwohl natürlich, gerade das Beispiel muss dann ja immer in dem Zusammenhang auch genannt werden, die Leute von Succow, Jeschke und, es geschafft hatten, dann die Naturschutzgebiete, also das sogenannte Tafelsilber der Einheit rüber zu retten, in einem Geniestreich, parlamentarisch und verwaltungsmäßig also es geschafft hatten dann, wichtige Teile der, des DDR-Territorium, der eben kulturhistorisch und naturschützerisch wertvoll war so zu sichern, dass er dann nicht mehr angegriffen wurde durch irgendwelche Bau- und Infrastrukturmaßnahmen beeinträchtigt werden konnte. Das war sozusagen so eine Art, auch so eine Art Ergebnis dieser, der Wendezeit. Aber ich denke, ich denke letztlich, dass es den Menschen, auch wenn sie Umwelt gesagt haben, nicht immer um wirklich, um Umwelt ging. Und das war eher dann so 'ne Chiffre und auch so 'n, so 'ne Überschrift, hinter der man sich versammeln konnte und.../ Denn wenn es so gewesen wäre, hätte die DDR, hätte dann in der Folge, die Umweltbewegung viel mächtiger und viel stärker sein müssen, als sie es dann tatsächlich war. Wir hatten, wir haben das dann auch so 'n ein bisschen empirisch untersucht, in den, in den, wie sich die Umweltzivilgesellschaft in Ostdeutschland entwickelt hat. Und das sind, Mitte der 90er waren das 200 Hauptamtliche und die Zahlen von ehrenamtlich Organisierten sind immer ganz deutlich hinter dem zurückgeblieben was vergleichbare Verbände in Westdeutschland zu dem Zeitpunkt an Mitgliedern und an Engagierten hatten. Also, das sind dann ja doch so Möglichkeiten, das einzuordnen und eben auch zurück zu schlussfolgern, dass es vielen um Umwelt ging, aber sie etwas andere gemeint haben. Duwe: Sie haben vorhin am Anfang mal gesagt, dass so diese internationale Dimension, die andere Institute hatten, zumindest zu Beginn für das UfU kein Thema war. Ich weiß, dass das jetzt zum Teil anders ist, da würde ich auch gleich gerne noch mal kurz hinkommen. Auch in den 80ern gab es einen Austausch zu dem Thema? War Umwelt ein Thema, über das man sich, das irgendwie in irgendeiner Form grenzüberschreitend war, wo es Verbindungen gab zu anderen Ländern des Ostblocks? Zschesche: Ja, da kann ich jetzt nicht aus erster Hand antworten, das ist ja etwas, wo, ich bin ja sozusagen nur sporadisch oder nicht wirklich kein aktiver Teil dieser Zeit dann gewesen, in den späten 80er Jahren, aber ich würde sagen, aus dem was ich weiß, war man da zwar offen, aber es war nicht so, dass da dann permanent, also man hatte schon genug mit sich zu tun, sich zu organisieren und seine Netzwerke und seine Gruppen, da was zu bewegen oder was durchzuführen. Und da noch nach Tschechien, nach Polen, nach Ungarn auch noch Kontakte zu schmieden und Aktionen zu bereden, das ist meines Erachtens nur sporadisch gelungen.</p>
01:25:48	01:30:44	<p>Duwe: Dann, dann machen wir mal den Bogen zu den internationalen Aktivitäten des, des UfU heute. Sie können sie vielleicht ganz kurz benennen. Ich weiß, dass Sie selber an Projekten in Vietnam beteiligt gewesen sind. Inwiefern, ganz kurz, ganz kurz was machen Sie da, und inwiefern gibt es Elemente, dessen was so den Kern des UfU ausmacht oder Erfahrung, die Menschen prägen, die das UfU mit aufgebaut haben, die noch in dieser Arbeit relevant sind. Zschesche: Also ein ganz großer Fokus unserer Auslandstätigkeit liegt eher in, liegt in Mittel- und Osteuropa. Wir haben angefangen mit Tschechien. Dann waren wir sehr viel, in Polen auch. Später kam dann so Länder wie Moldawien dazu, die so ein bisschen weiter in der Peripherie liegen oder außerhalb des EU-Bezugs, aber eben als osteuropäisches Land wichtig, also für uns, für uns von Interesse waren. Die Anlässe, warum wir wo gearbeitet haben sind immer sehr, zum Teil zufällig auch gewesen, über Netzwerke, Anfragen und auch Interesse einzelner unserer Mitarbeiter. Was aber ein ganz</p>

		<p>wichtiger Punkt war, war dass wir natürlich mit unser spezifischen ostdeutschen Transformationsgeschichte, meine ich auch in diesen Ländern relativ schnell auch ganz gut mit den, den dortigen Partner und den dortigen Institutionen zusammen arbeiten konnten, weil da irgendwas auch Verbindendes war. Es wär häufig auch wichtig, für bestimmte Einrichtungen, für Umwelt-NGOs, aber auch für Institute, das wir genau auch so eine Art, das wir eine neue Institution sind, die aber auch so eine gewisse Transformation mitgemacht hat. Also die.../ Und dadurch sind, ist man, hat man, hat man doch am Anfang schon auch viele Gemeinsamkeiten gehabt, wobei natürlich immer zu sagen ist, dass im Vergleich zu Osteuropa, oder Mittel- und Osteuropa, wir die deutlich besseren Bedingungen hatten. Wiederum gegenüber, gegenüber sagen wir mal, der, der, den alten Bundesländer natürlich wiederum auch nicht so günstige Bedingungen, aber im Vergleich zu Tschechien, im Vergleich zu Polen, im Vergleich zu Ungarn natürlich meilenweit bessere Bedingungen, weil deren Basis in der Regal darin bestanden entweder EU-Gelder zu akquirieren oder amerikanische Stiftungen nachzufragen, was dann durch den EU-Beitritt ja nicht mehr möglich war. Aber niemals eine starke Basis aufgrund der, des Zustroms von Beiträgen heimischer, der heimischen Bevölkerung hatten oder sich darauf stützen konnten. Das war.../ Ich weiß, wie schwer Jan Haverkamp, der jetzt Greenpeace Prag macht. Der war mit Milieukontakt Holland hier 1990 auch sehr stark aktiv, die sind dann weitergegangen und der hat mir dann erzählt, wie, wie er versucht hat, Greenpeace aufzubauen in Tschechien, im Wesentlichen in Prag, weil da sind dann, da gibt's 'ne gewisse, sagen wir mal Mittelschicht, um überhaupt so eine Institution dann eben auch unabhängig aufbauen zu können. Und das war für andere Länder und für solche Institutionen eben ganz schwer. Und da, also da haben wir uns glaub ich auch so 'n bisschen verpflichtet gefühlt, wiewohl da Deutschland so insgesamt relativ wenig, gemessen an der Größe und gemessen auch an dem, was an Erwartungen, auch in den anderen Ländern jeweils uns auch entgegen gebracht wurde, da gab's wenig Möglichkeiten, um Projekte auch mit solchen Partner zu entwickeln. Später kamen dann Länder hinzu, nicht zufällig Vietnam, weil das wiederum auch aus, aus Personen heraus entstand, die hier in der früheren DDR arbeiteten oder die hier zum Studium abgeordert wurden und die dann natürlich auch bei uns dann angefragt haben, und so ist das dann auch entstanden, dass wir dann eben auch angefangen haben, Projekte in Vietnam zu machen.</p>
01:30:45	01:32:01	<p>Duwe: Gibt's Ihrer Meinung nach heute auch noch irgendwelche ost-/westdeutschen Unterschiede oder besonderen Befindlichkeiten in der Arbeitsweise oder im Vergleich der Institute oder in der Art und Weise wie das Thema...? Zschesche: Ja, es gibt in Nuancen vielleicht schon noch Unterschiede, aber es ist inzwischen ziemlich stark aus, es ist inzwischen ziemlich stark verschwunden, alleine schon weil Generationen, die jetzt auch neu in die Institute reinkommen, da macht man den Unterschied kaum noch fest. Das ist.../ Also, ich werde auch häufiger mal als völliger Westdeutscher eingenordet und eingeschätzt, meine Frau manchmal als Ostdeutsche obwohl sie aus'm, aus Bonn ist, also das ist sehr unterschiedlich oder hat sich inzwischen auch ein Stück weit entwickelt. Die Herkunft, die geschichtliche, sag ich mal, der geschichtliche Anlass der Entstehung ist natürlich immer noch sehr stark unterschiedlich, das ist klar. Aber ansonsten, würde ich sagen, sind es Kleinigkeiten, die manchmal noch Unterschiede mit sich bringen.</p>
01:32:02	01:35:39	<p>Duwe: Auf der Basis dann, über alle Institute hinweg gesprochen, welche besondere Signifikanz sehen Sie in gerade den Ecornet- und ähnlichen Institutionen, die außerhalb des stark staatlich geförderten Wissenschaftsbetrieb stehen? Zschesche: Ich denke, dass die Ecornet-Institute eine wichtige Aufgabe haben, so als Scharnier zu dienen, um Entwürfe außerhalb der etablierten Wissenschaft zu entwickeln. Da dran zu bleiben, auch den Kontakt mit Akteuren und Gruppen, die tatsächlich starke nachhaltige Veränderungsprozesse einleiten wollen, auch in die Wissenschaft wiederum rein zu transportieren, sie sozusagen da eine wichtige Funktion haben. Und auch in gewisser Weise Fragen stellen, die weitergehen als die Fragen, die man sich stellt, in staatlich geförderten und finanzierten Institutionen. Und das ist etwas, was meines Erachtens auch an Relevanz eher gewinnt als verliert. Was natürlich eine Basis braucht, damit man eben auch ein bisschen, also diese Unabhängigkeit, die ja bei uns im Namen auch mitschwingt oder mit benannt ist, auch wirklich in der Praxis leben kann, denn wenn die Abhängigkeit von Dritten, von Drittmitteln zu stark ist, kann man natürlich auch keine, kann man natürlich auch wissenschaftlich fundierte Arbeit eben auch nur bedingt machen, aber ich glaub, wenn man das sozusagen in dem gesellschaftlichen Kontext verortet, würde ich das schon so sehen, dass, dass das ansonsten niemand so richtig machen kann, dass wir, wir Brücken brauchen in neue Konzepte, in neue Lebensentwürfe, und da sind diese Ecornet-Institute, weil da auch Personen arbeiten, die eine gewisse Offenheit haben, die auch eine vielleicht insgesamt gesehen eine höhere, ein höheres</p>

		Engagementpotenzial mitbringen und denen es überhaupt nicht egal ist, was mit ihren Ergebnissen passiert, dass das die Antriebskraft ist und dann letztlich auch in gesellschaftlichen Bereichen aus den Wissenschaft heraus in die Gesellschaft mehr zu bewegen. Das muss natürlich gewollt werden, da heißt sich sozusagen der, also wenn, wenn man dann von dem staatlich geförderten System eben auch noch Geld möchte, um sich sozusagen finanzieren zu lassen, das bedarf einer, also wir haben ja in Deutschland sowieso häufig dieses Unvers..., ernten das Unverständnis im Ausland, dass wir diesen staatlich finanzierten Protest sozusagen haben, nun machen wir keinen Protest in Ecornet-Instituten, aber gemessen an anderen staatlichen Instituten sind wir schon deutlich kritischer und das wollen wir ja auch sein. Und da ist sozusagen immer auch ein bisschen Widerspruch, weil einerseits brauchen wir dann auch eine Basis, eine finanzielle Basis, und andererseits, die dann auch von staatlichen, vom Staat zu bekommen ist manchmal dann eben auch eine heikle Erwartung, die dann natürlich auch dem Konzept nicht unbedingt immer 100% entspricht.
01:35:40	01:38:34	Duwe: Sehen sie dann, ja, in der Tat also, also eine, wie groß ist das Risiko, oder ist die Situation auch gerade jetzt in irgendeiner Form besonders im Vergleich zu, wie Sie sie schon erlebt haben, dass im Grunde, diese Institute sich bewegen, in verschiedenen Rollen, mal sind sie reine Forscher, mal Politikberater, mal eher Dienstleister geradezu. Zschiesche: Ja, ja und manchmal müssen sie eben auch Kritiker sein und tatsächlich auch die Finger in die Wunde legen. Und dieses Spiel, Organisationsentwickler können das immer wunderbar beschreiben, man muss eben gucken, dass man für den jeweilig passenden Moment genau die richtige Rolle parat hat. Und, nur wer sagt einem, wann genau die richtige Rolle und der passende Moment dafür dann vorhanden ist und wie das jeweils am sinnigsten passieren soll. Das ist dann nämlich dann doch die Kunst, die niemand so richtig kann. Und von daher wäre es natürlich wünschenswert, die Unabhängigkeit, die finanzielle Unabhängigkeit würde nicht nur über den Staat sichergestellt. Aber da Konzepte und Ideen zu entwickeln, das muss man sehen wie man das in den nächsten Jahrzehnten, also Jahren und aber dann auch Jahrzehnten, vielleicht ist das eine Aufgabe, die nicht so den nächsten Tag betrifft oder die nächsten zwei, drei Jahre, wie man das sicherstellt. In jedem Fall glaube ich, dass kann man von der Zivilgesellschaft, von Organisationen wie von Amnesty International, von Greenpeace lernen, wie wichtig es ist, jenseits der jeweiligen politischen Koalition in Deutschland aber auch ganz, ganz generell, seine eigenen Akzente zu setzen, unabhängig von staatlicher, von staatlichen Fördermitteln, von staatlichen Abhängigkeiten, dadurch. Das ist ein hohes Gut. Und die Freiheit ist, die diese, die explizit diese beiden zivilgesellschaftlichen Organisationen haben, im Umweltbereich ist die Schattierung, also ist, ist, sind, sind da die Grenzen auch fließend, da gibt's alle Formen der Zusammenarbeit. Dass, dass ist was, was, wo, wo man, wo man in jedem Fall immer auch schauen muss, dass man sich diese, dieser Möglichkeit nicht zu stark beraubt, weil man sich dann ja nun auch selbst zensiert. Ohne dass man das wirklich wahrhaben will, oder merkt oder wie auch immer. Das ist eine Form von Abhängigkeit, die manchmal gar nicht immer ausgesprochen werden müssen.
01:38:35	01:42:44	Duwe: Wenn Sie sich denn so die derzeitige Landschaft der wissenschaftsbasierten Politikberatung angucken, habe Sie da das Gefühl, dass es da so eine besondere Lücke gibt? Zschiesche: Ich denke, dass es noch stärker Institutionen geben sollte, die auch ganz praktisch, also den Terminus oder die Wissenschaftsdisziplin, die ja eben auch so ein bisschen ein randständiges Dasein fristet, diese Aktionsforschung, also sprich durch Praxis auch Wissenschaft zu betreiben, noch stärker voranbringt. Also, sozusagen, es wird ja auch immer dieser Laborbegriff oder Suchprozesse, wie das der WGBU auch beschrieben hat, werden ja auch genannt, also da.../ Wir sind schon sehr praktisch orientiert, aber in wie weit wir es schaffen, dann auch wirklich Lebens-, also gesellschaftlich relevante Lebensentwürfe neu zu denken, neu zu definieren, als Labor auch dafür dienen, tatsächlich transformativ bis in die, bis in den letzten, bis in alle Verästelungen unser Lebenswirklichkeit Dinge umzusetzen, da würde ich sagen, da scheint mir, können wir durchaus auch noch, da könnten wir in dem Bereich durchaus drauf satteln. Also nicht umsonst hier Harald Welzer, mit seinem Futurzwei, mit solchen Entwürfen, der aus der Wissenschaft kommt und dann genau solche Institutionen anschiebt, das ist ja auch ein Indiz dafür, dass es in dem Bereich auch noch an solchen Instituten mangelt. Und wir haben ja, also das, aus meiner Sicht betrifft das alle im Ecornet versammelten Institutionen, haben ja durchaus immer auch die Notwendigkeit uns an den Maßstäben der etablierten Wissenschaft auszurichten, die müssen wir ja auch erstmal erfüllen. Und das bringt eben auch manchmal mit sich, das man dann auch in so einem gewissen Hamsterrad drin ist und darüber hinaus, für diesen anderen Blick, auch für das was man eigentlich

		auch sein will, dieses anders geartete, gar nicht mehr die freien Kräfte hat und die freien Möglichkeiten, um das dann eben mit der Nachhaltigkeit, die das dann erfordern würde, auch wirklich umzusetzen. Also das ist so, das ist so immer auch so ein Spagat und auch so ein Spannungsverhältnis, was ich da ausmache, weil ja gerade in diesem Wissenschaftsbetrieb natürlich sehr viel, sehr viel, also sehr viel Notwendigkeit sich anerkennen zu lassen, Reputation über entsprechende Paper, über entsprechende Publikationen, die möglichst in einem Journal veröffentlicht werden, das auch einen entsprechenden Faktor hat, der hoch gerankt ist, woran sich dann wiederum auch neue Forschungsgelder... in dem Betrieb, den wir nicht unbedingt in jeder Hinsicht gut finden, bewegen wir uns aber und dem müssen wir uns trotzdem stellen, weil wir ansonsten, wir können ja nicht außerhalb sagen, wir sind da außerhalb, und wollen aber trotzdem anerkannt werden. Wir würden also dann höchstens noch belächelt werden. Das heißt, das ist immer so ein, so ein wirklich echter Spagat, der manchmal dann eben auch schwierig ist, um seine Lockerheit, um seine Andersartigkeit noch aufrechtzuerhalten.
01:42:45	01:47:24	Duwe: Gibt es etwas, wonach ich nicht gefragt habe, was Sie vielleicht erwartet hatten oder was Sie mir noch auf den, mit auf den Weg geben wollen? Zschiesche: Nein, also ich meine, wir hätten jetzt noch mal thematisieren können, wie sich sozusagen,, ich hatte das kurz angedeutet, dass ja Ostdeutschland geradezu, weil es, weil es so viele Umweltprobleme gab, gepflastert wurde mit Inst..., mit staatlichen geförderten Instituten, ich habe ja ein paar genannt. Und die haben natürlich dann auch in der Folge dafür gesorgt, oder da, dass sowas wie kritische Umweltwissenschaft es natürlich noch, also es doppelt schwer hatte, sich zu entwickeln. Aber das ist jetzt.... Duwe: Weil die nicht... Zschiesche: Angedeutet ist es, ist es natürlich... Ja, das war so eine Art, so ein Bruch, der ist dann ja 1991/92 passiert, wo die ganzen Institutionen gegründet wurden. Man kann ja nicht sagen, also, PIK ist ja zum Teil auch kritisch, also Schellenhuber und Rahmstorf oder so, die mischen sich ja schon ein, so soll's ja auch sein. Aber die können das natürlich mit einem anderen Werf, und mit 'nem anderen...weil sie natürlich sich nur um die Inhalte kümmern können, das ist natürlich toll. Und das ist was, wo wir natürlich immer ein bisschen Nachteile habe, aber... Ne, das, also angedeutet habe ich das, aber das ist etwas, was, gerade wenn man das so über die nächsten 20 Jahre anguckt, ja, schon auffällig ist. Und wir hätten vielleicht auch... Wir sind ja, wenn man sich jetzt mal so UfU anguckt, wir sind tatsächlich das letzte, das einzige Institute in Ostdeutschland was in diesem freien Bereich, gemeinnützigen, sozialökologischen und kritischen Sektor tätig ist. Es gibt noch ein paar kleinere, aber eher ehrenamtlich arbeitende oder eher sporadisch, da sind dann 3 oder 2 Leute, im Naturschutz gibt's das eine oder andere, dann gibt's auch 'nen Bereich, von, wo es eher um Labore geht, also so Umweltanalytik, da gibt es auch Institute, das ist, das stimmt, aber in diesem umweltpolitischen Bereich oder eben sozialökologischen Bereich gibt es da eben nichts weiter und das ist eben auch der Tatsache geschuldet, dass diese anderen Institute oder die Universitäten das aufgefangen haben und dass die Voraussetzungen, die Bedingungen eben doch für die meisten nicht mehr.../ Also, wir haben schon auch einige gute Leute verloren, nicht weil die nicht gute Arbeit gemacht haben, sondern weil die es eben auch nicht mehr geschafft haben, Projektarbeit und dann noch Drittmittelaquise zu vereinen, das ist halt was, was.. das ist halt dann so. Vielleicht ein Aspekt, wir sind ja bis 2004 oder 2005, da waren wir 10/11 Leute und inzwischen sind wir 30. Das heißt, es gab gerade in den letzten 4/5 Jahren, ja 6 Jahren sag ich mal, eine ziemliche, eine ziemliche Entwicklung gegeben, auch ein ziemliches Wachstum gegeben. Und man kann sich natürlich auch fragen, wieso jetzt? Wieso hat das jetzt eigentlich, wieso hat das jetzt stattgefunden, obwohl wir uns thematisch gar nicht groß ausgerichtet haben? Aber das ist dann eher was UfU spezifisches, etwas insgesamt vielleicht, was für jemanden, der sich mit Umweltpolitik beschäftigt, nicht so relevant ist. Wobei ich sagen muss, dass ja schon auch tatsächlich auffällig ist, das trotz, also man hätte ja sagen können, ok, dass wir uns, dass alle diese Ecornet-Institute sich unter rot-grün gut entwickelt haben, das konnte man in gewisser Weise sogar voraussetzen, dass wir uns aber danach weiter und sogar zum Teil noch mehr entwickelt haben, das ist doch schon erstaunlich. Und das ist nicht nur, das sind nicht nur die EU-Fördertöpfe, das ist durchaus auch so, dass man auch in eher konservativen Regierungen als wichtige Stimme ernst genommen wird, gleichzeitig aber auch etabliert ist, mit allen Vor- und Nachteilen, die das mit sich bringt.
01:47:25	01:51:00	Duwe: Würden Sie das daran vorwiegend aufhängen oder damit erklären oder gibt es da noch bestimmte Themen, die vielleicht das UfU stärker besetzt als andere, die dann so einen 400/500% Zuwachs, nein, 200 von 10 auf 30 erklären? Zschiesche: Naja, also ich denke, dass das manchmal auch tatsächlich, dass man lange Zeit halt an Themen arbeitet, und plötzlich wird sehr stark

	<p>wahrgenommen, dass man da in dem Bereich Potenzial hat und Profil hat und dann wird man nachgefragt und so ergeben sich dann plötzlich neue Projekte. Und so ist es ein Stück weit auch im UfU gewesen, dass man immer mehr über so eine kritische Größe hinausgewachsen ist und dann vermehrt sich das nicht mehr linear, sondern plötzlich exponentiell. Das ist so irgendwie eine Wachstumsparadigma manchmal, das wirklich eben auch, glaub ich, andere Organisationen so die Erfahrung macht. Das man nicht ganz nachhaltig oder sag ich mal, nicht ganz stabil linear wächst, sondern dann plötzlich eben solche Sprünge auch hat. Und dann wird's danach längere Zeit wieder sehr stabil so bleiben oder schrumpfen oder was auch immer, aber jedenfalls nicht nochmal so anwachsen. Und weil, ja, so, anders kann ich mir das eigentlich nicht erklären. Das man da so eine gewisse Sichtbarkeit, mehr Sichtbarkeit bekommen hat, aber nicht weil man etwas anders gemacht hat, sondern vielleicht diese Themen vielleicht auch durchaus auch eine praktische Relevanz hatten: Klima, das Klimathema, mit Umweltbildung, irgendwie auch stärker. Ich meine solche Studien hier wie "Wie zukunftsfähig ist Deutschland" haben solche Sachen natürlich auch befördert, dass sich Leute stärker oder dass Wissenschaftler und Politiker die Beschäftigung mit Umweltbildungsthemen gefordert haben, so. Duwe: Sie haben das eben noch angehängt, um da noch einmal ganz kurz nachzufassen, eine veränderte Wahrnehmung oder eine andere Art und Weise in der das UfU oder diese Institute von unterschiedlichen Regierungsinstitutionen wahrgenommen werden. Dass das stärker eingefordert oder als für die eigene Arbeit relevanter gesehen wird. Ist das so? Oder können Sie das noch mal beschreiben. Gibt es eine Veränderung in der Wahrnehmung durch die Institutionen, die auch dazu führt, dass diese Förderung zunimmt? Zschiesche: Ja ich glaube, dass man als, was ja für das Wachstum wichtig ist, dass man, dass man als Kooperationspartner, ja, als Einrichtung mit der man partnerschaftlich Projekte machen kann, wahrgenommen wird und zunehmend wahrgenommen wird, wahrgenommen wurde. Das ist wahrscheinlich auch einer der Gründe, warum dann eben mehr Personen letztlich, nach, nach einer gewissen Zeit dann im UfU dann auch gearbeitet haben, dass man auch als Berater stärker beachtet wurde, dass man, dass diese Beiträge irgendwie auch als wichtiger eingestuft worden sind, also so würde ich das sehen. Und dass das vielleicht einseitige Rekurrieren auf Kritik eben ein Stück weit weniger wichtig gesehen wurde. Duwe: Gibt es sonst noch irgendetwas, was sie gerne ergänzen würde? Zschiesche: Jetzt im Moment nicht, nee. Ich bin leer geredet. Duwe: Wunderbar! Dann vielen, vielen herzlichen Dank, Herr Zschiesche, für ihre Zeit und für all das, was sie mitgeteilt haben, an Ihren eigenen Einschätzungen, an Ihrem Wissen und Ihren Erfahrungen. Das war für uns sehr hilfreich. Zschiesche: Danke. Danke auch für die Fragen!</p>
--	--

Annex II

Die sieben themenbezogenen Artikel sind in folgender Reihenfolge angehängt:

- ◆ Die Anfänge der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschung und -beratung
- ◆ Umweltpolitik und -forschung wird erwachsen: die 1980er Jahre
- ◆ Die Umweltbewegung in der DDR und die Umweltpolitikberatung in den neuen Bundesländern
- ◆ Nicht-staatliche Umweltpolitikforschung und die Rolle des Staates
- ◆ Raus aus dem Elfenbeinturm. Umweltforschungsinstitute und die Zivilgesellschaft
- ◆ Von der nationalen zur supranationalen Ebene. Wissenschaftliche Umweltpolitikberatung und die Europäische Union
- ◆ Einfluss globaler Themen auf die deutsche Umweltpolitikforschung